erken

orum

30 Uhr

dieses
der

20 Wien

Weg und Z

Marxistische Zeitsch

A

52. Jahrgang Einzelpreis 40 Schilling

AG Alternative Wirtschaftspolitik

MEMORANDUM '94

Standort Deutschland –
Kollaps der Staatsfinanzen?
Massenarbeitslosigkeit ohne Alternativen?
Sozialabbau ohne Ende?

Papyrossa-Verlag, Köln 1994
Neue Kleine Bibliothek 41, 240 Seiten, 233 Schilling

Das MEMORANDUM der Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik ist die wichtigste Anwort auf das Jahresgutachten der Fünf Weisen, von denen sich die Bundesregierung der BRD wirtschafts- und sozialpolitisch beraten läßt.
Das MEMORANDUM '94 greift die Themen auf, die das Mammutwahljahr 1994 und seine Wahlkämpfe prägen werden. Es erörtert konkrete und realisierbare Alternativen zur angeblich alternativlosen Regierungspolitik.

Das MEMORANDUM '94 hat folgende Schwerpunkte:

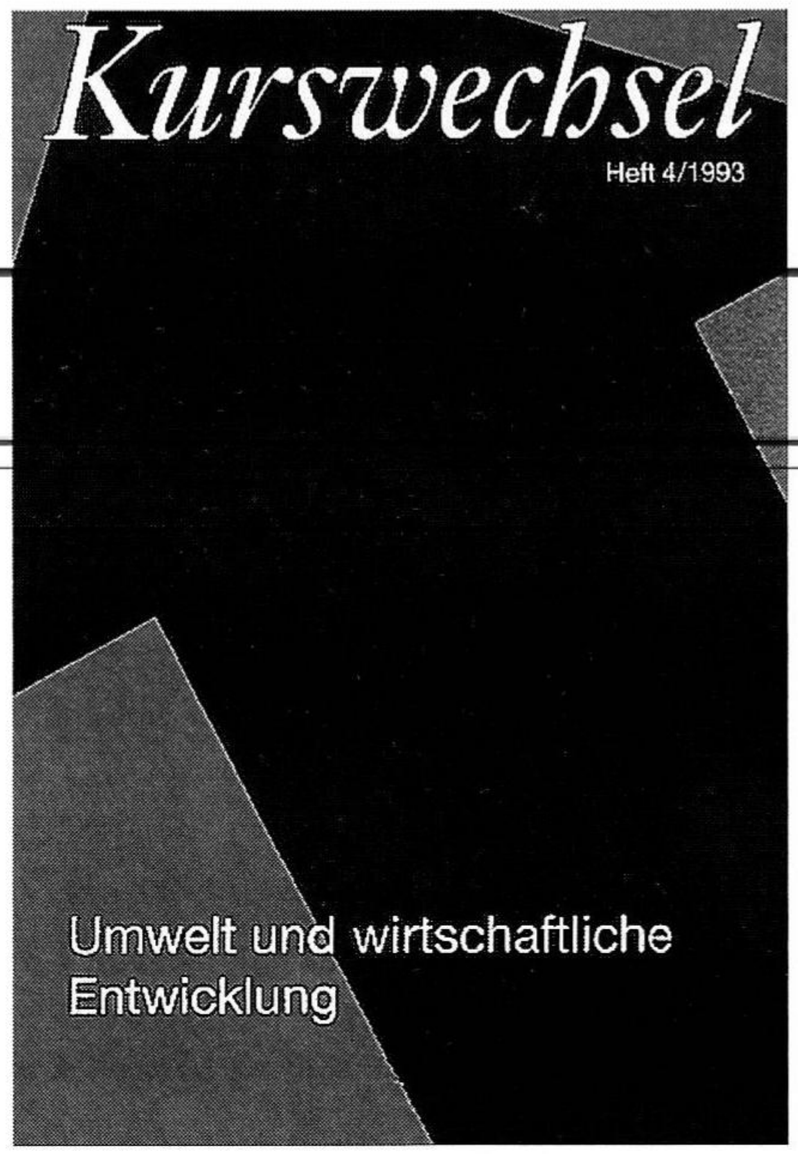
- Was ist dran an der Standortdebatte?
- Kollaps der Staatsfinanzen?
- Aufbau im Niedergang? Wirtschaftspolitik in den neuen Bundesländern
- Massenarbeitslosigkeit ohne Alternativen? Krise der Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik
- Verkürzung oder/und Flexibilisierung? Aktuelle Fragen der Arbeitszeitpolitik
- Ist die Rentenfrage wirklich gelöst?
- Wider den geplanten Sozialabbau! Zur Rolle der Systeme sozialer Sicherung
- Ökologischer Umbau ohne Alternative! Der Verkehrssektor

In der Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik haben sich seit 1975 Wissenschaftler und Wissenschaftle nen aus Universitäten, Forschungsinstituten und Gewerkschaften zusammengeschlossen, denen es, wie es in e Rezension zum letztjährigen MEMORANDUM heißt, „in verständlicher Sprache um Alternativen zur Regierung politik geht".

Sechste Sommerschule der Arbeitsgruppe Alternative Ökonomie

Vom 18. bis 23. 9. 1994,
nahe Göttingen

Mit Rudolf Hickel,
Jörg Huffschmid,
Susanne Schunter-Kleemann,
u. v. a.
Nähere Infos:
Postfach 330447,
D-28334 Bremen



Kurswechsel

Zeitschrift für gesellschafts-, wirtschaf umweltpolitische Alterna

Heft 4/1993
Umwelt und wirtschaftliche Entwic
Heft 1/1994 Alternative Ökonom

Erhältlich im Buchhandel oder
beim Verlag Sonderzahl,
1040 Wien, Große Neugasse 35

Weg und Ziel

Marxistische Zeitschrift

Herausgeber:
Kommunistische Partei Österreichs

Redaktionskomitee:
Dr. Winfried Garscha
Dr. Günter Klodner
Mag. Julius Mende
Dr. Wolfgang Priglinger
Helmut Rizy
Dr. Maria Wölflingseder

Achtung neue Adresse:

Abonnement, Vertrieb und Redaktionsadresse:
Andrea Dampier, KPÖ,
Trattnerhof 2/14,
1010 Wien,
Tel.: 0222/533 60 23
oder Tel.: 0222/21 742-600

Erscheinungsweise:
fünfmal jährlich

Abonnement-Preise:
5 Hefte 200,- S; 35,- DM

Lay-out:
Michael Baiculescu

Druck:
Druckerei
Gerstmayer Ges.m.b.H.,
Schönbrunner Straße 215

Die nächste Nummer erscheint im November

Themenschwerpunkt:

Medien

Inhalt

Nr. 3, Juli 1994, 52. Jahrgang

TENDENZ RECHTS

Sonja EDLER: Das Konzept des „Ethnopluralismus“ im rechtsextremen Diskurs . . . . . .

THEMA: ALLES ÖKO?

Einleitung: Maria WÖLFLINGSEDER . . . . . .

Franz SCHANDL/Gerhard SCHATTAUER: Dialektik der Ökol
Ein Versuch über Mensch und Natur, Kultur und Emanzipa

Thomas JAHN/Peter WEHLING: „Wir sind die nationalen Um
Konturen einer Ökologie von rechts in der BRD . . . . . .

Thomas JAHN/Peter WEHLING: Ökologie und Demokratie. . .

Jens DÖRSCHEL: Ökologie mit oder ohne die ArbeiterInnen? -
Oder: Soll die Öko-Bewegung eine mittelschichtorientierte

Thomas SCHMIDINGER: Es grünt so grün... –
Von einer alternativen Umweltbewegung zur vierten Parlar

Peter BIERL: Alles Öko? – Positionen der ökologischen Linken

BUCH ZUM THEMA

Elmar Altvater, Die Zukunft des Marktes – Ein Essey über die
und Natur nach dem Scheitern des „real existierenden Sozi

KLASSE UND GESCHLECHT

Friedhelm KRÖLL: Scarlett O’Hara – Ein Versuch (Zweiter Tei

KULTUR

Arthur WEST: Kunst und Diktatur –
Fragen an eine hoffentlich antwortbereite Ausstellung . . .

Zum Tod von Eduard Rabofsky . . . . . .

BÜCHER

Hanns-Werner Heister, Karin Heister-Grech, Gerhard Scheit (H
klärung & Kulturindustrie. Festschrift für Georg Knepler z

LeserInnenbriefe . . . . . .

Umschlagbilder: Lebensbilder aus dem Eiszeitalter

Erste Umschlagseite: 150.000 Jahre v. Chr. – Riß-Würm-Zwischeneiszeit: Neand horn und Waldelefant

Letzte Umschagseite: 75.000 Jahre v. Chr. – Würm I-II-Zwischeneiszeit: Flußpf 20.000 v. Chr. – Sommerliches Renntierjägerlager mit Fellhütte in der Holst Teich versenkten die Jäger ein mit einem Stein beschwertes Opfertier sowie zeiten.

Seite 8: 50.000 v. Chr. – Würm-II-Eiszeit: Mammut, Renntier und Wildpferde w sturm aus. 500.000 v. Chr. – Zwischeneiszeit mit Flußpferden und Kaukasis

Das Konzept des „Ethnopluralismus“ im rechtsextremen Diskurs

Beispiele aus Österreich

Sonja EDLER

In den letzten Jahren wurde von rechten Ideologen ein Rassismus konstruiert, der ohne den früher so zentralen Begriff der „Rasse“ auskommt. Dieser differentialistische Rassismus (Balibar 1990) operiert mit der Unaufhebbarkeit der kulturellen Differenz.

Wohl aus Kalkül unterliegt das Wort „Rasse“ in der rechten Ideologie zur Zeit einer Art Selbstzensur, der alte Rassismus versteckt sich nicht allzu gut hinter vermeintlich neutralen wissenschaftlichen Ausdrücken wie „Ethnopluralismus“ oder „Ethnomorphose“. Vor allem der Begriff „Ethnopluralismus“ bleibt heute nicht auf den rechtsextremen Kontext beschränkt, sondern findet sich bereits in unterschiedlichen öffentlichen Diskursen wieder. Innerhalb des rechten und rechtsextremen Lagers wird mit Vehemenz versucht, diesen Begriff wissenschaftlich abzuklären, um bei seiner Verwendung nicht in eine Art Argumentationsnotstand zu kommen. Im Zuge dieser Bemühungen werden dazu Wissenschaftler vereinnahmt, oder es zeigen sich Wissenschaftler besonders engagiert, hier aktiv beteiligt zu sein.

Es soll in disem Artikel vor allem am Beispiel der österreichischen rechten Szene und ihrer Publikationsorgane ein kleiner Abriß dieser Bemühungen gegeben werden. Dabei soll versucht werden, die Argumentationen der besonders engagierten Autoren als Beispiel des differentialistischen Rassismus darzustellen. Als Analyseeinheit dienten die Zeitschriften »Aula« und »Eckartbote« im Zeitraum von 1991 bis 1993.

Die »Aula« ist ein Organ des freiheitlichen Akademikerverbandes in Österreich und integriert inhaltlich rechtsextreme, deutschnationale und neokonservative Positionen. Ihre Funktion als Bindeglied zwischen der FPÖ und den außerparlamentarischen Strömungen des rechten Spektrums wird durch einen kurzen Blick auf die Zusammensetzung der Redaktion verdeutlicht: von 1983 bis 1992 war Andreas Mölzer zweiter Schriftleiter; seit 1992 ist der wegen neonazistischer Wiederbetätigung verwaltungsrechtlich bestrafte Jürgen Hatzenbichler Redaktionsmitglied; für den Inhalt des Blattes ist Herwig Nachtmann als Verlagsleiter verantwortlich, er ist seit Jahrzehnten eine bekannte Person in der rechtsextremen Szene und hat unter anderem einen Aufruf zur Generalamnestie von NS-Verbrechern in der »Deutschen Nationalzeitung« unterzeichnet. (DÖW 1993)

Der »Eckartbote« ist eine Monatszeitschrift für deutsche Kultur und wird vom rechtsextremen Schutzverein „Österreichische Landsmannschaft“ (ÖLM), herausgegeben. Auch die ÖLM steht in engem Kontakt mit der FPÖ, ihr Obmann Helmut Kowarik und das Vorstandsmitglied Barbara Wiebke-Schöffnagel sind Parteifunktionäre in der FPÖ. Zusammen mit dem Freiheitlichen Bildungswerk tritt die ÖLM als Organisator von Veranstaltungen auf. Die Autoren des »Eckartboten« vertreten teilweise eine offen rassistische Linie. (ebd.)

Um Fehlinterpretationen bei diesem Thema möglichst auszuschließen, müssen Begriffsdefinitionen der Rechtsextremismusforschung und ein kurzer Überblick über die Neorassismus-Diskussion vorangestellt werden. Anschließend sollen die konstituierenden Komponenten des Konzeptes „Ethnopluralismus“ dargestellt werden. Argumentationen von Wissenschaftlern vor allem der Humanethologie sollen möglichst im Originalwortlaut wiedergegeben werden, um erstens ein authentisches Bild dieser Vorstellungswelt zu erhalten, und zweitens um dem Vo der Fehlinterpretation bzw. de stellung durch die Gegenseite z gehen.

Begriffsdefinition von „rec und „rechtsextrem“

Innerhalb der Rechtsext musforschung gibt es eine verw de Begriffsvielfalt. Die method und wissenschaftstheoretische stimmigkeiten in dieser Di führen zu einer Offenheit und V figkeit der jeweiligen Termini. dieser Arbeit verwendeten Be „rechts“ und „rechtsextrem“ a sonam, liegen die Definitions male aus dem Handbuch des ös chischen Rechtsextremismus 1993) zugrunde. Für Autore Personen die in diesem Han nicht bearbeitet wurden, find Definitionsmerkmale von Willi Holzer Anwendung (Holzer 199

Der Begriff „rechts“ wird vo zer wie folgt definiert: „Rec strebt tendenziell nach der E nung des Individuums in ‚natü bergende Gemeinschaften, nac tionierung der Gruppen in eine archisch gestuften Gesellscha nung, nach stabilen, weder de zelnen noch der Gesellschaft zu position gestellten, da aus una bar vorgeordneten Axiomen he teten Entscheidungsstrukture zentrale integrative Idee figuri Annahme natürlicher Unglei zu deren Begründung wes überrationale Bezüge in den grund gestellt werden.“ (ebd., S

Zwei Selbstdefinitionen inn des rechten Spektrums seien zu gleich angeführt:

1. Werner Widmann: „Wenn … für die Selbstbehauptung de schen und Völker schlechthin s einem angestammten Leben ihrem ‚Biotop‘; … wenn eine kulturelle Gesellschaft‘ zur V tung von Kultur und völkische tität führen würde und auf di heit, unsere Zukunft zu gestalt

sprechen und abnötigen will, dann steht Rechts für uns und wir für Rechts." (Widmann 1990, S. 16)

2. Norbert Burger: „Dem rechten Denken liegt das Wissen um die Unterschiedlichkeit von Menschen, Völkern und Rassen zugrunde. ... Sie sehen in der natürlich gewachsenen Gliederung der Menschheit in Völker und Rassen, beruhend auf einer wesensgemäßen Andersheit eine Bereicherung und sind daher um ihre Erhaltung bemüht." (Burger 1985, S. 56)

Diese beiden Zitate sind besonders im Zusammenhang mit dem, dem „Ethnopluralismus" zugrundeliegenden Kulturkonzept von Interesse.

Die Definition von „Extremist" bei Holzer: „Mit Berufung auf höheres Recht und/oder Natur, die den als notwendig vorgestellten Systemwandel unabweisbar erscheinen lassen soll, tritt der Extremist, im subjektiven Wissen um seinen absoluten Wahrheitsanspruch und der hierin gründenden Heilsgewißheit, gegen bestehende Herrschaft an." (Holzer 1993, S. 28) Die Mittel zur Durchsetzung dieser Ziele bewegen sich zwischen terroristischer Gewaltbejahung und gewaltfreier Agitation. Die Entscheidung für oder gegen die jeweilige Taktik wird nach Kriterien der Opportunität und politischer Relevanz getroffen.

Die Diskussion über den Begriff „Neorassismus"

Die Frage, ob es einen „Neorassismus" gibt, wird in der gegenwärtigen Rassismusforschung immer wieder gestellt. Derzeit ist man sich noch nicht einig, inwiefern der neue Terminus mit einem unterschiedlichen Bedeutungsinhalt zur Abgrenzung vom klassischen Rassismus gerechtfertigt ist. Robert Miles (Miles 1989) unterscheidet zwischen „Rassismus" und „Rassenkonstruktion". Die Rassenkonstruktion versteht er als „einen Prozeß der Grenzziehung zwischen verschiedenen Gruppen, wobei bestimmte Personen, primär mit Bezug auf (angenommene) angeborene (gewöhnlich phänotypische) Merkmale innerhalb dieser Grenzen verortet werden. Es handelt sich also um einen ideologischen Vorgang." (ebd., S. 356) Diese Konstruktion zielt vor allem auf eine fortdauernde Anwendung und Reproduktion der Vorstellung von „Rassen" ab. Wird die dadurch abgegrenzte Gruppe mit negativ bewerteten biologischen oder kulturellen Merkmalen versehen, aus denen für andere negative Folgen entstehen, dann kommt die Verwendung des Begriffs „Rassismus" in Betracht. (ebd.)

Der Neorassismus argumentiert nicht mit der biologischen Vererbung, sondern mit der Unaufhebbarkeit der kulturellen Differenz. Das Verhalten der Individuen resultiert demnach aus der Zugehörigkeit zu einer historisch gewachsenen Kultur. Die Betonung einer Schädlichkeit jeglicher Grenzverwischung, also die Forderung nach einer strikten Endogamie (Betimmung, nach der nur innerhalb eines bestimmten sozialen Verbandes – z. B. Stamm, Kaste – geheiratet werden darf), und die Unvereinbarkeit von Traditionen und Lebensweisen charakterisieren den differentialistischen Rassismus, eine Form von Neorassismus. Etienne Balibar definiert diese Form des Rassismus wie folgt: „... zweifellos gibt es keine ‚Rassen', es gibt nur Bevölkerungen und Kulturen, aber es gibt doch biologische (und biopsychische) Ursachen und Wirkungen der Kultur, sowie biologische Reaktionen auf die kulturelle Differenz ..." (Balibar 1990, S. 35)

Diese biologischen Reaktionen werden von rechten Ideologen durchwegs akzeptiert und gefordert. Xenophobie und gewalttätige Ausschreitungen gegen Fremde werden rehabilitiert. In einem Interview des »Eckartboten« mit dem Verhaltensforscher Otto König kommt es zu folgender Erläuterung: „Weil der Mensch, wie gesagt, ein territoriales Wesen ist, das seinen Bereich braucht – und innerhalb dieses Bereiches herrscht Friede, sein Friede, seine Freiheit. Und jetzt werden die Territorien zusammengeschoben, überlagert von anderen, und das führt zwangsläufig zu Konflikten. ... Die Ausländerfeindlichkeit ist ab einer bestimmten Zahl der Ausländer etwas absolut Natürliches. Das ist ein Ausscheidungsprozeß gegen Fremde." (König 1992, S. 4)

Diese Person hätte sich selbst sicher nie als Rassist bezeichnet, obwohl bereits 1967 in einer UNESCO-Erklärung die Definition von „Rassismus" dahingehend erweitert wurde, auch behauptete unüberwindbare kulturelle Unterschiede als rassistisches Argumentationsmuster zu bestätigen.

Wie auch die von den Rechtsextremen vertretene Rassentheorie schon immer um wissenschaftliche Legitimation bemüht war, finden sich jetzt rund um das Konzept „Ethnopluralis-

mus" die gleic
wieder. Der Begr
respondiert besc
völkischen Men
Mythos der allen
Natürlichkeit. D
nismus, als na
Einheit in einem
ritorium, das Z
durch strikte En
monisiert.

Um das Konz
chen Diskurs un
zu können, wähl
unbelasteten Be
Im eigentlichen
darunter eine Th
Wirklichkeit aus
Prinzipien beste
meinsames Grur
liegt. An andere
Rechtsextremen i
Gefahr des Plur
nationale und vol
..." hingewiesen.
1993, S. 68) Dies
sich in der recht
gik scheinbar da
Staaten volksger
nisiert sind und ,
getrennt nebene
Hier wird besond
Begriff nur aus K
de, um dem Begri
freiere und demok
on zu verleihen.

Der „Ethnopl
tet das Postulat, c
nur im Einklang
entwickeln kann,
kulturell definie
Menschheit natür
turiert. Diese „
cen" werden für a
eines konsequent
freiungsnationali
(Holzer 1993)

Indem man d
einfordert, werde
des Antirassismu
nahmt. Die Takt
schalten und die I
türlicher Selbster
Linie für sich s
geht durch diese
voran. Das entlar
wird durch die Ko
ersetzt. (Demirovi

Die Volksg

Das Volk wird
Denken als lebe
verstanden, der d
der menschlichen

darstellt. Dieser „völkische Organismus“ ist der Garant für den Erhalt der völkisch-kulturellen Identität der einzelnen Mitglieder. Die Volksgemeinschaft kommt dem Wunsch nach einer statischen, nur den biologischen Gesetzen gehorchenden Ordnung nach. Jeder „Volkszugehörige“ ist in diesem Gebilde hierarchisch nach Leistung, Herkunft, Nationalität und Rasse/Ethnie integriert.

Im Parteiprogramm der FPÖ aus dem Jahr 1985 wurde dieser Gedanke wie folgt aufgenommen: „Familie und Volk sind organisch gewachsene Gegebenheiten, die in der Politik Berücksichtigung finden müssen. Das Volk als natürliche Gemeinschaft, durch Abstammung und geschichtliche Entwicklung verbunden, hat gemeinsame Sprache und Kultur entwickelt und weist gemeinsame Wesenszüge auf.“ (Zit. nach Bailer 1990, S. 9)

Völkische Biopolitik

Um die „völkische Reinheit“ durchzusetzen, bedarf es einer Kontrolle der demographischen Entwicklung. Nichts darf dem Zufall überlassen werden, die Volksgemeinschaft muß aktiv geschaffen werden. Dabei bedient man sich der Daten aus den Wissenschaften der Demographie oder der Sozialhygiene. Begriffe wie „Asylantenflut“, „Durchrassung“ oder die so oft beschworene „Belastungsgrenze“ suggerieren eine ständige Bedrohung und sind emotional belastet. (Demirovic 1991/1992) Wozu statistische Daten aus der Demographie in der rechten Szene herangezogen werden, läßt sich an folgendem Beispiel zeigen: das „übersteigerte Fortpflanzungsverhalten“ der kulturell nicht verwandten Ausländer wird als Machtmittel interpretiert. „Macht gewinnt man nur über Anzahl“ weiß Eibl-Eibesfeldt (ders. 1992 S. 22) zu berichten und unterlegt diese Feststellung sogleich mit statistischen Daten unbekannten Ursprungs: „1981 entfielen auf eine verheiratete türkische Frau statistisch 3,5 Kinder, auf eine verheiratete deutsche Frau 1,3 Kinder. Hält dieser Trend an, dann kommt es unausweichlich zur Verdrängung des eigenen biologischen Erbes.“ (ebd.) Diesem Trend kann seiner Meinung nach nur die einheimische Bevölkerung in Eigenverantwortung gegenübertreten, denn „Zu erwarten, daß Einwanderer zugunsten der Eingesessenen ihr Fortpflanzungsverhalten einschränken ist naiv.“ (ebd.) Hier handelt es sich um das „gesunde Volksempfinden“ eines Wissenschaftlers, das sich im gegebenen Kontext und aufgrund einer gesellschaftlichen Autoritätsgläubigkeit als wissenschaftliche Theorie tarnen kann. Diese Pseudostatistiken liegen vielleicht der an vielen Ecken geäußerten Angst zugrunde, „bald Fremde im eigenen Land zu sein“.

In diesem Zusammenhang erscheint ein Exkurs in die zahlreichen Versuche der heutigen Humangenetik interessant: Mit Hilfe von gentechnologischen Überprüfungsverfahren soll die Selektion von minderwertigem Material aus dem Genpool eines Volkes betrieben werden. Innerhalb des international angelegten Genome Diversity Project wird bereits in den USA die Entwicklung von Gen-Dispositionstests von beteiligte Wissenschaftlern als „erster Schritt zu einer genetischen Gesundheitspflege“ begrüßt. (Zit. nach Wess 1994)

Obwohl der Widerstand gegen diese geplanten Maßnahmen auch von seiten der Wissenschaft ständig zunimmt, ist die Tatsache solcher Forschungsvorhaben mehr als nur bedenklich.

Ein weiteres internationales Großprojekt der Humangenetik ist die Sammlung von Genmaterial indigener Völker in den nächsten fünf Jahren. Bei 700 ethnischen Gruppen sollen von jeweils 25 Individuen Proben der Mundschleimhaut, des Blutes und der Haare entnommen werden, um nach der molekularbiologischen Analyse diese Geninformationen auf einer Genbank, der American Type Culture Collection, endzulagern. Hier steht das Material interessierten Wissenschaftlern, Institutionen und Firmen für die weitere Verwendung zur Verfügung. Gegen die vehementen Proteste des World Council of Indigenous People auf der UN-Menschenrechtskonferenz in Wien, bestehen die Initiatoren des Projekts auf ihrem Interesse, „wenigstens“ das Erbgut dieser bedrohten Völker zu retten.

Der Biologe Svante Paabö, ein Mitarbeiter des Projekts von der Universität München, versucht anhand genetischer Merkmale, den typologischen Rassebegriff der biologischen Anthropologie zu revidieren. Er mißtraut den Versuchen von Ethnologen und Anthropologen, ethnische Gruppen durch linguistische, kulturelle oder physiognomische Merkmale zu definieren.

Der international renom
Genetikprofessor an der S
University und Initiator
Großprojekts, Luca L. Cavalli-
ist davon überzeugt, daß bei is
Bevölkerungen genetische D
zen mit kulturellen und linguis
meist zusammenfallen. Bezei
derweise lehnt er den Begriff
kategorisch ab. (Wess 1993)

Die Intention des genannt
jekts ist die Konservierung de
tischen Differenz, die nach de
these von Humangenetikern
ethnischen Differenz meist
menfällt. Der Begriff „Rasse“
den wissenschaftlichen Pub
nen im gesamten Kontext nie
det, um jeden Verdacht im
auszuräumen.

Die Legitimation der Differenz

Den, von der rechten Seite
als „gleichmacherisch“ diffa
Ideen des Liberalismus und K
nismus, stellen sie das Recht
ferenz entgegen. Um möglichst
fällig vor allem das eigene Re
auf einzufordern, wird in ei
„Befreiungsnationalismus“
Recht für alle Völker eingefor

„Das Leben drängt nach D
zierung, auf der biologischen
der kulturellen Ebene. Mensc
ben ein Bedürfnis, sich mit d
turellen Erbe der Gemeinsc
die sie hineingeboren wurd
identifizieren, dieses Erbe w
geben und zu erhalten. Das wi
als Menschenrecht anerkannt.
Eibesfeldt 1992, S. 17) Daß
Menschenrecht mit jedem Mit
teidigt werden muß, sieht die
manethologe natürlich schon
Tierwelt gegeben: „Die meiste
und Säuger lehnen daher
Jungtiere ab, sie töten sie häuf
als Konkurrenten des eigene
wuchses.“ (ebd.) Nachdem a
Hausmäusen der Beweis für e
Gruppen Abgrenzung erbrac
de, wird ohne weitere Beweis
auf menschliches Verhalten g
sen: „Auch wir Menschen
dazu, uns in Gruppen zusam
schließen und von Fremde
grenzen.“ (ebd., S. 18) Diese
Feststellung reicht aus, um
Forscher eine Basis für
merkwürdige und nicht nachv
bare Argumentationen zu lie
fängt bei der so oft bemühter
chen Fremdenscheu an, die

Xenophobie von Erwachsenen ohne Beweisführung gleichgesetzt wird, und endet bei der legitimen, da biologisch begründeten gewaltsamen Abgrenzung: „Fühlt sich eine Ethnie von einer anderen bedrängt, dann neigt sie dazu, in Kontrastbetonung ihre eigene zu betonen und sich notfalls sogar aggressiv abzugrenzen." (ebd., S. 19)

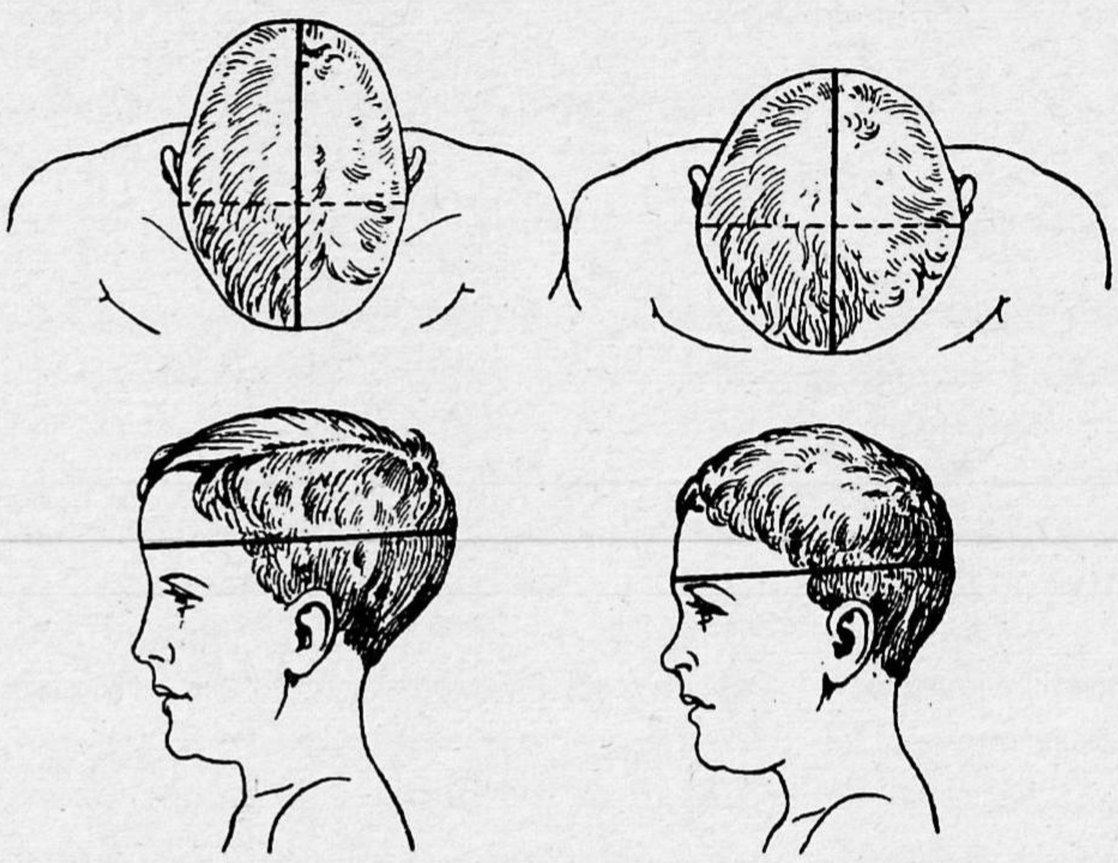
Hier wird eine Argumentationskette gebastelt, die von Vögeln und Säugern zu Hausmäusen übergeht und letztlich bei Menschen und Ethnien endet. Weder „Ethnie" noch „menschliche Gesellschaft" scheinen dem Autor einer Definition würdig, gänzlich abzusehen von einem wissenschaftlich begründeten Beweis für diese Behauptungen.

Auch Otto König sieht in der Behauptung der Gleichheit aller Menschen einen „sehr großen Fehler mit sehr tragischen Folgen für bestimmte Menschenformen" (König 1991, S. 162) Diese „bestimmten Menschenformen" werden nicht benannt, aber es bedarf keiner großen Fantasie, daß die Bedrohung der eigenen Kultur mehr als nur angedeutet wird.

Die ständig heraufbeschworene Bedrohung einer „Umvolkung" des deutschen Volkes, dem auch die Österreicher der rechtsextremen und deutschnationalen Ideologie nach angehören, wird vor allem im Zuzug von MigrantInnen gesehen. Andreas Mölzer verteidigt unverdrossen in seinen recht zahlreichen Artikeln die Verwendung dieses Begriffes. Seiner Meinung nach ist „Umvolkung" ein legitimer deutscher Begriff, der auf „wissenschaftlich-chinesisch" (Mölzer 1992, S. 16) auch als „Ethnomorphose" bezeichnet werden kann. Nach anfänglichem Raunen über diese Person, hat sich heute Andreas Mölzer als Grundsatzreferent der FPÖ in der österreichischen Politik etabliert. Jörg Haider, der Parteiobmann der FPÖ, ließ auf einer Pressekonferenz am 1. Februar 1994 verlauten, daß sich seine Partei im kommenden Wahlkampf mit dem Slogan „Österreich zuerst" in erster Linie dem Thema Ausländer widmen wird. Inwieweit sich hier der Grundsatzreferent mit seinen „gut fundierten" Wortschöpfungen einbringen wird, bleibt abzuwarten.

Die Bewahrung der Unterschiede von Ethnien und Kulturen ist der Ausgangspunkt der Rechten. Auch der Vorsitzende der französischen rechtsextremen Partei, Le Pen, bekräftigte dieses Vorhaben in seinem vergangenen Wahlkampf: „Wir haben nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht, unsere nationale Persönlichkeit und auch unser Recht auf Differenz zu verteidigen" (Zit. nach Demirovic 1991/1992, S. 43)

Im Kontext der europäischen Vereinigung wird das Pochen auf ethnische Differenz etwas abgeschwächt. Hier wird mit der kulturellen Verwandtschaft der Völker argumentiert, die bei „mäßigen Wanderungen" gegen bestimmte



„Langkopf und Kurzkopf von oben und von der Seite gesehen". Aus: »Das Leben«, Bd. 4A, Leipzig 1941

Konflikte resistent sind. Wie Eibl-Eibesfeldt wohlwollend anmerkt: „Bei den Völkern Europas handelt es sich um kulturell nah Verwandte, die durch eine lange gemeinsame Geschichte verbunden sind." (Eibl-Eibesfeldt 1992, S. 20) Der Gipfel an Geschmacklosigkeit und Geschichtsverfälschung findet sich in seiner Aussage: „Das (kulturell Verwandte) hat zwar nicht die Kriege unter den europäischen Völkern verhindert, wohl aber sind wir uns dessen bewußt, daß es sich um Bruderkriege handelte."(ebd.)

Legitimation der ethnischen Segregation

Um die, für die gesamte Menschheit als notwendig behauptete, ethnische Differenz zu erhalten, müssen Maßnahmen getroffen werden, die eine „Vermischung" verhindern. Als Lösung wird von rechtsextremen Ideologen die ethnische Segregation betrachtet, ein weltweites Apartheidsystem. Es wird unterstellt, daß

Stammesbevölkerung Südafrikas“ bezeichnet wird, soll ein „Ethnopluralismus“ entwickelt werden. „Auch die schwarzen Bantustämme, die Asiaten, die Mischlinge und die Reste der Urbevölkerung streben zunehmend in ihre völkische und territoriale Identität und suchen eigene, ihrem Entwicklungsstand angemessene Wege unter dem schirmenden Dach der südafrikanischen Republik.“ (Hennig 1992, S. 12) Der Umstand, daß es sich hier um einen Artikel aus dem Jahr 1992(!) handelt, der in einer nicht gerade auflagenschwachen akademischen Zeitschrift erschien, ist mehr als bedenklich.

Multikulturalität als Schreckensszenario der Rechten

Am 8. November 1992 fand in Berlin eine Demonstration gegen Gewalt und Fremdenhaß statt, deren Anlaß die Mord- und Brandanschläge von Rechtsextremisten gegen Asylunterkünfte waren. Andreas Mölzer konnte nicht umhin, das in der »Aula« folgendermaßen zu kommentieren: „Buschtrommelnde Schwarze auf LKW, Türken unter der Fahne mit dem Halbmond, bettelnde Roma und Sintis und Glücksspielbanden aus halb Osteuropa prägten das Geschehen.“ (Mölzer 1992 S. 9) Diese negativ-stereotypische Darstellung ist bezeichnend für den Rassismus und ein Beispiel dafür, mit welchen Bildern Multikulturalität in der rechtsextremen Szene assoziiert wird. (Im Folgenden soll auf eine nähere Auseinandersetzung mit dem Begriff der „Multikulturalität“ aus Gründen der Themeneingrenzung verzichtet werden.)

Die Gefahr einer multikulturellen Gesellschaft wird im rechtsextremen Spektrum vor allem darin gesehen, daß mehrere „Völker“ auf gleichem Territorium und ohne eine strikte Trennlinie miteinander leben. Das wichtigste Gebot, nämlich die „kulturelle Arterhaltung“ durch Endogamie, kann in einem „Miteinander“ nicht eingehalten werden. Ein, unter dem Pseudonym Glaesum schreibender, Autor der »Aula«, erläutert dazu: „Multikulturell kann nur die Welt sein – und dazu benötigt sie die Vielfalt von eigenständigen Völkern und Kulturen“ Das System einer „multiethnischen Gesellschaft“, vom Autor herablassend als „Lieblingskind der europäischen Politschickeria“ (Glaesum 1992, S. 15) bezeichnet, macht seiner Meinung nach die Welt nicht bunter, sondern läßt den eigenen „Farbton“ der europäischen Länder verschwinden.

Die größte Bedrohung der „ethnischen Homogenität“ der europäischen Länder wird im Zuzug von MigrantInnen gesehen. Selbstdefinierte „Überfremdungsgrenzen“ werden als überschritten angesehen: „Wenn jedoch eine Gemeinde oder Stadt durch den ungehemmten Zuzug von Ausländern zu stark wächst und überfremdet wird, dann entsteht natürlich und zwangsläufig ein Graben aus Zurückweichung und Feindseligkeit zwischen Einheimischen und Fremden. Wenn die Asylanten dann noch glauben, Vorzugsrechte beanspruchen zu können, empfinden sie die Ansässigen bald als konkrete Bedrohung für ihre Existenz.“ (Olles 1992, S. 4) Besonders die „Vorzugsrechte“ der Fremden, wobei keiner der Autoren imstande ist, diese zu benennnen, dienen als Legitimation für Unmutsäußerungen der „Stammbevölkerung“. Auch einer zunehmenden Selbstsicherheit der Fremden wird mit Angst entgegengesehen: „Je mehr Ausländer hereinkommen, desto selbständiger werden sie und selbstsicherer. Der erste Ausländer der reinkommt ist natürlich freundlich und höflich und wird akzeptiert. Er ist ein lieber Kerl, er ist herzig, er wird als hilfsbedürftig gewertet. So wie es mehr sind, wird die Sache unangenehm, denn jetzt benimmt er sich so wie in seiner Heimat, er nimmt nicht mehr von uns an, sondern trägt seine Sitten herein; das führt zur Konfrontation – unweigerlich. Wenn man da von Liebe und Verständnis spricht, das ist glatter Unsinn.“ (König 1992, S. 4) Hier wird deutlich, daß nur ein einzelner, „herziger und freundlicher Kerl“ mit höflicher Aufnahme rechnen kann. Die „Überfremdungsgrenze“ scheint mit dem Zuzug eines weiteren Ausländers bereits überschritten zu sein: gewalttätige Auseinandersetzungen sind nun legitim.

Ein Vorschlag des ehemaligen Innensenators von Berlin, Heinrich Lummer, nur noch Flüchtlinge aus demselben Kulturkreis aufzunehmen, stößt bei Andreas Mölzer auf Interesse. Er sieht darin für Österreich die Lösung, den sozialen Frieden und die ethnische und kulturelle Zusammensetzung der einheimischen Bevölkerung zu erhalten. (Mölzer 1992)

Der immer wieder zitierte Eibl-Eibesfeldt dient als wissenschaftliches Fundament für diese Konstruktion: „Handelt es sich bei de wanderern um Integrationswil ner verwandten Kultur, also un schen, die bereit und fähig sin angestammte Kultur aufzu dann ist das Konfliktpotenti ring.“ (Eibl-Eibesfeldt 1992, Seiner Meinung nach bieten s europäischen Binnenwande als Beispiele dafür an. Vor all Polen und Hugenotten zeic sich nach Eibl-Eibesfeldt d aus, daß sie „relativ schnell zu schen“ wurden (ebd.). Helmut kann im »Eckartboten« nur de wanderung zwischen 1945 un nach Österreich etwas Positives winnen: „Handelte es sich doch damaligen Zuwanderern, zun bis 1968, hauptsächlich um u Kulturkreis nahestehende, ja, i Mehrheit sogar der deutschen angehörige, notleidende Mensch zu einer Zeit eingegliedert konnten, als das verbindende u gende Element, das Deutschtum stark genug war.“ (Müller 199 Dieses „starke Deutschtum“ zeig dadurch, daß die nationalsoz schen Ideen noch in der Mehrh MitmacherInnen präsent ware Angst des Autors, daß diese „g Zeit“ vorbei ist kann ihm nach d türe des „Handbuchs des öster schen Rechtsextremismus“ 1993) genommen werden. Die Ak ten dieser Szene sind derzeit zahlreich.

Multikulturalität kann i rechten Ideologie nicht akz werden, da sie nicht dem Prin ethnischen Segregation ent und dadurch das „Recht auf renz“ untergräbt.

Der Begriff „Rasse“ wird du „Ethnie“ ersetzt

Der „Ethnopluralismus“ Konzept, das innerhalb der r Ideologie ein zeitgemäßes Äqu ihrer Rassentheorie bietet. Di stituierenden Elemente sind: d nie, das Recht auf kulturelle sche Differenz und zu ihrer Erh eine strenge Segregation. Der „Rasse“ wird durch den völkisc logistisch aufgefaßten Begri „Ethnie“ ersetzt, wobei sich ze „Ethnie“ nicht von „Kultur“ schieden wird.

In diesem Sinne ist das K „Ethnopluralismus“ ein Beisp den differentialistischen Rass Es muß festgestellt werden, da

lediglich ein Wechsel der Begriffe stattgefunden hat und sich kein Wandel in Inhalt und Ziel dieser rechtsextremen Grundposition abzeichnet. Das Ziel ist noch immer eine hermetisch abgeschlossene und „artspezifische" Entwicklung eines Volkes, die nur durch strikte Ausgrenzung „artfremden Materials" vonstatten gehen kann. Dieses „artfremde Material" wird heute in neuer Wortwahl definiert: „Neger" werden zu „Schwarzen" und „Zigeuner" werden zu „Roma und Sinti" – der Inhalt ist nach wie vor rassistisch. Allein die Verwendung neutraler Bezeichnungen darf in keinem Fall von den getroffenen Aussagen ablenken, darauf muß auch außerhalb von rechten und rechtsextremistischen Diskursen geachtet werden.

Die „wissenschaftliche" Fundierung wird durch das aktive Engagement einzelner WissenschaftlerInnen oder durch die Vereinnahmung bestimmter wissenschaftlicher Arbeiten erreicht. Der unterlassene Protest bei einer etwaigen Vereinnahmung könnte bei WissenschaftlerInnen auch als Zustimmung gedeutet werden. Vor allem aus den Bereichen Humanethologie und Biologie kommen die „fruchtbarsten" Beiträge. Es ist auch bemerkenswert, daß einer Person wie Irenäus Eibl-Eibesfeldt (der an der Universität München eine bislang unumstrittene Professur innehat) ein recht breiter Raum in den österreichischen Medien eingeräumt wird.

Es wird von Interesse sein, inwiefern das ausgrenzende Konzept des „Ethnopluralismus" in der Wahlagitation der Freiheitlichen Partei Österreichs Verwendung finden wird. Das Schwerpunktthema „Ausländer", das in der FPÖ unter dem Motto „Österreich zuerst" laufen wird, bietet sich als Exempel für die Wirksamkeit des Konzepts „Ethnopluralismus" geradezu an. Auch die Österreichische Volkspartei wird dem angeblichen Trend nach einem „Heimatgefühl" gerecht, sie setzt nach eigenen Aussagen verstärkt auf das Thema „Heimat". Die Methode, in Zeiten sozialer Unsicherheit und kapitalistischer Krisen, an nationalistische Gefühle zu appellieren, ob in offensiver oder defensiver Form, hat sich in der Geschichte seit Mitte des 19. Jahrhunderts in Europa schon „bewährt". ■

Sonja EDLER studiert Politikwissenschaft.

Literatur

Bailer, Brigitte: Die Freiheitliche Partei Österreichs und der Rechtsextremismus, unveröffentlichte Seminararbeit Sommersemester 1990

Balibar, Etienne: Gibt es einen „neuen Rassismus"? In: »Das Argument« 31. Jahrgang, Heft 3. Mai/Juni, 1989, S. 353-369

Balibar, Etienne; Wallerstein, Immanuel: Rasse-Klasse-Nation. Ambivalente Identitäten, Berlin 1991

Bielefeld, Uli: Die Virulenz des „Problems der Anderen" nach dessen Beendigung. In: »IKUS Lectures« 3 & 4/1992, S. 9-28

Billig, Michael: Die rassistische Internationale, Frankfurt 1981

Blick nach rechts. Informationen des Sozialdemokratischen Pressedienstes in Bonn, 10. Jahrgang, Nr. 9 (4. 5. 1993) und Nr. 13 (29. 6. 1993)

Burger, Norbert: Was heißt rechts? In: Mölzer, Andreas (Hg.): Österreich und die deutsche Nation, »AULA«, Graz 1985

Diederichsen, Diedrich; Jacob, Günther: Differenz und Reaktion. In: »Konkret« Heft 2/1994, S. 40-43

Demirovic, Alex: Vom Vorurteil zum Neorassismus. Das Objekt „Rassismus" in Ideologiekritik und Ideologietheorie. In: Institut für Sozialforschung (Hg.): Aspekte der Fremdenfeindlichkeit – Beiträge zur aktuellen Diskussion. Frankfurt/New York 1991 od. 1992

van Dijk, Teun A.: Rassismus heute: Der Diskurs der Elite und seine Funktion für die Reproduktion des Rassismus, Duisburger Institut für Sozialforschung, Nr. 14, o. D.

Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes – DÖW (Hg.): Handbuch des österreichischen Rechtsextremismus, Wien 1993

von Hellfeld, Matthias: Modell Vergangenheit. Rechtsextreme und Neokonservative Ideologien in der Bundesrepublik, Köln 1987

Hoffmann, Lutz: Volksgeist oder Menschenwürde. Über das Unzeitgemäße des deutschen Nationalstaatdenkens. In: »IZA« Nr. 3/1990, S. 11-14

Holzer, Willibald I.: Rechtsextremismus – Konturen, Definitionsmerkmale und Erklärungsansätze. In: Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (Hg.): Handbuch des österreichischen Rechtsextremismus, Wien 1993

Jäger, Siegfried: Alltäglicher Rassismus. 22 Interviews mit Bürgerinnen und Bürgern aus Deutschland. DISS-Skripten der Universität Duisburg, Nr. 33/1990

König, Otto: Tiroler Tracht und Wehr – Schützenkompanien aus dem Blickwinkel der vergleichenden Verhaltensforschung, Wie

König, Otto: Beim Wien 1991.

Kramer, Fritz: Ver ginären Ethnog derts, Frankfur

Leggewie, Claus: M geln für die Vie lingen 1993

Lischke, Ursula; R ralität – Diskur Wien 1993.

Lorenz, Konrad: D gels. Versuch ei menschlichen E 1977

Miles, Robert: Bed und der Begriff »Das Argument Mai/Juni 1989

Miles, Robert: Ras die Geschichte griffs, Berlin 19

Morgenmann, Her heit" – Deutsch und Kultur. In: 25. 11. 1993

Schwagerl, Joachi Denken. Merkr Frankfurt/Mai

Wess, Ludger: Pro kret« Heft 12, I S. 58-61

Wess, Ludger: Heu »Konkret« Heft 61

Zitierte Be Zeitschrift »ECK

Eibl-Eibesfeldt, Ir kulturelle Gese 5/1992, S. 17-2

Eibl-Eibesfeldt: L Kampf der Wie 5/1992, S. 22

Glaesum: Multiku In: »AULA« 9/

Hennig, Rigolf: Ch »AULA« 10/19

König, Otto: Jeder Bereich der ihr »ECKARTBOT

Mölzer, Andreas: derungsland? I

Mölzer, Andreas: stranten. In: »A

Müller, Helmut: N tigsten komme 9/1992, S. 3

Olles, Werner: Mit Wider den(!) m In: »ECKARTB

Widmann, Werner 9/1990, S. 16

Alles Öko

Vorm Ökoschmäh, mit dem die Wirtschaft uns alles und jedes feilbietet, warnen Konsumentenschutzorganisationen immer eindringlicher.

PolitikerInnen proklamieren die öko-soziale Marktwirtschaft.

Die Grüne Partei im Parlament sei von einer „grünen Hoffnung" zum „konservativen Monster mutiert"* — solch Unmut macht sich unter Grünen Parteimitgliedern immer stärker breit.

Die Rechtsextremen/die Neue Rechte etabliert mehr und mehr eine „Ökologie von rechts", deren ideologische Ansätze auch in der Öko-Bewegung fußfassen.

Etablierte WissenschaftlerInnen — darunter vor allem auch PsychologInnen — nehmen sich vermehrt des Umweltproblems an — meist auf eine Weise, in der Wahrheiten, Halbwahrheiten und Unwahrheiten immer zum Schluß führen: Der Mensch hat psychologische Mängel, die ihn hindern, ökologisch zu handeln: „Warum ist es beispielsweise so schwer, die eigene Rolle als Mittäter bei der Umweltvernichtung zu akzeptieren und dann auch wirklich ‚umzuschalten'?" (Vgl. div. Artikel in: »Psychologie heute« Mai 1994). Von kapitalistischen systemimmanenten Zwängen, die sowohl ManagerInnen als auch KonsumentInnen veranlassen oder zwingen, „unökologisch" zu handeln, wollen diese WissenschaftlerInnen nichts wissen. Sie stellen auch nie die Forderung nach Änderung des Wirtschaftssystems, obwohl alle Umweltzerstörung in direktem Zusammenhang damit steht.

In der kleinen linken Öko-Aktivisten-Bewegung herrscht große Unzufriedenheit über die fehlende „Auseinandersetzung mit ökonomisch-politischen Grundlagen (Kapitalismuskritik), die Hinterfragung sogenannter Gründerväter (z. B. Konrad Lorenz), biologische Argumentationsmuster, Ökologie als Rechtfertigungsdiskurs neokolonialer Macht- und Bevölkerungspolitik, Ökologie als Integrations- und Zustimmungsnetz für die Politik der Herrschenden (Ökospießertum, Naturalisierung des Weiblichen, etc.)" (Peter, in: »Akin« 21. 6. 1994).

Und in traditionellen linken Organisationen, auch in der KPÖ, fand eine Beschäftigung mit ökologischen Fragen so gut wie nicht statt, — teilweise mit der Begründung: „Ökologie ist gleich rechts."

Mit diesem »Weg und Ziel«-Schwerpunkt wollen wir dazu beitragen, die Auseinandersetzung mit Ökologie vor aktuellem Hintergrund neu zu entfachen. Wir wollen beitragen, die von Öko-AktivistInnen beklagte fehlende Diskussion anzuregen.

Es ist uns ein besonderes Anliegen, die nicht nur in der Öko-Bewegung herrschende Kluft zwischen Theorie und Praxis, zwischen jenen, die sich ausschließlich intellektuell damit befassen und jenen, die vor allem praktisch-politisch-aktionistisch tätig sind, zu überbrücken. Diese Kluft ist auch an den Artikeln dieses Heftes erkennbar: Jens Dörschel (26 Jahre) und Thomas Schmidinger (19 Jahre) gehören zu jenen, die in der Öko-Bewegung bzw. in den Grün-Parteien aktiv sind; ihre Anliegen sind dadurch geprägt, — sie sind Reaktionen auf reaktionäre Mitstreiter Franz Schandl und Gerhard S tauer hingegen *waren*, wie sie ben, „in ihrem früheren Leben f de Funktionäre der Alternative Österreichs und Mitbegründe Grünen Alternative". Mittler beschäftigen sie sich vorwie wissenschaftlich-abstrakt mit F der Ökologie.

Ja, und selbst unter den we linken Öko-TheoretikerInnen PraktikerInnen gibt es (natürlic wie unter Linken Usus — berec oder unberechtigte Vorbehalt (unüberbrückbare?) Differ Auch diese kommen in unseren keln zum Ausdruck.

(Bezüglich verschiedener tailfragen — wie etwa dem Ve nis Basis-Überbau in Dörschels kel — wäre sicher noch Differe teres zu sagen...)

Warum es für Linke, für Mar nen unerläßlich ist, sich ökologi Fragen zu stellen, versuchen w erläutern. Am 20. Oktober (sieh kündigung auf der letzten schlagseite) möchten wir allen essierten die Artikel dieses H zur Diskussion stellen. Es soll d ginn einer breiten, kritischen, struktiven Debatte zum Thema logie sein, — denn es geht um aller Lebensvoraussetzung — nicht wie fälschlich angenomm die Natur an sich: wir brauche *Natur nicht schützen*, — die N ganz gut ohne uns aus, hing brauchen *wir* die Natur als Le bedingung.

Maria Wölfling

---

* Roland Fürst, bis vor kurzem Mitglied der Grünen Alternative und Pressesprecher seiner Partei in Wiener Neustadt, in der »Volksstimme-EU-Spezial«, Mai 1994. Oder vgl: Dieter Schrage, in: »Akin« 7. 6. 1994: „Für eine Stärkung linker Positionen in der Grünen Alternative".

Dialektik der Ökologie

Ein Versuch über Mensch und Natur, Kultur und Emanzipation

Franz SCHANDL
Gerhard SCHATTAUER

Viel wird über sie geredet, doch was sie eigentlich ist, wer sie für sich veran- schlagt, und warum die Linke nicht auf sie verzichten soll, auf die Ökologie nämlich, erklärt dieser Beitrag.

„Die Natur ist, wie sie ist, und ihre Veränderungen sind deswegen nur Wiederholungen, ihre Bewegung nur ein Kreislauf."[1] Dieses Hegelsche Diktum stimmt und wiederum auch nicht. Der Kreislauf kennt ebenfalls seine zeitlichen Beschränkungen, legen wir ihm Erdenzeitalter oder kosmische Dimensionen zugrunde. Daß der Kreislauf in uns sinnlich und wahrnehmungsmäßig unfaßbaren Horizonten sich als Spirale zeigt, muß als erwiesen gelten. Darüber hinaus stellt sich die Frage, ob Natur nicht auch lokal zu begrenzen ist, ob der Begriff über den Planeten Erde oder unser Sonnensystem hinaus unbefangen verwendet werden kann. Für uns mag aber hier genügen, daß der Kreislauf der Natur, der nicht als bloße Statik gesehen werden darf, ein Aus-Sich Zu-Sich-Bewegen, somit ein In-Sich-Bewegen ist.

Natur und Denken

NATUR ist a priori frei vom Denken. Dringt es in sie durch das Handeln ein, ist es um sie geschehen. Sie besteht in sich und vergeht aus sich. Sie verläßt sich substantiell gleichbleibend. Sie kennt kein Ziel, das nicht auch Anfang ist. Erst durch das Denken kann der Mensch die natürlichen Potenzen (nicht die Natur an sich, aber die Natur für sich) lenken und eben für sich materialisieren. Durch sein Handeln hebt er sie in neuen Kombinationen auf, entfaltet ihre Möglichkeiten. Erst mit dem Menschen kommt die Natur sich selbst verlassend zu sich. Mensch und Natur verhalten sich wie Subjekt zu Objekt oder Objekt zu Objekt, aber niemals wie Objekt zu Subjekt. *„Vermöge der Ungleichheit im Begriff der Vermittlung fällt das Subjekt ganz anders ins Objekt als dieses in jenes. Objekt kann nur durch Subjekt gedacht werden, erhält sich aber diesem gegenüber immer als Anderes; Subjekt jedoch ist der eigenen Beschaffenheit nach vorweg auch Objekt. Vom Subjekt ist Objekt nicht einmal als Idee wegzudenken; aber vom Objekt Subjekt. Zum Sinn von Subjektivität rechnet es, auch Objekt zu sein; nicht ebenso zum Sinn von Objektivität, Subjekt zu sein."*[2] Vom Bewußtsein her ist das zweiseitige Verhältnis ein einseitiges.

Was Anlaß gewesen war, daß der Mensch sich vom Tierreich und somit in und von der Natur besondern (nicht: absondern) konnte, ist bis heute ein Rätsel geblieben. Der Mensch ist das Wunder der Natur, aber auch das Wunder wider die Natur. Der Mensch wird vom Geschöpf der Evolution zu ihrem Schöpfer. Das ist die fruchtbare wie furchtbare Wirklichkeit der Menschwerdung. Es gibt kein Zurück. *„Die universal entwickelten Individuen, deren gesellschaftliche Verhältnisse als ihre eigenen, gemeinschaftlichen Beziehungen auch ihrer eignen gemeinschaftlichen Kontrolle unterworfen sind, sind kein Produkt der Natur, sondern der Geschichte."*[3]

„Künstlichkeit ist die Natur des Menschen",[4] schreibt Günther Anders. Die Kunst des Menschen besteht darin, Natur gegen Natur bewußt wirken zu lassen. Der erste Schritt der Verkünstlichung, das heißt der Schritt zur menschlichen Kultur, ist die bewußte Einwirkung seiner inneren Natur auf die äußere Natur. Jede Künstlichkeit besteht aus lauter Natürlichkeiten. Sie wirken nur anders aufeinander, als sie in der Natur wirken. Der Mensch kann nicht erschaffen, wozu ihm die Natur die Möglichkeiten verwehrt. Alles ist potentiell angelegt. So ist das menschliche Freimachen noch immer eine Gebundenheit an die Natur. Ohne sie wäre er nichts, mit ihr allein wäre er aber bloß ein Vieh.

Natur wird als
te aufgehoben. N
fügt über innere N
rer Potenz von äu
scheidet. Tun un
kombinierten For
theoretisierten Pr
spezifisch. Die me
somit das spezifi
innerer und äußer
Zweck sich unmi
jekt bezieht und
macht, wie auch
ein anderes besti
walt betrachtet u
Zweck als von gar
scheint als das Ob
Objekte ebenso g
ständige Totalitä
Zweck sich aber i
ziehung mit dem
zwischen sich und
res Objekt einsch
List der Vernun
den."[5] Nur diese
lung, Fortschritt
on, die sich vom
unterscheidet.

Wenn innere u
Form von Subjek
frontiert werden,
Dominanz, zumin
wärtige. Sie wir
auch wenn sie sic
zusetzen versteht
der Individuen). Z
ist unfraglich ih
etwas, das einen
kein Ende finde
konnte Hegel mei
„Dies taumelnde I
zum Fürsichsein
nen verschwinder
stehen geben."[6]

Der Schöp

Der Mensch
Schöpfer. Er ist d
wußte und quali
der Natur auf dies
fern sind wir hier
etwa Max Horkhe
W. Adorno, die beh
such, den Naturzu
dem Natur gebroc
umso tiefer in de

ein.“[7] Die These, so richtig sie vor allem anhand der neuesten ökologischen Bedrohungen erscheint, kann in dieser apodiktischen Form nicht unterstützt werden. Einen Automa-tismus, der auf jede Befreiung vom Naturzwang einen neuen, ja gar noch tieferen Naturzwang zur Folge hat, können wir nicht ausnehmen. Der Eingriff in die Natur, korrekter eigentlich: die Kultur, kann a priori weder positiv noch negativ charakterisiert werden. Er kann sowohl konstruktiv als auch destruktiv sein, menschliches Leben erleichtern wie zerstören, und ebenso beides gleichzeitig und hintereinander.

Mensch sein heißt eingreifen. Wenn der Fall nun sich anders gestaltet oder eintritt als uns gefällig ist, sprechen wir von einem Unfall. Er kann als ungewollte Situationsauflösung angesehen werden. Der Unfall ist die sichtbare negative Folge menschlichen Handelns. Er ist die Kehrseite jeder Bewegung und Bearbeitung. Sein Inkaufnehmen nennt man Risiko, sein Bedrohliches Gefahr. Die Ökologiebewegung hat in ihrer objektiven Ausrichtung bisher deutlich gemacht, daß die Überschreitung dieser natürlichen und/oder gesellschaftlichen Grenzen unumkehrbare Folgen verursachen kann. Der menschliche Eingriff trägt emanzipatorische wie antiemanzipatorische Züge.

Die Aufgabe der Menschen besteht also in der Auslotung der Grenzen. Geschichte bleibt die menschliche Versuchung wider die Natur. Sie meint Menschheitsgeschichte, nicht Naturgeschichte.[8] Es ist nicht die Natur, die uns zwingt, den Menschen besonders zu beachten und zu beschützen, sondern die Kultur. Unsere Sorge und unsere Sorgfalt gilt so auch primär der menschlichen Kultur in ihrer zeitlichen Dimension, dem Besonderen, nicht der menschlichen Natur, dem Allgemeinen. Der zentrale Faktor der Geschichte ist der Mensch. Geschichte ist anthropozentriert. Geschichte kennt Subjekte, Natur kennt nur Objekte. Der Mensch hat Möglichkeiten, während die Natur ihren Notwendigkeiten gehorcht.

Mensch und Kultur

Mensch sein heißt Natur bearbeiten, sich eben nicht bedingungslos ihrem Kreislauf anzupassen und auszuliefern. *„Sie selbst fangen an, sich von den Tieren zu unterscheiden, sobald sie anfangen, ihre Lebensmittel zu produzieren, ein Schritt, der durch ihre körperliche Organisation bedingt ist. Indem die Menschen ihre Lebensmittel produzieren, produzieren sie indirekt ihr materielles Leben selbst.“*[9] Der menschliche Weltbezug ist kein organischer, wie er für das Tierreich charakteristisch ist, sondern bestimmt vom „sozialen“ Tun und Lassen, das eben spezifische Auswirkungen auf die Existenzbedingungen in ökologischen „Kreisläufen“ bzw. auf das ökologische Gefüge zeitigt. Ungleich einer Bakterienkultur, die auf von ihr befallene (An)Organismen qua Organismus wirkt, ist menschliches Tun und Lassen nicht primär aus seiner organischen Komponente begreifbar. Es zeigt sich, daß der Mensch prinzipiell ein Wesen zweier Welten ist und damit zwei „Naturen“ in sich birgt. In seiner ersten Natur unterscheidet er sich nicht von anderem Leben auf dem Globus, seine biologische Determination und seine evolutionäre Entwicklung bestimmen ihn als spezifische Lebensform unter vielen anderen. Seine zweite Natur hingegen weist ihn als geistiges, denkendes Wesen aus, eine Besonderheit, die unter allem Seiendem auf dem Erdball nur dem Menschen zukommt und ihn allein zu Kultur befähigt, und dazu, Subjekt zu sein.

Die zweite und spezifische Natur des Menschen ist die Kultur. Der Mensch ist ein Naturwerk, das sich im Prozeß seiner Menschwerdung zum Kunstwerk erhebt. Nur der Mensch kennt den bewußten Eingriff. Er ist die selbstbewußte Negation und Erweiterung, kurzum Aufhebung der Natur in einem Höheren. Die Natur ist das Grundlegendere, die Kultur das Höhere. KULTUR ist die Rekombination von Natur aus ihr, aber außer ihrer selbst. Kultur nimmt die Möglichkeiten der Natur wahr, nicht bloß ihre unmittelbaren Wirkungen. Sie entfaltet die Natur über diese selbst hinaus. Kultur ist die Synthese, die auf die Antithese der Bearbeitung der Natur folgt. Je höher die Kultur, desto mehr sind diese Rekombinationen nicht mehr Rekombinationen erster Ordnung, sondern Rekombinationen n-ter Ordnung, das heißt Rekombinationen von Rekombinationen von Rekombinationen etc. Kultur ist Aufhebung von innerer und äußerer Natur. Und dieses *„Aufheben stellt seine wahrhafte gedoppelte Bedeutung dar, welche wir an dem negativen gesehen haben; es ist ein Negieren und e bewahren zugleich.“*[10]

Je mehr Kultur, desto w Natur. Und doch bleibt die die ewige Bedingung mensc Existenz, ist keine Kultur oh tur zu denken. Umgekehrt i lich (aber aus anderen Gr auch keine Natur ohne Kul denken, da Denken eine Ka der Kultur ist. Natur kann blo Kultur sein, aber nicht ohne denkbar sein.

Eine emanzipatorische De der Menschheit muß bei ihren fika und besonderen Vermöge zen, sprich bei ihren kulturel higkeiten, Natur zu transzen nicht aber bei dem, was diese mit den anderen Organismen Globus gemein hat – bloße For nischer Existenz zu sein. *„Le die Daseinsweise der Eiw per“*,[11] bemerkte einst trocken rich Engels, ob jetzt aggreg Wühlmaus oder Mensch ist vo natürlichen Warte aus betrach lig ohne Belang. Für die Me aber gilt: *„Niemals sind wir lich‘. Vielmehr gehen wir schon als Bearbeitete in unse vitäten ein, gleich, worin dies hen: ob in Produzieren, Ver Genießen, Fließbandarbeit, stellerischer Tätigkeit, Musi Und diese sind durchweg ‚u lich‘.“*[12] Schon allein von dah bietet sich jedwede natürliche blone zur Festlegung mensc Natur.

Bestimmung und Beschaffenheit

„Die Bestimmung des Me ist die denkende Vernunft“, s Hegel: *„Denken überhaupt sehr einfache Bestimmtheit, durch dieselbe von dem Tiere schieden; er ist Denken an sic fern dasselbe auch von seine für Anderes, seiner eigenen Na keit und Sinnlichkeit, wodurc mittelbar mit Anderem zusa hängt, unterschieden ist. A Denken ist auch an ihm; der selbst ist Denken, er ist da d kend, es ist seine Existenz un lichkeit; und ferner, indem es nem Dasein und sein Dasein i ken ist, ist es konkret, ist mi und Erfüllung zu nehmen, es kende Vernunft, und so ist es mung des Menschen.“*[13] Die des Menschen ist das Denke

dieses Denken kann letztlich nur vermittelt über den Willen im Handeln, dem denkenden Tun zu sich kommen, real werden. *„Der Unterschied zwischen Denken und Willen ist nur der zwischen dem theoretischen und praktischen Verhalten, aber es sind nicht etwa zwei Vermögen, sondern der Wille ist eine besondere Weise des Denkens: das Denken als sich übersetzend ins Dasein, als Trieb, sich Dasein zu geben.“*[14]

Das spezifische Charakteristikum des Menschen ist diese dialektische Einheit von Geist und Tat, Denken und Handeln. Das Denken kann sich nur erfüllen im Handeln, das Handeln nur geleitet werden vom Denken. Reflektiertes Tun oder tätige Reflexion zeichnen den Menschen vor dem Tier aus. Gegen ihn ist das Tier ein Nichts, Natur pur.

Wichtig ist es hierbei auch, sich die von Hegel angeführte Unterscheidung von Beschaffenheit und Bestimmung klar vor Augen zu halten: *„Bestimmung und Beschaffenheit sind so voneinander unterschieden, Etwas in seiner Bestimmung nach gleichgültig gegen seine Beschaffenheit.“*[15] Von der anatomischen Beschaffenheit her ist etwa die Differenz zwischen Mensch und Schwein völlig unbedeutend, ja nichtig. Wenn man genau schaut, wird man wenig essentielle Unterschiede erkennen. Es ist so ziemlich alles an dem Schwein, was auch an dem Menschen ist. Und doch liegen Welten zwischen ihnen. Der fundamentale Unterschied ist aber nicht in der Beschaffenheit zu suchen, sondern alleine in der Bestimmung. Denken und Handeln machen aus den organisch nah Verwandten gesellschaftlich Unverwandte. Für den Menschen gilt: *„Aber die Bestimmung geht für sich selbst in Beschaffenheit und diese in jene über.“*[16] Die Beschaffenheit ist eine Voraussetzung seiner Bestimmung, aus der Beschaffenheit ist aber keine Bestimmung ableitbar.

Anthropozentrismus

Die ideologischen Wurzeln dieser von uns vorgetragenen und geteilten anthropozentrischen Betrachtungsweise liegen in der jüdisch-christlichen Tradition. Es steht geschrieben: *„Dann sprach Gott: Laßt uns Menschen machen als unser Abbild, uns ähnlich. Sie sollen herrschen über die Fische des Meeres, über die Vögel des Himmels, über das Vieh, über die ganze Erde und über alle Kriechtiere auf dem Land. Gott schuf also den Menschen als sein Abbild; als Abbild Gottes schuf er ihn. Als Mann und Frau schuf er sie. Gott segnete sie, und Gott sprach zu ihnen: Seid fruchtbar, und vermehrt euch, bevölkert die Erde, unterwerft sie euch, und herrscht über die Fische des Meeres, über die Vögel des Himmels und über alle Tiere, die sich auf dem Land regen. Dann sprach Gott: Hiermit übergebe ich euch alle Pflanzen auf der ganzen Erde, die Samen tragen, und alle Bäume mit samenhaltigen Früchten. Euch sollen sie zur Nahrung dienen.“*[17]

Weiters steht geschrieben: *„Dann segnete Gott Noach und seine Söhne und sprach zu ihnen: Seid fruchtbar, vermehrt euch, und bevölkert die Erde! Furcht und Schrecken vor euch soll sich auf alle Tiere der Erde legen, auf alle Vögel des Himmels, auf alles, was sich auf der Erde regt, und auf alle Fische des Meeres; euch sind sie übergeben. Alles Lebendige, das sich regt, soll euch zur Nahrung dienen. Alles übergebe ich euch wie die grünen Pflanzen.“*[18]

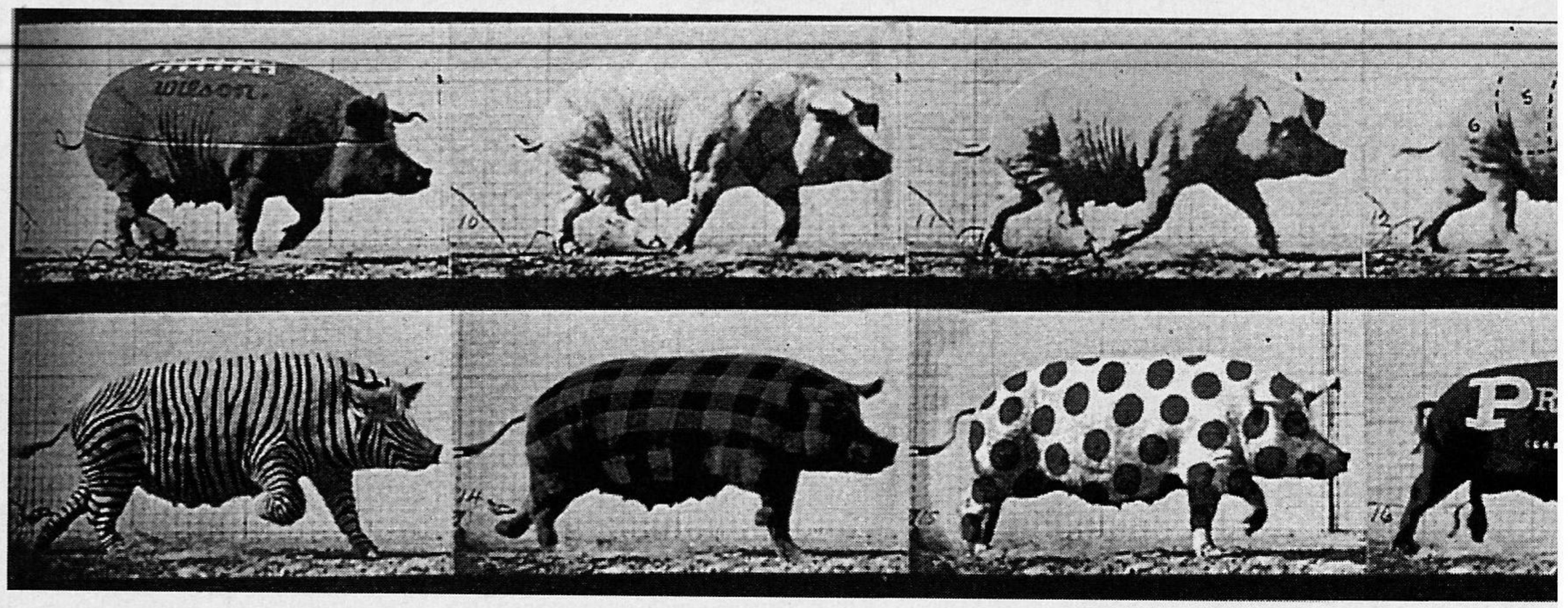
Eine deutliche Sprache wird hier gesprochen. Das „Macht Euch die Erde untertan!“ darf freilich nur als bewußter Reflex, nicht als neues Pro-

gramm verstander
Testament ist bloß
vollzogen, was sic
ihrem Leben täglic
füllte. Diese Sätz
gung, nicht Auffo
selbstverständlich
ständliche Ideolog
in ihnen das Volk,

Freiheit u

*„Freiheit bede
vom Standpunkt d
tion der sozialen,
der Gesellschaft d
türlichen (kausal
(Willensfreiheit).“*[1
Befreiung des Men
mit seiner Loslösu
Menschliche Freih
zipation von natür
interpretieren, sie
chung der natürlic
nen. Gesellschaf
überwindet natü
Relative Freiheit
das spezifische
Menschen, sein all
ist, daß er Teil der
das ist. Der Mensch
genteil der Natur. I
sondere für des M
*„Daß Vernunft ein
und doch ein Mom
ist ihre zu ihrer im
mung gewordene
turhaft ist sie als Z
haltung abgezw
Kraft; einmal abe
der Natur kontrast
zu deren Anderem
entragend, ist Ve
identisch und nich
tisch ihrem eigenen*

Natur ist urspri
re, aus der die fort
sellschaftung den
hebt. Der Begriff



den Menschen nur in Bezugnahme zu seiner Kultur von Sinn, mit der er gemeinsam die Totalität der Welt begründet. Aus einer anderen als der menschlichen Warte ist Natur gar nicht greifbar. *„Die Natur, die wir kennen, hat zum Unterscheidungsmerkmal den Menschen: sie ist seine Natur."*[21]

Die Forderung nach Naturerhaltung ist daher eine vollkommen einseitige Absurdität. Der Mensch kann mit Natur gar nicht anders als in Aneignung verfahren. Das Problem ist keines der Ontologie, wie es der bürgerliche Kulturpessimismus letztendlich postuliert, sondern eine Frage der gesellschaftlichen Formbestimmtheit des menschlichen Umgangs mit ihr. *„Alle Produktion ist Aneignung der Natur von seiten des Individuums innerhalb und vermittelst einer bestimmten Gesellschaftsform."*[22] Nur von einem eschatologischen Standpunkt aus, der die bürgerliche Form als Endpunkt wähnt, kann sich die Fragestellung nach der Destruktivität technischer Naturbeherrschung zum Angelpunkt einer Zivilisationskritik emporschwingen.

Bürgerliche Zivilisationskritik

Wo immer wir auf das Naturproblem stoßen, es ist ein menschliches, gesellschaftliches. Die bürgerliche Zivilisationskritik hingegen scheut davor zurück, die sie sprengenden Konsequenzen zu ziehen. Die Crux solcher Auffassung ist nichts anderes als ein pessimistisch gewendeter bürgerlicher Subjektivismus, der zwar die subjektive Erhebung des Menschen gegenüber der Natur im Hinblick auf die Schöpfung allenthalben als Anmaßung denunziert (wo diesem doch anstelle seiner Herrschaftsgelüste eine „Renaturalisierung" besser zu Gebote stünde), aber den gesellschaftlichen Menschen allemal als Subjekt – als Herr seiner Geschichte – behauptet.

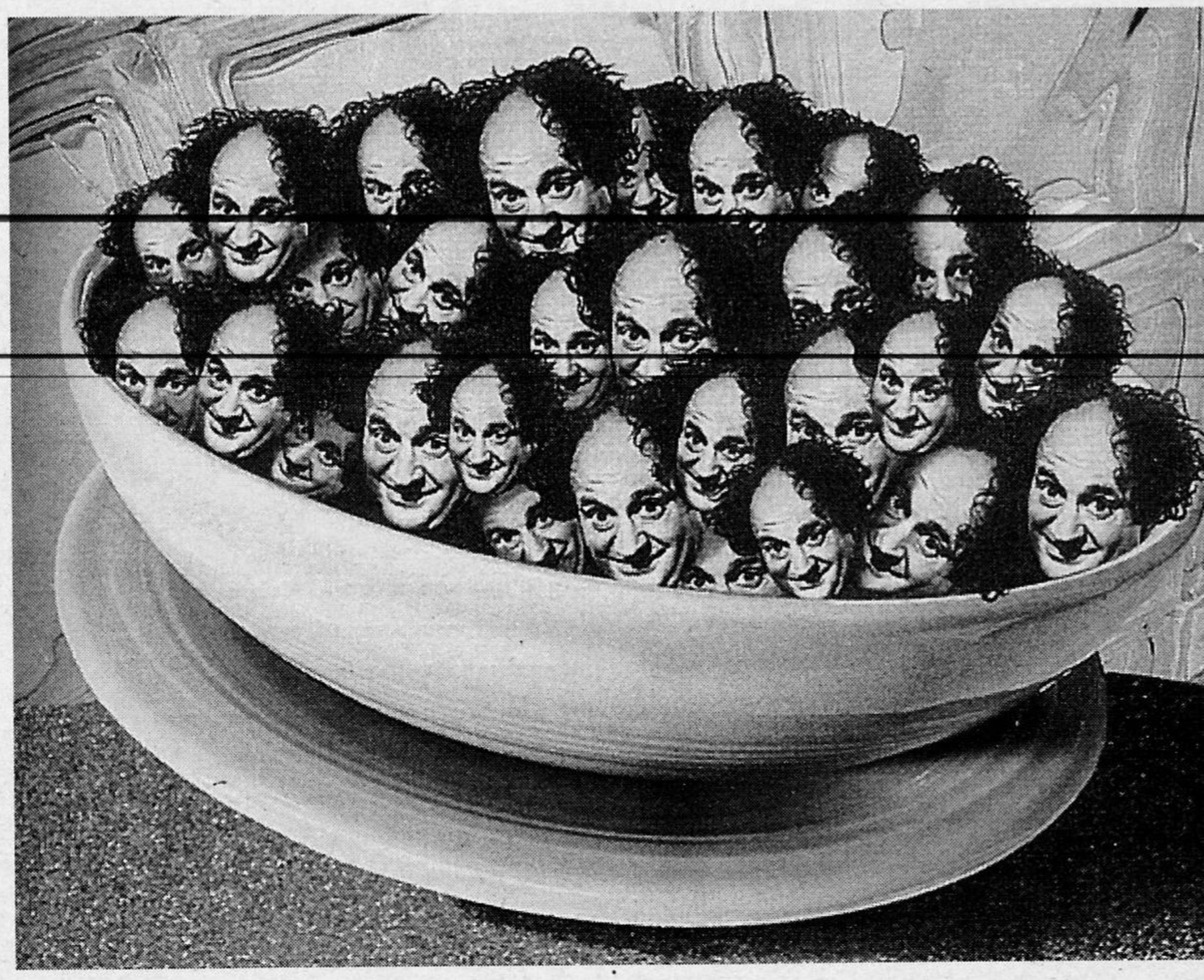
Die Fixierung auf eine derart ontologisierende Subjekt-Objekt-Dichotomie verbaut dem bürgerlichen Denken nachgerade eine Kritik der Formbestimmtheit des menschlichen Naturumgangs. Dabei ist es jenem geradezu spezifisch, nur die sozialen Verfallserscheinungen ins Ontologische zu wenden,[23] wohingegen umgekehrt für die zivilisatorischen Errungenschaften gerade eine von den borniertenmenschlichen Daseinsgrundlagen fortschreitende technische Rationalität als Offenbarung menschlichen Geistes gefeiert wird. Jener Subjektapriorismus ignoriert stillschweigend, daß der Mensch „Bürger" zweier Welten ist. Konfrontiert mit den Destruktiva menschlichen Verhaltens wider die Natur wird ihm eben jener tatsächliche Subjektstatus, den der Mensch gegenüber der Natur einnimmt, zum Vorwurf gemacht, welcher aber doch wieder im Zusammenhang zivilisatorischer Errungenschaften affirmiert wird. Das Subjekt mit all seinem konkreten Vorzeichenwechsel zwischen negativer Destruktion und positiver Emanzipation gerät zum Angelpunkt des bürgerlichen Denkens und markiert den bürgerlichen Ausweg: der ontologische Subjektapriorismus erlaubt es, die Formbestimmtheit gesellschaftlicher Naturaneignung zu ignorieren. *„Das bürgerliche Subjekt durchschaut seinen eigenen Konstitutionszusammenhang nicht und fühlt sich ihm gegenüber souverän – wo ein Wille da auch ein Weg. Es kommt daher auch nicht auf den Gedanken, daß es jener Zusammenhang ist, der ihm die Gesetze des Handelns aufherrscht."*[24]

Das bürgerliche Subjektdenken verwechselt systematisch das Agens mit dem Konstituens. Nur wenn man sich vom aprioristischen Subjektdenken verabschiedet, kann der Konstitutionszusammenhang und somit die gesellschaftliche Formbestimmtheit menschlicher Betätigung ins Zentrum des Blickfeldes gelangen. Nicht mehr würde der Mensch a priori als Herr seines Geschickes unterstellt, sondern der Herr – jetzt ganz ohne Mythos – seinem Geschicke

Wo sich eine Ontologisieru
Subjektivität verbietet, dort
verständlich auch jene des Prä
sprich konkret der menschlich
beit. Als Formkategorie abs
Wert-Realisierung ist sie el
nicht als bloßes Attribut eines
gischen Subjekt-Apriorismus
stimmen, sondern analog i
Gleichgültigkeit gegenüber je
stofflichem Inhalt der ihr aus
ten Betätigung zu fassen.[25] Ur
chem Aspekt ließe sich auch d
sel produktiv-destruktiver m
cher Dichotomie ohne Zuflu
Ontologie auflösen. Wir schlie
hier Robert Kurz an, der fe
„Das ist die Verrücktheit des
fetischs: menschliche Produkt
Konsumtion, die sinnliche An
der Natur, sind gar nicht mehr
setzend, sondern bloßes Zubeh
Erscheinungsform der fet
schen Abstraktion"[26] der dete
renden Ware-Geld-Vergese
tung geworden, in der das Ge
mehr als Erscheinungsform d
kreten Arbeit auftritt, sonder
kehrt.

Natur und Ökologie

Wie verhalten sich nun abe
und Ökologie zueinander? Ur
lich galt Ökologie als Teildiszi
Biologie. Ihr Begründer
Haeckel definierte sie Mitte
Jahrhundert folgendermaßen
Oecologie verstehen wir die
Wissenschaft von den Bezi
des Organismus zur umg



Außenwelt, wohin wir im weiteren Sinne alle ‚Existenz-Bedingungen' rechnen können."[27] Seitdem hat das Verständnis von Ökologie einen ebenso rasanten wie vielfältigen Bedeutungswandel durchlaufen, was wohl als Indiz für die funktionelle und instrumentelle Auffassung von Ökologie gelten kann.[28]

Der endgültige Bruch mit der Immanenz ihrer rein naturwissenschaftlichen Orientierung kam in den sechziger Jahren. Die Propagierung einer „Humanökologie" brachte nicht nur die Integration des menschlichen Individuums in die Erforschung und Beschreibung sogenannter ökologischer Kreisläufe, sondern verstand darunter gerade auch eine fortschreitende Anwendung naturwissenschaftlicher Methoden auf soziale und gesellschaftliche Sphären. Damit gewann die ohnehin seit jeher meist manifeste, mindestens aber latente sozio-biologistische Ausformung der Disziplin erneut an Boden. Im Namen der Natur wurden nun „dem Menschen" oder der menschlichen Spezies irreversible Eingriffe in die ökologischen Kreisläufe angekreidet. Im Zuge der hier nur kurz skizzierten Tendenzen wurde die Ökologie zur neuen „Leitwissenschaft" ausgerufen und damit zur politisch-normativen Disziplin erhoben, während ihre Methode und ihr Instrumentarium nach wie vor zwischen empirischer Analyse und naturwissenschaftlicher Deskription beheimatet waren.

Dieses Verständnis von Ökologie hat bislang zum Befund, daß die ökologische Krise eine gesellschaftliche Krise ist, nämlich resultierend aus den von den Individuen nolens volens eingegangenen Produktionsverhältnissen, wenig beigetragen und mit ihrer Wendung menschlicher Destruktivität ins Ontologische die Verschleierung dieses Zusammenhanges unterstützt. Eine emanzipatorische Wendung der „politischen Ökologie" ist bisher nicht versucht worden. Im Namen der Ökologie wurde, wenn auch meistens nur unbewußt, fern jeglicher Dialektik einer reduktionistischen Anschauung das Wort geredet, die darin besteht, die zwei unterschiedlichen menschlichen Naturen auf die eine zu reduzieren bzw. die zweite aus der ersten erklären zu wollen. *„Die Übertragung ökologisch-methodischer Konstruktionen auf materiell-ökonomische Produktionssysteme erweist sich bereits im Ansatz als Folge einer bloß anschauenden, unhistorischen Naturauffassung, einer ideologischen Konsequenz eines idealistischen Naturbegriffs."*[29] Daraus folgerten für diese Sorte Ökologie zwei denkbare Ableitungen. Erstens: Natur bestimmt Kultur; aus biologischen Festlegungen ergeben sich die kulturellen Verhaltensweisen und Normen. Zweitens ein negativer Anthropozentrismus: weil menschliche Einwirkung Auswirkungen auf Existenzbedingungen von Lebens- und Daseinsformen hat, die diese beeinträchtigt, gefährdet oder aufhebt, also destruktiv wirkt, wird auf ein Primat der Existenzbedingungen (einschließlich jener des menschlichen Organismus) vor einem solchen der menschlichen Betätigung geschlossen, so sie diese gravierend gefährdet oder in Frage stellt. Streng genommen wird damit natürlich keine ökologische – im Sinne des Kontextes zur Biologie – Aussage mehr getroffen, umgekehrt wird Ökologie als Argument für einen bestimmten ideologischen Standpunkt herangezogen.

Ökologie als Wissenschaft

Wissenschaft vermag zwar Naturgesetze zu finden und aufzustellen, muß aber ideologisch mutieren, um zur Erkenntnis eines „Gesetzes der Natur" zu gelangen. Es ist nämlich eines, Kenntnis und Anwendung von Naturgesetzen für den menschlichen Umgang mit der inneren und äußeren Natur nutzbar zu machen, und ein anderes, einem wie auch immer geartetem Primat der Natur das Wort zu reden und daraus irgendwelche menschlichen Verhaltensweisen – hießen diese nun Unterordnung, Einfügung, Regulierung oder Beherrschung – zu folgern.

Im Begriff des „Naturgesetzes" verbirgt sich so eine heimliche Doppelbedeutung. Nicht nur beschreibt es Zustände und Potenzen von Materie – in dieser Hinsicht wäre der Ausdruck etwa von „Gesetzen der Materie" weniger zweideutig –, sondern es gilt auch als Kategorie sozialer Normierung, welche mit dem Verweis auf „Natur" ein eigentlich Soziales legitimieren möchte. Naturgesetze sind keine „Gesetze der Natur", die über den Menschen richten, sondern in abstrahierender Auseinandersetzung mit der materiellen Welt gewonnene Erkenntnisse ihrer Beschaffenheit und Funktionsweisen. Es ist der Mensch, *„in dem die Natur das Bewußtsein ihrer selbst erlangt."*[30]

Auch als soge
senschaft fröntÖ
logischen Prinzip
wie folgt beschrei
*bloßen Wissen da
an sich ist, unver
nommen, die für d
der Gesellschaft g
spruchen."*[31] Sie k
bei auf die Auswi
chen Einwirkens
ist aber jegli
Äußerung gegenü
benden und auch
ein ökologischer E
diese rein auf Ka
Terminologie über
mag.

Da die Natur
sierendes Gesche
Zeit sein kann,
keine Eingriffe ge
immer postulierte
– und hieße er s
Evolution – gelten
tes Dasein als Aus
ist bereits eine E
Natur. So diese Ök
wirkungen von Ei
tensnormen aufste
litische Ökologie"
weil sie die Poli
bloßen Prädikat
Naturgesetzes) dis
methodisch mehr
Prozedur schlägt z
ptomatische Rich
thematisiert am m
eingriff primär
Potentiale (Zerstö
Verknappung), soc
Natur, der Mens
außer Rand und
struktion, als Vers
Kreisläufe des Leb

Die Schlußfol
dieser „politischen
werden, stehen a
Natürlichkeits-Pa
Umstand, daß me
und menschlicher
tur in letzterer gru
kungen haben, di
nichtung darstell
gleichbedeutend i
rung von Bestehe
auf einen Standpu
tur. Sie operiert d
nem statischen, wi
turbegriff, über de
stulat der Krei
nicht erheben ka
daraus ferner ent
ordnung des Mens
setze der Natur"

sich mit deren richtiger Erkenntnis und daraus resultierender Einfügung in die Kreisläufe der Natur. Immer wird dabei ein freilich unmöglicher Subjektaustausch vorgenommen. Menschliches Verhalten soll generell dahin gebracht werden, daß der Natur – die ein Subjekt erhält – Bewahrung und Regeneration möglich sein können.

Emanzipation und Ökologie

Nicht im Blickfeld obenerwähnter Positionen liegt hingegen der emanzipatorische, weil grundsätzlich anthropozentrische Ansatz, welcher seine Aussagen und Schlußfolgerungen über das Verhältnis von Mensch und Natur unter einem vollkommen anderen Paradigma entwickelt, dem Primat eines „menschlichen Menschen", oder – wie Herbert Marcuse ausführt: *„Mit dem Aufstieg des Menschen als des animal rationale – befähigt, die Natur im Einklang mit den Vermögen des Geistes und den Potenzen der Materie umzugestalten – nimmt das bloß Natürliche als das unter der Vernunft Stehende einen negativen Status an."*[32]

Dem Standpunkt einer auf menschliche Emanzipation gerichteten Sichtweise erscheint daher jegliche Rücksichtnahme auf behauptete Rechte oder Interessen der Natur inakzeptabel. Nicht, was für die Natur von Vorteil oder Nachteil, ist hier das Entscheidende, sondern daß *„alle Freude und alles Glück der Fähigkeit (entspringen), die Natur zu transzendieren – eine Transzendenz, bei der die Naturbeherrschung selbst der Befreiung und Befriedung des Daseins untergeordnet ist."*[33] Der Angelpunkt für die Bewertung ökologischer Bedrohungen ist hier nicht die Natur selbst, *„die das dem sich entwickelnden Subjekt entgegengesetzte Objekt ist und bleibt"*,[34] sondern die menschliche Aneignung der äußeren Natur.

Eine emanzipatorische Wendung und Fundierung der Ökologie ist überfällig. Ökologische Kritik muß, will sie nicht auf der Stelle treten oder gänzlich in reaktionäres Fahrwasser gelangen, zu einer Dialektik der Ökologie werden, deren Aufgabe darin besteht, die inhaltlichen und formalen Bezüge von Mensch, Natur und Kultur in einer emanzipatorischen Theorie zusammenzufassen. Der Antithese hat eine Synthese zu folgen, Ökologie muß von einem Schlagwort zu einer Kategorie aufsteigen.

Ökologie als Kategorie

ÖKOLOGIE behandelt nichts anderes als die Rationalität des menschlichen Daseins hinsichtlich seiner stofflichen Bedingtheit, deren Form und Inhalt sind ihr Gegenstand. Insofern ist sie sowohl mit der Ökonomie als auch der Biologie aufs engste verbunden, und wer genau hinsieht, der wird unseren zentralen Begriff auch als eine Wortzusammensetzung dieser beiden Disziplinen lesen können.

Die Frage nach der Ökologie ist somit die Frage nach unserer kollektiven stofflichen Existenz. Die Ökologie kann als die Wissenschaft von der stofflichen Grundlage menschlichen Seins verstanden werden. Sie beinhaltet mehr als die Beziehung des Menschen zur Natur, sie kann als Beziehung von Mensch und (Um)Welt beschrieben werden, soweit jene stofflichen Auswirkungen folgt und solche tätigt.

Stoff meint hier die materielle Basis, organisch oder unorganisch, bearbeitet oder unbearbeitet. Die Auslegung der Materie ist die stoffliche Konkretion. Materie ist das Rohe und Allgemeine, aus dem die feingliedrigen stofflichen Besonderungen sich entwickeln. Stoff ist das Zusammenfallen und Auseinanderfallen von Materie. Stoffliche Konkretion und materielle Bewegung sind eins.

Ökologie meint den Stoffwechsel des menschlichen Kollektivs in all seinen Facetten. Dieser aber ist kein primär biologisches oder gattungsmäßiges Problem, sondern ein gesellschaftliches. Mit der Zuspitzung der ökologischen Frage und dem Aufkommen der Ökologiebewegung ist dieser Stoffwechsel erstmals Gegenstand prinzipieller Kritik geworden, richtete sich diese nicht mehr gegen diverse Ausformungen, sondern gegen den Inhalt selbst. So gesehen stellt die Menschheit mit der Zentrierung der Ökologie die Frage nach einer sinnvollen ganzheitlichen Existenz.

Die ökologische Frage übersteigt alle bisherigen Fragen in ihrer Kontingentierung, eben weil – wendet man sie emanzipatorisch – sie keine bloß zusätzliche ist, sondern diese alle mitbeinhalten muß.

Anders als unser restriktiver Naturbegriff ist unser Ökologiebegriff extensiv dimensioniert, er tendiert dazu, die Totalität gesellschaftlicher Wirklichkeit zu erfassen. Die Frage der Natur ist so bloß eine nach der ursprünglichen These des Dasei
Frage der Ökologie ist die na
Synthese, sie hat mit Naturstof
ger zu tun als mit Kunststoff,
erst dessen Verallgemeinerun
die ökologische Problematik
Tagesordnung setzte. *„Ökologi
gen umfaßt meines Erachtens
sondere die integrale Positi
menschlichen Subjekts als be
Teil der belebten, der organisch
anorganischen Natur – mit all
aus folgenden qualitativen M
ten"*,[35] schreibt Wolfgang Meh
Ökologie gibt es nur, weil
menschliche Gesellschaft gibt.
sellschaftliches Problem ist si
des menschlichen Reichtum
muß somit weiter als ein Probl
menschlichen Produktion bez
werden. Arbeit und Natur si
Quellen des gesellschaftlichen
tums,[36] ihre spezifische Komb
ist auch Basis der Umweltzerst

Diskurs der Ökologie

Das, was im gesellschaf
Diskurs unter Ökologie firmi
heute in der Regel weniger th
scher Zugang, als vielmehr ein
cher Reflex auf die Zerstöru
tentiale der gesellschaftlichen
Die so wahrgenommene Ka
phen-Objektivität ist ja durcha
nifest, die Beobachtung richt
Schein trügt nicht – vielmehr
der Schein gar nicht mehr zur
nenden Zusammenschau sin
Rezeption. Wer vermöchte no
alltäglich via Massenmedien a
Menschen einflutenden Nach
von ökologischer Destruktion
nen Zusammenhang zu bring
gewichten, geschweige denn zu
fizieren? Die Quantität aufge
Zerstörungsevidenzen vers
sich ihrer qualitativen Analy
die allgemeine Hilflosigkeit ka
nicht anders als zwischen meß
schem Reflex (der mahnende
Experten) und dem Einklagen
scher Insuffizienzen zu laviere
Geschichtlich betrachtet h
lich erst die Dynamik der kapi
schen Produktionsweise w
maßgebliche Schritte aus den
der Notwendigkeit in jenes d
tentiellen) Freiheit gebracht. E
dem Vorantreiben menschlich
abhängigkeit von der äußeren
mit ihrer Nutzbarmachung
technologischen Beherrschung
nem bisher nie dagewesenen A
wurde die Möglichkeit zuneh

Annehmlichkeit des Lebens geschaffen, so daß *„die Spekulationen über das Gute Leben, die Gute Gesellschaft, den Ewigen Frieden einen stets realistischer werdenden Inhalt (erhalten); aus technologischen Gründen tendiert das Metaphysische dazu, physisch zu werden.“*[37]

Erst der geschichtliche Fortschritt, der sich seinen historischen Weg bis in den modernen Kapitalismus bahnte, hat dazu geführt, daß *„wir zum erstenmal in der Geschichte wirklich massenhaft ‚überschüssiges Bewußtsein‘ (haben), nämlich energische psychische Kapazität, die nicht mehr von den unmittelbaren Notwendigkeiten und Gefahren der menschlichen Existenz absorbiert wird und sich daher den ferneren zuwenden kann.“*[38]

Wäre da nicht auch die Diskrepanz zwischen den Möglichkeiten technologischer Rationalität einerseits und der Formbestimmung ihrer Realisierung in einer Produktionsweise, deren immanenter Grundwiderspruch zwischen Tausch- und Gebrauchswert zwangsläufig auch die ökologische Krise immer zentraler in den Vordergrund treten läßt, oder wie es Robert Kurz formuliert: *„Die gesellschaftliche Krise erscheint vielmehr heute in ihrer höchstentwickelten Form auch als Krise der ‚vergesellschafteten Natur‘, das heißt als ökologische Krise.“*[39]

Grüne und Ökologie

Ein zentrales Manko der Ökologiebewegung und der Grünen ist, daß sie zwar einerseits vorrangig ökologische Fragen problematisieren, andererseits aber bisher kaum die Frage der Ökologie als solche stellen. *„Die Geschichte der Ökologie ist die Geschichte der Katastrophe“*,[40] schreibt etwa Peter Pilz verkürzend. So wird das Abgeleitete, das heißt die ökologischen Mißstände, als zentral betrachtet, das Grundlegende, die Ökologie selbst, als marginal gesehen.

Ökologie ist heute zu einem Gemeinplatz geworden, der eine serielle Anwendung nicht nur zuläßt, sondern fördert. Betont wird hier immer lediglich der Konsens, der zwischen den verschiedensten Gruppierungen und Strömungen herrscht. Ob dieser tatsächlich gegeben ist, wurde bisher keiner Prüfung unterzogen. *„Die geringste Schwierigkeit, so glaube ich“, schreibt Peter Weish, die Grundprinzipien der Grünen erklärend, „besteht mit ‚ökologisch‘, so schwer dieser Begriff auch zu definieren sein mag. Man ist einig darüber, daß alle Dinge im Zusammenhang zu betrachten sind und daß der Schutz der Lebensgrundlagen vorrangiges Ziel ist.“*[41] Das stimmt, aber es stimmt nur, weil das, was die Grünen und ihre Klientel am meisten bewegt, in seinen Grundlagen am wenigsten diskutiert wird. Der Konsens trägt so nur, weil sich ihm fast alle anschließen, real ist er eine Fiktion, aber er wirkt. Über Ökologie läßt sich heute – und das ist nicht nur auf die Grünen beschränkt – sagen: Alle sind dafür, doch niemand weiß wofür.

Natur und Ökologie sind so positiv affirmiert. Der ehemalige „revolutionäre Marxist“ Peter Pilz versteigt sich sogar zu Formulierungen wie: *„Wir müssen die ganze Natur schützen (...)“*[42] Pilz weiß hier offensichtlich nicht, was er sagt. Soll die Natur wieder ganz an sich werden, muß sie den Menschen loswerden. Dazu bräuchte sie aber seine Hilfe und vor allem seine Instrumente, kurzum die Bombe. Der „höchste“ Akt menschlichen Eingriffes, die Liquidierung nicht nur der Zivilisation, sondern der Gattung, wäre so die Voraussetzung, daß Natur wieder in ihre faden Kreisläufe versinkt, in ihre „alten Rechte“ eintritt. Die reine Destruktion und die reine Natur fallen so im Moment des atomaren Infernos ineinander. Die Pilzsche Forderung ernstgenommen, könnte nichts anderes bedeuten als die Auslöschung der Menschheit. Aber dorthin führt eben das seichte Gerede von der guten und ganzen Natur.

Wen nimmt es da noch Wunder, wenn Pilz schließlich trotz dialektischer Bekenntnisse bei der konservativen Formel der Lebensschutzbewegung landet und schreibt: *„Leben ist ein Wert an sich. Wer das unterschreibt, der hat mit der Industriekultur gebrochen. Die Frage nach dem Wert des Lebens ist die Gretchenfrage der Opposition.“*[43] Hier scheiden sich wahrlich emanzipatorische von konservativen Denkansätzen. Dort, wo Leben auf physische Existenz – nichts anderes ist ein Leben „an sich“ – reduziert wird, wird die mögliche inhaltliche Bestimmung der stofflichen Beschaffenheit untergeordnet. Dasein geht vor Verwirklichung, Verwirklichung hat sich dem Dasein unterzuordnen, es nicht bloß instrumentell vorauszusetzen. Umgekehrt gilt: Leben, emanzipatorisch gewendet, kann immer nur ein We
über die stoffli
hinaus eine inha
für sich aufweiser

Das Umw

Paradigmatisc
den Grünen eifrig
sung von Ökologi
„Umweltmanifest
ner Falter Verlag
reichischer Wisse
weltschutz“ verl
sier.[44] Die im Auf
nisteriums erstell
das zentrale Dok
chen Ökologie in
ihr kulminieren sa
heiten des „gesu
standes“ in selten

Das Manifest,
ne auf ökologisch
men und Lösu
schränkt, sondern
der Sozial- und
hinein intervenie
einer naturwisser
on gehalten. Die
und Kategorien
stem, Evolution,
licher Kreislauf,
gelkreis, Rückkop
der Biologie und i
„der Mensch“ w
ökologischer Ge
gemacht, kommt
griff zu Ehren. J
Organisation des
terliegt der Betra
„Regelkreis“-Idec
dem Präfix
menschliche Zivi
harmonischen ök
fen einverleibt
ökologischen Mus
bilisierenden Reg
alpartnerschaft
Sternstunde der
die Wissenschaftl
Etablierung eine
den *„ökosoziale(r*
Vermeidung vo
ten.“[46]

Die ganze S
Denkens, das vor
die Daseinsgrund
fährdungspotenti
stellung des prak
gangs getrieben v
noch von den he
und Imperativen
kommt im Text
stes zum Ausdruc
mel „Natur als

ernst genommen. Kompromißlos kommt das Manifest gleich in den einleitenden Prämissen zur Sache: *„Der Mensch kann nur dann nachhaltigen Nutzen aus der Natur ziehen, wenn er sie nicht zerstört."*[47] Das jahrtausendealte Prinzip der Menschheitsgeschichte, Emanzipation von der Natur, das heißt ihre Zurückdrängung und Zerstörung, bringt es mit einem einzigen Satz, dessen Aussage an Extremismus wohl ihresgleichen suchen muß, zur Auslöschung. Falsche Pauschalierungen dieser Art finden sich im Umweltmanifest zuhauf. Dabei gilt gerade umgekehrt: Der Mensch kann nur dann Nutzen aus der Natur ziehen, wenn er sie nach seinen Bedürfnissen und Notwendigkeiten verändert, umgestaltet, zerstört, korrekter noch: aufhebt, um hier anstelle der unpassenden reinen Negation einen dialektischen Ausdruck zu verwenden.

Ideologisch kulminiert die Erkenntnis ökologischer Gefährdung menschlicher Seinsgrundlagen letztendlich in einem negativen Anthropozentrismus, der die Unverträglichkeit des Naturumgangs der menschlichen Art herausstreicht. Im Zielkatalog des Manifests steht beispielsweise geschrieben: *„Die Abgabe von Stoffen, Strahlen, Geräuschen, Wärmen und anderen Einwirkungen, welche die Funktionsfähigkeit der Ökosphäre beeinträchtigen, ist zu vermeiden."*[48] Wie der menschliche Naturumgang dann überhaupt noch aussehen kann, der dieser Prämisse Genüge tut, ohne in der Eliminierung des Homo sapiens selbst zu gipfeln, ist wahrlich nicht mehr auszumachen. Hinter der Naturfreundlichkeit verbirgt sich so oft eine eigentümliche Menschenfeindlichkeit, eine, die sich primär gegen die materielle Begehrlichkeit der Gattung wendet, nicht jedoch gegen die spezifische Form, die ihren konkreten und deswegen destruktiven und fehlgeleiteten Ausgestaltungen zugrundeliegt.

Die Autoren des Manifestes geben es letztendlich ohnehin billiger. Praktisch wird das charakteristische Spezifikum des inkriminierten Naturumgangs, die erst heute universell gewordene Aneignung der Natur in der kapitalistischen Produktionsweise, als Generalnenner eines ökologisch verträglichen Weltbezugs der Spezies Mensch affirmiert. Die Lösungsvorschläge der Forum-Experten münden in betmühlenhafter Litanei in eine Apotheose der ökosozialen Marktwirtschaft: *„Die Ziele und Maßnahmen der Wirtschaftspolitik müssen in Hinkunft so ausgerichtet werden, daß das Wirtschaftsleben in Übereinstimmung mit der Ökologie als der ‚Haushaltslehre der Natur' und ihren Naturgesetzen gebracht wird und damit die marktwirtschaftlichen Kräfte auch zum vorbeugenden Schutz der Umwelt mobilisiert werden."*[49]

Edward und Nancy Kienholz, Holding The Dog, Idaho, 1986

An die Anrufung der Marktwirtschaft hängen die Autoren des Umweltmanifestes schließlich das in ermüdender Langeweile jahrzehntelang ausgereizte Markt-Staat-Spiel des Kapitalismus. Ökologisch konnte sich in ihrer Sichtweise der Kapitalismus bislang vor allem deswegen nicht gerieren, weil die Verfehlungen hauptsächlich in den lenkenden Eingriffen staatlicher und administrativer Instanzen in den Wirtschaftskreislauf gesehen werden: *„Umweltprobleme stellen nicht jeweils separate Ereignisse dar, sondern müs generelle Strukturfehler der schaftlichen Steuerung au werden."*[50]

Die Öko-Monetaristen forde her einfach weniger Staat, Markt. Freilich fordern sie au vor allem mehr und rigidere U normen sowie stärkere Einbez von Experten in gesellschaftlic wirtschaftliche Planungsproze fordern also weniger und mehr weniger und mehr Bürokratie, ger und mehr Normenregulieru gleich. Es soll *„ein Minimum ministration und Wirtschaftsle angestrebt werden"*,[51] um *„die wirtschaftlichen Regelungsme men in Einklang mit den darg Prämissen und ethischen Gru zen"*[52] eines ökologieverträg Wirtschaftens zu bringen.

Eine funktionierende Ums der von den Experten gefo

z im ge-
und hat
n. Capra
estseller
hlen als
enn Zel-
erfüllen,
ndividu-
rdnen.
ade auch
en, wer-
ra oder
Verbin-
zen dia-
et denn
a) bzw.
rdnung"
edarf es
laß sich
inungen
Weg dort-
ern aus-
eben, die
nderlich
der Er-
ch, hier-
ndhorn-
en des-
Erleuch-
hro ruft
Prophe-
ogischen
„grünen
en soll.

Lenkung ist aber, fast jede beliebige Detailforderung des Manifestes kann dafür als Beleg herhalten, selbst bei Beibehaltung des bestehenden bürokratisch-administrativen Niveaus undenkbar. Alleine der im Umweltmanifest geforderte Ausbau der Bürgerbeteiligung in Planungsprozessen[53] oder die projektierte Einbindung eines ökologischen Expertenrates bis hinein in die Legislative[54] hätte eine massive Aufblähung der Bürokratie zur Voraussetzung.

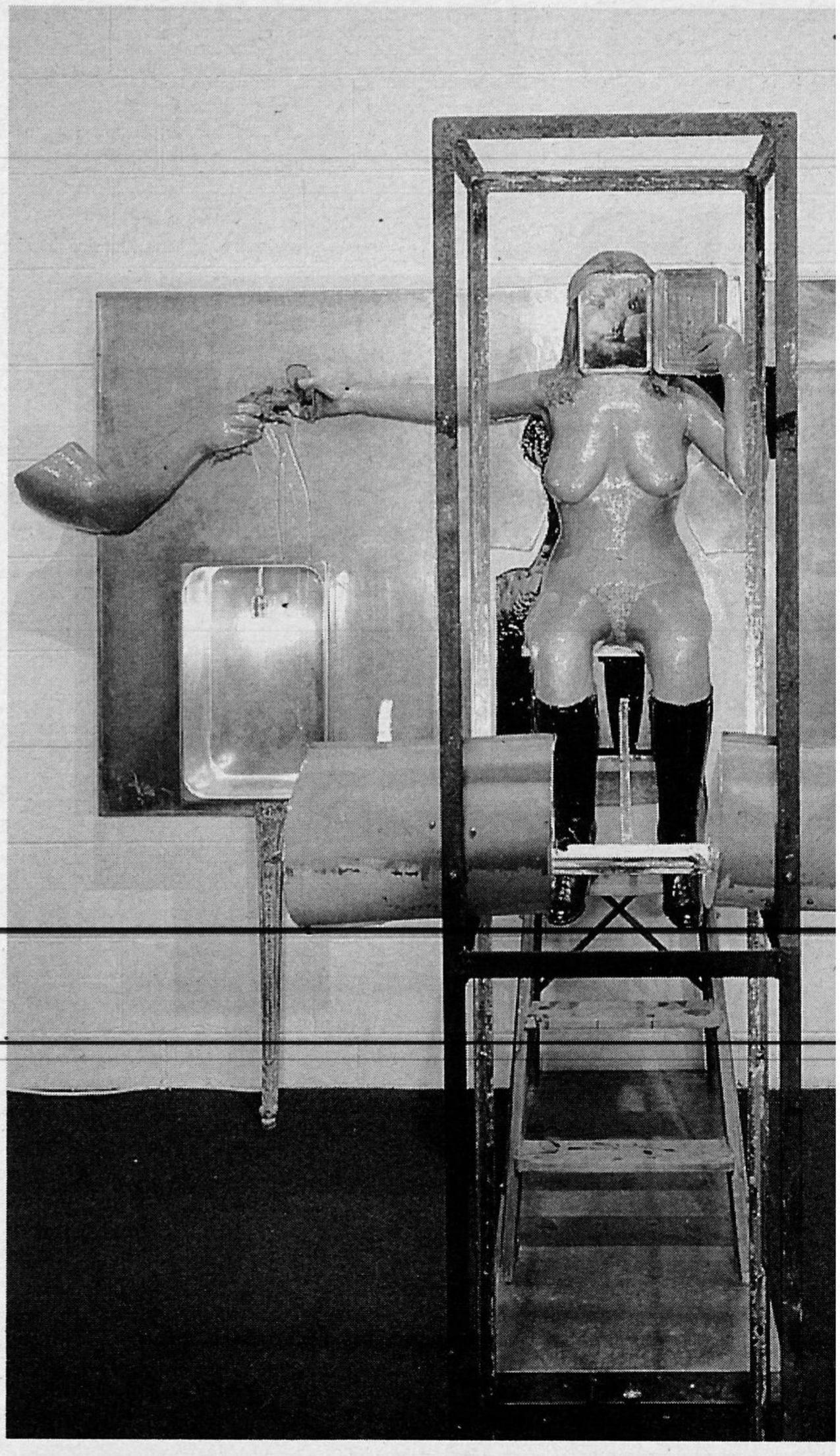
Schwein oder Monade?

Letztendlich bieten die Vorschläge des Umweltmanifestes wenig Neues. Das Kernstück des hier favorisierten wirtschaftspolitischen Instrumentariums ist das Verursacherprinzip. Unter einem neuen Schlagwort wird so nur propagiert, was der kapitalistischen Entwicklungstendenz seit jeher wesensmäßig immanent ist: Verpreisung und Verwarung aller Güter, die dieser Globus bietet, Privatisierung der akkumulierten Gewinne, Kostenüberwälzung auf die Allgemeinheit. An die blauäugig an den Kapitalismus herangetragene Forderung nach einer *„Internalisierung negativer externer Effekte"*[55] möchten die Experten selbst nicht so recht glauben. Sicherheitshalber räumen sie ein: *„Nur wenn es sicher keinen Weg gibt, Verursacher zur Verantwortung zu ziehen (sei es, daß er nicht mehr existiert, oder nicht zu ermitteln ist), oder sicher keine Möglichkeit existiert, Verursacher sofort zur Verantwortung zu ziehen (z. B. ausländische souveräne Staaten), oder wenn alle Verursacher sind (etwa beim Energieverbrauch), soll zur möglichst raschen Schadenssanierung das ‚Gemeinlastprinzip' Anwendung bzw. bis zur möglichen Durchsetzung des Verursacherprinzips vorläufig Anwendung finden."*[56]

Wo sie Recht haben, haben sie recht! Sicher wird es kaum geeignete Wege geben, Verursacher eindeutig zu ermitteln, sicher werden kaum Möglichkeiten existieren, individuelle Verursacher eindeutig zur Verantwortung zu ziehen, und wahrscheinlich sind wir ohnehin allesamt und zugleich die Verursachenden. Daraus folgt, daß die Identität Verursacherprinzip ist gleich Gemeinlastprinzip in der Realität nahezu uneingeschränkt ihre Bewahrheitung finden wird.[57]

Wie formulierte doch ein Modeideologe der Ökologiebewegung sein gesundes Meinen: *„An der Umweltzerstörung sind wir alle beteiligt."*[58] Und irgendwo auf der banalsten Ebene stimmt es ja auch, daß alle schuld sind, und somit – was das gleiche ist – niemand schuld ist. Daraus kann es theoretisch nur zwei Schlußfolgerungen geben: 1. Der Mensch ist eben ein Schwein und 2. Der Mensch verhält sich als Monade des Systems, er kann nicht anders, weil er muß. Wir halten die zweite Erklärung für richtig. Der dümmste Einwand dagegen ist, daß der einzelne doch bewußt dagegen auftreten könne, sein Verhalten ändern könne, ja und wenn das alle täten, wie schön wäre dann die Welt. Außer dem Gewissen wird hier wenig befriedigt.

Die Bewußtseinsgaukler haben



Edward und Nancy Kienholz, The Rhinestone Beaver Peep S
Berlin (West), 1980

freilich Hochkonju
chen Umweltbrosc
rien, Bezirksh
Parteien und Umw
zuschicken, ja nac
breiten Übersättig
sen beim Altpapie
eine deutliche Sp
sind sie auch eine
Menschen ein schl
machen, sie zu b
sie aufzuklären, u
eigenen Institutio
stellen, was man ni
Alle werden infor
wissen müssen. Wa
lich sein soll, ist al
dieser Praktiken
lichkeit bereitet d
Ökologie, der nur
ihrer Umgehung is

sche Wende vor. Autofahrerparteien sind nur die groteskesten Ausformungen und Vorläufer dieser Bewegung.

Auf ihrem ureigensten Gebiet, der Ökologie, haben die österreichischen Ökologen und Grünen bisher wenig Originelles hervorgebracht. Ihre Fragen mögen manchmal gut sein, ihre Antworten sind selten der Rede wert. Ökologie ist ihnen primär eine Frage der Praxis, nicht eine der Theorie. Niklas Luhmann charakterisiert das gegenwärtige ökologische Denken so: *„Es wird zu Ängsten und zu Protesten neigen oder auch zu einer Kritik der Gesellschaft, die es nicht fertigbringt, ihre Umwelt adäquat zu behandeln. Es wird seine Generalisierungen nur in der Form der Negation erreichen können, und es wird, wie typisch in Fällen, in denen es nicht weiter weiß, zu einer emotionalen Selbstsicherheit tendieren. Es wird also auf gesellschaftlich vorgegebene Formen und Anschlußfähigkeiten angewiesen sein oder in der immer auch möglichen Negation verbleiben und aus Eigenem wenig Brauchbares hervorbringen können."*[59]

Gleichgewicht und Umwelt

Fassen wir noch einmal mit Hegel zusammen: *„Die Veränderungen in der Natur, so unendlich mannigfach sie sind, zeigen nur einen Kreislauf, der sich immer wiederholt; in der Natur geschieht nichts Neues unter der Sonne, und insofern führt das vielförmige Spiel ihrer Gestaltungen eine Langeweile mit sich. Nur in den Veränderungen, die auf dem geistigen Boden vorgehen, kommt Neues hervor."*[60]

Das Gerede vom Gleichgewicht mit der Natur muß entschieden zurückgewiesen werden. Es ist uns schlicht unmöglich. Seit der Mensch ist, ist es mit dem Gleichgewicht der Natur vorbei. Wie soll auch etwas passives, bloß Reagierendes, zyklisches „Werden und Vergehen", ein bloßes „Immerwieder" gleichgewichtig sein können mit einem Aktivum, dem handelnden und denkenden Menschen. Die Natur ist nicht passiv, aber doch nicht agierend, sondern reagierend. Die Interdependenz von Mensch und Natur ist keine Interaktion. Mensch und natürliches Gleichgewicht schließen sich jedenfalls aus. Was die Menschen brauchen und auch gestalten ist ein gesellschaftliches und soziales Gleichgewicht. Dieses ist aber nicht natürlich bedingt.

Daneben ist es heute auch üblich, relativ unreflektiert von Umwelt, und davon abgeleitet von Umweltverschmutzung und Umweltschutz zu reden. UMWELT ist das, worin der Mensch zwar einerseits sein Wirken erkennt, es aber andererseits als ein bloßes Außen beschreibt und wahrnehmen will. Nur so kann aus Welt Umwelt werden. Der Begriff scheidet den Menschen von ebendieser, trennt Untrennbares, nimmt Welt nicht als Ganzes, sondern als ein Außen und Innen. Er trennt das, was der Mensch erschafft, von dem, was der Mensch ist. Umweltverschmutzung und Umweltschutz klingen geradezu verharmlosend ob der ökologischen Bedrohungen, unterstellen dem Subjekt Mensch Möglichkeiten, die es weder negativ noch positiv hat. Es tut es zwar, doch es geschieht mit ihm. Diese Termini, wenngleich kaum zu umgehen, mahnen zur Vorsicht, zu deutlich wird in ihrer Wortkonstruktion die herrschende Ideologie sichtbar.

Natur als Politik

Auch Natur hat als Schlagwort in den letzten Jahre wieder Karriere gemacht. Die Berufung auf Natur ist entweder künstlich naiv[61] oder offen reaktionär: *„Das Wörtchen ‚Natur' ist der Liebling des Terrors"*,[62] schrieb Günther Anders einmal. Festzuhalten gilt auch heute: *„Natur an sich ist weder gut, wie die alte, noch edel, wie die neue Romantik will."*[63] Aus Natur kann keine Politik abgeleitet werden.

Natur steht für eine Streubreite von Auswahlmöglichkeiten an Gesellschaftsbildern. Je nach Präferenz gibt Natur die normative Schablone ab, nach welchem ihrer Bilder die Gesellschaft zu organisieren sei. Man kann in der Natur den Auftrag entdecken, eine egalitäre, kommunitäre Sozietät aufzubauen, und wenn man ein Freund rigider staatlicher Ordnungsleistungen ist, wird man ebenfalls bei Vorbildern aus der Natur fündig werden. Beide Verfahren gehen nach einem sehr suspekten Ableitungsmodus vor, beide sind biologistisch. Das Bild, das man sich von der Natur macht und dann wiederum in die Gesellschaft zurückversetzt, entsteht bereits aufgrund der Vorstellungen von sozialer Ordnung, die man hat und für die man eintritt. Spätestens seit die Gesellschaft auf keiner naturrechtlichen Grundlage mehr basiert, könnte überdies klar sein, daß die Natur als moralische Instanz, gar als Subjekt, nicht taugt. *„E nicht um Schonung der Natu auch nicht um neue Tabus. I Maße, als technische Eingriffe d tur verändern und daraus Fol bleme für die Gesellschaft resul wird man nicht weniger, s mehr Eingriffskompetenz entw müssen, sie aber unter Kriterien tizieren müssen, die die eigene betroffenheit einschließen."*[64]

Freude und Schicksal

Die Frage der Naturbeherrs ist keine von Wollen oder Nic len, sie ist ein Müssen. Eine stößliche Pflicht. Marx hat also wie Adorno fälschlich meint, Programm der Naturbeherrs unterschrieben,[65] sondern dies manente Faktum menschliche stenz ausdrücklich anerkann Naturbeherrschung ist des Me Freude und Schicksal.

Einer emanzipatorischen ö schen Politik kann es nicht prim um Naturschutz gehen, sonde um Inhalt und Form einer sozi träglichen Naturbearbeitung. W das Leben zutrifft, stimmt au die Natur, die Kultur, die Umw die Welt schlechthin: Sie habe nen Wert an sich, sondern s Werte für uns.

Der Mensch kann aber nic alleinige Ziel, und die Welt n Mittel sein. Das ist vulgärster I mus, überspitztester Anthro trismus. Nein, der Mensch steh für sich alleine, sondern auch Welt, in der er lebt, die er erlebt zu erhalten und zu verbesser Der Mensch ist sowohl Zwe auch Mittel. Detto die Welt. Ge ist also eine dialektische Ve deren permanentes Ziel die Ha zwischen Mensch und Welt zu gabe hat. Wir sind hier mit Ma dieser mit Häuptling Seattle *„Vom Standpunkt einer höher nomischen Gesellschaftsfor wird das Privateigentum ein Individuen am Erdball ganz so schmackt erscheinen wie das eigentum eines Menschen an andern Menschen. Selbst eine Gesellschaft, eine Nation, j gleichzeitigen Gesellschaften mengenommen, sind nicht E mer der Erde. Sie sind nur ihre zer, ihre Nutznießer, und haben boni patres familias den nach den Generationen verbessert terlassen."*[66]

Mag. Dr. Franz SCHANDL und Mag. Gerhard SCHATTAUER sind Historiker. Sie waren in ihrem früheren Leben führende Funktionäre der ALTERNATIVEN LISTE ÖSTERREICH (ALÖ) und Mitbegründer der GRÜNEN ALTERNATIVE.

Anmerkungen

1 Georg Wilhelm Friedrich Hegel, Vorlesungen über die Geschichte der Philosophie I. (1817), Werke 18, Frankfurt am Main 1986, S. 51

2 Theodor W. Adorno, Negative Dialektik (1966), Frankfurt am Main, 7. Aufl. 1992, S. 184

3 Karl Marx, Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie (1857/58), MEW, Bd. 42, S. 95

4 Günther Anders, Die Antiquiertheit des Menschen, Band I: Über die Seele im Zeitalter der zweiten industriellen Revolution, München 1956, S. 309

5 Georg Wilhelm Friedrich Hegel, Wissenschaft der Logik II. (1816), Werke 6, Frankfurt am Main 1986, S. 452

6 Georg Wilhelm Friedrich Hegel, Phänomenologie des Geistes (1807), Werke 3, Frankfurt am Main 1986, S. 506-507

7 Max Horkheimer/Theodor W. Adorno, Dialektik der Aufklärung. Philosophische Fragmente (1947), Frankfurt am Main 1971, S. 15

8 Vgl. Karl Marx, Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie, Erster Band: Der Produktionsprozeß des Kapitals (1867), MEW, Bd. 23, S. 393

9 Karl Marx/Friedrich Engels, Die deutsche Ideologie (1845/46), MEW, Bd. 3, S. 21. Vgl. auch Karl Marx, Das Kapital, Erster Band, S. 198

10 Georg Wilhelm Friedrich Hegel, Phänomenologie des Geistes, S. 94

11 Friedrich Engels, Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft (1876/78), MEW, Bd. 20, S. 75

12 Günther Anders, Die Antiquiertheit des Proletariats, »FORVM« Nr. 462-464, Juli 1992, S. 9

13 Georg Wilhelm Friedrich Hegel, Wissenschaft der Logik I. (1812/31), Werke 5, Frankfurt am Main 1986, S. 132-133

14 Georg Wilhelm Friedrich Hegel, Grundlinien der Philosophie des Rechts (1821), Werke 7, Frankfurt am Main 1986, S. 46-47

15 Georg Wilhelm Friedrich Hegel, Wissenschaft der Logik I., S. 133

16 Ebenda, S. 133-134

17 Gen 1, 26-29

18 Gen 9, 1-3

19 Hans Kelsen, Vom Wesen und Wert der Demokratie, Tübingen, 2. Aufl. 1929, S. 4-5

20 Theodor W. Adorno, Negative Dialektik, S. 285

21 Serge Moscovici, Versuch über die menschliche Geschichte der Natur, Frankfurt am Main 1984, S. 38

22 Karl Marx, Einleitung zur Kritik der Politischen Ökonomie (1857/58), MEW, Bd. 13, S. 619

23 Leo Kofler, Zur Kritik der „Alternativen", Hamburg 1983, S. 48

24 Norbert Trenkle, Die vergebliche Suche nach dem unverdinglichten Rest, »Krisis« Nr. 10, Jänner 1991, S. 123

25 Siehe dazu Robert Kurz, Die verlorene Ehre der Arbeit. Produzentensozialismus als logische Unmöglichkeit, »Krisis« Nr. 10, Jänner 1991, S. 11-51

26 Robert Kurz, Aschermittwoch des Marxismus, »Krisis« Nr. 8/9, Mai 1990, S. 103

27 Zitiert nach Engelbert Schramm (Hg.), Ökologie-Lesebuch. Ausgewählte Texte zur Entwicklung ökologischen Denkens. Vom Beginn der Neuzeit bis zum „Club of Rome" (1971), Frankfurt am Main 1984, S. 154

28 Eine leicht faßliche Überblicksliteratur zur Ökologiegeschichte bieten: Engelbert Schramm (Hg.), Ökologie-Lesebuch; Ludwig Trepl, Ökologie – eine grüne Leitwissenschaft? Über Grenzen und Perspektiven einer modischen Disziplin; in: »Kursbuch« Nr. 74, Dezember 1983, S. 6-26

29 Hans G. Mittermüller, Ideologie und Theorie der Ökologiebewegung. Zur Konzeption einer „ökologischen Philosophie", Frankfurt am Main/Bern/New York/Paris 1987, S. 122

30 Friedrich Engels, Dialektik der Natur (1873/83), MEW, Bd. 20, S. 322

31 Ludwig Trepl, Vom Nutzen der Ökologie für eine emanzipatorische Bewegung, »Kommune« 3. Jg., Nr. 4, April 1985, S. 56

32 Herbert Marcuse, Der eindimensionale Mensch. Studien zur Ideologie der fortgeschrittenen Industriegesellschaft, Frankfurt am Main 1967, S. 248

33 Ebenda, S. 248-249

34 Ebenda, S. 247

35 Wolfgang Mehte, Ökologie und Marxismus. Ein Neuansatz zur Rekonstruktion der politischen Ökonomie unter ökologischen Krisenbedingungen, Hannover, 2. Aufl. 1983, S. 61

36 Vgl. Karl Marx, Das Kapital. Erster Band, S. 530, S. 630; Karl Marx, Kritik des Gothaer Programms (1875), MEW, Bd. 19, S. 15

37 Herbert Marcuse, Der eindimensionale Mensch, S. 241

38 Rudolf Bahro, Die Alternative. Zur Kritik des real existierenden Sozialismus, Reinbek bei Hamburg 1980, S. 212

39 Robert Kurz, Der
nisierung, Frankfu
S. 100

40 Peter Pilz, Land ü
man, Wien 1989, S

41 Peter Weish, Grün
Wirklichkeit in de
in: Ali Gronner/Er
Grüne Ausblicke.
litik der GRÜNEN

42 Peter Pilz, Grün ist
in: Ali Gronner/Eri
Grüne Ausblick. B
tik der GRÜNEN,

43 Peter Pilz, Land üb

44 Umweltmanifest. U
des „Forums Öster
schaftler für Umw
mengestellt von H
Wien o. J.

45 Ebenda, S. 7

46 Ebenda

47 Ebenda, S. 6

48 Ebenda, S. 7

49 Ebenda, S. 21

50 Ebenda

51 Ebenda, S. 7

52 Ebenda

53 Ebenda, S. 18

54 Ebenda, S. 15-16

55 Ebenda, S. 23

56 Ebenda, S. 11

57 Vgl. dazu Franz Sc
Lücken. Von den U
Verursacherprinzip
Nr. 3/1994, S. 25-2

58 Joseph Huber, Die
schaft. Ökologie un
Frankfurt am Main

59 Niklas Luhmann, Ö
munikation. Kann
schaft sich auf die
dung einstellen? Op
1990, S. 66-67

60 Georg Wilhelm Fri
sungen über die Ph
schichte (1822/23),
furt am Main 1986

61 Peter Sloterdijk, K
Vernunft, Erster Ba
Main 1983, S. 130

62 Günther Anders, D
des Menschen, Ban

63 Max Horkheimer/T
Dialektik der Aufk
Frankfurt am Main

64 Niklas Luhmann, Ö
munikation, S. 38-

65 Theodor W. Adorno
tik, S. 242

66 Karl Marx, Das Ka
der politischen Öko
Band: Der Gesamtp
stischen Produktio
Bd. 25, S. 784.

„Wir sind die nationalen Umweltschützer...“*

Konturen einer Ökologie von rechts in der Bundesrepublik Deutschland

Thomas JAHN
Peter WEHLING

Seit den Erfolgen der „Republikaner“ und anderer rechtsradikaler Parteien im Jahr 1989 hat sich in den Sozialwissenschaften – die davon zunächst weitgehend unvorbereitet getroffen worden waren – ein zumeist unausgesprochener Konsens eingestellt.

Demnach sei die inzwischen „dritte Erfolgswelle“ (Stöss 1990) des Rechtsextremismus in der Bundesrepublik nicht mehr als Folge der Ressentiments einiger unverbesserlicher „Ewiggestriger“ zu erklären, sondern als Ausdruck neuartiger Tendenzen und Phänomene innerhalb der bundesdeutschen Gesellschaft und an ihrem „rechten Rand“. Der neu erstarkte Rechtsextremismus habe zwar auch seine „Traditionsherkünfte“, aber seine wichtigsten Grundlagen seien „in den gegenwärtigen gesellschaftlichen Verhältnissen zu suchen“ (Klönne 1989, S. 548). Zu Recht betont Arno Klönne daher, daß die ideologiekritische Auseinandersetzung mit den Ausdrucksformen des „Rechtsfundamentalismus“ *allein* keine Abhilfe schaffen könne; es gehe vielmehr darum, dessen „Produktionsbedingungen“ bewußt zu machen und abzulösen.

Wo die gesellschaftlichen Produktionsbedingungen des Rechtsextremismus in den Sozialwissenschaften konkret in den Blick genommen werden, spielt die sogenannte ökologische Krise kaum eine Rolle – obwohl ökologische Argumentationsmuster in der politischen Rechten durchaus von Bedeutung sind. Begreift man „ökologische Krise“ als Chiffre für eine Krisendynamik kapitalistischer Industriegesellschaften, von der nicht nur die „Umwelt“, sondern auch ökonomische Rationalitäten, politisch-administrative Regulierungsmechanismen sowie die Formen der Erzeugung von wissenschaftlichem Wissen und Technologie tiefgreifend berührt sind[1], dann läßt sich vermuten, daß die aktuellen Ausdrucksformen des Rechtsradikalismus zwar nicht kausal aus diesem historisch neuartigen Krisenzusammenhang abgeleitet, aber auch nicht isoliert davon begriffen werden können.

Im folgenden wollen wir auf einige Zusammenhänge zwischen der ökologischen Krise, ihren gesellschaftlichen Deutungen und den gegenwärtigen Formen des Rechtsradikalismus aufmerksam machen, die in der sozialwissenschaftlichen und politischen Diskussion weitgehend vernachlässigt werden. Wie sich zeigen läßt, resultieren aus diesem Manko sowohl verkürzte Wahrnehmungen der aktuellen rechtsradikalen Tendenzen in der Bundesrepublik wie auch zu eng angelegte Strategievorschläge für die politische Auseinandersetzung mit diesen Tendenzen.

„Aufstand der Modernisierungsopfer?“

Der vermuteten Neuartigkeit des gegenwärtigen Rechtsextremismus versuchen Sozialwissenschaften und Politik vor allem mit einer kategorischen Neuschöpfung Rechnung zu tragen: mit dem Begriff der „Modernisierungsverlierer“. Der gesellschaftliche „Modernisierungsprozeß“ – so wird argumentiert – „kennt nicht nur Gewinner, sondern auch Opfer. Die Benachteiligungen, die im Rahmen und in der Folge der gesellschaftlichen Modernisierung auftreten, können erhebliche Statusängste und Abstiegsprozesse bei ganz unterschiedlichen Gruppen unserer Gesellschaft mit sich bringen“ (Schacht 1990, S. 77f.). Im Zusammenspiel mit modernisierungsbedingten Individualisierungsprozessen träten schließlich „Orientierungsprobl den Gruppen auf, die vom Mod rungsprozeß negativ betroffen (Schacht 1991, S. 155). Für den „Rechtsfundamentalismus“ sei her in erster Linie „Menschen in wißheit“ anfällig (Klönne 1989, und Rechtsradikalismus kann i Perspektive „als eine Strategie pretiert werden, mit Ängsten u entierungskrisen fertig zu w (Schacht 1991, S. 155).[2]

An solchen Formulierung läßt sich ablesen, daß mit de dernisierungsverlierern“ zw neuer Begriff kreiert worden aber der damit verknüpfte soz senschaftliche Erklärungsans neswegs ganz taufrisch ist – u über der in der Tat neuartige u zifische Charakter der aktuell wicklungen im rechten Sp verfehlt zu werden droht: Da rem von den „Modernisieru fern“ knüpft unübersehbar staunlich direkt an die 1967 Scheuch und H.-D. Klingema gesichts der damaligen Wah der NPD (Nationaldemok Partei Deutschlands) form Theorie des Rechtsradikalism „normale Pathologie in freihe Industriegesellschaften“ an. damals erklärten Scheuch un gemann den Rechtsradikalism Unsicherheiten und Orienti problemen bestimmter Schichten und Gruppen info grundsätzlich dynamischen ters der „modernen Industri schaft“.[3] In den für die „Path des Rechtsradikalismus an Schichten werde „Rigidität i ken“ als die wichtigst Form de lösung von Unsicherheit“ g habt; daraus resultiere ein „A chen vor den tatsächlich beste Widersprüchlichkeiten durc starres (...) Wert- und Orienti

---

* Dieser Beitrag erschien erstmals in Welt – Zeitschrift für sozialwissensc Forschung und Praxis« 4/1991 (Ban Wir danken für die Nachdruckerlaub

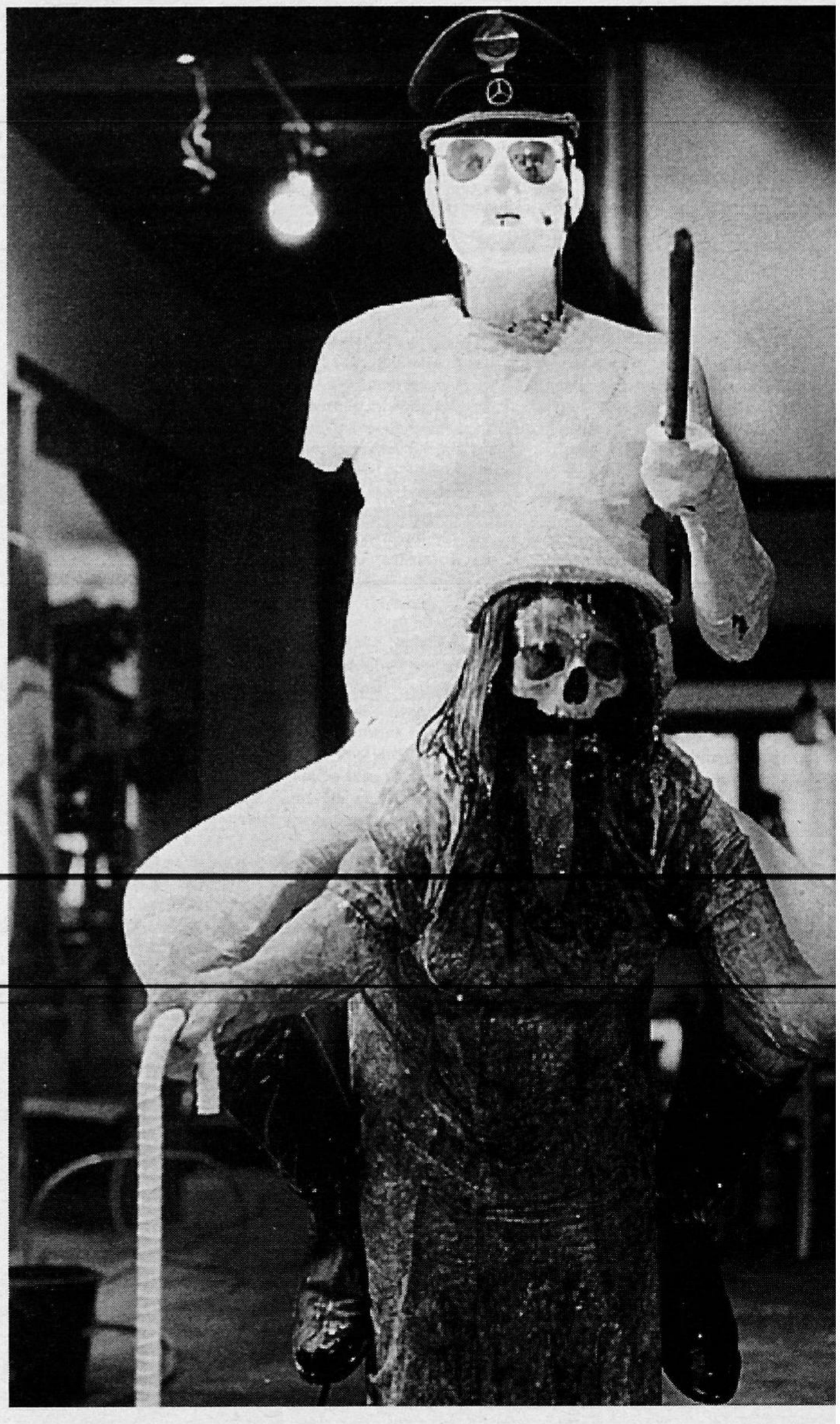
system“ (Scheuch/ Klingemann 1967, S. 18).[4]

Sozialwissenschaftliche Erklärungsmuster des Rechtsradikalismus als „normaler Pathologie“ oder „Aufstand der Modernisierungsopfer“ (Arno Klönne) dienen auch als Grundlage zur Konzeption politischer Gegenstrategien. Einem Teil der Rechtswähler werden dabei durchaus begründete soziale und ökonomische Anliegen zugestanden[5] – wobei vor allem gewerkschaftlich-sozialdemokratisch orientierte Autoren die rücksichtslose Modernisierungspolitik der konservativ-liberalen Bundesregierung für die Entstehung rechtsradikaler Wählerpotentiale mitverantwortlich machen (vgl. Schacht 1991, S.155).

Entsprechend wird eine soziale „Abfederung“ des ökonomisch-technologischen Modernisierungsprozesses durch Wohnungsbau und Arbeitsplatzbeschaffung empfohlen. Von den in der „Zwei-Drittel-Gesellschaft“ im Stich gelassenen und gleichsam ideologisch verführten „Protestwählern“ werden dann die nationalistischen „Bekenntniswähler“ sowie ein „rechtsradikaler Bodensatz“ abgegrenzt, gegen die allein ein Vorgehen mit den Mitteln der Polizei und das Strafrecht angemessen erscheine. Faktisch – und häufig gegen die erklärte Intention der Autoren – wird Rechtsextremismus damit zum Problem zweier Randgruppen erklärt: der marginalisierten „Modernisierungsopfer“ einerseits, des harten nationalistischen oder neonazistischen „Gesinnungskerns“ andererseits. Die Verbindungen zum „Zentrum“ der Gesellschaft und dessen politisch-kulturellen Orientierungen drohen darüber verloren zu gehen.

Gegen solche weit verbreiteten Erklärungsversuche des gegenwärtigen Rechtsextremismus lassen sich vor allem drei wesentliche Einwände formulieren: *Erstens* ist bereits die implizit zugrundeliegende Vorstellung eines unausweichlichen und eigengesetzlich verlaufenden Prozesses technologischer und ökonomischer „Modernisierung“ mehr als fragwürdig und gerade im Hinblick auf ökologische Gefährdungen nicht reflektiert genug. *Zweitens* beruht die These vom Protest der Modernisierungsopfer auf einer teilweise sehr selektiven Inanspruchnahme der vorliegenden empirischen Daten zum Wählerpotential der Rechtsparteien.[6] Im folgenden wollen wir uns jedoch hauptsächlich auf einen *dritten* Einwand konzentrieren: In der Rede von den „Modernisierungsverlierern“ bleiben Genese und Struktur der aktuellen rechtsradikalen *Deutungsmuster* – und damit auch die behauptete Neuartigkeit des gegenwärtigen Rechtsextremismus – merkwürdig unterbelichtet. Unter Plausibilitätsaspekten und mit einer begrenzten empirischen Basis werden vielmehr sozialstatistische Daten über soziale und ökonomische Marginalisierungstendenzen mehr oder weniger unvermittelt mit rechtsextremen Einstellungen und entsprechendem Wahlverhalten in Verbindung gebracht. Weder wird in ausreichender Weise untersucht, weshalb sich die (tatsächlichen oder vermeintlichen) Benachteiligungen der „Modernisierungsverlierer“ gerade in rechtsradikalem Protestverhalten äußern, noch wird a neuen Formen rech deutung sich im Ko wärtigen gesellscha wahrnehmungen he wie sie sich möglich sellschaftlich etabli mierten Interpretati knüpfen können.[7]

Der Prozeß der F politisch-kulturellen stern aus einem Zus individuellen (Kris gesellschaftlich gäng tionsmustern und m Verarbeitungsformen wähnten sozialw Erklärungsansätzen Rande zum Thema g aufgrund dieses Ver etwa die abstrakte „Protestwählern“ u



Edward und Nancy Kienholz, The Ozymandias Parade, Idaho

wählern“ plausibel erscheinen. Wir versuchen dagegen im folgenden die Formierung von Deutungsmustern des „rechten Lagers“[8] an einem Thema zu rekonstruieren, das in der Rede von den „Modernisierungsopfern“ zumeist vollständig ausgeblendet wird, obwohl es auf eine der zentralen Krisendimensionen gesellschaftlicher „Modernisierung“ verweist: an der Herausbildung ökologischer Deutungsmuster im rechten Lager und bei den rechtsradikalen Parteien, insbesondere bei den „Republikaneren“.[9]

Zwar wurde und wird die potentielle oder tatsächliche Nähe ökologischer und rechtsextremistischer Argumentationsformen seit der Entstehung einer ökologischen Oppositions- und Protestbewegung in der Bundesrepublik Mitte der siebziger Jahre politisch und sozialwissenschaftlich diskutiert. Zumeist wurde diese Diskussion jedoch – nicht zuletzt im Rückblick auf den Nationalsozialismus – unter der Frage nach konservativen oder faschistoiden Tendenzen und Traditionsbeständen in der Ökologiebewegung oder bei den Grünen geführt.[10] Infolge der Konzentration auf diese ideologiekritische Fragestellung blieb weitgehend vernachlässigt, wie sich *innerhalb der politischen Rechten selbst* ökologische Argumentations- und Deutungsmuster herausgebildet haben, wie sie die Krisenwahrnehmung des rechten Lagers beeinflussen und aktualisieren, wie sie sich schließlich möglicherweise auf neue Art mit den gesellschaftlich etablierten Interpretationen der „ökologischen Krise“ verknüpfen können.

Die Aktualität und Brisanz der seit den frühen siebziger Jahren zu beobachtenden ökologischen Tendenzen im rechtsradikalen Spektrum der Bundesrepublik liegt demnach zunächst in der darin angelegten „Modernisierung“ des Rechtsextremismus, seiner Argumentationsmuster und gesellschaftskritischen Bezüge, in dem Versuch, von rechts an aktuelle politische und wissenschaftliche Krisendiskurse anzuknüpfen.[11] Solche Versuche sind schon deshalb ernstzunehmen, weil die ökologische Krise eine strukturelle Krise kapitalistischer Industriegesellschaften bezeichnet, deren (globale) Auswirkungen und Gefahrenpotentiale weit über die ungleichgewichtige Verteilung der „Früchte“ des Modernisierungsprozesses hinausreichen. Vor diesem Hintergrund ist es keineswegs ohne Bedeutung, daß ökologische Themen und Motive eine zwar untergründige, aber dennoch erkennbare Rolle bei Versuchen einer politischen wie organisatorischen „Erneuerung“ und Restrukturierung des rechten Lagers in der Bundesrepublik Deutschland spielen, die seit einigen Jahren zu beobachten sind.[12] Ihre mögliche Brisanz könnte die „Ökologie von rechts“ dabei vor allem auf drei Ebenen entfalten (die in den folgenden Abschnitten dargestellt werden): auf der Ebene der Aktualisierung der Deutungsmuster des rechten Lagers; auf der Ebene politischer Krisenin-terpretationen durch rechtsradikale Parteien sowie auf der Ebene der Herausbildung von „Brücken“ sowohl zu den konservativen Parteien als auch zu Teilen der Ökologiebewegung und der Grünen.

Ökologische Deutungsmuster des rechten Lagers

„Ökologischer Fundamentalismus, Erhalt der kulturellen Eigenart, Schaffung einer nationalen Identität, ein ‚organischer‘ Staat und ‚Patriotismus‘ als selbstüberwindende, auf das ‚Ganze‘, den Staat, die Nation als Endzweck bezogene Haltung, bilden (...) die Inhalte eines Nationalismus für die Zeit nach der ‚Wiedervereinigung‘“ (Bauer 1990, S. 39). Mit diesen Stichworten umriß Marcus Bauer, früherer Anhänger der nationalrevolutionären Neuen Rechten und Mitbegründer des „Arbeitskreises Junge Republikaner“, einer Nachwuchsorganisation der Partei Franz Schönhubers, im Herbst 1990 mögliche strategische Ansatzpunkte der politischen Rechten im vereinten Deutschland.

Solche Entwürfe schließen an seit langem bestehende ökologische Tendenzen im westdeutschen Rechtsradikalismus an (aber auch an konservative Bemühungen um eine „Re-Nationalisierung“ der Politik bereits vor der „Wiedervereinigung“). Seit den frühen siebziger Jahren, seitdem die „Grenzen des Wachstums“ und die ökologische Krise ins öffentliche Bewußtsein und den politischen Diskurs einzuwandern begannen und sich eine oppositionelle Ökologiebewegung formierte, haben fast alle rechtsradikalen Organisationen ökologische Argumentationsfiguren und Themen in ihrer Programmatik oder zumindest Rhetorik aufgenommen. Sie knüpften dabei zunächst an traditionell rechtskonservative Deutungsmuster wie „Volksgesundheit „Lebensschutz“ an, unter dene der Weltbund zum Schutz des (WSL) bereits in den sechziger den ersten Widerstand gegen da desdeutsche Kernenergieprog organisiert hatte. So fordert spielsweise die NPD 1973 di richtung eines Bundesminist für Natur- und Umweltschut nahm in ihr Parteiprogramm Abschnitt „Volksgesundheit un weltschutz“ auf, der vor allem Sorge um die „gesundheitliche stanz des deutschen Volkes“ so „gesundes Erbgut“ getragen wa

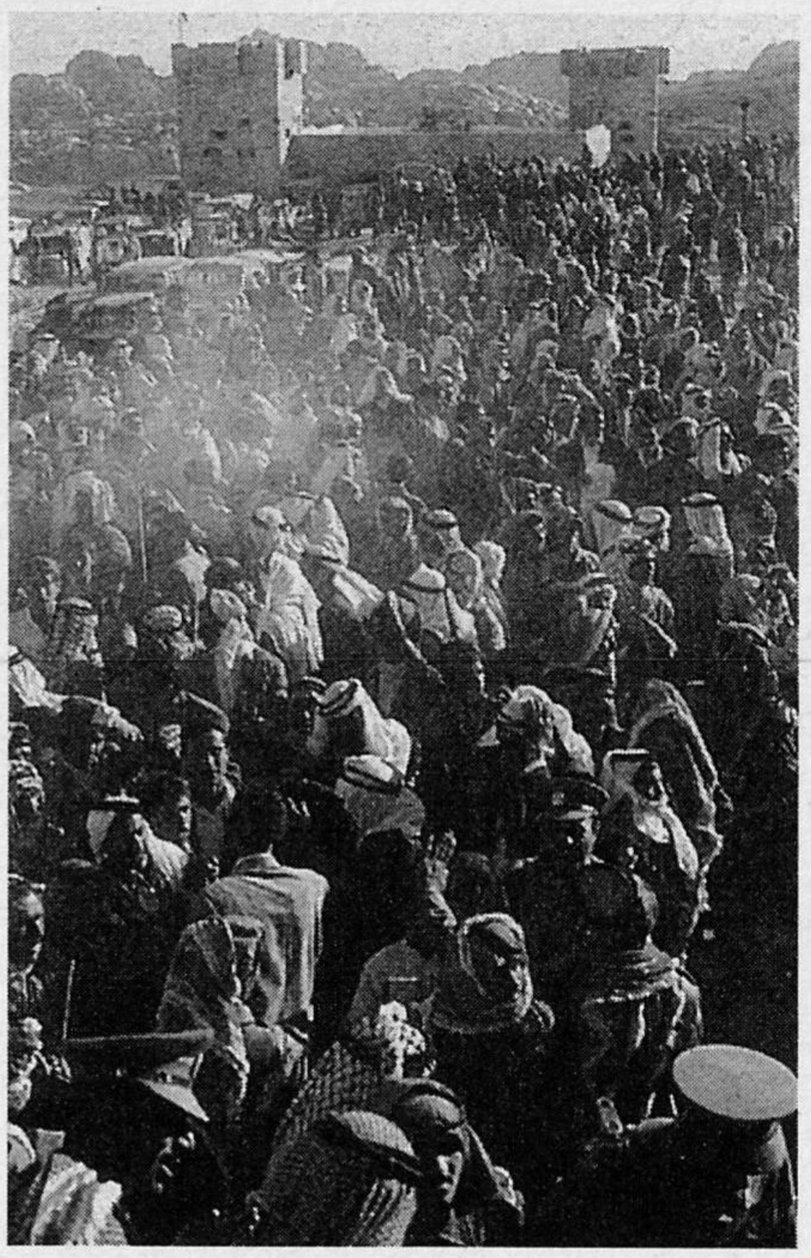
Es wäre kurzschlüssig, in s ökologischen Orientierungsver des „rechten Lagers“ nur ein taktisches Manöver unter instr tellen Gesichtspunkten zu Vielmehr liegen tatsächlich scheinbare Berührungspunkte len des ökologischen Diskurs nächst darin, daß „Natur“ i rechtsradikalen Argumentatio stern als eine normative Ord metapher für Gesellschaft fung Die ökologische Krise ließ sich von rechts als Störung einer „n chen“ Ordnung von Volk und schaft und sogar als Bestätigu „Richtigkeit“ rechtsextremer tik“ an Liberalismus und Mar interpretieren.[14] So boten die und die Formen ihrer gesellsc chen Thematisierung den Gr rungen der Rechten eine Chanc Argumentationen politisch-pro matisch zu erneuern und auf a und relevante gesellschaftliche flikte zu beziehen.

Seit den siebziger Jahren sich fünf politisch-kulturelle lieus“ unterscheiden, in den ökologischen Argumentations Deutungsmuster des rechten auf je spezifische Weise ausdi ziert wurden:

1. Der *autoritär-etatistisch Konservatismus*: Diese Ri steht zwar in Opposition „technokratischen Konservat großer Teile der Unionsparteie folgt jedoch ein strukturell ähn Politikmodell: den starken Sta sich gegen die ziellosen und gisch) destruktiven Interessen d sellschaft und der Individue nend durchsetzt. Ökologie ers hier als die Lehre von den e Naturgesetzen, welchen die sta Politik gegebenenfalls dikta Geltung verschaffen müsse. B tester Vertreter dieser Richtu

der frühere CDU-Bundestagsabgeordnete und spätere Gründer der Ökologisch-Demokratischen Partei (ÖDP), Herbert Gruhl, der die ÖDP Ende 1990 nach ihrer Hinwendung zu liberaleren Positionen verlassen hat.

2. Der *öko-konservative Fundamentalismus*: Er argumentiert vor dem Hintergrund einer zumeist christlich verstandenen „Ehrfurcht vor dem Leben", wobei „Leben" und „Lebensschutz" – vor allem in der Debatte um den Schwangerschaftsab-



„Das eigentliche Umweltproblem ist die Überbevölkerung. Gut erzogene Menschen werden die Umwelt nicht unnötig verschmutzen. Doch wie will man viereinhalb Milliarden Menschen so gut erziehen? ... Überbevölkerung ist nicht nur gegen die Menschlichkeit, sie ist im tiefsten lebensfeindlich."
Bilder und Text aus: Myrell u. a., Neues Denken – Alte Geister, New Age unter der Lupe, Falken-Verlag, Niedernhausen, 1987

bruch – zu fundamentalen und unhinterfragbaren Bezugspunkten politischen Handelns überhöht werden.[15] Dieses „Milieu" umfaßt neben Splittergruppen wie die Christliche Liga und die Christliche Mitte als wichtigste Gruppierung die ÖDP, reicht aber bis in den rechten Flügel der Unionsparteien hinein. Die ÖDP, 1982 von konservativen Umweltschützern als Gegengewicht zu den Grünen gegründet, hat sich in den letzten Jahren zwar von den autoritären Positionen ihres langjährigen Vorsitzenden Gruhl entfernt und sich von den nationalistischen Rechtsparteien distanziert. Gleichwohl bleiben in der Partei „biologische Gesetze" und „ökologische Einsichten" die letztlich entscheidenden Orientierungspunkte politischen Handelns.

3. Der *völkische oder Volkskonservatismus*: Hier wird die Idee des Lebensschutzes völkisch-organizistisch interpretiert: Dem Volk werden dabei „ewige" unzerstörbare Eigenschaften als biologische Tatsache und/oder als kulturelles Erbe zugeschrieben. Ökologie wird so zur Metapher für einen organischen Zusammenhang des Volkes mit seinen natürlichen Lebensgrundlagen; die ökologische Krise erscheint dann als Störung und Bedrohung dieses Zusammenhanges.[16] Diesem Spektrum sind vor allem rechtskonservative bis rechtsextreme Umweltschutz-Organisationen wie der WSL zuzurechnen, aber auch weite Teile des „alten" Rechtsextremismus, der lange Zeit vor allem durch die NPD repräsentiert wurde.

4. Die *Neue Rechte*: Im Spektrum der sogenannten Neuen Rechten[17] werden „altrechte" Begriffe wie „Volksgesundheit" oder „Lebensschutz" einerseits „kulturalistisch" reformuliert (vor allem in der Rede von der „nationalen Identität"[18] und dem „Kulturkreis") und andererseits durch eine – allerdings äußerst selektive – Rezeption naturwissenschaftlicher Erkenntnisse etwa aus der Verhaltensforschung oder der Genetik modernisiert. Dies bezeichnen die Theoretiker der Neuen Rechten als

„Bio-Humanismus"
sches Menschenbil
damit sowohl proje
kultureller Orienti
tet als auch auf die
lich wissenschaftli
turgesetze eingeen
auf das neu-recht
gleichheit". Von d
sind vor allem di
der achtziger Jahre
kaner" stark beein
me des „Biohuma
pluralismus" und
nalismus" wirkten
ganisationen der „a
die NPD zurück.

5. *Neonazistisch*
Deutlicher als bei
lieus" des rechten I
explizit neonazisti
Horizont einer sich
stehenden Gegner
verhaßte „liberal
taktisch-instrumen
Umgang mit ökol
dungen zu erkenne
Michael Kühnen
langfristig darauf,
wird, die Frage
und Überfremdung
che systemgegneri
zu bringen" (zit. n
S. 47). In dieser a
spektive ist auch b
Organisationen wi
heitliche Deutsch
oder der Nationali
Bemühen um die In
scher Themen in
tik" nicht zu übers

Unter den ger
kulturellen Milieus
konservative und d
Strömungen abgre
indessen nicht dazu
meinsamkeiten un
und ökologisch ori
radikalismus zu ve
liegen vor allem i
rung gesellschaftli
der (unter Begriff
„Volk" oder „Natio
Ruf nach dem starl
che Ordnungsmode
körpern soll.[19]

Vor allem die Er
hungen der Neuen
die seit Ende der si
scheidend dazu b
daß die traditionell
latent rassistischer
muster des Recht
neue Weise an den

mus, aber auch an Teile der Ökologiebewegung anschlußfähig geworden sind.[20]

In Verbindung mit der Politisierung der sogenannten „Ausländerfrage“ hat „Ökologie“ sich schließlich seit den frühen achtziger Jahren in Teilen des rechten Lagers zu einer Fundamental-Metapher verdichtet, die für den Verlust bzw. die Wiedergewinnung einer „natürlichen Ordnung“ des Volkes und der Völker steht. Zum einen wurde die Störung natürlicher Kreisläufe und „ökologischer Gefüge“ für Umweltzerstörungen verantwortlich gemacht, zum anderen galt der Verlust der nationalen und kulturellen „Identität“ des deutschen Volkes – ausgelöst durch „fremde Ideologien“ und die Zuwanderung „fremder Völker“ – als die tiefgreifende Ursache ökologischer Krisen. Auf diese Weise wurde das Thema der Umweltzerstörung von rechts durchgängig mit dem der sogenannten „Überfremdung“ verknüpft. In der Verbindung von Ökologie als organizistischer und kulturalistischer Metapher mit verbreiteten fremdenfeindlichen Haltungen liegt ein zentrales Charakteristikum der Ökologie von rechts, das sich in abgeschwächter Form auch bei öko-konservativen Gruppierungen findet. Die bewußte, agitatorische Erzeugung von Feindbildern und „Sündenböcken“ für schwer greifbare Gefährdungen der natürlichen Lebensgrundlagen verschmilzt mit dem naturalistisch-völkischen Ökologiebegriff des rechten Lagers bzw. seinen kulturalistischen Reformulierungen. Richtungsweisend war auch hier der WSL, der 1980 ein Memorandum „Die Ausländerfrage als ökologisches Problem“ verabschiedet hatte.[21]

Ökologie als naturalistische Krisen- und Ordnungsmetapher des rechten Lagers oszilliert so zwischen drei Polen: zwischen einem *ökologisch „modernisierten“ Rassismus*, der das Volk als geschlossenes „Öko-System“ begreift, das keine systemfremden „Elemente“ integrieren kann, einer *national-konservativen, kulturalistischen Semantik der „nationalen Identität“ und des geschlossenen „Kulturkreises“* – wobei „Kultur“ zu einer Art Naturtatsache wird, durch die sich Volk und Nation wesensmäßig bestimmen – sowie einem *naturalistischen Ökologismus* unter den Stichworten „Lebensschutz“ und „Ehrfurcht vor dem Leben“.

Ökologie von rechts bei den „Republikanern“: Umweltschutz als „patriotische Aufgabe“

Auf eine untergründige und keineswegs widerspruchsfreie Weise sind die Argumentationsmuster der Ökologie von rechts Ende der achtziger Jahre vor allem bei den „Republikanern“ parteipolitisch gebündelt worden. Dies mag zunächst überraschen, denn diese Partei wird zu Recht weder von der politischen Öffentlichkeit noch von ihren eigenen Anhängern als „Öko-Partei“ wahrgenommen. Gleichwohl halten die „Republikaner“ sich auch auf dem Gebiet des Umweltschutzes für zuständig; Parteichef Schönhuber etwa verkündete 1987: „Wir sind die nationalen Umweltschützer: denn wer sein Vaterland liebt, wird es nicht zulassen, daß seine Landschaft verkommt.“ Ähnlich beschrieb Anfang 1990 der damalige bayerische Landesvorsitzende Harald Neubauer, inzwischen führender Funktionär der Deutschen Liga, die „geistigen Ursachen“ ökologischer Gefährdungen: Wer „ein gebrochenes Verhältnis zu seiner Identität, zu seinem Volk, zu seinem Vaterland und damit zu seiner Heimat“ besitze, könne sich schwerlich für den Schutz der Umwelt begeistern. Parteien, die auf die Bewahrung „nationaler Identität“ zielten, seien daher die „natürlichsten Umweltschützer“.[22]

Mit ihrer Konzeption vom Umweltschutz als „patriotischer Aufgabe“ – so das im Januar 1990 verabschiedete Parteiprogramm – knüpften die „Republikaner“ nicht nur an die Deutungsmuster der Ökologie von rechts an; sie stellen zugleich ein Brückenkonzept zu „national-ökologischen“ Entwürfen bereit, wie sie gleichsam an den „Rändern“ der Unionsparteien formuliert werden.[23] Dies entspricht der allgemeineren politischen Bedeutung und Brisanz der „Republikaner“ – eine Abspaltung von der CSU – als neuartiger „Brückenpartei zwischen Konservatismus und Rechtsextremismus“ (Jaschke 1990). Unabhängig von ihrem organisatorischen und politischen Niedergang nach den spektakulären Erfolgen des Jahres 1989 stellen sie ein erstes *Modell eines „modernisierten“ Rechtsradikalismus* dar, dem es gelungen ist, *aktuellen* gesellschaftlichen Bedrohungsgefühlen und Krisenerfahrungen einen sprachlichen und politischen Ausdruck in rechten Deutungsmustern zu verlei-

hen, ohne unmittelbar an die st
tisierten Traditionsbestände de
tionalsozialismus anzuknüp
Diese Brücken- und Moder
rungsfunktion zeigt sich auch a
Entwicklung der umweltpolit
Positionen der Partei Schönhub

In dem 1987 in Bremerhave
abschiedeten Programm der „
blikaner“ hatten sich die rechts
gischen Argumentationsmuster
in einem traditionell völkische
kabular niedergeschlagen. Ke
sparsam gehaltenen umwelt
schen Teils war die Forderung
der „Erhaltung des Bestande
deutschen Volkes, seiner Gesu
und seines ökologischen Lebe
mes als vorrangiges Ziel der Inn
litik“. Diesem Zweck sollte auc
schal „der Umweltschutz diene
auf der Ebene technisch-admi
tiver Maßnahmen noch völlig u
geführt blieb.[25]

Offensichtlich im Bemühe
eine verfassungskonforme Sp
und um eine Öffnung zu konse
ven Wählerschichten traten i
Anfang 1990 in Rosenheim
schiedeten Programm die durc
Nationalsozialismus „belastete
griffe wie „Volksgesundheit“
„Lebensraum“ in den Hinter
Sie wurden durch eine konser
Semantik der nationalen und
rellen Identität und des Patrio
abgelöst, ohne daß die Verbind
zu einem ökologischen Ras
ganz verloren gingen. Umwelt
wird von den „Repbulikanern“
wie erwähnt, als eine „patrio
Aufgabe“ verstanden, um den
stenzgrund unseres Volkes“
chern.

Mit dieser Definition ver
sich der Versuch, wenigstens i
rissen ein eigenes umweltpoli
Sach-Programm in den Ber
Müll, Energie, Rohstoffe, Gent
logie und Verkehr vorzustellen.
samt bleiben die umweltpolit
Ziele und Absichtserklärunge
Partei jedoch unverbindlich u
sammenhanglos. Auffallend si
dem – vor allem in der Agrarpo
Lücken und Verkürzungen, d
Unterordnung von Umweltschu
ter wahlstrategische Gesichtsp
deutlich machen. So wehren s
„Republikaner“ unter der Par
„Erhaltung eines gesunden B
tums“ gegen die Streichung d
Landwirtschaft begünstig
Klausel im Naturschutzgeset
solchen Positionen erweisen s

als eine Partei, die sich in erster Linie gegenüber den materiellen Interessen ihrer potentiellen Wählerklientel offen halten will – von den Kleinbauern bis zu den Autofahrern. Gerade in ihren verkehrspolitischen Forderungen, die auf eine mit ökologischer Rhetorik verbrämte *Ausweitung* von Straßenbau und Individualverkehr hinauslaufen, geben sie sich als Partei des „Fortschritts" und des „Weiter so" zu erkennen.[26]

Bleiben die umweltpolitischen Sachaussagen der „Republikaner" somit insgesamt disperat, so wird im Kontext der nationalistischen Grundfärbung des Programms andererseits eine fundamentale Bedrohungssituation des „Volkes" ständig heraufbeschworen – in Parolen wie: Einsatz für „Leben und Existenz des eigenen Volkes" als Ausdruck eines „christlichen Patriotismus"; Widerstand gegen die „Überfremdung" von deutscher Sprache und „deutschem Kulturgut"; Widerstand gegen die „umfassende Sinnkrise" und das „Schwinden der moralischen Abwehrkräfte unserer europäischen Kultur" sowie gegen die „Diffamierung der Frau in ihrer Rolle als mütterlicher Mittelpunkt der intakten Familie".

Mit solchen aggressiven Schlagworten werden unterschwellig die Feindbilder konstruiert, die in Wahlreden, Flugblättern und Parteipresse entsprechend expliziert werden: Ausländer, Frauenbewegung, soziale Emanzipationsbewegungen und subkulturelle Milieus, schließlich die „multikulturelle Gesellschaft". Abgerundet wird dies in rechts-populistischer Manier durch Ressentiments gegen die vermeintlichen Repräsentanten „derer da oben": EG-Bürokratie, Gewerkschaften, „Großwirtschaft", Altparteien.

Anknüpfen an sprachlos gewordene gesellschaftliche Krisenerfahrungen

Die nunmehr „patriotische" Verknüpfung von Umweltschutz mit Nationalismus, mit Zugehörigkeit zum Volk, Heimatliebe und deutscher Kultur verdeutlicht eine historische Differenz, die in den gängigen Urteilen des traditionellen „Antifaschismus" über die „Republikaner" zumeist unter den Tisch fällt: Ihre Rhetorik und Programmatik knüpfen gerade nicht unmittelbar an den biologistischen Rassismus der Nationalsozialisten an, sondern zielen auf die Konstruktion „modernisierter", innerhalb der demokratischen Gesellschaft fungibler sozio-kultureller Orientierungsmuster: auf „nationale Identität", „Heimat", „Volk", „natürliche Ungleichheit". Dies sind Orientierungsmuster, die sich nicht nur bei der DSU (Deutsch-Soziale Union), sondern bis hinein in CSU und CDU wiederfinden lassen. Präsentiert werden statt der totalitären Herrschaftsansprüche des NS-Rassenwahns kulturalistische Ordnungsbilder, die sich einerseits auf die pluralistische Gesellschaft beziehen und an die „politische Mehrheitskultur" (Jaschke 1990) angrenzen, andererseits aber offen gehalten werden gegenüber den Traditions- und Mentalitätsbeständen des rechten Lagers. Umweltschutzparolen und ökologische Krisenrhetorik, zum „patriotischen Umweltschutz" zusammengezogen, bilden dabei Anschlußstellen an sprachlos gewordene gesellschaftliche Krisenerfahrungen einerseits, an den „offiziellen" umweltpolitischen Krisendiskurs andererseits.

Kennzeichnend für das Konzept des Umweltschutzes als patriotische oder nationale Aufgabe ist die Übersetzung von politischen, ökonomischen, technologischen Problemzusammenhängen und ökologischen Gefahren in sozio-kulturelle Deutungsmuster, in „geistig-moralische" Fragen einer als kollektiv verbindlich gesetzten „Ethik", deren Kern die Orientierung an Nation und Volk ist.[27] Die ökologischen Gefährdungen werden nicht als strukturelle Krisen der gesellschaftlichen Naturverhältnisse begriffen, sondern auf „das Volk" überblendet: Das Waldsterben ist dann nicht mehr die Folge der Schadstoff-Emissionen des den „Republikanern" liebgewordenen Automobil-Verkehrs, sondern Teil einer durch „Überfremdung" und den „liberalistischen Zeitgeist" ausgelösten fundamentalen „Existenzkrise" des deutschen Volkes, einer Entfremdung von seinem „Existenzgrund".[28]

Ökologische Gefährdungen werden derart aufgespalten in entpolitisierte technische „Problemlösungen" einerseits, die unreflektiert der Kompetenz von Experten zugewiesen werden, und in diffuse, apokalyptisch und katastrophisch aufgeladene Bedrohungsgefühle andererseits. Reale und mehr noch vermeintliche soziale, ökonomische und ökologische Existenzgefährdungen werden zu einem umfassenden Verfall
mengezogen, desse
äußere Bedrohunge
den. An dieser F
schließlich die rech
tegien einer soziale
und kulturellen Se
an: fingierte Handl
aus der „Existenzkr
sollen, ohne an dere
sellschaftsstrukture
entferntesten hera
„Nationalismus de
(Hartung 1989) vers
ressentimentgelade
Chauvinismus", de
des sozialstaatlic
Wohlfahrtskapitalis
(west-)deutschen Bü
lassen will. So ist de
extremismus wenig
der Modernisierung
Versuch, sich über
schreibung national
Identität die Zugeh
dominanten und pr
tur zu sichern. Zu
Fundamentalbegriff
oder „Nation" weni
vielmehr *kulturelle*
gen die Gefäh
hochtechnisierter G
schworen werden.

Vor diesem Hi
sich im Programm d
Umweltschutzes" di
Positionen miteina
der Ruf nach „freie
Bürger" in einer „ö
nisierten" Autogese
Forderung nach der
nationalen Heima
vermeintlich von a
Gefahren wie die
phe" oder die „Bevö
on".[29]

Ökologie als
„politischen Meh

Die möglichen
punkte einer Ökolog
sie bei den „Republi
terschwellig wirksa
an die „politische
liegen auf allgemei
einer Präferenz für
blemlösungen" vor
ander ergänzenden
Naturalisierung und
rung der ökologisch
die Verschiebung a
kulturelle Ebene („V
kann der krisenhaf
phische Kern ökol

dungen in einer verschobenen Weise re-politisiert werden: in der Attacke gegen nationalen Identitätsverlust und „Überfremdung". Zugleich aber wird die ökologische Krise, die auch eine Krise des wohlfahrtskapitalistischen Produktions- und Verteilungsmodells ist, damit in neue rassistisch-ethnozentrische Verteilungsmuster zurückgebogen. Eine neuartige strukturelle Krise des gesellschaftlichen Entwicklungsmodells soll durch die Ausgrenzung bestimmter Gruppen überwunden werden.

Diese Mischung einer auf gesellschaftlicher Kontinuität zielenden Haltung mit fremdenfeindlichen Ressentiments und einem vagen, in ethnisch-kulturelle Dimensionen verschobenen ökologischen Impuls ist keineswegs nur für eine soziale oder kulturelle Randgruppe von „Modernisierungsverlierern" oder „anti-modernistischen Fundamentalisten" charakteristisch. Weit eher handelt es sich bei dieser Krisenwahrnehmung und -deutung um den Ausdruck eines „Extremismus der Mitte", um die Zuspitzung und Radikalisierung der „normalen" Einstellungen der dominanten „Mehrheitskultur". So sind es in REP-Hochburgen wie etwa Rosenheim wohl auch weniger die tatsächlich von Arbeitslosigkeit und Wohnungsnot Betroffenen, die für die Rechtspartei gestimmt haben, als vielmehr jene, die sich, keineswegs an den Rand der Gesellschaft gedrängt, dennoch in ihrer Existenz und in ihren Privilegien bedroht fühlen.

Vor diesem Hintergrund sind die *unmittelbaren* Gefahren und gesellschaftlich destruktiven Potentiale der Ökologie von rechts offensichtlich: Sie liegen in der Umdeutung und Überführung ökologischer Gefährdungen in eine angeblich durch „Überfremdung" ausgelöste, apokalyptisch aufgeladene „Existenzkrise des Volkes" sowie in der Instrumentalisierung ökologischer Krisenerfahrungen für eine rassistische Strategie der Diskriminierung, Ausgrenzung und Gewalt. Begriffe wie „Lebensschutz" oder „nationaler Umweltschutz" stellen dabei thematische Brücken zu etablierten Diskursen – vor allem zum konservativen Lager – in der Abtreibungsdebatte oder der Ausländerpolitik bereit.

So wird auch von Dietrich Murswiek die xenophobe, rassistische Seite des „nationalen Umweltschutzes" angedeutet: „Wir können immer mehr Ausländer nur bei immer mehr Industrieproduktion und immer mehr Ressourcenverbrauch unterbringen und versorgen. Außerdem haben die Ausländer, die in die Bundesrepublik strömen, sicherlich kein existentielles Interesse daran, unser Land in einen ökologisch akzeptablen Zustand zu bringen" (Murswiek 1987, S. 81). Bereits 1983 hatte der Vorsitzende der CDU/CSU-Fraktion im Bundestag, Alfred Dregger, erklärt: „Wir haben den Armen in der Welt zu helfen. Aber diese Hilfe werden wir ihnen in ihrer Heimat und in ihrem Kulturkreis zu geben haben, nicht indem wir ihnen unsere Grenzen auf Dauer öffnen. Dafür ist unser Land zu klein und ökologisch überlastet" (zit. nach »Frankfurter Rundschau« 8. 1. 1983).[30]

Ökologie und Nationalismus

Unabhängig von künftigen Wahlerfolgen rechtsextremer Parteien und gleichsam „unterhalb" eines offenen ökologischen Rassismus hängen die politischen Chancen der Verbindung von Ökologie und Nationalismus vor allem von solchen „Schnittmengen" (Klönne) zwischen Rechtsradikalismus und „Mehrheitskultur" ab. Je mehr Umweltpolitik einerseits auf Expertenhandeln und technokratische Modernisierungsstrategien reduziert und andererseits durch einen allgemeinen, aber weitgehend unverbindlichen ökologischen oder ethischen Verantwortungsdiskurs, ergänzt und überlagert wird, desto breiter werden die potentiellen Brücken zwischen Ökologie von rechts und etablierter Politik. Dies vor allem dann, wenn nach einer „ökologischen Ethik" als *kollektiv verbindlicher*, individuell nicht mehr in Frage zu stellender Verhaltensorientierung gesucht wird.[31] Dann bietet sich der Rückgriff auf scheinbar selbstevidente Werte wie „Natur" oder „Leben", aber auch auf die „überindividuelle Gemeinschaft" (Murswiek 1987) der Nation oder des Volkes an.

Ökologie könnte auf diese Weise – mehr „ideologisch" als „realpolitisch" – zu einem konsensfähigen und scheinbar unverdächtigen Feld der Rekonstruktion und Sinngebung des Nationalen werden: In diesem Horizont hat Werner Haverbeck, langjähriger Vorsitzender des WSL und eine der zentralen Figuren der Ökologie von rechts, in dem von Bernhard Willms herausgegebenen „Handbuch zur Deutschen Nation" eine Perspektive der wechselseitigen Verklamme-

rung von Ökologie und Nation f
liert: „Ökologische und nat
Notwendigkeit fordert heute, d
miteinander den ‚Consens' s
die Übereinstimmung, die im
deln zur Einmütigkeit führt.
nicht weiter tragbar, daß der ei
sein Gewissen' nimmt, zum S
der Wälder durch die Emission
nes Kraftwagens ohne Eins
kung beizutragen oder Gift
Nordsee zu ‚verklappen', währe
dere aus gewonnener Einsich
vergeblich um die Erhaltung u
Lebensgrundlagen bemühen. D
antwortung aus dem letzten ‚Rü
zug' zu den Wurzeln unseres
kann in solcher Hinsicht nic
eine persönliche Angelegenhei
ben." (Haverbeck 1987), S. 43
die Stelle demokratischer Aus
dersetzung und Entscheidung
die Gestaltung der gesellschaf
Naturverhältnisse tritt hier d
vermittelte Rekurs auf ange
ökologische Notwendigkeiten
„organische" Interessen der Na

Ganz ähnlich postuliert Mu
die „Unterordnung individuelle
weltverschmutzungsinteressen
ter das „nationale Interesse ar
weltschutz" (Murswiek 1987,
Bei ihm wird zugleich aber die
seite der Berufung auf das na
Interesse in der Umweltpolitik
lich: Denn selbstverständlich l
– so Murswiek – auch im nati
Interesse, „daß nicht nur die n
chen, sondern auch die indust
Existenzgrundlagen erhalten
ben" (ebd.). „Umweltschutz als
nale Aufgabe" (eine Formul
Heiner Geißlers aus dem Bund
wahlkampf 1987) schlägt um
Legitimationsmuster für ang
unvermeidliche Umweltzers
gen. Denn Umweltbeeinträch
gen ließen sich dann rechtfe
wenn sie „der Selbstbehauptu
Volkes dienen" (ebd. S. 81). D
che deutlich, „daß es für den
nen einsehbare Gründe gibt, a
nen er sich manche Umwelt
trächtigungen gefallen lassen
(ebd.).

Noch verbleiben solche Ve
einer Nationalisierung der ö
schen Frage beschränkt auf e
Diskurse in einer Grauzone zw
Konservatismus und Rechtsrad
mus. Gleichwohl ist nicht
schließen, daß die Unionsparte
che Argumentationsmuster ve
aufgreifen könnten, sei es im Z
ner umfassenden Re-Natio

rung der Politik nach der „Wiedervereinigung“, sei es im Bemühen um die Integration ihres lebensschützerischen oder nationalkonservativen „rechten Randes“, sei es bei dem Versuch, das ökologische Erbe der Grünen anzutreten. Der Einsatz derartiger national-ökologischer Argumentationsformen durch die etablierten konservativen Parteien aber hätte langfristig nicht nur für die Umweltpolitik schwerer wiegende Folgen als neue Wahlerfolge rechtsradikaler Parteien vom Schlage der „Republikaner“.

Schlußfolgerungen

Der Versuch einer Rekonstruktion rechtsökologischer Deutungsmuster kann nur ein Moment in einer kritischen Analyse des gesellschaftlichen Herstellungsprozesses von Rechtsextremismus darstellen. Seine exemplarische Bedeutung erhält dieses Moment dadurch, daß hier nachvollzogen werden kann, wie sich über den Prozeß einer politischen Metapherbildung ein – wenngleich ideologisch poröser – Zusammenhang zwischen individuellen Erfahrungen der Unverfügbarkeit über die eigenen Lebensbedingungen, gesellschaftlicher Krisendynamik und politischen Angeboten des Rechtsextremismus oder milieuspezifischen Formen alltäglicher Gewaltbereitschaft herstellen kann. Die begrifflich-metaphorischen Verbindungen von Ökologie mit Volk und Nation, die in die rechtsökologischen Deutungsmuster eingewoben sind, entsprechen gerade nicht einer wie immer definierten „Objektivität“ der ökologischen Krise; sie sind aber ebensowenig nur über rechtsextremistische Vorurteilsstrukturen vermittelt. Es zeigt sich vielmehr, daß Strukturanalogien bestehen zwischen einer zunehmenden Kulturalisierung der ökologischen Krise im gesellschaftlichen Kommunikationsprozeß – die zu einer Aufspaltung in technokratischen Umweltschutz, Symbolpolitik und Moralisierung der Alltagsökologie führt – und den kulturalistischen Deutungsmustern einer Ökologie von rechts, die in ihren falschen Antworten auf abgedrängte Fragen nach den Krisenursachen zugleich neue soziokulturelle Ausgrenzungen formuliert.

Ökologische Deutungsmuster von rechts formieren sich im Horizont einer grundlegenden Krise gesellschaftlicher „Modernisierungsprozesse“. Deren gravierendste Auswirkungen sind nicht die zweifellos wachsenden Spannungen und Diskrepanzen innerhalb der „Zwei-Drittel-Gesellschaften“ der reichen westlichen Länder, sondern das dramatisch zunehmende Gefälle zwischen „Erster“ und „Dritter Welt“ sowie die globalen Gefährdungen der natürlichen Lebensgrundlagen. Rechtsökologische Deutungsmuster bieten dabei die Möglichkeit, interne Ausgrenzungsmechanismen mit der Abschottung nach außen in einer kulturalistischen und pseudowissenschaftlichen Semantik zu verknüpfen. Sie eignen sich auch zu einer Externalisierung der ökologischen Gefährdungen, ihrer Umdeutung zu einer Folge der „Bevölkerungsexplosion“ in der „Dritten Welt“. Die potentielle Anschlußfähigkeit an die Mehrheitskultur, die darin liegt, wird verfehlt, wenn der Rechtsxtremismus in den sozialwissenschaftlichen Erklärungen auf ein Randproblem der „Modernisierungsverlierer“ reduziert wird.

Die Krisendynamik des gesellschaftlichen Modernisierungsprozesses wird dann nach einer schlichten Gewinner-Verlierer-Logik auf ein Verteilungsproblem verengt. Die ökologisch destruktiven Formen, in denen der zu verteilende Reichtum produziert wird, bleiben ebenso ausgeblendet wie die internationale Dimension eines hegemonialen „Modernisierungsprozesses“, der sich lediglich in den westlich-kapitalistischen Metropolen abspielt und dem eine wachsende Verarmung weiter Teile der „Dritten Welt“ korrespondiert. Die implizite Konsequenz der Rede von den „Modernisierungsopfern“ ist es, den Modernisierungsprozeß unter ausgewogeneren Verteilungsgesichtspunkten weiterzutreiben – und damit ungewollt eine Krisendynamik zu verlängern, die selbst zu den „Produktionsbedingungen“ des Rechtsextremismus gerechnet werden muß. ■

Dr. Thomas JAHN hat Soziologie, Politikwissenschaft und Germanistik studiert, er arbeitet im Institut für sozial-ökologische Forschung in Frankfurt/M.

Dr. Peter WEHLING hat Politikwissenschaft und Philosophie studiert. Er arbeitet an der Universität Frankfurt/M. sowie in og. Institut.

Beide sind Autoren des Buches „Ökologie von rechts“, Frankfurt/M. 1991.

Anmerk

1 Vor diesem Hinterg
ökologische Krise p
der gesellschaftliche
se beschreiben und
dazu Jahn 1991.

2 In ähnlicher Weise w
der wachsende Rech
besondere bei Jugen
maligen DDR erklär
nomische Perspektiv
mit Orientierungspr
Zusammenbruch de
und einer gleichsam
gung zu autoritären
gelten demnach als
des seit dem Herbst
angestiegenen oder
gewordenen Rechtse

3 Ganz ähnlich formu
„Moderne Gesellsch
durch gekennzeichn
einem rapiden wirts
sozialen Wandel bef
1991, S. 154). Gener
wissenschaften seit
des Aufsatzes von S
mann von der Sema
striegesellschaft“ zu
rung“ und „Modern
Kaum etwas illustri
die Themen der Fra
gentage von 1968 ur
der Frage „Spätkap
dustriegesellschaft?
rung moderner Gese

4 Ein solcher Erkläru
kaum geeignet, die S
dikaler Deutungsmu
Zudem sind seine id
kationen deutlich si
dem technokratisch
mus der „Industrieg
hier verfochten wird
deutung der krisenh
gesellschaftlichen D
thologie bestimmter
dividuen ins Auge.

5 Vgl. dazu auch F. U.
der „rationalen Prot
1990.

6 Vgl. dazu kritisch u
pirisches Material H
wie Rommelspacher

7 In dieser Perspektiv
die Begriffe Rechtsra
Rechtsextremismus
onym. Den verfassu
difizierten Begriff de
tremismus sowie sei
sungsbehörden einge
zung vom Rechts- (o
kalismus halten wir
gekräftig und aus zv
problematisch: Zum
nem formalen und u
griff des Extremismu
Kernbestand der „fr
kratischen Grundord

operiert; zum anderen wird normativ suggeriert, die Positionen der Rechten stünden gleichsam außerhalb der als „normal“ unterstellten „Mitte“. Demgegenüber wollen wir am Beispiel ökologischer Deutungsmuster gerade zeigen, daß die Argumentationen der Rechten in ihrem Kern radikalisierte Zuspitzungen „normaler“ konservativer (aber auch grüner) Auffassungen darstellen.

8 Unter dem „rechten Lager“ verstehen wir das gesamte politische Spektrum rechts von CDU und CSU, das in seinen Ausläufern aber bis in die Unionsparteien hineinreicht. Innerhalb dieses Lagers haben sich nach 1945 starke personelle, organisatorische und programmatische Vernetzungen sowie übergreifende Deutungsmuster und Verhaltensformen herausgebildet. Vgl. dazu auch Dudek/Jaschke 1984.

9 Vgl. dazu ausführlich Jahn/Wehling 1991.

10 Vgl. zuletzt etwa ein Seminar des Bundes Naturschutz in Bayern im Frühjahr 1990 unter dem Titel „Wie braun ist die ökologische Bewegung?“.

11 Anfang der achtziger Jahre konnte Hans-Gerd Jaschke daher von einer „ökologischen Modernisierung des Rechtsextremismus“ sprechen (Jaschke 1982, S. 48), die allerdings zumeist in ersten Ansätzen steckengeblieben und von den Traditionsbeständen des rechten Lagers zerrieben worden ist.

12 Jüngstes Beispiel für solche Bemühungen ist der Versuch, mit der Deutschen Liga für Volk und Heimat eine Sammlungsbewegung für die Anhänger der zerstrittenen Rechtsparteien „Republikaner“, NPD und DVU ins Leben zu rufen. Damit verknüpfen sich auch Bemühungen um eine thematisch-programmatische Neuorientierung der Rechten durch die Aufnahme „zukunftsträchtiger“ Themenfelder. So heißt es etwa in dem Artikel „Zu ganz neuen Ufern“ in der Zeitschrift „Nation Europa“, die der Deutschen Liga nahesteht: „Die Natur muß zentralen Schlüsselbegriff, zum Fixpunkt unseres neuen zukunftsorientierten Denkens werden“ (Hesse 1991, S. 9).

13 Dieser Zusammenhang ist von P. Dudek hervorgehoben worden: „Rechtsextremen gelingt deshalb der Anschluß an den ökologischen Diskurs so glatt, weil ihre zentralen Deutungsmuster an den Primat der Natur gebunden sind“ (Dudek 1984, S. 98). Das Geschichts- und Gesellschaftsbild der Rechten ist daher keineswegs wissenschaftsfeindlich, „sondern basiert auf der Anerkennung des Primats der Naturgesetze“ (ebd., S. 96). Vgl. zur Kritik an entsprechenden Argumentationsmustern im ökologischen Diskurs Becker 1984.

14 1978 behauptete der damalige NPD-Vorsitzende Martin Mußgnug, „ein ökologisch denkender Mensch (nehme) automatisch eine rechte Position ein. Während Liberalisten und Marxisten weltweit dem Wahn vom ewigen Wirtschaftswachstum huldigten, waren es zuerst rechte Mahner, die vor diesem Irrweg warnten“ (zit. nach Klotzsch/Stöss 1984, S. 1557).

15 Vgl. zu einem solchen Ökologie-Begriff z. B. Buchwald 1989.

16 Vgl. zu diesem organizistischen Ökologie-Begriff vor allem den 1983 in der Zeitschrift »Mut« veröffentlichten Aufsatz des langjährigen WSL-Präsidenten Werner Haverbeck „Ökologie und Ökumene. Lebensschutz ist Menschenschutz und Völkerschutz“.

17 Die Neue Rechte ist keine geschlossene Organisation, sondern ein loser Zusammenhang verschiedener Gruppen und Strömungen, der sich durch gemeinsame Argumentationsmuster oder auch Publikationsorgane auszeichnet. Der Begriff „Neue Rechte“ geht zurück auf die Selbstbezeichnung derjenigen Gruppierungen, die sich Anfang der siebziger Jahre vor allem im Widerstand gegen die Ostpolitik der damaligen sozialliberalen Regierung und in verschwiegener Anlehnung an die Aktionsformen der antiautoritären Prostestbewegung von der als bürgerlich und reaktionär abgelehnten NPD abspalteten. Organisatorischer Kern der Neuen Rechten waren in den siebziger Jahren die zahlenmäßig allerdings schwachen Gruppierungen der Nationalrevolutionäre und Solidaristen, die sich frühzeitig um Einfluß in der neu entstehenden Ökologiebewegung bemühten.

18 Vgl. dazu vor allem den führenden Theoretiker der Neuen Rechten, Henning Eichberg (1978).

19 Organisatorische Verknüpfungen bestehen etwa in der 1989 gegründeten „Arbeitsgemeinschaft Unabhängiger Ökologen Deutschlands“, in der sich vor allem abtrünnige ÖDP-Mitglieder und enttäuschte Anhänger der „Republikaner“ sammeln (vgl. dazu Wölk 1991, S. 136ff.).

20 Die „Erfolge“ solcher Grenzverwischungen können sich, zumindest auf sprachlicher Ebene durchaus sehen lassen: „Die ökologische Krise hat sich inzwischen derartig verschärft, daß nicht nur mehr örtliche Landschaften und Ökosysteme zerstört werden, sondern das ökologische Gleichgewicht und die Stabilität der gesamten Biosphäre schlechthin bedroht wird (Klimaveränderungen, Ausdehnung der Wüsten, Ozonloch). (...) Der Mensch muß ungeachtet seiner Sonderstellung in der Natur zu der Einsicht gelangen, daß er nicht das Maß aller Dinge, sondern Teil eines umfassenden ökologischen Gefüges ist. In diesem Sin
muß das in Jahrhunderten anerz
anthropozentrische Weltbild sov
Gewöhnung an lineare, eindime
nale Denkstrukturen zugunsten
kybernetischen, sich an den ver
ten, komplexen Strukturen unse
Umwelt orientierenden Denken
wunden werden.“ Solche „ökolo
modernisierten“ Sätze sind kein
zelfall in der „Programmatische
Plattform des Arbeitskreises Ju
publikaner – Nordrhein-Westfa
der von dem bereits erwähnten
Marcus Bauer initiert worden w
nach Christians 1990, S. 297).

21 Das wohl bekannteste Beispiel
demagogische Verknüpfung von
weltzerstörung und „Überfremd
ist das 1981 von einer Gruppe v
deutscher Professoren verfaßte
delberger Manifest“. Darin hieß
schulbildend: „Völker sind (biol
und kybernetisch) lebende Syst
höherer Ordnung mit voneinand
schiedenen Systemeigenschafte
genetisch und durch Traditione
tergegeben werden. Die Integra
großer Massen nicht-deutscher
länder ist dabei bei gleichzeitig
haltung unseres Volkes nicht m
und führt zu den bekannten eth
schen Katastrophen multikultu
Gesellschaften. (...) Die Rückke
Ausländer in ihre angestammte
mat wird für die Bundesrepubli
Deutschland als eines der an di
sten besiedelten Länder der We
nur gesellschaftliche, sondern a
ökologische Entlastung bringen

22 Vgl. dazu das Interview mit Ne
in Jahn/Wehling 1991, S. 133f.,

23 Vgl. etwa den Aufsatz des CDU-
glieds und Freiburger Professors
fentliches Recht Dietrich Mursw
„Umweltschutz als nationale Au
in der rechtskonservativen Zeits
»Criticon« (Murswiek 1987) sow
umweltpolitischen Argumentati
ster der CSU-Schwesterpartei D
(Deutsch-Soziale Union). Diese
die „Durchsetzung eines wirksa
Natur- und Landschaftsschutze
unserer Verantwortung für eine
Umwelt Rechnung trägt und Au
unserer Liebe zur Heimat ist“.

24 In ähnlicher Weise unterscheid
Jaschke die Partei der „Republ
von dem „Republikaner-Phäno
Darunter versteht er „jene geis
tische Gemengelage, in der Gru
danken von rechtsaußen und re
draußen – in wie auch immer v
derter und zurechtgeschliffener
zunehmend Eingang finden in
Überlegungen und Stimmunge
politischen Mehrheitskultur“ (
1990, S. 9).

25 Welche assoziativen Verbindun
zwischen Ökologie und „Überf

dung“ in der Rede vom „Lebensraum“ wachgerufen wurden, verdeutlicht die folgende Passage aus dem Flugblatt „Deutschland zuerst“: „Wir Republikaner wollen die Erhaltung des deutschen Volkes und seines ökologischen Lebensraumes. Dazu gehört der Schutz des ungeborenen Lebens, der Umweltschutz und die Einschränkung von Asylrecht und der Tätigkeit von Ausländern.“

26 Die paradoxe Verknüpfung von Umweltschutz und Straßenbau findet sich auch bei der Deutschen Liga. In deren vorläufigem Programm hieß es: „Wir treten ein für mehr Umweltschutz im globalen Rahmen. Wir fordern die forcierte Entwicklung alternativer Technologien und Energiegewinnungsformen und die verstärkte Schaffung neuer Arbeitsplätze im Umweltschutzbereich. Das gesamtdeutsche Eisen- und Autobahnnetz ist so rasch als möglich auszubauen“ (zit. nach »Nation Europa«, Heft 1/91).

27 Begünstigt wird dies dadurch, daß „Ökologie“ auch im „offiziellen“ umweltpolitischen Diskurs mehr und mehr in eine ethisch-kulturelle Metapher mit latent katastrophischen Untertönen einerseits und alltagsökologisch-moralischen Verhaltensanforderungen andererseits transformiert wird.

28 So argumentiert etwa der Artikel „Volk in der Krise“ in der Parteizeitung »Der Republikaner« (Nr. 4/1988). Vgl. auch den Beitrag „Ökologie und Zeitgeist“ des zu den „Republikanern“ übergetretenen früheren ÖDP-Funktionärs Tilman Ziegler in »Criticon« (Ziegler 1989).

29 Vor diesem Hintergrund hat das 1990 erschienene Buch „Sturm auf Europa“ des CSU-Mitglieds Manfred Ritter keineswegs zufällig starke Beachtung im rechtsradikalen Lager gefunden. Mit Blick auf das Bevölkerungswachstum in den armen Ländern behauptet Ritter: „Im Vergleich zu diesen Dimensionen der Zerstörung sind die Umweltschäden, die im europäischen Raum angerichtet werden – so unerfreulich (!) sie auch sein mögen – noch verhältnismäßig harmlos“ (Ritter 1990, S. 31).

30 Offenbar sickert der von rechts konstruierte Zusammenhang von Umweltzerstörung und „Überfremdung“ langsam in weitere gesellschaftliche Bereiche ein. Mit einer bemerkenswerten Begründung jedenfalls verweigerte die Ausländerbehörde der Stadt Wiesbaden Ende 1990 einem seit 13 Jahren in der Bundesrepublik lebenden Iraner die Verlängerung seiner Aufenthaltsgenehmigung: „Die hohe Bevölkerungsdichte in der Bundesrepublik Deutschland und die hieraus resultierenden Umweltbelastungen gebieten es, den Zuzug von Ausländern zu begrenzen“ (zit. nach »Frankfurter Rundschau« 4. 12. 1990).

31 Vgl. zu den politischen Ambivalenzen einer „ökologischen Ethik“ etwa Reinhard Löws Aufsatz „Moral und Klima“ in »Mut« (Löw 1989).

Literatur

Bauer, M.: Plädoyer für ein Neues Deutschland. In: S. Ulbrich (Hrsg.): Gedanken zu Großdeutschland, Vilsbiburg 1990.

Becker, E.: Natur als Politik? In: Th. Kluge (Hrsg.): Grüne Politik, Frankfurt am Main 1984.

Buchwald, K.: Ökosystemlehre und Mensch-Umwelt-Verhältnis. In: J. Calließ/J. Rüsen/M. Striegnitz (Hrsg.): Mensch und Umwelt in der Geschichte, Pfaffenweiler 1989.

Christians, G.: „Die Reihen fest geschlossen“. Die FAP – Zu Anatomie und Umfeld einer militant-neofaschistischen Partei in den achtziger Jahren, Marburg 1990.

Dudek, P.: Konservatismus, Rechtsextremismus und die „Philosophie der Grünen“ In: Th. Kluge (Hrsg.): Grüne Politik, Frankfurt am Main 1984.

Dudek P./Jaschke, H.-G.: Entstehung und Entwicklung des Rechtsextremismus in der Bundesrepublik, 2 Bde., Opladen 1984.

Eichberg, H.: Nationale Identität. Entfremdung und nationale Frage in der Industriegesellschaft, München/Wien 1978.

Gruhl, H.: Ein Planet wird geplündert, Frankfurt am Main 1975.

Hartung, K.: Die antifaschistische Mehrheit. In: »Die Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte«, 10/1989.

Haverbeck, W. G.: Ökologie und Ökumene. Lebensschutz ist Menschenschutz und Völkerschutz. In: »Mut«, 3/1983.

Haverbeck, W. G.: Ökologie und Nation. Die Grundlegungen des ökologischen Bewußtseins in Deutschland. In: B. Willms (Hrsg.): Handbuch zur Deutschen Nation, Bd. 3, Tübingen/Zürich/Paris 1987.

Heidelberger Manifest, zit. nach: »Die Zeit« 4. 2. 1982.

Held, J. u. a.: „Du mußt so handeln, daß Du Gewinn machst ...“ Jugendliche und Rechtsradikalismus: eine Tübinger Untersuchung und theoretische Überlegungen zu politischen Orientierungen jugendlicher Arbeitnehmer. In: »päd extra« 5/1991.

Hesse, H.: Zu ganz neuen Ufern. In: »Nation Europa« 5/1991.

Jahn, Th.: Das Problemverständnis sozialökologischer Forschung. Umrisse einer kritischen Theorie gesellschaftlicher Naturverhältnisse. In: E. Becker (Hrsg.): Jahrbuch für sozial-ökologische Forschung 1990, Frankfurt am Main 1991.

Jahn, Th./Wehling, P.: rechts. Nationalism schutz bei der Neue „Republikanern“, F Main/New York 19

Jaschke, H.-G.: Naturschutz“. Ökologisch Rechtsextremismus zur Politischen Bild

Jaschke, H.-G.: Die „R file einer Rechtsauf 1990.

Klönne, A.: Aufstand o rungsopfer. In: »Blä und internationale

Klönne, A.: Rechts-Na des deutschen Wese 1990.

Klotzsch, L./Stöss, R.: R. Stöss (Hrsg.): Pa Die Parteien der Bu Deutschland 1945 b Opladen 1984.

Löw, R.: Moral und Kl phischen Verständn Leben. In: »Mut« 6/

Murswiek, D.: Umwelt le Aufgabe. In: »Cri 100/101/1987.

Pappi, F. U.: Die „Repu teiensystem der Bu »Aus Politik und Ze 21/1990.

„Die Republikaner“: P 1987 und 1990.

Ritter, M.: Sturm auf E 1990.

Rommelspacher, B.: Re Opfer der Risikoges Täterentlastung in schaften. In: »1999«

Schacht, K.: Gesellsch sierung. Wertewand stische Orientierung wig u. a. (Hrsg.): Di fahr, Essen 1990.

Schacht, K.: Der Recht eine Zukunft. In: »I schaft/Frankfurter

Scheuch, E. K./Klinge rie des Rechtsradik chen Industriegesel »Hamburger Jahrbu und Gesellschaftspo Tübingen 1967.

Stöss, R.: Konservative Ökologiebewegung In: J. Peters (Hrsg.): lismus von Rechts,

Stöss, R.: Die „Republi

Weltbund zum Schutz Die Ausländerfrage Problem. In: »Leben tionen« 8/1980.

Wölk, V.: Neue Trends schen Netzwerk. In Krats (Hrsg.): In be Göttingen 1991.

Ziegler, T.: Ökologie ur »Criticon« 113/198

Ökologie und Demokratie*

Thomas JAHN
Peter WEHLING

Das Verhältnis von Ökologie und Demokratie ist in den letzten Jahren immer wieder zum Gegenstand politikwissenschaftlicher, demokratietheoretischer und verfassungsrechtlicher Debatten geworden.

Denn sowohl die politische Bewältigung von Umweltproblemen als auch die Regulierung sozial-ökologischer Konflikte werfen eine ganze Reihe von Schwierigkeiten für das demokratische System auf. Diese zeigen sich auf unterschiedlichen, aber miteinander verknüpften Problemebenen:

Ökologische Gefährdungen sind durch ganz andere Zeithorizonte und räumliche Wirkungsfelder geprägt als die in der Regel nationalstaatlich gebundenen und kurzfristig orientierten politischen Entscheidungen in den westlichen Parteiendemokratien. Die langfristigen Folgen gegenwärtiger Aktivitäten werden daher auch in demokratisch verfaßten Gesellschaften aus strukturellen Gründen kaum zum Gegenstand oder zum Maßstab politischen Handelns. Ohnehin sind solche Folgen kaum vorhersehbar. Da sie aus komplexen natürlichen und gesellschaftlichen Wirkungszusammenhängen entstehen, können sie Effekte auslösen, die jenseits aller vorherigen Kalkulationen liegen.

Die entwickelten Industriegesellschaften sehen sich mit einem Gestrüpp gut organisierter und hochgradig verdichteter Verbands- und Partikularinteressen konfrontiert. Deshalb ist es in der Vergangenheit kaum je gelungen, eine den Problemlagen angemessene Umweltpolitik zu formulieren und umzusetzen. Verschärft wird dieser Tatbestand noch dadurch, daß im Kontext der ökologischen Krise auch bislang als „private" erscheinende Bereiche (einzelbetriebliche Produktionsentscheidungen ebenso wie individuelle Konsumpräferenzen) ökologisch und gesamtgesellschaftlich schädliche Auswirkungen haben können.

Staatlichen Stellen gelingt es kaum mehr, bei betroffenen Bevölkerungsgruppen Zustimmung für ökologisch riskante Standortentscheidungen (etwa für Mülldeponien, Kraftwerke, Straßenbauten etc.) zu finden, auch wenn diese Entscheidungen in demokratisch legitimierten Verfahren zustande gekommen sind.

Zusammenfassend läßt sich sagen, daß die gegenwärtigen demokratischen Regierungssysteme durch die Komplexität ökologischer Problem- und Konfliktlagen strukturell überfordert werden. In der ökologischen Krise werden „objektive" Anforderungen und „subjektive" Erwartungen an die politischen Entscheidungsstrukturen gerichtet, die diese mit den vorhandenen, im wesentlichen auf wohlfahrtsstaatliche Verteilungskonflikte zugeschnittenen Instrumenten und unter den gegebenen Interessenlagen nicht erfüllen können.

Das hier nur grob skizzierte prekäre Verhältnis von Demokratie und Ökologie verweist darüber hinaus auf eine demokratietheoretisch ungeklärte Frage. Wenn der Kern demokratischer Willensbildung in der ungehinderten Artikulation und dem Ausgleich *gegenwärtiger* Interessen und Ziele der Gesellschaftsmitglieder besteht, wie ist dann eine „ökologische Demokratie" möglich, die auf die langfristige Schonung der natürlichen Lebensgrundlagen gerichtet ist und die (hypothetischen) Interessen *zukünftiger* Generationen und „der Natur" in ihren Entscheidungen berücksichtigt?

Unabhängig von solchen Fragestellungen haben die geschilderten Ambivalenzen im Verhältnis von Ökologie und Demokratie in den westlichen Industriegesellschaften für das ökologische Krisenbewußtsein zwei schwerwiegende Konsequenzen, die beide näher an das Phänomen der Ökologie von rechts heranführen:

„Öko-Diktatur"

Erstens werden langfristige ökologische Ziele und Interessen – aus dem Gegensatz zu kurzfristigen Ei
teressen heraus – häufig als e
lich und homogen (miß)verst
Aus der Tatsache, daß sie im ta
litischen Interessenausgleich
Regel an den Rand gedrängt w
resultiert die Neigung, sie
„starken", den verantwortung
Partikularinteressen verme
enthobenen Einzelakteur zu üb
worten: in der Regel dem auto
womöglich diktatorischen Staa
che Tendenzen zur „Öko-Dik
haben den ökologischen Kris
kurs seit den siebziger Jahren b
lich begleitet – durchaus nic
von rechts, wie bei Herbert
sondern auch von links, etw
Wolfgang Harich.

Entpolitisiertes Krisenbewuf

Zweitens wird das ökolo
Krisenbewußtsein geprägt dur
Gegensatz zwischen der räu
zeitlichen Reichweite der Gefä
gen und ihrer undurchscha
und bedrohlichen Komplexität
seits, der geringen Wirksamke
weltpolitischer Gegenmaßn
andererseits. Die Erfahrung
Auseinanderklaffens verstärk
ohnehin vorhandenen ka
phisch-apokalyptischen Eleme
Krisenbewußtseins und trägt zu
dazu bei, es in latente Bewußtse
reiche abzudrängen. Das führ
auch zu der Neigung, verme
umfassende Lösungen für ö
sche Gefährdungen auf versch
Wirkungsebenen zu suchen: i
giösen oder spirituellen Orien
gen, in abstrakten ethischen Ap
oder in der Einbettung von Ö
in „übergeordnete" Sinn- und
lungsbezüge.

Beide Elemente eines solch
Kern entpolitisierten Krisenb
seins finden sich in den Bilder
reotypen und Assoziationen de
logie von rechts in prägnanter
wieder; und umgekehrt könnte
darin deren mögliche Attrak
für das verbreitete, diffuse ö
sche Krisenbewußtsein liegen.

---

* Dies ist ein gekürzter Artikel, der unt
Titel „Ausweg Öko-Diktatur" in der
ner Zeitschrift »Politische Ökologie«
Nr. 34, Nov./Dez. 1993, erschienen is
Zwischentitel stammen von der »Weg
Ziel«-Redaktion. Wir danken für die
druckerlaubnis.

„Öko-Faschismus" eine konstruierte Ideologie?

Soweit gegenwärtig in der Bundesrepublik eine politische Auseinandersetzung mit den rechts-ökologischen Tendenzen stattfindet, ist sie stark von einer rein ideologiekritischen und -geschichtlichen Zugangsweise geprägt. Die Verknüpfungen von Ökologie mit Volk und Heimat werden unter Stichworten wie „Öko-Faschismus" oder „Blut-und-Boden-Ökologie" als geschlossene und handlungsleitende Weltbilder in unmittelbarer Kontinuität zum Nationalsozialismus begriffen. Eine solche Sichtweise läuft aber Gefahr, die Bedeutung der „meta-politischen" Erklärungsmuster der Ökologie von rechts zu verabsolutieren und daraus eine konsistente „Ideologie" überhaupt erst zu konstruieren.[1] Sie verfehlt die Wirksamkeit fragmentierter und flexibler alltagsrassistischer Wahrnehmungsformen und Sprachmuster „unterhalb" geschlossener Weltbilder und sie verkennt, daß die rechts-ökologischen Argumentationsfiguren Entsprechungen in einem entpolitisierten ökologischen Krisenbewußtsein finden. (...)

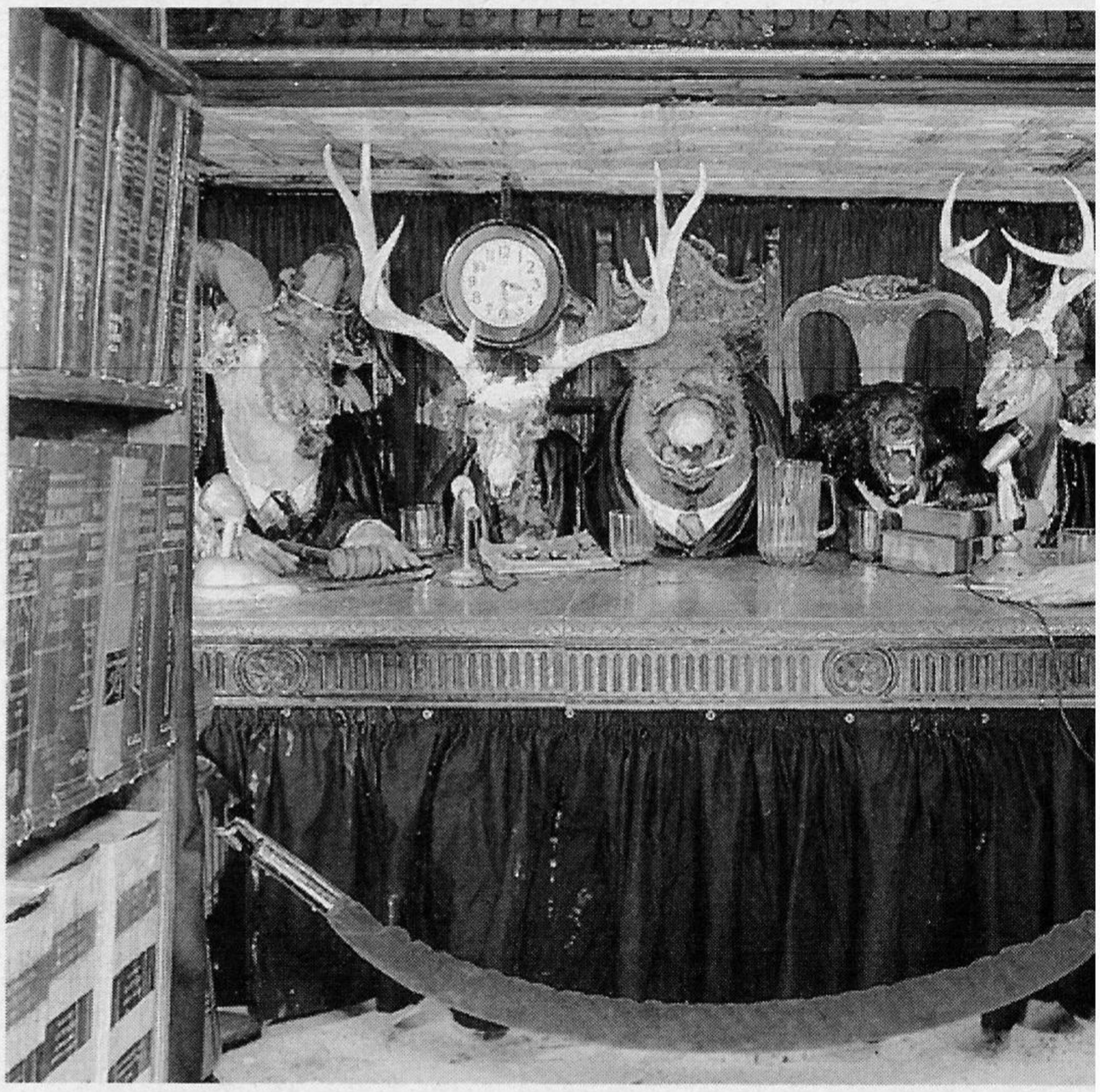
Demokratisierung ökologischer Politik

Die Existenz der Ökologie von rechts unterstreicht die Dringlichkeit einer umfassenden Demokratisierung ökologischer Politik. Diese muß über die in jüngster Zeit in der politikwissenschaftlichen Diskussion formulierten Konzepte einer umweltpolitisch motivierten institutionellen und prozeduralen „Modernisierung der Demokratie"[2] hinausgehen und diese verbinden mit einer *gesellschaftlichen* Politisierung der Ökologie.

Angesichts der strukturellen Schwächen der parteiendemokratischen Systeme ist deren Öffnung für die Besonderheiten der ökologischen Problem- und Konfliktlagen unabdingbar. Notwendig sind generell eine Ausweitung gesellschaftlicher Mitspracherechte bei sozial und ökologisch relevanten politischen Entscheidungen und eine Demokratisierung der derzeitigen administrative und technokratisch bestimmten umweltpolitischen Handlungsmuster. Dies muß die institutionelle Verankerung neuer, partizipationsorientierter Verfahren der Entscheidungsfindung und -kontrolle wie Mediationen, Technikfolgenabschätzungen, Einspruchs- und Vetorechte regional Betroffener oder bestimmter Gremien und sozialer Gruppen etc. miteinschließen. Doch zugleich bleiben derartige Modernisierungsvorschläge in ihrer strukturellen Bindung an staatliche Handlungsinstrumente zu eng, weil sie die gesellschaftlichen Voraussetzungen (oder Hemmnisse) staatlicher Regulierungsmöglichkeiten kaum miteinbeziehen.

Auch ökologisch modernisierte Entscheidungsverfahren werden leerlaufen oder zu Formen einer legitimatorischen Akzeptanzbeschaffung geraten, wenn sie sich nicht auf eine offensive gesellschaftliche Diskussion der grundlegenden Ziele und Formen sozialer und ökonomischer Entwicklung stützen können. Fragen nach einer „nachhaltigen Entwicklung" oder nach „neuen Wohlstandsmodellen" sind nicht in umweltpolitischen oder wissenschaftlichen Expertenzirkeln zu klären. Es sind politische Themen, die öffentlich und in unterschiedlichen sozialen Kontexten diskutiert werden müssen – ohne dabei die bestehenden und die zu erwartenden Konflikte moralisierend zu verwischen und daraus entstehende Probleme rhetorisch zu überspielen.

Zudem werden ökologisch und gesellschaftlich folgenreiche Entscheidungen nach wie vor in „systematisch" abgeriegelten Bereichen, in Konzernzentralen oder High-Tech-Forschungsabteilun
Nur wenn die dort v
wicklungen in den
Auseinandersetzung
gen werden, kann
Demokratisierung
Problematik – auch
strukturkonservativ
sen – gelingen.[3] Di
scheidende Vorausse
hindern, daß ökolog
gen und Krisenerfa
demokratischen Pr
und dann erfolgreic
le Ausgrenzungsstr
sellschaftskonzepte
den.



Edward und Nancy Kienholz, The Caddy Court, Idaho, 1986/

Anmerk

1 Bei J. Ditfurth (Feu
Plädoyer für eine ök
Opposition, Hambu
spiel wird ein regel
„Ökofaschismus" a
Teilen der Grünen b
schen Gruppierung
letztlich vor allem d
„links-ökologischen
eigenen Partei bestä

2 Vgl. zum Beispiel H
nel/W. Strubelt (Hrs
sierung der Demokr
1993; V. v. Prittwitz
politik als Modernis
Opladen 1993

3 Vgl. dazu E. Becker
ling, „Civil society"
gesellschaftlichen N
in: »Prokla« Nr. 84,

Ökologie mit oder ohne die ArbeiterInnen?

Oder: Soll die Öko-Bewegung eine mittelschichtorientierte bleiben?

Jens DÖRSCHEL

In der linken ökologischen Diskussion gibt es ein neues Stichwort: ökologischer New Deal. Es knüpft an den New Deal der US-amerikanischen Roosevelt-Ära der dreißiger Jahre an. Damals gelang ein tiefgreifender gesellschaftlicher Reformprozeß, die keynesianische Revolution.

Voraussetzung dafür war ein neuer gesellschaftlicher Klassenkompromiß: Sozialstaat wurde mit der Einführung neuer Produktionsweisen verbunden.

Für die Ökologisierung der Wirtschaft bedeutet das die Suche nach einem neuen gesellschaftlichen Bündnis: die Mittelschichten, deren Anliegen die Ökologisierung im wesentlichen ist, erkaufen sich die Ökologisierung durch weitgehende soziale Zugeständnisse an die wenig bemittelten Schichten. Das bedeutet eine Umverteilung von Vermögen und Einkommen.

Ökologisierung und ihr gesellschaftlicher Träger

Es stellt sich die Frage, mit welcher sozialen Basis ein ökologischer Umbau erreicht werden kann, – wer könnte ihn tragen? Je nachdem, welche Zielgruppe für die Ökologiebewegung in Frage kommt, wird sie eine andere Strategie fahren, um diese Zielgruppe anzusprechen. Viele Umweltbewegte meinen, die ökologische Krise beträfe alle Menschen klassenlos gleich. Demnach müßten alle ein klassenunabhängiges Interesse am Umweltschutz entwickeln. Demzufolge bräuchte sich die Ökologiebewegung auch nicht auf die Bedürfnisse der unterschiedlichen sozialen Gruppen einzustellen, denn diese hätten ja alle dasselbe ökologische Interesse.

Diese Sichtweise ist realitätsfremd. Tatsächlich haben die verschiedenen sozialen Gruppen und Schichten sowohl durch die ökologische Krise als auch durch eine Ökologisierung Unterschiedliches zu erwarten. Sie haben unterschiedlich viel sowohl zu gewinnen als auch zu verlieren! Gerade daß viele Leute je nach Art und Weise der Ökologisierung viel zu verlieren haben, machen sich viele Umweltbewegte nicht klar. Klassenkampf wird durch die Auseinandersetzungen um eine ökologische Gesellschaft nicht abgelöst, sondern sie sind eine neue Form des Klassenkampfes.

Wenn die Ökologiebewegung auf die sozialen Interessen der Leute nicht eingeht und eine ökologische Kahlschlagpolitik betreibt, wird sie nicht viele für ihre Ziele gewinnen. Ein Primat der Ökologie, das heißt alle anderen Aspekte hintanzustellen, ist also ein wenig erfolgversprechendes Konzept. Selbst wer ein Primat der Ökologie wünscht, kommt an sozialer Politik nicht vorbei. Das sehen aber nicht alle Umweltbewegten so.

Ökologismus

Ökologismus ist eine politische Haltung, die lediglich ökologische Ansprüche gelten läßt. Demgegenüber werden soziale, wirtschaftliche und gesellschaftliche Ziele völlig übergangen; ökologische Ziele stehen im Mittelpunkt jeder Entscheidung (absolutes Primat der Ökologie). Begründet wird das damit, daß die ökologische Frage die existentielle Menschheitsfrage ist. Ökologismus ist unter anderem bei aus dem Mittelstand stammenden Umweltbewegten verbreitet, die um ihren Lebensunterhalt kaum bangen müssen. Für sie spielen soziale Probleme in ihren persönlichen Erfahrungen kaum eine Rolle.

Um aber für Umweltschutz eine breite Basis zu gewinnen, muß I nicht nur nach ökologischer sichtspunkten hinterfragt w sondern auch nach gesellschaft und sozialen. Ökologismus läuf gegenüber auf mangelnde Akze und damit auf autoritäre Strul hinaus.

Solange soziale Ungerecht Patriarchat, Unterdrückung, G Rassismus, Sexismus, Fasch und Ausbeutung weiterbestehe fen sich Umweltbewegte nie schließlich als Teil der Umwelt gung sehen, sondern sollten auch Teil anderer sozialer Bew gen sein. Ökologiebewegung u ziale Bewegungen dürfen sich gegeneinander ausspielen las etwa nach dem Motto „Entwed beitsplätze oder Umweltschutz menschliche und soziale Gesell muß bei der Ausgestaltung der gisierung immer im Auge be werden. Umgekehrt muß aber d staltung der Gesellschaft imme unter ökologischen Gesichtspu betrachtet werden.

Aus der Ablehnung von Öko mus heraus erscheint auch der Radikalökologie unangebracht. weckt den Eindruck, als müßt sonstigen Belange hinter die ra Ökologie gestellt werden. Dab ben gerade diejenigen um Jutt furth, die sich Radikalökolog nennen, Ökologismus nicht im Im Gegenteil. Zwar stellen sie s dikal jeder ökologischen Zers entgegen, genauso aber fast ökologischen Modernisierung, zwar weil sie entweder nicht quent genug ist, oder aber weil kapitalistisch oder imperialisti kannt und bekämpft wird. Ein struktive Ökologisierung wird radikal noch gemäßigt betriebe ne Opposition heißt die Dev nicht Gestaltung einer anderen

---

* Dieser Beitrag stammt leicht geändert Broschüre „Ökologie, Marktwirtschaf die neue Weltordnung", siehe vorletzt Umschlagseite.

nativen ökologischen Gesellschaft. So wie autonome Umweltbewegte verstehen sich vermeintliche RadikalökologInnen oft eben nicht als TrägerInnen einer bestimmten Art von Ökologisierung, sondern als Opposition zu Umweltzerstörung und Ökologisierung gleichzeitig. Insgesamt läuft ihre Politik auf äußerst konstant konservative Verhältnisse hinaus.

Idealismus und Individualisierung der ökologischen Krise

Die Individualisierung (oder auch Subjektivierung) der ökologischen Krise meint, daß die Verantwortung dafür allein beim Handeln der einzelnen gesucht wird. Demnach müßten sich bei einer Ökologisierung auch allein die einzelnen umorientieren. Es wird davon ausgegangen, daß Bewußtsein die Gesellschaft verändern kann. Demnach ist für diese Strömung neues Denken und Bewußtseinswandel hinreichende Voraussetzung für einen Umbau: „Jede und jeder muß neben sich treten, aus der Rolle ausbrechen und zuerst ÖkologIn sein.“[1] Das entspricht im klassischen philosophischen Sinn dem Idealismus.

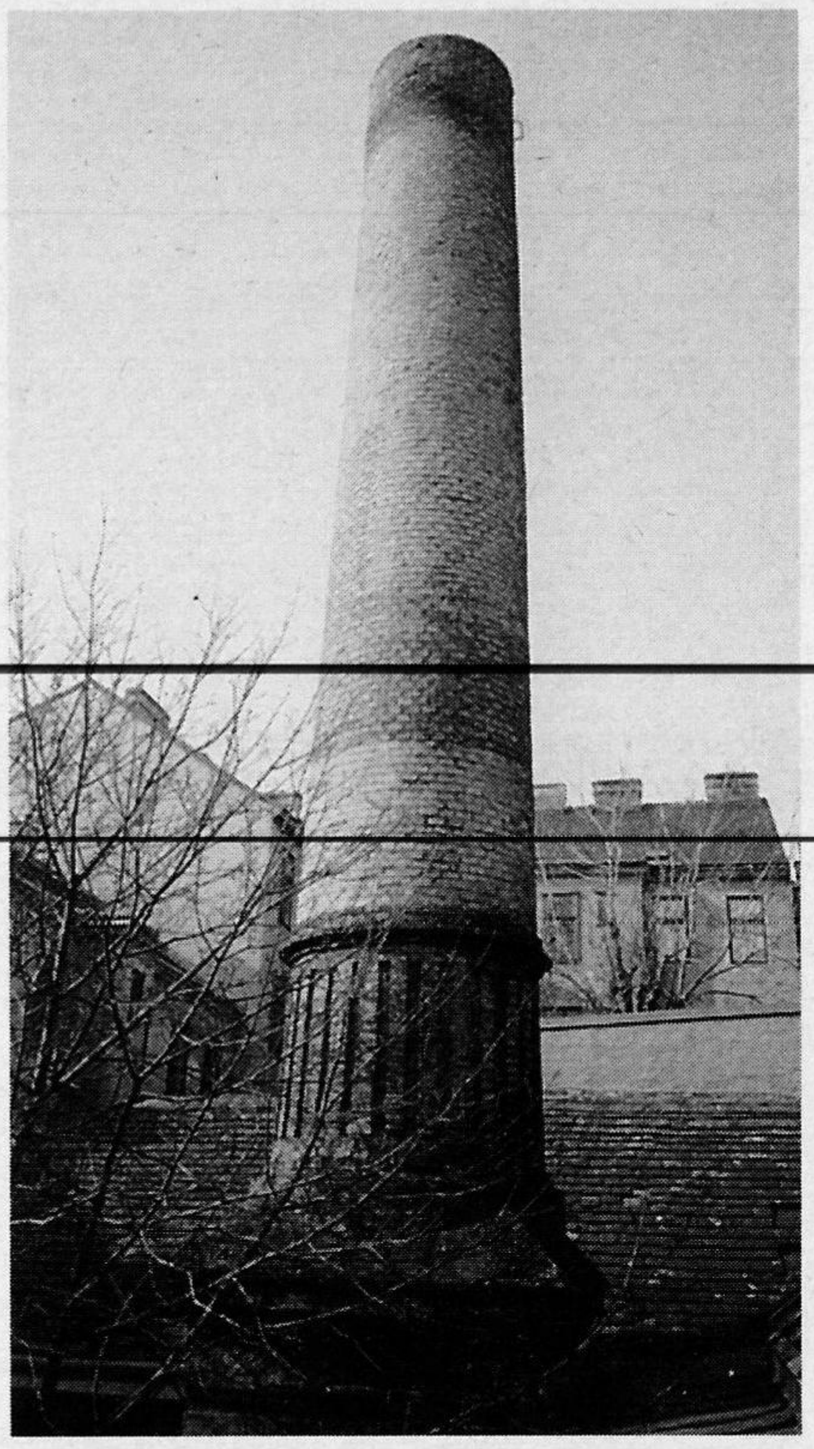
Die Grenzen dieses Erklärungs- und Lösungsmusters sind schnell erreicht. Wenn Idealismus die Welt verändern würde, wie läßt sich dann erklären, daß auch umweltbewußte Menschen nicht vernunftbetont ökologisch handeln? Dazu müssen die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Zwänge berücksichtigt werden. Freiwillige Selbstbeschränkung hat in diesen Zwängen ihre Grenzen. Warum, wenn nicht aus ökonomischen Gründen, wird trotz gesteigerten Umweltbewußtseins die Umwelt immer stärker zerstört? Wirtschaftliche Zwänge führen zu der Weigerung der Unternehmen, ökologisch zu produzieren, ohne per Gesetz dazu verpflichtet zu sein. Das ist nicht psychologisch zu erklären, wie es Joschka Fischer tut: „Andererseits aber tut sich die Wirtschaft ungeheuer schwer, freiwillig von ökologisch absurden und umweltzerstörenden Interessen und Gewohnheiten zu lassen. Fast könnte man eine sado-masochistische Triebstruktur hinter dieser offensichtlichen Ambivalenz vermuten, eine gewisse Leidenschaft für das Strenge.“[2]

Die Ideologie der Individualisierung der Umweltprobleme paßt gut ins Konzept von Liberalen, für die die KonsumentInnen die Hauptverantwortlichen für die Umweltkatastrophe sind, und die demnach die Verantwortung in die einzelnen Haushalte verlagern. Natürlich ist es richtig, persönliches Verantwortungsgefühl bei den Menschen einzufordern, denn ohne ein solches ist die ökologische Krise nicht zu bewältigen. Aber allein mit persönlichem Verantwortungsgefühl ist die ökologische Krise auch nicht zu bewältigen, wenn nicht auch gesellschaftliche und wirtschaftliche Strukturen und Institutionen verändert werden. Die Überbetonung der persönlichen Verantwortung schlägt dann auch ins Gegenteil um. „Durch die Vorstellung, in der Ökologie gebe es keine Gegner, da jeder sich selbst ändern müsse, zum Beispiel im Wasserverbrauch oder beim Rauchen, haben Teile der Ökologiebewegung sich entpolitisiert.“[3]

Demnach ist der Allgemeinplatz abzulehnen, jede/r solle nur erst vor seiner eigenen Tür kehren, bevor er/sie weitergehende politische Forderungen an andere stellt.

Ökologischer Materialismus

Materialismus steht in der Philosophie im Gegensatz zum Idealismus. Sie versteht den Begriff etwas anders als die meisten Umweltbewegten, für



Nicht mehr existierender idyllischer „wegspekulierter“ Wiener Hinterhof

die Materialismus sc
nach Geld und mat
bedeutet.

Materialismus ist
eine Art und Weise, d
und Geschichte der
verstehen. „Aus m
Sicht kann es keine
der Ebene der Idee o
geben.“[4] Diese marx
weise (Das Sein bes
wußtsein) besagt, daß
tung der gesellschaft
nisse nicht allein der p
gische Überbau besti
dern vor allem die
schaftliche Basis. Au
Sicht bestehen zwisc
Überbau gegenseitige
gen, das heißt der Übe
die Basis, bestimmt sic
lig. Umgekehrt wird
der Leute, der politis
Überbau, wesentlich
ell-wirtschaftlichen
beeinflußt.

Demnach ist der vo
geforderte Bewußtse
wendige Voraussetzu
schen Wandel, muß
sein zum Massenbew
Das allein kann aber f
zung der Verhältniss
chen. Für einen Wand
die wirtschaftlichen
Voraussetzungen gege
die Leute ihr Bewußt
verändern, und dann
umsetzen.

So sind also wirt
ziale und ökologisch
Voraussetzung dafür
stimmtes Bewußtsein
stehen kann – denn da
das Bewußtsein! Es w
Propaganda kaum m
Abwesenheit einer ök
se ein breites Umwel
erzeugen. Wenn sich
ökologische Krise v
auch das Umweltbew
men. Menschen sind le
überzeugen, daß AK
gehören, wenn sie
AKW arbeiten. AKW
wiederum können eh
ausstieg überzeugt w
wissen und es möglic
daß Strahlenkrankhe
auftreten, und noch e
andere Arbeit bei gle
geboten wird. So
Beckenbach: „Erst we
scher Problemdruck
schaftlichen Ökosensi

bindet, ist eine Regulierung der ökologischen Verteilungsprobleme durch Umweltpolitik zu erwarten."[5] Aus materialistischer Sicht ist es also nicht die abstrakte Erkenntnis über ein allgemeines Weltenheil oder Unheil, das die Verhältnisse verändern kann, sondern eher die Erkenntnis darüber, wie die ökologische Krise die eigenen Lebensverhältnisse beeinträchtigt. Mit anderen Worten: Nur wenn den Leuten bewußt wird, daß und wie die ökologische Krise sie selber betrifft, kann dieser ideologische Überbau die gesellschaftlichen Verhältnisse verändern.

Der gesellschaftliche Interessenvertreter der Natur kann nur ein Subjekt mit allgemeinem, gesellschaftlichem Interesse am Schutz der Natur sein. Eine ökologische Strategie muß auf diesem ökologischen Materialismus beruhen. Er entspricht der weitverbreiteten Ansicht, daß sich nur etwas ändert, wenn Auswirkungen spürbar werden, wenn das Kind schon in den Brunnen gefallen ist, wenn Katastrophen ihre Auswirkungen zeigen.

Natürlich entwickeln einzelne, dieser aus Erfahrungen abgeleiteten Regel zum Trotz, aus Idealismus und abstrakter Erkenntnis heraus Engagement. Die Ausnahmen von der Regel widerlegen bekanntlich aber nicht die Regel, sondern bestätigen sie. Denn für weitreichende gesellschaftliche Umbrüche reicht das Engagement einzelner nicht aus.

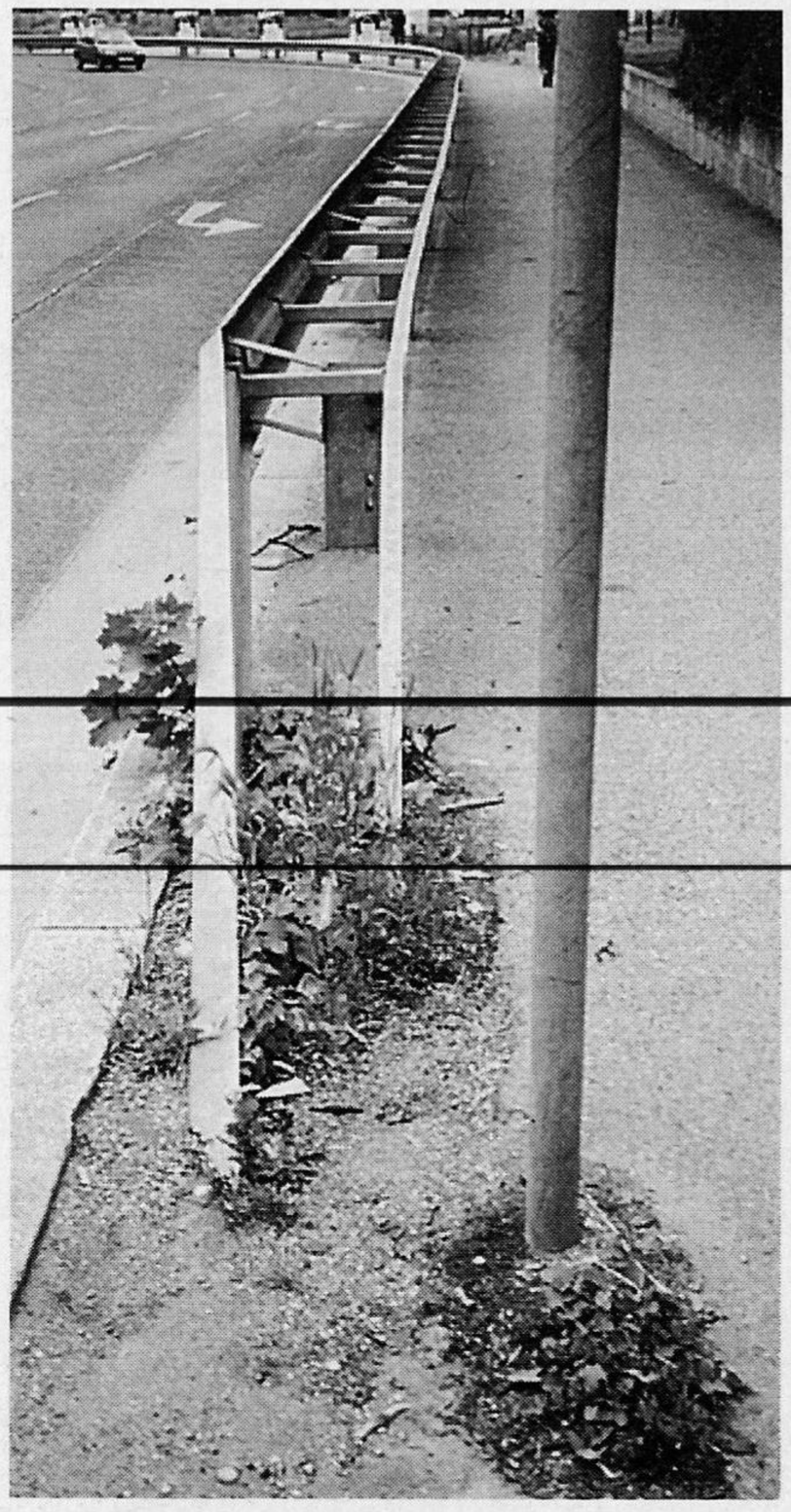
IdealistInnen berücksichtigen den Einfluß der wirtschaftlichen Basis nicht: Soziale und wirtschaftliche Verhältnisse bestimmen die Interessen der Leute und damit die Gesellschaft. Sie verkennen, daß die Wirtschaft nur zum geringen Teil durch persönliche Neigung und Willkür der ManagerInnen bestimmt wird, sondern zum größeren Teil von wirtschaftlichen Interessen und Zwängen wie Wachstumszwang, Profitprinzip, Kostenminimierung. In der Ökobewegung wird meist davon ausgegangen, daß es nur darum gehe „böse Kapitalisten" bzw. uns alle ökologisch zu bekehren; daß Kapitalisten und Manager jedoch oft unökologisch handeln müssen, damit sie und ihre Betriebe im kapitalistischen System bestehen und überleben können, das will nicht gesehen werden. Die Hoffnung, allein ein Bewußtseinswandel der Wirtschaftenden ergäbe eine umweltfreundliche Wirtschaft, auch wenn die unternehmerischen Interessen dem entgegenstehen, ist demnach vergebens. Den Wirtschaftenden bleibt dann zwar ein gewisser persönlicher Spielraum, doch der ist für die Lösung der ökologischen Krise nicht ausreichend.

Bewußtseinswandel und wirtschaftliche Bedingungen müssen für einen ökologischen Wandel zusammenfallen. Erst dann können sie einen ökologischen Selbstregulierungsmechanismus in Gang setzen – unter weidlicher Ausnutzung der gesellschaftlichen Trägheitskräfte. Das sind die realistischen Schlußfolgerungen aus materialistischer Analyse.

Ökologisierung von oben

Es ist eine denkbare Strategie, eine Ökologisierung dadurch durchzusetzen, die politische und wirtschaftliche Elite für eine Ökologisierung zu gewinnen. Es ist völlig klar, daß es eine Ökologisierung geben wird, wenn die Machtelite sie aufrichtig will.

Die KapitaleignerInnen und -verwalterInnen haben viel durch die ökologische Krise zu verlieren: ihr Kapital. Denn wenn die Ressourcen erschöpft sind, werden ihre Produktionsstätten wertlos und ihre Wirtschaftsmaschinerie bricht zusammen.



„Selbstbegrünung"

Sie könnten also das Intere
wickeln, die Ressourcen zu
um die Industriegesellscha
haupt zu erhalten. Im Zus
hang mit erschöpfbaren Re
wird klar, daß der leidige Vo
die Ökologiebewegung, sie w
rück in die Steinzeit, von Ar
völlig verfehlt war (selbst
solche Umweltbewegte tat
gibt). Denn es liegt klar auf d
daß nicht der Weg der Umwel
ten in die Steinzeit führt, son
nau der der Wirtschaftsfund
listInnen, die eine Ökolog
verweigern. Damit setzen sie
sourcen hemmungslosem Ve
aus und lassen die Naturze
ungehindert voranschreite
Rückfall in die Steinzeit ist n
schonende Ressourcenverwen
verhindern oder hinauszus
nicht aber mit der Mentalität
gen, die uns den Weg zurüc
Steinzeit vorwerfen.

Das Interesse, diesen Rü
die Steinzeit zu vermeiden,
das Bewußtsein der herrschen
te entscheidend beeinflusse
dings wird es ihnen Schwier
bereiten, ihre eigene Wirtsch
schinerie zu beherrschen, d
Wirtschaft unterliegt betri
schaftlicher Logik und Sachz
entwickelt das Kapital eine
Entwicklungslogik, einen
stumszwang. Diese Entwick
gik ist weitgehend unabhän
Willen der kapitalistischen U
merInnen, der ManagerInnen
PolitikerInnen. Sie entspring
pitalistischen Konkurrenz. L
lich sind die KapitalistInnen
führende Organe der Kapital
tungsinteressen. Demnach mu
ManagerInnen und Politik
schwer fallen, sich den Kap
wertungsinteressen, die eine
Zerstörung der Natur bewi
verweigern und ihr eigene
schaftssystem in den Griff zu
men. Möglich ist das grund
nur, wenn sie betriebswirtsch
Interessen zurückstellen und
sam eine Handlungsstrateg
wickeln. Es wird spannend,
schaffen können.

Andererseits hat die wirts
che Elite bei einem Zusamm
der Wirtschaft durch die öko
Krise zwar viel, aber durcha
alles zu verlieren. Letztlich
persönlich am wenigsten zu v
In jeder Krise sind es nicht di
gerInnen, die wirtschaftlich

dem Niedergang ihrer Betriebe leiden, sondern die entlassenen Lohnabhängigen und ihre Angehörigen. Genauso sind sie auch bei der ökologischen Krise am wenigsten betroffen, denn sie wohnen in unbelasteteren Gebieten, können sich gesündere Lebensmittel kaufen etc. Es besteht in dieser Gesellschaft Ungleichverteilung sowohl der sozialen als auch der ökologischen Risiken und Lasten. Umweltverschmutzung ist entgegen weitverbreiteter Auffassung nicht „demokratisch" und betrifft nicht alle gleich.

Falls sich die herrschenden Schichten für eine Ökologisierung entscheiden und sie auch gelingt, dann gibt es zwei Möglichkeiten:

1. Eine Ökologisierung unter Berücksichtigung der Interessen der Bevölkerung und demnach mit ihrer Unterstützung;

2. eine Ökologisierung gegen die Interessen der Bevölkerung und demnach gegen sie.

Die zweite Variante würde eine Öko-Diktatur erforderlich machen, wohingegen die erste die derzeitige Demokratur erhalten würde und ökologischer Kapitalismus genannt werden könnte.

Ökologisierung mit der Bevölkerung

Die meisten ArbeiterInnen erscheinen heute nicht zu Unrecht als die Anti-Umweltbewegten schlechthin. Die Ökologiebewegung hat ihre soziale Basis in der Mittelschicht, die einerseits ein weitgehend sicheres Auskommen hat und andererseits zumeist das Privileg besitzt, eine überdurchschnittliche (Aus-)Bildung genossen zu haben. Das sichere Auskommen ist der Schlüssel zum Verständnis dafür, daß die Ökologiebewegung eine Mittelstandsbewegung ist. „Das öffentliche Umweltbewußtsein hat sich erst im Zuge der Bildung postmaterialistischer Werte, die wiederum im Zusammenhang mit der Deckung ökonomischer und psychischer Primärbedürfnisse stehen, entwickelt."[6] Die Umweltpolitik der Industrieländer ist demnach eine Reichtumsökologie.

Ein ökologischer Umbau erfordert gewaltige Umstrukturierungen, die Lasten erzeugen. Die Angst um den Arbeitsplatz kann alles andere überdecken und damit einen ökologischen Umbau behindern. Deshalb muß es für die Ökologiebewegung selbstverständlich sein, die Existenzängste, die sozialen Interessen der Leute in ihrer Politik zu berücksichtigen.

Wer eine Ökologisierung ohne die Berücksichtigung der sozialen Interessen der Bevölkerung anstrebt, muß sie gegen die Bevölkerung durchsetzen. Das würde bedeuten, daß ökologische Politik nur autoritär durchgesetzt werden kann. Eine solche ökologische Strategie ist Steigbügelhalterin einer Öko-Diktatur. Wenn dann noch ein biologistisches oder rassisti-

sches Menschenbild v
die Brücke zum Öko
schlagen.

Nur wenn es gelin
völkerung einschließl
rInnen und Arbeits
ökologischen Umbau
kann eine Öko-Dikt
werden. Dazu ist ein
beit mit Gewerkscha
bar – trotz aller Krit
partnerschaftlichen
politik. Wegen der Kr
zeitigen Linie Gewe
zipiell abzulehnen,
schaftsfeindliche Tei
Ökologiebewegung t
ein politischer Fehl
Kampfansage an d
Denn es stellt das Re
hängigen, sich zu
Frage. Gewerkschaft
dingbarer Bestandtei
ven ökologischen G
zeptes sein.

Verzichtsideolo Wachstumsi

Es kann also nich
die Existenzängste d
mißachten. Aber eine
gerade wenn sie mit
Imperialismus verbu
nicht ohne Wachstun
bar. „Es ist eine Illusi
daß eine (...) Effizie
Wirtschaft uns auf D
zicht auf Wirtschaf
sparen kann."[7]

Und da Umwel
men tote Kosten ber
die Wirtschaftlichke
on. Höhere Umweltau
zelunternehmen bede
samte Wirtschaft ein
teil seiner Leistung i
leitet. Der verkonsu
an der volkswirtscha
leistung wird dann g
gung und Vermeidu
Schäden bedeutet, da
sumgüter produziert

Eine Drosselung
von materiellen Ko
der Verlust von B
sind also die Folge e
rung. Das zu leugne
und durch Wunsch
„Der Mensch will all
blühende Wirtschaft
rem Einkommen un
Umwelt. Das Entwe
nicht."[8] Leute, für di
und weiteres Wachst

len Wohlstandes Hand in Hand gehen müssen, gibt es gerade auch in der Linken, nicht nur bei Konservativen, Liberalen und SozialdemokratInnen. Wenn sie als anständige InternationalistInnen auch noch den Imperialismus abschaffen wollen, dann wird das Hirngespinst eines in den Industrieländern immer noch stetig ansteigenden materiellen Wohlstandes offenbar. Wie Abschaffung des Imperialismus, Ökologisierung und Aufrechterhaltung der wachsenden Konsumgesellschaft unter einen Hut gebracht werden sollen, bleibt ein Geheimnis. Für sie kann offensichtlich sein, was sein muß. Tatsächlich muß gerade die Abschaffung des Imperialismus die Wirtschaft der Industrieländer in Mitleidenschaft ziehen. Insofern kann nur Anti-ImperialistIn und InternationalistIn sein, wer bereit ist, Lebensgewohnheiten umzustellen.

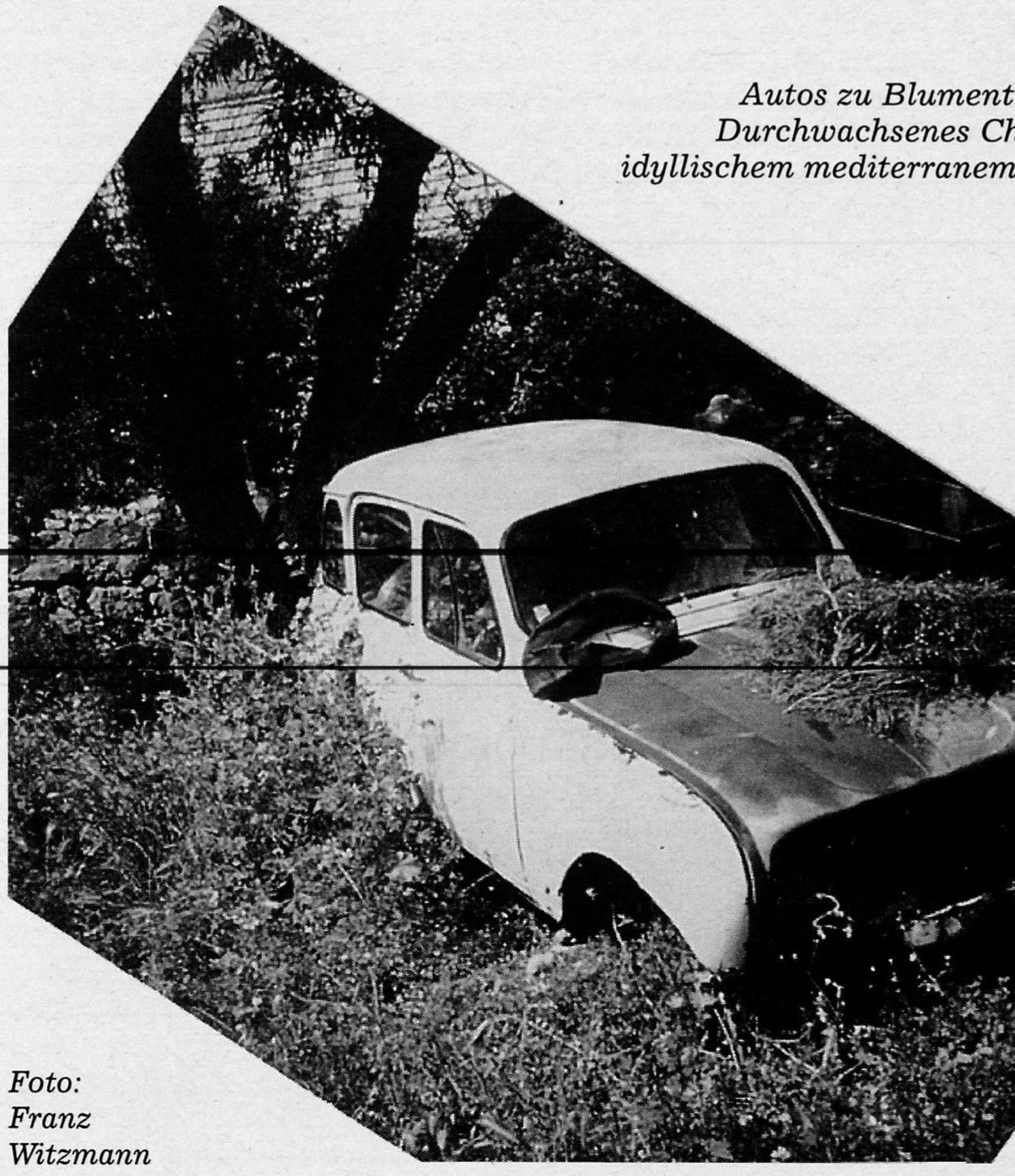
Wenn Umweltschutz mit Wachstumsverzicht verbunden ist, so haben sowohl ManagerInnen als auch die Lohnabhängigen erst einmal kein Interesse an Umweltschutz. Sie haben ein gemeinsames Interesse an unbeschränkter Produktion. Aufgabe der Ökologiebewegung ist es, dieses Interesse zu hinterfragen. Wie kann das erreicht werden?

Es ist nicht angenehm, Leuten klarzumachen, daß gewohnte Bequemlichkeiten und Konsumräusche abgelegt werden müssen, wenn eine ökologische und solidarische Gesellschaft möglich werden soll. Dieser Aufgabe muß sich die Ökologiebewegung aber stellen. Denn leugnet mensch diese Notwendigkeit, so muß es später erst recht nach hinten losgehen, wenn es irgendwann doch anders kommt als versprochen. Es ist daher langfristig sinnvoller, gleich die Perspektiven offenzulegen, anstatt Beruhigungspillen zu verteilen.

Andererseits ist es verfehlt, Konsumverzicht oder gar Askese zu predigen. Angriffspunkt sind für viele ökologische VerzichtsideologInnen Löhne bzw. Lohnsteigerungen. Wirtschaftliche Zusammenhänge werden nicht berücksichtigt. Berücksichtigt wird nicht, daß Wachstumsverzicht nur durch gesellschaftliche Entscheidungen durchgesetzt werden kann und nicht durch freiwilligen persönlichen Verzicht der einzelnen.

Berücksichtigt wird auch nicht, daß die Prediger des Gürtel-enger-Schnallens meist aus der wirtschaftlichen und politischen Elite stammen, nämlich wenn es wieder einmal darum geht, Lasten ungleich zu verteilen. Ihnen zufolge dient Gürtel-enger-Schnallen in Krisenzeiten dem Allgemeinwohl. Tatsächlich aber geht es darum, bestimmte Schichten vom Enger-Schnallen des Gürtels auszunehmen. So war es nach der Wende in der BRD 1982, so ist es bei den Sparprogrammen für die deutsche Wiedervereinigung, und so ist es bei jedem Umstrukturierungsprogramm des IWF für Länder im Süden. Dabei geht es darum, den Konsum des Volkes zu drosseln, damit sie die Zinsen und Schulden an die reichen Industrieländer zahlen können.

Umweltbewegte, die sich dessen nicht bewußt sind oder die das leugnen, lassen sich von der herrschenden Elite leicht für ihre Interessen instrumentalisieren. Diese hießen in Westdeutschland etwa in der Lohnrunde 1992 wieder Lohnverzicht angeblich zugunsten des Aufschwungs im Osten. Hier besteht aber kaum ein Zusammenhang, denn Lohnverzicht in Westdeutschland erhöht die Gewinne der Unternehmen, die theoretisch für Investitionen zur Verfügung stehen. Werden aber die durch Lohnverzicht erhöhten Gewinne auch tatsächlich in Ostdeutschland investiert? Wohl kaum, denn zu niedrige
ne im Westen, und damit ma
Investitionsfähigkeit, sind ka
Grund dafür, daß Unternehme
im Osten investieren. Die W
ternehmen haben eigentlich
gend Geld. Der CDU-Sozialau
se-Vorsitzende Ulf Fink bezif
ren frei verfügbare Gelder
Milliarden Mark.[9] Der Gru
mangelnde Investitionen sin
wohl eher die schlechten Ge
wartungen für im Osten inv
Kapital. Zudem können die w
schen Unternehmen den ö
Markt leicht auch aus dem We
Waren bedienen – ohne große
tionen. Die Forderung nach
chem Lohnverzicht im Weste
denn auch weniger der Gleic
lung zwischen Ost und West,
der Ungleichverteilung z
oben und unten. Um Investiti
Osten sicherzustellen, sind vo
Steuererhöhungen sinnvoller,
Staat tatsächlich gezielt inv
kann. Sinnvoll ist angesic
großen Rücklagen der Unter
auch eine Investitionsabgabe,
Fink fordert. Unternehmen, d
in Ost-Deutschland inv
müßten eine Abgabe in einen



Autos zu Blument
Durchwachsenes Ch
idyllischem mediterranem

Foto: Franz Witzmann

tions-Fond zahlen. Die nachdrückliche Ablehnung dieser sinnigen Forderung durch die Liberalen und Konservativen in der Regierung zeigt, wie wenig ihr am Wohlergehen der Ost-Deutschen gelegen ist, wieviel aber an dem der oberen Schichten. Da schickte sich einer der ihren an, ihre Umverteilungsstrategie von unten nach oben zu torpedieren. Solche Leute werden gemeinhin sehr schnell kaltgestellt.

Letztendlich kann die notwendige Senkung des materiellen Wohlstandes nicht, wie viele meinen, durch Lohnverzicht erreicht werden. Dadurch wird ja auch nicht das verteilbare Volkseinkommen verringert, sondern nur zuungunsten der Lohnabhängigen anders verteilt. Eckhard Stratmann-Mertens aber bringt zur Denunziation von Lohnsteigerungen den Lohn als angebliche Wachstumsursache ins Spiel: „Wer Verteilungsgerechtigkeit über die tarifliche Einkommenspolitik anstreben will, läuft nämlich unweigerlich in die ökologische Falle. Er trägt dazu bei, daß das Wachstum samt seiner ökologischen Folgeschäden angeheizt wird. (...) Begrenzung des Wachstumswahns heißt auch Begrenzung der Einkommenszuwächse."[10]

Er widerspricht hier der Auffassung der Wirtschaftsverbände, die ja immer wieder vor zu hohen Lohnforderungen warnt, mit der Begründung, diese würden das Wachstum gefährden. In diesem Punkt würden sich Stratmann-Mertens und die Wirtschaftsverbände sicherlich schnell einigen trotz der sich gegenseitig ausschließenden theoretischen Begründungen.

Da Lohnsteigerungen nicht Ursache für den Wachstumszwang sind, muß sich Wachstumsverzicht vielmehr darüber äußern, daß unökologische Produkte einfach nicht mehr erhältlich sind, daß unökologische Strukturen einfach nicht mehr ausgebaut werden (etwa Straßennetz und Flugverkehr). Es gilt also nicht, den Flugverkehr dadurch einzuschränken, den Leuten das Geld für den Kauf von Flugtickets wegzunehmen, sondern die Flugmöglichkeiten einzuschränken. Das aber sind politische Entscheidungen, die nichts mit Tarifverhandlungen zu tun haben.

Letztendlich müssen diejenigen, die sich Ökologisierung und Abschaffung des Imperialismus nur mit Einschränkung des Volkseinkommens in den Industrieländern vorstellen können, gleichzeitig auch für eine gerechte Verteilung des Volkseinkommens und für eine radikaldemokratische Ökologisierung eintreten. Das war wohl auch der Grund dafür, daß in den siebziger Jahren ökologisches Bewußtsein meist mit der Forderung nach gerechter Verteilung und Demokratisierung verbunden war.

Dieses Bewußtsein ist bei VerzichtsideologInnen weitgehend verloren gegangen. Die soziale Frage spielt für sie keine Rolle. Soziale Ungleichheiten werden als selbstverständlich hingenommen. So akzeptieren VerzichtsideologInnen auch meist, daß sich bei Umweltsteuern Begüterte von den Lasten freikaufen können. Hier besteht ein Berührungspunkt zu rechten BiologistInnen.

Die Lösung des gordischen Knotens?

Wie kann das Dilemma zwischen dem verbreiteten Wunsch nach mehr Wachstum und der Notwendigkeit eines Wachstumsverzichts gelöst werden? Wie können die Leute für eine Ökologisierung gewonnen werden, die einen Bruch mit der unbeschränkten Konsumgesellschaft bedeutet? Wie kann ökologisches Interesse entstehen?

Interesse an Umweltschutz kann nur durch andere Vorteile geschaffen werden, die Einschränkungen durch Umweltschutz ausgleichen. Das können humane und gesunde Arbeits- und Lebensbedingungen durch intakte Umwelt und umweltfreundliche Produktion sein, oder kürzere Arbeitszeit. Und ökologisches Interesse entsteht nur, wenn keine Verarmung, keine Verschärfung der Ungerechtigkeiten, keine Verschlechterung der Lebensqualität zu befürchten ist. Um ökologisches Interesse zu wecken, muß deutlich gemacht werden, daß Wachstumsverzicht nicht immer mit Wohlstandsverzicht verbunden sein muß.

Ein guter Teil der Produktionssteigerung wird im Kapitalismus dadurch erreicht, daß Wegwerfprodukte und eingebauter Verschleiß entwickelt werden. André Gorz schrieb 1980: „Das ist der opulente Konsum: Er sichert das kapitalistische Wachstum, ohne dabei eine wachsende Befriedigung von Bedürfnissen oder eine Zunahme wirklich nützlicher Dinge (‚Gebrauchswerte') (...) sicherzustellen. Im Gegenteil: Es bedarf einer steigenden Quantität von Erzeugnissen, um den gleichen Grad der Bedürfnisbefriedigung
Wachsende Mengen v
beit, Rohstoffen und
konsumiert, ohne da
schen dadurch woh
Produktion wird imr
und verschwenderisc
tung wird schon in ih
griert, ihr Verschle
miert."[11]

Eine Abschaffung
nisse würde also ka
standsminderung be
flaschen etwa stellen
wegverpackungen e
lichkeit dar, sie bede
daß weniger Geträ
werden können. W
rung würde sich hier
über äußern, daß meh
che Arbeit für die Ha
Mehrwegsystems au
den müßte.

Entscheidend abe
Ökologisierung für d
Vor- als auch Nacht
Gewinn als auch Verl
lich Verlust an ma
stand und an Bequ
winn aber an ökolo
qualität, an ökologisc
weniger Lärm, weni
ger Wirtschaftszwa
Umweltzerstörung e
mehr Lebensquali
schreibt, „daß umwe
halten nicht freudlos
ten muß, sondern vie
Lebenslust zu tun h
Ökologisierung wer
wiedergewonnen, et
saubere Luft zu atm
Gewässern zu bader
schaftszwang führt
Hektik und mehr G
dert somit das Lebe
aber auch eine Frag
der Leute: In „fauler
in Irland oder in ara
gilt Muße mehr als A
Ökologisierung is
verschiedener W
Entscheidend ist nu
nenden Werte, die
bensqualität als erstr
te zu vermitteln. Ins
jenigen Recht, die a
einen Kultur- und W
hen. Sie liegen dann
sie dort stehen bleib
sellschaftlichen Ford
Solche Gewinn
nung gilt insbesonde
tätige Bevölkerung.
nehmender Umwe

treffen heute die ArbeiterInnen am stärksten: mangelnder Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz, gefährliche Arbeitsstoffe, Wohnen an stinkenden und lärmenden Hauptstraßen und Fabriken. Viele Leute werden bei der Arbeit gesundheitlich verschlissen und vergiftet. Arbeitsschutz, früher treffender Arbeiterschutz genannt, muß daher wieder unabdingbarer Bestandteil einer ökologischen Strategie werden. Den meisten Umweltbewegten ist nicht klar, daß der Kampf gegen mörderische Arbeitsbedingungen, gerade in der Chemieindustrie, ein quasi-ökologischer Widerstand ist, der eine lange Tradition hat. Die Wucht und Militanz etwa der Kampfaktionen der ChemiearbeiterInnen 1921/22 infolge der furchtbaren Explosionskatastrophe 1921 in Oppau mit 600 toten ArbeiterInnen, richtete sich gegen die Bedrohung von Leben und Gesundheit in der Chemiehölle. Chemiekrankheiten waren gewerkschaftsbegründende Themen.[13] Es ist der Ökologiebewegung verloren gegangen, sich mit solchen ArbeiterInnen zu solidarisieren. Es muß deutlich gemacht werden, daß die ArbeiterInnen durch eine Ökologisierung nicht nur materiellen Wohlstand zu verlieren haben, sondern auch einen nichtmateriellen Gewinn haben werden und viel an Lebensqualität wiedergewinnen können.

Umweltbewegte müssen sich vergegenwärtigen, daß sich Sensibilisierung für Umweltprobleme vor allem an der Sorge um die eigene Gesundheit und die der eigenen Kinder festmacht. Es nützt nichts, diese „Selbstsucht" zu beklagen und Selbstlosigkeit und die Orientierung an höheren Werten und Notwendigkeiten einzufordern. Die Ökologiebewegung muß an diesem psychologischen Motiv ansetzen und in ihrer Strategie immer wieder die Verknüpfung von Umweltproblemen mit gesundheitlichen Aspekten herausstellen. Das ist auch möglich, denn es sind zumeist dieselben Stoffe und Risiken, die im Betrieb die Beschäftigten gefährden und die außerhalb des Betriebes die Umwelt zerstören und die Gesundheit der Menschen gefährden.

Sensibilisierung für Umweltprobleme setzt auch an der „Liebe zur Natur" an. Gerade die ist aufgrund der Entfremdung von der Natur unterentwickelt. Demnach muß die Ökologiebewegung versuchen, eine Beziehung zur Natur zu vermitteln. Deswegen ist es falsch, den Ausflug ins Grüne als Belastung für die Biotope zu diffamieren.

Sind die Leute zu zufrieden für eine Ökologisierung? Es scheint, daß die meisten Leute mit den bestehenden Verhältnissen zufrieden sind. Die Vorstellung, wir lebten im besten aller bestehenden Systeme, ist weit verbreitet. Die zwei Drittel aalen sich im Massenwohlstand und wehren sich dagegen, ihn aufgeben zu müssen. Ist der Kapitalismus in den Industrieländern deswegen unangreifbar?

Tatsächlich sind viel mehr Leute mit dem Bestehenden unzufrieden als vermutet – wie sich im Alltag immer wieder feststellen läßt. Die Leute können sich aber derzeit nichts besseres vorstellen. Trotzdem ist der kapitalistische Grundkonsens gefährdet. Es besteht eine zutiefst widersprüchliche Stimmungslage. Einerseits besteht Unzufriedenheit mit den bestehenden politischen und wirtschaftlichen Verhältnissen, andererseits aber Zufriedenheit beim Vergleich mit anderen Ländern. Einerseits sind viele Leute mit den eigenen Lebensverhältnissen innerlich zufrieden, andererseits sind sie verstandesmäßig unzufrieden, weil sie wissen, woher der Massenwohlstand kommt. Bewußtsein und Gefühl fallen häufig auseinander. Vielfach wird der Staat pauschal verunglimpft, bei bestimmten Punkten aber nachdrücklich verteidigt. Jutta Ditfurth schließt daraus: „Soziale Utopien werden heute fast so tabuisiert wie erotische Literatur in der viktorianischen Epoche. Erotik läßt sich aber auf Dauer so wenig unterdrücken wie der Traum von anderen gesellschaftlichen Zuständen."[14]

Es ist für den Kapitalismus besonders wichtig, jegliche positive Vorstellung von einer anderen Gesellschaft zu zerstören; so ist der Feldzug gegen alles Realsozialistische zu verstehen. Es geht nicht mehr darum, den Feind im kalten Krieg zu besiegen, das ist ja bereits geschehen. Mittlerweile geht es vielmehr darum, jegliche positive Vorstellung von Sozialismus für alle Zukunft zu zerstören, damit die Leute in ihrer Unzufriedenheit ja nicht mehr auf sozialistische Gedanken kommen. Es geht nicht, wie es Interesse der Linken sein müßte, um kritische Aufarbeitung, damit aus Fehlern gelernt werden kann, sondern um grundsätzliche Verdammung.

Diese Strategie erscheint für den Kapitalismus auch nötig. Denn Unzufriedenheit mit den bestehenden Verhältnissen besteht. Symptom ist die immer weiter sinkend beteiligung. Wer traut schon n litikerInnen? Und wer ist sc frieden mit der eigenen Arb Grunde wissen die Leute, Mist sie eigentlich produzier im Grunde wissen sie auch, da re Wirtschaft darauf angelegt natürlichen Lebensgrundlag zerstören. Sie haben allerding Vorstellung von irgendwelche nativen. Diese breite Unzufrie für eine Ökologisierung zu das muß Ziel der Ökologiebe sein. Und das geht nur, wenn positive Vorstellung einer ö schen gesellschaftlichen Alte vermittelt.

Ökologie und Arbeitsplä

Als Argument gegen ökol Maßnahmen und Projekte wer mer wieder zwei Argumente i geführt: „Umweltschutz kos beitsplätze" und „Umweltsch zu teuer". So werden Kon rungsanlagen und Solarkra abgelehnt, weil sie angeblich z sind – Autobahnen und Panz gebaut, weil das unter ander beitsplätze schafft.

Mit diesem Paar von Argu wird in der (Wirtschafts-)Poli viel gearbeitet. Dabei offenbar ges die Verlogenheit herrschen litik so sehr wie die beliebige V dung dieser Argumente:

- Wird ein Projekt befürwo schafft es Arbeitsplätze. rInnen wird von den Befü rInnen vorgeworfen, Arbeit zu gefährden.
- Als Gegenargument gilt, e zu viel Geld. GegnerInn Projektes berufen sich eine solidere Haushaltspol die BefürworterInnen zu gen, weil sie das Geld nicht schleuderten.

Recht haben dabei tats meist beide: Ein Projekt kostet viel Geld, schafft aber gleic auch Arbeitsplätze. Da nun n des Projekt finanziert werden muß ausgewählt werden. Di wahlkriterien sind dabei offe lich politische und sachliche aber wirtschaftliche. Trotzde der wirtschaftliche Effekt fast als Grundlage der Argumen obwohl die Argumente „Koste „Arbeitsplätze" aussagelos sin sind Scheinargumente. Aussa

tig wäre erst ein Vergleich der jeweiligen Arbeitsplatzintensität pro Investition: Mit Hilfe der Aussage, daß bei einem Projekt pro investierter Million mehr Arbeitsplätze geschaffen werden als bei einem anderen, könnte ein „schafft Arbeitsplätze“ oder „kostet zu viel Geld“ begründet werden. Das ist aber ein Vergleich, der erstaunlich selten angestellt wird – wahrscheinlich, weil sonst deutlich würde, daß Gründe für oder gegen ein Projekt andere sind als Arbeitsplätze oder Kosten.

Wenn es also möglich ist, Scheineinwänden gegen neue, ökologische Projekte zu begegnen, so ist es schon schwieriger, Einwänden gegen die Stillegung unökologischer Produktionszweige zu begegnen. Schutz aller bestehender Arbeitsplätze bedeutet als Strukturkonservativismus Schutz jeder beliebigen Produktion (von Concordes, Autos, Atomkraft, Panzern etc.) – also keine ökologische Perspektive. Dennoch wird dieser Strukturkonservativismus von Gewerkschaften traditionell massiv betrieben.

Eine solche Politik steht im Widerspruch zum Konzept selektiven Wachstums und Schrumpfens, das bei einer Ökologisierung unabdingbar ist. Nur allmählich setzt sich die Erkenntnis durch, daß nur ökologisch verträgliche Arbeitsplätze auf Dauer sichere Arbeitsplätze sind. Nicht Umweltschutz kostet Arbeitsplätze, sondern unterlassener betrieblicher Umweltschutz und Strukturwandel. Denn früher oder später muß die Umstellung, muß die Ökologisierung

doch kommen. Arbeitsplätze können nicht um jeden Preis erhalten werden – für wegfallende Arbeitsplätze muß aber Ersatz geschaffen werden.

Wenn Produktionsstätten stillgelegt werden, dann werden dort gebundene Arbeitskräfte und Investitionsmittel frei und können in anderen Wirtschaftsbereichen wieder neu eingesetzt werden, so daß neue Arbeitsplätze geschaffen werden. Das passiert natürlich nicht von selbst, sondern muß durch aktive staatliche Arbeitsplatzpolitik gewährleistet werden. Das nützt den Betroffenen natürlich erst einmal wenig. Deswegen muß sich eine ökologische Gesellschaft bemühen, Betriebe nicht zu schließen, sondern auf ökologische Produktion umsteigen zu lassen (ökologische Konversion). Ist das nicht möglich oder sinnvoll, so muß sie für die Vermittlung zu anderen Arbeitsplätzen sorgen, zumindest aber gleichbleibende Bezüge gewährleisten.

Wenn es aber wirklich so sein sollte, daß eine Ökologisierung weniger bezahlte Arbeit im formellen Sektor bedeutet, so mündet das in ein Verteilungsproblem der Arbeit. Umweltbewegte sind sich nicht einig, ob eine Ökologisierung gesellschaftlich nun mehr oder weniger Arbeit bedeutet. Bei steigender Produktivität der Arbeit und einem Wachstumsverzicht muß das die Abnahme von bezahlter Arbeit (im formellen Sektor) bedeuten. Dann muß die Arbeit besser verteilt werden, Arbeitszeitverkürzung wird ein Muß. Andere Umweltbewegte wenden ein, die Beschränkung der industriellen Möglichkeiten und die Nicht-Verfügbarkeit bestimmter Rohstoffe müsse zu sinkender Produktivität führen, so daß es eher mehr als weniger Arbeit geben werde. Realistisch ist wohl, daß eine Ökologisierung mittelfristig weniger Arbeit im formellen Sektor bringen wird, mehr Arbeit aber im informellen Sektor. Langfristig kann sich das dann durchaus wieder ändern.

Wie auch immer, die Frage nach den Arbeitsplätzen muß mit einer besseren Verteilung der Arbeit beantwortet werden, egal ob es nun mehr oder weniger bezahlte Arbeit gibt. Wenn die Arbeit gut verteilt wird, dann geht es beim Streit um neue Projekte und Stillegungen also mehr darum, ob das Volkseinkommen steigen oder zugunsten ökologischer Belange sinken soll. Der Konflikt zwischen Umwelt und Arbeitsplätzen mündet dann in einen Konflik
welt und Volkseinkom

Zeit für Ut

Heute wollen uns
ben machen, die Zeit,
zu können, sei vorbei.
für diesen Pessimismu
mich ihm dennoch ni
Indem ich mich mit Le
schließe, die ebenfalls
näre und ökologische
ben und an die Entwi
menschlicher Gesell
kann ich Hoffnung un
die Zustände tatsächl
nieren. Ferner gibt es
keit, trotz alledem
entwickeln, ohne zu
ohne das Elend zu
Hoffnung, Utopie u
müßte ich mir den Str
will ich aber nicht.

Jens DÖRSCHEL st
gie in Braunschweig
der Grünen.

Anmerku

1 Aussage aus dem ök
fest einer grünen Str
Tuckfeld/Müller: Kri
nes ökologischen Ka
furt 1989, S. 16
2 Joschka Fischer: De
striegesellschaft, zit.
feld/Müller: Kritik d
ökologischen Kapita
1989
3 Michael Jäger in »Fr
S. 4
4 Res Strehle: Kapital
1991, S. 14
5 Frank Beckenbach: Ö
mische Verteilungsk
KLA« Nr. 86 Ökologi
lung, S. 72
6 Volker von Prittwitz
Modernisierungspro
1993, S. 207
7 Eckhard Stratmann-
tag» 6/1993, S. 6
8 Binswanger u.a.: Ar
zerstörung, Frankfu
9 Nach »Süddeutsche
1992, S. 2
10 »Freitag« 17/1992.
11 André Gorz: Ökologi
Beiträge zur Wachst
1980, S. 23
12 »Öko-Test« 12/1992,
13 Vgl. Wolfgang Hien:
von unten, in: »Sozia
S. 46-51
14 »Neues Deutschland

Es grünt so grün...

Von einer alternativen Umweltbewegung zur vierten Parlamentspartei

Thomas SCHMIDINGER

Bereits mit der gemeinsamen Grünkandidatur 1986, als die ALÖ (Alternative Liste Österreichs), BIP (Bürgerinitiative Parlament) und die VGÖ (Vereinigte Grüne Österreich) gemeinsam als „Grüne Alternative" (GA) in den Nationalrat einzogen, wurden Teile der Linken in der ALÖ abgedrängt. Das führte bei den Wiener Landtagswahlen zu einer, ziemlich erfolglosen, linken Grünkandidatur.

Die Einigung mit der reaktionären VGÖ hielt nicht lange. In den Jahren nach dem Bundeskongreß in Klagenfurt (14./15. 2. 1987), als sich Buchner und Konsorten (VGÖ) von den Grünalternativen verabschiedeten und die Partei „Grüne Alternative" gegründet wurde, kam es durchaus noch häufiger vor, daß eine grüne Umweltpolitik in direktem Zusammenhang mit einer völligen Veränderung der wirtschaftlichen, politischen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen gesehen wurde. Menschen, die eine grundsätzliche radikale Veränderung des HERRschenden Systems hin zu kleinräumigen, ökologischen und sozialen Wirtschaftsformen forderten und diese Forderungen auch mit viel Phantasie und Vehemenz vertraten, saßen zu dieser Zeit zum Teil noch in wichtigen Funktionen. Von Herbert Thalhammer, der in der ersten Landtagsperiode für die Alternative Liste im Vorarlberger Landtag saß, einige Beispiele:

In der Budgetrede vom 9. Dezember 1987: „Die Zerstückelung der Arbeit in immer kleinere Arbeitsschritte bedeutet eine Zerstückelung des Menschen", oder über die Verkehrspolitik der Landesregierung: „Wenn sie nämlich die Maßnahmen zur drastischen Einschränkung des Individualverkehrs ablehnen nach dem Motto: Freie Fahrt für freie Bürger, sorgen Sie für andere Zwänge. Für den Zwang, daß Kinder vergiftete Luft einatmen müssen. Für den Zwang, daß die nachfolgende Generation Lawinenschutzbauten errichten muß, um den toten Schutzwald zu ersetzten. Ich erlebe das sehr oft und ich habe oft eine Wut im Bauch, wenn ich mit dem Rad fahre - ich benütze das umweltfreundliche Verkehrsmittel - und ich werde gezwungen die Abgase der Autofahrer einzuatmen...", oder in der Landtagsrede vom 10. Mai 1989: „Die großen Diebe tragen keine lumpigen Kleider. Die großen Diebe tragen heute Anzüge, sie befinden sich selber in hohen gesellschaftlichen Positionen und klauen anderen Leben. Die großen Diebe leben davon, daß andere auf wesentliches von dem, was Leben heißt, verzichten müssen. Sie verstümmeln Menschen, schneiden ihnen jene Zweige ab, der Fantasie, der Kreativität, der Identität, die das menschliche Leben lebenswert machen."

Solche Landtagsreden von grünalternativen Abgeordneten waren damals noch möglich.

Nach und nach wurde jedoch immer mehr Professionalisierung gefordert. Je mediengerechter die Partei wurde, je weniger sie aneckte und je weniger sie unpopuläre Forderungen stellte, desto mehr verlor sie auch an inhaltlichem Profil. Nicht nur sozial- und gesellschaftspolitische Forderungen wurden immer mehr verwässert, sondern auch in der Umweltpolitik wurde die Partei immer gemäßigter. Dieser „Normalisierungsprozeß" der Partei fand seine Besiegelung beim 8. Bundeskongreß der Grünen Alternative 1992 in Bad Gleichenberg, als aus der parlamentarischen Vertretung der Bürgerinitiativen, Umweltgruppen und sozialen Bewegungen, die vierte Parlamentspartei wurde. Mit der Wahl von Peter Pilz zum Bundessprecher bekam die Partei auch einen innerparteilich sehr umstrittenen „Parteichef". Seither sind programmatische Inhalte immer mehr Show- und Machtpolitik des s nannten „Strategischen Ze um Peter Pilz gewichen.

Geheimverhandlungen zwi Grünen und VGÖ

Im Herbst 1993 beganne Leute der grünen Parteiführ einer gemeinsamen Kandida Buchners VGÖ zu liebäugeln damals war bekannt, daß dies zwar umweltpolitisch den nahesteht, aber in allen ande tischen Bereichen völlig kont sichten hat.

Von Anfang an war auch b daß sich die VGÖ ausdrück den österreichischen Verhal scher Konrad Lorenz beruft, mer am äußerst rechten Rand nen Spektrums beheimatet w her war Konrad Lorenz offe terstützer der Nazis und e sich später zwar von gewisse sichtlich nationalsozialistisch sichten, die Grundtendenz sei steshaltung blieb jedoch glei Biologismus, den er nie ableg trug sich vorzüglich mit d Rassenlehre. 1940 schrieb Kor renz in „Der Biologe": „Ob Schicksal der Dinosaurier e oder ob wir uns zu einer unge unserer heutigen Gehirn-Org on gar nicht erfaßbaren Hö wicklung emporschwingen, schließlich eine Frage der schen Durchschlagskraft und benswillens unseres Volkes. sonderen hängt gegenwärtig d Entscheidung wohl von der F ob wir bestimmte, durch Mang natürlichen Auslese entstehen fallserscheinungen an Vol Menschheit rechtzeitig bek lernen oder nicht. Gerade in Rennen um Sein oder Nichts wir Deutschen allen anndere turvölkern um tausend Schri aus." Nicht umsonst liefert au te noch der Konrad Lorenz I. Eibl-Eibesfeldt immer wied senschaftliche" Argumente Europäischen Rechten. Unte rem berufen sich auch „Um

und „völkische Begehrer“ auf Eibl-Eibesfeldt.

Große Teile der VGÖ hatten nicht nur diesen ideologischen Hintergrund, sondern betrieben auch tatsächlich eine Politik, die zumindest in vielen Ansätzen mit jener ökofaschistischer Parteien in Deutschland (z. B. ÖDP oder „Unabhängige Ökologen Deutschlands“) vergleichbar ist. Es gab aber im Herbst 1993 noch einen demokratischen Flügel in der VGÖ, der sich um Georg Willi aus Tirol formierte. Allerdings waren auch schon vor den Verhandlungen der GA mit der VGÖ, Kontakte der VGÖ zur FPÖ bekannt. Ich selbst warnte im »Vorlaut«, der Zeitschrift der Grünalternativen Jugend, bereits im September vor der VGÖ und schnitt in einem Artikel das Naheverhältnis der VGÖ zur FPÖ an.

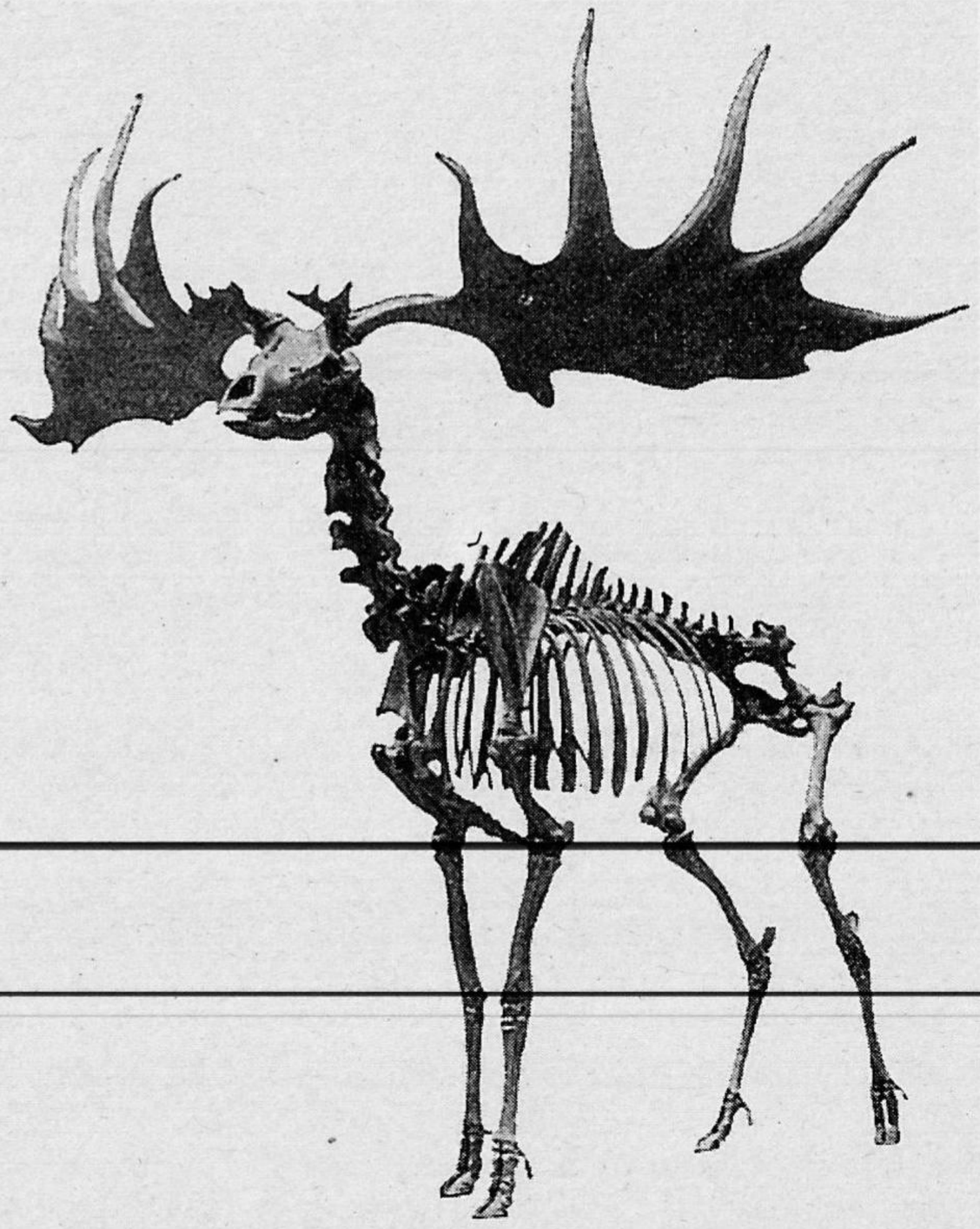
Trotz all dieser längst bekannten Tatsachen führte das „Strategische Zentrum“ im Herbst 1993 Geheimverhandlungen mit der VGÖ. Diese Verhandlungen waren so geheim, daß nicht einmal AktivistInnen der Grünen informiert wurden, sogar Mitglieder der Landesvorstände wurden vielfach nicht informiert. Erst über die Medien erfuhren die vielen einfachen AktivistInnen und viele „Insider“ über die Einigung zwischen GA-Spitze und VGÖ. Umso größer war die Verstimmung bei jenen Grünen, die von Anfang an gegen eine gemeinsame Kandidatur mit der sehr weit rechts stehenden VGÖ waren.

Wenige Tage später zeigten sich Peter Pilz und Co., die über das Naheverhältnis der VGÖ zu rechten Gruppierungen auch schon vorher informiert sein mußten, total bestürzt über die Tatsache, daß die VGÖ mit der FPÖ über eine gemeinsame Kandidatur verhandelt habe. Außerdem wurde auch bekannt, daß die Kärntner VGÖ dem Vorarlberger Neonazi und Herausgeber der Zeitschrift »Sieg«, Walter Ochensberger, Spenden zukommen ließ. Nachdem diese Kontakte der VGÖ zum rechtsextremen Lager an eine breite Öffentlichkeit gelangten, wurde die Einigung mit der VGÖ wieder fallen gelassen.

In weiterer Folge spaltete sich die VGÖ: der demokratische Teil um Georg Willi ging zu den Grünen, während sich nun um Josef Buchner ein Kern rechtskonservativer, nationalistischer und ökofaschistischer Umweltschützer sammelte, der weiterhin unter der Flagge der VGÖ segelte. Ob es die völlig zerstrittene VGÖ nach dem Rücktritt Josef Buchners in dieser Form noch weiter geben wird ist noch nicht absehbar, die rechtsökologischen und ökofaschistischen Kräfte werden aber auch in Zukunft wieder genug Betätigungsfelder finden.

Das „Wirtschaftsprogramm“

Die jüngste „Errungenschaft“ im Rechtsruck der Grünen ist ihr Wirtschaftsprogramm, das Ende 1993 als Broschüre „ARBEIT DURCH UMWELT – Das Grüne Investitionsprogramm“ erschien.* Diese Broschüre, die von der Grübi (Grüne Bildungswerkstatt) und einem Teil des Parlamentsclubs herausgebracht wurde, beansprucht zwar ein Grünes Programm zu sein und wurde auch als solches der Presse präsentiert. Es



* Sie ist gratis bei der Grünen Bildungswerkstatt (Lindengasse 40, 1070 Wien) erhältlich.

wurde aber nie vom
beschlossen; es stell
nur die Privatmeinu
SpitzenfunktionärIn
diese Vorgangsweis
seltsam an, wenn m
betrachtet, daß ger
immer mit dem Ans
fentlichkeit getreten
kratisch zu handeln
liche Demokratie wa

Das Programm
gißt“ aber nicht
grundsätzliche Syst
pitalistischen W
sondern verzichtet a
umweltpolitische Fo
die fehlende Kritik
mobilität). Außerder
ralischste Wirtscha
reichs, die Waffen
haupt nicht angesch
Programm, das in d
groß als Wirtschaft
sentiert wurde, hät
zumindest angesc
müssen.

Einige besonders
derungen an die Ind
gung oder an die Bu
kammer stellen folg
gen dar:

Im Kap
„Die Chancen

„Nun, fünf Jah
Grünen ihre Ideen e
sierten, beginnt auch
Seiten zu wechseln
wissen, daß die gro
men muß.“

Wo sehen die Sch
Broschüre, daß die
die Seiten zu wec
schmäh, der eine du
mene neue Werbeli
doch noch kein „Sei
internationale Gro
sich aggressiver den
den sich zentralisti
egal ob diese nun
heißen. Mensch und
mehr denn je ausgel
Illusion zu glauben,
tionalen Konzerne
menschenverachten
weisen beenden, w
wissen, daß es zu ei
men muß. Dazu müs
unten gezwungen w
gilt für folgende St
dazu dienen kann, s
striellenvereinigung
cheln:

„Die Wirtschaft will rechnen, und deshalb muß die Politik berechenbar werden. Überall brechen also die Fronten auf, nur im noblen Stadtpalais in der Wiener Himmelpfortgasse will man von der grünen Wirtschaftspolitik nichts wissen. Der Finanzminister blockt ab. Nur er und seine SPÖ sagen heute noch kategorisch ‚Nein' zum ökologischen Umbau der Wirtschaft."

Natürlich gibt es heute kleine Unternehmer, bei denen schon viel mehr an ökologischem Bewußtsein vorhanden ist als noch vor einigen Jahren. Diese wenigen positiven Fälle dürfen aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß die wirklich Mächtigen im kapitalistischen Weltwirtschaftssystem, nichts von einem ökologischen Wirtschaften wissen wollen. Nicht die SPÖ ist das Haupthindernis auf dem Weg zu einem ökologischen Wirtschaftssystem, sondern jene Wirtschaftskreise, die unsere Bundesregierung bereits längst unter Kontrolle haben.

Im selben Kapitel wird eine ökologische Steuerreform gefordert. Ausgezeichnet! Allerdings wird dabei nur davon gesprochen, statt Arbeit in Zukunft Energie zu besteuern. Daß jedoch auch weiterhin, sogar in verstärktem Ausmaß, Kapital besteuert werden soll wird einfach „übersehen".

Der krönende Abschluß des ersten Kapitels stellt der dick herausgestrichene Satz dar: „Zu unseren Vorschlägen kann niemand ‚Nein' sagen, außer, es geht ums pure Neinsagen." Dies ist wohl der Gipfel an Opportunismus. Die Grünen wollen es jetzt also allen recht machen, auch der Industriellenvereinigung, den internationalen Konzernen... Es geht aber vielmehr darum, einen Standpunkt zu beziehen, denn: Allen Menschen recht getan, ist eine Kunst die niemand kann!

Im Kapitel 2
„Das Grüne Konzept: Energie und Verkehr"

„Umweltschutz, das heißt nicht: Alle Autos verbieten, alle Fabriken stillegen, alle Kraftwerke abschalten. Ganz im Gegenteil: Zum Erhalt einer lebenswerten Umwelt braucht es gewaltige Anstrengungen der heimischen Wirtschaft. Damit wir auch in Zukunft durch gesunde Wälder wandern können, brauchen wir innovative, modern denkende Unternehmer und natürlich auch viele Arbeitskräfte."

Die Grünen brauchen sie jetzt auch schon, die Yuppies – jung, dynamisch, erfolgreich, innovativ... Die ArbeiterInnen hingegen sind keine Menschen, sondern nur Arbeitskräfte.

Im Kapitel 3
„Grüne Investitionen - wo?"

„Mobilität ist ein hoher Wert und unabdingbar notwendig. Niemand will die Mobilität des einzelnen einschränken, ganz im Gegenteil. Wir Grünen glauben allerdings, daß Mobilität nicht nur Auto-Mobilität bedeuten darf."

Es ist richtig, daß niemand in seiner Bewegungsfreiheit eingeschränkt werden darf, allerdings wird hier völlig vergessen, daß ein Großteil der sogenannten „Mobilität" Zwangsmobilität darstellt. Durch die zunehmende Zentralisierung der Wirtschaft werden Menschen gezwungen, kilometerweit zum Arbeitsplatz, zum Einkaufen zu fahren, ohne daß sie das wollen. Wären Arbeitsplatz, Wohnraum, Geschäft(e) und Erholungsraum nicht so weit voneinander getrennt, könnten die meisten Fahrten eingespart werden und außerdem würden Nerven, Zeit und Energie gespart. Es geht also nicht nur darum, die Mobilität vom Auto auf andere Verkehrsmittel zu verlagern, sondern die Zwangsmobilität überhaupt abzubauen. Eine Abkehr von dieser Forderung, nach Einschränkung der Zwangsmobilität, stellt eine massive Verwässerung umweltpolitischer Inhalte dar.

Im Kapitel 5
„Das kann doch alles nicht funktionieren!"

„Ihre Umstrukturierung [die der Industrie] ist unbedingt erforderlich, nicht nur aus Umweltgründen, sondern eben deshalb, um sie auf den höchstmöglichen Standard zu bringen und somit international wieder konkurrenzfähig zu machen."

Konkurrenzkampf und internationale Wirtschaftsverflechtung, die letztlich hauptsächlich die Ausbeutung der „Dritten Welt" bedeutet, scheinen auch bei den Grünen nichts verwerfliches zu sein. Wo ist das soziale Gewissen der Grünen geblieben?

In einem weiteren Abschnitt dieses Kapitels wird unter der Unterüberschrift „Längst besteht kein direkter Zusammenhang mehr zwischen dem Verbrauch von Energie und dem Wachstum des Bruttoinlandsproduktes" Wirtschaf
stum als etwas Positives dar
Wachstumskritik ist also auch
Grünen nicht mehr erwünscht
hieß ein mehr an Wirtschaft
tum eben nun einmal auch e
an Rohstoffverbrauch, mehr
tung der sogenannten
Welt"...

Das Positive am Wachst
Bruttoinlandsproduktes kann
fach nicht sehen, da das B
Maßstab für das Wohlbefin
Menschen ist, sondern eine a
Zahl, die eher auf die Gewi
großen Unternehmer hindeut
auf die Lebensqualität der Me
Ein Beispiel: Die gesamte unb
Arbeit ehrenamtlicher Täti
ohne die unsere Gesellschaft g
mehr funktionieren würde, ist
nicht einberechnet. Auch die
beit oder die Arbeit mit Kin
nicht einberechnet. Der bra
sche Ökologe und Träger des A
tiven Nobelpreises Jose Lutze
bringt in seinen Vorträgen
schauliches Beispiel für die
sigkeit des Bruttoinlandspr
zur Messung des Wohlbefind
Bevölkerung: „Stellen Sie si
Mütter vor, die je ein Kind e
Ihre Arbeit findet keinen
schlag im BIP. Wenn nun aber
beiden Mütter ihr Kind der
anderen gibt und dieser 7.00
ling dafür gibt – es genügt d
eine Banktransaktion um das
tauschen, die beiden Mütter
das Geld nie sehen – dann
sich das Bruttoinlandsprodu
14.000 Schilling, und die Kin
höchstwahrscheinlich sogar u
lich, da sie bei der falschen
sind."

Ein weiteres in seinen Vo
verwendetes Beispiel ist jenes

„Ein hoher Anteil des B
Norwegen kommt nur aufgru
widrigen klimatischen Bedin
in Norwegen zustande. Häus
sen stabil gebaut und gut isol
den. Warme Kleidung muß eb
kauft werden, wie mass
Brennmaterial für den Wint
die Norweger jetzt glücklich
sie, aufgrund ihres kalten Kli
höheres BIP haben? In B
könnten wir in Hütten leben
ganze Jahr nackt herumlaufen

Sogar in Schulbüchern fü
schaftskunde (Kranich, Schac
Co.: Wirtschaftliche Bildung,
kunde und Staatsbürgerkund
heute schon zugegeben, daß

hemmtes Wirtschaftswachstum auch zu einem mehr an Umweltbelastung führt: „Mit dem jährlichen Zuwachs an Güterproduktion ist jedoch zwangsläufig ein lineares überproportionales Wachstum der Umweltbelastung durch Abfallstoffe gegeben."

Die Kritik an der kapitalistischen Wachstumsideologie war immer eine der zentralsten Punkte grüner Identität. Ohne Kritik am Wirtschaftswachstum kann wirkungsvolle Umweltpolitik unmöglich stattfinden. Soll diese nun über Bord geworfen werden?

Abgerundet wird das grüne Investitionsprogramm durch eine ganzseitige Anzeige der ÖMV (Österreichische Mineralölverwaltung).

Wo stehen die Grünen heute?

Der oben beschriebene Weg der Grünen zu einer Partei, die sich nur noch um Realpolitik kümmert, aber all ihre Träume und Utopien aufgibt, scheint weiterzugehen. Allerdings ist der Weg, den die Parteispitze um Peter Pilz geht, nicht unbedingt der, den die ganze Partei mitgeht. Auch wenn sich ihre Reihen schon ziemlich stark gelichtet haben, so gibt es immer noch jede Menge Utopisten und Linke bei der GA und in deren Peripherie. Sollte es überhaupt möglich sein, Meinungen nach einem bestimmten Schema einzuteilen, so können wir heute grob drei verschiedene große Strömungen unterscheiden:

1. Jene Grüne, die jeden Anspruch auf eine grundlegende Gesellschaftsveränderung aufgegeben haben. Sie streben eine Art grünen Kapitalismus an und sind auch in umweltpolitischen Fragen übertrieben kompromißbereit. Hauptziel dieser Grünen ist es nicht mehr alternative Ideen zu verbreiten und eine Basisbewegung aufzubauen, sondern bei der nächsten Wahl möglichst viele Stimmen zu gewinnen.

Ein Teil dieser Grünen ist auch in Geschäfte involviert, die in direktem Widerspruch zu alternativem oder linkem Gedankengut stehen. Etwa die Wiener Immobilienhaie Pius Strobl und Günter Kerbler von der Conwert-AG, die von Herbert Brunner etwas pointiert als „grüne Androsch-Clique" bezeichnet wurde, sind aufgrund ihrer Immobiliengeschäfte nicht nur daran beteiligt, mit einem Grundrecht der Menschen eiskalte Geschäfte zu machen, sondern sie sind zum Beispiel beim Wiener Kulturzentrum „7stern" in direkten Interessenskonflikt mit linken und alternativen KünstlerInnen, Jugendlichen und anderen BesucherInnen des Kulturzentrums gekommen und das alles, um noch höhere Gewinne zu erzielen.

2. Jene Grüne, die sich zumeist sehr stark um umweltpolitische Themen kümmern, die der Meinung sind, daß eine Veränderung des politischen und wirtschaftlichen Systems zwar notwendig ist, aber bestenfalls mit einer Politik der kleinen Schritte möglich ist. Deshalb sind auch sie weitgehend pragmatische RealpolitikerInnen. Sie sind sich allerdings bewußt, daß langfristig die von ihnen geforderten Reformen und Reförmchen zu einer großen Veränderung führen sollen.

3. Die „Alternativen" und „Linken", die hauptsächlich für eine Revolutionierung des politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Systems eintreten. Keiner hat etwas dagegen, wenn gute Reformen kommen, aber dies ist nicht der Weg der letztendlich zur Zerschlagung dieses kapitalistischen Weltwirtschaftssystems und zur Schaffung neuer humaner und ökologischer Gesellschaftsformen führen kann. Aus diesem Grund richtet sich das Hauptaugenmerk vieler linker Grüner auf die Bewußtseinsbildung der Menschen innerhalb oder außerhalb der GA und weniger auf das Erreichen von Machtpositionen.

Es gibt verschiedenste Ansätze bei den Grünen und es läßt sich nicht mit Sicherheit sagen, welcher sich letzten Endes durchsetzen wird, oder ob sie auf Dauer nebeneinander existieren können. Bisher deutete allerdings alles in die Richtung, daß die VerfechterInnen eines grünen Kapitalismus stärker und stärker werden und die Stärke der Linken im selben Ausmaß schrumpft.

Wohin soll ich mich wenden?

Angesichts des Rechtsruckes und der Verwässerung von wichtigen umweltpolitischen Forderungen, Angesichts des Verlustes an Utopien und Kreativität bei den Grünen, stellen sich viele linke Grüne diese Frage. Sie ist auch für mich, da ich nicht gerade ein glänzender Taktiker und Stratege bin, alles andere als einfach zu beantworten.

Viele Linke und Alternative haben die grüne Partei schon mehr oder weniger frustriert verlassen, allerdings haben sich nur wenige von ihnen danach auch außerhal
gagiert. Nur allzu
enttäuscht zurückge
die innere Emigrati
dere, wie ich, käm
innerhalb der Grün
radikale ökologisch
sellschaftsveränder
chen der grünen P
Utopien und Inhalte

In Deutschland,
sungsprozeß der Grü
schende System sch
diehen ist als in Öste
die ÖkosozialistInn
schen Linken von
schiedet und versuc
aufzubauen. Allerdi
relativ erfolgverspre
der prominenten Ex-
furth, eine „Ökologis
LI) aufzubauen, in d
stecken. Die ÖKOLI
kleinen, intellektuell
ren Kreis hinausgek
nie geschafft, eine br
Bevölkerung anzuspr

Auch Gruppieru
fang an weiter link
standen, können der
in wenigen europ
eine neue Heimat
Staaten – so auch in
alle anderen link
schen, alternativen
äußerst geringer Stä
für die meisten Men
nale Bedeutung und
bei vielen traditione
pierungen nicht im
ökologische Inhalte

Es bleibt die
doch noch in Grün
gieren, zu versuche
rung herbeizuführe
sein muß, zum gege
eine neue linke und
pierung mit ausrei
schaffen, oder aber
seines Engagements
lamentarische Eben
Mitarbeit bei Bürge
tungsprojekten, fre
Kampf für oder gege
jekte, kann auch ob
teien geführt werd
wichtiger denn je; o
unter Umständen n
chen als wir zu glau
schließlich und endl
nicht Winter sein!"

Thomas SCHMIDI
der Grünen Altern
Vorarlberg.

Alles Öko?

Positionen der ökologischen Linken*

Peter BIERL

Bis in die siebziger Jahre war Ökologie ein beschauliches Teilgebiet der Biologie. Dann entstand eine Bewegung mit hunderttausenden von AktivistInnen und SympathisantInnen.

1972 wurde der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) gegründet, im Kampf gegen das Atomkraftwerk im badischen Whyl begann 1973 die überregionale Vernetzung der Anti-AKW-Bewegung. Der Club of Rome veröffentlichte seinen aufsehenerregenden Bericht über „Die Grenzen des Wachstums". Die neue Umweltbewegung war bunt gemischt, reichte politisch von links bis rechts, umfaßte neben der politischen Aktion auch die Suche nach alternativen Lebensformen, den Rückzug in Kommune-Projekte und Esoterik. Aus der Wissenschaft Ökologie wurde ein politisches Bekenntnis, eine Weltanschauung.

Ökologie als Weltanschauung

In der Vorstellungswelt vieler Umweltbewegter und in einigen theoretischen Beiträgen übernahm der Begriff Ökologie den Platz des älteren philosophischen Begriffs Natur. Dieser umfaßte in der Ideengeschichte immer auch die Frage nach dem Sinn und dem Wesen des Daseins, nach Entstehung und Entwicklung der Welt. Banaler ausgedrückt: War von Ökologie die Rede, bekamen manche einen verklärten Blick. Assoziiert wurden Harmonie mit sich und der Welt, die Lösung für aller Widersprüche und Zerrissenheiten, einfache, überschaubare vor allem „natürliche" Verhältnisse. Ähnliches Verzücken erweckten Begriffungetüme wie „ökologisches Bewußtsein", „Kreislaufwirtschaft" etc. Im Verbund mit den realen ökologischen Zerstörungen und einer starken Umweltbewegung trug diese schwammige inhaltliche Bestimmung zur Popularität von „Öko" bei.

Kein Supermarkt ohne Müsliecke, keine Werbung ohne das Prädikat „umweltfreundlich". Für das Marketing von Waren und PolitikerInnen sind „Öko" und „Bio" heutzutage unverzichtbar. Umweltschutz ist in der Bundesrepublik quasi Staatsziel, in einigen Länderverfassungen ausdrücklich deklariert. Die Entwicklung und den Ausbau von Atomenergie, Raumfahrt und Gentechnologie im Interesse der Kapitalverwertung treiben die bürgerlichen Parteien unter dem Stichwort „ökologische Modernisierung" voran. Wenn es um die Sicherung des „Standorts Deutschland" vor der Weltmarktkonkurrenz geht, stehen auch die Grünen nicht abseits: Sie wollen Japaner und Amerikaner mit modernster Umwelttechnologie schlagen. Deutschland müsse zur *„führenden Solarenergienation"* werden, fordert etwa Joschka Fischer.

Abgesehen von diesem Brimborium, welches die real fortschreitende Zerstörung verschleiern soll, sind die handfesten Erfolge der Ökologiebewegung eher bescheiden: Emsiges Sammeln und Trennen von Müll läßt sich mit deutschen Sekundärtugenden wie Sauberkeit und Ordnung prima vereinbaren. Im Anschluß an dieses alternative Winterhilfswerk wird der Dreck verbrannt oder nach Osteuropa bzw. in den Trikont (sogenannte Dritte-Welt-Länder) gebracht. Deutschland ist Müllexportweltmeister. Radwege, Verkehrsberuhigung und Autokatalysatoren können die mörderischen Folgen des Autoverkehrs keineswegs bremsen. Durch Autounfälle starben 1993 rund 9.900 Menschen auf bundesdeutschen Straßen, über 500.000 Menschen wurden verletzt, dazu kommen weitere Opfer durch Lärm und Luftvergiftung. Räder müssen rollen für den Profit: Anstatt das Eisenbahnnetz der DDR, das dichteste Europas, zu sanieren, werden weitere Autobahnen planiert. Autofreie Städte, Straßenbahnnetze statt U-Bahnen gegen eine Mafia aus Kommunalpolitik, G stückspekulanten, Bau- und A dustrie durchzusetzen, käme Revolution gleich. Wird in den nenverkehr investiert, dann in schnelle und superteuere Züg den ICE (Intercity-Expreß). E Planungen, die großen europä Städte mit Zügen zu verbinde mit 500 Stundenkilometern da sen. Die dafür notwendigen T zerstören die Landschaft eben Autobahnen. Und diese Bus Class-Züge sind einerseits fü meisten Menschen unbezahlba überflüssig, andererseits werd regionalen und Nahverkehrsv dungen weiter ausgedünnt weil Tech-Züge ebenso kapitalin sind wie Autobahnen. Abge werden durch eine solche Verke litik auf der Ebene der Europä Union (EU) die Gebiete zwisch Boom-Zentren, was wiederum zialen Verelendung ganzer Lan che entspricht.

Die Bilanz nach fast 25 Ökologiebewegung in der Bun publik ist ernüchternd. Lediglich Anti-AKW-Bewegung gelang Phantasie und Militanz in den ger Jahren zwei Drittel des gep Atomprogramms (rund 90 Atom werke) zu verhindern. Mit dem Atomforschungsreaktor in Mün Garching und dem anvisierten typ eines europäischen Druckw Reaktors in der Nähe des nordb schen Bamberg versucht die At dustrie, allen voran der Sie Konzern, eine zweite Offensive bereitet wird auch der Einstieg neue Form der Atomenergi Atomfusion. Diese ist keinesweg „saubere Alternative", im Geg Experten gehen davon aus, daß nem Fusions-Reaktor doppelt radioaktiver Müll entsteht w heutigen Atomspaltungs-Reak außerdem würde ein Fusions-R permanent radioaktives Tritiu geben. Mit Milliarden-Beträg nanzieren die EU und ihre Mitg

---

* Linke Öko-Partei um Jutta Ditfurth in der BRD

staaten nicht nur die Atomenergie, sondern subventionieren auch die Entwicklung der Gentechnologie. Die Konzerne, vor allem der Chemieriese Hoechst AG, haben mit einer ganzen Reihe von Freisetzungen genmanipulierter Pflanzen und der Patentierung der „Krebsmaus“ weitere juristische und „Akzeptanz“-Fortschritte erzielt.

„Ökologische Modernisierung“ forciert durch die EU

Die sogenannte „ökologische Modernisierung“ bedeutet für die Zentren des Kapitalismus neue Zerstörungs- und Vergiftungsformen entsprechend dem Stand der technologischen Entwicklung: Vermutlich weniger die sinnlich wahrnehmbaren schmutzigen Gifte wie Metallstäube, Ruß oder Schwefelgas, es bleiben unsichtbare Dioxine, chlorierte Kohlenwasserstoffe, radioaktive Niedrigstrahlung aus Atomanlagen und zunehmend durch Mobil-Telefonnetze und Computer der Elektrosmog.

Wie die Nationalstaaten im 19. Jahrhundert ist die EU die staatlich-politische Instanz, die dem gegenwärtigen Entwicklungsstand des Kapitalismus entspricht, bei ungeheuerer Konzentration, hohem Aufwand für Forschung, Entwicklung und Herstellung von Produkten sowie verschärfter Konkurrenz auf dem Weltmarkt. Die EU organisiert als bürokratische Diktatur die Deregulierung von Arbeitsverhältnissen, soziale Verelendung, ökologische Zerstörung und eine eurochauvinistisch begründete Abschottung gegenüber Flüchtlingen aus dem Trikont und Osteuropa. Sie steht gegen emanzipatorische Bewegungen, soziale Befreiung und ein selbstbestimmtes Leben. Die Kritik der Ökologischen Linken an der EU ist deshalb antikapitalistisch und antistaatlich begründet, während die Grünen und die PDS ihre Pro-EU-Haltung hinter einem „Nein zu Maastricht“ verstecken.

Flankiert wird dieser Prozeß durch die staats- und kapitalkonforme Haltung der Umweltverbände und der Grünen. Deren Regierungsbeteiligungen fördern Projekte, die einst heftig abgelehnt wurden: Müllverbrennungsanlagen in Hessen, in München oder Nürnberg. Die Teststrecke von Daimler-Benz konnte im CDU-geführten Baden-Württemberg nicht gebaut werden, kaum war Rosa-Grün in Niedersachsen installiert, disponierte der Konzern um nach Papenburg. In Frankfurt bemühen sich Grüne um neue Hochhaustürme in der City, verwalten den Flughafen mit und wollen *„den Haushalt unternehmerisch gestalten“*, sprich sparen auf Kosten jener, die immer mehr verarmen. Korrumpiert sind nicht nur die Grünen, die etablierten Umweltverbände lassen sich von Konzernen „ökosponsern“ und halten dafür mit Kritik zurück. So wurde etwa der „Deutsche Umwelttag“ 1992 vom Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI), vom Verband der Chemischen Industrie (VCI), der Flughafen-Frankfurt/M.-AG, der Autolobby vom ADAC sowie dem Pharmakonzern Merck finanziert. Im Gegenzug lobten die Vertreter von Bund Umwelt- und Naturschutz (BUND), Deutschem Naturschutzring (DNR) und Naturschutzbund im vorbereitenden Nationalen Komitee für die Umweltkonferenz in Rio im Februar 1992 die BRD für ihre umweltpolitischen Anstrengungen, statt die Rolle deutscher Banken und Konzerne bei ökologischen Zerstörungen weltweit zu kritisieren.

Ökologische Marktwirtschaft und Ökofaschismus

Existierte in den siebziger und achtziger Jahren eine wenngleich oft vage Vorstellung über den Zusammenhang von Ausbeutung, ökologischer Zerstörung und kapitalistischer Produktionsweise, so bemühen sich heute große Teile der Ökologiebewegung um eine „ökologische Marktwirtschaft“. Marx ist out, der Kapitalismus hat sich – vorerst – weltweit durchgesetzt. Vor allem ideologisch, in den Köpfen der Menschen, scheint es keine Alternative zu geben. So phantasieren etwa BUND und der Bund Junger Unternehmer (BJU) in einem gemeinsamen Papier, daß *„genauso wie einst die Soziale Marktwirtschaft die Überwindung der Ausbeutung des Menschen brachte, die ökologisch orientierte soziale Marktwirtschaft die Überwindung der Ausbeutung der Natur bewirken kann“*. Die Vision heißt *„Streben nach der Verwirklichung individueller Freiheit für den verantwortungsbewußt handelnden Bürger und einer fairen Verteilung des knappen Gutes Umwelt“*. Konkret vorgeschlagen werden Zertifikate, die zur Ausbeutung einer bestimmten Menge von Rohstoffen sowie zur Schadstoffemission berechtigen. Ein Beispiel aus dem Verkehrsbereich: *„Elektro… schreiber in allen Fa… anonymisiertes Ab… ren würden es ermö… terschiedliche Preis… legten Zeiten und … Straßen…“* – den … und den Profit vo… BMW & Co. zu rette… regulieren[1]. Mitgea… pier haben Mitglie… richteten Ökolo… schen Partei (ÖDP)… wie ihre offen öko… spaltung, die „Una… gen Deutschlands“, *…zialen Marktwirtsc…* hard (CDU), aus de… blierten Parteien be… pier von BUND und … völkerungswachstu… entscheidende Urs… Zerstörungen gena… Variante rassistisch… phantasien und „D… Metaphorik gehört … pertoire des Ökofas…

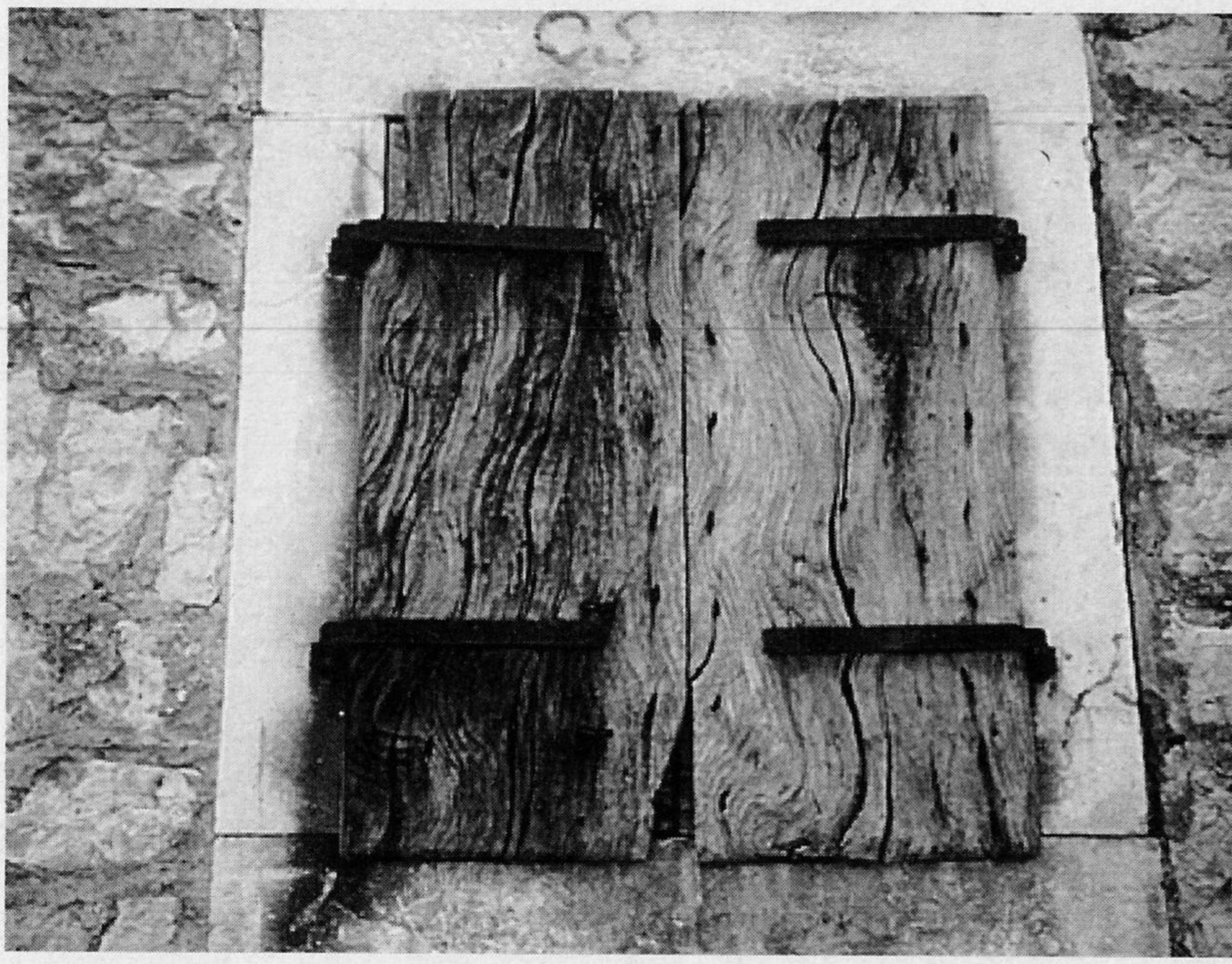
Das Einschwen… des Kapitals und d… fluß rechter Gruppe… bewegung hat eine… chen: Politische … massive staatliche… manche entmutigt… schleichende Arra… herrschenden Ver… Menge ideologisch… punkte für ökofasc… bzw. die sogenann… liefert das diffuse… Ökologie sowie eso… gen.

Ökofaschismus … Konsens in der … Grenzen dicht für… und Flüchtlinge … wechselseitig. D… Rechtsverschiebun… stimmte Argumen… Begriffe heute nic… stisch wahrgenomm… Innerhalb der … wächst der Einfluß… etwa aus der Ne… der AnhängerInne… nistischen Zinskne… Silvio Gesells, wie… de des BUND, … meint: *„Nur wenn … des Überbevölke… währleistet ist, wir… bestehen, (…) un… landschaft so zu … wert bleibt, Heima… den“*. Und weiter: „…

endet dort, wo die Menschenlawine alles überrollt.“[2] Weinzierl befindet sich damit in Übereinklang mit der von ihm hofierten Braungans Konrad Lorenz. In einem Interview mit Weinzierl in der Zeitschrift »Natur« hatte Lorenz *„eine gewisse Sympathie für Aids“* bekundet, als Mittel gegen *„Überbevölkerung“*.[3] Lorenz' Position war seit 1940 gleich, nur die Wortwahl änderte sich: Durch das Bevölkerungswachstum komme es zu einer *„Verhaustierung“* (1940), die Menschheit degeneriere, weil *„sozial Ausfallbehaftete“* (1972) nicht mehr ausselektiert würden. Gegen angebliche Überbevölkerung setzte Lorenz 1940 den *„rassischen Gedanken“* und 1988 AIDS.

Weinzierl hat es bisher verstanden, eine Unvereinbarkeit der Mitgliedschaft im Bund Naturschutz einerseits und bei faschistischen Parteien wie NPD oder Republikanern andererseits zu verhindern, mit dem Argument, das sei undemokratisch.[4] Ausländerstopp fordern mit pseudoökologischen Begründungen auch manche Basisgruppen des BUND: *„Jede Bevölkerungspolitik wird daher primär auf eine Einschränkung von Zuwanderung nach Deutschland zielen müssen“*, meint die Ortsgruppe Esslingen, außerdem sollen Asylverfahren noch weiter beschleunigt und eine *„Aufenthaltsverfestigung mit der Möglichkeit der späteren Einbürgerung“* ausgeschlossen werden.[5] In Starnberg, einem der reichsten Landkreise der BRD fordert der stellvertretende BUND-Ortschef, AsylbewerberInnen beim „Ramadama“ einzusetzen. Gemeint sind damit regelmäßige Aktionen der Kommunen, bei denen Müll aus Wäldern und öffentlichen Anlagen eingesammelt wird. *„Nach unserer Meinung ist der Bevölkerung schwer zu vermitteln, daß arbeitende Bürger dieser Stadt als Freiwillige am Ramadama teilnehmen, während von Sozialhilfe bzw. Arbeitslosenhilfe lebende Asylbewerber spazierengehend zuschauen, wie andere ohne Honorar den Wohlstandsmüll wegräumen“*, heißt es in einem Schreiben.[6] In der Zeitschrift »Masse«, herausgegeben von der Jugendorganisation des BUND-Landesverbandes Baden-Württemberg, wird im Herbst 1993 eine *„Eindämmung“* von Einwanderung als *„dringend geboten“* bezeichnet. In dem nicht namentlich gekennzeichneten Beitrag eines Redaktionsmitgliedes wird diese rassistische Forderung nicht nur ökologisch, sondern im Stil der sogenannten „Neuen Rechten“ auch anthropologisch begründet: *„Die Angst um die eigene Zukunft und vor dem Fremdartigen bildet dabei eine zur Natur des Menschen gehörende Ausgangsbasis“*.[7]

Dankbar greifen PolitikerInnen von Republikanern bis SPD auf pseudoökologische Begründungen der „Ausländer-raus“-Parole zurück. Der ehemalige bayerische Umweltminister Peter Gauweiler (CSU) will Europa vor *„Vermassung und kultureller Einebnung“* schützen: *„Was hilft uns der Schutz von 18 Fledermausarten in Oberbayern, wenn die Altbayern selber bald auf die Rote Liste der aus-*



sterbenden Arten kommen.“[8] Der nordrhein-westfälische Landtagsabgeordnete Friedhelm Farthmann (SPD) bedauert, *„daß die Ausländerproblematik mit der Umweltproblematik überhaupt nicht in Verbindung gebracht worden ist“*. Seiner Ansicht nach ist die *„größte Belastung für die Umwelt in der ganzen Welt und auch in Deutschland die große Zahl von Menschen“*.[9]

Humanistischer oder gar antifaschistischer Anwandlungen unverdächtig sind auch führende Repräsentanten der Grünen. Der Frankfurter Multi-Kulti Dezernent Daniel Cohn-Bendit schlug vor, den Asylparagraphen des Grundgesetzes einzuschränken und dafür ein Einwanderungsgesetz zu verabschieden. Ziel: Eine Selektion von Menschen an den Grenzen der BRD nach den Kriterien des Arbeitskräftebedarfs: *„Allein in Frankfurt suchen wir Hunderte als Pflege-*

personal für Krankenhäuser, gärten und Krippen. (...) Dabe sich Ausländer in sechs Mon Hilfspfleger ausbilden“, argu te Cohn-Bendit im »Spiegel view: *„Eine Einwanderungs bestimmt dann, welchen Bed der Bundesrepublik – oder in – gibt.“*[10] Wer nicht gebrauch hat draußen zu bleiben. Wer na Cohn-Bendit-Interview noch z te, was grüne Einwanderung meint, für den stellte Konra vom ostdeutschen Bündnis 90 Wochen später klar: *„Natürlic für den einzelnen, der vor der henbleibt oder noch ein Jahr warten muß, eine bittere Sach ungerecht. Aber um des soziale dens willen, auch um der Akz der Einwanderinnen und Ein rer willen, müssen wir uns zu Quotenregelung bekennen.“*[11]

Multikulti wird von den explizit als Strategie gegen li tirassistische Politik gehandel sismus uminterpretiert zu eine turellen Konflikt, ohne politisc ökonomische Motive, und dan politisiert. In einer grünen Bro heißt es: *„Angst und Abwehr über den Fremden gibt es übe der Welt.“* Eine Mitarbeiter Frankfurter Multikulti-De schreibt darin über die *„berec Ängste vor Überfremdung“*. mus wird so zu einer anthro schen – biologischen oder kult – Konstante wie bei Konrad und der sogenannten „Neuen ten“. Der grüne Multikulti- und das faschistische Konze

Ethnopluralismus* basieren auf der gleichen willkürlichen Konstruktion homogener Kulturnationen und nationaler Identitäten. Menschen werden aufgrund ihrer geographischen und kulturellen Herkunft auf bestimmte Verhaltensklischees festgelegt. Thomas Schmid, ebenfalls Mitglied der Grünen und Mitarbeiter in Cohn-Bendits Dezernat geht soweit, die EinwanderInnen, sowie jene Linken, die für offene Grenzen eintreten, für den Rassismus verantwortlich zu erklären.[12] 1992 verfassen Schmid und der „rote Dany" ein Buch unter dem Titel „Heimat Babylon": In dem Pamphlet werden Sinti und Roma karikiert im Stil antisemitischer Hetztiraden gegen Ostjuden, wie sie nach dem Ende des Ersten Weltkrieges kursierten.

Rücksicht auf das gesunde deutsche Volksempfinden fordert Antje Vollmer. Dem *„Mißtrauen breiter Teile der Bevölkerung gegen das multikulturelle Konzept (liegt) die vage Völkererinnerung zugrunde, daß – historisch gesehen – die einheimischen Kulturen den Einwanderern in der Regel unterlagen"*. Um die Einwanderung aus Osteuropa zu stoppen, müsse vor Ort der *„Stolz auf eine nationale und politisch kulturelle Identität"* gefördert werden.[13] Weil die regierenden kommunistischen Parteien mit ihrem Folklore-Kitsch dieses Gefühl von nationaler Identität ebenso förderten wie die von der BRD aus operierenden rechten Emigrantengruppen, finden heute unter der Parole „Selbstbestimmungsrecht" von Jugoslawien bis zum Kaukasus ethnische Säuberungen statt. Aus Sicht des deutschen grünen Herrenmenschen ist es natürlich besser, die slawischen Untermenschen schlachten sich dort ab, als daß sie bei uns in der sozialen Hängematte liegen. Geht es nach der Pastorin Vollmer, wird es damit auch für deutsche Volksgenossen ein Ende haben. Auf einem Symposium zu Ehren des 75. Geburtstages von Helmut Schmidt Ende letzten Jahres erklärte die ehemalige maoistische Avantgarde-Politikerin, *„daß es auf die Dauer nicht ohne eine Elite geht"*. Bezogen auf die Vergangenheit meinte Vollmer, *„in der Bundesrepublik haben wir das Experiment mit der Egalität bis zum Äußersten getrieben"*. Damit soll es nun ein Ende haben: *„Jetzt muß, jedenfalls für eine begrenzte Phase, Vorrang auf die Existenzmöglichkeiten und die Entfaltungsmöglichkeiten von Eliten gelegt werden."*[14]

Diese wenigen Beispiele illustrieren, daß verharmlost, wer ökofaschistische Positionen nur bei Gruppen diagnostiziert, die schon im Verfassungsschutzbericht erwähnt werden, wie Thomas Jahn und Peter Wehling in ihrem Buch „Ökologie von rechts". Es macht allerdings Sinn, wenn von anderen, politisch einflußreicheren und damit gefährlicheren Kräften abgelenkt werden soll. Der Vorwurf an die Adresse der Ökologischen Linken, einen Popanz aufzubauen, weil wir eben nicht nur offen faschistische Gruppen damit attackieren, sondern auch Teile der Grünen und vor allem die New-Age-Szene, zeugt schlicht von Unkenntnis.[15] Nachvollziehbar wird die beschränkte Sichtweise der beiden Wissenschaftler, wenn wir berücksichtigen, daß das oben erwähnte Werk der beiden von der grün-nahen Heinrich-Böll-Stiftung gefödert wurde. Jahn und Wehling bemängeln, das Thema werde bisher rein ideologiekritisch und historisch angegangen, was *„die Wirksamkeit fragmentierter und flexibler alltagsrassistischer Wahrnehmungsformen und Sprachmuster ‚unterhalb' geschlossener Weltbilder"* anbelangt.[16] Die beiden Sozialwissenschaftler wollen vermutlich sagen, daß Rassisten auch zuschlagen, wenn sie weder „Mein Kampf" gelesen, noch das Programm der Republikaner buchstabieren können. Hundertprozentige Übereinstimmung. Nur fällt „Alltagsrassismus" eben nicht vom Himmel. Es gibt Gruppen und Projekte, die sich ganz gezielt seit Jahrzehnten mit dem Face-lifting faschistischer Ideologie beschäftigen um diese salonfähig zu machen. Besonders gefährlich, weil für viele nicht gleich erkennbar, ist dabei die ökologische und esoterische Modernisierung. Gerade hier ist die ideologiekritische und historische Analyse notwendig, um einen Maßstab für die Einschätzung solcher Strömungen zu gewinnen.

Im engeren Sinn verwende ich den Begriff Ökofaschismus, wenn rassistische, sozialdarwinistische, eugenische und/oder antidemokratische Positionen (pseudo-)ökologisch begründet werden. Etwa, wenn der langjährige Vorsitzende des „Weltbundes zum Schutz des Lebens" (WSL), Georg Haverbeck, davon spricht, daß die *„Unterarten des Menschen ebenso wie die Pflanzen und Tiere einem jeweili-*

---

* Vgl. dazu den Artikel von Sonja EDLER in diesem Heft S. 2ff.

stets werdenden, sich entwickelnden Ganzen“, er erzeugt das Bewußtsein des einzelnen, ebenso wie Recht, Sprache, Sitte und den Staat als *„die organische Erscheinung des Volkes“*.[19] Die Welt, die gesellschaftlichen Verhältnisse sind also nicht menschengemacht und damit veränderbar, sondern bloßer Ausdruck, materielle Erscheinung einer ewigen und unveränderlichen Wirklichkeit, eines jenseitigen transzendentalen Prinzips. Die politische Botschaft: Rebellion ist nicht gerechtfertigt, sie ist eine widernatürliche, letztlich sinnlose Auflehnung gegen die „ganzheitliche“ und „organische“, das heißt ausbeuterische und unterdrückende Ordnung. Das „deutsche Volk“, eine Konstruktion, um die Massen gegen das revolutionäre Frankreich zu mobilisieren, wurde von den Romantikern völkisch und rassisch definiert. Adam Müller leitete aus der Ganzheit Natur die Völker als Unter-Ganzheiten ab, jedes in sich homogen, nach außen heterogen. Abgrenzung und Krieg sind für Müller und Ernst Moritz Arndt notwendig, damit ein Volk sich selbst als Ganzheit spürt. Friedrich Julius Stahl begründete die Einheit des Volkes schließlich blutsmäßig.

Rudolf Bahro, Professor für Sozialökologie an der Berliner Humboldtuniversität und aufgrund seines Dissidentenimages aus DDR-Zeiten einflußreich, leitet den „Volkscharakter“ aus angeblich biologischen Ganzheiten wie Horde, Stamm, Volk, Nation ab. Antje Vollmers Idee von der „kollektiven Völkererinnerung“ scheint ebenso dem Mythos von Volk und Volksgeist zu entspringen, eine reale Grundlage gibt es nicht, ausgenommen Vollmer bezieht sich auf die nationalistische Legendenbildung mit ihren Überflutungsphantasien und dem heldenhaften Widerstand der Germanen seit der Schlacht im Teutoburger Wald. Am deutlichsten ist der Rückgriff auf den Faschismus bei Rudolf Bahro: Seit Jahren ist er auf der Suche *„nach dem Positiven, das vielleicht in der Nazibewegung verlarvt war“*.[20] Und weiter: *„Kein Gedanke verwerflicher als der an ein neues 1933?! Gerade der aber kann uns retten. Die Ökopax-Bewegung ist die erste deutsche Volksbewegung seit der Nazibewegung. Sie muß Hitler miterlösen – die seelische Tendenz, die wenn auch schwächer, immer noch in uns ist...“*[21] Immer wieder empfiehlt Bahro die Lektüre faschistischer Ideologen, weil sich *„Werke wie die Heideggers, C. G. Jungs, Ernst Jüngers, Carl Schmitts heute, in der ökologischen Krise, als im Theoretischen aufschlußreich (erweisen), während so manche antifaschistische Analyse ihren Impuls erschöpft hat?“*[22] Zum Hauptgegner wird die antifaschistische Linke, weil sie *„dieses nationale... völkische Moment nicht bedient. Eigentlich ruft es in der Volkstiefe nach einem grünen Adolf“*.[23] Inzwischen gibt es auch Hinweise auf praktische Zusammenarbeit mit Neofaschisten: Immer wieder bezieht sich Bahro positiv auf Chefideologen der neonazistischen Tarnorganisation „Deutsche Unitarier Religionsgemeinschaft“ (DUR), auf Wolfgang Deppert und Sigrid Hunke, die auch zum faschistischen „Thule Seminar“ gehört.

Rechtsextreme Neuheiden, ökofaschistische und New-Age-Gruppen bzw. Vordenker eint das gleiche Weltbild, ein mystisch-religiöser Naturbegriff. Ausgangspunkt ist immer ein transzendentales Prinzip, kosmische Intelligenz oder kosmische Wesen. Das Universum, die Natur, der Mensch, die gesamte Evolution und die menschliche Geschichte sind lediglich eine Manifestation, materieller Ausdruck dieses jenseitigen Prinzips. Letztlich handelt es sich um eine Art pantheistische Religion: Gott ist in allem. Jede Entwicklung ist vorherbestimmt, sie ist die Entfaltung des Transzendentalen, beim Menschen ein Prozeß wachsender Erkenntnis, die schließlich zur Einheit im Göttlichen zurückführt. Evolution und Geschichte sind deshalb eine Art Kreislauf, zunächst – etwa bei Steiner verknüpft mit der Wurzelrassentheorie – ein Abstieg in die Sphäre des Materiellen und dann der Wiederaufstieg durch Erleuchtung.[24] Aus diesem deterministischen Weltbild abgeleitet sind „ewige“, „unveränderliche“ Gesetzmäßigkeiten und Ganzheiten, zum Beispiel Rassen, Nationen, „wesenhafte“ (statt durch geschlechtsspezifische Arbeitsteilung und Sozialisation erworbene) Unterschiedlichkeit von Mann und Frau. Capra beispielsweise argumentiert mit Yin und Yang, der Ausbeuterphilosophie des chinesischen Feudalismus. Yin und Yang bedeutet Hierarchien und Ausbeutung hinnehmen, denn das Individuum steht an einem vorherbestimmten Platz
sellschaftlichen Organismus
dort eine Funktion zu erfülle
und Thorwald Dethlefsen (B
„Schicksal als Chance“) wä
Beispiel Krebs: Er entsteht, w
len nicht ihre Funktion
ebenso müsse sich auch das I
um höheren Zwecken unteror

Alle Übel dieser Welt, gera
die ökologischen Zerstörung
den von Autoren wie Cap
Bahro als Ausdruck fehlende
dung zum kosmischen Ganz
gnostiziert. Die Lösung lau
auch „Wertewandel“ (Capr
sich wieder in die „Große O
(Bahro) eingliedern.[25] Dazu b
der inneren Erleuchtung, d
hinter den materiellen Ersche
das Göttliche verbirgt. Der W
hin wird von allen New Age
drücklich als intuitiv beschrie
menschliche Vernunft als hi
diskreditiert. Dieses Konzept
leuchtung ist antidemokratis
archisch und elitär. Für die Fi
Gurus sind Atomkatastroph
halb positiv, weil die Nicht-E
teten ausgelöscht werden. Ba
nach einem charismatischen
ten, einem „Fürsten der ökol
Wende“ oder eben nach dem
Adolf“, der die Lösung bringe

Gestrandet ...

sen als
wirt-
fgefaßt

ern da-
mehr
ch und
mwelt-
iehung
he und
sse. Sie
Staat,
, weni-
ung zu-
an Ad-
enkung
markt-
chanis-
elegten
ndsät-
glichen

setzung
rderten

Auffällig ist, daß eine ganze Reihe von New Agern neue ökologisch mörderische Technologien wie Atomenergie, Raumfahrt oder Gentechnik befürworten. Auch eignen sich Ego-Kult und die Predigt vom „natürlichen Leben" hervorragend um soziale Deregulierung zu rechtfertigen. So wird Capra nicht müde, beim Thema Gesundheit auf der Verantwortung des einzelnen herumzureiten, statt krankmachende und keineswegs selbstbestimmte Arbeits- und Lebensbedingungen anzugreifen. Bei Ökofaschisten wie Lorenz und Gruhl werden auch die sozialdarwinistischen Prinzipien „Kampf ums Dasein" und Auslese offen ausgesprochen, verbunden mit der rassistischen „Überbevölkerungs"-Propaganda.
Bahro bewegt sich bereits auf dem selben Terrain: In einem seiner Seminare wurde überlegt, wieviele spirituelle Landkommunen mit maximal 3.000 BewohnerInnen wohl in der BRD Platz haben. Daraus ergibt sich logisch die Frage: Was passiert mit den Überzähligen? Abgesehen von der grundsätzlich patriarchalen Orientierung des New Age entsprechend der Ganzheits- und Organismuslehre verteidigen Gruppen wie ZEGG[26] sexistische Gewalt: Frauen sind ihrer abstrusen Lehre zufolge nur zu verklemmt, richtig genießen zu können.

In seinem neuen Buch „Die Götter des New Age" entwickelt der Bonner Autor Peter Kratz die These, daß sich das NewAge als Legitimationsideologie für die Herrschenden hervorragend eignet. Kratz weist auf Parallelen zwischen moderner Esoterik und den Schriften Paul de Lagardes, Houston Stewart Chamberlain und andere hin. Auch diese Vordenker der Nazis vertraten das von mir oben skizzierte Weltbild. Den Nutzen aus Sicht der Kapitalverwertung beschreibt Kratz folgendermaßen: *„Nach der Idee des ‚kosmischen Ganzen' steht jedes Individuum an seinem naturgöttlich vorgegebenen Platz, da haben ‚die ganz unten' schicksalsmäßig eben Pech gehabt. Andererseits gibt diese Ideologie den Herrschenden alle Macht: Wer oben steht und glaubt, das Göttliche wirke auch in ihm und durch ihn selbst, kennt keine ethischen Schranken."*[27]

Die ökofaschistische und New-Age-Ideologie ist in ihrem Kern also keineswegs neu, sie hat nach der Niederlage des Faschismus 1945 überwintert in Gruppen wie der DUR oder der Ludendorffer-Bewegung. In den

... oder was wächst hinter der Mauer?

späten sechziger Jahren boten die Protestbewegungen der weißen Mittelschicht (Vietnamprotest, Ökologie- und Frauenbewegung, Hippies) zunächst in den USA, dann auch in der BRD Anknüpfungspunkte, besonders geeignet sind dabei Menschen und Strömungen, die die politische Auseinandersetzung aufgeben und das Heil in einer „anderen", „natürlichen" Lebensweise im Hier und Jetzt suchen. In der Ökologiebewegung der siebziger Jahre und beim Gründungsprozeß der Grünen mischten neofaschistische Gruppen wie der WSL oder die sozialdarwinistischen Gesellianer kräftig mit.

Autoren wie Herbert Gruhl oder Carl Amery wärmten damals ein ganzheitlich-biologistisches Naturverständnis wieder auf, das breit rezipiert wurde. In seinem Bestseller „Ein Planet wird geplündert" (1975) identifizierte Gruhl, Mitbegründer der Grünen, später der Ökologisch-Demokratischen Partei (ÖDP), Natur

fung, nach Amerys
christlich-jüdische
geradewegs zum
locaust führt. Vom
„ökologischen No
Amery 1985 die
Kampf um demokr
gen die Diskrimin
len und Lesben,
Verhältnisse hinta

Grundlagen
ökologisch

Die große Mehr
mit dem Thema
Schwierigkeiten.
Marx, wonach der
gesellschaftlichen
ziert und dabei de
gen, den Menschen
stört, blieb unbea
Elend stand über
recht im Mittelpu
wurde dabei, daß
von Wissenschaft

mals neutral ist.[29] Die schrankenlose Entwicklung der Produktivkräfte unter kapitalistischem Regime galt als Voraussetzung des Sozialismus, daß dabei die Naturzerstörung zunahm und Destruktivkräfte wie die Atomenergie entstanden, wurde negiert. Jener kleine Teil der undogmatischen Linken in der BRD, die sich in den siebziger Jahren mit ökologischen Problemen beschäftigte und sich vor allem in der Anti-AKW-Bewegung engagierte, mußte sich von den diversen kommunistischen Gruppen Maschinenstürmerei und Naturromantik vorhalten lassen. Die Kritik dieser Betonlinken an ökofaschistischen Gruppen zielte darauf ab, die Auseinandersetzung mit dem Themenkomplex überhaupt zu diffamieren.

Die Behauptung, „Ökologie" ist immer rechts, belegt nur die Unwissenheit derer, die sie aufstellen. Ökologie zur neuen Leitwissenschaft aufzublasen, als Verkleidung für alte sozialdarwinistische und biologistische Positionen, wurde frühzeitig bekämpft, nicht nur von Linken. Autoren wie Ludwig Trepl (1983) oder Jürgen Dahl (1982) warnten davor, die Wissenschaft Ökologie zur neuen „Heilslehre" (Trepl) zu machen. Gegen Amerys Angriff auf den Anthropozentrismus wandte Dahl ein, daß nur vom Standpunkt eines bestimmten Lebewesens eine Aussage darüber getroffen werden könne, was ökologisch intakt ist und was nicht: *„Gesetzt den Fall, eine Stubenfliege vermöchte sich eine Meinung über ihre Umwelt zu bilden (...), so würde die Stubenfliege das Fehlen faulenden Fleisches in der Stube als existentielle Zumutung empfinden und von ordentlichen ökologischen Verhältnissen erst wieder reden mögen, wenn sich die Katze unter dem Sofa erbricht und damit eine Fülle von Nahrungsressourcen verfügbar macht."*[30]

Ökologie als Wissenschaft kann also im Idealfall die Beziehungen der Lebewesen untereinander sowie von Faktoren wie Temperatur, Wasser, Licht, Sauerstoff, Boden usw. analysieren. Nicht intuitiv wie Capra nahelegt, sondern mit naturwissenschaftlichen, rationalen Methoden. Eine ökologische Politik, die auf solchem Wissen basiert und nicht wie bei Amery vom theoretischen Antihumanismus zur Öko-Notstandsdiktatur führt, muß gerade den Menschen zum Maß aller Dinge machen: Wir müssen unseren Stoffwechselprozeß mit der uns umgebenden Natur (Marx) so organisieren, daß weder Mangel herrscht, noch die ökologischen Voraussetzungen menschlichen Lebens auf diesem Planeten zerstört werden.

Der Begriff Radikalökologie, wie ihn die Ökologische Linke verwendet, beinhaltet die Erkenntnis, daß die Ausbeutung und Vernichtung von Mensch und Natur hier und im Trikont ihre Wurzel in der kapitalistischen Produktionsweise hat. Der Kampf um den Weltmarkt zwischen den drei imperialistischen Blöcken USA, Japan und Europäischer Union wird ökonomisch geführt werden mit neuen Technologien und Produkten, die die ökologische Zerstörung weiter vorantreiben oder etwa mit der Gentechnik als sich selbst vermehrendes, nicht beherrschbares und nicht rückholbares Risiko eine neue Qualität erreichen. Der ökoimperialistische Zugriff auf den Trikont wird die Form hemmungsloser Ausbeutung von Naturressourcen (Uran, Öl, Kupfer, fruchtbare Böden etc.) sowie Export von Giftmüll und lebensgefährlichen Produktionsanlagen beibehalten.[31] Eine Lösung ökologischer Probleme getrennt von derjenigen sozialer Probleme kann es also nicht geben. Umgekehrt muß linke Politik ökologisch sein, weil es keine emanzipatorische Entwicklung, keine Gesellschaft jenseits des Kapitalismus geben kann, wenn die ökologischen Lebensgrundlagen vergiftet und ausgeplündert sind. Die Hauptaufgabe besteht deshalb darin, hier in den Zentren des Kapitalismus, wo die weltweiten ökoimperialistischen Raubzüge vorbereitet werden, Opposition und Widerstand aufzubauen. Das ist zugleich die wirkungsvollste Form der Solidarität mit emanzipatorischen und revolutionären Bewegungen in aller Welt. ■

Mag. Peter BIERL hat Politologie studiert. Er ist Mitglied im BundessprecherInnenrat der Ökologischen Linken (BRD) und lebt in Wörthsee bei München.

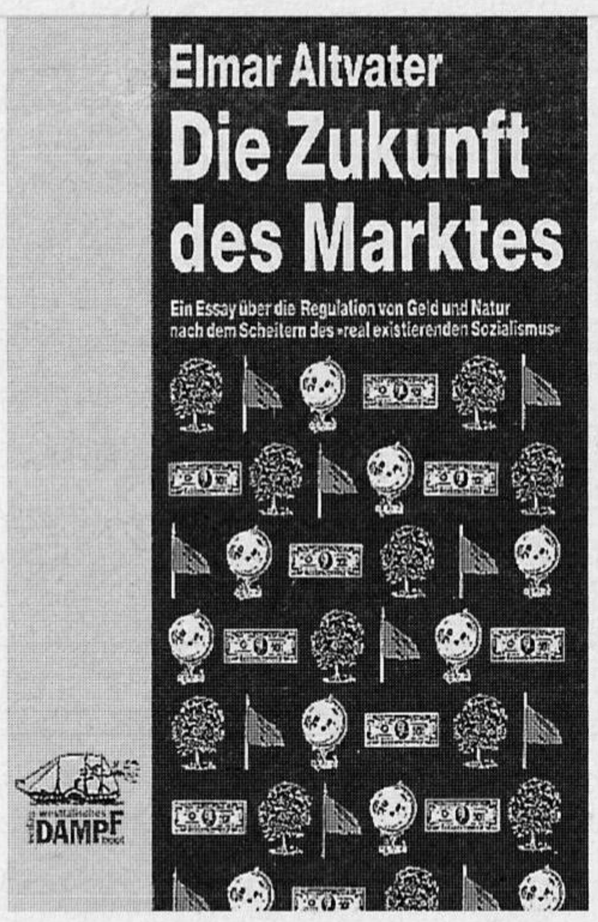
Anmerkungen

1 Alle Zitate aus: Plädoyer für eine ökologisch orientierte Soziale Marktwirtschaft, Gemeinsames Statement von BJU und BUND, August 1993
2 »Süddeutsche Zeitung« 29. 10. 1991
3 Vgl. »Natur« Nr. 11/1988
4 Vgl. »Süddeutsche Zeitung« 19./20. 6. 1993
5 Entwurf für ein „Stadtentwick konzept. Leitlinien zukunftori ter Kommunalpolitik" 1993, B Ortsgruppe, Landkreis Essling
6 Vgl. »Süddeutsche Zeitung« 6.
7 »Masse« Nr. 11/1993
8 »Süddeutsche Zeitung« 19. 4.
9 »taz«-Interview 7. 5. 1993
10 Vgl. »Der Spiegel« 26. 8. 1991
11 Vgl. »Der Spiegel« 16. 10. 199
12 Vgl. »Süddeutsche Zeitung« 8.
13 Vgl. »taz« 11. 3. 1992
14 »ZEIT-Punkte« Nr. 1/1994, De tie in der Krise – ein »ZEIT«-S um zum 75. Geburtstag von H Schmidt
15 Vgl. Thomas Jahn, Peter Wehli weg Öko-Diktatur, in: »Politis logie – Special«, Nov./Dez. 199
16 Ebd., S. 5
17 Zit. bei Volkmar Wölk, Roger führ, Neue Trends im ökofasch schen Netzwerk, in: Hethey/K bester Gesellschaft – Antifa Re zwischen Konservatismus und schismus, Göttingen 1991
18 Vgl. Die Republikaner, Progra 1987, S. 4
19 Vgl. dazu Lutz Hoffmann, Das sche Volk und seine Feinde. Di sche Droge, Köln 1994, S. 108 aus auch die Zitate
20 Rudolf Bahro, Die Logik der R Stuttgart/Wien 1987, S. 461
21 Ebd., S. 346 f.
22 Rudolf Bahro, Vorwort zu Joch Kirchhoff, Nietzsche, Hitler u Deutschen, 1990, S. 12
23 Rudolf Bahro, Die deutschen I und die nationale Frage oder u Ölinteressen am Golf, »Streits Nr. 3/November 1990
24 Bahro beschreibt den gleichen lauf in seinem Buch Logik der tung, S. 92 f.
25 Vgl. ebd., S. 20, S. 86, S. 95, S.
26 Zentrum für Experimentelle G schaftsgestaltung in Berlin/Be ZEGG arbeitet eng mit Bahro men und steht in der Tradition tions Analytischen Organisatio (AAO) von Otto Muehl, der 19 Österreich wegen sexuellen Mißbrauchs von Kindern veru wurde
27 Interview mit Peter Kratz, in: Welt« 13. 5. 1994
28 Carl Amery, Natur als Politik, 1978, S. 36
29 Rosa Luxemburgs Kritik an de ristischen Arbeitsorganisation er Stufe der Disziplinierung v schen war die große Ausnahm vertrat die Gegenposition
30 Jürgen Dahl, Ökologie pur, S. »Natur« Nr.12/1982
31 Vgl. zum Thema ökoimperialis Raubzüge: Jutta Ditfurth, Leb und gefährlich, Köln 1991

Geld und Natur

Elmar Altvater, Die Zukunft des Marktes. Ein Essay über die Regulation von Geld und Natur nach dem Scheitern des „real exisitierenden Sozialismus", Verlag Westfälisches Dampfboot, Münster 1992, 2. Auflage, 390 Seiten, 297 Schilling.

Gegen den Strom schwimmend benützt Elmar Altvater in dieser im Jahr 1990 entstandenen Arbeit den Zusammenbruch des realen Sozialismus nicht als Anlaß für eine Kritik planwirtschaftlicher Regulation, um gleichzeitig eine Hymne auf die Überlegenheit der Marktwirtschaft anzustimmen.
Die Defizienzen des planwirtschaftlichen Modells nachholender Entwicklung werden zwar in einem kurzen Abschnitt behandelt, stehen aber offensichtlich nicht im Mittelpunkt der Interesses des Autors. Altvaters Hauptinteresse gilt den Rationalitätsschranken des Marktes, die sich gegen Ende des 20. Jahrhunderts in Phänomenen wie Schuldenkrise, aufgrund derer die Entwicklung ganzer Kontinente blockiert ist, drohender Klimakatastrophe, Massenarbeitslosigkeit und zunehmender sozialer Desintegration in den westlichen Zentren manifestieren. Es besteht – so Altvater – kein Anlaß für die grassierende Markteuphorie, der Beweis für die Problemlösungskompetenz, die der Marktwirtschaft heute in allen Teilen der Welt beinahe unwidersprochen zugeschrieben wird, steht noch aus.
Dem Projekt des realen Sozialismus schreibt der Autor kaum tatsächlich alternative Substanz zu. Es galt, „den Kapitalismus" mit einer anderen, nicht-marktwirtschaftlichen prozeduralen Rationalität zu schlagen. Die Vorgaben von Produktions- und Lebensweise einschließlich der materialen Rationalitätsstandards als Erfolgsmaßstab wurden übernommen, wobei sich die „Kommandostrukturen" gegenüber den marktwirtschaftlichen letztlich als unterlegen erwiesen. Der Aspekt, daß die marktwirtschaftlich/parlamentarische demokratische Regulationsweise ein Privileg der Regionen ist, die sich auf dem Rücken der restlichen Welt „entwickelt" haben, das wie andere „Vorteile" des Kapitalismus den Peripherien und Semiperipherien des Weltsystems nicht zur Verfügung stehen, bleibt bei der auf die Modellkonkurrenz zugespitzten Darstellung allerdings zuwenig berücksichtigt.
Eigentliches Thema des Buches ist aber das marktwirtschaftliche Ordnungsprinzip, seine dynamisierende Kraft, seine Widersprüche, Krisen- und Zerstörungstendenzen. Der marktförmige Regulation bezeichnet Altvater als „eine historische Fundsache" (S. 69): Vor gut fünfhundert Jahren hat sich die Ökonomie aus den tradierten Sozialbeziehungen vormoderner Gesellschaften herausgelöst und verselbstständigt („disembedding") und herrscht den anderen gesellschaftlichen Sphären seit damals die ihr eigene Rationalität der Überschußproduktion, der quantitativen Steigerung in der Zeit und der Expansion im Raum auf. Marktwirtschaft wurde zur Weltmarktwirtschaft mit zwei dominierenden Prinzipien – der Ungleichzeitigkeit und der Ungleichmäßigkeit der Entwicklung, der unaufhebbaren Dichotomie von Reichtum und Armut, von Entwicklung und Unterentwicklung, von Fortschritt und Rückschritt im globalen Maßstab.
In Anerkennung der Tatsache, daß es heute vor allem die monetäre Steuerung der internationalen Arbeitsteilung ist, mit der der Gegensatz zwischen armen und reichen Teilen der Welt in Spannung gehalten wird, widmet sich ein großer Teil des Buches dem „Geld des Marktes". Ausführlich beschäftigt sich Altvater mit den globalen Geldfunktionen und den monetären Institutionen. Er weist die von orthodoxen Geldtheoretikern vertretene Auffassung einer Dichotomie von realer und monetärer Sphäre in der Ökonomie als für kapitalistische Verhältnisse unzutreffend zurück. „Denn Kapital exisitert nacheinander und nebeneinander in der realen Form des produktiven und des Warenkapitals und in der monetären Form des Geldkapitals. Es vollzieht einen Kreislauf durch die beiden Sphären und es befindet sich zugleich in beiden Sphären." (S. 105) Mit der Entstehung eines monetären Weltmarktes in den sechziger Jahren hat sich die monetäre von der realen Akkumulation allerdings schrittweise abgekoppelt. Das Finanzsystem dient nicht mehr in erster Linie der Vermittlung produktiver Kredite, sondern der Abwicklung spekulativer Kapitalbewegungen. Die gegenwärtige Schuldenkrise ist – anders als bisherige, wie Altvater in einem längeren historisch vergleichenden Abschnitt zeigt –



nicht lediglich ein Liquiditätsproblem einzelner Länder, sondern Symptom der Krise des Entwicklungsmodelles und der damit verbundenen globalen Regulationsweise von Geld. Neben dem Schwerpunkt Geld ist die „Natur des Marktes" ein zentrales Thema des Buches, wobei es um die von Wirtschafts- und Sozialwissenschaftern in der Regel vernachlässigte bzw. ignorierte materiale und energetische Seite der Ökonomie geht. „Eine ökonomische Theorie, die nicht in der Lage ist, die Schnittstellen zum ökologischen Diskurs zu bezeichnen, ist ungeeignet zur Lösung der Probleme, die durch den Stoffwechsel des Menschen mit

Scarlett O'Hara

Ein Versuch (Zweiter Teil*)

Friedhelm KRÖLL

Siegfried Kracauers berühmte „Kleine Ladenmädchen", die immer schon träumehalber gerne ins Kino gegangen sind, mögen im Grunde nie so recht verstanden haben, warum Scarlett O'Hara gegen Ende des Filmepos „Vom Winde verweht" diesen Tagtraum-Typ Rhett Butler, ikonen-haft einprägsam dargestellt von Clark Gable, von dannen ziehen läßt, indes sie alleine zurückbleibt.

Bemerkenswert, daß sich das Hollywood-Filmskript an diesem heiklen Punkt an die Mitchellsche Romanvorlage gehalten und nicht noch nachträglich ein melodramatisches Happyend geläuterter Zweisamkeit hinzumontiert hat. Ob dieser Schlußführung läßt Scarlett, diese eigenartige Chiffre für Selbstbehauptung, beim durchschnittlich auflösungs- und erlösungsbedürftigen, gemeinhin kathartisch disponierten Publikum die sprichwörtlich gemischten Gefühle zurück. Im Ungefähren der Gefühle erscheint sie am Schluß wie eine, die irgendwie unglücklich sein muß, da sie dem Normalitätsentwurf in ehegegossener Zweisamkeit mitsamt dem „Traummann" fahren läßt. Eine Ehefrau ohne Mann und Ehe. Und irgendwie raunen die ungefähren Gefühle, sie habe daran selbst schuld. So müsse sie also für ihre Freiheit den teuren Preis der Einsamkeit zahlen. Sie hätte ihn ja haben können, diese Idealmischung aus reich und schön, männlich und zärtlich, intelligent und kinderlieb. Die Rechnung des mithin von der US-amerikanischen Verfassung geheiligten pursuit of happiness, irgendwie ist sie bei Scarlett nicht aufgegangen. Kurz, es fehlt, was nicht nur Kracauers „Kleine Ladenmädchen" ersehnen: das *happy end*.

Während Margaret Mitchell an der Grenze zum Kitsch haltmacht, indem sie die Möglichkeit renovierter Zweisamkeit einzig als Vorstellung aufscheinen läßt; beginnt Alexandra Ripleys „Scarlett", [mithin auch in den kassennahen Regalen bei BILLA greifbar], inmitten des Kitsch-Geländes. „Morgen auf Tara", sinniert Scarlett zum Ende des Romans „Vom Winde verweht", „will ich darüber nachdenken. Dann werde ich es ertragen. Morgen wird mir schon einfallen, wie ich ihn (Rhett Butler) wieder erobere. ('To get him back'). Schließlich morgen ist auch ein Tag." Just mit dieser Schlußsequenz setzt der Werbetrommel-Waschzettel für den „Welterfolg, der alle Rekorde bricht!", für Ripleys „Scarlett" (1991) aus der kultindustriellen Retorte ein, um fortzufahren: „Mit diesen Worten der wilden Scarlett O'Hara endete Margaret Mitchells Klassiker ‚Vom Winde verweht'. Millionen verzauberter Leser fragen sich seit 55 Jahren, wie die bewegende Love-Story weitergeht. Erobert die heißblütige, aber kalt kalkulierende (sic!) Scarlett O'Hara den draufgängerischen Freibeuter und Kriegsgewinnler Rhett Butler zurück? Oder erfüllt sich ihre Liebe zu dem edel-wehmütigen Ashley Wilkes? Freuen Sie sich auf ‚Scarlett' – denn jetzt endlich wird das Geheimnis um die unbezähmbare Südstaatenschönheit gelüftet."

Kriegen sich Scarlett und Rhett Butler oder kriegen sie sich nicht?

Aus dem auslegungsoffenen Ende bei Mitchell wird unter der Hand der versierten Love-Story-Schreiberin Alexandra Ripley (inzwischen hat sie, versehen mit dem Signet „Scarlett-Autorin" weitere Seller auf dem Markt) ein „Geheimnis", das es zu lüften gilt. Mit diesem Kniff soll für die „autorisierte Fortsetzung von ‚Vom Winde verweht'" Spannung vorerzeugt und über 784 Seiten in Gang gehalten werden. Das Substrat des Geheimnisses, wer ahnt es nicht, atmet doch der Roman den restaurativen Geist der Reagan-Ära, es ist nichts anderes als das *happy e*
von die Finger zu lassen eine d
ken der epischen Konstruktio
garet Mitchells gewesen ist.

„Kriegen sich Scarlett un
Butler oder kriegen sie sich
Schon nach wenigen Seiten w
Leserschaft von „Scarlett", d
„edel-wehmütige Ashley W
ihre einstige Jugendliebe, a
Rennen ist. Er, der von Scarl
treute Witwer (mit der Beer
seiner Frau Melanie hebt der
zungsroman an), wird von S
Seite grauer, bis der Les
schließlich ganz vergißt. Der A
den ist endgültig dahin; inzw
sieht ja auch Georgia, von
Jimmy Carter bis ins Weiße H
langte, sieht Atlanta, die G
stadt von Coca-Cola, ganz and
ein High-Tech-Milieu.

Die Lebenssituation, in die
vivalisierte Scarlett von Ale
Ripley hineingestellt wird,
zweideutig charakterisiert. D
Kapitel trägt den Titel „Im D
allein"! Mit dieser Lagebesch
ist das Urteil über das Eman
onsunternehmen der Mitche
Scarlett im Auftakt bereits
chen. Ihre weiland gegen die s
Blicke und den Widerstand ih
welt eroberte und hartnäckig
digte Unabhängigkeit ersche
gleich als nichts anderes denn
trug. Ihr energischer Selbstb
tungsversuch nichts als ein
Wahn, der sie ins Dunkel gefü
wo sie nun – ziellos – umhe
Ohne Rhett Butler, der Leerst
rer Alpträume, mit denen Rip
Scarlett-Figur aus zweiter
gleichsam bestraft, ein Lebe
Sinn, weil ohne traute Liebe i
cher Zweisamkeit. Die Rip
Scarlett, sie blickt zurück au
Grunde verfehltes Leben. S
muß eine unglückliche Fra
konventionalistisch betrachte
die Leserschaft der frühen ne
Jahre wird Zeile um Zeile
Nase daraufhingestoßen, wo
Verfehlte ihres kurzen und tu
ten Lebens in Selbständigk

---

* Der erste Teil war in Heft 1/1994 ab

steht. Es ist das Verfehlen ihres „weiblichen Charakters", das zugleich als eine ins Schuldhafte gerückte Verfehlung am „weiblichen Ethos" bewertet wird. Nach wenigen Seiten schon, kaum zurück von der Beerdigung Melanies, bei Mitchell in ihrer häuslichen Weiblichkeit bzw. weiblichen Häuslichkeit die kontrapunktische Figur zum welthaltigen, eingreifenden Egoismus Scarletts, bekennt die Ripleysche Kunstfigur, von Anfang an aufgeladen mit Zeitgeist-Botschaften, gegenüber ihrer alten, schwarzen Amme resigniert das Mißlingen ihres biographischen Versuchs gelebter Unabhängigkeit ein: „Ich habe alles falsch gemacht, Mammy. Ich weiß nicht, wie ich so viele Fehler machen konnte." Und sie sinniert weiter: „Mein Leben ist ruiniert, und ich weiß nicht, was ich tun soll. Ich brauche Rhett, und er ist weg."

Zunächst, die metaphorische Rede vom Ruin, Leitmotiv des Romanbeginns, sie wird ausdrücklich nicht bezogen auf das, für was sie in der Yankee-Gesellschaft steht: den Verlust der ökonomisch-sozialen Selbständigkeit. Scarletts Geschäfte gehen durchaus gut, und bis zum Schluß des Romans wird sie der Leserschaft als eine geschäftstüchtige, unternehmungslustige Frau vorgestellt, die sich ihren Sinn fürs Geld als Spender von Individualität, Kraft und Lebensmöglichkeiten, Eigenschaften des Geldes, die spätestens seit Shakespeares „Timon von Athen" gewußt sind, durchaus bewahrt; (so viel Konzession an die Reagonomics will bei aller familialistischen Ideologie dieser Ära schon sein). Und ebensowenig kann sich Ripleys Ruinen-Metapher auf den Untergang des Alten Südens beziehen, denn Scarlett ist ja, dies die Pointe bei Mitchell, aus dessen Ruinen als Yankee auferstanden. Das weiß Ripley wohl, wiewohl sie, und darin manifestieren sich – nicht zum letzten Mal im Roman – Kompositons- und Motivierungsschwächen, versucht, den Zusammenbruch des Südens in die Beschreibung der „Lebenssinnruine Scarlett" hineinzuassoziieren. Nach der Beerdigung Melanies läßt Ripley noch eine weitere Repräsentantin des Südens und Figur aus der einstigen Nahwelt Scarletts sterben, eben jene Amme, der sie ihre traurige Lage („Im Dunkeln allein") einbekennt. Mit diesem Kunstgriff soll der Vorstellung vom biographischen *Schiffbruch* noch zusätzlich Glaubwürdigkeit verliehen werden.

Offenkundig ist, für Scarlett kann es keinen Weg mehr zurück zur Southern Belle geben. Hinter den Sieg des Yankeetums gibt es kein Zurück. Eine Epoche ist zu Ende, *dieser* Weg zurück ist historisch-gesellschaftlich für immer versperrt. Was aber kann die Schiffbrüchige aus ihrem durch ihr Selbständigkeitsstreben selbst verschuldetes Elend erlösen? „Es mußte doch eine Möglichkeit geben, ihr Leben aus den Ruinen zu bergen", läßt Ripley ihre Scarlett räsonieren. Um dieser Möglichkeit auf die Spur zu kommen, muß Scarlett erst einmal durchs Fegefeuer der Einsicht in das, was ihr die Ruinen beschert hat. Schritt für Schritt wird sie auf den Pfad der Erkenntnis geführt, bis sie später endlich so weit ist: „Ich habe ihm (Rhett) nie ein Zuhause gegeben, erkannte sie." Jetzt ist sie nahe daran, den Bann, unter dem ihr anscheinend verfehltes Leben gestanden hat, seit sie den Versuch gewagt hat, ihr Recht auf Selbständigkeit zu leben, zu lösen.

Der Mann verschwindet im Nebel

Jetzt gibt der stets wiederkehrende Alptraum „das *Geheimnis*" preis, mit dem der Verlagswaschzettel den Roman auf die kulturindustrielle Reise geschickt hatte: „Und doch war es diesmal anders. Denn früher war sie gerannt und hat die Hand nach etwas Namenlosen und Unbekannten ausgestreckt, aber diesmal konnte sie durch die lichten Stellen des Nebels Rhetts breiten Rücken erkennen, der sich immerfort von ihr entfernte." Zur Erinnerung, Roman wie Film „Vom Winde verweht" klingen bekanntlich mit der Szene des im Nebel verschwindenden Rhett Butler aus. Just hieraus hat Ripley jenen Alptraum gezimmert, der ihre Scarlett quält und zur Läuterung drängt. Und nun endlich nennt der Alptraum das Ziel der Erlösung beim Namen, verwandelt er sich in Sehnsucht, die ihren point of happiness geortet hat. Mit dem Sesamwort „Rhett", Name ihres Ehemannes, den sie hat entschwinden lassen, kommen Kracauers „Kleine Ladenmädchen", Personifikation der stets aufs neue betrogenen Sehnsucht nach *happy end*, doch noch zur Einlösung des Versprechens, das Margaret Mitchell, die den Weg ihrer Heldin offen gelassen hatte, partout nicht geben wollte. Und nun wird endgültig offenbar, was wir schon geahnt haben:

Schuld, die sie mit der Wahrnehmung ihres Rechts auf Selbständigkeit, das Einklagen des Egalitarismus, auf sich geladen hatte. Um diesen Vorgang noch mit der rechten Weihe zu versehen, gibt Ripley den Fingerzeig auf den angestammten Katholizismus im Hause O'Hara, zumal mütterlicherseits praktiziert. Der Kitsch galoppiert, zugleich die politische Wahrheit der Ideologie dieses Romans aus der Reagan-Ära freigebend: „Jetzt wand Scarlett sich vor Schuldgefühlen, weil sie so viele Jahre hindurch sämtlichen religiösen Gehorsam hatte vermissen lassen ... Selbstverständlich ging Scarlett zur Messe ... legte sie die Beichte ab ... und besuchte (dieses Mal ohne ökonomischen Hintersinn, wie noch bei Mitchell) ihre Schwester im Kloster." Besser geht's nimmer. Noch weiter zurück, hinter Nathaniel Hawthornes Roman „The Scarlett Letter" (1850), einer eindrucksvollen Kritik der Hölle bürgerlicher Ordnungs- und Ehemoralen, kann's kaum mehr gehen. Und doch, es geht noch weiter zurück.

Fahrt ins Archaische

Die Revitalisierung des katholischen Herkunftsmilieus ist erst die Vorbereitung für Scarletts Fahrt ins Archaische. Ripley läßt sie nämlich ins Land der Väter reisen, das sich freilich als das der Urmutter herausstellen wird: ins vorchristianisierte Irland. Anders, alle Wege und *Umwege*, die Scarlett geht, um zu ihrer Schicksalsbestimmung zu gelangen, an das Ziel ihrer „wahren Träume" (ohne die Umwege wäre der Roman nach spätestens 100 Seiten ausgeschrieben gewesen), haben wesentlich die Funktion, sie nach Rom, zum Ehemann, zurückzubringen.

Nachdem „ihr Entschluß einmal gefaßt war", ihren verlorenen Ehemann zurückzugewinnen, „änderte sich ihr Leben von Grund auf". In ihrer Entschlossenheit, „wieder Frau zu werden", das heißt Rhett Butler zurückzugewinnen, tritt die Ripleysche Scarlett als ein *Schrumpfwesen* in Erscheinung. „Jetzt, da sie ihr Leben in die Hand genommen hatte (sic!) und auf dem besten Wege war, sich zu holen, was sie wollte, konnte sie schlafen wie ein Säugling." Nicht nur kehrt der „Schlaf der Gerechten" zu ihr zurück, sie vergewissert sich zugleich auch ihres neuen Selbst, indem sie sich erst einmal in Shopping übt und als „traumlose Konsumentin" agiert; einen Typus, den Anita Loos, hier allerdings in beizender Ironie, in ihrem Roman „Gentlemen prefer blondes" (Blondinen bevorzugt) so glänzend porträtiert hat. Und wer Loreley Lee, die platinblonde und diamantensüchtige Heldin dieses Romans je lesend genossen hat, weiß, warum die zur „traumlosen Konsumentin" erwachte Scarlett bei Ripley auf einen Kostümball „lieber als Diamantenkönigin gegangen wäre, mit glitzernder Pappkrone, Diamanthalsband und Broschen".

Kurz, das biographische Skript und der Selbstbehauptungswille der Scarlett O'Hara schrumpfen zusammen auf die „Jagd nach dem verlorenen Ehemann". (Ein bißchen Erinnerung an den Mythos des US-Amazonentums will schon sein, so vollends kann Ripley ihre Scarlett denn doch nicht auf die Vorbereitung zur ehefräulichen Häuslichkeit zurückstutzen.) Im Gegenteil, ihr Läuterungsprozeß bedingt geradezu die Selbstbesinnung auf ihr „inneres weibliches Empfinden" und die „Waffen einer Frau", zumal immer dann, wenn Rhett Butler in Sehweite ist. Dieser wird an derartigen Romanstellen porträtiert, als sei er soeben aus einem Werbespot entstiegen: „Rhett! Scarlett verschlug es die Stimme. Wie gut er aussah. Er mußt irgendwo in der Sonne gewesen sein, er war braun wie ein Indianer." (Die Kataloge der Tourismus-Branche lassen grüßen.) So tut denn Scarlett alles, um Rhetts Erscheinungsbild angemessen respondieren zu können. Fortan wird man nicht mehr von ihr sagen können, was im Mitchellschen Roman ihrem zweiten Ehemann so übel aufgestoßen ist. Dort hatten die Leute dem armen, gebeutelten Frank Kennedy merken lassen, wie unverständlich es für sie ist, daß er Scarlett erlaube, „to unsex herself" – Codewort für deren in den Augen der Umwelt schmähliche „Vermännlichung zur Yankee".

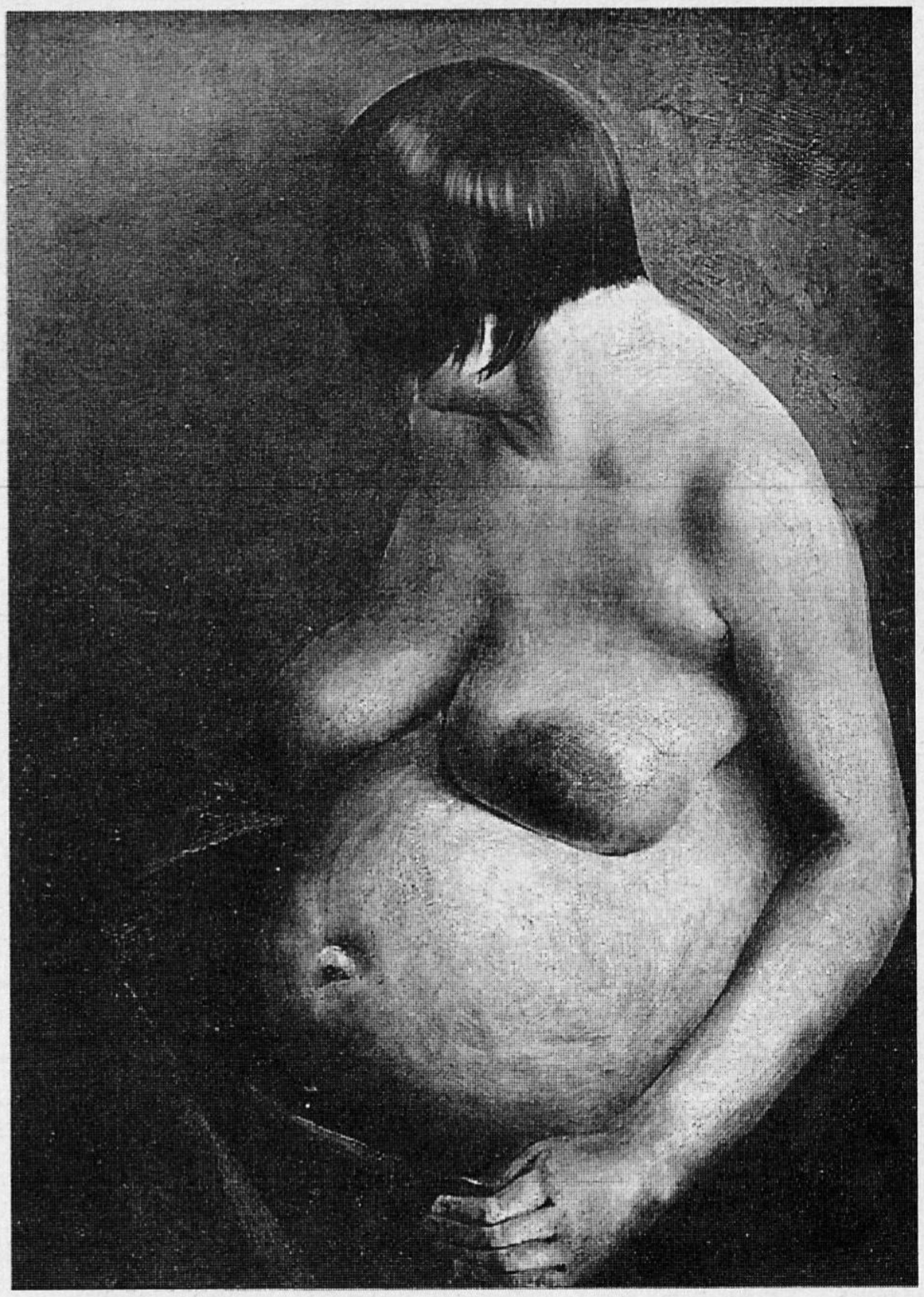
Zwar wird das Motiv ihres Selbstbehauptungswillens und ihres unbändigen Selbstvertrauens aus dem Mitchellschen Roman in die Fortsetzungsstory herübergenommen („Sie war kein Mensch, der aufgab"), aber in zugericheteter Form, verkürzt auf das Begehren und die Sehnsucht nach dem einstweilen noch verlorenen Rhett Butler. Dementsprechend wird auch das Bewährungsfeld der Selbstbehauptung, bei Mitchell die (männlich dominierte) Konkurrenzgesellschaft im Zeichen des Yankeetums, zurückgenommen und eingeen die erotische Konkurrenz zw Frauen, die stereotype Buhle die Gunst des Favoriten. „W werb", heißt es in Ripleysche dünnung und geschlechtsid scher Psychologisierung, „ha (Scarlett) schon immer in Er versetzt". Um die Fabel roma positiorisch plausibel erschei lassen, behilft sich die Autori halb eines üblichen Kniffs. S Rhett Butler eine andere heira hat denn Scarlett das delikat gnügen einer verehelichten K rentin. Die Selbst- als Erobe sucht nimmt die schnöde Fo Eifersucht an. Damit aber S nicht dazu getrieben wird, ne Schuld auf sich zu laden, ind Rhett Butler zum Ehebruch ve läßt die schlaue Alexandra Rip Ehefrau fristgerecht sterben. S auch von dieser Komplikatio her der Weg frei fürs *happy en* kanntlich gehörten Ehebruc Scheidungsraten zu den be Themen der moralisch-polit Kampagnen der Reagan-Ära nur zu Wahlkampfzeiten.)

Re-Erotisierung des Habit

Unterm Strich, auf dem W ihrem verlorenen „weiblichen S verordnet sich Scarlett erst eine systematische Re-Erotis ihres Habitus, der natürlich Outfit anfängt. „Herrjeh, sie s wie ein Gespenst. Sie legte Rou wählte schweres Parfüm und sich mit ihrer Unschuldsmiene Jagd." Es zeigt sich aber, daß erste Schritt zur Revision ihr fangenheit in der „Naturwidri einer „vermännlichten Yankee eine notwendige, nicht aber h ~~ehende Bedingung ist, um ihr~~ folg auf dem nunmehr eingel weiblichen Leistungsterrain z rantieren. Der zweite Schritt z vision der „Naturwidrigkeit", u diesem dürfte es jenem alteu schen Graf Keyserling wieder wärmer ums Herz geworden sei te der Ripleys „Scarlett" noch dürfen, greift über die erotische hinaus, bzw. geht ins Zentru „weiblichen Charakters", desse tendes Ideal bei Margaret M brüchig und das von ihrer H Kälte verbreitend, außer Geltu setzt worden ist: die Mütterlich

Um nicht länger mehr „im keln einsam" zu sein, ist Ripleys

lett nun disponiert, „mit hohem Einsatz“ zu spielen. (Man erinnert sich Brechts Notiz aus seiner Exil-Zeit in den USA, wonach in Hollywood und Hollywood-Skripts „spielen acting und gambling“ meint.) Wieder „ganz Frau“ geht ihr alsbald ein Licht auf, nachdem es ihr auf dem bisherigen Weg noch nicht gelungen ist, Rhett Butler („eher ein Mythos als ein Mann“, wie es Ripley unversehens in die Zeilen rutscht) zurückzucircen. Zunächst hatte sie, und Ripley ist eine versierte Kennerin der US-amerikanischen Mythen, den Umweg über die „Mutter - Sohn - Beziehung“ („Momism“) gewählt; sie sucht Butlers Mama auf, um in seine Nähe zu kommen. Gestärkt durch dieses Vertrauen, das Rhetts Mama ihr entgegenbringt, spielt sie erst einmal ihr erotisches Repertoire aus. Butler aber, auf der Hut, ihr zu er- und unterliegen, weicht gezielt aus. Aber wie der männliche Mythos überhaupt, hat auch dieser amerikanische Trivialmythos des hingebungsvoll-zärtlichen nicht weniger als starken und deshalb umwerfend bezaubernden Mannes seine Ferse des Achill. Und aus Mitchells Roman ist bekannt, wo die Ferse ihren seelischen Ort hat. Butler ist nicht nur hochgradig mutterfixiert (zudem muß er noch an seiner Familie in Gestalt der „Alten Dame Mutter“ Wiedergutmachung für seine Jugendsünden als Vagabund leisten), sondern auch kindversessen. (Von der Mutterfixierung Butlers weiß die Leserschaft erst durch Ripley, die wiederum weiß, daß Psychoanalyse seit den Tagen der Margaret Mitchell inzwischen längst als eine kulturelle Massenware in den USA sich rechnet.) Höchst folgerichtig setzt deshalb Scarlett, nach der Mutterbindung, ihren Hebel bei Butlers Kinderversessenheit an. Wie sich schließlich zeigt, ist dies gegenüber dem erotischen Repertoire die entschieden schärfere „Waffe einer Frau“. Aber der erfahrungsgesäuerte Rhett ist auch an diesem seinem Schwachpunkt äußerst vorsichtig. Scarlett tritt deshalb erst einmal auf der Stelle: „Nun gut, dann mußte sie eben noch schlauer sein, das war alles. Sie mußte die Idee aufgeben, *sofort* ein Kind zu bekommen.“ Allerdings, der Autorin ist keine plausible List, genauer: kein Trick eingefallen, mit dem Scarlett Butler aufs Kreuz legen könnte, nachdem das erotische Styling nichts gefruchtet hatte. Wie alle zur Trivialität tendierende Literatur behilft sie sich mit dem Zufall.



Otto Dix, Schwangere, Halbakt

Dieser ist es dann, der sie ihrem Märchen wiedergewonnener Zweisamkeit ein Stück näherbringt. Und es hat schon den Charakter des unfreiwillig Parodistischen, wenn es dem zufälligen Kentern eines Bootes auf dem Mississippi sich verdankt, daß Scarletts „biographischer Schiffbruch“ behoben, ihr Leben schließlich wieder ins „weibliche Lot“ gebracht wird. Butler rettet Scarlett vorm Ertrinken, eine Grenzerfahrung so recht nach dem Kulturwarengeschmack, um mit ihr am Strand (wer hat nicht schon die entsprechende Kameraeinstellung und das Werbetourismus-Ambiente vor Augen) in schöner Wildheit sich zu vereinigen. Klar, daß Scarlett, die

bei Mitchell angel
ler vergewaltigt
Mal das einvers
Sesam-Wort „Ja“ a
„‚Ja!‘ rief sie wied
erwiderte Rhetts
derte sein Verlang

Nun hätte der
enden können. Ab
noch einmal, dies
er nicht in den Ne
Regen hinaus. (We
das Bonmot von de
Mal). Unter der Ti
Scarlett noch wis
wohl immer noch
kommt: „Ja, bei
und ich verzehre
bist das Gift in me
die Krankheit m
habe Männer mit
Opium gekannt, d
Hunger nach dir. I
nem Süchtigen v
Sklaven, dann geh
wäre es auch mir
ich bin dem entron
es nicht noch ei
werde mich nich
zerstören.“

Butler sollte s
noch, er hat die
Wirtin gemacht.

Versäumte

Scarlett ist nu
gen Kenterns sc
Faustpfand im B
wißheit im Hirn:
dir doch nicht au
du dich auch ab
ohne mich nicht
sie erst einmal je
großen Teich nac
ihre mythische
kann die Jagd ge
darauf bauen, daß
schwimmen wird,
Angel auf sie zust

Den einmal ei
weg von ihrem
widrigen“ Leben
Neuer Natürlichl
weiter, ohne noch
zutragen. Zunäch
nur einen „Auger
fühle, nicht m
schenke an Wade
Kinder aus Mit
schickt zu haben‘
sich dann an, l
Mutterpflichten e
men. Wenn auch d
Jahre gekommene

der gute Wille schon erleichtert Scarletts Gewissen.

Mehr oder weniger entschuldet von den Verfehlungen während ihrer Yankee-Biographie, nunmher ausgestattet mit einem leidlich funktionierenden Gewissen, aber immerhin, ihr ist nun eines zugewachsen, kann sie sich auf die Abenteuerreise nach Irland begeben, dem Land ihrer Väter, das sich jedoch als *Mutter-Boden* zu erkennen gibt. Noch bevor ihr Schiff in See sticht, entledigt sie sich endgültig auch noch des Habitus einer Southern Belle. Diesen hatte sie sich, aus berechnenden Gründen, Rhett sollte mit dem Erotic-cover umgarnt werden (Aber: „Niemand konnte eine Frau dafür tadeln, daß sie versuchte, ihre Ehe zusammenzuhalten."), für eine kurze Weile noch einmal angelegt. Inmitten der irischen Einwandererkolonie, dem Startplatz ihrer Reise ins Mythische, lernt sie hier ihren irischen Herkunftsclan kennen, befällt sie, überwältigt von der „Ursprünglichkeit" des „irischen Wesens", die Einsicht, daß nicht nur die Lebensform einer Yankee, sondern auch die einer Southern Belle schal und eitler Wahn ist. Der Folklorismus greift Platz. „Im Kreis der Familie teilten die O'Haras Liebe und Glück ebenso freigebig und bedenkenlos, wie sie die Luft zum Atmen teilten. Scarlett spürte, wie sich etwas in ihr zu regen begann, das ihrem Gedächtnis seit allzulanger Zeit entfallen war. Sie wurde eine wirkliche O'Hara, unverstellt und spontan und imstande, sich unbeschwert ihres Lebens zu freuen. Sie vermochte das Raffinierte und Berechnende abzustreifen, das sie als Waffe zu gebrauchen gelernt hatte – vor allem in den Eroberungskämpfen, wie sie zum Leben einer Belle, einer Schönen in der Gesellschaft der Südstaaten, nun einmal gehörten.

Sie hatte es nicht nötig, zu bezaubern oder zu erobern, sie war willkommen, wie sie war, jemand, der zur Familie gehörte. Zum ersten Mal im Leben war sie bereit, das Zentrum ihrer Aufmerksamkeit anderen zu überlassen."

Der Triumph der Natürlichkeit und des Familiensinns über ihre feudale Selbstsucht sowohl wie ihren späteren Yankee-Egoismus, er geht jedoch nicht so weit, daß sie nun an der Hausarbeit Freude fände. Auf das Ansinnen „Du machst das. Die Küche ist Frauensache." reagiert sie unwirsch und widerspenstig, Restgestalt der Mitchellschen Scarlett. Diese war es als Belle sowohl wie als Yankee gewohnt, Hausarbeit als Sklavendienst bzw. lohnarbeitsförmigen Service verrichten zu lassen, woran sich auch später nichts ändern wird. So weit konnte auch in der Reagan-Ära das Rad nicht zurückgedreht werden, daß es glaubwürdig erschiene, eine Frau vom Typ Scarlett gewönne nun der familialen Hausarbeit Geschmack ab. Familiale Häuslichkeit ja, aber mit Reproduktionsservice.

Für die Reise ins Land der irischen Väter ist Scarlett gut eingestimmt. Noch in Amerika hatte sie sich auf Familien-Friedhöfen umgetan. Die Annäherung an die französischen Vorfahren der Mutter läßt das retrospektive Gefühl für die Welt der Ahnen aufkeimen. Zukunft und Vergangenheit nehmen in ihr Platz, untrügliches Zeichen dafür, daß der „Ungeist des Yankeetums", dessen Zeitform die Gegenwart ist, aus ihr weicht: „Als Kind eines irischen Einwanderers war Scarlett von der Dauerhaftigkeit deses Grabmals (dieses Mal ist es das der Familie Butler – F. K.) schwer beeindruckt. So viele Generationen schon und all die künftigen Generationen ... Amen."

Triumph der Natürlichkeit

Natur und Ahnen, die Weichen für Scarletts irische Erfahrungen sind gestellt. Der Kompaß zeigt auf *Tara*, nicht das Mitchellsche Tara, das Südstaaten-Herrenhaus, sondern das irische Ur-Tara, von dem aus einst ihr Vater aufgebrochen war, um sein Glück in Amerika zu machen. „Tara", so erfährt sie von ihrem Vetter, einem Priester, der sich an der irischen Freiheitsbewegung gegen die englische Okkupation beteiligt, „ist für uns Iren ein Zauberwort. Es war der Mittelpunkt ganz Irlands, der Sitz der Hochkönige... Es war ein edler Traum deines Vaters, ein neues Tara in dieser neuen Welt Amerika errichten zu wollen." (Ripley erborgt sich hier so nebenbei noch das religiöse Fundierungsmotiv der Pilgrim Fathers, die gedachten, in Amerika ein New Jerusalem zu bauen.)

Der Weg zurück ins Ursprungstara ist begleitet von einer Reihe von Wandlungen, die, in *folkloristischer* Verpuppung, an Scarlett vor sich gehen. Da ist zunächst einmal die Befreiung vom Korsett, die Wiedergewinnung „unverstellter, natürlicher Körperlichkeit". Erst einmal hatte sie, noch ganz die gewitzte Scarlett, das Korsett zum Behälter für
segeld umfunktioniert: „Da
hielt ihren Rücken gerade,
Taille schmal, denn sie ha
Stahlstreifen aus ihrem Korse
Goldmünzen ersetzt." Später
das Gehäuse des Korsetts, Sy
vilisatorischer Einschnürung
ends abwerfen: „Befreit v
Zwängen des der Mode entsp
geschnürten Mieders und o
Metallkäfig des Korsetts und
Verstrebungen, war sie erheb
weglicher und konnte zum ers
seit vielen Jahren den ganz
über frei atmen." Freiheit als
freiheit. Auch noch den mo
ostasiatischen Religionsfolkl
läßt Ripley ein wenig hereinw

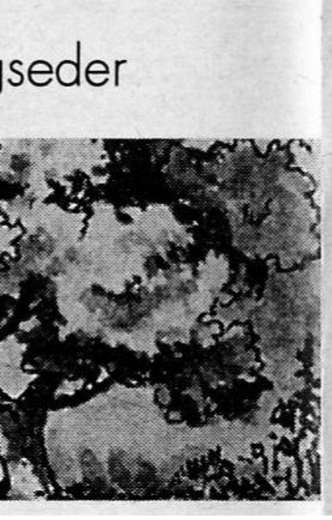
Sodann verwandelt sie ihr
umgestellt auf Folkloristisch
ges, dem irischen Grün an, bis
„grünen Slippers". Überhaup
riert das Grün als symbol
Anti-Farbe zu allem, was ziv
risch-kulturell erscheint („Die
Insel enttäuscht ihre Erwa
nicht."). Grün, es ist das Deme
bisherigen Scarletts, des Schan
ten, des Sündigen, Lasziven,
spenstigen. Ripley, wissend
postmodernen Zeitgeist, nim
Scarletts Fahrt ins Grüne de
Natürlichkeit auf deren „grü
gen", einst bei Mitchell als Leb
le und Angriffslust betont, gl
eine Hypothek auf, um hierü
Zugang zum Ambiente von Ma
Zauber, allen Naturmythologi
gen seit alters her liiert, litera
finanzieren („Deine Augen
grün wie die einer Katze.").

Schließlich, und dies bez
den Kulminationspunkt der
morphose Scarletts zur Frau
Typs, der Auslöschung ihrer S
Belle und Yankee-Vergang
macht sie die jähe Entdeckung
les in den Schatten stellenden
wertes der Mutterschaft. I
Schwangerschaft bis dato no
mär Faustpfand gegenüber de
Rhett Butler, gewesen, so w
gleichsam in der Stunde ihrer
kunft, auf dem irischen Mutter
die Frucht der wahren Erkenn
rer Bestimmung zuteil: „S
O'Hara", und nun wird Riple
geistkonform sentenziös, mith
stisch tendenziös, „deren bis
Leben von einer großen innere
erfüllt gewesen war und die
wußt hatte, was ihr eigentlich
war auf einmal voll von rein
zehrender Liebe." Mit der

Niederkunft also ereignet sich die vollständige Revision aller bisherigen Individualitätsformen der Scarlett O'Hara. Folgerichtig faßt sie den Entschluß: „Nie wieder werde ich, nur um feine Dame zu sein und meine Figur zu bewahren, meine Brüste einschnüren und den Milchfluß unter Schmerzen versiegen lassen. Dieses Kind werde ich bei mir behalten und selber stillen. Ich werde es ernähren, ihm Kraft geben und miterleben, wie es wächst und gedeiht." Die Taufe folgt auf dem Fuß, Kitty Cat, Cathleen wird sie heißen. Nun fehlt nur noch Rhett Butler zum *happy end*, der allerdings von seinem Vaterglück noch nichts ahnt.

Erst einmal, das Purgatorium der Scharlachroten, der Scarlett zur grünen O'Hara ist vollbracht: „Scarlett O'Hara, die die Kunst, den Männern den Kopf zu verdrehen, aus reiner Lust und Tollerei zu einem regelrechten Sport geworden war" (Ripley kennt nur noch die Kümmerform der selbstbewußten Yankee), erkannte, daß sie nur mehr als Nahrungsquelle diente – für eine kleine Person, die sie so sehr liebte, wie sie noch nie in ihrem Leben ein menschliches Wesen geliebt hatte. Nachdem sie erfahren hat, „was wahre Mutterliebe und wahre Mutterschaft bedeuten", hat sie nur noch eine Gefahr zu überwinden, die aber nicht mehr von ihr ausgeht. Sie lauert im Naturmythos, dem sie sich angeglichen hat, indem sie ihre Daseinsformen als Southern Belle, Chiffre für Kultur, und als Yankee, Chiffre für Zivilisation, hinter sich gelassen hat, das heißt nachdem sie ihre „Naturwidrigkeit" aufgehoben hat, zur „Natur" zurückgekehrt ist. Zwei „Ur-Erlebnisse" sind es, „Existential-Situationen", worin die im Naturmythos nistenden Gefahren aufkeimen. Da ist einmal die irische Begegnung mit der Mutter ihres Vaters, die, das paßt romandramaturgisch bestens, gerade ihren 100. Geburtstag feiert. Diese Repräsentantin des matriarchalen Mythos, Ripley tut alles ihn herbeizurufen, diese Inkarnation der Ahnen-Identität eröffnet den Weg zur Schlußdramatik des Romans. „Deine Augen sind so grün wie die einer Katze!" läßt die Ur-Großmutter sich vernehmen. (In Yankee-Zeiten waren sie so grünschimmernd wie „Diamanten"!) Danach „bekreuzigt" sie sich hastig, um fortzufahren: „Sag mal, Katie Scarlett, war deine liebe Mutter eine Hexe?" Die Melodie, ganz postmoderner Zaubergarten-Zeitgeist, ist angeschlagen („In Irland wimmelte es nur so von Feen und Kobolden"). Und wie es der romankompositorische „Zufall" zum Zwecke der Steigerung der Spannung so will, stirbt die Großmutter just in der Zeit, als die Urenkelin, Scarletts Tochter, geboren wird. Prompt stellt sich die dumpfe Atmosphäre des Aberglaubens ein.

Otto Dix, Frau mit Kind



Mythisch

Da ist zum an
lebnis mit dem r
der Natur. Nahe b
Tara, dem alten T
„Grün über Grün
regte sich tief in ih
aus heidnischer(!)
bezähmende Wild
ruht hatte und nu
Blut in Wallung b
es, was es bedeute
– die Höhe über de
Sonne und H
die Arme aus
Hügel das Le
während die
lag." Nach ei
stizismus der
herbeiassozii
ter Lebenspl
„Leben"), fäl
magische W
Kern aller ge
Naturmythol
turmystagoge
voran zu An
hunderts Knu
„Mysterien")
aufs neue ex
als Mysteriu
der Alp der S
läßt denn Rip
Ur-Tara eine
sten, ein Blut
Damit hat di
mente für ein
heimlichkeit
handelt sich
kulturindustr
bald schlage
Mysterium zu
wurzeln de
sprießt ein H
vor. Katastro
Kulisse, vor
Scarlett O'H
lichkeit" ende
ra, die tarana
sie wiederat
Florieren geb
men aufgeht
prise der Szenerie
lanta in Margare
kriegepos), macht
und losgelassene
Suche bzw. Jagd n
ter Cat, die als Qu
ler Naturkatastr
Ballyhara herein
Wort vom „Hexen
stere Runde. („De
verbrannt werden
das alles Elend

hat.“) Während es bei Mitchell eine Scarlett gewesen ist, die sich und die ihr Anvertrauten beherzt und auf eigene Faust aus der Katastrophe des brennenden Atlanta rettet, nachdem sie von Rhett Butler im Stich gelassen worden war, taucht dieser nun bei Ripley als der ersehnte Retter und Beschützer auf. Klar, daß Butler dem Objekt seiner Begierde längst schon nach Irland gefolgt ist, was Scarlett durchaus auf ihrer Rechnung hatte. „Rhett wir brauchen dich so sehr“, mit diesem Seufzer bedürftiger Schwäche wird der Leserschaft die Gestimmtheit Scarletts schon vor den dramatischen Schlußereignissen im Roman sinnfällig gemacht. Und um nun das Glück vollkommen zu machen, erkennt Butler in der Stunde der höchsten Not, die Dorfmeute ist schrittnah, Cat als seine Tochter. „Hatte es je einen Mann gegeben, der so kindervernarrt war wie Rhett Butler?“ Scarlett ist's zufrieden, auch darin hatte sie sich nicht getäuscht.

Getäuscht freilich, und dies ist die Botschaft Ripleys, hat sie sich in der ihr zugedachten Bestimmung. Die Autorin hat durchdemonstriert, daß der Mitchellsche biographische Entwurf yankeeförmiger Selbständigkeit in die Irre, zu Schmerzen und Unglücklichsein führt. „Jemanden glücklich machen“ und sich anlehnen (dies wird noch angelegentlich mit Gesten unterstrichen), das sind dagegen für die geläuterte Scarlett aus Ripleys Feder die Garantien dafür, daß der pursuit of happiness zum vollendeten Glück führt. So kann denn Rhett Bulter erleichtert konstatieren: „Du hast dich verändert, Scarlett.“ Als sie dann noch ihr Wort gibt: „Diesmal mache ich es besser, das verspreche ich dir“, ist der Reagansche Zeitgeist nicht mehr zu überbieten. Die einstige Ehescheidung, die Butler rückblickend eine „Amputation“ nennt, ist aufgehoben in die Harmonie der Kleinfamilie, die sich nach langen Irrfahrten wieder gefunden hat.

Hatte nicht Reagans Hausphilosoph, der Soziologie George Gilder, der die Bibel der Angebotswirtschaft „Wealth and Poverty“ geschrieben hat, eindringlich für die Rückkehr der Frau in die hierarchisch geordnete Familie geworben?! Seit sich die Frauen, so Gilder, vom Konsumterror hätten blenden und sich – wider ihre „weibliche Natur“ – zur Jagd nach beruflicher Selbständigkeit hätten verführen lassen, sei Amerikas Sozialkultur durcheinander geraten, ablesbar an der „Entmannung des Mannes“, will sagen: an den „stark ansteigenden Scheidungs- und Trennungsraten“.

Vor diesem Horizont ist die „Heilung“ der Mitchellschen Scarlett O'Hara zur Ripleyschen zu begreifen. Aber da bleibt noch ein Rest. „Ich weiß nicht, wo ich hingehöre“, läßt die „geheilte“ Scarlett Rhett Butler wissen. Die Southern Belle, das ist vorbei. Die Yankee, das war ein Fehlschlag. Die irische Fahrt in die Natürlichkeit, die „Flucht aufs Land“ geriet zur mythischen Geisterbahn. Ripley ist klug genug, zumal dem weiblichen amerikanischen Lesepublikum die Nacht der irisch-europäischen Mysterien nicht als letztes Wort zu offerieren. George Bushs Wiederwahl ist nicht zuletzt an der weiblichen Wählerschaft gescheitert, die in Hillary Clinton eher sich wiederzuerkennen vermag denn in der Gestalt einer Scarlett O'Hara, die im irisch-grünen Mythos verschwindet.

Mobilitätsfroher Egalitarismus

Dem Geist des Amerikanismus, dem expansiven, mobilitätsfrohen Egalitarismus muß auch Alexandra Ripley ihren Tribut zollen. Gewiß, ihr Roman klingt mit „diesem ersten Morgen unseres gemeinsamen Lebens“ aus. Aber zuvor läßt Butler Scarlett auf deren Frage nach ihrer Zugehörigkeit wissen, daß sie zwar *zu* ihm gehöre, aber er sie nicht zurückplaziert sich wünscht in die familiale Häuslichkeit: „Du gehörst zu mir, Scarlett, hast du das denn immer noch nicht gemerkt? Und uns gehört die Welt, die ganze Welt. Wir sind an kein Stück Land gebunden, sind keine Heimchen am Herd. Wir sind Abenteurer, Freibeuter, Blockadebrecher. Ohne Herausforderung ist unser Leben nur die Hälfte wert.“ Aus dem Munde des Mannes erklingt die Versöhnung zwischen dem zwar von der Mitchellschen „Anomalie“ geheilten, gleichwohl aber nicht ins Vormoderne regredierten „weiblichen Ideal“ mit den alten Leitsternen der Yankee- und Pionierkultur.

Nirgends deutlicher tritt die Nuance des Unterschieds, worin die fundamentale Differenz zwischen dem Mitchellschen und Ripleyschen Entwurf aufscheint, an den Tag, als in der kontrapunktischen Führung der weiblichen Schlüsselfigu
Mitchell ist Melanie der Kontr
zum biographischen Selbstb
tungsunternehmen Scarlett
gewesen. Melanie, das war b
chell die Verkörperung des b
chen „weiblichen Ethos“ in
exemplarischer Geschlecht
renz, worin der Egalitarismu
den bestimmenden Bezugs
bildet. Bei Ripley gibt es el
eine kontrapunktische weibl
gur. Das Gegenbild zu ihrer S
gleichsam eine Restauration
stellter Weiblichkeit“, stellt di
selbständige Rosemary dar.
Henry James lesende „Blaust
mit ihrem „kratzbürstigen Dr
Unabhängigkeit“, wird einde
gativ porträtiert. Sie wird der
als eine, die „nicht halb so mo
wie sie sich gerne hinstellt“.
pley setzt bei dieser Frau, m
Unfähigkeit, nach einem Ma
zu sehnen, noch eins drauf
leicht“ hätte „Rosemary geli
geheiratet und Kinder gehabt
sich ihr Bruder, Rhett Butler, n
ihre Sozialisation gekümmer
So macht Butler recht eigen
Scarlett gut, was er an seiner
ster Rosemary verbrochen ha
sehen liest sich Ripleys „S
auch als Vademekum für „n
Männer“, die das „Glück der
im Auge haben. New Holl
Kaum.

Nachschrift. „Mittelklas
bezeichnet Lion Feuchtwa
seinem literartheoretischen
ment über „Größe und Gren
historischen Dichtung“ („Da
der Desdemona“) den so
schen Ort der Autorin von
with the wind“ und den ih
schen Schlüsselfiguren. Mitc
ziehe unkritisch deren Wel
sung und Perspektive. Gewi
so ist hinzuzufügen, sie nir
ernst, indem sie Grenzen un
bürgerlicher Selbstbehaupt
dem sie das Möglichkeitsfel
Frau innerhalb bürgerlich-k
stischer Vergesellschaftung
ristisch ausmißt. Allemal e
Spirit. Ripley demgegenü
wohlfeile Kulturware, die al
diese sich weiß. Zeitgeist, d
noch nicht die „Widerspe
vollends zu zähmen vermoch

Univ.-Doz. Dr. Friedhelm KR
Soziologe in Nürnberg, er leh
an der Universität Wien.

Kunst und Diktatur

Fragen an eine hoffentlich antwortbereite Ausstellung*

Arthur WEST

Betrachtungen über eine Ausstellung noch ehe die überhaupt betrachtet werden könnte? Da gelten sie, und das ist gut so, nicht erst dem Gelingen oder Mißlingen eines Vorhabens, sondern dem Vorhaben selbst: seiner Richtigkeit und Wichtigkeit, seinen Voraussetzungen, den Möglichkeiten wie den Grenzen und - Tücken.

Tücken? Es scheint doch alles so einfach und klar: Kunst und Diktatur bilden eben ein Gegensatzpaar, die Diktatur ist, wie wir wissen, das Böse, Garstige und Niedrige, die Kunst demgegenüber das Gute, Schöne und Edle; und da fällt die Wahl gewiß nicht schwer, schon weil wir, ganz allgemein, anständige Menschen und zudem, im besonderen, ein Kulturvolk sind. Die nunmehrige Ausstellung soll und wird uns das neuerlich bestätigen, einschließlich unserer Entschlossenheit nach grausiger Eigenerfahrung jeglicher Wiederkehr einer Diktatur, die ja eben auch die Kunst verunstaltet, entgegenzutreten, ganz wie es dem vielbeschworenen Geist unserer Zeit entspricht.

Nur: Hätte eine Wiener Ausstellung über Kunst und faschistische Diktatur nicht schon vor etlichen Jahrzehnten stattfinden können? Vielleicht sogar: Stattfinden müssen? Die Diktaturen Hitlers und Mussolinis wurden vor fast einem halben Jahrhundert zerschlagen, und das, was sie auch in der Kunst (und leider auch durch die Kunst) angerichtet hatten, wäre schon früh dokumentierbar gewesen. Selbst wenn man, um nicht „zu schmalspurig" zu fahren, sondern auch „gewisse Unterschiede" aufzuzeigen, so wie jetzt einen „Dritten im Bunde" gewünscht hätte, wäre ein solcher unschwer aufzutreiben gewesen: Francos Spanien, etwa, oder Salazars Portugal; oder auch Horthys Ungarn oder Pilsudskis Polen. Einmal ganz abgesehen von Batistas Kuba, Somozas Nicaragua, Pinochets Chile und Duvalliers Haiti, die ja alle etwas abseits „unseres europäischen Denkens" liegen ...

Warum also hat sich, was sich da „Zeitgeist" nennt, mit seinem Geist so beachtlich viel Zeit gelassen?

Weil doch jemand gefehlt hätte, den „man" unbedingt mit dabei haben wollte? Nämlich Stalins UdSSR? Auch die gab es zwar längst; und hierzulande auch den ausgeprägten Willen, sie anzuprangern; doch fand sich, solange St. Petersburg noch Leningrad heißen durfte, wohl kein „Leihgeber" just und ausschließlich für die hierorts (und hieramts) brauchbaren Kunstbelege.

Nun aber wurde diese Hürde genommen (ob „sanft" und „samten" oder nicht, und wie immer man das Ereignis bewerten mag). Allerdings sind damit – weltweit wie auch in Österreich – für Frieden, Freiheit und Demokratie, auch für Kunst und Künstler (reichlich anders als für Ausstellungen!) nicht eben goldene Zeiten angebrochen, und da drängt nach wie vor, ja in zusätzlicher Dimensionierung eine Grundsatzfrage auf Antwort:

Kann man, ja darf man in Österreich eine dringend benötigte großangelegte und reichgeförderte antifaschistische Ausstellung nur dann und erst dann zuwege bringen, wenn sie mit dem Faschismus gleich auch die einzige Kraft dem öffentlichen Mißfallen zuweist, die ihn besiegen konnte und der Österreich sein Wiederbestehen zu danken hat: die Sowjetunion und das internationale Bündnis mit ihr?

Warum läßt sich so schwer begreiflich machen, daß diese Frage eine ebenso reichlich bange wie wichtige Frage ist – nicht nur, wiewohl gewiß nicht zuletzt, für jene Menschen, die im Kampf gegen die Hitler-Diktatur (und damit auch gegen die Unterjochung von Kunst und Künstlern) ihr Leben eingesetzt haben?

Mit dem Betonen eines historischen Sachverh
spruch, ihn durch
stives Gleichheits
zeichen „verwisc
und darf in kein
oder auch nur be
in Stalins UdSS
geschah, auch im
reich. Im Gegen
sondern noch we
– und meist woh
richtiger! – mü
und andere au
schon im Überl
Anliegens, am u
und Überwinder
gen arbeiten, die
tief entstellt, sei
letztlich hinweg
Welche Ausstellu
vermitteln?

Etwa die W
1994?

Es gibt, das
tont, keinerlei G
gen antifaschisti
Initiatoren und
feln. Es ehrt sie,
prospekt richtige
gebe zwischen de
der sowjetischen
terschiede als Er
nen sie aber, in I
den zwangsläufig
gesellschaftlichen
die bemerkten Ur
in eben untersc
schen Ausprägun
einander entgege
gen und Funktio
gengesetzter Ges
erkennen und – n
nicht eben vorurt
keit erkennbar
nicht, oder nicht
les hätte dies zur
faschistischer Po
weitere Schwächu

Klärt da eine
die Voraussetzu
Ähnlichkeiten",
gemeinsamen
während die gew

---

* Aus dem Katalog z
Diktatur", Wien 19
zeigt wird.

Unterschiede“ dem recht ungewissen Bewertungswillen der Besucher überantwortet bleiben?

Dabei böte das Ausstellungskonzept seinerseits einen großartigen, für österreichische Begriffe sogar bahnbrechenden Ansatz zu ungleich mehr: Mißt es ja schon von der Titelgebung her der Kunst eine Dimension zu, die ihr in unseren Breiten sonst gar nicht so gern zugestanden, oft sogar eifrigst abgesprochen wird; daß die nämlich, in ebenbürtigem Maße wie Diktatur, eine gesellschaftliche und also auch gesellschaftspolitische Funktion ist – und folglich auch hat. Daß sie mithin einen Wesensbestandteil der Politik bildet und sich dessen bewußt sein (werden) sollte, anstatt sich, wie oftmals und mehr oder minder schöngeistig aufgefordert, gefälligst (und das heißt eben auch: tunlichst gefällig) aus ihr „herauszuhalten“.

Ein Politikum ist freilich selbst solche „Abstinenz“; und mancher Politik allenfalls sogar dienlicher, als aktives künstlerisches Mitwirken dies wäre. Über die jeweilige Politik sagt Einbeziehen oder Fernhalten von Kunst und Künstlern (und welcher!) gewiß sehr vieles aus – nichts, wahrlich nichts jedoch darüber, ob dies diktatorisch oder vermittels ganz anderer Lenkungsmechanismen bewirkt wird.

Bedürfte Österreich, zum Beispiel, ab etwa 1947 eigens irgendwelcher staatlicher Zwangsmaßnahmen, seine bildende Kunst, jedenfalls deren öffentliches Wirksamwerden, vom antifaschistischen Aufarbeiten wegzulotsen und – über kleinere „abstrakte“ Umwege – in den Phantastischen Realismus „hinübergleiten“ zu lassen? Bedarf es, bis heute, eines höchstamtlichen Willkür-Edikts, einer es erzwingenden allmächtigen Exekutive und einer proklamierten „Staatskunst“, damit Österreichs Postdirektion zwar seit nunmehr schon 19 Jahren alljährlich eine Sondermarke „Zeitgenössische Kunst in Österreich“ herausbringt, darunter aber bislang keine einzige von Sussmann, Verlon, Hrdlicka, Eisler, Frohner, Escher, Leskoschek, Kurz-Goldenstein, Martinz…?

Ist das bloß ein Curiosum vorerst noch ungelenker Pluralismus-Handhabung in der „Post-Moderne“? Schon 1931, also noch vor der Dollfuß-Herrschaft (die in der nunmehrigen Ausstellung dankenswerterweise eindeutig als eine Diktatur gekennzeichnet wird), fehlte in einer ganzen Briefmarkenserie mit Porträts bedeutender österreichischer Dichter just der vielleicht bedeutendste: Nikolaus Lenau. Wohl weil er uns nicht nur das Postillion-Idyll, sondern „leider“ auch die gewaltigen, den Zweifel an den Mächtigen fordernden „Albigenser“ hinterlassen hat? Er fehlte jedenfalls. Ebenso wie ein Jahr später, in einer Malerserie, ausgerechnet Egon Schiele. Es herrschte, wie gesagt, noch keinerlei Diktatur; doch längst schon, seit Jahrhunderten schon, gar manches Diktat.

Fußt selbiges nun „eben auf künstlerischen Kriterien und der Bedeutung des Werks“? Dann müßte es hierzulande doch unvergleichbar mehr Robert-Musil-Straßen als etwa Ottokar-Kernstock-Plätze geben? Es gibt sie nicht. Der Staat bewirkte dies nicht durch seine Verfügungen, sondern durch sein gesellschaftliches Gesamtklima.

Woraus aber schöpft „man“ überhaupt die Berechtigung, abwertend von „Staatskunst“ zu sprechen, aber damit nicht etwa die „Kunst“ der Staatslenker zu meinen, sondern die Kunst der Künstler? Und diese Kunst als stumpfen Dienst an „der Diktatur“, wenn nicht gar als Liebedienerei abzutun?

War das Florenz der Medici eine „freie Demokratie“, andernfalls Michelangelo eine Dienerseele, da er den Herrschern „Monumentales“ schuf? War, andernorts, Velázquez gar ein Speichellecker, weil er beim Porträtieren der Erlauchten ja noch an die kleinsten Juwelchen und die feinsten Fältelungen der Gewänder eine Aufmerksamkeit wandte, wie sie kein russischer Schmeichler an einer stalinschen Ordensbrust überbieten könnte?

Zweifellos üben die jeweiligen gesellschaftlichen Strukturen vielfältigen Einfluß auf „ihr“ Kunstschaffen aus, und das ist allemal gründlicher Untersuchung wert. Freilich: gründlicher. Also ohne Vorwegnahme etwa erwünschter Resultate, ohne unzulässige Verallgemeinerungen. Und alle Widersprüchlichkeit einbeziehend. Also (auch wenn „man“ das Wort nicht leiden mag): dialektisch.

Wie zulässig ist da aber die Annahme, künstlerische Blütezeiten seien stets und geradlinig Ausdruck gesellschaftlicher Liberalität, künstlerisch unergiebige Zeitläufe hingegen Resultat gesellschaftlicher Zwänge, wie sie sich „eben“ auch gegen schöpferische Aufbrüche richten, so daß nur die alleraufrechtesten „Dissidenten“ sich selbst und „der“ Kunst treu bleiben können?

Wie wäre es da, um nur Österreich wohl wesentlichs folgenreichste Beispiel zu n just im Zeichen des ebenso wie totalitären (und kein „samtenen“!) Siegs der Gege mation und des Absolutismu üppigen Blütensegen des Bar kommen? Und wie könnte es, genüber, geschehen, daß im he gar demokratisch-pluralis Österreich, das „der Kunst di heit in der Verfassung veranke diese Freiheit nicht etwa zum hen des Schaffens, sonder schmerzhaften „Beschneide Wildwuchses“ führte und f Künstler – in einer offiziellen lierung der Interessengemei österreichischer Autoren – al beschränkt bleibt auf „die Fre sehen, wo man bleibt“, näml meist auf der Strecke?

Auf der Strecke blieb allerd manches (und wohl auch sc cher!) schon seit langem. Ni letzt, ja vornehmlich durch d rock und dessen absolutistisch gentschaft. Die Opfer fallen wicht. Zu ihnen zählen wert doch dem Verfall preisgegeben sche Fresken der Zünfte (e Salzburgs Franziskanerkirch gesamte bäuerliche Literatu Malerei der Reformationsze letztlich wohl auch der Wien phansdom in seiner endgültig urteilung zum Turmstumpf peldasein. Und wer weiß w nonbarocke künstlerische Au noch; wie etwa jene des bis h gut wie unbekannt gehaltener ters Benedikt Joseph Koller.

Kann eine Ausstellung übe Kunst und „die“ Diktatur auc Diktatur beleuchten? Und wi das Barock als „Staatskunst“ zeichnen, wie sie sich ja durch formität“, offenkundige „Mo talität“ und schon damit prak „Parteilichkeit“ manifestiere dann aber das Biedermeier „ nen“, das betont „staatsko war, in dem aber einzig seine ger (von Beethoven über Nestroy und Kürnberger bis numentales“ schufen?

Um es „klassischer“ einzul War das antike Athen „die“ D Sparta hingegen Ort und Hor Kunstentfaltung, da es doc ebenso staatskonformes wie mentales Parthenon errichte Wurde New Yorks Freiheit

dieses monumentale und zu Recht pathetische Politikum, etwa im Zeichen „der" Diktatur und zu deren Verherrlichung installiert?

Und ein sowjetisches Befreiungsdenkmal?

Solche Fragestellung mag „bloß rhetorisch" anmuten. Doch sie zielt auf Wesentliches. Sie bezweckt nicht etwa die Beschönigung gesellschaftlicher Zwänge, sondern das genaue Gegenteil: deren qualitativ zureichende Überwindung. Auch und gar nicht zuletzt im Interesse von Kunst und Künstlern. Die nämlich bleiben unbegriffen, ja entwürdigt, solange sie an äußerlichen, formalen und stilistischen oder gar nur modischen Entsprechungen oder auch Unterscheidungen gemessen werden und nicht an dem für sie – und für uns alle! – doch Entscheidenden: an Wesen und Gültigkeit ihres kommunikativen und damit also gesellschaftlichen Anliegens.

Haben denn schon unsere fernsten Vorfahren die Wände ihrer Steinzeithöhlen etwa darum „bekunstet", weil die ringsum bedrängende Welt ein Zuwenig an Formen und „Stilen" bot und man das Manko, quasi in Freizeitgestaltung, „musisch ausgleichen" wollte? Oder nicht doch in dem elementaren Bedürfnis, durch Festhalten – durch „Bannen" – den Gefahren das Zuschlagen, der Beute das Entfliehen zu entwinden?

Kunst ist eben kein (allenfalls verzichtbarer) „höherer Wert", sondern die historische, also reichlich widersprüchlich gefügte Summe aller menschlichen Bestrebungen, vermittels eigenpersönlicher Gestaltung von „Stoff", von Lebenserscheinungen, über Gestaltbarkeit und Bewältigbarkeit allen Stoffs, eben von Welt und Leben, und zwar durch den Menschen, mit anderen Menschen zu kommunizieren.

Zu bannen, durch Formung zu bewältigen, gibt es auch für uns Heutige reichlich viel. Kunst ist und bleibt darin gemäß ihrer Grundfunktion auf jeden Fall – Parteinahme.

Sogar aktive: tätig für die Bewältigbarkeit. Der Kunst diese Parteinahme abzuerkennen, hieße letztlich, sie zu morden. Und zwar samt allen, die eine unveränderbare Welt nicht überleben würden.

Entscheidendes Kriterium ist also nicht die – jedenfalls gegebene – Parteinahme „an sich", sondern deren jeweilige Grundhaltung, spezifische Zielrichtung und auslösbare, wenngleich kaum gewährleistbare gesellschaftliche Folgewirkung: Erstrebt und vermittelt sie, ob bewußt gewollt oder nicht, Lebensbewältigung und -veränderung hin zu objektiv Humanerem – oder aber tiefer hinein in Unmenschlichkeit. Mißbrauchbar, gewiß, sind beide Haltungen. Verzichtbar, jedoch, ist nur die eine.

Fällt da die Unterscheidung wirklich so schwer, wie allzu oft getan wird? Wäre Goya die tiefe Parteilichkeit der „Desastros" anzulasten, die Schlachtenglorifizierung diverser heimischer Kriegerdenkmale hingegen zu begrüßen? Liegt der Unterschied primär wirklich bloß im künstlerisch-handwerklichen „Niveau"? Wer da die Nase rümpfen mag über das „Pathos" in der Kunst der frühen Sozialdemokratie (von Freiligrath bis Anton Hanak), der müßte Beethoven und Tschaikowskij verachten, weil sie doch jeweils eine „Pathétique" nötig zu haben glaubten, wo doch in allen Salons bewiesen wurde, zu welch unprätentiöser Schlichtheit „die" Kunst „vorstoßen" kann.

Doch um auf den Anlaß der Fragen zurückzukommen: Wo liegt die künstlerische und damit die menscheitsgeschichtliche Potenz in den unvergleichbar besseren Händen: im Lebensüberschwang eines Maxim Gorkij oder in der Menschenverachtung eines Gabriele d'Annunzio?

Maxim Gorkij war es ja, der Ende der zwanziger Jahre den seither ebenso oft wie verfehlt strapazierten Begriff „Sozialistischer Realismus" prägte (der übrigens außer von der KPdSU nur von wenigen Parteien der Kommunistischen Weltbewegung übernommen oder gar „abverlangt" wurde; auch von der KPÖ praktisch nicht). Gorkij forderte nichts anderes als eben das der Kunst innewohnende Durchdringen der Wirklichkeit, jeglicher Wirklichkeit; die Parteinahme zugunsten aktiven menschlichen wie gesamtgesellschaftlichen Erkennens und Bewältigens; nun aber, erstmalig und in Weiterentwicklung des von ihm hochgeschätzten bürgerlichen Realismus, zusätzlich qualifiziert durch Sichtweise und Sichtweite einer wissenschaftlichen Weltanschauung.

Was und wer da in der Folge anderes zu verstehen beliebte, und warum, lag gewißt nicht in Gorkijs Sinn. Daß es dennoch geschah, geschehen konnte, gehört mit zu dem vielen Entsetzlichen unleugbarer Wirklichkeit. Allein: Auch sie will – und möge – als bewältigbar kommuniziert werden!

Eben darum sollten auch noch so gut gemeinte Vergleiche von Unver-

produktionen, die Österreich gastliche Bauernstuben schmücken, werden ja nicht eben an Kubin und Kokoschka gemessen. Vergeblich aber wird man in der sowjetischen Kunst, selbst in ihrem tristesten Tief, nach Arbeiten suchen, die zwischen Heldenehrung und Kriegeslust nicht scharf zu trennen wüßten; oder die rassistisch oder sonstwie menschenverachtend wären.

Warum wohl – so weltenweit anders als im Faschismus?

Keine Antwort – und nichts und niemand – darf verschleiern, daß die nämliche UdSSR, die Kunst und Künstlern bislang ungeahnten Wandreichtum bot, ihnen und nicht nur ihnen zur nämlichen Zeit auch Trennmauern errichtete und grausigerweise auch Mauern für Lagerbaracken. Das bezeichnet, weil allem Sozialismus-Anspruch entgegen, ihre nicht allein für sie, sondern welthistorisch tragische Entartung. Der Sozialismus muß lernen, sie zu vermeiden. Die Konzentrations- und Vernichtungslager des Faschismus hingegen kennzeichnen nicht etwa dessen Entartung, sondern die schauerliche Verwirklichung seines von ihm nicht trennbaren, ja programmatisch verkündeten – und auch heute noch hochaktiven! – Wesens.

Die Schuld Stalins und der Seinen gipfelt gerade darin, daß sie an der Spitze einer zum Schaffen gesellschaftlicher Alternativen bestimmten Bewegung dem, was sie bekämpften, in so vielem (und im Kunstbereich: jeglicher inquisitorischen Macht, ob nun durch bücherverbannenden klerikalen „Index“, ob durch Künstlerhexenjagd in den USA McCarthys oder ob durch sich demokratisch gebende Medienmonopole) allenfalls Entsprechungen, aber eben nicht Alternativen entgegenzusetzen verstanden.

Gehört das Erkennen und Ermessen dieser Sachverhalte nicht entscheidend mit zu dem, was Kunst und Künstler, diese lebenswichtigen Lebensbewältigungshelfer unserer Welt, nun ihrerseits zu bewältigen haben? Hilft ihnen die Wiener Ausstellung darin?

Sie fand sich, und das ist nicht zu unterschätzen, immerhin bereit, sich diese Fragen stellen zu lassen. Es kommt freilich darauf an, sich nun – ihnen zu stellen. ■

Arthur WEST ist Schriftsteller, ehemaliger Kulturredakteur der »Volksstimme« und Mitglied der Grazer Autorenvereinigung.

Zum Tod von E. Rabofsk

Widerstandskämpfer, Jurist im Dienste der Arbeiterbeweg

Die Minister und die Toten*

Hunderte Gegner des Hitler-Regimes verbrachten im Herbst 1944 die grauenvollen Tage und Nächte zwischen Todesurteil und Hinrichtung im Gerichtsgefängnis München-Stadlheim. Ein furchtbarer Bombenangriff der amerikanischen Luftstreitkräfte im November 1944 bot drei Todeskandidaten aus Steyr Gelegenheit, einen verwegenen Fluchtplan in die Tat umzusetzen. Karl Punzer verfügte nach jahrelanger Haft nicht mehr über die Kräfte, um an den Erfolg des so gut wie aussichtslosen Ausbruchsversuchs zu glauben. Aber er lenkte bewußt die ersten Verfolger auf sich, um seine Landsleute vor dem Henker zu retten, dem er selbst unverzüglich ausgeliefert wurde. Trotz einer Hetzjagd sondergleichen erreichten Josef Bloderer und Franz Draber in der für zum Tode Verurteilte besonders gekennzeichneten Sträflingskleidung ihre oberösterreichische Heimat. Nach einer körperlichen und seelischen Leistung, die einer Heldensage entnommen sein könnte, aber wie so viele Taten österreichischer Freiheitskämpfer unerwähnt blieb, fanden sie bei österreichischen Patrioten Unterschlupf und überlebten das Todesurteil der deutschen Blutjustiz.

Auch vor dem Nazivolksgerichtshof hatten die Steyrer Arbeiter alles versucht, um die von schamlos-willfährigen Juristen erhobene Hochverratsanklage zu durchkreuzen. Es gelang ihnen, was nur wenigen gelungen war: eine Wiederholung der Hauptverhandlung zu erreichen. Doch am 23. Mai 1944 zerschlug der Nazistaatsanwalt Heinrich von Zeschau die letzte Hoffnung von sechs österreichischen Widerstandskämpfern. Bei dieser Art von Richtern war kein Funke von Anständigkeit und Menschlichkeit zu finden.

„Besonders eindrucksvoll“ und „mit selbständigem Einsatz“ verstand es der in seinen Personalakten als „sehr guter Kamerad“ bezeichnete Blutjurist, die Steyrer Arbeiter „der Gründung und Beteiligung an einer marxistischen Unterstützungsaktion“ zu beschuldigen. „Hierdurch haben sie den Hochverrat vorbereitet, u durch zugleich den Feind stigt“, so begründete das Nazi richt sein Urteil. Der Einstel hann Palme, der Dreher Johar pel, der Hilfsarbeiter Anton der Kontrollarbeiter Josef B der Werkzeugschlosser Franz und der Monteur Karl Punzer, che aus Steyr, wurden zum To zu Ehrenrechtsverlust auf Leb verurteilt. Nach einem irreg Verfahren, in dem praktisch Verteidigungsmöglichkeit b und lediglich die erfolterten ständnisse“ der Gestapo sow Denunziationen der Werksabwe Steyr-Werke berücksichtigt w unter Zugrundelegung der ju völlig unhaltbaren Annahme Sammeltätigkeit für verhafte beitskollegen begünstige den kam Landesgerichtsrat von Z zu einem selbst in der NS-Justi alltäglichen Erfolg: sechs Tode le gegen Österreicher in eine handlung!

Die an der Blutgerichtsbark „Dritten Reiches“ beteiligten R und Staatsanwälte verschwand dem Zusammenbruch des natio zialistischen Regimes vom un baren Schauplatz ihrer Untate versuchten vorher, die Urteil Akte der Nazi-Geheimgerich ebenso gründlich zu vernichte sie vorher mit ihren Opfern ver waren. Die den Überlebende Hitler-Justiz versprochene Ur chung der von der NS-Justiz ve Verbrechen und die Bestrafu schuldigen Richter und Staatsa te wurde mit der Begründung wieder hinausgeschoben, daß d hebungen dieser Untaten weit Zeit in Anspruch nehmen wie d strafung der Taten kleiner Ort penleiter der NSDAP. Und d Hitler-Blutjustiz Entronnenen ten viel Geduld, weil sie korrek richtsurteile über jene Richte hängt wissen wollten, die sich zu der blutigsten Verhöhnun Rechts hergaben.

---

* Aus: Eduard Rabofsky, Wider die Res im Recht, Wien 1991

Biographie

Wie Recht nicht ohne Rechtsbruch zu verstehen ist, so Rechtsentwicklung nicht ohne Widerstandshandlungen gegen geltendes Recht. Rabofsky stellte sein Wissen als Jurist in den Dienst der Arbeiterbewegung; das Besondere aber ist, daß er als Angehöriger der Arbeiterklasse Jurist wurde
Eduard Rabofsky wurde 1911 in Wien geboren. Er besuchte die Volksschule, die Bürgerschule und erlernte den Beruf des Autoschlossers. Er war im Verband der sozialistischen Arbeiterjugend und als Funktionär für Lehrlingsschutz aktiv.
In Abendkursen erweiterte er sein Wissen; in Veranstaltungen der Arbeiterbewegung wurde er mit dem Marxismus vertraut. Die kapitalistische Wirtschaftskrise warf ihn in die Arbeitslosigkeit. Gegen die Dollfuß-Liquidierung der bürgerlichen Demokratie mittels Waffengewalt leistete er bewaffneten Widerstand. Erstmals 1934 verhaftet, konnte er entkommen.
Nach dem Verbot aller Arbeiterorganisationen arbeitete er im illegalisierten Apparat des Kommunistischen Jugendverbandes. 1935 besuchte er die Internationale Lenin-Schule in Moskau. Seit 1937 war er Mitglied der KPÖ.
1941 von der Gestapo wegen Hochverrats verhaftet, bereitete er sich in Gefangenschaft streng geheim auf die Matura vor. 1943 wurde er mangels Beweisen freigesprochen. Von der Wehrmacht desertierte er zu den sowjetischen Truppen und nahm schließlich an der Befreiung Wiens teil.
Durch böse Erfahrungen und klare Einsichten geprägt, beteiligte er sich am Aufbau einer demokratischen Exekutive. Er legte die Matura ab und studierte Jus. Seit 1946 arbeitete er in der Rechtsabteilung der Arbeiterkammer und leitete diese später bis zu seiner Pensionierung 1976.
Er promovierte 1948 in Wien und habilitierte sich 1970 in Berlin und war dort seit 1976 Honorarprofessor.

Festschrift für Georg Knepler

Hanns-Werner Heister, Karin Heister-Grech, Gerhard Scheit (Hg.), Zwischen Aufklärung & Kulturindustrie. Festschrift für Georg Knepler zum 85. Geburtstag. Rolf-von-Bockel-Verlag Kultur und Wissenschaft, Hamburg 1993, Bd. I: MUSIK/GESCHICHTE, 246 Seiten; Bd. II: MUSIK/THEATER, 284 Seiten; Bd. III: MUSIK/GESELLSCHAFT, 316 Seiten; jeweils mit Abb. und Notenbeispielen, 1680 Schilling.

„Nur Lumpe sind bescheiden", meinten, mit Goethe, offensichtlich die drei HerausgeberInnen, und stellten zu Ehren Georg Kneplers eine Festschrift zusammen, die allein schon vom bloß äußeren Umfang her nicht unbeträchtlich erscheint. Knepler, der Herkunft nach jüdischer Österreicher, wegen Austrofaschismus und deutschem Faschismus ins englische Exil gegangen, nach dem Krieg zunächst nach Wien zurückgekehrt (das ihn nicht wollte), dann mit Begeisterung am Aufbau eines „einstweilen gescheiterten" Sozialismus in der damaligen DDR beteiligt, führender marxistischer Musikwissenschaftler (und nach dem Tod seines Freundes Harry Goldschmidt wohl der einzige von Rang und internationaler Ausstrahlung in der Ex-DDR), hat einen solchen Aufwand mehr als verdient.
Die drei jeweils thematisch zentrierten Bände sind allerdings nicht bloß quantitativ, sondern auch qualitativ von einigem Gewicht. AutorInnen aus verschiedenen Generationen, Wissenschaftsdisziplinen und Ländern (darunter viele aus Österreich) knüpfen hier an Kneplers Programm eines fachübergreifenden Ansatzes als ein Königsweg zur Musik an: mit Beiträgen aus Musikgeschichte und Musikethnologie, Theater- und Literaturwissenschaft, Ästhetik und Soziologie, Geschichte und Kunstgeschichte, Biologie und Ethologie, Rechtswissenschaft und Philosophie. Dabei werden neben Übereinstimmungen durchaus auch Widersprüche bis Gegensätze spürbar, etwa in der Rolle des Fortschritts: Kurt Blaukopf oder Christian Kaden etwa in seinen *Beobachtungen* zum Musikbegriff negieren ihn eher, Günther Tembrocks evolutionsbiologischer Ansatz entsozialisiert ihn, Joachim Noller etwa in seiner aufschlußreichen Quellenanalyse zu Nonos *Fabbrica illuminata* relativiert ihn.
Ein erster Schwerpunkt in Band I sind Untersuchungen zum Begriff wie zu den Anfängen von Musik und zur musikhistorischen Methode (Janos Marothy und Marta Batary, Jaroslav Jiranek, Sergio Miceli). Einen zweiten Schwerpunkt bildet die Aufklärung (dazu u.a. Maynard Solomon, Peter Rummenhöller, Jiri Fukac und mit einer besonders vielschichtigen Mozart-Analyse Peter Schleuning), eine Zeit, deren unabgegoltenes Erbe Knepler mit besonderer Hartnäckigkeit zu reaktivieren versucht. Im Kapitel zur Musikgeschichte des 19. Jahrhunderts findet sich Erhellendes zur Ausdrucksästhetik, über Realismus bei Berlioz und Wagner, über Mahlers 4. (Hartmut Fladt), über kubanische Kinderlieder mit internationalen und archaischen Verflechtungen von Axel Hesse. Bei neuer Musik schließlich ragen neben Untersuchungen zum Verhältnis von „Inner"- und „Außermusikalischem", zu Musik über Musik am Beispiel Gerhard Stäblers, zu Bartok (Jozsef Ujfalussy), und über Schönbergs antifaschistisches *Kol Nidre* (Hartmut Lück) die umfangreiche und musterhafte Analyse von Thomas Phleps (*„An Anna Blume" – ein vollchromatisiertes Liebesgedicht von Kurt Schwitters und Stefan Wolpe*) sowie Claudia Maurer Zencks umfassende Studie *Ernst Krenek, der Zeitgenosse*.
Band II versammelt Beiträge zum Zusammenhang von Musik und Theater, und zwar in historischer wie in logischer Blickrichtung. Einen ersten Schwerpunkt bil-

schen und musikästhetischen Überlegungen bis zu biographischen Spurensicherungen. So wendet sich etwa Martin Wehnert grundsätzlich gegen eine Verabsolutierung musikalischer Syntax; Hermann Sabbe versucht eine *Extrapolation von Adornos „Philosophie der neuen Musik“*, John Paynter umreißt die Bildungsaufgabe des Komponisten, Thomas Metscher entwirft unter dem Begriff der *Ästhetischen Episteme ein kunstphilosophisches Konzept*, dessen marxistischer Tenor etwas umstandslos zum Beispiel Heidegger als Contratenor vereinnahmt. Solchen Tendenzen zum Gutgemeinten setzt Kilian Stein eine aus intensivster Aneignung und produktiver Umsetzung des marxschen Kapitals gewonnene strikte Grundlagenforschung entgegen (*Ästhetische Tätigkeit und bürgerliches Grundverhältnis*). Fritz Tomberg schließlich überdenkt kritisch und zukunftsbezogen Hegels *Diktum vom Ende der Kunst*.

Historisches kommt herein mit Renate Reschkes *Skizze musikästhetischer Auffassungen Friedrich Nietzsches*, Nike Wagners *Karl Kraus mit Leo Popper gegen Georg Simmel. Zweierlei Ästhetik der Moderne* und Reinhard Ermens *Ferruccio Busonis Ästhetik*. Auf aktuelle Fragen zielt Helmut Rösings *Mündlichkeit in populärer Musik afro-amerikanischer Herkunft* und Günter Mayers *Da Pacem – Musiken und die Konflikte in der Welt*.

Zwei ausführliche Studien sind historisch-politisch akzentuiert. Zum einen Hans G. Helms detailfreudige Schilderung der Vorgänge um *Diego Riveras sozialistische Wandmalereien in Detroit und New York 1932 bis 1933* und, differenzierter und genauer, Anabella Weismanns facettenreiche Moritaten-Untersuchung *Die merk-würdige Geschichte vom Schuster und seiner Sabine: Revolutionssatire, Dienstmädchenmoral, „Lustiges Lied“*. Schließlich kommt österreichisches einmal mehr nicht zu kurz: mit Manfred Wagner (*Mozart – ein Revolutionär von eigener Gestalt?*), Peter Roessler (*Zu den Dramen Ferdinand Bruckners*), Wilhelm Svoboda (*Rudolf Serkin*) und Renate Göllner über *Die dritte Vertreibung Hanns Eislers* (nämlich die aus Wien).

Daß nicht alle Beiträge gleichermaßen gelungen sind, versteht sich schon angesichts der Zahl der an diesem Großprojekt Beteiligten. Trotzdem ist durch Fülle und Vielfalt, Inhaltsreichtum und Multiperspektivik diese Festschrift nicht nur des Geehrten, sondern auch der „Dritten Sache“ im Sinne Brecht/Eislers würdig.

Florian Felix

Staatlicher Monopolkapitalismus

Leserbrief zu »Weg und Ziel« 2/1994: „Konjuktur für wen?“ von Jürgen Kuczynski

1. Lenin hat in seinen Schriften über den Imperialismus den Monopolkapitalismus nie auf den „Monopolen“ Ford oder IG-Farben bestanden, das heißt auf dem Monopolbegriff, wie er bei uns etwa im Tabak-Monopol verstanden wird, sondern als Bemühungen der größten kapitalistischen Unternehmungen Absprachen über Preise, Absatzgebiete etc. zu erzielen. Und in diesem Sinn haben wir auch heute noch den staatlichen Monopolkapitalismus. Ein Beispiel: In Österreich gab es bis vor kurzem das Milchprodukt-Monopol. Jede einzelne Molkerei hatte für ihre Hauptprodukte ein bestimmtes Gebiet, in das sie und nur sie ihre Produkte vertreiben konnte. Das hatte zur Folge, daß sie relativ hohe Preise erzielten – um 50 Prozent höher als in der BRD. Nun wurde den Molkereien zugestanden, daß sie ihre Produkte österreichweit verkaufen können, und sehr viele Molkereien halten den Konkurrenzdruck nicht aus und müssen schließen. Das ist staatlicher Monopolkapitalismus. Natürlich ändern sich verschiedene Bedingungen.

2. Das „Oligopol“ an Stelle des Monopols haben schon die Keynesianer und Neokeynesianer, die ja alle Antimarxisten und Antileninisten waren, propagiert, so daß diese „Änderung“ nichts neues ist. Es ändert jedoch nichts daran, daß wir im Zeitalter des staatlichen Monopolkapitalismus leben.

3. Zur Krisentheorie: Zur Zeit von Marx entwickelten sich die Krisen wie folgt: Die Produktion ging um eine zweistellige Prozentzahl zurück (in der Krise 1929 bis 1932 fiel die Industrieproduktion in Deutschland um 42,8 Prozent), die Märkte waren überfüllt, das bare Geld wurde unsichtbar, der Kredit verschwand, usw. Heute gibt es nur ein geringfügiges Schwanken, ohne Einfluß auf Kredit, ohne „Unsichtbarwerden“ des Geldes, ohne Überfüllung des Marktes. Das heißt, das sich das Wesen der wirtschaftlichen Entwicklung im Kapitalismus geändert hat. Die Ursache dafür ist der Computer. Ab den fünfziger Jahren hat der Computer in den entwickelten kapitalistischen Ländern die „Führung“ des wirtschaftlichen Geschehens übernommen. Das erste Gebiet, auf dem der Computer die Herrschaft übernommen hat, sind die Buchhaltungen. Jeder Betrieb weiß jeden Tag, wie sich seine Verkäufe entwickeln, daher gibt es keine „Überproduktion“ im althergebrachten Sinn. Daher kann man auch nicht mehr vom Zyklus in dem Sinne sprechen, wie ihn Marx verstanden hat. Daher gehört eine neue Theorie der Entwicklung der kapitalistischen Wirtschaft her. Aufgebaut auf Tatsachen, und nicht auf Wunschtheorien.

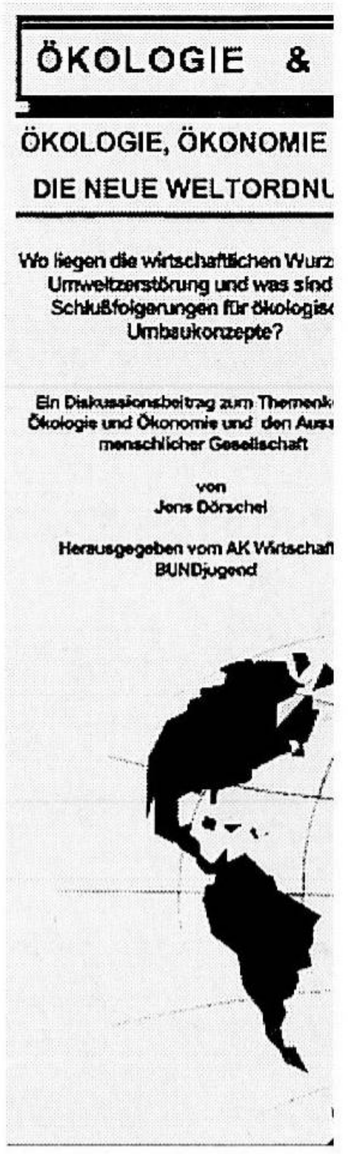
4. Die Arbeit von John Maynard Keynes, auf die sich Kuczynski beruft, heißt nicht „Demand Theory“, sondern „The General Theory of Employment, Interest and Money“ (Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes). Keynes baut auf dem französischen Po
nomen Jean Baptist S
der in seinem 1802 in
erschienenen „Traité
nomie politique“ (Tra
über die politische Ö
mie) zeigt, daß die Wa
wirtschaft eine Wirts
der Vollbeschäftigung
jeder Kauf gleichzeiti
kauf ist, und daß dah
Gesamtkaufkraft imr
gleich ist der Gesamt
tion. Marx zeigt im zw
Band des „Kapitals“
Analyse der erweitert
produktion des gesell
lichen Gesamtkapital
jeder Entzug von Mit
aus der Zirkulation z
Schatzbildung eine S
der Zirkulation herbe
(die Gesamtkaufkraft
geringer, als die Gesa
duktion) und Keynes
dasselbe auf andere A
Weise –, daß Gleichge
zwischen Sparvolume
kumulation von Kapi
und Investitionsvolur
Voraussetzung für Vo
schäftigung ist, das h
das es auch einen Kap
mus ohne Arbeitslosi
geben kann. Die Tend
zur Dienstleistungsge
schaft wird immer stä
es muß nur genügend
kraft vorhanden sein,
Dienstleistungen auch
nießen. Kaufkraft wir
durch hohe Zinsen de
kulation entzogen. 90
zent der Spareinlagen
große Beträge, bei den
Zinsen nur zur größe
kumulation beitragen
her verlangt Keynes ,
sanften Tod des Rentn
also Zinsfuß gleich N
Und in dem Moment,
ste Bankrotts auf den
ginn einer Krise hinw
verlangte er Eingriffe
Staates. Und wenn di
Verschuldung führen
dann soll die Regieru
Zehnjahresbudget ers
in welchem in den gu
Jahren die Schulden,
den schlechten Jahren
macht wurden, getilg
den.

Natürlich haben wir
einer Konjunktur für
Kapital zu tun. Nur b
teten sowohl die Mar
als auch Keynes als e
dend für „Krise“ – di
zahl der Arbeitslosen

Leo Maché

Jens Dörschel

Ökologie, Marktwirtschaft und die neue Weltordnung

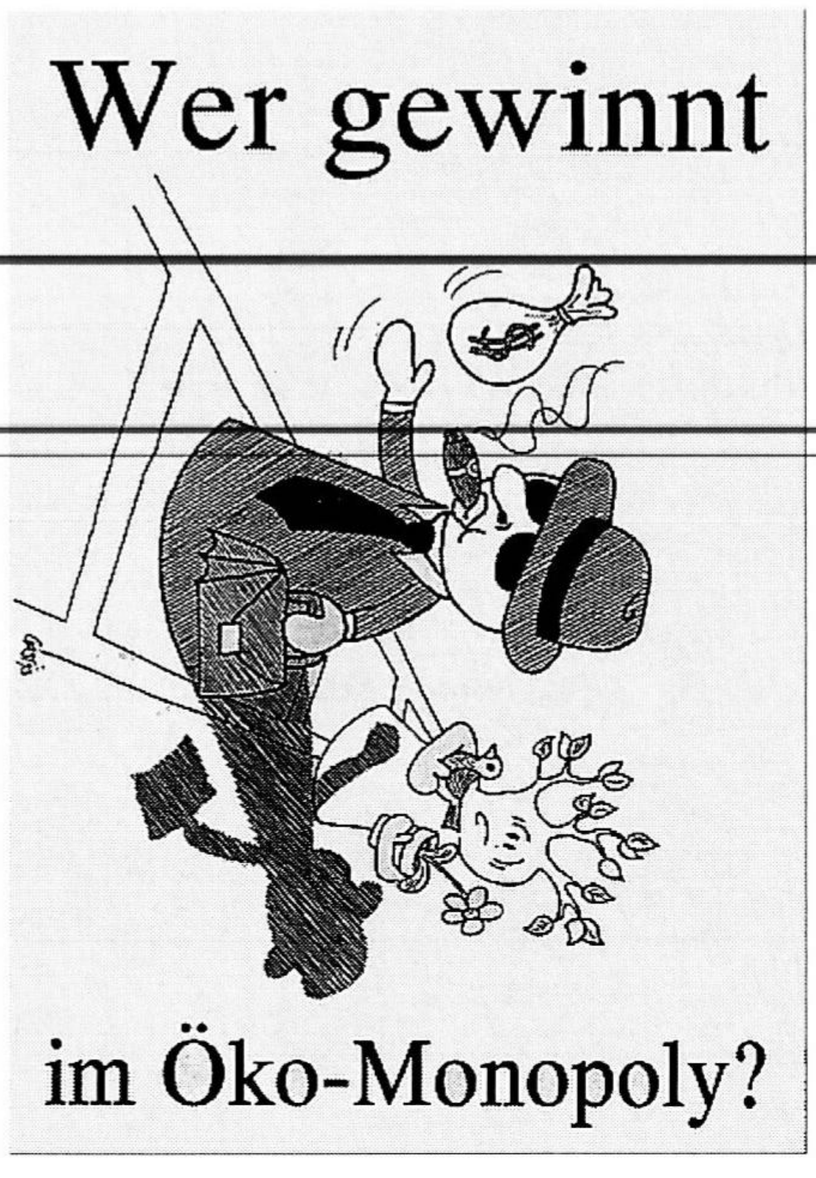


Herausgegeben vom AK Wirtschaft der BUNDjugend
Broschüre, 86 Seiten, 7 DM plus Porto
Erhältlich bei Jens Dörschel, Steinweg 17/18, D-38100 Braunschweig
Tel. und Fax 06/0531/16187
Diese umfangreiche Broschüre ist aus der jahrelangen Erfahrung des Autors in der Öko-Bewegung entstanden: Über wirtschaftliche Ursachen der Umweltzerstörung wird vor allem seit 1989 kaum mehr gesprochen. Wenn seither von Ökologie und Ökonomie die Rede ist, dann von ökologischer Marktwirtschaft. Systemimmanente Schwächen der kapitalistischen Wirtschaftsform werden nicht mehr wahrgenommen. Die Broschüre richtet sich vor allem an jene, die mit Problemen der ökologischen Krise und den Forderungen der Ökologie-Bewegung halbwegs vertraut sind, sich jedoch mit den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Fragen bisher wenig befaßt haben.

Wer gewinnt im Öko-Monopoly?

Reader zum Jugendumweltkongreß 1993/94 in Göttingen,
37 Seiten, 2 DM plus Porto, erhältlich bei Jens Dörschel, siehe oben

Einleitung der Broschüre
„Und wer soll das alles bezahlen? Das kann keiner machen, dann sind wir nicht konkurrenzfähig! Kein die Arbeitsplätze sind futsch, die Sonne geht für immer unter, und wir sterben!" Da bin ich wieder: vol Wann immer ich inmitten einer Runde unserer Eltern-Generation sitze und mich nach langem Frotzeln tung einlasse, passiert es mir. Wie ein dummes Schaf habe ich mich erst herumführen lassen, bis ich er Schlachtbank liege: den sogenannten Sachzwängen der Wirtschaft. Totschlag- um Totschlagargumen nieder — meine Ideen gescheitert, ich habe verloren. Die Rund schweigt zufrieden: wieder ein Maul Der Herr da vor mir ist erfolgreich und alt genug, um nur noch an Geld denken zu können. Er hat alles tiert souverän: Er hat sein Leben lang gearbeitet, er weiß Bescheid, ist sozusagen eine Autorität auf schaft. Er weiß es eben einfach besser. Und was weiß er? Nun ja, wenn alle Arbeit haben, ist das gu



Bruttosozialprodukt. Alles klar? Ja, er weiß noch mehr. Der alles, und ich bin Kommunist, Sozialist oder noch was Sch Sozialismus ist ja endlich tot. Alle gleich, das geht gar nic durch, freier Markt, Angebot und Nachfrage, die „unsichtb und ... aber das verstehe ich ja sowieso nicht!
Obgleich der Herr gewiß von Wirtschaft soviel Ahnung hat betreiber von dem, was er anrichten kann, hat er dennoch ge schließlich näher als der Rock — das monatliche Gehalt, das Wohnung und der jährliche Urlaub in Bangkok sind näher als Atemtod im Treibhaus oder der bunte, krebsgeschwürige Atc Letztlich wird jede Diskussion über Natur- und Umweltschu Sachzwänge, also Geld und Wirtschaft, zurückgeführt. Di undurchdringliche Thema wollen wir hier verständlich „auf Ihr in Auseinandersetzungen wißt, mit welchen naiven Hal schickt ausgekochten Umdeutungen von Wahrheiten Ihr es diesen Reader. Hier sind einmal viele wichtige Schlagwör kussion zusammengefaßt und im Lexikon am Ende erklärt. einige Hintergrundartikel, die Euch einfach zeigen wollen, mit zusammenhängen, damit Ihr nicht bei einer Diskussion In diesem Sinne: Nicht schlucken — aufmucken!

2 Termine zum Vorme

Symposium zum Thema

Biologismus, Rassismus, „Ganzheitlichkeit"

am Fr./Sa., 18./19. November 1994
im WUK, Währingerstr. 59, 1090 Wien.

Die Teilnahme bereits zugesagt haben:
Jutta Ditfurth, Ökologische Linke/Frankfurt
Ralf Sichler, Psychologe und Philosoph, Arbeitsschwerpunkt u.a.: Naturerleben und Naturverständnis im technischen Zeitalter aus historisch-psychologischer u. klinisch-psychologischer Sicht.
Michael Weingarten, Arbeitsgruppe kritische Evolutionstheorie/Frankfurt.
Susanna Heim, Hamburger Stiftung für Sozialgeschichte
Ulrich Kattmann, Anthropologe/Oldenburg
Elke Ostbomk-Fischer, Soziologin/Köln
Martin Potschka, Biophysiker/Wien
Lisbeth Trallori, Soziologin/Wien
Marianne Friese, Pädagogin/Bremen

angefragt:
Thomas Metscher/Ottenberg
Thomas Jahn/Frankfurt
Thomas Kluge/Frankfurt
Egon Becker/Frankfurt
Cornelia Klinger/Wien
Horst Seidler/Wien
Christian Ehalt/Wien
Rudolf Burger/Wien
Anton Staudinger/Wien

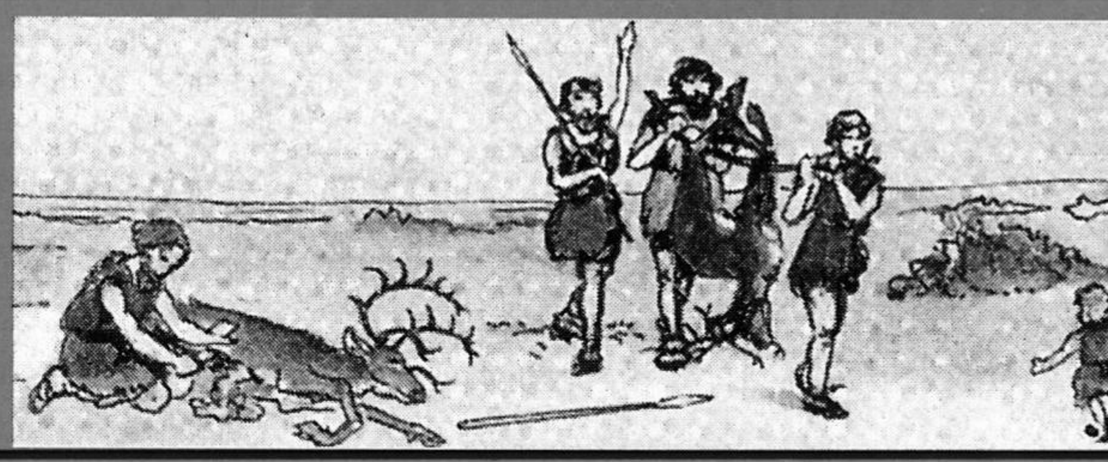
»Weg und Ziel« LeserInnen Fo

Diskussion der Artikel dieses Heftes

„Alles Öko?"

Donnerstag, 20. Oktober 1994, 19.3
Ort: voraussichtlich Uni Wien

Eingeladen werden die AutorInnen d
Schwerpunktes sowie VertreterInnen
Öko-Bewegung.



Ein Ersuchen des Verlags an den Briefträger:
Falls Sie diese Zeitschrift nicht zustellen können, teilen Sie uns bitte hier den Grund und gegebenenfalls die neue oder richtige Adresse mit.

Straße/Gasse Hausnummer/Stiege/Stock/Tür

Postleitzahl Ort

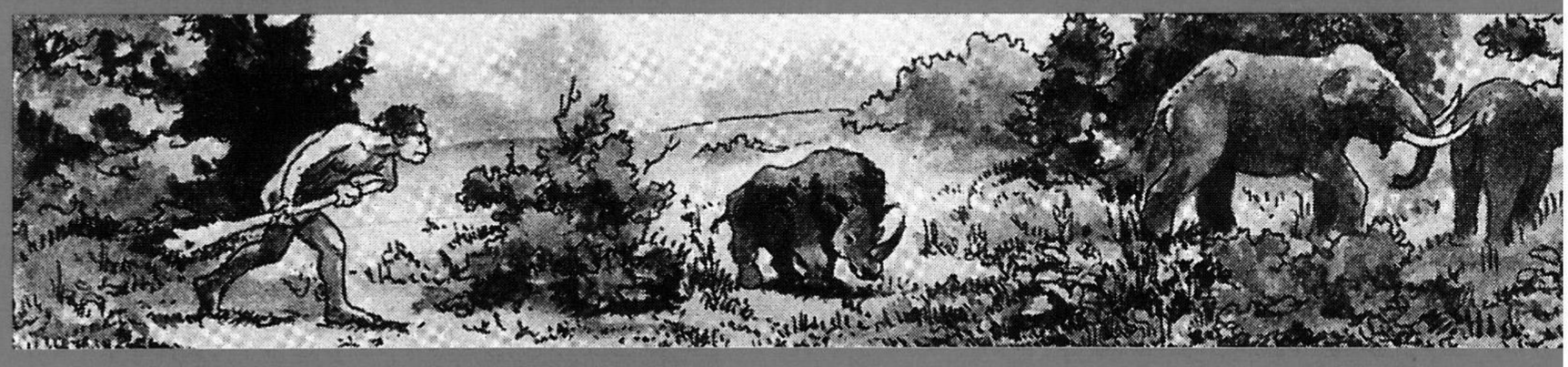
Besten Dank

P.b.b. Erscheinungsort Wien, Verlagspostamt 10

Weg und Ziel

Marxistische Zeitschrift

Alles Öko?



Nr. 3 • 1994 52. Jahrgang Einzelpreis 40 Schilling

AG Alternative Wirtschaftspolitik

MEMORANDUM '94

Standort Deutschland –
Kollaps der Staatsfinanzen?
Massenarbeitslosigkeit ohne Alternativen?
Sozialabbau ohne Ende?

Papyrossa-Verlag, Köln 1994
Neue Kleine Bibliothek 41, 240 Seiten, 233 Schilling

Das MEMORANDUM der Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik ist die wichtigste Anwort auf das Jahresgutachten der Fünf Weisen, von denen sich die Bundesregierung der BRD wirtschafts- und sozialpolitisch beraten läßt.
Das MEMORANDUM '94 greift die Themen auf, die das Mammutwahljahr 1994 und seine Wahlkämpfe prägen werden. Es erörtert konkrete und realisierbare Alternativen zur angeblich alternativlosen Regierungspolitik.

Das MEMORANDUM '94 hat folgende Schwerpunkte:

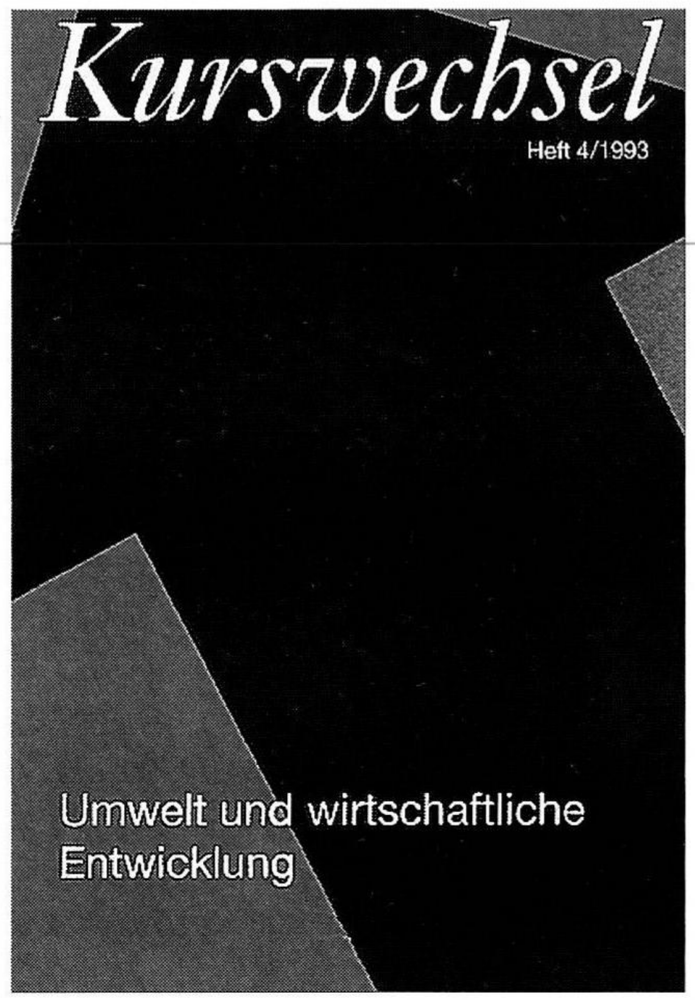
- Was ist dran an der Standortdebatte?
- Kollaps der Staatsfinanzen?
- Aufbau im Niedergang? Wirtschaftspolitik in den neuen Bundesländern
- Massenarbeitslosigkeit ohne Alternativen? Krise der Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik
- Verkürzung oder/und Flexibilisierung? Aktuelle Fragen der Arbeitszeitpolitik
- Ist die Rentenfrage wirklich gelöst?
- Wider den geplanten Sozialabbau! Zur Rolle der Systeme sozialer Sicherung
- Ökologischer Umbau ohne Alternative! Der Verkehrssektor

In der Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik haben sich seit 1975 Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen aus Universitäten, Forschungsinstituten und Gewerkschaften zusammengeschlossen, denen es, wie es in einer Rezension zum letztjährigen MEMORANDUM heißt, „in verständlicher Sprache um Alternativen zur Regierungspolitik geht".

Sechste Sommerschule der Arbeitsgruppe Alternative Ökonomie

Vom 18. bis 23. 9. 1994,
nahe Göttingen

Mit Rudolf Hickel,
Jörg Huffschmid,
Susanne Schunter-Kleemann,
u. v. a.
Nähere Infos:
Postfach 330447,
D-28334 Bremen



Kurswechsel

Zeitschrift für gesellschafts-, wirtschafts- und umweltpolitische Alternativen

Heft 4/1993
Umwelt und wirtschaftliche Entwicklung
Heft 1/1994 Alternative Ökonomie

Erhältlich im Buchhandel oder
beim Verlag Sonderzahl,
1040 Wien, Große Neugasse 35

Weg und Ziel

Marxistische Zeitschrift

Herausgeber:
Kommunistische Partei Österreichs

Redaktionskomitee:
Dr. Winfried Garscha
Dr. Günter Klodner
Mag. Julius Mende
Dr. Wolfgang Priglinger
Helmut Rizy
Dr. Maria Wölflingseder

Achtung neue Adresse:

Abonnement, Vertrieb und Redaktionsadresse:
Andrea Dampier, KPÖ,
Trattnerhof 2/14,
1010 Wien,
Tel.: 0222/533 60 23
oder Tel.: 0222/21 742-600

Erscheinungsweise:
fünfmal jährlich

Abonnement-Preise:
5 Hefte 200,- S; 35,- DM

Lay-out:
Michael Baiculescu

Druck:
Druckerei
Gerstmayer Ges.m.b.H.,
Schönbrunner Straße 215

Die nächste Nummer

erscheint im November

Themenschwerpunkt:

Medien

Inhalt

Nr. 3, Juli 1994, 52. Jahrgang

TENDENZ RECHTS

Sonja EDLER: Das Konzept des „Ethnopluralismus“ im rechtsextremen Diskurs 2

THEMA: ALLES ÖKO?

Einleitung: Maria WÖLFLINGSEDER 8

Franz SCHANDL/Gerhard SCHATTAUER: Dialektik der Ökologie – Ein Versuch über Mensch und Natur, Kultur und Emanzipation. 9

Thomas JAHN/Peter WEHLING: „Wir sind die nationalen Umweltschützer...“ – Konturen einer Ökologie von rechts in der BRD 20

Thomas JAHN/Peter WEHLING: Ökologie und Demokratie. 30

Jens DÖRSCHEL: Ökologie mit oder ohne die ArbeiterInnen? – Oder: Soll die Öko-Bewegung eine mittelschichtorientierte bleiben? 32

Thomas SCHMIDINGER: Es grünt so grün... – Von einer alternativen Umweltbewegung zur vierten Parlamentspartei. 40

Peter BIERL: Alles Öko? – Positionen der ökologischen Linken 44

BUCH ZUM THEMA

Elmar Altvater, Die Zukunft des Marktes – Ein Essey über die Regulation von Geld und Natur nach dem Scheitern des „real existierenden Sozialismus“. 51

KLASSE UND GESCHLECHT

Friedhelm KRÖLL: Scarlett O’Hara – Ein Versuch (Zweiter Teil). 52

KULTUR

Arthur WEST: Kunst und Diktatur – Fragen an eine hoffentlich antwortbereite Ausstellung 59

Zum Tod von Eduard Rabofsky 62

BÜCHER

Hanns-Werner Heister, Karin Heister-Grech, Gerhard Scheit (Hg.), Zwischen Aufklärung & Kulturindustrie. Festschrift für Georg Knepler zum 85. Geburtstag 63

LeserInnenbriefe 64

Umschlagbilder: Lebensbilder aus dem Eiszeitalter

Erste Umschlagseite: 150.000 Jahre v. Chr. – Riß-Würm-Zwischeneiszeit: Neanderthaler, Mercksches Nashorn und Waldelefant

Letzte Umschagseite: 75.000 Jahre v. Chr. – Würm I-II-Zwischeneiszeit: Flußpferd, Riesenhirsch, Wisent. 20.000 v. Chr. – Sommerliches Renntierjägerlager mit Fellhütte in der Holsteinischen Tundra. In den Teich versenkten die Jäger ein mit einem Stein beschwertes Opfertier sowie zahllose Reste ihrer Mahlzeiten.

Seite 8: 50.000 v. Chr. – Würm-II-Eiszeit: Mammut, Renntier und Wildpferde weichen vor einem Schneesturm aus. 500.000 v. Chr. – Zwischeneiszeit mit Flußpferden und Kaukasischem Flügelnußbaum.

Das Konzept des „Ethnopluralismus“ im rechtsextremen Diskurs

Beispiele aus Österreich

Sonja EDLER

In den letzten Jahren wurde von rechten Ideologen ein Rassismus konstruiert, der ohne den früher so zentralen Begriff der „Rasse“ auskommt. Dieser differentialistische Rassismus (Balibar 1990) operiert mit der Unaufhebbarkeit der kulturellen Differenz.

Wohl aus Kalkül unterliegt das Wort „Rasse“ in der rechten Ideologie zur Zeit einer Art Selbstzensur, der alte Rassismus versteckt sich nicht allzu gut hinter vermeintlich neutralen wissenschaftlichen Ausdrücken wie „Ethnopluralismus“ oder „Ethnomorphose“. Vor allem der Begriff „Ethnopluralismus“ bleibt heute nicht auf den rechtsextremen Kontext beschränkt, sondern findet sich bereits in unterschiedlichen öffentlichen Diskursen wieder. Innerhalb des rechten und rechtsextremen Lagers wird mit Vehemenz versucht, diesen Begriff wissenschaftlich abzuklären, um bei seiner Verwendung nicht in eine Art Argumentationsnotstand zu kommen. Im Zuge dieser Bemühungen werden dazu Wissenschaftler vereinnahmt, oder es zeigen sich Wissenschaftler besonders engagiert, hier aktiv beteiligt zu sein.

Es soll in disem Artikel vor allem am Beispiel der österreichischen rechten Szene und ihrer Publikationsorgane ein kleiner Abriß dieser Bemühungen gegeben werden. Dabei soll versucht werden, die Argumentationen der besonders engagierten Autoren als Beispiel des differentialistischen Rassismus darzustellen. Als Analyseeinheit dienten die Zeitschriften »Aula« und »Eckartbote« im Zeitraum von 1991 bis 1993.

Die »Aula« ist ein Organ des freiheitlichen Akademikerverbandes in Österreich und integriert inhaltlich rechtsextreme, deutschnationale und neokonservative Positionen. Ihre Funktion als Bindeglied zwischen der FPÖ und den außerparlamentarischen Strömungen des rechten Spektrums wird durch einen kurzen Blick auf die Zusammensetzung der Redaktion verdeutlicht: von 1983 bis 1992 war Andreas Mölzer zweiter Schriftleiter; seit 1992 ist der wegen neonazistischer Wiederbetätigung verwaltungsrechtlich bestrafte Jürgen Hatzenbichler Redaktionsmitglied; für den Inhalt des Blattes ist Herwig Nachtmann als Verlagsleiter verantwortlich, er ist seit Jahrzehnten eine bekannte Person in der rechtsextremen Szene und hat unter anderem einen Aufruf zur Generalamnestie von NS-Verbrechern in der »Deutschen Nationalzeitung« unterzeichnet. (DÖW 1993)

Der »Eckartbote« ist eine Monatszeitschrift für deutsche Kultur und wird vom rechtsextremen Schutzverein „Österreichische Landsmannschaft“ (ÖLM), herausgegeben. Auch die ÖLM steht in engem Kontakt mit der FPÖ, ihr Obmann Helmut Kowarik und das Vorstandsmitglied Barbara Wiebke-Schöffnagel sind Parteifunktionäre in der FPÖ. Zusammen mit dem Freiheitlichen Bildungswerk tritt die ÖLM als Organisator von Veranstaltungen auf. Die Autoren des »Eckartboten« vertreten teilweise eine offen rassistische Linie. (ebd.)

Um Fehlinterpretationen bei diesem Thema möglichst auszuschließen, müssen Begriffsdefinitionen der Rechtsextremismusforschung und ein kurzer Überblick über die Neorassismus-Diskussion vorangestellt werden. Anschließend sollen die konstituierenden Komponenten des Konzeptes „Ethnopluralismus“ dargestellt werden. Argumentationen von Wissenschaftlern vor allem der Humanethologie sollen möglichst im Originalwortlaut wiedergegeben werden, um erstens ein authentisches Bild dieser Vorstellungswelt zu erhalten, und zweitens um dem Vorwurf der Fehlinterpretation bzw. der Entstellung durch die Gegenseite zu entgehen.

Begriffsdefinition von „rechts“ und „rechtsextrem“

Innerhalb der Rechtsextremismusforschung gibt es eine verwirrende Begriffsvielfalt. Die methodischen und wissenschaftstheoretischen Unstimmigkeiten in dieser Disziplin führen zu einer Offenheit und Vorläufigkeit der jeweiligen Termini. Den in dieser Arbeit verwendeten Begriffen „rechts“ und „rechtsextrem“ ad personam, liegen die Definitionsmerkmale aus dem Handbuch des österreichischen Rechtsextremismus (DÖW 1993) zugrunde. Für Autoren und Personen die in diesem Handbuch nicht bearbeitet wurden, finden die Definitionsmerkmale von Willibald I. Holzer Anwendung (Holzer 1993).

Der Begriff „rechts“ wird von Holzer wie folgt definiert: „Rechts ... strebt tendenziell nach der Einordnung des Individuums in ‚natürliche‘, bergende Gemeinschaften, nach Positionierung der Gruppen in einer hierarchisch gestuften Gesellschaftsordnung, nach stabilen, weder dem einzelnen noch der Gesellschaft zur Disposition gestellten, da aus unantastbar vorgeordneten Axiomen hergeleiteten Entscheidungsstrukturen. Als zentrale integrative Idee figuriert die Annahme natürlicher Ungleichheit, zu deren Begründung wesentlich überrationale Bezüge in den Vordergrund gestellt werden.“ (ebd., S. 28)

Zwei Selbstdefinitionen innerhalb des rechten Spektrums seien zum Vergleich angeführt:

1. Werner Widmann: „Wenn rechts ... für die Selbstbehauptung der Menschen und Völker schlechthin steht, in einem angestammten Lebensraum, ihrem ‚Biotop‘; ... wenn eine ‚multikulturelle Gesellschaft‘ zur Vernichtung von Kultur und völkischer Identität führen würde und auf die Freiheit, unsere Zukunft zu gestalten, ab-

sprechen und abnötigen will, dann steht Rechts für uns und wir für Rechts." (Widmann 1990, S. 16)

2. Norbert Burger: „Dem rechten Denken liegt das Wissen um die Unterschiedlichkeit von Menschen, Völkern und Rassen zugrunde. ... Sie sehen in der natürlich gewachsenen Gliederung der Menschheit in Völker und Rassen, beruhend auf einer wesensgemäßen Andersheit eine Bereicherung und sind daher um ihre Erhaltung bemüht." (Burger 1985, S. 56)

Diese beiden Zitate sind besonders im Zusammenhang mit dem, dem „Ethnopluralismus" zugrundeliegenden Kulturkonzept von Interesse.

Die Definition von „Extremist" bei Holzer: „Mit Berufung auf höheres Recht und/oder Natur, die den als notwendig vorgestellten Systemwandel unabweisbar erscheinen lassen soll, tritt der Extremist, im subjektiven Wissen um seinen absoluten Wahrheitsanspruch und der hierin gründenden Heilsgewißheit, gegen bestehende Herrschaft an." (Holzer 1993, S. 28) Die Mittel zur Durchsetzung dieser Ziele bewegen sich zwischen terroristischer Gewaltbejahung und gewaltfreier Agitation. Die Entscheidung für oder gegen die jeweilige Taktik wird nach Kriterien der Opportunität und politischer Relevanz getroffen.

Die Diskussion über den Begriff „Neorassismus"

Die Frage, ob es einen „Neorassismus" gibt, wird in der gegenwärtigen Rassismusforschung immer wieder gestellt. Derzeit ist man sich noch nicht einig, inwiefern der neue Terminus mit einem unterschiedlichen Bedeutungsinhalt zur Abgrenzung vom klassischen Rassismus gerechtfertigt ist. Robert Miles (Miles 1989) unterscheidet zwischen „Rassismus" und „Rassenkonstruktion". Die Rassenkonstruktion versteht er als „einen Prozeß der Grenzziehung zwischen verschiedenen Gruppen, wobei bestimmte Personen, primär mit Bezug auf (angenommene) angeborene (gewöhnlich phänotypische) Merkmale innerhalb dieser Grenzen verortet werden. Es handelt sich also um einen ideologischen Vorgang." (ebd., S. 356) Diese Konstruktion zielt vor allem auf eine fortdauernde Anwendung und Reproduktion der Vorstellung von „Rassen" ab. Wird die dadurch abgegrenzte Gruppe mit negativ bewerteten biologischen oder kulturellen Merkmalen versehen, aus denen für andere negative Folgen entstehen, dann kommt die Verwendung des Begriffs „Rassismus" in Betracht. (ebd.)

Der Neorassismus argumentiert nicht mit der biologischen Vererbung, sondern mit der Unaufhebbarkeit der kulturellen Differenz. Das Verhalten der Individuen resultiert demnach aus der Zugehörigkeit zu einer historisch gewachsenen Kultur. Die Betonung einer Schädlichkeit jeglicher Grenzverwischung, also die Forderung nach einer strikten Endogamie (Betimmung, nach der nur innerhalb eines bestimmten sozialen Verbandes – z. B. Stamm, Kaste – geheiratet werden darf), und die Unvereinbarkeit von Traditionen und Lebensweisen charakterisieren den differentialistischen Rassismus, eine Form von Neorassismus. Etienne Balibar definiert diese Form des Rassismus wie folgt: „... zweifellos gibt es keine ‚Rassen', es gibt nur Bevölkerungen und Kulturen, aber es gibt doch biologische (und biopsychische) Ursachen und Wirkungen der Kultur, sowie biologische Reaktionen auf die kulturelle Differenz ..." (Balibar 1990, S. 35)

Diese biologischen Reaktionen werden von rechten Ideologen durchwegs akzeptiert und gefordert. Xenophobie und gewalttätige Ausschreitungen gegen Fremde werden rehabilitiert. In einem Interview des »Eckartboten« mit dem Verhaltensforscher Otto König kommt es zu folgender Erläuterung: „Weil der Mensch, wie gesagt, ein territoriales Wesen ist, das seinen Bereich braucht – und innerhalb dieses Bereiches herrscht Friede, sein Friede, seine Freiheit. Und jetzt werden die Territorien zusammengeschoben, überlagert von anderen, und das führt zwangsläufig zu Konflikten. ... Die Ausländerfeindlichkeit ist ab einer bestimmten Zahl der Ausländer etwas absolut Natürliches. Das ist ein Ausscheidungsprozeß gegen Fremde." (König 1992, S. 4)

Diese Person hätte sich selbst sicher nie als Rassist bezeichnet, obwohl bereits 1967 in einer UNESCO-Erklärung die Definition von „Rassismus" dahingehend erweitert wurde, auch behauptete unüberwindbare kulturelle Unterschiede als rassistisches Argumentationsmuster zu bestätigen.

Wie auch die von den Rechtsextremen vertretene Rassentheorie schon immer um wissenschaftliche Legitimation bemüht war, finden sich jetzt rund um das Konzept „Ethnopluralismus" die gleichen Anstrengungen wieder. Der Begriff der „Ethnie" korrespondiert besonders gut mit dem völkischen Menschenbild und dem Mythos der allem zugrunde liegenden Natürlichkeit. Die Ethnie als Organismus, als natürlich gewachsene Einheit in einem angestammten Territorium, das Zusammenleben wird durch strikte Endogamie zwangsharmonisiert.

Um das Konzept auch im öffentlichen Diskurs unauffälliger vertreten zu können, wählte man den politisch unbelasteten Begriff „Pluralismus". Im eigentlichen Sinne versteht man darunter eine Theorie, nach der die Wirklichkeit aus vielen selbständigen Prinzipien besteht, denen kein gemeinsames Grundprinzip zugrunde liegt. An anderen Stellen wird von Rechtsextremen immer wieder auf die Gefahr des Pluralismus für die „... nationale und volkstümliche Identität ..." hingewiesen. (Zit. nach Lischke 1993, S. 68) Dieser Widerspruch löst sich in der rechtsextremen (Un-)Logik scheinbar dadurch auf, daß alle Staaten volksgemeinschaftlich organisiert sind und „pluralistisch" strikt getrennt nebeneinander existieren. Hier wird besonders deutlich, daß der Begriff nur aus Kalkül gewählt wurde, um dem Begriff des „Ethnos" eine freiere und demokratische Konnotation zu verleihen.

Der „Ethnopluralismus" beinhaltet das Postulat, daß sich der einzelne nur im Einklang mit seiner Ethnie entwickeln kann, die biologisch oder kulturell definiert wird, und die Menschheit natürlich-organisch strukturiert. Diese „Entwicklungs-chancen" werden für alle Ethnien in Form eines konsequenten und globalen Befreiungsnationalismus eingefordert. (Holzer 1993)

Indem man dieses Recht für alle einfordert, werden Argumentationen des Antirassismus ebenfalls vereinnahmt. Die Taktik, Skepsis auszuschalten und die Forderung nach „natürlicher Selbstentfaltung" in erster Linie für sich selbst einzufordern, geht durch diese Ausdrucksweise gut voran. Das entlarvende Wort „Rasse" wird durch die Konzeption der Ethnie ersetzt. (Demirovic 1991/1992)

Die Volksgemeinschaft

Das Volk wird im rechtsextremen Denken als lebendiger Organismus verstanden, der die wichtigste Form der menschlichen Vergesellschaftung

darstellt. Dieser „völkische Organismus“ ist der Garant für den Erhalt der völkisch-kulturellen Identität der einzelnen Mitglieder. Die Volksgemeinschaft kommt dem Wunsch nach einer statischen, nur den biologischen Gesetzen gehorchenden Ordnung nach. Jeder „Volkszugehörige“ ist in diesem Gebilde hierarchisch nach Leistung, Herkunft, Nationalität und Rasse/Ethnie integriert.

Im Parteiprogramm der FPÖ aus dem Jahr 1985 wurde dieser Gedanke wie folgt aufgenommen: „Familie und Volk sind organisch gewachsene Gegebenheiten, die in der Politik Berücksichtigung finden müssen. Das Volk als natürliche Gemeinschaft, durch Abstammung und geschichtliche Entwicklung verbunden, hat gemeinsame Sprache und Kultur entwickelt und weist gemeinsame Wesenszüge auf.“ (Zit. nach Bailer 1990, S. 9)

Völkische Biopolitik

Um die „völkische Reinheit“ durchzusetzen, bedarf es einer Kontrolle der demographischen Entwicklung. Nichts darf dem Zufall überlassen werden, die Volksgemeinschaft muß aktiv geschaffen werden. Dabei bedient man sich der Daten aus den Wissenschaften der Demographie oder der Sozialhygiene. Begriffe wie „Asylantenflut“, „Durchrassung“ oder die so oft beschworene „Belastungsgrenze“ suggerieren eine ständige Bedrohung und sind emotional belastet. (Demirovic 1991/1992) Wozu statistische Daten aus der Demographie in der rechten Szene herangezogen werden, läßt sich an folgendem Beispiel zeigen: das „übersteigerte Fortpflanzungsverhalten“ der kulturell nicht verwandten Ausländer wird als Machtmittel interpretiert. „Macht gewinnt man nur über Anzahl“ weiß Eibl-Eibesfeldt (ders. 1992 S. 22) zu berichten und unterlegt diese Feststellung sogleich mit statistischen Daten unbekannten Ursprungs: „1981 entfielen auf eine verheiratete türkische Frau statistisch 3,5 Kinder, auf eine verheiratete deutsche Frau 1,3 Kinder. Hält dieser Trend an, dann kommt es unausweichlich zur Verdrängung des eigenen biologischen Erbes.“ (ebd.) Diesem Trend kann seiner Meinung nach nur die einheimische Bevölkerung in Eigenverantwortung gegenübertreten, denn „Zu erwarten, daß Einwanderer zugunsten der Eingesessenen ihr Fortpflanzungsverhalten einschränken ist naiv.“ (ebd.) Hier handelt es sich um das „gesunde Volksempfinden“ eines Wissenschaftlers, das sich im gegebenen Kontext und aufgrund einer gesellschaftlichen Autoritätsgläubigkeit als wissenschaftliche Theorie tarnen kann. Diese Pseudostatistiken liegen vielleicht der an vielen Ecken geäußerten Angst zugrunde, „bald Fremde im eigenen Land zu sein“.

In diesem Zusammenhang erscheint ein Exkurs in die zahlreichen Versuche der heutigen Humangenetik interessant: Mit Hilfe von gentechnologischen Überprüfungsverfahren soll die Selektion von minderwertigem Material aus dem Genpool eines Volkes betrieben werden. Innerhalb des international angelegten Genome Diversity Project wird bereits in den USA die Entwicklung von Gen-Dispositionstests von beteiligte Wissenschaftlern als „erster Schritt zu einer genetischen Gesundheitspflege“ begrüßt. (Zit. nach Wess 1994)

Obwohl der Widerstand gegen diese geplanten Maßnahmen auch von seiten der Wissenschaft ständig zunimmt, ist die Tatsache solcher Forschungsvorhaben mehr als nur bedenklich.

Ein weiteres internationales Großprojekt der Humangenetik ist die Sammlung von Genmaterial indigener Völker in den nächsten fünf Jahren. Bei 700 ethnischen Gruppen sollen von jeweils 25 Individuen Proben der Mundschleimhaut, des Blutes und der Haare entnommen werden, um nach der molekularbiologischen Analyse diese Geninformationen auf einer Genbank, der American Type Culture Collection, endzulagern. Hier steht das Material interessierten Wissenschaftlern, Institutionen und Firmen für die weitere Verwendung zur Verfügung. Gegen die vehementen Proteste des World Council of Indigenous People auf der UN-Menschenrechtskonferenz in Wien, bestehen die Initiatoren des Projekts auf ihrem Interesse, „wenigstens“ das Erbgut dieser bedrohten Völker zu retten.

Der Biologe Svante Paabö, ein Mitarbeiter des Projekts von der Universität München, versucht anhand genetischer Merkmale, den typologischen Rassebegriff der biologischen Anthropologie zu revidieren. Er mißtraut den Versuchen von Ethnologen und Anthropologen, ethnische Gruppen durch linguistische, kulturelle oder physiognomische Merkmale zu definieren.

Der international renommierte Genetikprofessor an der Stanford University und Initiator dieses Großprojekts, Luca L. Cavalli-Sforza, ist davon überzeugt, daß bei isolierten Bevölkerungen genetische Differenzen mit kulturellen und linguistischen meist zusammenfallen. Bezeichnenderweise lehnt er den Begriff „Rasse“ kategorisch ab. (Wess 1993)

Die Intention des genannten Projekts ist die Konservierung der genetischen Differenz, die nach der Hypothese von Humangenetikern mit der ethnischen Differenz meist zusammenfällt. Der Begriff „Rasse“ wird in den wissenschaftlichen Publikationen im gesamten Kontext nie verwendet, um jeden Verdacht im Vorfeld auszuräumen.

Die Legitimation der Differenz

Den, von der rechten Seite ständig als „gleichmacherisch“ diffamierten Ideen des Liberalismus und Kommunismus, stellen sie das Recht auf Differenz entgegen. Um möglichst unauffällig vor allem das eigene Recht darauf einzufordern, wird in einer Art „Befreiungsnationalismus“ dieses Recht für alle Völker eingefordert.

„Das Leben drängt nach Differenzierung, auf der biologischen wie auf der kulturellen Ebene. Menschen haben ein Bedürfnis, sich mit dem kulturellen Erbe der Gemeinschaft, in die sie hineingeboren wurden, zu identifizieren, dieses Erbe weiterzugeben und zu erhalten. Das wird auch als Menschenrecht anerkannt.“ (Eibl-Eibesfeldt 1992, S. 17) Daß dieses Menschenrecht mit jedem Mittel verteidigt werden muß, sieht dieser Humanethologe natürlich schon in der Tierwelt gegeben: „Die meisten Vögel und Säuger lehnen daher fremde Jungtiere ab, sie töten sie häufig sogar als Konkurrenten des eigenen Nachwuchses.“ (ebd.) Nachdem auch bei Hausmäusen der Beweis für eine Wir-Gruppen Abgrenzung erbracht wurde, wird ohne weitere Beweisführung auf menschliches Verhalten geschlossen: „Auch wir Menschen neigen dazu, uns in Gruppen zusammenzuschließen und von Fremden abzugrenzen.“ (ebd., S. 18) Diese simple Feststellung reicht aus, um diesem Forscher eine Basis für reichlich merkwürdige und nicht nachvollziehbare Argumentationen zu liefern. Es fängt bei der so oft bemühten kindlichen Fremdenscheu an, die mit der

Xenophobie von Erwachsenen ohne Beweisführung gleichgesetzt wird, und endet bei der legitimen, da biologisch begründeten gewaltsamen Abgrenzung: „Fühlt sich eine Ethnie von einer anderen bedrängt, dann neigt sie dazu, in Kontrastbetonung ihre eigene zu betonen und sich notfalls sogar aggressiv abzugrenzen." (ebd., S. 19)

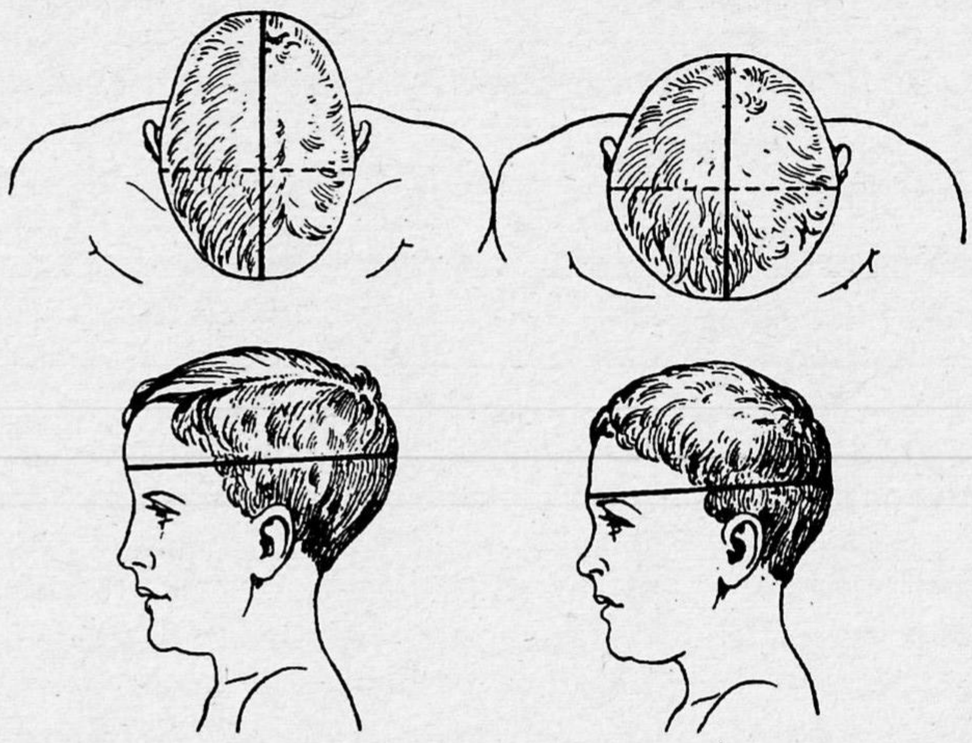
Hier wird eine Argumentationskette gebastelt, die von Vögeln und Säugern zu Hausmäusen übergeht und letztlich bei Menschen und Ethnien endet. Weder „Ethnie" noch „menschliche Gesellschaft" scheinen dem Autor einer Definition würdig, gänzlich abzusehen von einem wissenschaftlich begründeten Beweis für diese Behauptungen.

Auch Otto König sieht in der Behauptung der Gleichheit aller Menschen einen „sehr großen Fehler mit sehr tragischen Folgen für bestimmte Menschenformen" (König 1991, S. 162) Diese „bestimmten Menschenformen" werden nicht benannt, aber es bedarf keiner großen Fantasie, daß die Bedrohung der eigenen Kultur mehr als nur angedeutet wird.

Die ständig heraufbeschworene Bedrohung einer „Umvolkung" des deutschen Volkes, dem auch die Österreicher der rechtsextremen und deutschnationalen Ideologie nach angehören, wird vor allem im Zuzug von MigrantInnen gesehen. Andreas Mölzer verteidigt unverdrossen in seinen recht zahlreichen Artikeln die Verwendung dieses Begriffes. Seiner Meinung nach ist „Umvolkung" ein legitimer deutscher Begriff, der auf „wissenschaftlich-chinesisch" (Mölzer 1992, S. 16) auch als „Ethnomorphose" bezeichnet werden kann. Nach anfänglichem Raunen über diese Person, hat sich heute Andreas Mölzer als Grundsatzreferent der FPÖ in der österreichischen Politik etabliert. Jörg Haider, der Parteiobmann der FPÖ, ließ auf einer Pressekonferenz am 1. Februar 1994 verlauten, daß sich seine Partei im kommenden Wahlkampf mit dem Slogan „Österreich zuerst" in erster Linie dem Thema Ausländer widmen wird. Inwieweit sich hier der Grundsatzreferent mit seinen „gut fundierten" Wortschöpfungen einbringen wird, bleibt abzuwarten.

Die Bewahrung der Unterschiede von Ethnien und Kulturen ist der Ausgangspunkt der Rechten. Auch der Vorsitzende der französischen rechtsextremen Partei, Le Pen, bekräftigte dieses Vorhaben in seinem vergangenen Wahlkampf: „Wir haben nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht, unsere nationale Persönlichkeit und auch unser Recht auf Differenz zu verteidigen" (Zit. nach Demirovic 1991/1992, S. 43)

Im Kontext der europäischen Vereinigung wird das Pochen auf ethnische Differenz etwas abgeschwächt. Hier wird mit der kulturellen Verwandtschaft der Völker argumentiert, die bei „mäßigen Wanderungen" gegen bestimmte



„Langkopf und Kurzkopf von oben und von der Seite gesehen". Aus: »Das Leben«, Bd. 4A, Leipzig 1941

Konflikte resistent sind. Wie Eibl-Eibesfeldt wohlwollend anmerkt: „Bei den Völkern Europas handelt es sich um kulturell nah Verwandte, die durch eine lange gemeinsame Geschichte verbunden sind." (Eibl-Eibesfeldt 1992, S. 20) Der Gipfel an Geschmacklosigkeit und Geschichtsverfälschung findet sich in seiner Aussage: „Das (kulturell Verwandte) hat zwar nicht die Kriege unter den europäischen Völkern verhindert, wohl aber sind wir uns dessen bewußt, daß es sich um Bruderkriege handelte."(ebd.)

Legitimation der ethnischen Segregation

Um die, für die gesamte Menschheit als notwendig behauptete, ethnische Differenz zu erhalten, müssen Maßnahmen getroffen werden, die eine „Vermischung" verhindern. Als Lösung wird von rechtsextremen Ideologen die ethnische Segregation betrachtet, ein weltweites Apartheidsystem. Es wird unterstellt, daß es zwischen den genetischen Grundlagen und der Kultur einer Ethnie einen kausalen Zusammenhang gibt. (Demirovic 1991/1992)

Die Gedanken Otto Königs verbrämen diese Forderung folgendermaßen: „Unser Wort ‚Paradies' kommt aus dem Persischen und bedeutet ‚Zaun', also das ‚Umzäunte' und damit ‚gesicherte' Gebiet. Der Mensch will sich geborgen fühlen, er will in einer Gemeinschaft leben und beansprucht hierfür ein abgegrenztes Revier, das er gegen Störenfriede verteidigt." (König 1989, S. 81)

Eibl-Eibesfeldt, der immer wieder darum bemüht ist, gewalttätigen Abgrenzungen Verständnis entgegenzubringen, meint: „kulturelle Abschließung in Kontrastbetonung zu anderen brachte viel Leid in die Welt, führte aber zu kultureller und rassischer Vielfalt." (Zit. nach Schwagerl 1993, S. 119) Hier findet sich im Ansatz ein altes Argument der Rassisten wieder: der Krieg als „Rassenauffrischer".

Als „vorbildlich" galt für die rechtsextreme Szene das Apartheidsystem in der Republik Südafrika. Dementsprechend entrüstet reagierte man in den einschlägigen Publikationen über die Abstimmung in Südafrika vom 17. März 1992 gegen dieses rassistische System. So schrieb Rigolf Hennig in der »Aula«: „Das Ergebnis der Abstimmung zeugt nicht von Weitblick, sondern dokumentiert ein Gemisch aus Feigheit, Dummheit und Anpassung, wie wir dies aus unserem Bereich aus leidvoller Erfahrung kennen. ... Für die Betroffenen wird es ein bitteres Erwachen geben." Das „Mentalitätsgefälle zwischen den Rassen" soll selbstverständlich „keine Abwertung der einen oder anderen beinhalten, sondern schlicht die Tatsachen beschreiben". Die rassistische Segregation in Homelands und Townships wird als „eigenständige Entwicklungschance der jeweiligen Volksgruppe" gesehen, die nur durch eine undurchlässige Trennlinie gewährleistet sein kann. Unter der Aufsicht der Weißen, und hier insbesondere der Buren, die als „harte

Stammesbevölkerung Südafrikas" bezeichnet wird, soll ein „Ethnopluralismus" entwickelt werden. „Auch die schwarzen Bantustämme, die Asiaten, die Mischlinge und die Reste der Urbevölkerung streben zunehmend in ihre völkische und territoriale Identität und suchen eigene, ihrem Entwicklungsstand angemessene Wege unter dem schirmenden Dach der südafrikanischen Republik." (Hennig 1992, S. 12) Der Umstand, daß es sich hier um einen Artikel aus dem Jahr 1992(!) handelt, der in einer nicht gerade auflagenschwachen akademischen Zeitschrift erschien, ist mehr als bedenklich.

Multikulturalität als Schreckensszenario der Rechten

Am 8. November 1992 fand in Berlin eine Demonstration gegen Gewalt und Fremdenhaß statt, deren Anlaß die Mord- und Brandanschläge von Rechtsextremisten gegen Asylunterkünfte waren. Andreas Mölzer konnte nicht umhin, das in der »Aula« folgendermaßen zu kommentieren: „Buschtrommelnde Schwarze auf LKW, Türken unter der Fahne mit dem Halbmond, bettelnde Roma und Sintis und Glücksspielbanden aus halb Osteuropa prägten das Geschehen." (Mölzer 1992 S. 9) Diese negativ-stereotypische Darstellung ist bezeichnend für den Rassismus und ein Beispiel dafür, mit welchen Bildern Multikulturalität in der rechtsextremen Szene assoziiert wird. (Im Folgenden soll auf eine nähere Auseinandersetzung mit dem Begriff der „Multikulturalität" aus Gründen der Themeneingrenzung verzichtet werden.)

Die Gefahr einer multikulturellen Gesellschaft wird im rechtsextremen Spektrum vor allem darin gesehen, daß mehrere „Völker" auf gleichem Territorium und ohne eine strikte Trennlinie miteinander leben. Das wichtigste Gebot, nämlich die „kulturelle Arterhaltung" durch Endogamie, kann in einem „Miteinander" nicht eingehalten werden. Ein, unter dem Pseudonym Glaesum schreibender, Autor der »Aula«, erläutert dazu: „Multikulturell kann nur die Welt sein – und dazu benötigt sie die Vielfalt von eigenständigen Völkern und Kulturen" Das System einer „multiethnischen Gesellschaft", vom Autor herablassend als „Lieblingskind der europäischen Politschickeria" (Glaesum 1992, S. 15) bezeichnet, macht seiner Meinung nach die Welt nicht bunter, sondern läßt den eigenen „Farbton" der europäischen Länder verschwinden.

Die größte Bedrohung der „ethnischen Homogenität" der europäischen Länder wird im Zuzug von MigrantInnen gesehen. Selbstdefinierte „Überfremdungsgrenzen" werden als überschritten angesehen: „Wenn jedoch eine Gemeinde oder Stadt durch den ungehemmten Zuzug von Ausländern zu stark wächst und überfremdet wird, dann entsteht natürlich und zwangsläufig ein Graben aus Zurückweichung und Feindseligkeit zwischen Einheimischen und Fremden. Wenn die Asylanten dann noch glauben, Vorzugsrechte beanspruchen zu können, empfinden sie die Ansässigen bald als konkrete Bedrohung für ihre Existenz." (Olles 1992, S. 4) Besonders die „Vorzugsrechte" der Fremden, wobei keiner der Autoren imstande ist, diese zu benennnen, dienen als Legitimation für Unmutsäußerungen der „Stammbevölkerung". Auch einer zunehmenden Selbstsicherheit der Fremden wird mit Angst entgegengesehen: „Je mehr Ausländer hereinkommen, desto selbständiger werden sie und selbstsicherer. Der erste Ausländer der reinkommt ist natürlich freundlich und höflich und wird akzeptiert. Er ist ein lieber Kerl, er ist herzig, er wird als hilfsbedürftig gewertet. So wie es mehr sind, wird die Sache unangenehm, denn jetzt benimmt er sich so wie in seiner Heimat, er nimmt nicht mehr von uns an, sondern trägt seine Sitten herein; das führt zur Konfrontation – unweigerlich. Wenn man da von Liebe und Verständnis spricht, das ist glatter Unsinn." (König 1992, S. 4) Hier wird deutlich, daß nur ein einzelner, „herziger und freundlicher Kerl" mit höflicher Aufnahme rechnen kann. Die „Überfremdungsgrenze" scheint mit dem Zuzug eines weiteren Ausländers bereits überschritten zu sein: gewalttätige Auseinandersetzungen sind nun legitim.

Ein Vorschlag des ehemaligen Innensenators von Berlin, Heinrich Lummer, nur noch Flüchtlinge aus demselben Kulturkreis aufzunehmen, stößt bei Andreas Mölzer auf Interesse. Er sieht darin für Österreich die Lösung, den sozialen Frieden und die ethnische und kulturelle Zusammensetzung der einheimischen Bevölkerung zu erhalten. (Mölzer 1992)

Der immer wieder zitierte Eibl-Eibesfeldt dient als wissenschaftliches Fundament für diese Konstruktion: „Handelt es sich bei den Einwanderern um Integrationswillige einer verwandten Kultur, also um Menschen, die bereit und fähig sind, ihre angestammte Kultur aufzugeben, dann ist das Konfliktpotential gering." (Eibl-Eibesfeldt 1992, S. 22) Seiner Meinung nach bieten sich die europäischen Binnenwanderungen als Beispiele dafür an. Vor allem die Polen und Hugenotten zeichneten sich nach Eibl-Eibesfeldt dadurch aus, daß sie „relativ schnell zu Deutschen" wurden (ebd.). Helmut Müller kann im »Eckartboten« nur der Einwanderung zwischen 1945 und 1968 nach Österreich etwas Positives abgewinnen: „Handelte es sich doch bei den damaligen Zuwanderern, zumindest bis 1968, hauptsächlich um unserem Kulturkreis nahestehende, ja, in ihrer Mehrheit sogar der deutschen Kultur angehörige, notleidende Menschen, die zu einer Zeit eingegliedert werden konnten, als das verbindende und tragende Element, das Deutschtum, noch stark genug war." (Müller 1992, S. 3) Dieses „starke Deutschtum" zeigte sich dadurch, daß die nationalsozialistischen Ideen noch in der Mehrheit der MitmacherInnen präsent waren. Die Angst des Autors, daß diese „goldene Zeit" vorbei ist kann ihm nach der Lektüre des „Handbuchs des österreichischen Rechtsextremismus" (DÖW 1993) genommen werden. Die Aktivitäten dieser Szene sind derzeit äußerst zahlreich.

Multikulturalität kann in der rechten Ideologie nicht akzeptiert werden, da sie nicht dem Prinzip der ethnischen Segregation entspricht und dadurch das „Recht auf Differenz" untergräbt.

Der Begriff „Rasse" wird durch „Ethnie" ersetzt

Der „Ethnopluralismus" ist ein Konzept, das innerhalb der rechten Ideologie ein zeitgemäßes Äquivalent ihrer Rassentheorie bietet. Die konstituierenden Elemente sind: die Ethnie, das Recht auf kulturelle/ethnische Differenz und zu ihrer Erhaltung eine strenge Segregation. Der Begriff „Rasse" wird durch den völkisch-biologistisch aufgefaßten Begriff der „Ethnie" ersetzt, wobei sich zeigt,daß „Ethnie" nicht von „Kultur" unterschieden wird.

In diesem Sinne ist das Konzept „Ethnopluralismus" ein Beispiel für den differentialistischen Rassismus. Es muß festgestellt werden, daß hier

lediglich ein Wechsel der Begriffe stattgefunden hat und sich kein Wandel in Inhalt und Ziel dieser rechtsextremen Grundposition abzeichnet. Das Ziel ist noch immer eine hermetisch abgeschlossene und „artspezifische" Entwicklung eines Volkes, die nur durch strikte Ausgrenzung „artfremden Materials" vonstatten gehen kann. Dieses „artfremde Material" wird heute in neuer Wortwahl definiert: „Neger" werden zu „Schwarzen" und „Zigeuner" werden zu „Roma und Sinti" – der Inhalt ist nach wie vor rassistisch. Allein die Verwendung neutraler Bezeichnungen darf in keinem Fall von den getroffenen Aussagen ablenken, darauf muß auch außerhalb von rechten und rechtsextremistischen Diskursen geachtet werden.

Die „wissenschaftliche" Fundierung wird durch das aktive Engagement einzelner WissenschaftlerInnen oder durch die Vereinnahmung bestimmter wissenschaftlicher Arbeiten erreicht. Der unterlassene Protest bei einer etwaigen Vereinnahmung könnte bei WissenschaftlerInnen auch als Zustimmung gedeutet werden. Vor allem aus den Bereichen Humanethologie und Biologie kommen die „fruchtbarsten" Beiträge. Es ist auch bemerkenswert, daß einer Person wie Irenäus Eibl-Eibesfeldt (der an der Universität München eine bislang unumstrittene Professur innehat) ein recht breiter Raum in den österreichischen Medien eingeräumt wird.

Es wird von Interesse sein, inwiefern das ausgrenzende Konzept des „Ethnopluralismus" in der Wahlagitation der Freiheitlichen Partei Österreichs Verwendung finden wird. Das Schwerpunktthema „Ausländer", das in der FPÖ unter dem Motto „Österreich zuerst" laufen wird, bietet sich als Exempel für die Wirksamkeit des Konzepts „Ethnopluralismus" geradezu an. Auch die Österreichische Volkspartei wird dem angeblichen Trend nach einem „Heimatgefühl" gerecht, sie setzt nach eigenen Aussagen verstärkt auf das Thema „Heimat". Die Methode, in Zeiten sozialer Unsicherheit und kapitalistischer Krisen, an nationalistische Gefühle zu appellieren, ob in offensiver oder defensiver Form, hat sich in der Geschichte seit Mitte des 19. Jahrhunderts in Europa schon „bewährt". ■

Sonja EDLER studiert Politikwissenschaft.

Literatur

Bailer, Brigitte: Die Freiheitliche Partei Österreichs und der Rechtsextremismus, unveröffentlichte Seminararbeit Sommersemester 1990

Balibar, Etienne: Gibt es einen „neuen Rassismus"? In: »Das Argument« 31. Jahrgang, Heft 3. Mai/Juni, 1989, S. 353-369

Balibar, Etienne; Wallerstein, Immanuel: Rasse-Klasse-Nation. Ambivalente Identitäten, Berlin 1991

Bielefeld, Uli: Die Virulenz des „Problems der Anderen" nach dessen Beendigung. In: »IKUS Lectures« 3 & 4/1992, S. 9-28

Billig, Michael: Die rassistische Internationale, Frankfurt 1981

Blick nach rechts. Informationen des Sozialdemokratischen Pressedienstes in Bonn, 10. Jahrgang, Nr. 9 (4. 5. 1993) und Nr. 13 (29. 6. 1993)

Burger, Norbert: Was heißt rechts? In: Mölzer, Andreas (Hg.): Österreich und die deutsche Nation, »AULA«, Graz 1985

Diederichsen, Diedrich; Jacob, Günther: Differenz und Reaktion. In: »Konkret« Heft 2/1994, S. 40-43

Demirovic, Alex: Vom Vorurteil zum Neorassismus. Das Objekt „Rassismus" in Ideologiekritik und Ideologietheorie. In: Institut für Sozialforschung (Hg.): Aspekte der Fremdenfeindlichkeit – Beiträge zur aktuellen Diskussion. Frankfurt/New York 1991 od. 1992

van Dijk, Teun A.: Rassismus heute: Der Diskurs der Elite und seine Funktion für die Reproduktion des Rassismus, Duisburger Institut für Sozialforschung, Nr. 14, o. D.

Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes – DÖW (Hg.): Handbuch des österreichischen Rechtsextremismus, Wien 1993

von Hellfeld, Matthias: Modell Vergangenheit. Rechtsextreme und Neokonservative Ideologien in der Bundesrepublik, Köln 1987

Hoffmann, Lutz: Volksgeist oder Menschenwürde. Über das Unzeitgemäße des deutschen Nationalstaatdenkens. In: »IZA« Nr. 3/1990, S. 11-14

Holzer, Willibald I.: Rechtsextremismus – Konturen, Definitionsmerkmale und Erklärungsansätze. In: Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (Hg.): Handbuch des österreichischen Rechtsextremismus, Wien 1993

Jäger, Siegfried: Alltäglicher Rassismus. 22 Interviews mit Bürgerinnen und Bürgern aus Deutschland. DISS-Skripten der Universität Duisburg, Nr. 33/1990

König, Otto: Tiroler Tracht und Wehr – Schützenkompanien aus dem Blickwinkel der vergleichenden Verhaltensforschung, Wien 1989.

König, Otto: Beim Menschen beginnen, Wien 1991.

Kramer, Fritz: Verkehrte Welten. Zur imaginären Ethnographie des 19. Jahrhunderts, Frankfurt/Main 1981

Leggewie, Claus: Multi Kulti – Spielregeln für die Vielvölkerrepublik. Nördlingen 1993

Lischke, Ursula; Rögl, Heinz: Multikulturalität – Diskurs und Wirklichkeit, Wien 1993.

Lorenz, Konrad: Die Rückseite des Spiegels. Versuch einer Naturgeschichte menschlichen Erkennens, München 1977

Miles, Robert: Bedeutungskonstitution und der Begriff des Rassismus. In: »Das Argument« 31. Jahrgang, Heft 3, Mai/Juni 1989 S. 353-369

Miles, Robert: Rassismus. Einführung in die Geschichte und Theorie eines Begriffs, Berlin 1991

Morgenmann, Herwig: Die „Junge Freiheit" – Deutsche Zeitung für Politik und Kultur. In: »Volksstimme« Nr. 1, 25. 11. 1993

Schwagerl, Joachim H.: Rechtsextremes Denken. Merkmale und Methoden, Frankfurt/Main 1993

Wess, Ludger: Projekt Vampir. In: »Konkret« Heft 12, Dezember 1993, S. 58-61

Wess, Ludger: Heute schon gescreent? In: »Konkret« Heft 2, Februar 1994, S. 58-61

Zitierte Beiträge aus den Zeitschriften »AULA« und »ECKARTBOTE«

Eibl-Eibesfeldt, Irenäus: Zukunft multikulturelle Gesellschaft? In: »AULA« 5/1992, S. 17-21

Eibl-Eibesfeldt: Landnahme durch Kampf der Wiegen. In: »AULA« 5/1992, S. 22

Glaesum: Multikulturelle Systemfehler. In: »AULA« 9/1992, S. 15-16

Hennig, Rigolf: Chaos am Cap. In: »AULA« 10/1992, S. 12-13

König, Otto: Jeder Mensch braucht einen Bereich der ihm gehört. Interview. In: »ECKARTBOTE« 1/1992, S. 4-5

Mölzer, Andreas: Österreich ein Einwanderungsland? In: »AULA« 11/1992

Mölzer, Andreas: Multi-kulti-Demonstranten. In: »AULA« 11/1992, S. 9-10

Müller, Helmut: Nur die Besten und Tüchtigsten kommen. In: »ECKARTBOTE« 9/1992, S. 3

Olles, Werner: Mit Volldampf ins Chaos? Wider den(!) multikulturellen Unsinn. In: »ECKARTBOTE« 9/1992, S. 4-5

Widmann, Werner: o. T. In: »AULA« 9/1990, S. 16

Alles Öko?

Vorm Ökoschmäh, mit dem die Wirtschaft uns alles und jedes feilbietet, warnen Konsumentenschutzorganisationen immer eindringlicher.

PolitikerInnen proklamieren die öko-soziale Marktwirtschaft.

Die Grüne Partei im Parlament sei von einer „grünen Hoffnung" zum „konservativen Monster mutiert"* — solch Unmut macht sich unter Grünen Parteimitgliedern immer stärker breit.

Die Rechtsextremen/die Neue Rechte etabliert mehr und mehr eine „Ökologie von rechts", deren ideologische Ansätze auch in der Öko-Bewegung fußfassen.

Etablierte WissenschaftlerInnen — darunter vor allem auch PsychologInnen — nehmen sich vermehrt des Umweltproblems an — meist auf eine Weise, in der Wahrheiten, Halbwahrheiten und Unwahrheiten immer zum Schluß führen: Der Mensch hat psychologische Mängel, die ihn hindern, ökologisch zu handeln: „Warum ist es beispielsweise so schwer, die eigene Rolle als Mittäter bei der Umweltvernichtung zu akzeptieren und dann auch wirklich ‚umzuschalten'?" (Vgl. div. Artikel in: »Psychologie heute« Mai 1994). Von kapitalistischen systemimmanenten Zwängen, die sowohl ManagerInnen als auch KonsumentInnen veranlassen oder zwingen, „unökologisch" zu handeln, wollen diese WissenschaftlerInnen nichts wissen. Sie stellen auch nie die Forderung nach Änderung des Wirtschaftssystems, obwohl alle Umweltzerstörung in direktem Zusammenhang damit steht.

In der kleinen linken Öko-Aktivisten-Bewegung herrscht große Unzufriedenheit über die fehlende „Auseinandersetzung mit ökonomisch-politischen Grundlagen (Kapitalismuskritik), die Hinterfragung sogenannter Gründerväter (z. B. Konrad Lorenz), biologische Argumentationsmuster, Ökologie als Rechtfertigungsdiskurs neokolonialer Macht- und Bevölkerungspolitik, Ökologie als Integrations- und Zustimmungsnetz für die Politik der Herrschenden (Ökospießertum, Naturalisierung des Weiblichen, etc.)" (Peter, in: »Akin« 21. 6. 1994).

Und in traditionellen linken Organisationen, auch in der KPÖ, fand eine Beschäftigung mit ökologischen Fragen so gut wie nicht statt, — teilweise mit der Begründung: „Ökologie ist gleich rechts."

Mit diesem »Weg und Ziel«-Schwerpunkt wollen wir dazu beitragen, die Auseinandersetzung mit Ökologie vor aktuellem Hintergrund neu zu entfachen. Wir wollen beitragen, die von Öko-AktivistInnen beklagte fehlende Diskussion anzuregen.

Es ist uns ein besonderes Anliegen, die nicht nur in der Öko-Bewegung herrschende Kluft zwischen Theorie und Praxis, zwischen jenen, die sich ausschließlich intellektuell damit befassen und jenen, die vor allem praktisch-politisch-aktionistisch tätig sind, zu überbrücken. Diese Kluft ist auch an den Artikeln dieses Heftes erkennbar: Jens Dörschel (26 Jahre) und Thomas Schmidinger (19 Jahre) gehören zu jenen, die in der Öko-Bewegung bzw. in den Grün-Parteien aktiv sind; ihre Anliegen sind dadurch geprägt, — sie sind Reaktionen auf reaktionäre MitstreiterInnen. Franz Schandl und Gerhard Schattauer hingegen *waren*, wie sie angeben, „in ihrem früheren Leben führende Funktionäre der Alternativen Liste Österreichs und Mitbegründer der Grünen Alternative". Mittlerweile beschäftigen sie sich vorwiegend wissenschaftlich-abstrakt mit Fragen der Ökologie.

Ja, und selbst unter den wenigen linken Öko-TheoretikerInnen und -PraktikerInnen gibt es (natürlich?) — wie unter Linken Usus — berechtigte oder unberechtigte Vorbehalte und (unüberbrückbare?) Differenzen Auch diese kommen in unseren Artikeln zum Ausdruck.

(Bezüglich verschiedener Detailfragen — wie etwa dem Verhältnis Basis-Überbau in Dörschels Artikel — wäre sicher noch Differenzierteres zu sagen...)

Warum es für Linke, für MarxistInnen unerläßlich ist, sich ökologischen Fragen zu stellen, versuchen wir zu erläutern. Am 20. Oktober (siehe Ankündigung auf der letzten Umschlagseite) möchten wir allen Interessierten die Artikel dieses Heftes zur Diskussion stellen. Es soll der Beginn einer breiten, kritischen, konstruktiven Debatte zum Thema Ökologie sein, — denn es geht um unser aller Lebensvoraussetzung — und nicht wie fälschlich angenommen um die Natur an sich: wir brauchen *die Natur nicht schützen*, — die kommt ganz gut ohne uns aus, hingegen brauchen *wir* die Natur als Lebensbedingung.

Maria Wölflingseder

* Roland Fürst, bis vor kurzem Mitglied der Grünen Alternative und Pressesprecher seiner Partei in Wiener Neustadt, in der »Volksstimme-EU-Spezial«, Mai 1994. Oder vgl: Dieter Schrage, in: »Akin« 7. 6. 1994: „Für eine Stärkung linker Positionen in der Grünen Alternative".

Dialektik der Ökologie

Ein Versuch über Mensch und Natur, Kultur und Emanzipation

Franz SCHANDL
Gerhard SCHATTAUER

Viel wird über sie geredet, doch was sie eigentlich ist, wer sie für sich veran- schlagt, und warum die Linke nicht auf sie verzichten soll, auf die Ökologie nämlich, erklärt dieser Beitrag.

„Die Natur ist, wie sie ist, und ihre Veränderungen sind deswegen nur Wiederholungen, ihre Bewegung nur ein Kreislauf."[1] Dieses Hegelsche Diktum stimmt und wiederum auch nicht. Der Kreislauf kennt ebenfalls seine zeitlichen Beschränkungen, legen wir ihm Erdenzeitalter oder kosmische Dimensionen zugrunde. Daß der Kreislauf in uns sinnlich und wahrnehmungsmäßig unfaßbaren Horizonten sich als Spirale zeigt, muß als erwiesen gelten. Darüber hinaus stellt sich die Frage, ob Natur nicht auch lokal zu begrenzen ist, ob der Begriff über den Planeten Erde oder unser Sonnensystem hinaus unbefangen verwendet werden kann. Für uns mag aber hier genügen, daß der Kreislauf der Natur, der nicht als bloße Statik gesehen werden darf, ein Aus-Sich Zu-Sich-Bewegen, somit ein In-Sich-Bewegen ist.

Natur und Denken

NATUR ist a priori frei vom Denken. Dringt es in sie durch das Handeln ein, ist es um sie geschehen. Sie besteht in sich und vergeht aus sich. Sie verläßt sich substantiell gleichbleibend. Sie kennt kein Ziel, das nicht auch Anfang ist. Erst durch das Denken kann der Mensch die natürlichen Potenzen (nicht die Natur an sich, aber die Natur für sich) lenken und eben für sich materialisieren. Durch sein Handeln hebt er sie in neuen Kombinationen auf, entfaltet ihre Möglichkeiten. Erst mit dem Menschen kommt die Natur sich selbst verlassend zu sich. Mensch und Natur verhalten sich wie Subjekt zu Objekt oder Objekt zu Objekt, aber niemals wie Objekt zu Subjekt. *„Vermöge der Ungleichheit im Begriff der Vermittlung fällt das Subjekt ganz anders ins Objekt als dieses in jenes. Objekt kann nur durch Subjekt gedacht werden, erhält sich aber diesem gegenüber immer als Anderes; Subjekt jedoch ist der eigenen Beschaffenheit nach vorweg auch Objekt. Vom Subjekt ist Objekt nicht einmal als Idee wegzudenken; aber vom Objekt Subjekt. Zum Sinn von Subjektivität rechnet es, auch Objekt zu sein; nicht ebenso zum Sinn von Objektivität, Subjekt zu sein."*[2] Vom Bewußtsein her ist das zweiseitige Verhältnis ein einseitiges.

Was Anlaß gewesen war, daß der Mensch sich vom Tierreich und somit in und von der Natur besondern (nicht: absondern) konnte, ist bis heute ein Rätsel geblieben. Der Mensch ist das Wunder der Natur, aber auch das Wunder wider die Natur. Der Mensch wird vom Geschöpf der Evolution zu ihrem Schöpfer. Das ist die fruchtbare wie furchtbare Wirklichkeit der Menschwerdung. Es gibt kein Zurück. *„Die universal entwickelten Individuen, deren gesellschaftliche Verhältnisse als ihre eigenen, gemeinschaftlichen Beziehungen auch ihrer eignen gemeinschaftlichen Kontrolle unterworfen sind, sind kein Produkt der Natur, sondern der Geschichte."*[3]

„Künstlichkeit ist die Natur des Menschen",[4] schreibt Günther Anders. Die Kunst des Menschen besteht darin, Natur gegen Natur bewußt wirken zu lassen. Der erste Schritt der Verkünstlichung, das heißt der Schritt zur menschlichen Kultur, ist die bewußte Einwirkung seiner inneren Natur auf die äußere Natur. Jede Künstlichkeit besteht aus lauter Natürlichkeiten. Sie wirken nur anders aufeinander, als sie in der Natur wirken. Der Mensch kann nicht erschaffen, wozu ihm die Natur die Möglichkeiten verwehrt. Alles ist potentiell angelegt. So ist das menschliche Freimachen noch immer eine Gebundenheit an die Natur. Ohne sie wäre er nichts, mit ihr allein wäre er aber bloß ein Vieh.

Natur wird also durch Naturkräfte aufgehoben. Nur der Mensch verfügt über innere Natur, die sich in ihrer Potenz von äußerer Natur unterscheidet. Tun und Denken in ihrer kombinierten Form des Handelns, der theoretisierten Praxis sind nur ihm spezifisch. Die menschliche Kultur ist somit das spezifische Ensemble von innerer und äußerer Natur. *„Daß der Zweck sich unmittelbar auf ein Objekt bezieht und dasselbe zum Mittel macht, wie auch daß er durch dieses ein anderes bestimmt, kann als Gewalt betrachtet werden, insofern der Zweck als von ganz anderer Natur erscheint als das Objekt und die beiden Objekte ebenso gegeneinander selbständige Totalitäten sind. Daß der Zweck sich aber in die mittelbare Beziehung mit dem Objekt setzt und zwischen sich und dasselbe ein anderes Objekt einschiebt, kann als die List der Vernunft angesehen werden."*[5] Nur dieses erlaubt Entwicklung, Fortschritt aber auch Regression, die sich vom Kreislauf der Natur unterscheidet.

Wenn innere und äußere Natur in Form von Subjekt und Objekt konfrontiert werden, verliert Natur ihre Dominanz, zumindest ihre allgegenwärtige. Sie wird zurückgedrängt, auch wenn sie sich langfristig durchzusetzen versteht (z. B. durch den Tod der Individuen). Ziel der Menschheit ist unfraglich ihre Unsterblichkeit, etwas, das einen Beginn hatte, soll kein Ende finden. Nichts anderes konnte Hegel meinen, als er schrieb: *„Dies taumelnde Leben aber muß sich zum Fürsichsein bestimmen und seinen verschwindenden Gestalten Bestehen geben."*[6]

Der Schöpfer Mensch

Der Mensch ist sein eigener Schöpfer. Er ist die einzige selbstbewußte und qualitative Erweiterung der Natur auf diesem Planeten. Insofern sind wir hier optimistischer als etwa Max Horkheimer und Theodor W. Adorno, die behaupten: *„Jeder Versuch, den Naturzwang zu brechen, indem Natur gebrochen wird, gerät nur umso tiefer in den Naturzwang hin-*

ein.“[7] Die These, so richtig sie vor allem anhand der neuesten ökologischen Bedrohungen erscheint, kann in dieser apodiktischen Form nicht unterstützt werden. Einen Automa-tismus, der auf jede Befreiung vom Naturzwang einen neuen, ja gar noch tieferen Naturzwang zur Folge hat, können wir nicht ausnehmen. Der Eingriff in die Natur, korrekter eigentlich: die Kultur, kann a priori weder positiv noch negativ charakterisiert werden. Er kann sowohl konstruktiv als auch destruktiv sein, menschliches Leben erleichtern wie zerstören, und ebenso beides gleichzeitig und hintereinander.

Mensch sein heißt eingreifen. Wenn der Fall nun sich anders gestaltet oder eintritt als uns gefällig ist, sprechen wir von einem Unfall. Er kann als ungewollte Situationsauflösung angesehen werden. Der Unfall ist die sichtbare negative Folge menschlichen Handelns. Er ist die Kehrseite jeder Bewegung und Bearbeitung. Sein Inkaufnehmen nennt man Risiko, sein Bedrohliches Gefahr. Die Ökologiebewegung hat in ihrer objektiven Ausrichtung bisher deutlich gemacht, daß die Überschreitung dieser natürlichen und/oder gesellschaftlichen Grenzen unumkehrbare Folgen verursachen kann. Der menschliche Eingriff trägt emanzipatorische wie antiemanzipatorische Züge.

Die Aufgabe der Menschen besteht also in der Auslotung der Grenzen. Geschichte bleibt die menschliche Versuchung wider die Natur. Sie meint Menschheitsgeschichte, nicht Naturgeschichte.[8] Es ist nicht die Natur, die uns zwingt, den Menschen besonders zu beachten und zu beschützen, sondern die Kultur. Unsere Sorge und unsere Sorgfalt gilt so auch primär der menschlichen Kultur in ihrer zeitlichen Dimension, dem Besonderen, nicht der menschlichen Natur, dem Allgemeinen. Der zentrale Faktor der Geschichte ist der Mensch. Geschichte ist anthropozentriert. Geschichte kennt Subjekte, Natur kennt nur Objekte. Der Mensch hat Möglichkeiten, während die Natur ihren Notwendigkeiten gehorcht.

Mensch und Kultur

Mensch sein heißt Natur bearbeiten, sich eben nicht bedingungslos ihrem Kreislauf anzupassen und auszuliefern. *„Sie selbst fangen an, sich von den Tieren zu unterscheiden, sobald sie anfangen, ihre Lebensmittel zu produzieren, ein Schritt, der durch ihre körperliche Organisation bedingt ist. Indem die Menschen ihre Lebensmittel produzieren, produzieren sie indirekt ihr materielles Leben selbst.“*[9] Der menschliche Weltbezug ist kein organischer, wie er für das Tierreich charakteristisch ist, sondern bestimmt vom „sozialen“ Tun und Lassen, das eben spezifische Auswirkungen auf die Existenzbedingungen in ökologischen „Kreisläufen“ bzw. auf das ökologische Gefüge zeitigt. Ungleich einer Bakterienkultur, die auf von ihr befallene (An)Organismen qua Organismus wirkt, ist menschliches Tun und Lassen nicht primär aus seiner organischen Komponente begreifbar. Es zeigt sich, daß der Mensch prinzipiell ein Wesen zweier Welten ist und damit zwei „Naturen“ in sich birgt. In seiner ersten Natur unterscheidet er sich nicht von anderem Leben auf dem Globus, seine biologische Determination und seine evolutionäre Entwicklung bestimmen ihn als spezifische Lebensform unter vielen anderen. Seine zweite Natur hingegen weist ihn als geistiges, denkendes Wesen aus, eine Besonderheit, die unter allem Seiendem auf dem Erdball nur dem Menschen zukommt und ihn allein zu Kultur befähigt, und dazu, Subjekt zu sein.

Die zweite und spezifische Natur des Menschen ist die Kultur. Der Mensch ist ein Naturwerk, das sich im Prozeß seiner Menschwerdung zum Kunstwerk erhebt. Nur der Mensch kennt den bewußten Eingriff. Er ist die selbstbewußte Negation und Erweiterung, kurzum Aufhebung der Natur in einem Höheren. Die Natur ist das Grundlegendere, die Kultur das Höhere. KULTUR ist die Rekombination von Natur aus ihr, aber außer ihrer selbst. Kultur nimmt die Möglichkeiten der Natur wahr, nicht bloß ihre unmittelbaren Wirkungen. Sie entfaltet die Natur über diese selbst hinaus. Kultur ist die Synthese, die auf die Antithese der Bearbeitung der Natur folgt. Je höher die Kultur, desto mehr sind diese Rekombinationen nicht mehr Rekombinationen erster Ordnung, sondern Rekombinationen n-ter Ordnung, das heißt Rekombinationen von Rekombinationen von Rekombinationen etc. Kultur ist Aufhebung von innerer und äußerer Natur. Und dieses *„Aufheben stellt seine wahrhafte gedoppelte Bedeutung dar, welche wir an dem negativen gesehen haben; es ist ein Negieren und ein Aufbewahren zugleich.“*[10]

Je mehr Kultur, desto weniger Natur. Und doch bleibt die Natur die ewige Bedingung menschlicher Existenz, ist keine Kultur ohne Natur zu denken. Umgekehrt ist freilich (aber aus anderen Gründen) auch keine Natur ohne Kultur zu denken, da Denken eine Kategorie der Kultur ist. Natur kann bloß ohne Kultur sein, aber nicht ohne Kultur denkbar sein.

Eine emanzipatorische Definition der Menschheit muß bei ihren Spezifika und besonderen Vermögen ansetzen, sprich bei ihren kulturellen Fähigkeiten, Natur zu transzendieren, nicht aber bei dem, was diese Spezies mit den anderen Organismen dieses Globus gemein hat – bloße Form organischer Existenz zu sein. *„Leben ist die Daseinsweise der Eiweißkörper“*,[11] bemerkte einst trocken Friedrich Engels, ob jetzt aggregiert als Wühlmaus oder Mensch ist von dieser natürlichen Warte aus betrachtet völlig ohne Belang. Für die Menschen aber gilt: *„Niemals sind wir ‚natürlich‘. Vielmehr gehen wir immer schon als Bearbeitete in unsere Aktivitäten ein, gleich, worin diese bestehen: ob in Produzieren, Verwenden, Genießen, Fließbandarbeit, schriftstellerischer Tätigkeit, Musikhören. Und diese sind durchweg ‚unnatürlich‘.“*[12] Schon allein von daher verbietet sich jedwede natürliche Schablone zur Festlegung menschlicher Natur.

Bestimmung und Beschaffenheit

„Die Bestimmung des Menschen ist die denkende Vernunft“, schreibt Hegel: „Denken überhaupt ist eine sehr einfache Bestimmtheit, er ist durch dieselbe von dem Tiere unterschieden; er ist Denken an sich, insofern dasselbe auch von seinem Sein für Anderes, seiner eigenen Natürlichkeit und Sinnlichkeit, wodurch er unmittelbar mit Anderem zusammenhängt, unterschieden ist. Aber das Denken ist auch an ihm; der Mensch selbst ist Denken, er ist da als denkend, es ist seine Existenz und Wirklichkeit; und ferner, indem es in seinem Dasein und sein Dasein im Denken ist, ist es konkret, ist mit Inhalt und Erfüllung zu nehmen, es ist denkende Vernunft, und so ist es Bestimmung des Menschen.“[13] Die Qualität des Menschen ist das Denken, aber

dieses Denken kann letztlich nur vermittelt über den Willen im Handeln, dem denkenden Tun zu sich kommen, real werden. *„Der Unterschied zwischen Denken und Willen ist nur der zwischen dem theoretischen und praktischen Verhalten, aber es sind nicht etwa zwei Vermögen, sondern der Wille ist eine besondere Weise des Denkens: das Denken als sich übersetzend ins Dasein, als Trieb, sich Dasein zu geben."*[14]

Das spezifische Charakteristikum des Menschen ist diese dialektische Einheit von Geist und Tat, Denken und Handeln. Das Denken kann sich nur erfüllen im Handeln, das Handeln nur geleitet werden vom Denken. Reflektiertes Tun oder tätige Reflexion zeichnen den Menschen vor dem Tier aus. Gegen ihn ist das Tier ein Nichts, Natur pur.

Wichtig ist es hierbei auch, sich die von Hegel angeführte Unterscheidung von Beschaffenheit und Bestimmung klar vor Augen zu halten: *„Bestimmung und Beschaffenheit sind so voneinander unterschieden, Etwas in seiner Bestimmung nach gleichgültig gegen seine Beschaffenheit."*[15] Von der anatomischen Beschaffenheit her ist etwa die Differenz zwischen Mensch und Schwein völlig unbedeutend, ja nichtig. Wenn man genau schaut, wird man wenig essentielle Unterschiede erkennen. Es ist so ziemlich alles an dem Schwein, was auch an dem Menschen ist. Und doch liegen Welten zwischen ihnen. Der fundamentale Unterschied ist aber nicht in der Beschaffenheit zu suchen, sondern alleine in der Bestimmung. Denken und Handeln machen aus den organisch nah Verwandten gesellschaftlich Unverwandte. Für den Menschen gilt: *„Aber die Bestimmung geht für sich selbst in Beschaffenheit und diese in jene über."*[16] Die Beschaffenheit ist eine Voraussetzung seiner Bestimmung, aus der Beschaffenheit ist aber keine Bestimmung ableitbar.

Anthropozentrismus

Die ideologischen Wurzeln dieser von uns vorgetragenen und geteilten anthropozentrischen Betrachtungsweise liegen in der jüdisch-christlichen Tradition. Es steht geschrieben: *„Dann sprach Gott: Laßt uns Menschen machen als unser Abbild, uns ähnlich. Sie sollen herrschen über die Fische des Meeres, über die Vögel des Himmels, über das Vieh, über die ganze Erde und über alle Kriechtiere auf dem Land. Gott schuf also den Menschen als sein Abbild; als Abbild Gottes schuf er ihn. Als Mann und Frau schuf er sie. Gott segnete sie, und Gott sprach zu ihnen: Seid fruchtbar, und vermehrt euch, bevölkert die Erde, unterwerft sie euch, und herrscht über die Fische des Meeres, über die Vögel des Himmels und über alle Tiere, die sich auf dem Land regen. Dann sprach Gott: Hiermit übergebe ich euch alle Pflanzen auf der ganzen Erde, die Samen tragen, und alle Bäume mit samenhaltigen Früchten. Euch sollen sie zur Nahrung dienen."*[17]

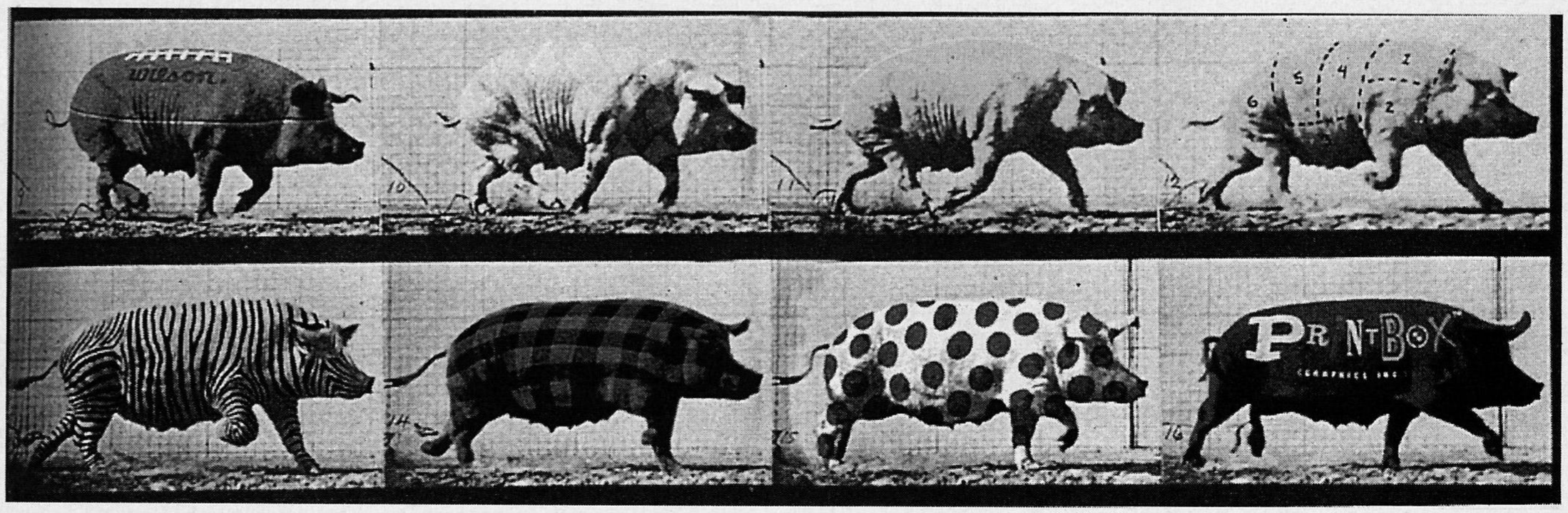
Weiters steht geschrieben: *„Dann segnete Gott Noach und seine Söhne und sprach zu ihnen: Seid fruchtbar, vermehrt euch, und bevölkert die Erde! Furcht und Schrecken vor euch soll sich auf alle Tiere der Erde legen, auf alle Vögel des Himmels, auf alles, was sich auf der Erde regt, und auf alle Fische des Meeres; euch sind sie übergeben. Alles Lebendige, das sich regt, soll euch zur Nahrung dienen. Alles übergebe ich euch wie die grünen Pflanzen."*[18]

Eine deutliche Sprache wird hier gesprochen. Das „Macht Euch die Erde untertan!" darf freilich nur als bewußter Reflex, nicht als neues Programm verstanden werden. Im Alten Testament ist bloß ideologisch nachvollzogen, was sich den Menschen in ihrem Leben täglich ereignete und erfüllte. Diese Sätze sind Rechtfertigung, nicht Aufforderung, sie gießen selbstverständliche Praxis in verständliche Ideologie. Gott ermächtigt in ihnen das Volk, was es ohnehin tut.

Freiheit und Natur

„Freiheit bedeutet ursprünglich, vom Standpunkt der Natur, die Negation der sozialen, vom Standpunkt der Gesellschaft die Negation der natürlichen (kausalen) Gesetzlichkeit (Willensfreiheit)."[19] Der Prozeß der Befreiung des Menschen begann eben mit seiner Loslösung aus der Natur. Menschliche Freiheit ist so als Emanzipation von natürlichen Zwängen zu interpretieren, sie bedeutet Schwächung der natürlichen Determinationen. Gesellschaftliche Dominanz überwindet natürliche Dominanz. Relative Freiheit von der Natur ist das spezifische Kennzeichen des Menschen, sein allgemeines Merkmal ist, daß er Teil der Natur ist, wie alles, das ist. Der Mensch ist so Teil und Gegenteil der Natur. Das gilt auch insbesondere für des Menschen Denken: *„Daß Vernunft ein anderes als Natur und doch ein Moment von dieser sei, ist ihre zu ihrer immanenten Bestimmung gewordene Vorgeschichte. Naturhaft ist sie als Zweck der Selbsterhaltung abgezweigte psychische Kraft; einmal aber abgespalten und der Natur kontrastiert, wird sie auch zu deren Anderem. Dieser ephemer entragend, ist Vernunft mit Natur identisch und nichtidentisch, dialektisch ihrem eigenen Begriff nach."*[20]

Natur ist ursprünglich jene Sphäre, aus der die fortschreitende Vergesellschaftung den Menschen heraushebt. Der Begriff von Natur ist für



den Menschen nur in Bezugnahme zu seiner Kultur von Sinn, mit der er gemeinsam die Totalität der Welt begründet. Aus einer anderen als der menschlichen Warte ist Natur gar nicht greifbar. *„Die Natur, die wir kennen, hat zum Unterscheidungsmerkmal den Menschen: sie ist seine Natur."*[21]

Die Forderung nach Naturerhaltung ist daher eine vollkommen einseitige Absurdität. Der Mensch kann mit Natur gar nicht anders als in Aneignung verfahren. Das Problem ist keines der Ontologie, wie es der bürgerliche Kulturpessimismus letztendlich postuliert, sondern eine Frage der gesellschaftlichen Formbestimmtheit des menschlichen Umgangs mit ihr. *„Alle Produktion ist Aneignung der Natur von seiten des Individuums innerhalb und vermittelst einer bestimmten Gesellschaftsform."*[22] Nur von einem eschatologischen Standpunkt aus, der die bürgerliche Form als Endpunkt wähnt, kann sich die Fragestellung nach der Destruktivität technischer Naturbeherrschung zum Angelpunkt einer Zivilisationskritik emporschwingen.

Bürgerliche Zivilisationskritik

Wo immer wir auf das Naturproblem stoßen, es ist ein menschliches, gesellschaftliches. Die bürgerliche Zivilisationskritik hingegen scheut davor zurück, die sie sprengenden Konsequenzen zu ziehen. Die Crux solcher Auffassung ist nichts anderes als ein pessimistisch gewendeter bürgerlicher Subjektivismus, der zwar die subjektive Erhebung des Menschen gegenüber der Natur im Hinblick auf die Schöpfung allenthalben als Anmaßung denunziert (wo diesem doch anstelle seiner Herrschaftsgelüste eine „Renaturalisierung" besser zu Gebote stünde), aber den gesellschaftlichen Menschen allemal als Subjekt – als Herr seiner Geschichte – behauptet.

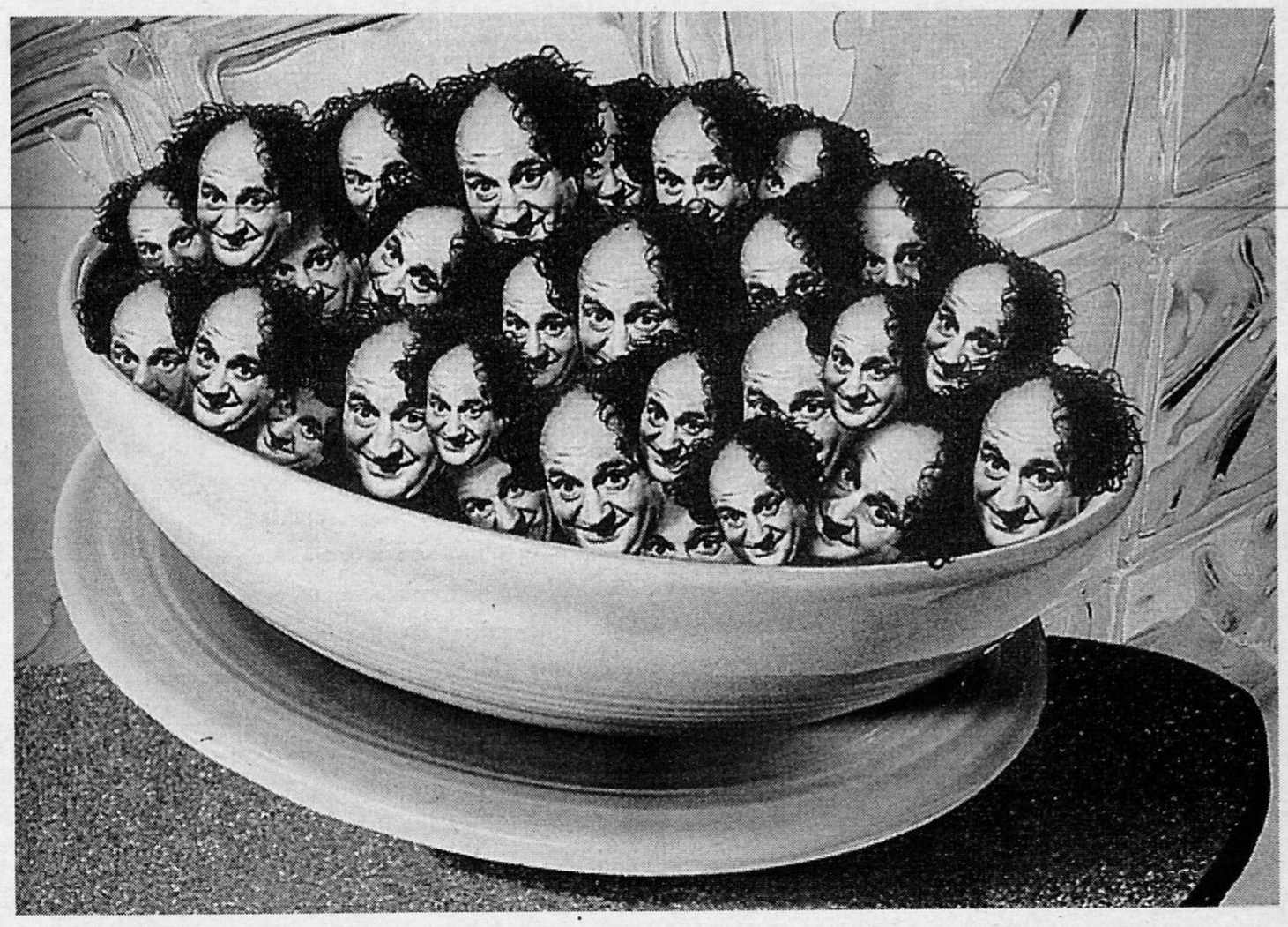
Die Fixierung auf eine derart ontologisierende Subjekt-Objekt-Dichotomie verbaut dem bürgerlichen Denken nachgerade eine Kritik der Formbestimmtheit des menschlichen Naturumgangs. Dabei ist es jenem geradezu spezifisch, nur die sozialen Verfallserscheinungen ins Ontologische zu wenden,[23] wohingegen umgekehrt für die zivilisatorischen Errungenschaften gerade eine von den bornierten menschlichen Daseinsgrundlagen fortschreitende technische Rationalität als Offenbarung menschlichen Geistes gefeiert wird. Jener Subjektapriorismus ignoriert stillschweigend, daß der Mensch „Bürger" zweier Welten ist. Konfrontiert mit den Destruktiva menschlichen Verhaltens wider die Natur wird ihm eben jener tatsächliche Subjektstatus, den der Mensch gegenüber der Natur einnimmt, zum Vorwurf gemacht, welcher aber doch wieder im Zusammenhang zivilisatorischer Errungenschaften affirmiert wird. Das Subjekt mit all seinem konkreten Vorzeichenwechsel zwischen negativer Destruktion und positiver Emanzipation gerät zum Angelpunkt des bürgerlichen Denkens und markiert den bürgerlichen Ausweg: der ontologische Subjektapriorismus erlaubt es, die Formbestimmtheit gesellschaftlicher Naturaneignung zu ignorieren. *„Das bürgerliche Subjekt durchschaut seinen eigenen Konstitutionszusammenhang nicht und fühlt sich ihm gegenüber souverän – wo ein Wille da auch ein Weg. Es kommt daher auch nicht auf den Gedanken, daß es jener Zusammenhang ist, der ihm die Gesetze des Handelns aufherrscht."*[24]

Das bürgerliche Subjektdenken verwechselt systematisch das Agens mit dem Konstituens. Nur wenn man sich vom aprioristischen Subjektdenken verabschiedet, kann der Konstitutionszusammenhang und somit die gesellschaftliche Formbestimmtheit menschlicher Betätigung ins Zentrum des Blickfeldes gelangen. Nicht mehr würde der Mensch a priori als Herr seines Geschickes unterstellt, sondern der Herr – jetzt ganz ohne Mythos – seinem Geschicke

Wo sich eine Ontologisierung der Subjektivität verbietet, dort selbstverständlich auch jene des Prädikats, sprich konkret der menschlichen Arbeit. Als Formkategorie abstrakter Wert-Realisierung ist sie ebenfalls nicht als bloßes Attribut eines ontologischen Subjekt-Apriorismus zu bestimmen, sondern analog in ihrer Gleichgültigkeit gegenüber jeglichem stofflichem Inhalt der ihr ausgesetzten Betätigung zu fassen.[25] Unter solchem Aspekt ließe sich auch das Rätsel produktiv-destruktiver menschlicher Dichotomie ohne Zuflucht zur Ontologie auflösen. Wir schließen uns hier Robert Kurz an, der feststellt: *„Das ist die Verrücktheit des Kapitalfetischs: menschliche Produktion und Konsumtion, die sinnliche Aneignung der Natur, sind gar nicht mehr zwecksetzend, sondern bloßes Zubehör oder Erscheinungsform der fetischistischen Abstraktion"*[26] der determinierenden Ware-Geld-Vergesellschaftung geworden, in der das Geld nicht mehr als Erscheinungsform der konkreten Arbeit auftritt, sondern umgekehrt.

Natur und Ökologie

Wie verhalten sich nun aber Natur und Ökologie zueinander? Ursprünglich galt Ökologie als Teildisziplin der Biologie. Ihr Begründer Ernst Haeckel definierte sie Mitte des 19. Jahrhundert folgendermaßen: *„Unter Oecologie verstehen wir die gesamte Wissenschaft von den Beziehungen des Organismus zur umgebenden*



Außenwelt, wohin wir im weiteren Sinne alle ‚Existenz-Bedingungen' rechnen können."[27] Seitdem hat das Verständnis von Ökologie einen ebenso rasanten wie vielfältigen Bedeutungswandel durchlaufen, was wohl als Indiz für die funktionelle und instrumentelle Auffassung von Ökologie gelten kann.[28]

Der endgültige Bruch mit der Immanenz ihrer rein naturwissenschaftlichen Orientierung kam in den sechziger Jahren. Die Propagierung einer „Humanökologie" brachte nicht nur die Integration des menschlichen Individuums in die Erforschung und Beschreibung sogenannter ökologischer Kreisläufe, sondern verstand darunter gerade auch eine fortschreitende Anwendung naturwissenschaftlicher Methoden auf soziale und gesellschaftliche Sphären. Damit gewann die ohnehin seit jeher meist manifeste, mindestens aber latente sozio-biologistische Ausformung der Disziplin erneut an Boden. Im Namen der Natur wurden nun „dem Menschen" oder der menschlichen Spezies irreversible Eingriffe in die ökologischen Kreisläufe angekreidet. Im Zuge der hier nur kurz skizzierten Tendenzen wurde die Ökologie zur neuen „Leitwissenschaft" ausgerufen und damit zur politisch-normativen Disziplin erhoben, während ihre Methode und ihr Instrumentarium nach wie vor zwischen empirischer Analyse und naturwissenschaftlicher Deskription beheimatet waren.

Dieses Verständnis von Ökologie hat bislang zum Befund, daß die ökologische Krise eine gesellschaftliche Krise ist, nämlich resultierend aus den von den Individuen nolens volens eingegangenen Produktionsverhältnissen, wenig beigetragen und mit ihrer Wendung menschlicher Destruktivität ins Ontologische die Verschleierung dieses Zusammenhanges unterstützt. Eine emanzipatorische Wendung der „politischen Ökologie" ist bisher nicht versucht worden. Im Namen der Ökologie wurde, wenn auch meistens nur unbewußt, fern jeglicher Dialektik einer reduktionistischen Anschauung das Wort geredet, die darin besteht, die zwei unterschiedlichen menschlichen Naturen auf die eine zu reduzieren bzw. die zweite aus der ersten erklären zu wollen. *„Die Übertragung ökologisch-methodischer Konstruktionen auf materiell-ökonomische Produktionssysteme erweist sich bereits im Ansatz als Folge einer bloß anschauenden, unhistorischen Naturauffassung, einer ideologischen Konsequenz eines idealistischen Naturbegriffs."*[29] Daraus folgerten für diese Sorte Ökologie zwei denkbare Ableitungen. Erstens: Natur bestimmt Kultur; aus biologischen Festlegungen ergeben sich die kulturellen Verhaltensweisen und Normen. Zweitens ein negativer Anthropozentrismus: weil menschliche Einwirkung Auswirkungen auf Existenzbedingungen von Lebens- und Daseinsformen hat, die diese beeinträchtigt, gefährdet oder aufhebt, also destruktiv wirkt, wird auf ein Primat der Existenzbedingungen (einschließlich jener des menschlichen Organismus) vor einem solchen der menschlichen Betätigung geschlossen, so sie diese gravierend gefährdet oder in Frage stellt. Streng genommen wird damit natürlich keine ökologische – im Sinne des Kontextes zur Biologie – Aussage mehr getroffen, umgekehrt wird Ökologie als Argument für einen bestimmten ideologischen Standpunkt herangezogen.

Ökologie als Wissenschaft

Wissenschaft vermag zwar Naturgesetze zu finden und aufzustellen, muß aber ideologisch mutieren, um zur Erkenntnis eines „Gesetzes der Natur" zu gelangen. Es ist nämlich eines, Kenntnis und Anwendung von Naturgesetzen für den menschlichen Umgang mit der inneren und äußeren Natur nutzbar zu machen, und ein anderes, einem wie auch immer geartetem Primat der Natur das Wort zu reden und daraus irgendwelche menschlichen Verhaltensweisen – hießen diese nun Unterordnung, Einfügung, Regulierung oder Beherrschung – zu folgern.

Im Begriff des „Naturgesetzes" verbirgt sich so eine heimliche Doppelbedeutung. Nicht nur beschreibt es Zustände und Potenzen von Materie – in dieser Hinsicht wäre der Ausdruck etwa von „Gesetzen der Materie" weniger zweideutig –, sondern es gilt auch als Kategorie sozialer Normierung, welche mit dem Verweis auf „Natur" ein eigentlich Soziales legitimieren möchte. Naturgesetze sind keine „Gesetze der Natur", die über den Menschen richten, sondern in abstrahierender Auseinandersetzung mit der materiellen Welt gewonnene Erkenntnisse ihrer Beschaffenheit und Funktionsweisen. Es ist der Mensch, *„in dem die Natur das Bewußtsein ihrer selbst erlangt."*[30]

Auch als sogenannte Humanwissenschaft frönt Ökologie einem ideologischen Prinzip, das Ludwig Trepl wie folgt beschreibt: Es *„werden dem bloßen Wissen darum, wie die Natur an sich ist, unvermittelt Normen entnommen, die für die Angelegenheiten der Gesellschaft gültig zu sein beanspruchen."*[31] Sie konzentriert sich dabei auf die Auswirkungen menschlichen Einwirkens in Natur. Letztlich ist aber jegliche menschliche Äußerung gegenüber der ihn umgebenden und auch ausfüllenden Natur ein ökologischer Eingriff – sofern man diese rein auf Kausalität abstellende Terminologie überhaupt gelten lassen mag.

Da die Natur immer nur prozessierendes Geschehen in Raum und Zeit sein kann, kann Ökologie gar keine Eingriffe gegen einen wie auch immer postulierten Ausgangszustand – und hieße er selbst prozessierend Evolution – geltend machen. Schlichtes Dasein als Auswirkung der Natur ist bereits eine Einwirkung auf die Natur. So diese Ökologie aus den Auswirkungen von Einwirkungen Verhaltensnormen aufstellt, wird sie als *„politische Ökologie"* bezeichnet. Diese – weil sie die Politik pejorativ zum bloßen Prädikat der Ökologie (des Naturgesetzes) diskriminiert – bereits methodisch mehr als bedenkliche Prozedur schlägt zusätzlich eine symptomatische Richtung ein, denn sie thematisiert am menschlichen Natureingriff primär dessen destruktive Potentiale (Zerstörung, Vergeudung, Verknappung), sodaß die menschliche Natur, der Mensch schlechthin als außer Rand und Band geratene Destruktion, als Versündigung gegen die Kreisläufe des Lebens, erscheint.

Die Schlußfolgerungen, die von dieser „politischen Ökologie" gezogen werden, stehen allesamt unter dem Natürlichkeits-Paradigma. Aus dem Umstand, daß menschliche Existenz und menschlicher Eingriff in die Natur in letzterer grundsätzlich Auswirkungen haben, die immer Naturvernichtung darstellen, da Einwirkung gleichbedeutend ist mit der Zerstörung von Bestehendem, schließt sie auf einen Standpunkt der Gesamtnatur. Sie operiert damit bereits mit einem statischen, widernatürlichen Naturbegriff, über den sich auch das Postulat der Kreisläufe schlechthin nicht erheben kann. Und sie leitet daraus ferner entweder eine Unterordnung des Menschen unter die „Gesetze der Natur" ab, oder begnügt

sich mit deren richtiger Erkenntnis und daraus resultierender Einfügung in die Kreisläufe der Natur. Immer wird dabei ein freilich unmöglicher Subjektaustausch vorgenommen. Menschliches Verhalten soll generell dahin gebracht werden, daß der Natur – die ein Subjekt erhält – Bewahrung und Regeneration möglich sein können.

Emanzipation und Ökologie

Nicht im Blickfeld obenerwähnter Positionen liegt hingegen der emanzipatorische, weil grundsätzlich anthropozentrische Ansatz, welcher seine Aussagen und Schlußfolgerungen über das Verhältnis von Mensch und Natur unter einem vollkommen anderen Paradigma entwickelt, dem Primat eines „menschlichen Menschen", oder – wie Herbert Marcuse ausführt: *„Mit dem Aufstieg des Menschen als des animal rationale – befähigt, die Natur im Einklang mit den Vermögen des Geistes und den Potenzen der Materie umzugestalten – nimmt das bloß Natürliche als das unter der Vernunft Stehende einen negativen Status an."*[32]

Dem Standpunkt einer auf menschliche Emanzipation gerichteten Sichtweise erscheint daher jegliche Rücksichtnahme auf behauptete Rechte oder Interessen der Natur inakzeptabel. Nicht, was für die Natur von Vorteil oder Nachteil, ist hier das Entscheidende, sondern daß *„alle Freude und alles Glück der Fähigkeit (entspringen), die Natur zu transzendieren – eine Transzendenz, bei der die Naturbeherrschung selbst der Befreiung und Befriedung des Daseins untergeordnet ist."*[33] Der Angelpunkt für die Bewertung ökologischer Bedrohungen ist hier nicht die Natur selbst, *„die das dem sich entwickelnden Subjekt entgegengesetzte Objekt ist und bleibt"*,[34] sondern die menschliche Aneignung der äußeren Natur.

Eine emanzipatorische Wendung und Fundierung der Ökologie ist überfällig. Ökologische Kritik muß, will sie nicht auf der Stelle treten oder gänzlich in reaktionäres Fahrwasser gelangen, zu einer Dialektik der Ökologie werden, deren Aufgabe darin besteht, die inhaltlichen und formalen Bezüge von Mensch, Natur und Kultur in einer emanzipatorischen Theorie zusammenzufassen. Der Antithese hat eine Synthese zu folgen, Ökologie muß von einem Schlagwort zu einer Kategorie aufsteigen.

Ökologie als Kategorie

ÖKOLOGIE behandelt nichts anderes als die Rationalität des menschlichen Daseins hinsichtlich seiner stofflichen Bedingtheit, deren Form und Inhalt sind ihr Gegenstand. Insofern ist sie sowohl mit der Ökonomie als auch der Biologie aufs engste verbunden, und wer genau hinsieht, der wird unseren zentralen Begriff auch als eine Wortzusammensetzung dieser beiden Disziplinen lesen können.

Die Frage nach der Ökologie ist somit die Frage nach unserer kollektiven stofflichen Existenz. Die Ökologie kann als die Wissenschaft von der stofflichen Grundlage menschlichen Seins verstanden werden. Sie beinhaltet mehr als die Beziehung des Menschen zur Natur, sie kann als Beziehung von Mensch und (Um)Welt beschrieben werden, soweit jene stofflichen Auswirkungen folgt und solche tätigt.

Stoff meint hier die materielle Basis, organisch oder unorganisch, bearbeitet oder unbearbeitet. Die Auslegung der Materie ist die stoffliche Konkretion. Materie ist das Rohe und Allgemeine, aus dem die feingliedrigen stofflichen Besonderungen sich entwickeln. Stoff ist das Zusammenfallen und Auseinanderfallen von Materie. Stoffliche Konkretion und materielle Bewegung sind eins.

Ökologie meint den Stoffwechsel des menschlichen Kollektivs in all seinen Facetten. Dieser aber ist kein primär biologisches oder gattungsmäßiges Problem, sondern ein gesellschaftliches. Mit der Zuspitzung der ökologischen Frage und dem Aufkommen der Ökologiebewegung ist dieser Stoffwechsel erstmals Gegenstand prinzipieller Kritik geworden, richtete sich diese nicht mehr gegen diverse Ausformungen, sondern gegen den Inhalt selbst. So gesehen stellt die Menschheit mit der Zentrierung der Ökologie die Frage nach einer sinnvollen ganzheitlichen Existenz.

Die ökologische Frage übersteigt alle bisherigen Fragen in ihrer Kontingentierung, eben weil – wendet man sie emanzipatorisch – sie keine bloß zusätzliche ist, sondern diese alle mitbeinhalten muß.

Anders als unser restriktiver Naturbegriff ist unser Ökologiebegriff extensiv dimensioniert, er tendiert dazu, die Totalität gesellschaftlicher Wirklichkeit zu erfassen. Die Frage der Natur ist so bloß eine nach der ursprünglichen These des Daseins, die Frage der Ökologie ist die nach der Synthese, sie hat mit Naturstoff weniger zu tun als mit Kunststoff, es war erst dessen Verallgemeinerung, die die ökologische Problematik auf die Tagesordnung setzte. *„Ökologie dagegen umfaßt meines Erachtens insbesondere die integrale Position des menschlichen Subjekts als bewußten Teil der belebten, der organischen wie anorganischen Natur – mit allen daraus folgenden qualitativen Momenten"*,[35] schreibt Wolfgang Mehte.

Ökologie gibt es nur, weil es eine menschliche Gesellschaft gibt. Als gesellschaftliches Problem ist sie eines des menschlichen Reichtums, und muß somit weiter als ein Problem der menschlichen Produktion bezeichnet werden. Arbeit und Natur sind die Quellen des gesellschaftlichen Reichtums,[36] ihre spezifische Kombination ist auch Basis der Umweltzerstörung.

Diskurs der Ökologie

Das, was im gesellschaftlichen Diskurs unter Ökologie firmiert, ist heute in der Regel weniger theoretischer Zugang, als vielmehr ein sinnlicher Reflex auf die Zerstörungspotentiale der gesellschaftlichen Arbeit. Die so wahrgenommene Katastrophen-Objektivität ist ja durchaus manifest, die Beobachtung richtig, der Schein trügt nicht – vielmehr kommt der Schein gar nicht mehr zur erkennenden Zusammenschau sinnlicher Rezeption. Wer vermöchte noch, die alltäglich via Massenmedien auf den Menschen einflutenden Nachrichten von ökologischer Destruktion in einen Zusammenhang zu bringen, zu gewichten, geschweige denn zu qualifizieren? Die Quantität aufgehäufter Zerstörungsevidenzen verschließt sich ihrer qualitativen Analyse und die allgemeine Hilflosigkeit kann gar nicht anders als zwischen meßtechnischem Reflex (der mahnende Ruf der Experten) und dem Einklagen moralischer Insuffizienzen zu lavieren.

Geschichtlich betrachtet hat freilich erst die Dynamik der kapitalistischen Produktionsweise wirklich maßgebliche Schritte aus dem Reich der Notwendigkeit in jenes der (potentiellen) Freiheit gebracht. Erst mit dem Vorantreiben menschlicher Unabhängigkeit von der äußeren Natur, mit ihrer Nutzbarmachung und technologischen Beherrschung in einem bisher nie dagewesenen Ausmaß, wurde die Möglichkeit zunehmender

Annehmlichkeit des Lebens geschaffen, so daß *„die Spekulationen über das Gute Leben, die Gute Gesellschaft, den Ewigen Frieden einen stets realistischer werdenden Inhalt (erhalten); aus technologischen Gründen tendiert das Metaphysische dazu, physisch zu werden."*[37]

Erst der geschichtliche Fortschritt, der sich seinen historischen Weg bis in den modernen Kapitalismus bahnte, hat dazu geführt, daß *„wir zum erstenmal in der Geschichte wirklich massenhaft ‚überschüssiges Bewußtsein' (haben), nämlich energische psychische Kapazität, die nicht mehr von den unmittelbaren Notwendigkeiten und Gefahren der menschlichen Existenz absorbiert wird und sich daher den ferneren zuwenden kann."*[38]

Wäre da nicht auch die Diskrepanz zwischen den Möglichkeiten technologischer Rationalität einerseits und der Formbestimmung ihrer Realisierung in einer Produktionsweise, deren immanenter Grundwiderspruch zwischen Tausch- und Gebrauchswert zwangsläufig auch die ökologische Krise immer zentraler in den Vordergrund treten läßt, oder wie es Robert Kurz formuliert: *„Die gesellschaftliche Krise erscheint vielmehr heute in ihrer höchstentwickelten Form auch als Krise der ‚vergesellschafteten Natur', das heißt als ökologische Krise."*[39]

Grüne und Ökologie

Ein zentrales Manko der Ökologiebewegung und der Grünen ist, daß sie zwar einerseits vorrangig ökologische Fragen problematisieren, andererseits aber bisher kaum die Frage der Ökologie als solche stellen. *„Die Geschichte der Ökologie ist die Geschichte der Katastrophe"*,[40] schreibt etwa Peter Pilz verkürzend. So wird das Abgeleitete, das heißt die ökologischen Mißstände, als zentral betrachtet, das Grundlegende, die Ökologie selbst, als marginal gesehen.

Ökologie ist heute zu einem Gemeinplatz geworden, der eine serielle Anwendung nicht nur zuläßt, sondern fördert. Betont wird hier immer lediglich der Konsens, der zwischen den verschiedensten Gruppierungen und Strömungen herrscht. Ob dieser tatsächlich gegeben ist, wurde bisher keiner Prüfung unterzogen. *„Die geringste Schwierigkeit, so glaube ich", schreibt Peter Weish, die Grundprinzipien der Grünen erklärend, „besteht mit ‚ökologisch', so schwer dieser Begriff auch zu definieren sein mag. Man ist einig darüber, daß alle Dinge im Zusammenhang zu betrachten sind und daß der Schutz der Lebensgrundlagen vorrangiges Ziel ist."*[41] Das stimmt, aber es stimmt nur, weil das, was die Grünen und ihre Klientel am meisten bewegt, in seinen Grundlagen am wenigsten diskutiert wird. Der Konsens trägt so nur, weil sich ihm fast alle anschließen, real ist er eine Fiktion, aber er wirkt. Über Ökologie läßt sich heute – und das ist nicht nur auf die Grünen beschränkt – sagen: Alle sind dafür, doch niemand weiß wofür.

Natur und Ökologie sind so positiv affirmiert. Der ehemalige „revolutionäre Marxist" Peter Pilz versteigt sich sogar zu Formulierungen wie: *„Wir müssen die ganze Natur schützen (...)"*[42] Pilz weiß hier offensichtlich nicht, was er sagt. Soll die Natur wieder ganz an sich werden, muß sie den Menschen loswerden. Dazu bräuchte sie aber seine Hilfe und vor allem seine Instrumente, kurzum die Bombe. Der „höchste" Akt menschlichen Eingriffes, die Liquidierung nicht nur der Zivilisation, sondern der Gattung, wäre so die Voraussetzung, daß Natur wieder in ihre faden Kreisläufe versinkt, in ihre „alten Rechte" eintritt. Die reine Destruktion und die reine Natur fallen so im Moment des atomaren Infernos ineinander. Die Pilzsche Forderung ernstgenommen, könnte nichts anderes bedeuten als die Auslöschung der Menschheit. Aber dorthin führt eben das seichte Gerede von der guten und ganzen Natur.

Wen nimmt es da noch Wunder, wenn Pilz schließlich trotz dialektischer Bekenntnisse bei der konservativen Formel der Lebensschutzbewegung landet und schreibt: *„Leben ist ein Wert an sich. Wer das unterschreibt, der hat mit der Industriekultur gebrochen. Die Frage nach dem Wert des Lebens ist die Gretchenfrage der Opposition."*[43] Hier scheiden sich wahrlich emanzipatorische von konservativen Denkansätzen. Dort, wo Leben auf physische Existenz – nichts anderes ist ein Leben „an sich" – reduziert wird, wird die mögliche inhaltliche Bestimmung der stofflichen Beschaffenheit untergeordnet. Dasein geht vor Verwirklichung, Verwirklichung hat sich dem Dasein unterzuordnen, es nicht bloß instrumentell vorauszusetzen. Umgekehrt gilt: Leben, emanzipatorisch gewendet, kann immer nur ein Wert für sich sein, muß über die stoffliche Beschaffenheit hinaus eine inhaltliche Bestimmung für sich aufweisen.

Das Umweltmanifest

Paradigmatisch für die gerade von den Grünen eifrig propagierte Auffassung von Ökologie ist das sogenannte „Umweltmanifest", ein 1986 im Wiener Falter Verlag vom „Forum Österreichischer Wissenschafter für Umweltschutz" verlegtes Expertendossier.[44] Die im Auftrag des Umweltministeriums erstellte Studie kann als das zentrale Dokument der bürgerlichen Ökologie in Österreich gelten. In ihr kulminieren sämtliche Gepflogenheiten des „gesunden Menschenverstandes" in seltener Eintracht.

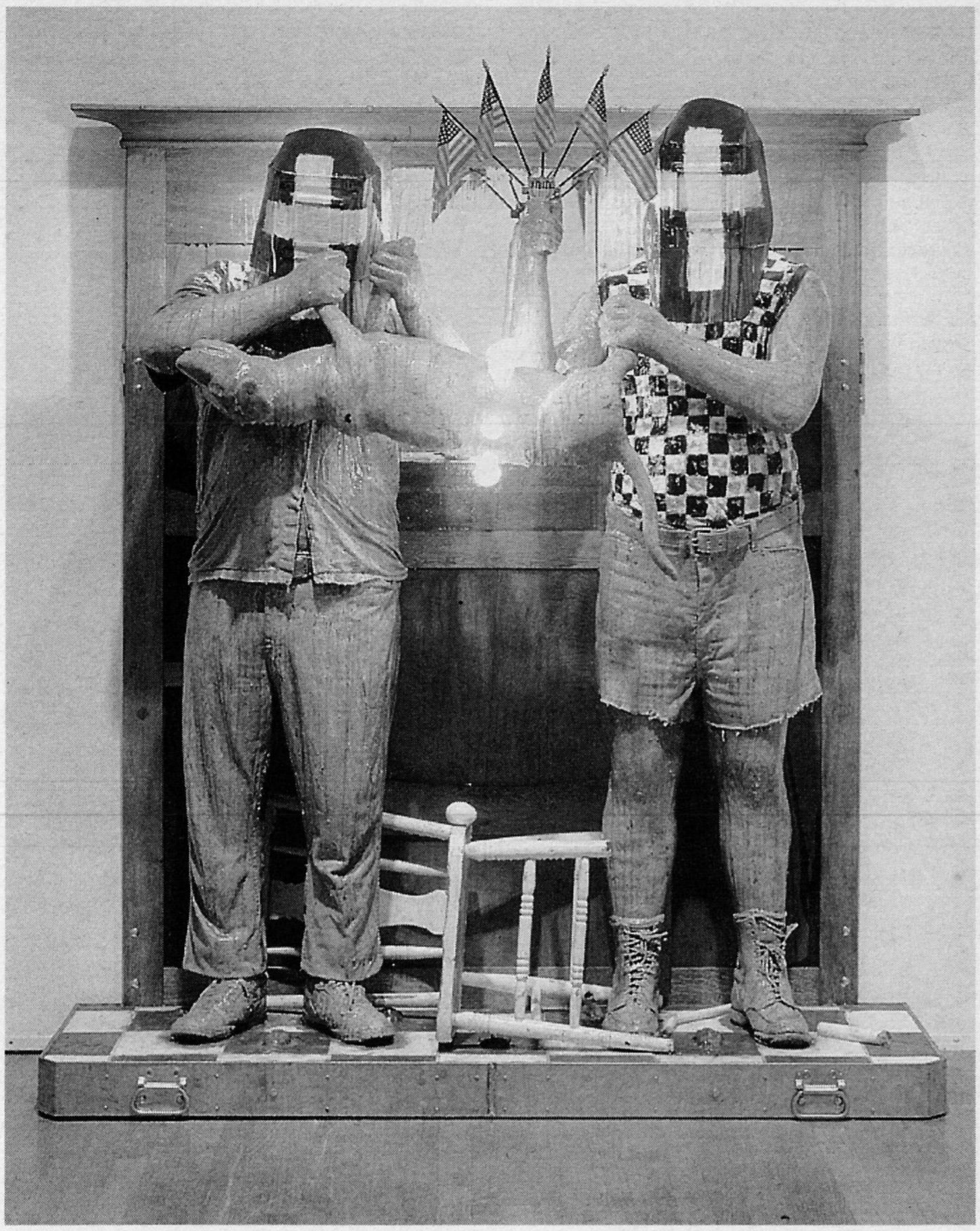
Das Manifest, das sich nicht alleine auf ökologische Bestandsaufnahmen und Lösungsvorschläge beschränkt, sondern weit in den Bereich der Sozial- und Wirtschaftspolitik hinein interveniert, ist durchwegs in einer naturwissenschaftlichen Diktion gehalten. Die zentralen Begriffe und Kategorien – Biosphäre, Ökosystem, Evolution, Art, Gattung, natürlicher Kreislauf, ökologischer Regelkreis, Rückkopplung – sind solche der Biologie und ihrer Teildisziplinen; „der Mensch" wird als Angelpunkt ökologischer Gefährdung ausfindig gemacht, kommt also nur als Artbegriff zu Ehren. Ja selbst die soziale Organisation des Gemeinwesens unterliegt der Betrachtungsweise einer „Regelkreis"-Ideologie. Eine unter dem Präfix „Öko" reformierte menschliche Zivilisation soll wieder harmonischen ökologischen Kreisläufen einverleibt werden. Nach dem ökologischen Musterbeispiel des *„stabilisierenden Regelkreis(es)"*[45] Sozialpartnerschaft etwa – wohl einer Sternstunde der Evolution – denken die Wissenschaftler des Forums an die Etablierung einer dementsprechenden *„ökosoziale(n) Partnerschaft zur Vermeidung von Umweltkonflikten."*[46]

Die ganze Schizophrenie eines Denkens, das von der Erfahrung an die Daseinsgrundlagen rührender Gefährdungspotentiale zu einer Infragestellung des praktizierten Naturumgangs getrieben wird, sich aber dennoch von den herrschenden Werten und Imperativen nicht loslösen kann, kommt im Text des Umweltmanifestes zum Ausdruck. Da wird die Formel „Natur als Politik" wahrlich

ernst genommen. Kompromißlos kommt das Manifest gleich in den einleitenden Prämissen zur Sache: *„Der Mensch kann nur dann nachhaltigen Nutzen aus der Natur ziehen, wenn er sie nicht zerstört."*[47] Das jahrtausendealte Prinzip der Menschheitsgeschichte, Emanzipation von der Natur, das heißt ihre Zurückdrängung und Zerstörung, bringt es mit einem einzigen Satz, dessen Aussage an Extremismus wohl ihresgleichen suchen muß, zur Auslöschung. Falsche Pauschalierungen dieser Art finden sich im Umweltmanifest zuhauf. Dabei gilt gerade umgekehrt: Der Mensch kann nur dann Nutzen aus der Natur ziehen, wenn er sie nach seinen Bedürfnissen und Notwendigkeiten verändert, umgestaltet, zerstört, korrekter noch: aufhebt, um hier anstelle der unpassenden reinen Negation einen dialektischen Ausdruck zu verwenden.

Ideologisch kulminiert die Erkenntnis ökologischer Gefährdung menschlicher Seinsgrundlagen letztendlich in einem negativen Anthropozentrismus, der die Unverträglichkeit des Naturumgangs der menschlichen Art herausstreicht. Im Zielkatalog des Manifests steht beispielsweise geschrieben: *„Die Abgabe von Stoffen, Strahlen, Geräuschen, Wärmen und anderen Einwirkungen, welche die Funktionsfähigkeit der Ökosphäre beeinträchtigen, ist zu vermeiden."*[48] Wie der menschliche Naturumgang dann überhaupt noch aussehen kann, der dieser Prämisse Genüge tut, ohne in der Eliminierung des Homo sapiens selbst zu gipfeln, ist wahrlich nicht mehr auszumachen. Hinter der Naturfreundlichkeit verbirgt sich so oft eine eigentümliche Menschenfeindlichkeit, eine, die sich primär gegen die materielle Begehrlichkeit der Gattung wendet, nicht jedoch gegen die spezifische Form, die ihren konkreten und deswegen destruktiven und fehlgeleiteten Ausgestaltungen zugrundeliegt.

Die Autoren des Manifestes geben es letztendlich ohnehin billiger. Praktisch wird das charakteristische Spezifikum des inkriminierten Naturumgangs, die erst heute universell gewordene Aneignung der Natur in der kapitalistischen Produktionsweise, als Generalnenner eines ökologisch verträglichen Weltbezugs der Spezies Mensch affirmiert. Die Lösungsvorschläge der Forum-Experten münden in betmühlenhafter Litanei in eine Apotheose der ökosozialen Marktwirtschaft: *„Die Ziele und Maßnahmen der Wirtschaftspolitik müssen in Hinkunft so ausgerichtet werden, daß das Wirtschaftsleben in Übereinstimmung mit der Ökologie als der ‚Haushaltslehre der Natur' und ihren Naturgesetzen gebracht wird und damit die marktwirtschaftlichen Kräfte auch zum vorbeugenden Schutz der Umwelt mobilisiert werden."*[49]



Edward und Nancy Kienholz, Holding The Dog, Idaho, 1986

An die Anrufung der Marktwirtschaft hängen die Autoren des Umweltmanifestes schließlich das in ermüdender Langeweile jahrzehntelang ausgereizte Markt-Staat-Spiel des Kapitalismus. Ökologisch konnte sich in ihrer Sichtweise der Kapitalismus bislang vor allem deswegen nicht gerieren, weil die Verfehlungen hauptsächlich in den lenkenden Eingriffen staatlicher und administrativer Instanzen in den Wirtschaftskreislauf gesehen werden: *„Umweltprobleme stellen nicht jeweils separate Ereignisse dar, sondern müssen als generelle Strukturfehler der wirtschaftlichen Steuerung aufgefaßt werden."*[50]

Die Öko-Monetaristen fordern daher einfach weniger Staat, mehr Markt. Freilich fordern sie auch und vor allem mehr und rigidere Umweltnormen sowie stärkere Einbeziehung von Experten in gesellschaftliche und wirtschaftliche Planungsprozesse. Sie fordern also weniger und mehr Staat, weniger und mehr Bürokratie, weniger und mehr Normenregulierung zugleich. Es soll *„ein Minimum an Administration und Wirtschaftslenkung angestrebt werden"*,[51] um *„die marktwirtschaftlichen Regelungsmechanismen in Einklang mit den dargelegten Prämissen und ethischen Grundsätzen"*[52] eines ökologieverträglichen Wirtschaftens zu bringen.

Eine funktionierende Umsetzung der von den Experten geforderten

Lenkung ist aber, fast jede beliebige Detailforderung des Manifestes kann dafür als Beleg herhalten, selbst bei Beibehaltung des bestehenden bürokratisch-administrativen Niveaus undenkbar. Alleine der im Umweltmanifest geforderte Ausbau der Bürgerbeteiligung in Planungsprozessen[53] oder die projektierte Einbindung eines ökologischen Expertenrates bis hinein in die Legislative[54] hätte eine massive Aufblähung der Bürokratie zur Voraussetzung.

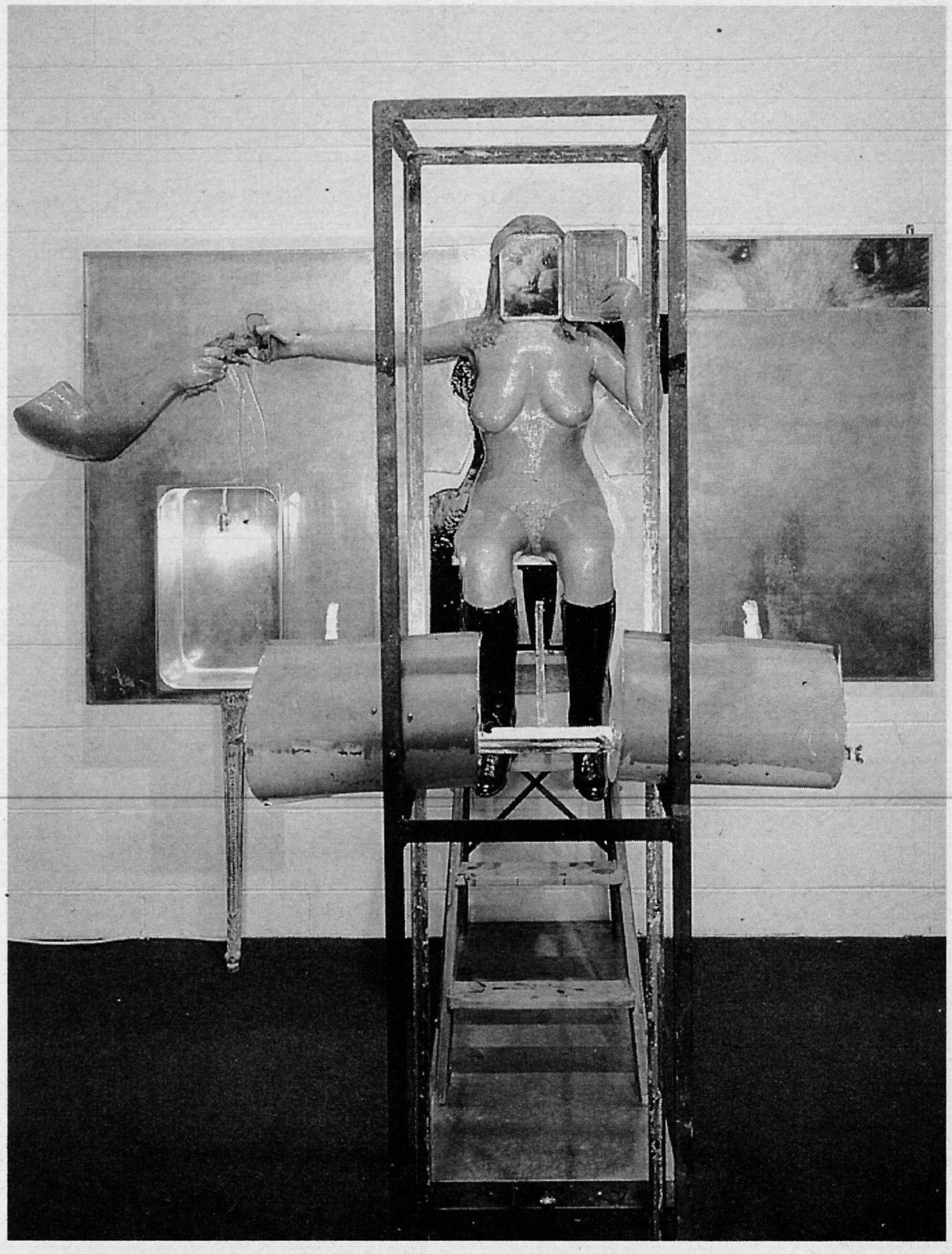
Schwein oder Monade?

Letztendlich bieten die Vorschläge des Umweltmanifestes wenig Neues. Das Kernstück des hier favorisierten wirtschaftspolitischen Instrumentariums ist das Verursacherprinzip. Unter einem neuen Schlagwort wird so nur propagiert, was der kapitalistischen Entwicklungstendenz seit jeher wesensmäßig immanent ist: Verpreisung und Verwarung aller Güter, die dieser Globus bietet, Privatisierung der akkumulierten Gewinne, Kostenüberwälzung auf die Allgemeinheit. An die blauäugig an den Kapitalismus herangetragene Forderung nach einer *„Internalisierung negativer externer Effekte“*[55] möchten die Experten selbst nicht so recht glauben. Sicherheitshalber räumen sie ein: *„Nur wenn es sicher keinen Weg gibt, Verursacher zur Verantwortung zu ziehen (sei es, daß er nicht mehr existiert, oder nicht zu ermitteln ist), oder sicher keine Möglichkeit existiert, Verursacher sofort zur Verantwortung zu ziehen (z. B. ausländische souveräne Staaten), oder wenn alle Verursacher sind (etwa beim Energieverbrauch), soll zur möglichst raschen Schadenssanierung das ‚Gemeinlastprinzip‘ Anwendung bzw. bis zur möglichen Durchsetzung des Verursacherprinzips vorläufig Anwendung finden.“*[56]

Wo sie Recht haben, haben sie recht! Sicher wird es kaum geeignete Wege geben, Verursacher eindeutig zu ermitteln, sicher werden kaum Möglichkeiten existieren, individuelle Verursacher eindeutig zur Verantwortung zu ziehen, und wahrscheinlich sind wir ohnehin allesamt und zugleich die Verursachenden. Daraus folgt, daß die Identität Verursacherprinzip ist gleich Gemeinlastprinzip in der Realität nahezu uneingeschränkt ihre Bewahrheitung finden wird.[57]

Wie formulierte doch ein Modeideologe der Ökologiebewegung sein gesundes Meinen: *„An der Umweltzerstörung sind wir alle beteiligt.“*[58] Und irgendwo auf der banalsten Ebene stimmt es ja auch, daß alle schuld sind, und somit – was das gleiche ist – niemand schuld ist. Daraus kann es theoretisch nur zwei Schlußfolgerungen geben: 1. Der Mensch ist eben ein Schwein und 2. Der Mensch verhält sich als Monade des Systems, er kann nicht anders, weil er muß. Wir halten die zweite Erklärung für richtig. Der dümmste Einwand dagegen ist, daß der einzelne doch bewußt dagegen auftreten könne, sein Verhalten ändern könne, ja und wenn das alle täten, wie schön wäre dann die Welt. Außer dem Gewissen wird hier wenig befriedigt.

Die Bewußtseinsgaukler haben freilich Hochkonjunktur. Die zahlreichen Umweltbroschüren, die Ministerien, Bezirkshauptmannschaften, Parteien und Umweltverbände einem zuschicken, ja nachjagen, die, ob der breiten Übersättigung meist ungelesen beim Altpapier landen, sprechen eine deutliche Sprache. Im Prinzip sind sie auch einerseits dazu da, den Menschen ein schlechtes Gewissen zu machen, sie zu bevormunden, nicht sie aufzuklären, und andererseits der eigenen Institution ein Alibi auszustellen, was man nicht alles getan hat. Alle werden informiert. Alle hätten wissen müssen. Was de facto unmöglich sein soll, ist aber gerade auch ob dieser Praktiken Realität. In Wirklichkeit bereitet dieser Umgang mit Ökologie, der nur eine neue Variante ihrer Umgehung ist, die antiökologi-



Edward und Nancy Kienholz, The Rhinestone Beaver Peep Show Triptych, Berlin (West), 1980

sche Wende vor. Autofahrerparteien sind nur die groteskesten Ausformungen und Vorläufer dieser Bewegung.

Auf ihrem ureigensten Gebiet, der Ökologie, haben die österreichischen Ökologen und Grünen bisher wenig Originelles hervorgebracht. Ihre Fragen mögen manchmal gut sein, ihre Antworten sind selten der Rede wert. Ökologie ist ihnen primär eine Frage der Praxis, nicht eine der Theorie. Niklas Luhmann charakterisiert das gegenwärtige ökologische Denken so: *„Es wird zu Ängsten und zu Protesten neigen oder auch zu einer Kritik der Gesellschaft, die es nicht fertigbringt, ihre Umwelt adäquat zu behandeln. Es wird seine Generalisierungen nur in der Form der Negation erreichen können, und es wird, wie typisch in Fällen, in denen es nicht weiter weiß, zu einer emotionalen Selbstsicherheit tendieren. Es wird also auf gesellschaftlich vorgegebene Formen und Anschlußfähigkeiten angewiesen sein oder in der immer auch möglichen Negation verbleiben und aus Eigenem wenig Brauchbares hervorbringen können."*[59]

Gleichgewicht und Umwelt

Fassen wir noch einmal mit Hegel zusammen: *„Die Veränderungen in der Natur, so unendlich mannigfach sie sind, zeigen nur einen Kreislauf, der sich immer wiederholt; in der Natur geschieht nichts Neues unter der Sonne, und insofern führt das vielförmige Spiel ihrer Gestaltungen eine Langeweile mit sich. Nur in den Veränderungen, die auf dem geistigen Boden vorgehen, kommt Neues hervor."*[60]

Das Gerede vom Gleichgewicht mit der Natur muß entschieden zurückgewiesen werden. Es ist uns schlicht unmöglich. Seit der Mensch ist, ist es mit dem Gleichgewicht der Natur vorbei. Wie soll auch etwas passives, bloß Reagierendes, zyklisches „Werden und Vergehen", ein bloßes „Immerwieder" gleichgewichtig sein können mit einem Aktivum, dem handelnden und denkenden Menschen. Die Natur ist nicht passiv, aber doch nicht agierend, sondern reagierend. Die Interdependenz von Mensch und Natur ist keine Interaktion. Mensch und natürliches Gleichgewicht schließen sich jedenfalls aus. Was die Menschen brauchen und auch gestalten ist ein gesellschaftliches und soziales Gleichgewicht. Dieses ist aber nicht natürlich bedingt.

Daneben ist es heute auch üblich, relativ unreflektiert von Umwelt, und davon abgeleitet von Umweltverschmutzung und Umweltschutz zu reden. UMWELT ist das, worin der Mensch zwar einerseits sein Wirken erkennt, es aber andererseits als ein bloßes Außen beschreibt und wahrnehmen will. Nur so kann aus Welt Umwelt werden. Der Begriff scheidet den Menschen von ebendieser, trennt Untrennbares, nimmt Welt nicht als Ganzes, sondern als ein Außen und Innen. Er trennt das, was der Mensch erschafft, von dem, was der Mensch ist. Umweltverschmutzung und Umweltschutz klingen geradezu verharmlosend ob der ökologischen Bedrohungen, unterstellen dem Subjekt Mensch Möglichkeiten, die es weder negativ noch positiv hat. Es tut es zwar, doch es geschieht mit ihm. Diese Termini, wenngleich kaum zu umgehen, mahnen zur Vorsicht, zu deutlich wird in ihrer Wortkonstruktion die herrschende Ideologie sichtbar.

Natur als Politik

Auch Natur hat als Schlagwort in den letzten Jahre wieder Karriere gemacht. Die Berufung auf Natur ist entweder künstlich naiv[61] oder offen reaktionär: *„Das Wörtchen ‚Natur' ist der Liebling des Terrors"*,[62] schrieb Günther Anders einmal. Festzuhalten gilt auch heute: *„Natur an sich ist weder gut, wie die alte, noch edel, wie die neue Romantik will."*[63] Aus Natur kann keine Politik abgeleitet werden.

Natur steht für eine Streubreite von Auswahlmöglichkeiten an Gesellschaftsbildern. Je nach Präferenz gibt Natur die normative Schablone ab, nach welchem ihrer Bilder die Gesellschaft zu organisieren sei. Man kann in der Natur den Auftrag entdecken, eine egalitäre, kommunitäre Sozietät aufzubauen, und wenn man ein Freund rigider staatlicher Ordnungsleistungen ist, wird man ebenfalls bei Vorbildern aus der Natur fündig werden. Beide Verfahren gehen nach einem sehr suspekten Ableitungsmodus vor, beide sind biologistisch. Das Bild, das man sich von der Natur macht und dann wiederum in die Gesellschaft zurückversetzt, entsteht bereits aufgrund der Vorstellungen von sozialer Ordnung, die man hat und für die man eintritt. Spätestens seit die Gesellschaft auf keiner naturrechtlichen Grundlage mehr basiert, könnte überdies klar sein, daß die Natur als moralische Instanz, gar als Subjekt, nicht taugt. *„Es geht nicht um Schonung der Natur und auch nicht um neue Tabus. In dem Maße, als technische Eingriffe die Natur verändern und daraus Folgeprobleme für die Gesellschaft resultieren, wird man nicht weniger, sondern mehr Eingriffskompetenz entwickeln müssen, sie aber unter Kriterien praktizieren müssen, die die eigene Rückbetroffenheit einschließen."*[64]

Freude und Schicksal

Die Frage der Naturbeherrschung ist keine von Wollen oder Nichtwollen, sie ist ein Müssen. Eine unumstößliche Pflicht. Marx hat also nicht, wie Adorno fälschlich meint, mit ein Programm der Naturbeherrschung unterschrieben,[65] sondern dieses immanente Faktum menschlicher Existenz ausdrücklich anerkannt. Die Naturbeherrschung ist des Menschen Freude und Schicksal.

Einer emanzipatorischen ökologischen Politik kann es nicht prinzipiell um Naturschutz gehen, sondern nur um Inhalt und Form einer sozial verträglichen Naturbearbeitung. Was für das Leben zutrifft, stimmt auch für die Natur, die Kultur, die Umwelt, ja die Welt schlechthin: Sie haben keinen Wert an sich, sondern sie sind Werte für uns.

Der Mensch kann aber nicht das alleinige Ziel, und die Welt nur sein Mittel sein. Das ist vulgärster Idealismus, überspitztester Anthropozentrismus. Nein, der Mensch steht nicht für sich alleine, sondern auch für die Welt, in der er lebt, die er erlebt, die er zu erhalten und zu verbessern hat. Der Mensch ist sowohl Zweck als auch Mittel. Detto die Welt. Gefordert ist also eine dialektische Vernunft, deren permanentes Ziel die Harmonie zwischen Mensch und Welt zur Aufgabe hat. Wir sind hier mit Marx wie dieser mit Häuptling Seattle einig: *„Vom Standpunkt einer höhern ökonomischen Gesellschaftsformation wird das Privateigentum einzelner Individuen am Erdball ganz so abgeschmackt erscheinen wie das Privateigentum eines Menschen an einem andern Menschen. Selbst eine ganze Gesellschaft, eine Nation, ja alle gleichzeitigen Gesellschaften zusammengenommen, sind nicht Eigentümer der Erde. Sie sind nur ihre Besitzer, ihre Nutznießer, und haben sie als boni patres familias den nachfolgenden Generationen verbessert zu hinterlassen."*[66] ■

Mag. Dr. Franz SCHANDL und Mag. Gerhard SCHATTAUER sind Historiker. Sie waren in ihrem früheren Leben führende Funktionäre der ALTERNATIVEN LISTE ÖSTERREICH (ALÖ) und Mitbegründer der GRÜNEN ALTERNATIVE.

Anmerkungen

1 Georg Wilhelm Friedrich Hegel, Vorlesungen über die Geschichte der Philosophie I. (1817), Werke 18, Frankfurt am Main 1986, S. 51

2 Theodor W. Adorno, Negative Dialektik (1966), Frankfurt am Main, 7. Aufl. 1992, S. 184

3 Karl Marx, Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie (1857/58), MEW, Bd. 42, S. 95

4 Günther Anders, Die Antiquiertheit des Menschen, Band I: Über die Seele im Zeitalter der zweiten industriellen Revolution, München 1956, S. 309

5 Georg Wilhelm Friedrich Hegel, Wissenschaft der Logik II. (1816), Werke 6, Frankfurt am Main 1986, S. 452

6 Georg Wilhelm Friedrich Hegel, Phänomenologie des Geistes (1807), Werke 3, Frankfurt am Main 1986, S. 506-507

7 Max Horkheimer/Theodor W. Adorno, Dialektik der Aufklärung. Philosophische Fragmente (1947), Frankfurt am Main 1971, S. 15

8 Vgl. Karl Marx, Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie, Erster Band: Der Produktionsprozeß des Kapitals (1867), MEW, Bd. 23, S. 393

9 Karl Marx/Friedrich Engels, Die deutsche Ideologie (1845/46), MEW, Bd. 3, S. 21. Vgl. auch Karl Marx, Das Kapital, Erster Band, S. 198

10 Georg Wilhelm Friedrich Hegel, Phänomenologie des Geistes, S. 94

11 Friedrich Engels, Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft (1876/78), MEW, Bd. 20, S. 75

12 Günther Anders, Die Antiquiertheit des Proletariats, »FORVM« Nr. 462-464, Juli 1992, S. 9

13 Georg Wilhelm Friedrich Hegel, Wissenschaft der Logik I. (1812/31), Werke 5, Frankfurt am Main 1986, S. 132-133

14 Georg Wilhelm Friedrich Hegel, Grundlinien der Philosophie des Rechts (1821), Werke 7, Frankfurt am Main 1986, S. 46-47

15 Georg Wilhelm Friedrich Hegel, Wissenschaft der Logik I., S. 133

16 Ebenda, S. 133-134

17 Gen 1, 26-29

18 Gen 9, 1-3

19 Hans Kelsen, Vom Wesen und Wert der Demokratie, Tübingen, 2. Aufl. 1929, S. 4-5

20 Theodor W. Adorno, Negative Dialektik, S. 285

21 Serge Moscovici, Versuch über die menschliche Geschichte der Natur, Frankfurt am Main 1984, S. 38

22 Karl Marx, Einleitung zur Kritik der Politischen Ökonomie (1857/58), MEW, Bd. 13, S. 619

23 Leo Kofler, Zur Kritik der „Alternativen", Hamburg 1983, S. 48

24 Norbert Trenkle, Die vergebliche Suche nach dem unverdinglichten Rest, »Krisis« Nr. 10, Jänner 1991, S. 123

25 Siehe dazu Robert Kurz, Die verlorene Ehre der Arbeit. Produzentensozialismus als logische Unmöglichkeit, »Krisis« Nr. 10, Jänner 1991, S. 11-51

26 Robert Kurz, Aschermittwoch des Marxismus, »Krisis« Nr. 8/9, Mai 1990, S. 103

27 Zitiert nach Engelbert Schramm (Hg.), Ökologie-Lesebuch. Ausgewählte Texte zur Entwicklung ökologischen Denkens. Vom Beginn der Neuzeit bis zum „Club of Rome" (1971), Frankfurt am Main 1984, S. 154

28 Eine leicht faßliche Überblicksliteratur zur Ökologiegeschichte bieten: Engelbert Schramm (Hg.), Ökologie-Lesebuch; Ludwig Trepl, Ökologie – eine grüne Leitwissenschaft? Über Grenzen und Perspektiven einer modischen Disziplin; in: »Kursbuch« Nr. 74, Dezember 1983, S. 6-26

29 Hans G. Mittermüller, Ideologie und Theorie der Ökologiebewegung. Zur Konzeption einer „ökologischen Philosophie", Frankfurt am Main/Bern/New York/Paris 1987, S. 122

30 Friedrich Engels, Dialektik der Natur (1873/83), MEW, Bd. 20, S. 322

31 Ludwig Trepl, Vom Nutzen der Ökologie für eine emanzipatorische Bewegung, »Kommune« 3. Jg., Nr. 4, April 1985, S. 56

32 Herbert Marcuse, Der eindimensionale Mensch. Studien zur Ideologie der fortgeschrittenen Industriegesellschaft, Frankfurt am Main 1967, S. 248

33 Ebenda, S. 248-249

34 Ebenda, S. 247

35 Wolfgang Mehte, Ökologie und Marxismus. Ein Neuansatz zur Rekonstruktion der politischen Ökonomie unter ökologischen Krisenbedingungen, Hannover, 2. Aufl. 1983, S. 61

36 Vgl. Karl Marx, Das Kapital. Erster Band, S. 530, S. 630; Karl Marx, Kritik des Gothaer Programms (1875), MEW, Bd. 19, S. 15

37 Herbert Marcuse, Der eindimensionale Mensch, S. 241

38 Rudolf Bahro, Die Alternative. Zur Kritik des real existierenden Sozialismus, Reinbek bei Hamburg 1980, S. 212

39 Robert Kurz, Der Kollaps der Modernisierung, Frankfurt am Main 1991, S. 100

40 Peter Pilz, Land über Bord. Kein Roman, Wien 1989, S. 21

41 Peter Weish, Grüne Ideale und die Wirklichkeit in der Kommunikation; in: Ali Gronner/Erich Kitzmüller(Hg.), Grüne Ausblicke. Beiträge zu einer Politik der GRÜNEN, Wien 1988, S. 199

42 Peter Pilz, Grün ist anders. Oder nicht; in: Ali Gronner/Erich Kitzmüller(Hg.), Grüne Ausblick. Beiträge zu einer Politik der GRÜNEN, Wien 1988, S. 111

43 Peter Pilz, Land über Bord, S. 151

44 Umweltmanifest. Unter Mitwirkung des „Forums Österreichischer Wissenschaftler für Umweltschutz", zusammengestellt von Hans Peter Aubauer, Wien o. J.

45 Ebenda, S. 7

46 Ebenda

47 Ebenda, S. 6

48 Ebenda, S. 7

49 Ebenda, S. 21

50 Ebenda

51 Ebenda, S. 7

52 Ebenda

53 Ebenda, S. 18

54 Ebenda, S. 15-16

55 Ebenda, S. 23

56 Ebenda, S. 11

57 Vgl. dazu Franz Schandl, Tücken und Lücken. Von den Unmöglichkeiten des Verursacherprinzips, »Juridikum« Nr. 3/1994, S. 25-28

58 Joseph Huber, Die Regenbogengesellschaft. Ökologie und Sozialpolitik, Frankfurt am Main 1988, S. 76

59 Niklas Luhmann, Ökologische Kommunikation. Kann die moderne Gesellschaft sich auf die ökologische Gefährdung einstellen? Opladen, 3. Aufl. 1990, S. 66-67

60 Georg Wilhelm Friedrich Hegel, Vorlesungen über die Philosophie der Geschichte (1822/23), Werke 12, Frankfurt am Main 1986, S. 74

61 Peter Sloterdijk, Kritik der zynischen Vernunft, Erster Band, Frankfurt am Main 1983, S. 130

62 Günther Anders, Die Antiquiertheit des Menschen, Band I., S. 351

63 Max Horkheimer/Theodor W. Adorno, Dialektik der Aufklärung (1947), Frankfurt am Main 1971, S. 227

64 Niklas Luhmann, Ökologische Kommunikation, S. 38-39

65 Theodor W. Adorno, Negative Dialektik, S. 242

66 Karl Marx, Das Kapital. Zur Kritik der politischen Ökonomie, Dritter Band: Der Gesamtprozeß der kapitalistischen Produktion (1894), MEW, Bd. 25, S. 784.

„Wir sind die nationalen Umweltschützer...“*

Konturen einer Ökologie von rechts in der Bundesrepublik Deutschland

Thomas JAHN
Peter WEHLING

Seit den Erfolgen der „Republikaner“ und anderer rechtsradikaler Parteien im Jahr 1989 hat sich in den Sozialwissenschaften – die davon zunächst weitgehend unvorbereitet getroffen worden waren – ein zumeist unausgesprochener Konsens eingestellt.

Demnach sei die inzwischen „dritte Erfolgswelle“ (Stöss 1990) des Rechtsextremismus in der Bundesrepublik nicht mehr als Folge der Ressentiments einiger unverbesserlicher „Ewiggestriger“ zu erklären, sondern als Ausdruck neuartiger Tendenzen und Phänomene innerhalb der bundesdeutschen Gesellschaft und an ihrem „rechten Rand“. Der neu erstarkte Rechtsextremismus habe zwar auch seine „Traditionsherkünfte“, aber seine wichtigsten Grundlagen seien „in den gegenwärtigen gesellschaftlichen Verhältnissen zu suchen“ (Klönne 1989, S. 548). Zu Recht betont Arno Klönne daher, daß die ideologiekritische Auseinandersetzung mit den Ausdrucksformen des „Rechtsfundamentalismus“ *allein* keine Abhilfe schaffen könne; es gehe vielmehr darum, dessen „Produktionsbedingungen“ bewußt zu machen und abzulösen.

Wo die gesellschaftlichen Produktionsbedingungen des Rechtsextremismus in den Sozialwissenschaften konkret in den Blick genommen werden, spielt die sogenannte ökologische Krise kaum eine Rolle – obwohl ökologische Argumentationsmuster in der politischen Rechten durchaus von Bedeutung sind. Begreift man „ökologische Krise“ als Chiffre für eine Krisendynamik kapitalistischer Industriegesellschaften, von der nicht nur die „Umwelt“, sondern auch ökonomische Rationalitäten, politisch-administrative Regulierungsmechanismen sowie die Formen der Erzeugung von wissenschaftlichem Wissen und Technologie tiefgreifend berührt sind[1], dann läßt sich vermuten, daß die aktuellen Ausdrucksformen des Rechtsradikalismus zwar nicht kausal aus diesem historisch neuartigen Krisenzusammenhang abgeleitet, aber auch nicht isoliert davon begriffen werden können.

Im folgenden wollen wir auf einige Zusammenhänge zwischen der ökologischen Krise, ihren gesellschaftlichen Deutungen und den gegenwärtigen Formen des Rechtsradikalismus aufmerksam machen, die in der sozialwissenschaftlichen und politischen Diskussion weitgehend vernachlässigt werden. Wie sich zeigen läßt, resultieren aus diesem Manko sowohl verkürzte Wahrnehmungen der aktuellen rechtsradikalen Tendenzen in der Bundesrepublik wie auch zu eng angelegte Strategievorschläge für die politische Auseinandersetzung mit diesen Tendenzen.

„Aufstand der Modernisierungsopfer?“

Der vermuteten Neuartigkeit des gegenwärtigen Rechtsextremismus versuchen Sozialwissenschaften und Politik vor allem mit einer kategorischen Neuschöpfung Rechnung zu tragen: mit dem Begriff der „Modernisierungsverlierer“. Der gesellschaftliche „Modernisierungsprozeß“ – so wird argumentiert – „kennt nicht nur Gewinner, sondern auch Opfer. Die Benachteiligungen, die im Rahmen und in der Folge der gesellschaftlichen Modernisierung auftreten, können erhebliche Statusängste und Abstiegsprozesse bei ganz unterschiedlichen Gruppen unserer Gesellschaft mit sich bringen“ (Schacht 1990, S. 77f.). Im Zusammenspiel mit modernisierungsbedingten Individualisierungsprozessen träten schließlich „Orientierungsprobleme bei den Gruppen auf, die vom Modernisierungsprozeß negativ betroffen sind“ (Schacht 1991, S. 155). Für den neuen „Rechtsfundamentalismus“ seien daher in erster Linie „Menschen in Ungewißheit“ anfällig (Klönne 1989, S. 548), und Rechtsradikalismus kann in dieser Perspektive „als eine Strategie interpretiert werden, mit Ängsten und Orientierungskrisen fertig zu werden“ (Schacht 1991, S. 155).[2]

An solchen Formulierungen nun läßt sich ablesen, daß mit den „Modernisierungsverlierern“ zwar ein neuer Begriff kreiert worden ist, daß aber der damit verknüpfte sozialwissenschaftliche Erklärungsansatz keineswegs ganz taufrisch ist – und darüber der in der Tat neuartige und spezifische Charakter der aktuellen Entwicklungen im rechten Spektrum verfehlt zu werden droht: Das Theorem von den „Modernisierungsopfern“ knüpft unübersehbar und erstaunlich direkt an die 1967 von E. Scheuch und H.-D. Klingemann angesichts der damaligen Wahlerfolge der NPD (Nationaldemokratische Partei Deutschlands) formulierte Theorie des Rechtsradikalismus als „normale Pathologie in freiheitlichen Industriegesellschaften“ an. Schon damals erklärten Scheuch und Klingemann den Rechtsradikalismus aus Unsicherheiten und Orientierungsproblemen bestimmter sozialer Schichten und Gruppen infolge des grundsätzlich dynamischen Charakters der „modernen Industriegesellschaft“.[3] In den für die „Pathologie“ des Rechtsradikalismus anfälligen Schichten werde „Rigidität im Denken“ als die wichtigst Form der „Auflösung von Unsicherheit“ gehandhabt; daraus resultiere ein „Ausweichen vor den tatsächlich bestehenden Widersprüchlichkeiten durch ein starres (...) Wert- und Orientierungs-

---

* Dieser Beitrag erschien erstmals in »Soziale Welt – Zeitschrift für sozialwissenschaftliche Forschung und Praxis« 4/1991 (Bamberg). Wir danken für die Nachdruckerlaubnis.

system“ (Scheuch/ Klingemann 1967, S. 18).[4]

Sozialwissenschaftliche Erklärungsmuster des Rechtsradikalismus als „normaler Pathologie“ oder „Aufstand der Modernisierungsopfer“ (Arno Klönne) dienen auch als Grundlage zur Konzeption politischer Gegenstrategien. Einem Teil der Rechtswähler werden dabei durchaus begründete soziale und ökonomische Anliegen zugestanden[5] – wobei vor allem gewerkschaftlich-sozialdemokratisch orientierte Autoren die rücksichtslose Modernisierungspolitik der konservativ-liberalen Bundesregierung für die Entstehung rechtsradikaler Wählerpotentiale mitverantwortlich machen (vgl. Schacht 1991, S.155).

Entsprechend wird eine soziale „Abfederung“ des ökonomisch-technologischen Modernisierungsprozesses durch Wohnungsbau und Arbeitsplatzbeschaffung empfohlen. Von den in der „Zwei-Drittel-Gesellschaft“ im Stich gelassenen und gleichsam ideologisch verführten „Protestwählern“ werden dann die nationalistischen „Bekenntniswähler“ sowie ein „rechtsradikaler Bodensatz“ abgegrenzt, gegen die allein ein Vorgehen mit den Mitteln der Polizei und das Strafrecht angemessen erscheine. Faktisch – und häufig gegen die erklärte Intention der Autoren – wird Rechtsextremismus damit zum Problem zweier Randgruppen erklärt: der marginalisierten „Modernisierungsopfer“ einerseits, des harten nationalistischen oder neonazistischen „Gesinnungskerns“ andererseits. Die Verbindungen zum „Zentrum“ der Gesellschaft und dessen politisch-kulturellen Orientierungen drohen darüber verloren zu gehen.

Gegen solche weit verbreiteten Erklärungsversuche des gegenwärtigen Rechtsextremismus lassen sich vor allem drei wesentliche Einwände formulieren: *Erstens* ist bereits die implizit zugrundeliegende Vorstellung eines unausweichlichen und eigengesetzlich verlaufenden Prozesses technologischer und ökonomischer „Modernisierung“ mehr als fragwürdig und gerade im Hinblick auf ökologische Gefährdungen nicht reflektiert genug. *Zweitens* beruht die These vom Protest der Modernisierungsopfer auf einer teilweise sehr selektiven Inanspruchnahme der vorliegenden empirischen Daten zum Wählerpotential der Rechtsparteien.[6] Im folgenden wollen wir uns jedoch hauptsächlich auf einen *dritten* Einwand konzentrieren: In der Rede von den „Modernisierungsverlierern“ bleiben Genese und Struktur der aktuellen rechtsradikalen *Deutungsmuster* – und damit auch die behauptete Neuartigkeit des gegenwärtigen Rechtsextremismus – merkwürdig unterbelichtet. Unter Plausibilitätsaspekten und mit einer begrenzten empirischen Basis werden vielmehr sozialstatistische Daten über soziale und ökonomische Marginalisierungstendenzen mehr oder weniger unvermittelt mit rechtsextremen Einstellungen und entsprechendem Wahlverhalten in Verbindung gebracht. Weder wird in ausreichender Weise untersucht, weshalb sich die (tatsächlichen oder vermeintlichen) Benachteiligungen der „Modernisierungsverlierer“ gerade in rechtsradikalem Protestverhalten äußern, noch wird analysiert, welche neuen Formen rechtsextremer Weltdeutung sich im Kontext der gegenwärtigen gesellschaftlichen Krisenwahrnehmungen herausbilden und wie sie sich möglicherweise mit gesellschaftlich etablierten und legitimierten Interpretationsmustern verknüpfen können.[7]

Der Prozeß der Formulierung von politisch-kulturellen Deutungsmustern aus einem Zusammenspiel von individuellen (Krisen-)Erfahrungen, gesellschaftlich gängigen Interpretationsmustern und milieuspezifischen Verarbeitungsformen wird in den erwähnten sozialwissenschaftlichen Erklärungsansätzen allenfalls am Rande zum Thema gemacht – und nur aufgrund dieses Versäumnisses kann etwa die abstrakte Trennung von „Protestwählern“ und „Bekenntnis-

Edward und Nancy Kienholz, The Ozymandias Parade, Idaho, 1985

wählern“ plausibel erscheinen. Wir versuchen dagegen im folgenden die Formierung von Deutungsmustern des „rechten Lagers“[8] an einem Thema zu rekonstruieren, das in der Rede von den „Modernisierungsopfern“ zumeist vollständig ausgeblendet wird, obwohl es auf eine der zentralen Krisendimensionen gesellschaftlicher „Modernisierung“ verweist: an der Herausbildung ökologischer Deutungsmuster im rechten Lager und bei den rechtsradikalen Parteien, insbesondere bei den „Republikaneren“.[9]

Zwar wurde und wird die potentielle oder tatsächliche Nähe ökologischer und rechtsextremistischer Argumentationsformen seit der Entstehung einer ökologischen Oppositions- und Protestbewegung in der Bundesrepublik Mitte der siebziger Jahre politisch und sozialwissenschaftlich diskutiert. Zumeist wurde diese Diskussion jedoch – nicht zuletzt im Rückblick auf den Nationalsozialismus – unter der Frage nach konservativen oder faschistoiden Tendenzen und Traditionsbeständen in der Ökologiebewegung oder bei den Grünen geführt.[10] Infolge der Konzentration auf diese ideologiekritische Fragestellung blieb weitgehend vernachlässigt, wie sich *innerhalb der politischen Rechten selbst* ökologische Argumentations- und Deutungsmuster herausgebildet haben, wie sie die Krisenwahrnehmung des rechten Lagers beeinflussen und aktualisieren, wie sie sich schließlich möglicherweise auf neue Art mit den gesellschaftlich etablierten Interpretationen der „ökologischen Krise“ verknüpfen können.

Die Aktualität und Brisanz der seit den frühen siebziger Jahren zu beobachtenden ökologischen Tendenzen im rechtsradikalen Spektrum der Bundesrepublik liegt demnach zunächst in der darin angelegten „Modernisierung“ des Rechtsextremismus, seiner Argumentationsmuster und gesellschaftskritischen Bezüge, in dem Versuch, von rechts an aktuelle politische und wissenschaftliche Krisendiskurse anzuknüpfen.[11] Solche Versuche sind schon deshalb ernstzunehmen, weil die ökologische Krise eine strukturelle Krise kapitalistischer Industriegesellschaften bezeichnet, deren (globale) Auswirkungen und Gefahrenpotentiale weit über die ungleichgewichtige Verteilung der „Früchte“ des Modernisierungsprozesses hinausreichen. Vor diesem Hintergrund ist es keineswegs ohne Bedeutung, daß ökologische Themen und Motive eine zwar untergründige, aber dennoch erkennbare Rolle bei Versuchen einer politischen wie organisatorischen „Erneuerung“ und Restrukturierung des rechten Lagers in der Bundesrepublik Deutschland spielen, die seit einigen Jahren zu beobachten sind.[12] Ihre mögliche Brisanz könnte die „Ökologie von rechts“ dabei vor allem auf drei Ebenen entfalten (die in den folgenden Abschnitten dargestellt werden): auf der Ebene der Aktualisierung der Deutungsmuster des rechten Lagers; auf der Ebene politischer Kriseninterpretationen durch rechtsradikale Parteien sowie auf der Ebene der Herausbildung von „Brücken“ sowohl zu den konservativen Parteien als auch zu Teilen der Ökologiebewegung und der Grünen.

Ökologische Deutungsmuster des rechten Lagers

„Ökologischer Fundamentalismus, Erhalt der kulturellen Eigenart, Schaffung einer nationalen Identität, ein ‚organischer‘ Staat und ‚Patriotismus‘ als selbstüberwindende, auf das ‚Ganze‘, den Staat, die Nation als Endzweck bezogene Haltung, bilden (...) die Inhalte eines Nationalismus für die Zeit nach der ‚Wiedervereinigung‘“ (Bauer 1990, S. 39). Mit diesen Stichworten umriß Marcus Bauer, früherer Anhänger der nationalrevolutionären Neuen Rechten und Mitbegründer des „Arbeitskreises Junge Republikaner“, einer Nachwuchsorganisation der Partei Franz Schönhubers, im Herbst 1990 mögliche strategische Ansatzpunkte der politischen Rechten im vereinten Deutschland.

Solche Entwürfe schließen an seit langem bestehende ökologische Tendenzen im westdeutschen Rechtsradikalismus an (aber auch an konservative Bemühungen um eine „Re-Nationalisierung“ der Politik bereits vor der „Wiedervereinigung“). Seit den frühen siebziger Jahren, seitdem die „Grenzen des Wachstums“ und die ökologische Krise ins öffentliche Bewußtsein und den politischen Diskurs einzuwandern begannen und sich eine oppositionelle Ökologiebewegung formierte, haben fast alle rechtsradikalen Organisationen ökologische Argumentationsfiguren und Themen in ihrer Programmatik oder zumindest Rhetorik aufgenommen. Sie knüpften dabei zunächst an traditionell rechtskonservative Deutungsmuster wie „Volksgesundheit“ und „Lebensschutz“ an, unter denen etwa der Weltbund zum Schutz des Lebens (WSL) bereits in den sechziger Jahren den ersten Widerstand gegen das bundesdeutsche Kernenergieprogramm organisiert hatte. So forderte beispielsweise die NPD 1973 die Einrichtung eines Bundesministeriums für Natur- und Umweltschutz und nahm in ihr Parteiprogramm einen Abschnitt „Volksgesundheit und Umweltschutz“ auf, der vor allem von der Sorge um die „gesundheitliche Substanz des deutschen Volkes“ sowie um „gesundes Erbgut“ getragen war.

Es wäre kurzschlüssig, in solchen ökologischen Orientierungsversuchen des „rechten Lagers“ nur ein wahltaktisches Manöver unter instrumentellen Gesichtspunkten zu sehen. Vielmehr liegen tatsächliche wie scheinbare Berührungspunkte zu Teilen des ökologischen Diskurses zunächst darin, daß „Natur“ in den rechtsradikalen Argumentationsmustern als eine normative Ordnungsmetapher für Gesellschaft fungiert.[13] Die ökologische Krise ließ sich somit von rechts als Störung einer „natürlichen“ Ordnung von Volk und Gesellschaft und sogar als Bestätigung der „Richtigkeit“ rechtsextremer „Kritik“ an Liberalismus und Marxismus interpretieren.[14] So boten die Krise und die Formen ihrer gesellschaftlichen Thematisierung den Gruppierungen der Rechten eine Chance, ihre Argumentationen politisch-programmatisch zu erneuern und auf aktuelle und relevante gesellschaftliche Konflikte zu beziehen.

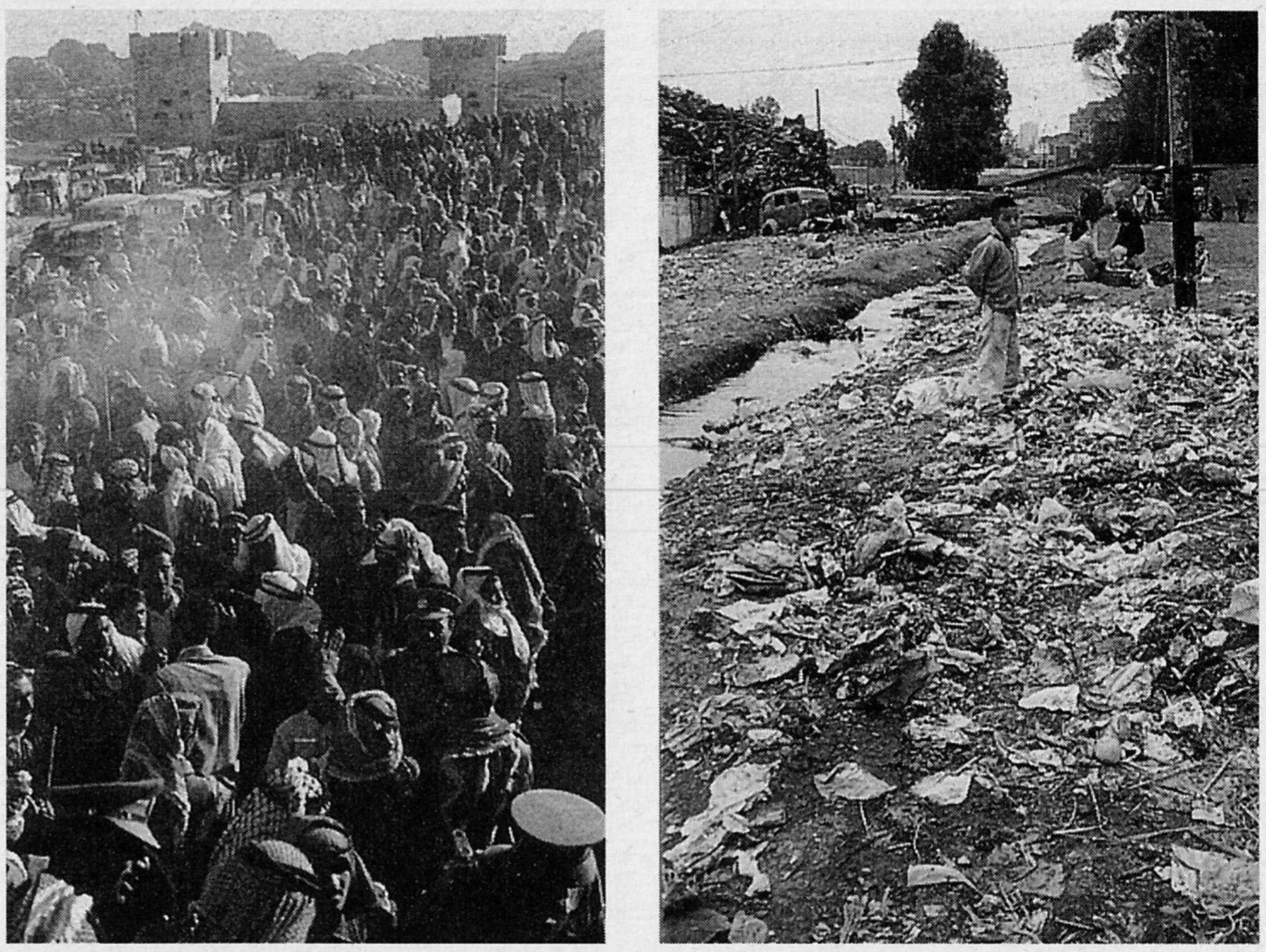
Seit den siebziger Jahren lassen sich fünf politisch-kulturelle „Milieus“ unterscheiden, in denen die ökologischen Argumentations- und Deutungsmuster des rechten Lagers auf je spezifische Weise ausdifferenziert wurden:

1. Der *autoritär-etatistische Öko-Konservatismus*: Diese Richtung steht zwar in Opposition zum „technokratischen Konservatismus“ großer Teile der Unionsparteien, verfolgt jedoch ein strukturell ähnliches Politikmodell: den starken Staat, der sich gegen die ziellosen und (ökologisch) destruktiven Interessen der Gesellschaft und der Individuen ordnend durchsetzt. Ökologie erscheint hier als die Lehre von den ehernen Naturgesetzen, welchen die staatliche Politik gegebenenfalls diktatorisch Geltung verschaffen müsse. Bekanntester Vertreter dieser Richtung ist

der frühere CDU-Bundestagsabgeordnete und spätere Gründer der Ökologisch-Demokratischen Partei (ÖDP), Herbert Gruhl, der die ÖDP Ende 1990 nach ihrer Hinwendung zu liberaleren Positionen verlassen hat.

2. Der *öko-konservative Fundamentalismus*: Er argumentiert vor dem Hintergrund einer zumeist christlich verstandenen „Ehrfurcht vor dem Leben", wobei „Leben" und „Lebensschutz" – vor allem in der Debatte um den Schwangerschaftsabbruch – zu fundamentalen und unhinterfragbaren Bezugspunkten politischen Handelns überhöht werden.[15] Dieses „Milieu" umfaßt neben Splittergruppen wie die Christliche Liga und die Christliche Mitte als wichtigste Gruppierung die ÖDP, reicht aber bis in den rechten Flügel der Unionsparteien hinein. Die ÖDP, 1982 von konservativen Umweltschützern als Gegengewicht zu den Grünen gegründet, hat sich in den letzten Jahren zwar von den autoritären Positionen ihres langjährigen Vorsitzenden Gruhl entfernt und sich von den nationalistischen Rechtsparteien distanziert. Gleichwohl bleiben in der Partei „biologische Gesetze" und „ökologische Einsichten" die letztlich entscheidenden Orientierungspunkte politischen Handelns.

3. Der *völkische oder Volkskonservatismus*: Hier wird die Idee des Lebensschutzes völkisch-organizistisch interpretiert: Dem Volk werden dabei „ewige" unzerstörbare Eigenschaften als biologische Tatsache und/oder als kulturelles Erbe zugeschrieben. Ökologie wird so zur Metapher für einen organischen Zusammenhang des Volkes mit seinen natürlichen Lebensgrundlagen; die ökologische Krise erscheint dann als Störung und Bedrohung dieses Zusammenhanges.[16] Diesem Spektrum sind vor allem rechtskonservative bis rechtsextreme Umweltschutz-Organisationen wie der WSL zuzurechnen, aber auch weite Teile des „alten" Rechtsextremismus, der lange Zeit vor allem durch die NPD repräsentiert wurde.



„Das eigentliche Umweltproblem ist die Überbevölkerung. Gut erzogene Menschen werden die Umwelt nicht unnötig verschmutzen. Doch wie will man viereinhalb Milliarden Menschen so gut erziehen? ... Überbevölkerung ist nicht nur gegen die Menschlichkeit, sie ist im tiefsten lebensfeindlich."
Bilder und Text aus: Myrell u. a., Neues Denken – Alte Geister, New Age unter der Lupe, Falken-Verlag, Niedernhausen, 1987

4. Die *Neue Rechte*: Im Spektrum der sogenannten Neuen Rechten[17] werden „altrechte" Begriffe wie „Volksgesundheit" oder „Lebensschutz" einerseits „kulturalistisch" reformuliert (vor allem in der Rede von der „nationalen Identität"[18] und dem „Kulturkreis") und andererseits durch eine – allerdings äußerst selektive – Rezeption naturwissenschaftlicher Erkenntnisse etwa aus der Verhaltensforschung oder der Genetik modernisiert. Dies bezeichnen die Theoretiker der Neuen Rechten als „Bio-Humanismus" oder „biologisches Menschenbild". Ökologie kann damit sowohl projektiv auf die Ebene kultureller Orientierungen ausgeweitet als auch auf die Befolgung angeblich wissenschaftlich erwiesener Naturgesetze eingeengt werden – etwa auf das neu-rechte „Recht auf Ungleichheit". Von der Neuen Rechten sind vor allem die Neugründungen der achtziger Jahre wie die „Republikaner" stark beeinflußt, ihre Theoreme des „Biohumanismus", „Ethnopluralismus" und „Befreiungsnationalismus" wirkten aber auch auf Organisationen der „alten" Rechten wie die NPD zurück.

5. *Neonazistische Gruppierungen*: Deutlicher als bei den anderen „Milieus" des rechten Lagers sind bei den explizit neonazistischen Gruppen im Horizont einer sich fundamental verstehenden Gegnerschaft gegen das verhaßte „liberalistische System" taktisch-instrumentelle Momente im Umgang mit ökologischen Gefährdungen zu erkennen. So erklärte etwa Michael Kühnen 1982: „Ich hoffe langfristig darauf, daß es gelingen wird, die Frage Umweltzerstörung und Überfremdung in eine einheitliche systemgegnerische Organisation zu bringen" (zit. nach Jaschke 1982, S. 47). In dieser agitatorischen Perspektive ist auch bei neonazistischen Organisationen wie der FAP (Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei) oder der Nationalistischen Front ein Bemühen um die Integration ökologischer Themen in ihre „Programmatik" nicht zu übersehen.

Unter den genannten politisch-kulturellen Milieus lassen sich zwei konservative und drei rechtsradikale Strömungen abgrenzen. Dies sollte indessen nicht dazu verleiten, die Gemeinsamkeiten und Überschneidungen zwischen Öko-Konservatismus und ökologisch orientiertem Rechtsradikalismus zu vernachlässigen. Sie liegen vor allem in der *Naturalisierung gesellschaftlicher Ordnungsbilder* (unter Begriffen wie „Leben", „Volk" oder „Nation") sowie in dem *Ruf nach dem starken Staat*, der solche Ordnungsmodelle tragen und verkörpern soll.[19]

Vor allem die Erneuerungs-Bemühungen der Neuen Rechten waren es, die seit Ende der siebziger Jahre entscheidend dazu beigetragen haben, daß die traditionellen völkischen und latent rassistischen Argumentationsmuster des Rechtsextremismus auf neue Weise an den (Neo-)Konservatis-

mus, aber auch an Teile der Ökologiebewegung anschlußfähig geworden sind.[20]

In Verbindung mit der Politisierung der sogenannten „Ausländerfrage" hat „Ökologie" sich schließlich seit den frühen achtziger Jahren in Teilen des rechten Lagers zu einer Fundamental-Metapher verdichtet, die für den Verlust bzw. die Wiedergewinnung einer „natürlichen Ordnung" des Volkes und der Völker steht. Zum einen wurde die Störung natürlicher Kreisläufe und „ökologischer Gefüge" für Umweltzerstörungen verantwortlich gemacht, zum anderen galt der Verlust der nationalen und kulturellen „Identität" des deutschen Volkes – ausgelöst durch „fremde Ideologien" und die Zuwanderung „fremder Völker" – als die tiefgreifende Ursache ökologischer Krisen. Auf diese Weise wurde das Thema der Umweltzerstörung von rechts durchgängig mit dem der sogenannten „Überfremdung" verknüpft. In der Verbindung von Ökologie als organizistischer und kulturalistischer Metapher mit verbreiteten fremdenfeindlichen Haltungen liegt ein zentrales Charakteristikum der Ökologie von rechts, das sich in abgeschwächter Form auch bei öko-konservativen Gruppierungen findet. Die bewußte, agitatorische Erzeugung von Feindbildern und „Sündenböcken" für schwer greifbare Gefährdungen der natürlichen Lebensgrundlagen verschmilzt mit dem naturalistisch-völkischen Ökologiebegriff des rechten Lagers bzw. seinen kulturalistischen Reformulierungen. Richtungsweisend war auch hier der WSL, der 1980 ein Memorandum „Die Ausländerfrage als ökologisches Problem" verabschiedet hatte.[21]

Ökologie als naturalistische Krisen- und Ordnungsmetapher des rechten Lagers oszilliert so zwischen drei Polen: zwischen einem *ökologisch „modernisierten" Rassismus*, der das Volk als geschlossenes „Öko-System" begreift, das keine systemfremden „Elemente" integrieren kann, einer *national-konservativen, kulturalistischen Semantik der „nationalen Identität" und des geschlossenen „Kulturkreises"* – wobei „Kultur" zu einer Art Naturtatsache wird, durch die sich Volk und Nation wesensmäßig bestimmen – sowie einem *naturalistischen Ökologismus* unter den Stichworten „Lebensschutz" und „Ehrfurcht vor dem Leben".

Ökologie von rechts bei den „Republikanern": Umweltschutz als „patriotische Aufgabe"

Auf eine untergründige und keineswegs widerspruchsfreie Weise sind die Argumentationsmuster der Ökologie von rechts Ende der achtziger Jahre vor allem bei den „Republikanern" parteipolitisch gebündelt worden. Dies mag zunächst überraschen, denn diese Partei wird zu Recht weder von der politischen Öffentlichkeit noch von ihren eigenen Anhängern als „Öko-Partei" wahrgenommen. Gleichwohl halten die „Republikaner" sich auch auf dem Gebiet des Umweltschutzes für zuständig; Parteichef Schönhuber etwa verkündete 1987: „Wir sind die nationalen Umweltschützer: denn wer sein Vaterland liebt, wird es nicht zulassen, daß seine Landschaft verkommt." Ähnlich beschrieb Anfang 1990 der damalige bayerische Landesvorsitzende Harald Neubauer, inzwischen führender Funktionär der Deutschen Liga, die „geistigen Ursachen" ökologischer Gefährdungen: Wer „ein gebrochenes Verhältnis zu seiner Identität, zu seinem Volk, zu seinem Vaterland und damit zu seiner Heimat" besitze, könne sich schwerlich für den Schutz der Umwelt begeistern. Parteien, die auf die Bewahrung „nationaler Identität" zielten, seien daher die „natürlichsten Umweltschützer".[22]

Mit ihrer Konzeption vom Umweltschutz als „patriotischer Aufgabe" – so das im Januar 1990 verabschiedete Parteiprogramm – knüpften die „Republikaner" nicht nur an die Deutungsmuster der Ökologie von rechts an; sie stellen zugleich ein Brückenkonzept zu „national-ökologischen" Entwürfen bereit, wie sie gleichsam an den „Rändern" der Unionsparteien formuliert werden.[23] Dies entspricht der allgemeineren politischen Bedeutung und Brisanz der „Republikaner" – eine Abspaltung von der CSU – als neuartiger „Brückenpartei zwischen Konservatismus und Rechtsextremismus" (Jaschke 1990). Unabhängig von ihrem organisatorischen und politischen Niedergang nach den spektakulären Erfolgen des Jahres 1989 stellen sie ein erstes *Modell eines „modernisierten" Rechtsradikalismus* dar, dem es gelungen ist, *aktuellen* gesellschaftlichen Bedrohungsgefühlen und Krisenerfahrungen einen sprachlichen und politischen Ausdruck in rechten Deutungsmustern zu verleihen, ohne unmittelbar an die stigmatisierten Traditionsbestände des Nationalsozialismus anzuknüpfen.[24] Diese Brücken- und Modernisierungsfunktion zeigt sich auch an der Entwicklung der umweltpolitischen Positionen der Partei Schönhubers.

In dem 1987 in Bremerhaven verabschiedeten Programm der „Republikaner" hatten sich die rechtsökologischen Argumentationsmuster, noch in einem traditionell völkischen Vokabular niedergeschlagen. Kern des sparsam gehaltenen umweltpolitischen Teils war die Forderung nach der „Erhaltung des Bestandes des deutschen Volkes, seiner Gesundheit und seines ökologischen Lebensraumes als vorrangiges Ziel der Innenpolitik". Diesem Zweck sollte auch pauschal „der Umweltschutz dienen", der auf der Ebene technisch-administrativer Maßnahmen noch völlig unausgeführt blieb.[25]

Offensichtlich im Bemühen um eine verfassungskonforme Sprache und um eine Öffnung zu konservativen Wählerschichten traten in dem Anfang 1990 in Rosenheim verabschiedeten Programm die durch den Nationalsozialismus „belasteten" Begriffe wie „Volksgesundheit" und „Lebensraum" in den Hintergrund. Sie wurden durch eine konservative Semantik der nationalen und kulturellen Identität und des Patriotismus abgelöst, ohne daß die Verbindungen zu einem ökologischen Rassismus ganz verloren gingen. Umweltschutz wird von den „Repbulikanern" jetzt, wie erwähnt, als eine „patriotische Aufgabe" verstanden, um den „Existenzgrund unseres Volkes" zu sichern.

Mit dieser Definition verbindet sich der Versuch, wenigstens in Umrissen ein eigenes umweltpolitisches Sach-Programm in den Bereichen Müll, Energie, Rohstoffe, Gentechnologie und Verkehr vorzustellen. Insgesamt bleiben die umweltpolitischen Ziele und Absichtserklärungen der Partei jedoch unverbindlich und zusammenhanglos. Auffallend sind zudem – vor allem in der Agrarpolitik – Lücken und Verkürzungen, die die Unterordnung von Umweltschutz unter wahlstrategische Gesichtspunkte deutlich machen. So wehren sich die „Republikaner" unter der Parole der „Erhaltung eines gesunden Bauerntums" gegen die Streichung der die Landwirtschaft begünstigenden Klausel im Naturschutzgesetz. Mit solchen Positionen erweisen sie sich

als eine Partei, die sich in erster Linie gegenüber den materiellen Interessen ihrer potentiellen Wählerklientel offen halten will – von den Kleinbauern bis zu den Autofahrern. Gerade in ihren verkehrspolitischen Forderungen, die auf eine mit ökologischer Rhetorik verbrämte *Ausweitung* von Straßenbau und Individualverkehr hinauslaufen, geben sie sich als Partei des „Fortschritts" und des „Weiter so" zu erkennen.[26]

Bleiben die umweltpolitischen Sachaussagen der „Republikaner" somit insgesamt disperat, so wird im Kontext der nationalistischen Grundfärbung des Programms andererseits eine fundamentale Bedrohungssituation des „Volkes" ständig heraufbeschworen – in Parolen wie: Einsatz für „Leben und Existenz des eigenen Volkes" als Ausdruck eines „christlichen Patriotismus"; Widerstand gegen die „Überfremdung" von deutscher Sprache und „deutschem Kulturgut"; Widerstand gegen die „umfassende Sinnkrise" und das „Schwinden der moralischen Abwehrkräfte unserer europäischen Kultur" sowie gegen die „Diffamierung der Frau in ihrer Rolle als mütterlicher Mittelpunkt der intakten Familie".

Mit solchen aggressiven Schlagworten werden unterschwellig die Feindbilder konstruiert, die in Wahlreden, Flugblättern und Parteipresse entsprechend expliziert werden: Ausländer, Frauenbewegung, soziale Emanzipationsbewegungen und subkulturelle Milieus, schließlich die „multikulturelle Gesellschaft". Abgerundet wird dies in rechts-populistischer Manier durch Ressentiments gegen die vermeintlichen Repräsentanten „derer da oben": EG-Bürokratie, Gewerkschaften, „Großwirtschaft", Altparteien.

Anknüpfen an sprachlos gewordene gesellschaftliche Krisenerfahrungen

Die nunmehr „patriotische" Verknüpfung von Umweltschutz mit Nationalismus, mit Zugehörigkeit zum Volk, Heimatliebe und deutscher Kultur verdeutlicht eine historische Differenz, die in den gängigen Urteilen des traditionellen „Antifaschismus" über die „Republikaner" zumeist unter den Tisch fällt: Ihre Rhetorik und Programmatik knüpfen gerade nicht unmittelbar an den biologistischen Rassismus der Nationalsozialisten an, sondern zielen auf die Konstruktion „modernisierter", innerhalb der demokratischen Gesellschaft fungibler sozio-kultureller Orientierungsmuster: auf „nationale Identität", „Heimat", „Volk", „natürliche Ungleichheit". Dies sind Orientierungsmuster, die sich nicht nur bei der DSU (Deutsch-Soziale Union), sondern bis hinein in CSU und CDU wiederfinden lassen. Präsentiert werden statt der totalitären Herrschaftsansprüche des NS-Rassenwahns kulturalistische Ordnungsbilder, die sich einerseits auf die pluralistische Gesellschaft beziehen und an die „politische Mehrheitskultur" (Jaschke 1990) angrenzen, andererseits aber offen gehalten werden gegenüber den Traditions- und Mentalitätsbeständen des rechten Lagers. Umweltschutzparolen und ökologische Krisenrhetorik, zum „patriotischen Umweltschutz" zusammengezogen, bilden dabei Anschlußstellen an sprachlos gewordene gesellschaftliche Krisenerfahrungen einerseits, an den „offiziellen" umweltpolitischen Krisendiskurs andererseits.

Kennzeichnend für das Konzept des Umweltschutzes als patriotische oder nationale Aufgabe ist die Übersetzung von politischen, ökonomischen, technologischen Problemzusammenhängen und ökologischen Gefahren in sozio-kulturelle Deutungsmuster, in „geistig-moralische" Fragen einer als kollektiv verbindlich gesetzten „Ethik", deren Kern die Orientierung an Nation und Volk ist.[27] Die ökologischen Gefährdungen werden nicht als strukturelle Krisen der gesellschaftlichen Naturverhältnisse begriffen, sondern auf „das Volk" überblendet: Das Waldsterben ist dann nicht mehr die Folge der Schadstoff-Emissionen des den „Republikanern" liebgewordenen Automobil-Verkehrs, sondern Teil einer durch „Überfremdung" und den „liberalistischen Zeitgeist" ausgelösten fundamentalen „Existenzkrise" des deutschen Volkes, einer Entfremdung von seinem „Existenzgrund".[28]

Ökologische Gefährdungen werden derart aufgespalten in entpolitisierte technische „Problemlösungen" einerseits, die unreflektiert der Kompetenz von Experten zugewiesen werden, und in diffuse, apokalyptisch und katastrophisch aufgeladene Bedrohungsgefühle andererseits. Reale und mehr noch vermeintliche soziale, ökonomische und ökologische Existenzgefährdungen werden zu einem umfassenden Verfallssyndrom zusammengezogen, dessen Ursachen auf äußere Bedrohungen projiziert werden. An dieser Projektion setzen schließlich die rechtsradikalen Strategien einer sozialen, ökonomischen und kulturellen Segregationspolitik an: fingierte Handlungsangebote, die aus der „Existenzkrise" herausführen sollen, ohne an deren tatsächliche gesellschaftsstrukturelle Ursachen im entferntesten heranzureichen. Ein „Nationalismus der Zukunftsangst" (Hartung 1989) verschmilzt mit einem ressentimentgeladenen „Wohlstands-Chauvinismus", der die Privilegien des sozialstaatlich abgefederten Wohlfahrtskapitalismus nur den (west-)deutschen Bürgern zukommen lassen will. So ist der aktuelle Rechtsextremismus weniger ein „Aufstand der Modernisierungsopfer" als der Versuch, sich über die (Selbst-)Zuschreibung nationaler und kultureller Identität die Zugehörigkeit zu einer dominanten und privilegierten Kultur zu sichern. Zugleich sollen mit Fundamentalbegriffen wie „Volk" oder „Nation" weniger politische als vielmehr *kulturelle* Gegenkräfte gegen die Gefährdungspotentiale hochtechnisierter Gesellschaften beschworen werden.

Vor diesem Hintergrund lassen sich im Programm des „patriotischen Umweltschutzes" die gegensätzlichen Positionen miteinander verbinden: der Ruf nach „freier Fahrt für freie Bürger" in einer „ökologisch modernisierten" Autogesellschaft mit der Forderung nach der Gemeinschaft der nationalen Heimatschützer gegen vermeintlich von außen kommende Gefahren wie die „Klimakatastrophe" oder die „Bevölkerungsexplosion".[29]

Ökologie als Brücke zur „politischen Mehrheitskultur"?

Die möglichen Anknüpfungspunkte einer Ökologie von rechts, wie sie bei den „Republikanern" eher unterschwellig wirksam geworden ist, an die „politische Mehrheitskultur" liegen auf allgemeiner Ebene neben einer Präferenz für technische „Problemlösungen" vor allem in den einander ergänzenden Strategien der Naturalisierung und der Kulturalisierung der ökologischen Krise. Durch die Verschiebung auf eine ethnisch-kulturelle Ebene („Volk in der Krise") kann der krisenhafte oder katastrophische Kern ökologischer Gefähr-

dungen in einer verschobenen Weise re-politisiert werden: in der Attacke gegen nationalen Identitätsverlust und „Überfremdung". Zugleich aber wird die ökologische Krise, die auch eine Krise des wohlfahrtskapitalistischen Produktions- und Verteilungsmodells ist, damit in neue rassistisch-ethnozentrische Verteilungsmuster zurückgebogen. Eine neuartige strukturelle Krise des gesellschaftlichen Entwicklungsmodells soll durch die Ausgrenzung bestimmter Gruppen überwunden werden.

Diese Mischung einer auf gesellschaftlicher Kontinuität zielenden Haltung mit fremdenfeindlichen Ressentiments und einem vagen, in ethnisch-kulturelle Dimensionen verschobenen ökologischen Impuls ist keineswegs nur für eine soziale oder kulturelle Randgruppe von „Modernisierungsverlierern" oder „anti-modernistischen Fundamentalisten" charakteristisch. Weit eher handelt es sich bei dieser Krisenwahrnehmung und -deutung um den Ausdruck eines „Extremismus der Mitte", um die Zuspitzung und Radikalisierung der „normalen" Einstellungen der dominanten „Mehrheitskultur". So sind es in REP-Hochburgen wie etwa Rosenheim wohl auch weniger die tatsächlich von Arbeitslosigkeit und Wohnungsnot Betroffenen, die für die Rechtspartei gestimmt haben, als vielmehr jene, die sich, keineswegs an den Rand der Gesellschaft gedrängt, dennoch in ihrer Existenz und in ihren Privilegien bedroht fühlen.

Vor diesem Hintergrund sind die *unmittelbaren* Gefahren und gesellschaftlich destruktiven Potentiale der Ökologie von rechts offensichtlich: Sie liegen in der Umdeutung und Überführung ökologischer Gefährdungen in eine angeblich durch „Überfremdung" ausgelöste, apokalyptisch aufgeladene „Existenzkrise des Volkes" sowie in der Instrumentalisierung ökologischer Krisenerfahrungen für eine rassistische Strategie der Diskriminierung, Ausgrenzung und Gewalt. Begriffe wie „Lebensschutz" oder „nationaler Umweltschutz" stellen dabei thematische Brücken zu etablierten Diskursen – vor allem zum konservativen Lager – in der Abtreibungsdebatte oder der Ausländerpolitik bereit.

So wird auch von Dietrich Murswiek die xenophobe, rassistische Seite des „nationalen Umweltschutzes" angedeutet: „Wir können immer mehr Ausländer nur bei immer mehr Industrieproduktion und immer mehr Ressourcenverbrauch unterbringen und versorgen. Außerdem haben die Ausländer, die in die Bundesrepublik strömen, sicherlich kein existentielles Interesse daran, unser Land in einen ökologisch akzeptablen Zustand zu bringen" (Murswiek 1987, S. 81). Bereits 1983 hatte der Vorsitzende der CDU/CSU-Fraktion im Bundestag, Alfred Dregger, erklärt: „Wir haben den Armen in der Welt zu helfen. Aber diese Hilfe werden wir ihnen in ihrer Heimat und in ihrem Kulturkreis zu geben haben, nicht indem wir ihnen unsere Grenzen auf Dauer öffnen. Dafür ist unser Land zu klein und ökologisch überlastet" (zit. nach »Frankfurter Rundschau« 8. 1. 1983).[30]

Ökologie und Nationalismus

Unabhängig von künftigen Wahlerfolgen rechtsextremer Parteien und gleichsam „unterhalb" eines offenen ökologischen Rassismus hängen die politischen Chancen der Verbindung von Ökologie und Nationalismus vor allem von solchen „Schnittmengen" (Klönne) zwischen Rechtsradikalismus und „Mehrheitskultur" ab. Je mehr Umweltpolitik einerseits auf Expertenhandeln und technokratische Modernisierungsstrategien reduziert und andererseits durch einen allgemeinen, aber weitgehend unverbindlichen ökologischen oder ethischen Verantwortungsdiskurs, ergänzt und überlagert wird, desto breiter werden die potentiellen Brücken zwischen Ökologie von rechts und etablierter Politik. Dies vor allem dann, wenn nach einer „ökologischen Ethik" als *kollektiv verbindlicher*, individuell nicht mehr in Frage zu stellender Verhaltensorientierung gesucht wird.[31] Dann bietet sich der Rückgriff auf scheinbar selbstevidente Werte wie „Natur" oder „Leben", aber auch auf die „überindividuelle Gemeinschaft" (Murswiek 1987) der Nation oder des Volkes an.

Ökologie könnte auf diese Weise – mehr „ideologisch" als „realpolitisch" – zu einem konsensfähigen und scheinbar unverdächtigen Feld der Rekonstruktion und Sinngebung des Nationalen werden: In diesem Horizont hat Werner Haverbeck, langjähriger Vorsitzender des WSL und eine der zentralen Figuren der Ökologie von rechts, in dem von Bernhard Willms herausgegebenen „Handbuch zur Deutschen Nation" eine Perspektive der wechselseitigen Verklammerung von Ökologie und Nation formuliert: „Ökologische und nationale Notwendigkeit fordert heute, daß wir miteinander den ‚Consens' suchen, die Übereinstimmung, die im Handeln zur Einmütigkeit führt. Es ist nicht weiter tragbar, daß der eine ‚auf sein Gewissen' nimmt, zum Sterben der Wälder durch die Emissionen seines Kraftwagens ohne Einschränkung beizutragen oder Gift in der Nordsee zu ‚verklappen', während andere aus gewonnener Einsicht sich vergeblich um die Erhaltung unserer Lebensgrundlagen bemühen. Die Verantwortung aus dem letzten ‚Rückbezug' zu den Wurzeln unseres Seins kann in solcher Hinsicht nicht nur eine persönliche Angelegenheit bleiben." (Haverbeck 1987), S. 430f.) An die Stelle demokratischer Auseinandersetzung und Entscheidung über die Gestaltung der gesellschaftlichen Naturverhältnisse tritt hier der unvermittelte Rekurs auf angebliche ökologische Notwendigkeiten und „organische" Interessen der Nation.

Ganz ähnlich postuliert Murswiek die „Unterordnung individueller Umweltverschmutzungsinteressen" unter das „nationale Interesse am Umweltschutz" (Murswiek 1987, S. 82). Bei ihm wird zugleich aber die Kehrseite der Berufung auf das nationale Interesse in der Umweltpolitik deutlich: Denn selbstverständlich liegt es – so Murswiek – auch im nationalen Interesse, „daß nicht nur die natürlichen, sondern auch die industriellen Existenzgrundlagen erhalten bleiben" (ebd.). „Umweltschutz als nationale Aufgabe" (eine Formulierung Heiner Geißlers aus dem Bundestagswahlkampf 1987) schlägt um in ein Legitimationsmuster für angeblich unvermeidliche Umweltzerstörungen. Denn Umweltbeeinträchtigungen ließen sich dann rechtfertigen, wenn sie „der Selbstbehauptung des Volkes dienen" (ebd. S. 81). Dies mache deutlich, „daß es für den einzelnen einsehbare Gründe gibt, aus denen er sich manche Umweltbeeinträchtigungen gefallen lassen muß" (ebd.).

Noch verbleiben solche Versuche einer Nationalisierung der ökologischen Frage beschränkt auf einzelne Diskurse in einer Grauzone zwischen Konservatismus und Rechtsradikalismus. Gleichwohl ist nicht auszuschließen, daß die Unionsparteien solche Argumentationsmuster verstärkt aufgreifen könnten, sei es im Zuge einer umfassenden Re-Nationalisie-

rung der Politik nach der „Wiedervereinigung“, sei es im Bemühen um die Integration ihres lebensschützerischen oder nationalkonservativen „rechten Randes“, sei es bei dem Versuch, das ökologische Erbe der Grünen anzutreten. Der Einsatz derartiger national-ökologischer Argumentationsformen durch die etablierten konservativen Parteien aber hätte langfristig nicht nur für die Umweltpolitik schwerer wiegende Folgen als neue Wahlerfolge rechtsradikaler Parteien vom Schlage der „Republikaner“.

Schlußfolgerungen

Der Versuch einer Rekonstruktion rechtsökologischer Deutungsmuster kann nur ein Moment in einer kritischen Analyse des gesellschaftlichen Herstellungsprozesses von Rechtsextremismus darstellen. Seine exemplarische Bedeutung erhält dieses Moment dadurch, daß hier nachvollzogen werden kann, wie sich über den Prozeß einer politischen Metapherbildung ein – wenngleich ideologisch poröser – Zusammenhang zwischen individuellen Erfahrungen der Unverfügbarkeit über die eigenen Lebensbedingungen, gesellschaftlicher Krisendynamik und politischen Angeboten des Rechtsextremismus oder milieuspezifischen Formen alltäglicher Gewaltbereitschaft herstellen kann. Die begrifflich-metaphorischen Verbindungen von Ökologie mit Volk und Nation, die in die rechtsökologischen Deutungsmuster eingewoben sind, entsprechen gerade nicht einer wie immer definierten „Objektivität“ der ökologischen Krise; sie sind aber ebensowenig nur über rechtsextremistische Vorurteilsstrukturen vermittelt. Es zeigt sich vielmehr, daß Strukturanalogien bestehen zwischen einer zunehmenden Kulturalisierung der ökologischen Krise im gesellschaftlichen Kommunikationsprozeß – die zu einer Aufspaltung in technokratischen Umweltschutz, Symbolpolitik und Moralisierung der Alltagsökologie führt – und den kulturalistischen Deutungsmustern einer Ökologie von rechts, die in ihren falschen Antworten auf abgedrängte Fragen nach den Krisenursachen zugleich neue soziokulturelle Ausgrenzungen formuliert.

Ökologische Deutungsmuster von rechts formieren sich im Horizont einer grundlegenden Krise gesellschaftlicher „Modernisierungsprozesse“. Deren gravierendste Auswirkungen sind nicht die zweifellos wachsenden Spannungen und Diskrepanzen innerhalb der „Zwei-Drittel-Gesellschaften“ der reichen westlichen Länder, sondern das dramatisch zunehmende Gefälle zwischen „Erster“ und „Dritter Welt“ sowie die globalen Gefährdungen der natürlichen Lebensgrundlagen. Rechtsökologische Deutungsmuster bieten dabei die Möglichkeit, interne Ausgrenzungsmechanismen mit der Abschottung nach außen in einer kulturalistischen und pseudowissenschaftlichen Semantik zu verknüpfen. Sie eignen sich auch zu einer Externalisierung der ökologischen Gefährdungen, ihrer Umdeutung zu einer Folge der „Bevölkerungsexplosion“ in der „Dritten Welt“. Die potentielle Anschlußfähigkeit an die Mehrheitskultur, die darin liegt, wird verfehlt, wenn der Rechtsxtremismus in den sozialwissenschaftlichen Erklärungen auf ein Randproblem der „Modernisierungsverlierer“ reduziert wird.

Die Krisendynamik des gesellschaftlichen Modernisierungsprozesses wird dann nach einer schlichten Gewinner-Verlierer-Logik auf ein Verteilungsproblem verengt. Die ökologisch destruktiven Formen, in denen der zu verteilende Reichtum produziert wird, bleiben ebenso ausgeblendet wie die internationale Dimension eines hegemonialen „Modernisierungsprozesses“, der sich lediglich in den westlich-kapitalistischen Metropolen abspielt und dem eine wachsende Verarmung weiter Teile der „Dritten Welt“ korrespondiert. Die implizite Konsequenz der Rede von den „Modernisierungsopfern“ ist es, den Modernisierungsprozeß unter ausgewogeneren Verteilungsgesichtspunkten weiterzutreiben – und damit ungewollt eine Krisendynamik zu verlängern, die selbst zu den „Produktionsbedingungen“ des Rechtsextremismus gerechnet werden muß. ■

Dr. Thomas JAHN hat Soziologie, Politikwissenschaft und Germanistik studiert, er arbeitet im Institut für sozial-ökologische Forschung in Frankfurt/M.

Dr. Peter WEHLING hat Politikwissenschaft und Philosophie studiert. Er arbeitet an der Universität Frankfurt/M. sowie in og. Institut.

Beide sind Autoren des Buches „Ökologie von rechts“, Frankfurt/M. 1991.

Anmerkungen

1 Vor diesem Hintergrund läßt sich die ökologische Krise präziser als Krise der gesellschaftichen Naturverhältnisse beschreiben und analysieren, vgl. dazu Jahn 1991.

2 In ähnlicher Weise wird zumeist auch der wachsende Rechtsextremismus insbesondere bei Jugendlichen in der ehemaligen DDR erklärt: Soziale und ökonomische Perspektivlosigkeit im Verein mit Orientierungsproblemen nach dem Zusammenbruch des SED-Regimes und einer gleichsam eingeimpften Neigung zu autoritären Verhaltensweisen gelten demnach als die Hauptursachen des seit dem Herbst 1989 dramatisch angestiegenen oder zumindest sichtbar gewordenen Rechtsextremismus.

3 Ganz ähnlich formuliert etwa Schacht: „Moderne Gesellschaften sind dadurch gekennzeichnet, daß sie sich in einem rapiden wirtschaftlichen und sozialen Wandel befinden...“ (Schacht 1991, S. 154). Generell sind die Sozialwissenschaften seit dem Erscheinen des Aufsatzes von Scheuch/Klingemann von der Semantik der „Industriegesellschaft“ zu der „Modernisierung“ und „Moderne“ übergegangen. Kaum etwas illustriert dies besser als die Themen der Frankfurter Soziologentage von 1968 und von 1990: von der Frage „Spätkapitalismus oder Industriegesellschaft?“ zur „Modernisierung moderner Gesellschaften“.

4 Ein solcher Erklärungsansatz scheint kaum geeignet, die Spezifik rechtsradikaler Deutungsmuster zu erfassen. Zudem sind seine ideologischen Implikationen deutlich sichtbar: Neben dem technokratischen Fundamentalismus der „Industriegesellschaft“, der hier verfochten wird, springt die Umdeutung der krisenhaften Folgen der *gesellschaftlichen* Dynamik in eine Pathologie bestimmter Gruppen von *Individuen* ins Auge.

5 Vgl. dazu auch F. U. Pappis Theorem der „rationalen Protestwahl“, Pappi 1990.

6 Vgl. dazu kritisch und gestützt auf empirisches Material Held u. a. 1991, sowie Rommelspacher 1991.

7 In dieser Perspektive verwenden wir die Begriffe Rechtsradikalismus und Rechtsextremismus weitgehend synonym. Den verfassungsgerichtlich kodifizierten Begriff des politischen *Extremismus* sowie seine von den Verfassungsbehörden eingeführte Abgrenzung vom Rechts- (oder Links-)*Radikalismus* halten wir für wenig aussagekräftig und aus zwei Gründen für problematisch: Zum einen wird mit einem formalen und unhistorischen Begriff des Extremismus (gegen den Kernbestand der „freiheitlich-demokratischen Grundordnung“ gerichtet)

operiert; zum anderen wird normativ suggeriert, die Positionen der Rechten stünden gleichsam außerhalb der als „normal" unterstellten „Mitte". Demgegenüber wollen wir am Beispiel ökologischer Deutungsmuster gerade zeigen, daß die Argumentationen der Rechten in ihrem Kern radikalisierte Zuspitzungen „normaler" konservativer (aber auch grüner) Auffassungen darstellen.

8 Unter dem „rechten Lager" verstehen wir das gesamte politische Spektrum rechts von CDU und CSU, das in seinen Ausläufern aber bis in die Unionsparteien hineinreicht. Innerhalb dieses Lagers haben sich nach 1945 starke personelle, organisatorische und programmatische Vernetzungen sowie übergreifende Deutungsmuster und Verhaltensformen herausgebildet. Vgl. dazu auch Dudek/Jaschke 1984.

9 Vgl. dazu ausführlich Jahn/Wehling 1991.

10 Vgl. zuletzt etwa ein Seminar des Bundes Naturschutz in Bayern im Frühjahr 1990 unter dem Titel „Wie braun ist die ökologische Bewegung?".

11 Anfang der achtziger Jahre konnte Hans-Gerd Jaschke daher von einer „ökologischen Modernisierung des Rechtsextremismus" sprechen (Jaschke 1982, S. 48), die allerdings zumeist in ersten Ansätzen steckengeblieben und von den Traditionsbeständen des rechten Lagers zerrieben worden ist.

12 Jüngstes Beispiel für solche Bemühungen ist der Versuch, mit der Deutschen Liga für Volk und Heimat eine Sammlungsbewegung für die Anhänger der zerstrittenen Rechtsparteien „Republikaner", NPD und DVU ins Leben zu rufen. Damit verknüpfen sich auch Bemühungen um eine thematisch-programmatische Neuorientierung der Rechten durch die Aufnahme „zukunftsträchtiger" Themenfelder. So heißt es etwa in dem Artikel „Zu ganz neuen Ufern" in der Zeitschrift „Nation Europa", die der Deutschen Liga nahesteht: „Die Natur muß zentralen Schlüsselbegriff, zum Fixpunkt unseres neuen zukunftsorientierten Denkens werden" (Hesse 1991, S. 9).

13 Dieser Zusammenhang ist von P. Dudek hervorgehoben worden: „Rechtsextremen gelingt deshalb der Anschluß an den ökologischen Diskurs so glatt, weil ihre zentralen Deutungsmuster an den Primat der Natur gebunden sind" (Dudek 1984, S. 98). Das Geschichts- und Gesellschaftsbild der Rechten ist daher keineswegs wissenschaftsfeindlich, „sondern basiert auf der Anerkennung des Primats der Naturgesetze" (ebd., S. 96). Vgl. zur Kritik an entsprechenden Argumentationsmustern im ökologischen Diskurs Becker 1984.

14 1978 behauptete der damalige NPD-Vorsitzende Martin Mußgnug, „ein ökologisch denkender Mensch (nehme) automatisch eine rechte Position ein. Während Liberalisten und Marxisten weltweit dem Wahn vom ewigen Wirtschaftswachstum huldigten, waren es zuerst rechte Mahner, die vor diesem Irrweg warnten" (zit. nach Klotzsch/Stöss 1984, S. 1557).

15 Vgl. zu einem solchen Ökologie-Begriff z. B. Buchwald 1989.

16 Vgl. zu diesem organizistischen Ökologie-Begriff vor allem den 1983 in der Zeitschrift »Mut« veröffentlichten Aufsatz des langjährigen WSL-Präsidenten Werner Haverbeck „Ökologie und Ökumene. Lebensschutz ist Menschenschutz und Völkerschutz".

17 Die Neue Rechte ist keine geschlossene Organisation, sondern ein loser Zusammenhang verschiedener Gruppen und Strömungen, der sich durch gemeinsame Argumentationsmuster oder auch Publikationsorgane auszeichnet. Der Begriff „Neue Rechte" geht zurück auf die Selbstbezeichnung derjenigen Gruppierungen, die sich Anfang der siebziger Jahre vor allem im Widerstand gegen die Ostpolitik der damaligen sozialliberalen Regierung und in verschwiegener Anlehnung an die Aktionsformen der antiautoritären Prostestbewegung von der als bürgerlich und reaktionär abgelehnten NPD abspalteten. Organisatorischer Kern der Neuen Rechten waren in den siebziger Jahren die zahlenmäßig allerdings schwachen Gruppierungen der Nationalrevolutionäre und Solidaristen, die sich frühzeitig um Einfluß in der neu entstehenden Ökologiebewegung bemühten.

18 Vgl. dazu vor allem den führenden Theoretiker der Neuen Rechten, Henning Eichberg (1978).

19 Organisatorische Verknüpfungen bestehen etwa in der 1989 gegründeten „Arbeitsgemeinschaft Unabhängiger Ökologen Deutschlands", in der sich vor allem abtrünnige ÖDP-Mitglieder und enttäuschte Anhänger der „Republikaner" sammeln (vgl. dazu Wölk 1991, S. 136ff.).

20 Die „Erfolge" solcher Grenzverwischungen können sich, zumindest auf sprachlicher Ebene durchaus sehen lassen: „Die ökologische Krise hat sich inzwischen derartig verschärft, daß nicht nur mehr örtliche Landschaften und Ökosysteme zerstört werden, sondern das ökologische Gleichgewicht und die Stabilität der gesamten Biosphäre schlechthin bedroht wird (Klimaveränderungen, Ausdehnung der Wüsten, Ozonloch). (...) Der Mensch muß ungeachtet seiner Sonderstellung in der Natur zu der Einsicht gelangen, daß er nicht das Maß aller Dinge, sondern Teil eines umfassenden ökologischen Gefüges ist. In diesem Sinne muß das in Jahrhunderten anerzogene anthropozentrische Weltbild sowie die Gewöhnung an lineare, eindimensionale Denkstrukturen zugunsten eines kybernetischen, sich an den vernetzten, komplexen Strukturen unserer Umwelt orientierenden Denkens überwunden werden." Solche „ökologisch modernisierten" Sätze sind kein Einzelfall in der „Programmatischen Plattform des Arbeitskreises Junge Republikaner – Nordrhein-Westfalen", der von dem bereits erwähnten Marcus Bauer initiert worden war (zit. nach Christians 1990, S. 297).

21 Das wohl bekannteste Beispiel für die demagogische Verknüpfung von Umweltzerstörung und „Überfremdung" ist das 1981 von einer Gruppe westdeutscher Professoren verfaßte „Heidelberger Manifest". Darin hieß es schulbildend: „Völker sind (biologisch und kybernetisch) lebende Systeme höherer Ordnung mit voneinander verschiedenen Systemeigenschaften, die genetisch und durch Traditionen weitergegeben werden. Die Integration großer Massen nicht-deutscher Ausländer ist dabei bei gleichzeitiger Erhaltung unseres Volkes nicht möglich und führt zu den bekannten ethnischen Katastrophen multikultureller Gesellschaften. (...) Die Rückkehr der Ausländer in ihre angestammte Heimat wird für die Bundesrepublik Deutschland als eines der an dichtesten besiedelten Länder der Welt nicht nur gesellschaftliche, sondern auch ökologische Entlastung bringen."

22 Vgl. dazu das Interview mit Neubauer in Jahn/Wehling 1991, S. 133f., S. 150.

23 Vgl. etwa den Aufsatz des CDU-Mitglieds und Freiburger Professors für Öffentliches Recht Dietrich Murswiek „Umweltschutz als nationale Aufgabe" in der rechtskonservativen Zeitschrift »Criticon« (Murswiek 1987) sowie die umweltpolitischen Argumentationsmuster der CSU-Schwesterpartei DSU (Deutsch-Soziale Union). Diese fordert die „Durchsetzung eines wirksamen Natur- und Landschaftsschutzes, der unserer Verantwortung für eine intakte Umwelt Rechnung trägt und Ausdruck unserer Liebe zur Heimat ist".

24 In ähnlicher Weise unterscheidet Jaschke die Partei der „Republikaner" von dem „Republikaner-Phänomen". Darunter versteht er „jene geistig-politische Gemengelage, in der Grundgedanken von rechtsaußen und rechtsdraußen – in wie auch immer veränderter und zurechtgeschliffener Weise – zunehmend Eingang finden in die Überlegungen und Stimmungen der politischen Mehrheitskultur" (Jaschke 1990, S. 9).

25 Welche assoziativen Verbindungen zwischen Ökologie und „Überfrem-

dung“ in der Rede vom „Lebensraum“ wachgerufen wurden, verdeutlicht die folgende Passage aus dem Flugblatt „Deutschland zuerst“: „Wir Republikaner wollen die Erhaltung des deutschen Volkes und seines ökologischen Lebensraumes. Dazu gehört der Schutz des ungeborenen Lebens, der Umweltschutz und die Einschränkung von Asylrecht und der Tätigkeit von Ausländern.“

26 Die paradoxe Verknüpfung von Umweltschutz und Straßenbau findet sich auch bei der Deutschen Liga. In deren vorläufigem Programm hieß es: „Wir treten ein für mehr Umweltschutz im globalen Rahmen. Wir fordern die forcierte Entwicklung alternativer Technologien und Energiegewinnungsformen und die verstärkte Schaffung neuer Arbeitsplätze im Umweltschutzbereich. Das gesamtdeutsche Eisen- und Autobahnnetz ist so rasch als möglich auszubauen“ (zit. nach »Nation Europa«, Heft 1/91).

27 Begünstigt wird dies dadurch, daß „Ökologie“ auch im „offiziellen“ umweltpolitischen Diskurs mehr und mehr in eine ethisch-kulturelle Metapher mit latent katastrophischen Untertönen einerseits und alltagsökologisch-moralischen Verhaltensanforderungen andererseits transformiert wird.

28 So argumentiert etwa der Artikel „Volk in der Krise“ in der Parteizeitung »Der Republikaner« (Nr. 4/1988). Vgl. auch den Beitrag „Ökologie und Zeitgeist“ des zu den „Republikanern“ übergetretenen früheren ÖDP-Funktionärs Tilman Ziegler in »Criticon« (Ziegler 1989).

29 Vor diesem Hintergrund hat das 1990 erschienene Buch „Sturm auf Europa“ des CSU-Mitglieds Manfred Ritter keineswegs zufällig starke Beachtung im rechtsradikalen Lager gefunden. Mit Blick auf das Bevölkerungswachstum in den armen Ländern behauptet Ritter: „Im Vergleich zu diesen Dimensionen der Zerstörung sind die Umweltschäden, die im europäischen Raum angerichtet werden – so unerfreulich (!) sie auch sein mögen – noch verhältnismäßig harmlos“ (Ritter 1990, S. 31).

30 Offenbar sickert der von rechts konstruierte Zusammenhang von Umweltzerstörung und „Überfremdung“ langsam in weitere gesellschaftliche Bereiche ein. Mit einer bemerkenswerten Begründung jedenfalls verweigerte die Ausländerbehörde der Stadt Wiesbaden Ende 1990 einem seit 13 Jahren in der Bundesrepublik lebenden Iraner die Verlängerung seiner Aufenthaltsgenehmigung: „Die hohe Bevölkerungsdichte in der Bundesrepublik Deutschland und die hieraus resultierenden Umweltbelastungen gebieten es, den Zuzug von Ausländern zu begrenzen“ (zit. nach »Frankfurter Rundschau« 4. 12. 1990).

31 Vgl. zu den politischen Ambivalenzen einer „ökologischen Ethik“ etwa Reinhard Löws Aufsatz „Moral und Klima“ in »Mut« (Löw 1989).

Literatur

Bauer, M.: Plädoyer für ein Neues Deutschland. In: S. Ulbrich (Hrsg.): Gedanken zu Großdeutschland, Vilsbiburg 1990.

Becker, E.: Natur als Politik? In: Th. Kluge (Hrsg.): Grüne Politik, Frankfurt am Main 1984.

Buchwald, K.: Ökosystemlehre und Mensch-Umwelt-Verhältnis. In: J. Calließ/J. Rüsen/M. Striegnitz (Hrsg.): Mensch und Umwelt in der Geschichte, Pfaffenweiler 1989.

Christians, G.: „Die Reihen fest geschlossen“. Die FAP – Zu Anatomie und Umfeld einer militant-neofaschistischen Partei in den achtziger Jahren, Marburg 1990.

Dudek, P.: Konservatismus, Rechtsextremismus und die „Philosophie der Grünen“ In: Th. Kluge (Hrsg.): Grüne Politik, Frankfurt am Main 1984.

Dudek P./Jaschke, H.-G.: Entstehung und Entwicklung des Rechtsextremismus in der Bundesrepublik, 2 Bde., Opladen 1984.

Eichberg, H.: Nationale Identität. Entfremdung und nationale Frage in der Industriegesellschaft, München/Wien 1978.

Gruhl, H.: Ein Planet wird geplündert, Frankfurt am Main 1975.

Hartung, K.: Die antifaschistische Mehrheit. In: »Die Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte«, 10/1989.

Haverbeck, W. G.: Ökologie und Ökumene. Lebensschutz ist Menschenschutz und Völkerschutz. In: »Mut«, 3/1983.

Haverbeck, W. G.: Ökologie und Nation. Die Grundlegungen des ökologischen Bewußtseins in Deutschland. In: B. Willms (Hrsg.): Handbuch zur Deutschen Nation, Bd. 3, Tübingen/Zürich/Paris 1987.

Heidelberger Manifest, zit. nach: »Die Zeit« 4. 2. 1982.

Held, J. u. a.: „Du mußt so handeln, daß Du Gewinn machst ...“ Jugendliche und Rechtsradikalismus: eine Tübinger Untersuchung und theoretische Überlegungen zu politischen Orientierungen jugendlicher Arbeitnehmer. In: »päd extra« 5/1991.

Hesse, H.: Zu ganz neuen Ufern. In: »Nation Europa« 5/1991.

Jahn, Th.: Das Problemverständnis sozialökologischer Forschung. Umrisse einer kritischen Theorie gesellschaftlicher Naturverhältnisse. In: E. Becker (Hrsg.): Jahrbuch für sozial-ökologische Forschung 1990, Frankfurt am Main 1991.

Jahn, Th./Wehling, P.: Ökologie von rechts. Nationalismus und Umweltschutz bei der Neuen Rechten und den „Republikanern“, Frankfurt am Main/New York 1991.

Jaschke, H.-G.: Natur- und „Lebensschutz“. Ökologische Positionen des Rechtsextremismus. In: »Materialien zur Politischen Bildung« 4/1982.

Jaschke, H.-G.: Die „Republikaner“: Profile einer Rechtsaußen-Partei, Bonn 1990.

Klönne, A.: Aufstand der Modernisierungsopfer. In: »Blätter für deutsche und internationale Politik« 10/1989.

Klönne, A.: Rechts-Nachfolge. Risiken des deutschen Wesens nach 1945, Köln 1990.

Klotzsch, L./Stöss, R.: Die Grünen. In: R. Stöss (Hrsg.): Parteienhandbuch. Die Parteien der Bundesrepublik Deutschland 1945 bis 1980, Bd. 2, Opladen 1984.

Löw, R.: Moral und Klima. Zum philosophischen Verständnis von Luft und Leben. In: »Mut« 6/1989.

Murswiek, D.: Umweltschutz als nationale Aufgabe. In: »Criticon« 100/101/1987.

Pappi, F. U.: Die „Republikaner“ im Parteiensystem der Bundesrepublik. In: »Aus Politik und Zeitgeschichte« 21/1990.

„Die Republikaner“: Parteiprogramme 1987 und 1990.

Ritter, M.: Sturm auf Europa, München 1990.

Rommelspacher, B.: Rechtsextreme als Opfer der Risikogesellschaft. Zur Täterentlastung in den Sozialwissenschaften. In: »1999« 2/1991.

Schacht, K.: Gesellschaftliche Modernisierung. Wertewandel, rechtsextremistische Orientierungen. In: K. Bodewig u. a. (Hrsg.): Die schleichende Gefahr, Essen 1990.

Schacht, K.: Der Rechtsextremismus hat eine Zukunft. In: »Die Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte« 2/1991.

Scheuch, E. K./Klingemann, H.-D.: Theorie des Rechtsradikalismus in westlichen Industriegesellschaften. In: »Hamburger Jahrbuch für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik« 12. Jg., Tübingen 1967.

Stöss, R.: Konservative Tendenzen in der Ökologiebewegung – Einige Thesen. In: J. Peters (Hrsg.): Nationaler Sozialismus von Rechts, Berlin 1980.

Stöss, R.: Die „Republikaner“, Köln 1990.

Weltbund zum Schutz des Lebens (WSL): Die Ausländerfrage als ökologisches Problem. In: »Lebensschutz-Informationen« 8/1980.

Wölk, V.: Neue Trends im öko-faschistischen Netzwerk. In: R. Hethey/P. Krats (Hrsg.): In bester Gesellschaft, Göttingen 1991.

Ziegler, T.: Ökologie und Zeitgeist. In: »Criticon« 113/1989.

Ökologie und Demokratie*

Thomas JAHN
Peter WEHLING

Das Verhältnis von Ökologie und Demokratie ist in den letzten Jahren immer wieder zum Gegenstand politikwissenschaftlicher, demokratietheoretischer und verfassungsrechtlicher Debatten geworden.

Denn sowohl die politische Bewältigung von Umweltproblemen als auch die Regulierung sozial-ökologischer Konflikte werfen eine ganze Reihe von Schwierigkeiten für das demokratische System auf. Diese zeigen sich auf unterschiedlichen, aber miteinander verknüpften Problemebenen:

Ökologische Gefährdungen sind durch ganz andere Zeithorizonte und räumliche Wirkungsfelder geprägt als die in der Regel nationalstaatlich gebundenen und kurzfristig orientierten politischen Entscheidungen in den westlichen Parteiendemokratien. Die langfristigen Folgen gegenwärtiger Aktivitäten werden daher auch in demokratisch verfaßten Gesellschaften aus strukturellen Gründen kaum zum Gegenstand oder zum Maßstab politischen Handelns. Ohnehin sind solche Folgen kaum vorhersehbar. Da sie aus komplexen natürlichen und gesellschaftlichen Wirkungszusammenhängen entstehen, können sie Effekte auslösen, die jenseits aller vorherigen Kalkulationen liegen.

Die entwickelten Industriegesellschaften sehen sich mit einem Gestrüpp gut organisierter und hochgradig verdichteter Verbands- und Partikularinteressen konfrontiert. Deshalb ist es in der Vergangenheit kaum je gelungen, eine den Problemlagen angemessene Umweltpolitik zu formulieren und umzusetzen. Verschärft wird dieser Tatbestand noch dadurch, daß im Kontext der ökologischen Krise auch bislang als „private" erscheinende Bereiche (einzelbetriebliche Produktionsentscheidungen ebenso wie individuelle Konsumpräferenzen) ökologisch und gesamtgesellschaftlich schädliche Auswirkungen haben können.

Staatlichen Stellen gelingt es kaum mehr, bei betroffenen Bevölkerungsgruppen Zustimmung für ökologisch riskante Standortentscheidungen (etwa für Mülldeponien, Kraftwerke, Straßenbauten etc.) zu finden, auch wenn diese Entscheidungen in demokratisch legitimierten Verfahren zustande gekommen sind.

Zusammenfassend läßt sich sagen, daß die gegenwärtigen demokratischen Regierungssysteme durch die Komplexität ökologischer Problem- und Konfliktlagen strukturell überfordert werden. In der ökologischen Krise werden „objektive" Anforderungen und „subjektive" Erwartungen an die politischen Entscheidungsstrukturen gerichtet, die diese mit den vorhandenen, im wesentlichen auf wohlfahrtsstaatliche Verteilungskonflikte zugeschnittenen Instrumenten und unter den gegebenen Interessenlagen nicht erfüllen können.

Das hier nur grob skizzierte prekäre Verhältnis von Demokratie und Ökologie verweist darüber hinaus auf eine demokratietheoretisch ungeklärte Frage. Wenn der Kern demokratischer Willensbildung in der ungehinderten Artikulation und dem Ausgleich *gegenwärtiger* Interessen und Ziele der Gesellschaftsmitglieder besteht, wie ist dann eine „ökologische Demokratie" möglich, die auf die langfristige Schonung der natürlichen Lebensgrundlagen gerichtet ist und die (hypothetischen) Interessen *zukünftiger* Generationen und „der Natur" in ihren Entscheidungen berücksichtigt?

Unabhängig von solchen Fragestellungen haben die geschilderten Ambivalenzen im Verhältnis von Ökologie und Demokratie in den westlichen Industriegesellschaften für das ökologische Krisenbewußtsein zwei schwerwiegende Konsequenzen, die beide näher an das Phänomen der Ökologie von rechts heranführen:

„Öko-Diktatur"

Erstens werden langfristige ökologische Ziele und Interessen – aus dem Gegensatz zu kurzfristigen Einzelinteressen heraus – häufig als einheitlich und homogen (miß)verstanden. Aus der Tatsache, daß sie im tagespolitischen Interessenausgleich in der Regel an den Rand gedrängt werden, resultiert die Neigung, sie einem „starken", den verantwortungslosen Partikularinteressen vermeintlich enthobenen Einzelakteur zu überantworten: in der Regel dem autoritäten, womöglich diktatorischen Staat. Solche Tendenzen zur „Öko-Diktatur" haben den ökologischen Krisendiskurs seit den siebziger Jahren beharrlich begleitet – durchaus nicht nur von rechts, wie bei Herbert Gruhl, sondern auch von links, etwa bei Wolfgang Harich.

Entpolitisiertes Krisenbewußtsein

Zweitens wird das ökologische Krisenbewußtsein geprägt durch den Gegensatz zwischen der räumlich-zeitlichen Reichweite der Gefährdungen und ihrer undurchschaubaren und bedrohlichen Komplexität einerseits, der geringen Wirksamkeit umweltpolitischer Gegenmaßnahmen andererseits. Die Erfahrung dieses Auseinanderklaffens verstärkt die ohnehin vorhandenen katastrophisch-apokalyptischen Elemente des Krisenbewußtseins und trägt zugleich dazu bei, es in latente Bewußtseinsbereiche abzudrängen. Das führt aber auch zu der Neigung, vermeintlich umfassende Lösungen für ökologische Gefährdungen auf verschobenen Wirkungsebenen zu suchen: in religiösen oder spirituellen Orientierungen, in abstrakten ethischen Appellen oder in der Einbettung von Ökologie in „übergeordnete" Sinn- und Handlungsbezüge.

Beide Elemente eines solchen, im Kern entpolitisierten Krisenbewußtseins finden sich in den Bildern, Stereotypen und Assoziationen der Ökologie von rechts in prägnanter Weise wieder; und umgekehrt könnte genau darin deren mögliche Attraktivität für das verbreitete, diffuse ökologische Krisenbewußtsein liegen. (...)

---

* Dies ist ein gekürzter Artikel, der unter dem Titel „Ausweg Öko-Diktatur" in der Münchner Zeitschrift »Politische Ökologie« Heft Nr. 34, Nov./Dez. 1993, erschienen ist. Die Zwischentitel stammen von der »Weg und Ziel«-Redaktion. Wir danken für die Nachdruckerlaubnis.

„Öko-Faschismus" eine konstruierte Ideologie?

Soweit gegenwärtig in der Bundesrepublik eine politische Auseinandersetzung mit den rechts-ökologischen Tendenzen stattfindet, ist sie stark von einer rein ideologiekritischen und -geschichtlichen Zugangsweise geprägt. Die Verknüpfungen von Ökologie mit Volk und Heimat werden unter Stichworten wie „Öko-Faschismus" oder „Blut-und-Boden-Ökologie" als geschlossene und handlungsleitende Weltbilder in unmittelbarer Kontinuität zum Nationalsozialismus begriffen. Eine solche Sichtweise läuft aber Gefahr, die Bedeutung der „meta-politischen" Erklärungsmuster der Ökologie von rechts zu verabsolutieren und daraus eine konsistente „Ideologie" überhaupt erst zu konstruieren.[1] Sie verfehlt die Wirksamkeit fragmentierter und flexibler alltagsrassistischer Wahrnehmungsformen und Sprachmuster „unterhalb" geschlossener Weltbilder und sie verkennt, daß die rechts-ökologischen Argumentationsfiguren Entsprechungen in einem entpolitisierten ökologischen Krisenbewußtsein finden. (...)

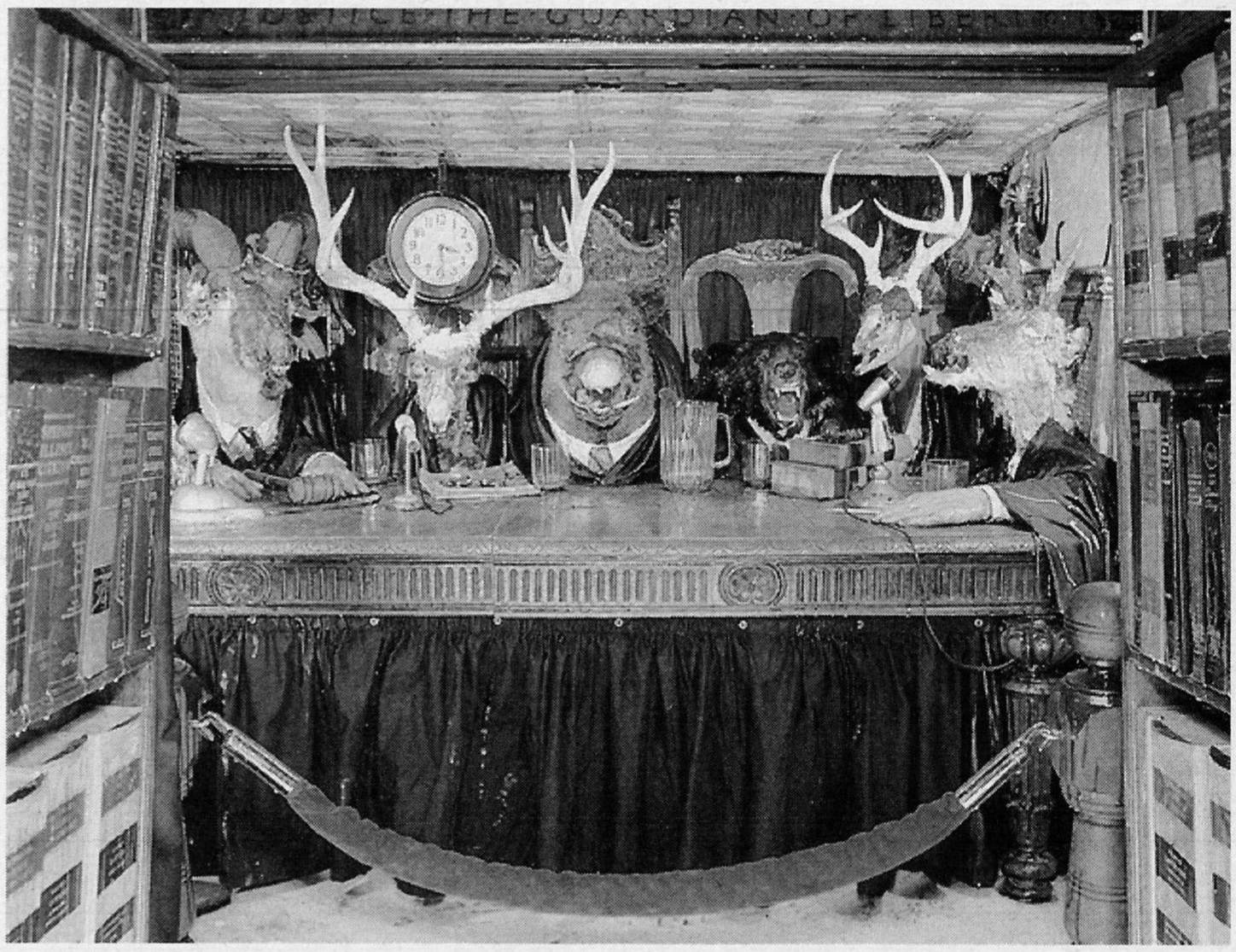
Demokratisierung ökologischer Politik

Die Existenz der Ökologie von rechts unterstreicht die Dringlichkeit einer umfassenden Demokratisierung ökologischer Politik. Diese muß über die in jüngster Zeit in der politikwissenschaftlichen Diskussion formulierten Konzepte einer umweltpolitisch motivierten institutionellen und prozeduralen „Modernisierung der Demokratie"[2] hinausgehen und diese verbinden mit einer *gesellschaftlichen* Politisierung der Ökologie.

Angesichts der strukturellen Schwächen der parteiendemokratischen Systeme ist deren Öffnung für die Besonderheiten der ökologischen Problem- und Konfliktlagen unabdingbar. Notwendig sind generell eine Ausweitung gesellschaftlicher Mitspracherechte bei sozial und ökologisch relevanten politischen Entscheidungen und eine Demokratisierung der derzeitigen administrative und technokratisch bestimmten umweltpolitischen Handlungsmuster. Dies muß die institutionelle Verankerung neuer, partizipationsorientierter Verfahren der Entscheidungsfindung und -kontrolle wie Mediationen, Technikfolgenabschätzungen, Einspruchs- und Vetorechte regional Betroffener oder bestimmter Gremien und sozialer Gruppen etc. miteinschließen. Doch zugleich bleiben derartige Modernisierungsvorschläge in ihrer strukturellen Bindung an staatliche Handlungsinstrumente zu eng, weil sie die gesellschaftlichen Voraussetzungen (oder Hemmnisse) staatlicher Regulierungsmöglichkeiten kaum miteinbeziehen.

Auch ökologisch modernisierte Entscheidungsverfahren werden leerlaufen oder zu Formen einer legitimatorischen Akzeptanzbeschaffung geraten, wenn sie sich nicht auf eine offensive gesellschaftliche Diskussion der grundlegenden Ziele und Formen sozialer und ökonomischer Entwicklung stützen können. Fragen nach einer „nachhaltigen Entwicklung" oder nach „neuen Wohlstandsmodellen" sind nicht in umweltpolitischen oder wissenschaftlichen Expertenzirkeln zu klären. Es sind politische Themen, die öffentlich und in unterschiedlichen sozialen Kontexten diskutiert werden müssen – ohne dabei die bestehenden und die zu erwartenden Konflikte moralisierend zu verwischen und daraus entstehende Probleme rhetorisch zu überspielen.

Zudem werden ökologisch und gesellschaftlich folgenreiche Entscheidungen nach wie vor in „systematisch" abgeriegelten Bereichen, in Konzernzentralen oder High-Tech-Forschungsabteilungen getroffen. Nur wenn die dort vorbereiteten Entwicklungen in den gesellschaftlichen Auseinandersetzungsprozeß einbezogen werden, kann tatsächlich eine Demokratisierung der ökologischen Problematik – auch und gerade gegen strukturkonservative Machtinteressen – gelingen.[3] Dies wäre eine entscheidende Voraussetzung, um zu verhindern, daß ökologische Gefährdungen und Krisenerfahrungen aus dem demokratischen Prozeß abgedrängt und dann erfolgreich in rechtsradikale Ausgrenzungsstrategien und Gesellschaftskonzepte übersetzt werden. ■



Edward und Nancy Kienholz, The Caddy Court, Idaho, 1986/87

Anmerkungen

1 Bei J. Ditfurth (Feuer in die Herzen. Plädoyer für eine ökologische linke Opposition, Hamburg 1992) zum Beispiel wird ein regelrechter Popanz des „Ökofaschismus" aufgebaut, der von Teilen der Grünen bis zu neo-nazistischen Gruppierungen reicht und der letztlich vor allem die Korrektheit des „links-ökologischen" Standortes der eigenen Partei bestätigen soll.

2 Vgl. zum Beispiel H. Zilleßen/P. C. Dienel/W. Strubelt (Hrsg.), Die Modernisierung der Demokratie, Opladen 1993; V. v. Prittwitz (Hrsg.), Umweltpolitik als Modernisierungsprozeß, Opladen 1993

3 Vgl. dazu E. Becker/Th. Jahn/P. Wehling, „Civil society" und die Krise der gesellschaftlichen Naturverhältnisse, in: »Prokla« Nr. 84, Sept. 1991

Ökologie mit oder ohne die ArbeiterInnen?

Oder: Soll die Öko-Bewegung eine mittelschichtorientierte bleiben?

Jens DÖRSCHEL

In der linken ökologischen Diskussion gibt es ein neues Stichwort: ökologischer New Deal. Es knüpft an den New Deal der US-amerikanischen Roosevelt-Ära der dreißiger Jahre an. Damals gelang ein tiefgreifender gesellschaftlicher Reformprozeß, die keynesianische Revolution.

Voraussetzung dafür war ein neuer gesellschaftlicher Klassenkompromiß: Sozialstaat wurde mit der Einführung neuer Produktionsweisen verbunden.

Für die Ökologisierung der Wirtschaft bedeutet das die Suche nach einem neuen gesellschaftlichen Bündnis: die Mittelschichten, deren Anliegen die Ökologisierung im wesentlichen ist, erkaufen sich die Ökologisierung durch weitgehende soziale Zugeständnisse an die wenig bemittelten Schichten. Das bedeutet eine Umverteilung von Vermögen und Einkommen.

Ökologisierung und ihr gesellschaftlicher Träger

Es stellt sich die Frage, mit welcher sozialen Basis ein ökologischer Umbau erreicht werden kann, – wer könnte ihn tragen? Je nachdem, welche Zielgruppe für die Ökologiebewegung in Frage kommt, wird sie eine andere Strategie fahren, um diese Zielgruppe anzusprechen. Viele Umweltbewegte meinen, die ökologische Krise beträfe alle Menschen klassenlos gleich. Demnach müßten alle ein klassenunabhängiges Interesse am Umweltschutz entwickeln. Demzufolge bräuchte sich die Ökologiebewegung auch nicht auf die Bedürfnisse der unterschiedlichen sozialen Gruppen einzustellen, denn diese hätten ja alle dasselbe ökologische Interesse.

Diese Sichtweise ist realitätsfremd. Tatsächlich haben die verschiedenen sozialen Gruppen und Schichten sowohl durch die ökologische Krise als auch durch eine Ökologisierung Unterschiedliches zu erwarten. Sie haben unterschiedlich viel sowohl zu gewinnen als auch zu verlieren! Gerade daß viele Leute je nach Art und Weise der Ökologisierung viel zu verlieren haben, machen sich viele Umweltbewegte nicht klar. Klassenkampf wird durch die Auseinandersetzungen um eine ökologische Gesellschaft nicht abgelöst, sondern sie sind eine neue Form des Klassenkampfes.

Wenn die Ökologiebewegung auf die sozialen Interessen der Leute nicht eingeht und eine ökologische Kahlschlagpolitik betreibt, wird sie nicht viele für ihre Ziele gewinnen. Ein Primat der Ökologie, das heißt alle anderen Aspekte hintanzustellen, ist also ein wenig erfolgversprechendes Konzept. Selbst wer ein Primat der Ökologie wünscht, kommt an sozialer Politik nicht vorbei. Das sehen aber nicht alle Umweltbewegten so.

Ökologismus

Ökologismus ist eine politische Haltung, die lediglich ökologische Ansprüche gelten läßt. Demgegenüber werden soziale, wirtschaftliche und gesellschaftliche Ziele völlig übergangen; ökologische Ziele stehen im Mittelpunkt jeder Entscheidung (absolutes Primat der Ökologie). Begründet wird das damit, daß die ökologische Frage die existentielle Menschheitsfrage ist. Ökologismus ist unter anderem bei aus dem Mittelstand stammenden Umweltbewegten verbreitet, die um ihren Lebensunterhalt kaum bangen müssen. Für sie spielen soziale Probleme in ihren persönlichen Erfahrungen kaum eine Rolle.

Um aber für Umweltschutz eine breite Basis zu gewinnen, muß Politik nicht nur nach ökologischen Gesichtspunkten hinterfragt werden, sondern auch nach gesellschaftlichen und sozialen. Ökologismus läuft demgegenüber auf mangelnde Akzeptanz und damit auf autoritäre Strukturen hinaus.

Solange soziale Ungerechtigkeit, Patriarchat, Unterdrückung, Gewalt, Rassismus, Sexismus, Faschismus und Ausbeutung weiterbestehen, dürfen sich Umweltbewegte nie ausschließlich als Teil der Umweltbewegung sehen, sondern sollten immer auch Teil anderer sozialer Bewegungen sein. Ökologiebewegung und soziale Bewegungen dürfen sich nicht gegeneinander ausspielen lassen – etwa nach dem Motto „Entweder Arbeitsplätze oder Umweltschutz". Eine menschliche und soziale Gesellschaft muß bei der Ausgestaltung der Ökologisierung immer im Auge behalten werden. Umgekehrt muß aber die Gestaltung der Gesellschaft immer auch unter ökologischen Gesichtspunkten betrachtet werden.

Aus der Ablehnung von Ökologismus heraus erscheint auch der Begriff Radikalökologie unangebracht. Er erweckt den Eindruck, als müßten alle sonstigen Belange hinter die radikale Ökologie gestellt werden. Dabei haben gerade diejenigen um Jutta Ditfurth, die sich RadikalökologInnen nennen, Ökologismus nicht im Sinn. Im Gegenteil. Zwar stellen sie sich radikal jeder ökologischen Zerstörung entgegen, genauso aber fast jeder ökologischen Modernisierung. Und zwar weil sie entweder nicht konsequent genug ist, oder aber weil sie als kapitalistisch oder imperialistisch erkannt und bekämpft wird. Eine konstruktive Ökologisierung wird weder radikal noch gemäßigt betrieben. Reine Opposition heißt die Devise, – nicht Gestaltung einer anderen, alter-

---

* Dieser Beitrag stammt leicht geändert aus der Broschüre „Ökologie, Marktwirtschaft und die neue Weltordnung", siehe vorletzte Umschlagseite.

nativen ökologischen Gesellschaft. So wie autonome Umweltbewegte verstehen sich vermeintliche RadikalökologInnen oft eben nicht als TrägerInnen einer bestimmten Art von Ökologisierung, sondern als Opposition zu Umweltzerstörung und Ökologisierung gleichzeitig. Insgesamt läuft ihre Politik auf äußerst konstant konservative Verhältnisse hinaus.

Idealismus und Individualisierung der ökologischen Krise

Die Individualisierung (oder auch Subjektivierung) der ökologischen Krise meint, daß die Verantwortung dafür allein beim Handeln der einzelnen gesucht wird. Demnach müßten sich bei einer Ökologisierung auch allein die einzelnen umorientieren. Es wird davon ausgegangen, daß Bewußtsein die Gesellschaft verändern kann. Demnach ist für diese Strömung neues Denken und Bewußtseinswandel hinreichende Voraussetzung für einen Umbau: „Jede und jeder muß neben sich treten, aus der Rolle ausbrechen und zuerst ÖkologIn sein.“[1] Das entspricht im klassischen philosophischen Sinn dem Idealismus.

Die Grenzen dieses Erklärungs- und Lösungsmusters sind schnell erreicht. Wenn Idealismus die Welt verändern würde, wie läßt sich dann erklären, daß auch umweltbewußte Menschen nicht vernunftbetont ökologisch handeln? Dazu müssen die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Zwänge berücksichtigt werden. Freiwillige Selbstbeschränkung hat in diesen Zwängen ihre Grenzen. Warum, wenn nicht aus ökonomischen Gründen, wird trotz gesteigerten Umweltbewußtseins die Umwelt immer stärker zerstört? Wirtschaftliche Zwänge führen zu der Weigerung der Unternehmen, ökologisch zu produzieren, ohne per Gesetz dazu verpflichtet zu sein. Das ist nicht psychologisch zu erklären, wie es Joschka Fischer tut: „Andererseits aber tut sich die Wirtschaft ungeheuer schwer, freiwillig von ökologisch absurden und umweltzerstörenden Interessen und Gewohnheiten zu lassen. Fast könnte man eine sado-masochistische Triebstruktur hinter dieser offensichtlichen Ambivalenz vermuten, eine gewisse Leidenschaft für das Strenge.“[2]

Die Ideologie der Individualisierung der Umweltprobleme paßt gut ins Konzept von Liberalen, für die die KonsumentInnen die Hauptverantwortlichen für die Umweltkatastrophe sind, und die demnach die Verantwortung in die einzelnen Haushalte verlagern. Natürlich ist es richtig, persönliches Verantwortungsgefühl bei den Menschen einzufordern, denn ohne ein solches ist die ökologische Krise nicht zu bewältigen. Aber allein mit persönlichem Verantwortungsgefühl ist die ökologische Krise auch nicht zu bewältigen, wenn nicht auch gesellschaftliche und wirtschaftliche Strukturen und Institutionen verändert werden. Die Überbetonung der persönlichen Verantwortung schlägt dann auch ins Gegenteil um. „Durch die Vorstellung, in der Ökologie gebe es keine Gegner, da jeder sich selbst ändern müsse, zum Beispiel im Wasserverbrauch oder beim Rauchen, haben Teile der Ökologiebewegung sich entpolitisiert.“[3]

Demnach ist der Allgemeinplatz abzulehnen, jede/r solle nur erst vor seiner eigenen Tür kehren, bevor er/sie weitergehende politische Forderungen an andere stellt.

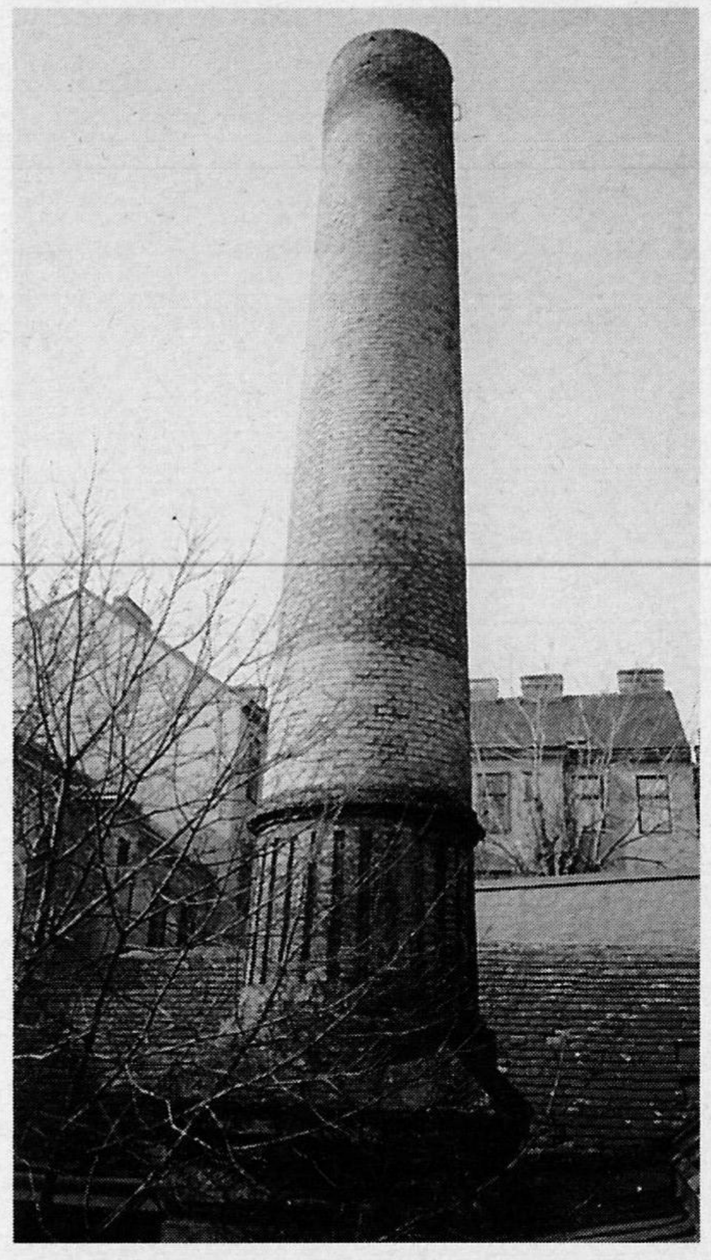
Ökologischer Materialismus

Materialismus steht in der Philosophie im Gegensatz zum Idealismus. Sie versteht den Begriff etwas anders als die meisten Umweltbewegten, für die Materialismus schlicht die Gier nach Geld und materiellen Gütern bedeutet.

Materialismus ist zuerst einmal eine Art und Weise, die Entwicklung und Geschichte der Menschheit zu verstehen. „Aus materialistischer Sicht kann es keine Revolution auf der Ebene der Idee oder des Geistes geben.“[4] Diese marxistische Sichtweise (Das Sein bestimmt das Bewußtsein) besagt, daß für die Gestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse nicht allein der politisch-ideologische Überbau bestimmend ist, sondern vor allem die materiell-wirtschaftliche Basis. Aus dialektischer Sicht bestehen zwischen Basis und Überbau gegenseitige Rückkopplungen, das heißt der Überbau beeinflußt die Basis, bestimmt sie aber nicht völlig. Umgekehrt wird das Bewußtsein der Leute, der politisch-ideologische Überbau, wesentlich von den materiell-wirtschaftlichen Begebenheiten beeinflußt.

Demnach ist der von IdealistInnen geforderte Bewußtseinswandel notwendige Voraussetzung für ökologischen Wandel, muß Umweltbewußtsein zum Massenbewußtsein werden. Das allein kann aber für eine Umwälzung der Verhältnisse nicht ausreichen. Für einen Wandel müssen auch die wirtschaftlichen und sozialen Voraussetzungen gegeben sein, damit die Leute ihr Bewußtsein überhaupt verändern, und dann auch in die Tat umsetzen.

So sind also wirtschaftliche, soziale und ökologische Bedingungen Voraussetzung dafür, daß ein bestimmtes Bewußtsein überhaupt entstehen kann – denn das Sein bestimmt das Bewußtsein! Es wird auch mit viel Propaganda kaum möglich sein, bei Abwesenheit einer ökologischen Krise ein breites Umweltbewußtsein zu erzeugen. Wenn sich hingegen die ökologische Krise verschärft, wird auch das Umweltbewußtsein zunehmen. Menschen sind leichter davon zu überzeugen, daß AKW abgeschaltet gehören, wenn sie nicht in einem AKW arbeiten. AKW-ArbeiterInnen wiederum können eher vom Atomausstieg überzeugt werden, wenn sie wissen und es möglichst auch sehen, daß Strahlenkrankheiten bei ihnen auftreten, und noch eher, wenn ihnen andere Arbeit bei gleichem Lohn angeboten wird. So schreibt Frank Beckenbach: „Erst wenn sich ökologischer Problemdruck mit der gesellschaftlichen Ökosensibilisierung ver-



Nicht mehr existierender idyllischer „wegspekulierter“ Wiener Hinterhof

bindet, ist eine Regulierung der ökologischen Verteilungsprobleme durch Umweltpolitik zu erwarten."[5] Aus materialistischer Sicht ist es also nicht die abstrakte Erkenntnis über ein allgemeines Weltenheil oder Unheil, das die Verhältnisse verändern kann, sondern eher die Erkenntnis darüber, wie die ökologische Krise die eigenen Lebensverhältnisse beeinträchtigt. Mit anderen Worten: Nur wenn den Leuten bewußt wird, daß und wie die ökologische Krise sie selber betrifft, kann dieser ideologische Überbau die gesellschaftlichen Verhältnisse verändern.

Der gesellschaftliche Interessenvertreter der Natur kann nur ein Subjekt mit allgemeinem, gesellschaftlichem Interesse am Schutz der Natur sein. Eine ökologische Strategie muß auf diesem ökologischen Materialismus beruhen. Er entspricht der weitverbreiteten Ansicht, daß sich nur etwas ändert, wenn Auswirkungen spürbar werden, wenn das Kind schon in den Brunnen gefallen ist, wenn Katastrophen ihre Auswirkungen zeigen.

Natürlich entwickeln einzelne, dieser aus Erfahrungen abgeleiteten Regel zum Trotz, aus Idealismus und abstrakter Erkenntnis heraus Engagement. Die Ausnahmen von der Regel widerlegen bekanntlich aber nicht die Regel, sondern bestätigen sie. Denn für weitreichende gesellschaftliche Umbrüche reicht das Engagement einzelner nicht aus.

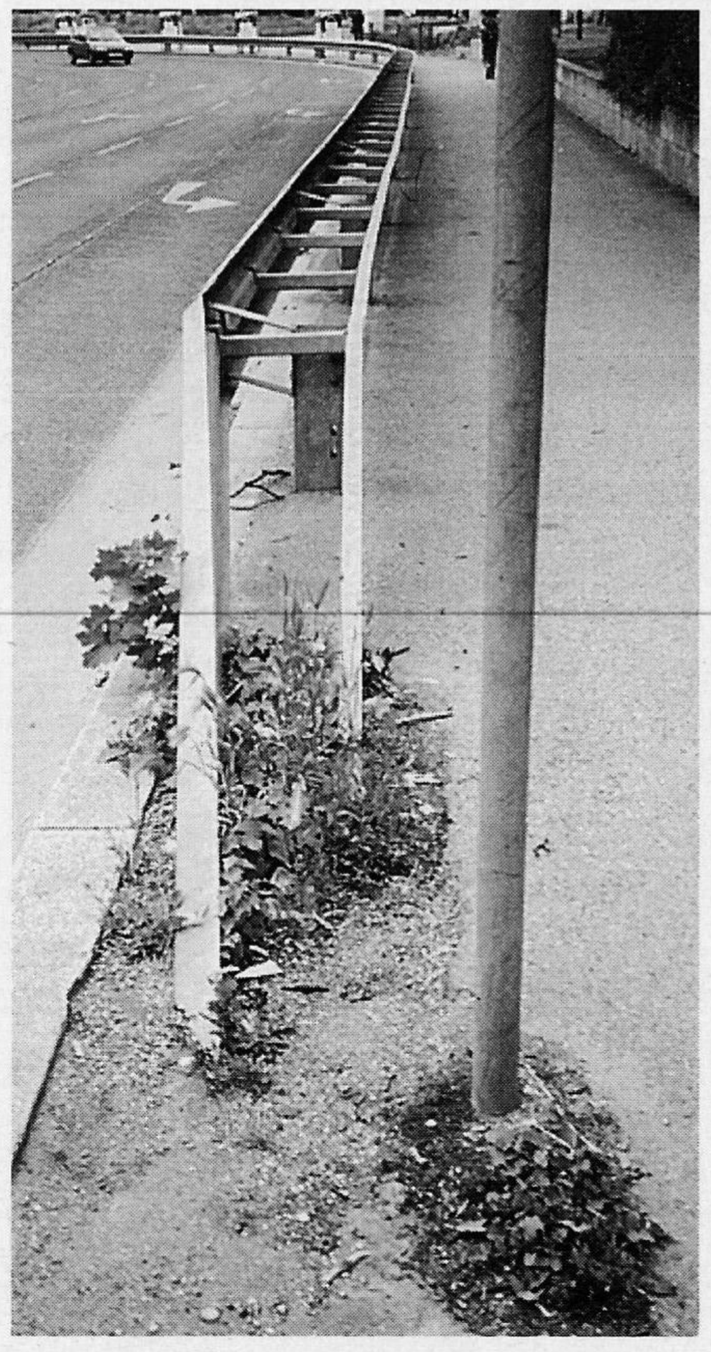
IdealistInnen berücksichtigen den Einfluß der wirtschaftlichen Basis nicht: Soziale und wirtschaftliche Verhältnisse bestimmen die Interessen der Leute und damit die Gesellschaft. Sie verkennen, daß die Wirtschaft nur zum geringen Teil durch persönliche Neigung und Willkür der ManagerInnen bestimmt wird, sondern zum größeren Teil von wirtschaftlichen Interessen und Zwängen wie Wachstumszwang, Profitprinzip, Kostenminimierung. In der Ökobewegung wird meist davon ausgegangen, daß es nur darum gehe „böse Kapitalisten" bzw. uns alle ökologisch zu bekehren; daß Kapitalisten und Manager jedoch oft unökologisch handeln müssen, damit sie und ihre Betriebe im kapitalistischen System bestehen und überleben können, das will nicht gesehen werden. Die Hoffnung, allein ein Bewußtseinswandel der Wirtschaftenden ergäbe eine umweltfreundliche Wirtschaft, auch wenn die unternehmerischen Interessen dem entgegenstehen, ist demnach vergebens. Den Wirtschaftenden bleibt dann zwar ein gewisser persönlicher Spielraum, doch der ist für die Lösung der ökologischen Krise nicht ausreichend.

Bewußtseinswandel und wirtschaftliche Bedingungen müssen für einen ökologischen Wandel zusammenfallen. Erst dann können sie einen ökologischen Selbstregulierungsmechanismus in Gang setzen – unter weidlicher Ausnutzung der gesellschaftlichen Trägheitskräfte. Das sind die realistischen Schlußfolgerungen aus materialistischer Analyse.

Ökologisierung von oben

Es ist eine denkbare Strategie, eine Ökologisierung dadurch durchzusetzen, die politische und wirtschaftliche Elite für eine Ökologisierung zu gewinnen. Es ist völlig klar, daß es eine Ökologisierung geben wird, wenn die Machtelite sie aufrichtig will.

Die KapitaleignerInnen und -verwalterInnen haben viel durch die ökologische Krise zu verlieren: ihr Kapital. Denn wenn die Ressourcen erschöpft sind, werden ihre Produktionsstätten wertlos und ihre Wirtschaftsmaschinerie bricht zusammen.



„Selbstbegrünung"

Sie könnten also das Interesse entwickeln, die Ressourcen zu schonen, um die Industriegesellschaft überhaupt zu erhalten. Im Zusammenhang mit erschöpfbaren Ressourcen wird klar, daß der leidige Vorwurf an die Ökologiebewegung, sie wolle zurück in die Steinzeit, von Anfang an völlig verfehlt war (selbst wenn es solche Umweltbewegte tatsächlich gibt). Denn es liegt klar auf der Hand, daß nicht der Weg der Umweltbewegten in die Steinzeit führt, sondern genau der der WirtschaftsfundamentalistInnen, die eine Ökologisierung verweigern. Damit setzen sie die Ressourcen hemmungslosem Verbrauch aus und lassen die Naturzerstörung ungehindert voranschreiten. Ein Rückfall in die Steinzeit ist nur durch schonende Ressourcenverwendung zu verhindern oder hinauszuschieben nicht aber mit der Mentalität derjenigen, die uns den Weg zurück in die Steinzeit vorwerfen.

Das Interesse, diesen Rückfall in die Steinzeit zu vermeiden, könnte das Bewußtsein der herrschenden Elite entscheidend beeinflussen. Allerdings wird es ihnen Schwierigkeiten bereiten, ihre eigene Wirtschaftsmaschinerie zu beherrschen, denn die Wirtschaft unterliegt betriebswirtschaftlicher Logik und Sachzwängen, entwickelt das Kapital eine eigene Entwicklungslogik, einen Wachstumszwang. Diese Entwicklungslogik ist weitgehend unabhängig vom Willen der kapitalistischen UnternehmerInnen, der ManagerInnen und der PolitikerInnen. Sie entspringt der kapitalistischen Konkurrenz. Letztendlich sind die KapitalistInnen nur ausführende Organe der Kapitalverwertungsinteressen. Demnach muß es den ManagerInnen und PolitikerInnen schwer fallen, sich den Kapitalverwertungsinteressen, die eine stetige Zerstörung der Natur bewirken, zu verweigern und ihr eigenes Wirtschaftssystem in den Griff zu bekommen. Möglich ist das grundsätzlich nur, wenn sie betriebswirtschaftliche Interessen zurückstellen und gemeinsam eine Handlungsstrategie entwickeln. Es wird spannend, ob sie es schaffen können.

Andererseits hat die wirtschaftliche Elite bei einem Zusammenbruch der Wirtschaft durch die ökologische Krise zwar viel, aber durchaus nicht alles zu verlieren. Letztlich hat sie persönlich am wenigsten zu verlieren. In jeder Krise sind es nicht die ManagerInnen, die wirtschaftlich unter

dem Niedergang ihrer Betriebe leiden, sondern die entlassenen Lohnabhängigen und ihre Angehörigen. Genauso sind sie auch bei der ökologischen Krise am wenigsten betroffen, denn sie wohnen in unbelasteteren Gebieten, können sich gesündere Lebensmittel kaufen etc. Es besteht in dieser Gesellschaft Ungleichverteilung sowohl der sozialen als auch der ökologischen Risiken und Lasten. Umweltverschmutzung ist entgegen weitverbreiteter Auffassung nicht „demokratisch" und betrifft nicht alle gleich.

Falls sich die herrschenden Schichten für eine Ökologisierung entscheiden und sie auch gelingt, dann gibt es zwei Möglichkeiten:

1. Eine Ökologisierung unter Berücksichtigung der Interessen der Bevölkerung und demnach mit ihrer Unterstützung;

2. eine Ökologisierung gegen die Interessen der Bevölkerung und demnach gegen sie.

Die zweite Variante würde eine Öko-Diktatur erforderlich machen, wohingegen die erste die derzeitige Demokratur erhalten würde und ökologischer Kapitalismus genannt werden könnte.

Ökologisierung mit der Bevölkerung

Die meisten ArbeiterInnen erscheinen heute nicht zu Unrecht als die Anti-Umweltbewegten schlechthin. Die Ökologiebewegung hat ihre soziale Basis in der Mittelschicht, die einerseits ein weitgehend sicheres Auskommen hat und andererseits zumeist das Privileg besitzt, eine überdurchschnittliche (Aus-)Bildung genossen zu haben. Das sichere Auskommen ist der Schlüssel zum Verständnis dafür, daß die Ökologiebewegung eine Mittelstandsbewegung ist. „Das öffentliche Umweltbewußtsein hat sich erst im Zuge der Bildung postmaterialistischer Werte, die wiederum im Zusammenhang mit der Deckung ökonomischer und psychischer Primärbedürfnisse stehen, entwickelt."[6] Die Umweltpolitik der Industrieländer ist demnach eine Reichtumsökologie.

Ein ökologischer Umbau erfordert gewaltige Umstrukturierungen, die Lasten erzeugen. Die Angst um den Arbeitsplatz kann alles andere überdecken und damit einen ökologischen Umbau behindern. Deshalb muß es für die Ökologiebewegung selbstverständlich sein, die Existenzängste, die sozialen Interessen der Leute in ihrer Politik zu berücksichtigen.

Wer eine Ökologisierung ohne die Berücksichtigung der sozialen Interessen der Bevölkerung anstrebt, muß sie gegen die Bevölkerung durchsetzen. Das würde bedeuten, daß ökologische Politik nur autoritär durchgesetzt werden kann. Eine solche ökologische Strategie ist Steigbügelhalterin einer Öko-Diktatur. Wenn dann noch ein biologistisches oder rassistisches Menschenbild vorhanden ist, ist die Brücke zum Öko-Faschismus geschlagen.

Nur wenn es gelingt, die breite Bevölkerung einschließlich der ArbeiterInnen und Arbeitslosen für einen ökologischen Umbau zu gewinnen, kann eine Öko-Diktatur vermieden werden. Dazu ist eine Zusammenarbeit mit Gewerkschaften unabdingbar – trotz aller Kritik an der sozialpartnerschaftlichen Gewerkschaftspolitik. Wegen der Kritik an ihrer derzeitigen Linie Gewerkschaften prinzipiell abzulehnen, wie es gewerkschaftsfeindliche Teile nicht nur der Ökologiebewegung tun, ist nicht nur ein politischer Fehler, sondern eine Kampfansage an die Demokratie. Denn es stellt das Recht der Lohnabhängigen, sich zu organisieren, in Frage. Gewerkschaften müssen unabdingbarer Bestandteil eines alternativen ökologischen Gesellschaftskonzeptes sein.

Verzichtsideologie contra Wachstumsideologie

Es kann also nicht darum gehen, die Existenzängste der Menschen zu mißachten. Aber eine Ökologisierung, gerade wenn sie mit Abschaffung des Imperialismus verbunden sein soll, ist nicht ohne Wachstumsverzicht denkbar. „Es ist eine Illusion anzunehmen, daß eine (...) Effizienzrevolution der Wirtschaft uns auf Dauer einen Verzicht auf Wirtschaftswachstum ersparen kann."[7]

Und da Umweltschutzmaßnahmen tote Kosten bereiten, senken sie die Wirtschaftlichkeit der Produktion. Höhere Umweltausgaben der Einzelunternehmen bedeuten, daß die gesamte Wirtschaft einen größeren Anteil seiner Leistung in Umweltschutz leitet. Der verkonsumierbare Anteil an der volkswirtschaftlichen Gesamtleistung wird dann geringer. Beseitigung und Vermeidung ökologischer Schäden bedeutet, daß weniger Konsumgüter produziert werden.

Eine Drosselung der Produktion von materiellen Konsumgütern und der Verlust von Bequemlichkeiten sind also die Folge einer Ökologisierung. Das zu leugnen ist blauäugig und durch Wunschdenken geprägt. „Der Mensch will alles haben: Er will blühende Wirtschaft mit immer höherem Einkommen und eine gesunde Umwelt. Das Entweder-Oder liebt er nicht."[8] Leute, für die Ökologisierung und weiteres Wachstum des materiel-

len Wohlstandes Hand in Hand gehen müssen, gibt es gerade auch in der Linken, nicht nur bei Konservativen, Liberalen und SozialdemokratInnen. Wenn sie als anständige InternationalistInnen auch noch den Imperialismus abschaffen wollen, dann wird das Hirngespinst eines in den Industrieländern immer noch stetig ansteigenden materiellen Wohlstandes offenbar. Wie Abschaffung des Imperialismus, Ökologisierung und Aufrechterhaltung der wachsenden Konsumgesellschaft unter einen Hut gebracht werden sollen, bleibt ein Geheimnis. Für sie kann offensichtlich sein, was sein muß. Tatsächlich muß gerade die Abschaffung des Imperialismus die Wirtschaft der Industrieländer in Mitleidenschaft ziehen. Insofern kann nur Anti-ImperialistIn und InternationalistIn sein, wer bereit ist, Lebensgewohnheiten umzustellen.

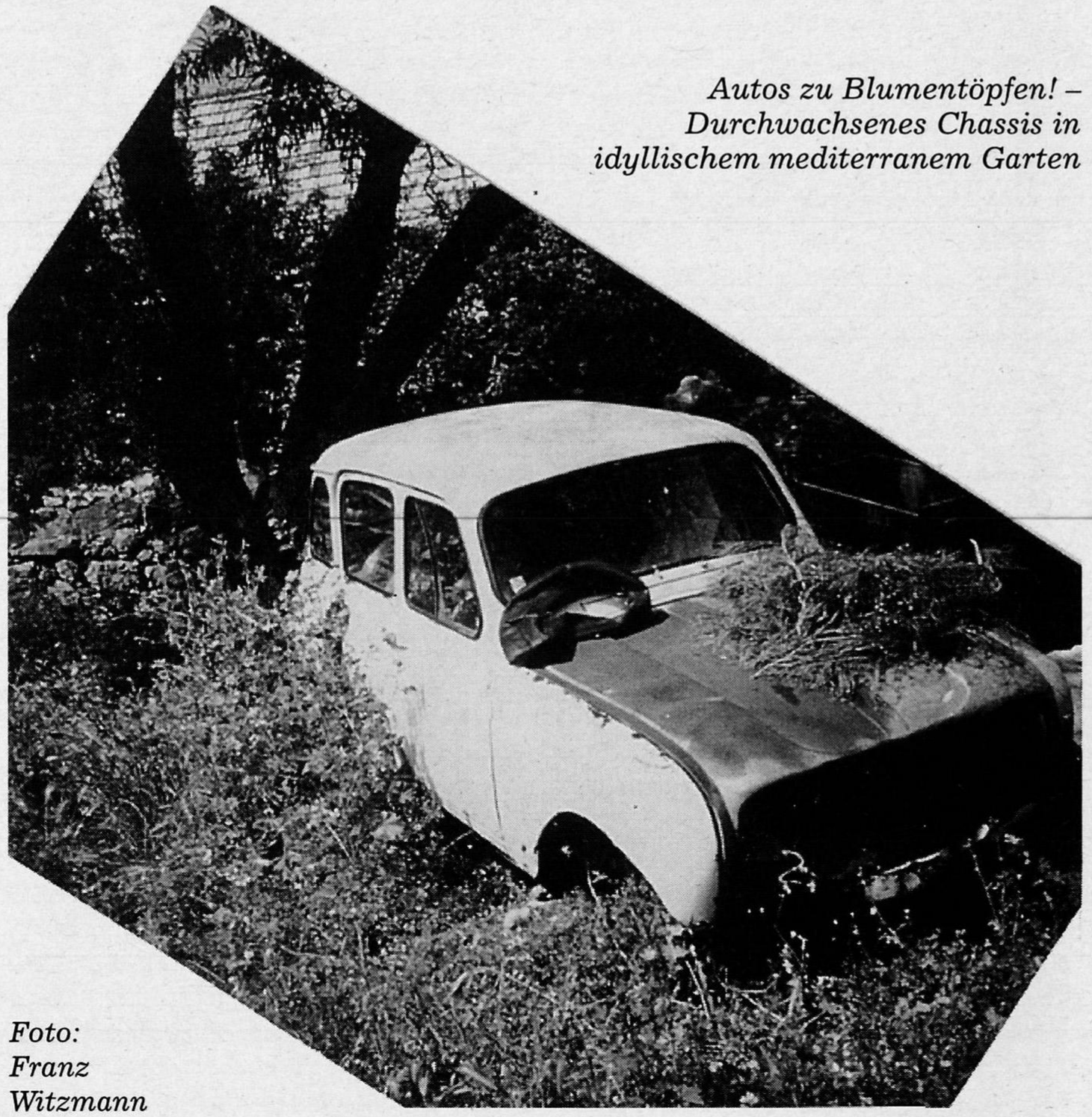
Wenn Umweltschutz mit Wachstumsverzicht verbunden ist, so haben sowohl ManagerInnen als auch die Lohnabhängigen erst einmal kein Interesse an Umweltschutz. Sie haben ein gemeinsames Interesse an unbeschränkter Produktion. Aufgabe der Ökologiebewegung ist es, dieses Interesse zu hinterfragen. Wie kann das erreicht werden?

Es ist nicht angenehm, Leuten klarzumachen, daß gewohnte Bequemlichkeiten und Konsumräusche abgelegt werden müssen, wenn eine ökologische und solidarische Gesellschaft möglich werden soll. Dieser Aufgabe muß sich die Ökologiebewegung aber stellen. Denn leugnet mensch diese Notwendigkeit, so muß es später erst recht nach hinten losgehen, wenn es irgendwann doch anders kommt als versprochen. Es ist daher langfristig sinnvoller, gleich die Perspektiven offenzulegen, anstatt Beruhigungspillen zu verteilen.

Andererseits ist es verfehlt, Konsumverzicht oder gar Askese zu predigen. Angriffspunkt sind für viele ökologische VerzichtsideologInnen Löhne bzw. Lohnsteigerungen. Wirtschaftliche Zusammenhänge werden nicht berücksichtigt. Berücksichtigt wird nicht, daß Wachstumsverzicht nur durch gesellschaftliche Entscheidungen durchgesetzt werden kann und nicht durch freiwilligen persönlichen Verzicht der einzelnen.

Berücksichtigt wird auch nicht, daß die Prediger des Gürtel-enger-Schnallens meist aus der wirtschaftlichen und politischen Elite stammen, nämlich wenn es wieder einmal darum geht, Lasten ungleich zu verteilen. Ihnen zufolge dient Gürtel-enger-Schnallen in Krisenzeiten dem Allgemeinwohl. Tatsächlich aber geht es darum, bestimmte Schichten vom Enger-Schnallen des Gürtels auszunehmen. So war es nach der Wende in der BRD 1982, so ist es bei den Sparprogrammen für die deutsche Wiedervereinigung, und so ist es bei jedem Umstrukturierungsprogramm des IWF für Länder im Süden. Dabei geht es darum, den Konsum des Volkes zu drosseln, damit sie die Zinsen und Schulden an die reichen Industrieländer zahlen können.

Umweltbewegte, die sich dessen nicht bewußt sind oder die das leugnen, lassen sich von der herrschenden Elite leicht für ihre Interessen instrumentalisieren. Diese hießen in Westdeutschland etwa in der Lohnrunde 1992 wieder Lohnverzicht angeblich zugunsten des Aufschwungs im Osten. Hier besteht aber kaum ein Zusammenhang, denn Lohnverzicht in Westdeutschland erhöht die Gewinne der Unternehmen, die theoretisch für Investitionen zur Verfügung stehen. Werden aber die durch Lohnverzicht erhöhten Gewinne auch tatsächlich in Ostdeutschland investiert? Wohl kaum, denn zu niedrige Gewinne im Westen, und damit mangelnde Investitionsfähigkeit, sind kaum der Grund dafür, daß Unternehmen wenig im Osten investieren. Die West-Unternehmen haben eigentlich genügend Geld. Der CDU-Sozialausschüsse-Vorsitzende Ulf Fink bezifferte deren frei verfügbare Gelder auf 670 Milliarden Mark.[9] Der Grund für mangelnde Investitionen sind dann wohl eher die schlechten Gewinnerwartungen für im Osten investiertes Kapital. Zudem können die westdeutschen Unternehmen den östlichen Markt leicht auch aus dem Westen mit Waren bedienen – ohne große Investitionen. Die Forderung nach tariflichem Lohnverzicht im Westen dient denn auch weniger der Gleichverteilung zwischen Ost und West, sondern der Ungleichverteilung zwischen oben und unten. Um Investitionen im Osten sicherzustellen, sind von daher Steuererhöhungen sinnvoller, die der Staat tatsächlich gezielt investieren kann. Sinnvoll ist angesichts der großen Rücklagen der Unternehmen auch eine Investitionsabgabe, wie Ulf Fink fordert. Unternehmen, die nicht in Ost-Deutschland investieren, müßten eine Abgabe in einen Investi-



Autos zu Blumentöpfen! – Durchwachsenes Chassis in idyllischem mediterranem Garten

Foto: Franz Witzmann

tions-Fond zahlen. Die nachdrückliche Ablehnung dieser sinnigen Forderung durch die Liberalen und Konservativen in der Regierung zeigt, wie wenig ihr am Wohlergehen der Ost-Deutschen gelegen ist, wieviel aber an dem der oberen Schichten. Da schickte sich einer der ihren an, ihre Umverteilungsstrategie von unten nach oben zu torpedieren. Solche Leute werden gemeinhin sehr schnell kaltgestellt.

Letztendlich kann die notwendige Senkung des materiellen Wohlstandes nicht, wie viele meinen, durch Lohnverzicht erreicht werden. Dadurch wird ja auch nicht das verteilbare Volkseinkommen verringert, sondern nur zuungunsten der Lohnabhängigen anders verteilt. Eckhard Stratmann-Mertens aber bringt zur Denunziation von Lohnsteigerungen den Lohn als angebliche Wachstumsursache ins Spiel: „Wer Verteilungsgerechtigkeit über die tarifliche Einkommenspolitik anstreben will, läuft nämlich unweigerlich in die ökologische Falle. Er trägt dazu bei, daß das Wachstum samt seiner ökologischen Folgeschäden angeheizt wird. (...) Begrenzung des Wachstumswahns heißt auch Begrenzung der Einkommenszuwächse."[10]

Er widerspricht hier der Auffassung der Wirtschaftsverbände, die ja immer wieder vor zu hohen Lohnforderungen warnt, mit der Begründung, diese würden das Wachstum gefährden. In diesem Punkt würden sich Stratmann-Mertens und die Wirtschaftsverbände sicherlich schnell einigen trotz der sich gegenseitig ausschließenden theoretischen Begründungen.

Da Lohnsteigerungen nicht Ursache für den Wachstumszwang sind, muß sich Wachstumsverzicht vielmehr darüber äußern, daß unökologische Produkte einfach nicht mehr erhältlich sind, daß unökologische Strukturen einfach nicht mehr ausgebaut werden (etwa Straßennetz und Flugverkehr). Es gilt also nicht, den Flugverkehr dadurch einzuschränken, den Leuten das Geld für den Kauf von Flugtickets wegzunehmen, sondern die Flugmöglichkeiten einzuschränken. Das aber sind politische Entscheidungen, die nichts mit Tarifverhandlungen zu tun haben.

Letztendlich müssen diejenigen, die sich Ökologisierung und Abschaffung des Imperialismus nur mit Einschränkung des Volkseinkommens in den Industrieländern vorstellen können, gleichzeitig auch für eine gerechte Verteilung des Volkseinkommens und für eine radikaldemokratische Ökologisierung eintreten. Das war wohl auch der Grund dafür, daß in den siebziger Jahren ökologisches Bewußtsein meist mit der Forderung nach gerechter Verteilung und Demokratisierung verbunden war.

Dieses Bewußtsein ist bei VerzichtsideologInnen weitgehend verloren gegangen. Die soziale Frage spielt für sie keine Rolle. Soziale Ungleichheiten werden als selbstverständlich hingenommen. So akzeptieren VerzichtsideologInnen auch meist, daß sich bei Umweltsteuern Begüterte von den Lasten freikaufen können. Hier besteht ein Berührungspunkt zu rechten BiologistInnen.

Die Lösung des gordischen Knotens?

Wie kann das Dilemma zwischen dem verbreiteten Wunsch nach mehr Wachstum und der Notwendigkeit eines Wachstumsverzichts gelöst werden? Wie können die Leute für eine Ökologisierung gewonnen werden, die einen Bruch mit der unbeschränkten Konsumgesellschaft bedeutet? Wie kann ökologisches Interesse entstehen?

Interesse an Umweltschutz kann nur durch andere Vorteile geschaffen werden, die Einschränkungen durch Umweltschutz ausgleichen. Das können humane und gesunde Arbeits- und Lebensbedingungen durch intakte Umwelt und umweltfreundliche Produktion sein, oder kürzere Arbeitszeit. Und ökologisches Interesse entsteht nur, wenn keine Verarmung, keine Verschärfung der Ungerechtigkeiten, keine Verschlechterung der Lebensqualität zu befürchten ist. Um ökologisches Interesse zu wecken, muß deutlich gemacht werden, daß Wachstumsverzicht nicht immer mit Wohlstandsverzicht verbunden sein muß.

Ein guter Teil der Produktionssteigerung wird im Kapitalismus dadurch erreicht, daß Wegwerfprodukte und eingebauter Verschleiß entwickelt werden. André Gorz schrieb 1980: „Das ist der opulente Konsum: Er sichert das kapitalistische Wachstum, ohne dabei eine wachsende Befriedigung von Bedürfnissen oder eine Zunahme wirklich nützlicher Dinge (‚Gebrauchswerte') (...) sicherzustellen. Im Gegenteil: Es bedarf einer steigenden Quantität von Erzeugnissen, um den gleichen Grad der Bedürfnisbefriedigung zu erreichen. Wachsende Mengen von Energie, Arbeit, Rohstoffen und Kapital werden konsumiert, ohne daß sich die Menschen dadurch wohler fühlen. Die Produktion wird immer destruktiver und verschwenderischer; die Vernichtung wird schon in ihre Planung integriert, ihr Verschleiß vorprogrammiert."[11]

Eine Abschaffung dieser Verhältnisse würde also kaum eine Wohlstandsminderung bedeuten. Pfandflaschen etwa stellen gegenüber Einwegverpackungen eine Unbequemlichkeit dar, sie bedeuten aber nicht, daß weniger Getränke hergestellt werden können. Wohlstandsminderung würde sich hier nur indirekt darüber äußern, daß mehr gesellschaftliche Arbeit für die Handhabung eines Mehrwegsystems aufgewendet werden müßte.

Entscheidend aber ist, daß eine Ökologisierung für die Leute sowohl Vor- als auch Nachteile hat, sowohl Gewinn als auch Verlust bringt, nämlich Verlust an materiellem Wohlstand und an Bequemlichkeit, Gewinn aber an ökologischer Lebensqualität, an ökologischem Wohlstand: weniger Lärm, weniger Gifte, weniger Wirtschaftszwang. Abbau von Umweltzerstörung eröffnet Wege zu mehr Lebensqualität. Öko-Test schreibt, „daß umweltbewußtes Verhalten nicht freudlose Askese bedeuten muß, sondern viel mit Genuß und Lebenslust zu tun hat".[12] Bei einer Ökologisierung werden Freiheiten wiedergewonnen, etwa die Freiheit, saubere Luft zu atmen und in klaren Gewässern zu baden. Weniger Wirtschaftszwang führt auch zu weniger Hektik und mehr Gelassenheit, fördert somit das Lebensglück. Das ist aber auch eine Frage der Mentalität der Leute: In „fauleren" Ländern wie in Irland oder in arabischen Ländern gilt Muße mehr als Arbeit.

Ökologisierung ist also ein Tausch verschiedener Wertvorstellungen. Entscheidend ist nun, die zu gewinnenden Werte, die ökologische Lebensqualität als erstrebenswerte Werte zu vermitteln. Insofern haben diejenigen Recht, die als Voraussetzung einen Kultur- und Wertewandel ansehen. Sie liegen dann aber falsch, wenn sie dort stehen bleiben und keine gesellschaftlichen Forderungen stellen.

Solche Gewinn- und Verlustrechnung gilt insbesondere für die werktätige Bevölkerung. Die Folgen zunehmender Umweltverschmutzung

treffen heute die ArbeiterInnen am stärksten: mangelnder Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz, gefährliche Arbeitsstoffe, Wohnen an stinkenden und lärmenden Hauptstraßen und Fabriken. Viele Leute werden bei der Arbeit gesundheitlich verschlissen und vergiftet. Arbeitsschutz, früher treffender Arbeiterschutz genannt, muß daher wieder unabdingbarer Bestandteil einer ökologischen Strategie werden. Den meisten Umweltbewegten ist nicht klar, daß der Kampf gegen mörderische Arbeitsbedingungen, gerade in der Chemieindustrie, ein quasi-ökologischer Widerstand ist, der eine lange Tradition hat. Die Wucht und Militanz etwa der Kampfaktionen der ChemiearbeiterInnen 1921/22 infolge der furchtbaren Explosionskatastrophe 1921 in Oppau mit 600 toten ArbeiterInnen, richtete sich gegen die Bedrohung von Leben und Gesundheit in der Chemiehölle. Chemiekrankheiten waren gewerkschaftsbegründende Themen.[13] Es ist der Ökologiebewegung verloren gegangen, sich mit solchen ArbeiterInnen zu solidarisieren. Es muß deutlich gemacht werden, daß die ArbeiterInnen durch eine Ökologisierung nicht nur materiellen Wohlstand zu verlieren haben, sondern auch einen nichtmateriellen Gewinn haben werden und viel an Lebensqualität wiedergewinnen können.

Umweltbewegte müssen sich vergegenwärtigen, daß sich Sensibilisierung für Umweltprobleme vor allem an der Sorge um die eigene Gesundheit und die der eigenen Kinder festmacht. Es nützt nichts, diese „Selbstsucht" zu beklagen und Selbstlosigkeit und die Orientierung an höheren Werten und Notwendigkeiten einzufordern. Die Ökologiebewegung muß an diesem psychologischen Motiv ansetzen und in ihrer Strategie immer wieder die Verknüpfung von Umweltproblemen mit gesundheitlichen Aspekten herausstellen. Das ist auch möglich, denn es sind zumeist dieselben Stoffe und Risiken, die im Betrieb die Beschäftigten gefährden und die außerhalb des Betriebes die Umwelt zerstören und die Gesundheit der Menschen gefährden.

Sensibilisierung für Umweltprobleme setzt auch an der „Liebe zur Natur" an. Gerade die ist aufgrund der Entfremdung von der Natur unterentwickelt. Demnach muß die Ökologiebewegung versuchen, eine Beziehung zur Natur zu vermitteln. Deswegen ist es falsch, den Ausflug ins Grüne als Belastung für die Biotope zu diffamieren.

Sind die Leute zu zufrieden für eine Ökologisierung? Es scheint, daß die meisten Leute mit den bestehenden Verhältnissen zufrieden sind. Die Vorstellung, wir lebten im besten aller bestehenden Systeme, ist weit verbreitet. Die zwei Drittel aalen sich im Massenwohlstand und wehren sich dagegen, ihn aufgeben zu müssen. Ist der Kapitalismus in den Industrieländern deswegen unangreifbar?

Tatsächlich sind viel mehr Leute mit dem Bestehenden unzufrieden als vermutet – wie sich im Alltag immer wieder feststellen läßt. Die Leute können sich aber derzeit nichts besseres vorstellen. Trotzdem ist der kapitalistische Grundkonsens gefährdet. Es besteht eine zutiefst widersprüchliche Stimmungslage. Einerseits besteht Unzufriedenheit mit den bestehenden politischen und wirtschaftlichen Verhältnissen, andererseits aber Zufriedenheit beim Vergleich mit anderen Ländern. Einerseits sind viele Leute mit den eigenen Lebensverhältnissen innerlich zufrieden, andererseits sind sie verstandesmäßig unzufrieden, weil sie wissen, woher der Massenwohlstand kommt. Bewußtsein und Gefühl fallen häufig auseinander. Vielfach wird der Staat pauschal verunglimpft, bei bestimmten Punkten aber nachdrücklich verteidigt. Jutta Ditfurth schließt daraus: „Soziale Utopien werden heute fast so tabuisiert wie erotische Literatur in der viktorianischen Epoche. Erotik läßt sich aber auf Dauer so wenig unterdrücken wie der Traum von anderen gesellschaftlichen Zuständen."[14]

Es ist für den Kapitalismus besonders wichtig, jegliche positive Vorstellung von einer anderen Gesellschaft zu zerstören; so ist der Feldzug gegen alles Realsozialistische zu verstehen. Es geht nicht mehr darum, den Feind im kalten Krieg zu besiegen, das ist ja bereits geschehen. Mittlerweile geht es vielmehr darum, jegliche positive Vorstellung von Sozialismus für alle Zukunft zu zerstören, damit die Leute in ihrer Unzufriedenheit ja nicht mehr auf sozialistische Gedanken kommen. Es geht nicht, wie es Interesse der Linken sein müßte, um kritische Aufarbeitung, damit aus Fehlern gelernt werden kann, sondern um grundsätzliche Verdammung.

Diese Strategie erscheint für den Kapitalismus auch nötig. Denn Unzufriedenheit mit den bestehenden Verhältnissen besteht. Symptom dessen ist die immer weiter sinkende Wahlbeteiligung. Wer traut schon noch PolitikerInnen? Und wer ist schon zufrieden mit der eigenen Arbeit? Im Grunde wissen die Leute, welchen Mist sie eigentlich produzieren. Und im Grunde wissen sie auch, daß unsere Wirtschaft darauf angelegt ist, die natürlichen Lebensgrundlagen zu zerstören. Sie haben allerdings keine Vorstellung von irgendwelchen Alternativen. Diese breite Unzufriedenheit für eine Ökologisierung zu nutzen, das muß Ziel der Ökologiebewegung sein. Und das geht nur, wenn sie eine positive Vorstellung einer ökologischen gesellschaftlichen Alternative vermittelt.

Ökologie und Arbeitsplätze

Als Argument gegen ökologische Maßnahmen und Projekte werden immer wieder zwei Argumente ins Feld geführt: „Umweltschutz kostet Arbeitsplätze" und „Umweltschutz ist zu teuer". So werden Kompostierungsanlagen und Solarkraftwerke abgelehnt, weil sie angeblich zu teuer sind – Autobahnen und Panzer aber gebaut, weil das unter anderem Arbeitsplätze schafft.

Mit diesem Paar von Argumenten wird in der (Wirtschafts-)Politik sehr viel gearbeitet. Dabei offenbart wenig es die Verlogenheit herrschender Politik so sehr wie die beliebige Verwendung dieser Argumente:

- Wird ein Projekt befürwortet, so schafft es Arbeitsplätze. GegnerInnen wird von den BefürworterInnen vorgeworfen, Arbeitsplätze zu gefährden.
- Als Gegenargument gilt, es koste zu viel Geld. GegnerInnen des Projektes berufen sich darauf, eine solidere Haushaltspolitik als die BefürworterInnen zu verfolgen, weil sie das Geld nicht so verschleuderten.

Recht haben dabei tatsächlich meist beide: Ein Projekt kostet immer viel Geld, schafft aber gleichzeitig auch Arbeitsplätze. Da nun nicht jedes Projekt finanziert werden kann, muß ausgewählt werden. Die Auswahlkriterien sind dabei offensichtlich politische und sachliche, nicht aber wirtschaftliche. Trotzdem gilt der wirtschaftliche Effekt fast immer als Grundlage der Argumentation, obwohl die Argumente „Kosten" und „Arbeitsplätze" aussagelos sind – sie sind Scheinargumente. Aussagekräf-

tig wäre erst ein Vergleich der jeweiligen Arbeitsplatzintensität pro Investition: Mit Hilfe der Aussage, daß bei einem Projekt pro investierter Million mehr Arbeitsplätze geschaffen werden als bei einem anderen, könnte ein „schafft Arbeitsplätze" oder „kostet zu viel Geld" begründet werden. Das ist aber ein Vergleich, der erstaunlich selten angestellt wird – wahrscheinlich, weil sonst deutlich würde, daß Gründe für oder gegen ein Projekt andere sind als Arbeitsplätze oder Kosten.

Wenn es also möglich ist, Scheineinwänden gegen neue, ökologische Projekte zu begegnen, so ist es schon schwieriger, Einwänden gegen die Stillegung unökologischer Produktionszweige zu begegnen. Schutz aller bestehender Arbeitsplätze bedeutet als Strukturkonservativismus Schutz jeder beliebigen Produktion (von Concordes, Autos, Atomkraft, Panzern etc.) – also keine ökologische Perspektive. Dennoch wird dieser Strukturkonservativismus von Gewerkschaften traditionell massiv betrieben.

Eine solche Politik steht im Widerspruch zum Konzept selektiven Wachstums und Schrumpfens, das bei einer Ökologisierung unabdingbar ist. Nur allmählich setzt sich die Erkenntnis durch, daß nur ökologisch verträgliche Arbeitsplätze auf Dauer sichere Arbeitsplätze sind. Nicht Umweltschutz kostet Arbeitsplätze, sondern unterlassener betrieblicher Umweltschutz und Strukturwandel. Denn früher oder später muß die Umstellung, muß die Ökologisierung doch kommen. Arbeitsplätze können nicht um jeden Preis erhalten werden – für wegfallende Arbeitsplätze muß aber Ersatz geschaffen werden.

Wenn Produktionsstätten stillgelegt werden, dann werden dort gebundene Arbeitskräfte und Investitionsmittel frei und können in anderen Wirtschaftsbereichen wieder neu eingesetzt werden, so daß neue Arbeitsplätze geschaffen werden. Das passiert natürlich nicht von selbst, sondern muß durch aktive staatliche Arbeitsplatzpolitik gewährleistet werden. Das nützt den Betroffenen natürlich erst einmal wenig. Deswegen muß sich eine ökologische Gesellschaft bemühen, Betriebe nicht zu schließen, sondern auf ökologische Produktion umsteigen zu lassen (ökologische Konversion). Ist das nicht möglich oder sinnvoll, so muß sie für die Vermittlung zu anderen Arbeitsplätzen sorgen, zumindest aber gleichbleibende Bezüge gewährleisten.

Wenn es aber wirklich so sein sollte, daß eine Ökologisierung weniger bezahlte Arbeit im formellen Sektor bedeutet, so mündet das in ein Verteilungsproblem der Arbeit. Umweltbewegte sind sich nicht einig, ob eine Ökologisierung gesellschaftlich nun mehr oder weniger Arbeit bedeutet. Bei steigender Produktivität der Arbeit und einem Wachstumsverzicht muß das die Abnahme von bezahlter Arbeit (im formellen Sektor) bedeuten. Dann muß die Arbeit besser verteilt werden, Arbeitszeitverkürzung wird ein Muß. Andere Umweltbewegte wenden ein, die Beschränkung der industriellen Möglichkeiten und die Nicht-Verfügbarkeit bestimmter Rohstoffe müsse zu sinkender Produktivität führen, so daß es eher mehr als weniger Arbeit geben werde. Realistisch ist wohl, daß eine Ökologisierung mittelfristig weniger Arbeit im formellen Sektor bringen wird, mehr Arbeit aber im informellen Sektor. Langfristig kann sich das dann durchaus wieder ändern.

Wie auch immer, die Frage nach den Arbeitsplätzen muß mit einer besseren Verteilung der Arbeit beantwortet werden, egal ob es nun mehr oder weniger bezahlte Arbeit gibt. Wenn die Arbeit gut verteilt wird, dann geht es beim Streit um neue Projekte und Stillegungen also mehr darum, ob das Volkseinkommen steigen oder zugunsten ökologischer Belange sinken soll. Der Konflikt zwischen Umwelt und Arbeitsplätzen mündet dann in einen Konflikt zwischen Umwelt und Volkseinkommen.

Zeit für Utopien!

Heute wollen uns viele Leute glauben machen, die Zeit, Hoffnung haben zu können, sei vorbei. Auch wenn vieles für diesen Pessimismus spricht, mag ich mich ihm dennoch nicht anschließen. Indem ich mich mit Leuten zusammenschließe, die ebenfalls sozialrevolutionäre und ökologische Vorstellungen haben und an die Entwicklungsfähigkeit menschlicher Gesellschaft glauben, kann ich Hoffnung und Kraft schöpfen, die Zustände tatsächlich zu revolutionieren. Ferner gibt es mir die Möglichkeit, trotz alledem Lebensfreude zu entwickeln, ohne zu resignieren und ohne das Elend zu ignorieren. Ohne Hoffnung, Utopie und Lebensfreude müßte ich mir den Strick nehmen. Den will ich aber nicht. ■

Jens DÖRSCHEL studiert Geoökologie in Braunschweig. Er ist Mitglied der Grünen.

Anmerkungen

1 Aussage aus dem ökologischen Manifest einer grünen Strömung, zit. nach Tuckfeld/Müller: Kritik der Theorie eines ökologischen Kapitalismus, Frankfurt 1989, S. 16
2 Joschka Fischer: Der Umbau der Industriegesellschaft, zit. nach Tuckfeld/Müller: Kritik der Theorie eines ökologischen Kapitalismus, Frankfurt 1989
3 Michael Jäger in »Freitag« 4. 12. 1992. S. 4
4 Res Strehle: Kapital und Krise, Berlin 1991, S. 14
5 Frank Beckenbach: Ökologisch-ökonomische Verteilungskonflikte, in: »PROKLA« Nr. 86 Ökologie und Entwicklung, S. 72
6 Volker von Prittwitz: Umweltpolitik als Modernisierungsprozeß, Opladen 1993, S. 207
7 Eckhard Stratmann-Mertens in »Freitag» 6/1993, S. 6
8 Binswanger u.a.: Arbeit ohne Umweltzerstörung, Frankfurt 1988
9 Nach »Süddeutsche Zeitung» 4./5. 4. 1992, S. 2
10 »Freitag« 17/1992.
11 André Gorz: Ökologie und Freiheit. Beiträge zur Wachstumskrise, Reinbek 1980, S. 23
12 »Öko-Test« 12/1992, S. 78
13 Vgl. Wolfgang Hien: Chemiepolitik von unten, in: »Sozialismus« 7/8/1991, S. 46-51
14 »Neues Deutschland« 13./14. 7. 1991

Es grünt so grün...

Von einer alternativen Umweltbewegung zur vierten Parlamentspartei

Thomas SCHMIDINGER

Bereits mit der gemeinsamen Grünkandidatur 1986, als die ALÖ (Alternative Liste Österreichs), BIP (Bürgerinitiative Parlament) und die VGÖ (Vereinigte Grüne Österreich) gemeinsam als „Grüne Alternative" (GA) in den Nationalrat einzogen, wurden Teile der Linken in der ALÖ abgedrängt. Das führte bei den Wiener Landtagswahlen zu einer, ziemlich erfolglosen, linken Grünkandidatur.

Die Einigung mit der reaktionären VGÖ hielt nicht lange. In den Jahren nach dem Bundeskongreß in Klagenfurt (14./15. 2. 1987), als sich Buchner und Konsorten (VGÖ) von den Grünalternativen verabschiedeten und die Partei „Grüne Alternative" gegründet wurde, kam es durchaus noch häufiger vor, daß eine grüne Umweltpolitik in direktem Zusammenhang mit einer völligen Veränderung der wirtschaftlichen, politischen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen gesehen wurde. Menschen, die eine grundsätzliche radikale Veränderung des HERRschenden Systems hin zu kleinräumigen, ökologischen und sozialen Wirtschaftsformen forderten und diese Forderungen auch mit viel Phantasie und Vehemenz vertraten, saßen zu dieser Zeit zum Teil noch in wichtigen Funktionen. Von Herbert Thalhammer, der in der ersten Landtagsperiode für die Alternative Liste im Vorarlberger Landtag saß, einige Beispiele:

In der Budgetrede vom 9. Dezember 1987: „Die Zerstückelung der Arbeit in immer kleinere Arbeitsschritte bedeutet eine Zerstückelung des Menschen", oder über die Verkehrspolitik der Landesregierung: „Wenn sie nämlich die Maßnahmen zur drastischen Einschränkung des Individualverkehrs ablehnen nach dem Motto: Freie Fahrt für freie Bürger, sorgen Sie für andere Zwänge. Für den Zwang, daß Kinder vergiftete Luft einatmen müssen. Für den Zwang, daß die nachfolgende Generation Lawinenschutzbauten errichten muß, um den toten Schutzwald zu ersetzten. Ich erlebe das sehr oft und ich habe oft eine Wut im Bauch, wenn ich mit dem Rad fahre - ich benütze das umweltfreundliche Verkehrsmittel - und ich werde gezwungen die Abgase der Autofahrer einzuatmen...", oder in der Landtagsrede vom 10. Mai 1989: „Die großen Diebe tragen keine lumpigen Kleider. Die großen Diebe tragen heute Anzüge, sie befinden sich selber in hohen gesellschaftlichen Positionen und klauen anderen Leben. Die großen Diebe leben davon, daß andere auf wesentliches von dem, was Leben heißt, verzichten müssen. Sie verstümmeln Menschen, schneiden ihnen jene Zweige ab, der Fantasie, der Kreativität, der Identität, die das menschliche Leben lebenswert machen."

Solche Landtagsreden von grünalternativen Abgeordneten waren damals noch möglich.

Nach und nach wurde jedoch immer mehr Professionalisierung gefordert. Je mediengerechter die Partei wurde, je weniger sie aneckte und je weniger sie unpopuläre Forderungen stellte, desto mehr verlor sie auch an inhaltlichem Profil. Nicht nur sozial- und gesellschaftspolitische Forderungen wurden immer mehr verwässert, sondern auch in der Umweltpolitik wurde die Partei immer gemäßigter. Dieser „Normalisierungsprozeß" der Partei fand seine Besiegelung beim 8. Bundeskongreß der Grünen Alternative 1992 in Bad Gleichenberg, als aus der parlamentarischen Vertretung der Bürgerinitiativen, Umweltgruppen und sozialen Bewegungen, die vierte Parlamentspartei wurde. Mit der Wahl von Peter Pilz zum Bundessprecher bekam die Partei auch einen innerparteilich sehr umstrittenen „Parteichef". Seither sind programmatische Inhalte immer mehr hinter Show- und Machtpolitik des selbsternannten „Strategischen Zentrums" um Peter Pilz gewichen.

Geheimverhandlungen zwischen Grünen und VGÖ

Im Herbst 1993 begannen einige Leute der grünen Parteiführung mit einer gemeinsamen Kandidatur mit Buchners VGÖ zu liebäugeln. Bereits damals war bekannt, daß diese Partei, zwar umweltpolitisch den Grünen nahesteht, aber in allen anderen politischen Bereichen völlig konträre Ansichten hat.

Von Anfang an war auch bekannt, daß sich die VGÖ ausdrücklich auf den österreichischen Verhaltensforscher Konrad Lorenz beruft, der immer am äußerst rechten Rand des grünen Spektrums beheimatet war. Früher war Konrad Lorenz offener Unterstützer der Nazis und entfernte sich später zwar von gewissen offensichtlich nationalsozialistischen Ansichten, die Grundtendenz seiner Geisteshaltung blieb jedoch gleich. Sein Biologismus, den er nie ablegte, vertrug sich vorzüglich mit der NS-Rassenlehre. 1940 schrieb Konrad Lorenz in „Der Biologe": „Ob wir das Schicksal der Dinosaurier erleiden, oder ob wir uns zu einer ungeahnten, unserer heutigen Gehirn-Organisation gar nicht erfaßbaren Höherentwicklung emporschwingen, ist ausschließlich eine Frage der biologischen Durchschlagskraft und des Lebenswillens unseres Volkes. Im Besonderen hängt gegenwärtig die große Entscheidung wohl von der Frage ab, ob wir bestimmte, durch Mangel einer natürlichen Auslese entstehende Verfallserscheinungen an Volk und Menschheit rechtzeitig bekämpfen lernen oder nicht. Gerade in diesem Rennen um Sein oder Nichtsein sind wir Deutschen allen annderen Kulturvölkern um tausend Schritte voraus." Nicht umsonst liefert auch heute noch der Konrad Lorenz Schüler I. Eibl-Eibesfeldt immer wieder „wissenschaftliche" Argumente für die Europäischen Rechten. Unter anderem berufen sich auch „Umvolker"

und „völkische Begehrer“ auf Eibl-Eibesfeldt.

Große Teile der VGÖ hatten nicht nur diesen ideologischen Hintergrund, sondern betrieben auch tatsächlich eine Politik, die zumindest in vielen Ansätzen mit jener ökofaschistischer Parteien in Deutschland (z. B. ÖDP oder „Unabhängige Ökologen Deutschlands“) vergleichbar ist. Es gab aber im Herbst 1993 noch einen demokratischen Flügel in der VGÖ, der sich um Georg Willi aus Tirol formierte. Allerdings waren auch schon vor den Verhandlungen der GA mit der VGÖ, Kontakte der VGÖ zur FPÖ bekannt. Ich selbst warnte im »Vorlaut«, der Zeitschrift der Grünalternativen Jugend, bereits im September vor der VGÖ und schnitt in einem Artikel das Naheverhältnis der VGÖ zur FPÖ an.

Trotz all dieser längst bekannten Tatsachen führte das „Strategische Zentrum“ im Herbst 1993 Geheimverhandlungen mit der VGÖ. Diese Verhandlungen waren so geheim, daß nicht einmal AktivistInnen der Grünen informiert wurden, sogar Mitglieder der Landesvorstände wurden vielfach nicht informiert. Erst über die Medien erfuhren die vielen einfachen AktivistInnen und viele „Insider“ über die Einigung zwischen GA-Spitze und VGÖ. Umso größer war die Verstimmung bei jenen Grünen, die von Anfang an gegen eine gemeinsame Kandidatur mit der sehr weit rechts stehenden VGÖ waren.

Wenige Tage später zeigten sich Peter Pilz und Co., die über das Naheverhältnis der VGÖ zu rechten Gruppierungen auch schon vorher informiert sein mußten, total bestürzt über die Tatsache, daß die VGÖ mit der FPÖ über eine gemeinsame Kandidatur verhandelt habe. Außerdem wurde auch bekannt, daß die Kärntner VGÖ dem Vorarlberger Neonazi und Herausgeber der Zeitschrift »Sieg«, Walter Ochensberger, Spenden zukommen ließ. Nachdem diese Kontakte der VGÖ zum rechtsextremen Lager an eine breite Öffentlichkeit gelangten, wurde die Einigung mit der VGÖ wieder fallen gelassen.

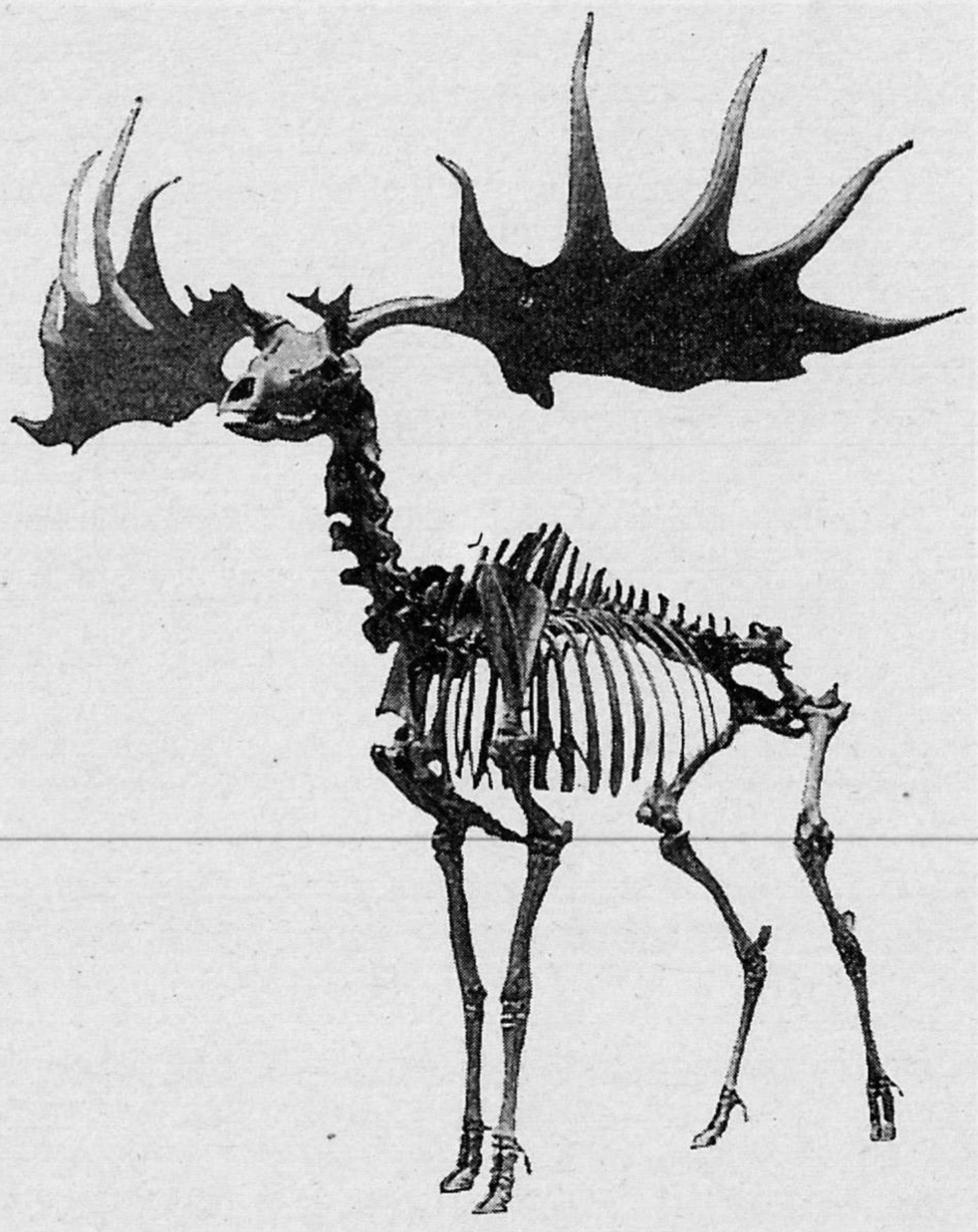
In weiterer Folge spaltete sich die VGÖ: der demokratische Teil um Georg Willi ging zu den Grünen, während sich nun um Josef Buchner ein Kern rechtskonservativer, nationalistischer und ökofaschistischer Umweltschützer sammelte, der weiterhin unter der Flagge der VGÖ segelte. Ob es die völlig zerstrittene VGÖ nach dem Rücktritt Josef Buchners in dieser Form noch weiter geben wird ist noch nicht absehbar, die rechtsökologischen und ökofaschistischen Kräfte werden aber auch in Zukunft wieder genug Betätigungsfelder finden.

Das „Wirtschaftsprogramm“

Die jüngste „Errungenschaft“ im Rechtsruck der Grünen ist ihr Wirtschaftsprogramm, das Ende 1993 als Broschüre „ARBEIT DURCH UMWELT – Das Grüne Investitionsprogramm“ erschien.* Diese Broschüre, die von der Grübi (Grüne Bildungswerkstatt) und einem Teil des Parlamentsclubs herausgebracht wurde, beansprucht zwar ein Grünes Programm zu sein und wurde auch als solches der Presse präsentiert. Es wurde aber nie vom Bundeskongreß beschlossen; es stellt also eigentlich nur die Privatmeinung einiger grüner SpitzenfunktionärInnen dar. Allein diese Vorgangsweise mutet etwas seltsam an, wenn man die Tatsache betrachtet, daß gerade die Grünen immer mit dem Anspruch an die Öffentlichkeit getreten sind, basisdemokratisch zu handeln und innerparteiliche Demokratie walten zu lassen.

Das Programm als solches „vergißt“ aber nicht nur auf jegliche grundsätzliche Systemkritik am kapitalistischen Wirtschaftssystem, sondern verzichtet auch auf wichtige umweltpolitische Forderungen (z. B. die fehlende Kritik an der Zwangsmobilität). Außerdem wird der unmoralischste Wirtschaftszweig Österreichs, die Waffenindustrie, überhaupt nicht angeschnitten. In einem Programm, das in der Öffentlichkeit groß als Wirtschaftsprogramm präsentiert wurde, hätte dieses Thema zumindest angeschnitten werden müssen.

Einige besonders extreme Anbiederungen an die Industriellenvereinigung oder an die Bundeswirtschaftskammer stellen folgende Textpassagen dar:



Im Kapitel 1 „Die Chancen der Krise“

„Nun, fünf Jahre, nachdem die Grünen ihre Ideen erstmals konkretisierten, beginnt auch die Industrie die Seiten zu wechseln. Ihre Sprecher wissen, daß die große Reform kommen muß.“

Wo sehen die Schreiberlinge dieser Broschüre, daß die Industrie beginnt, die Seiten zu wechseln? Der Ökoschmäh, der eine durchaus willkommene neue Werbelinie darstellt, ist doch noch kein „Seitenwechsel“. Das internationale Großkapital verhält sich aggressiver denn je. Weltweit bilden sich zentralistische Strukturen, egal ob diese nun EU oder NAFTA heißen. Mensch und Umwelt werden mehr denn je ausgebeutet. Es ist eine Illusion zu glauben, daß die internationalen Konzerne ihre umwelt- und menschenverachtenden Produktionsweisen beenden, weil ihre Sprecher wissen, daß es zu einer Reform kommen muß. Dazu müssen sie schon von unten gezwungen werden. Ähnliches gilt für folgende Stelle, die wohl nur dazu dienen kann, sich bei der Industriellenvereinigung einzuschmeicheln:

* Sie ist gratis bei der Grünen Bildungswerkstatt (Lindengasse 40, 1070 Wien) erhältlich.

„Die Wirtschaft will rechnen, und deshalb muß die Politik berechenbar werden. Überall brechen also die Fronten auf, nur im noblen Stadtpalais in der Wiener Himmelpfortgasse will man von der grünen Wirtschaftspolitik nichts wissen. Der Finanzminister blockt ab. Nur er und seine SPÖ sagen heute noch kategorisch ‚Nein' zum ökologischen Umbau der Wirtschaft."

Natürlich gibt es heute kleine Unternehmer, bei denen schon viel mehr an ökologischem Bewußtsein vorhanden ist als noch vor einigen Jahren. Diese wenigen positiven Fälle dürfen aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß die wirklich Mächtigen im kapitalistischen Weltwirtschaftssystem, nichts von einem ökologischen Wirtschaften wissen wollen. Nicht die SPÖ ist das Haupthindernis auf dem Weg zu einem ökologischen Wirtschaftssystem, sondern jene Wirtschaftskreise, die unsere Bundesregierung bereits längst unter Kontrolle haben.

Im selben Kapitel wird eine ökologische Steuerreform gefordert. Ausgezeichnet! Allerdings wird dabei nur davon gesprochen, statt Arbeit in Zukunft Energie zu besteuern. Daß jedoch auch weiterhin, sogar in verstärktem Ausmaß, Kapital besteuert werden soll wird einfach „übersehen".

Der krönende Abschluß des ersten Kapitels stellt der dick herausgestrichene Satz dar: „Zu unseren Vorschlägen kann niemand ‚Nein' sagen, außer, es geht ums pure Neinsagen." Dies ist wohl der Gipfel an Opportunismus. Die Grünen wollen es jetzt also allen recht machen, auch der Industriellenvereinigung, den internationalen Konzernen... Es geht aber vielmehr darum, einen Standpunkt zu beziehen, denn: Allen Menschen recht getan, ist eine Kunst die niemand kann!

Im Kapitel 2 „Das Grüne Konzept: Energie und Verkehr"

„Umweltschutz, das heißt nicht: Alle Autos verbieten, alle Fabriken stillegen, alle Kraftwerke abschalten. Ganz im Gegenteil: Zum Erhalt einer lebenswerten Umwelt braucht es gewaltige Anstrengungen der heimischen Wirtschaft. Damit wir auch in Zukunft durch gesunde Wälder wandern können, brauchen wir innovative, modern denkende Unternehmer und natürlich auch viele Arbeitskräfte."

Die Grünen brauchen sie jetzt auch schon, die Yuppies – jung, dynamisch, erfolgreich, innovativ... Die ArbeiterInnen hingegen sind keine Menschen, sondern nur Arbeitskräfte.

Im Kapitel 3 „Grüne Investitionen - wo?"

„Mobilität ist ein hoher Wert und unabdingbar notwendig. Niemand will die Mobilität des einzelnen einschränken, ganz im Gegenteil. Wir Grünen glauben allerdings, daß Mobilität nicht nur Auto-Mobilität bedeuten darf."

Es ist richtig, daß niemand in seiner Bewegungsfreiheit eingeschränkt werden darf, allerdings wird hier völlig vergessen, daß ein Großteil der sogenannten „Mobilität" Zwangsmobilität darstellt. Durch die zunehmende Zentralisierung der Wirtschaft werden Menschen gezwungen, kilometerweit zum Arbeitsplatz, zum Einkaufen zu fahren, ohne daß sie das wollen. Wären Arbeitsplatz, Wohnraum, Geschäft(e) und Erholungsraum nicht so weit voneinander getrennt, könnten die meisten Fahrten eingespart werden und außerdem würden Nerven, Zeit und Energie gespart. Es geht also nicht nur darum, die Mobilität vom Auto auf andere Verkehrsmittel zu verlagern, sondern die Zwangsmobilität überhaupt abzubauen. Eine Abkehr von dieser Forderung, nach Einschränkung der Zwangsmobilität, stellt eine massive Verwässerung umweltpolitischer Inhalte dar.

Im Kapitel 5 „Das kann doch alles nicht funktionieren!"

„Ihre Umstrukturierung [die der Industrie] ist unbedingt erforderlich, nicht nur aus Umweltgründen, sondern eben deshalb, um sie auf den höchstmöglichen Standard zu bringen und somit international wieder konkurrenzfähig zu machen."

Konkurrenzkampf und internationale Wirtschaftsverflechtung, die letztlich hauptsächlich die Ausbeutung der „Dritten Welt" bedeutet, scheinen auch bei den Grünen nichts verwerfliches zu sein. Wo ist das soziale Gewissen der Grünen geblieben?

In einem weiteren Abschnitt dieses Kapitels wird unter der Unterüberschrift „Längst besteht kein direkter Zusammenhang mehr zwischen dem Verbrauch von Energie und dem Wachstum des Bruttoinlandsproduktes" Wirtschaftswachstum als etwas Positives dargestellt. Wachstumskritik ist also auch bei den Grünen nicht mehr erwünscht. Bisher hieß ein mehr an Wirtschaftswachstum eben nun einmal auch ein mehr an Rohstoffverbrauch, mehr Ausbeutung der sogenannten „Dritten Welt"...

Das Positive am Wachstum des Bruttoinlandsproduktes kann ich einfach nicht sehen, da das BIP kein Maßstab für das Wohlbefinden der Menschen ist, sondern eine abstrakte Zahl, die eher auf die Gewinne der großen Unternehmer hindeutet denn auf die Lebensqualität der Menschen. Ein Beispiel: Die gesamte unbezahlte Arbeit ehrenamtlicher Tätigkeiten, ohne die unsere Gesellschaft gar nicht mehr funktionieren würde, ist im BIP nicht einberechnet. Auch die Hausarbeit oder die Arbeit mit Kindern ist nicht einberechnet. Der brasilianische Ökologe und Träger des Alternativen Nobelpreises Jose Lutzenberger bringt in seinen Vorträgen ein anschauliches Beispiel für die Nutzlosigkeit des Bruttoinlandsproduktes zur Messung des Wohlbefindens der Bevölkerung: „Stellen Sie sich zwei Mütter vor, die je ein Kind erziehen. Ihre Arbeit findet keinen Niederschlag im BIP. Wenn nun aber jede der beiden Mütter ihr Kind der jeweils anderen gibt und dieser 7.000 Schilling dafür gibt – es genügt da schon eine Banktransaktion um das Geld zu tauschen, die beiden Mütter müssen das Geld nie sehen – dann steigert sich das Bruttoinlandsprodukt um 14.000 Schilling, und die Kinder sind höchstwahrscheinlich sogar unglücklich, da sie bei der falschen Mutter sind."

Ein weiteres in seinen Vorträgen verwendetes Beispiel ist jenes:

„Ein hoher Anteil des BIP von Norwegen kommt nur aufgrund der widrigen klimatischen Bedingungen in Norwegen zustande. Häuser müssen stabil gebaut und gut isoliert werden. Warme Kleidung muß ebenso gekauft werden, wie massenweise Brennmaterial für den Winter. Sind die Norweger jetzt glücklicher, weil sie, aufgrund ihres kalten Klimas, ein höheres BIP haben? In Brasilien könnten wir in Hütten leben und das ganze Jahr nackt herumlaufen."

Sogar in Schulbüchern für Wirtschaftskunde (Kranich, Schachner & Co.: Wirtschaftliche Bildung, Rechtskunde und Staatsbürgerkunde) wird heute schon zugegeben, daß unge-

hemmtes Wirtschaftswachstum auch zu einem mehr an Umweltbelastung führt: „Mit dem jährlichen Zuwachs an Güterproduktion ist jedoch zwangsläufig ein lineares überproportionales Wachstum der Umweltbelastung durch Abfallstoffe gegeben."

Die Kritik an der kapitalistischen Wachstumsideologie war immer eine der zentralsten Punkte grüner Identität. Ohne Kritik am Wirtschaftswachstum kann wirkungsvolle Umweltpolitik unmöglich stattfinden. Soll diese nun über Bord geworfen werden?

Abgerundet wird das grüne Investitionsprogramm durch eine ganzseitige Anzeige der ÖMV (Österreichische Mineralölverwaltung).

Wo stehen die Grünen heute?

Der oben beschriebene Weg der Grünen zu einer Partei, die sich nur noch um Realpolitik kümmert, aber all ihre Träume und Utopien aufgibt, scheint weiterzugehen. Allerdings ist der Weg, den die Parteispitze um Peter Pilz geht, nicht unbedingt der, den die ganze Partei mitgeht. Auch wenn sich ihre Reihen schon ziemlich stark gelichtet haben, so gibt es immer noch jede Menge Utopisten und Linke bei der GA und in deren Peripherie. Sollte es überhaupt möglich sein, Meinungen nach einem bestimmten Schema einzuteilen, so können wir heute grob drei verschiedene große Strömungen unterscheiden:

1. Jene Grüne, die jeden Anspruch auf eine grundlegende Gesellschaftsveränderung aufgegeben haben. Sie streben eine Art grünen Kapitalismus an und sind auch in umweltpolitischen Fragen übertrieben kompromißbereit. Hauptziel dieser Grünen ist es nicht mehr alternative Ideen zu verbreiten und eine Basisbewegung aufzubauen, sondern bei der nächsten Wahl möglichst viele Stimmen zu gewinnen.

Ein Teil dieser Grünen ist auch in Geschäfte involviert, die in direktem Widerspruch zu alternativem oder linkem Gedankengut stehen. Etwa die Wiener Immobilienhaie Pius Strobl und Günter Kerbler von der Conwert-AG, die von Herbert Brunner etwas pointiert als „grüne Androsch-Clique" bezeichnet wurde, sind aufgrund ihrer Immobiliengeschäfte nicht nur daran beteiligt, mit einem Grundrecht der Menschen eiskalte Geschäfte zu machen, sondern sie sind zum Beispiel beim Wiener Kulturzentrum „7stern" in direkten Interessenskonflikt mit linken und alternativen KünstlerInnen, Jugendlichen und anderen BesucherInnen des Kulturzentrums gekommen und das alles, um noch höhere Gewinne zu erzielen.

2. Jene Grüne, die sich zumeist sehr stark um umweltpolitische Themen kümmern, die der Meinung sind, daß eine Veränderung des politischen und wirtschaftlichen Systems zwar notwendig ist, aber bestenfalls mit einer Politik der kleinen Schritte möglich ist. Deshalb sind auch sie weitgehend pragmatische RealpolitikerInnen. Sie sind sich allerdings bewußt, daß langfristig die von ihnen geforderten Reformen und Reförmchen zu einer großen Veränderung führen sollen.

3. Die „Alternativen" und „Linken", die hauptsächlich für eine Revolutionierung des politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Systems eintreten. Keiner hat etwas dagegen, wenn gute Reformen kommen, aber dies ist nicht der Weg der letztendlich zur Zerschlagung dieses kapitalistischen Weltwirtschaftssystems und zur Schaffung neuer humaner und ökologischer Gesellschaftsformen führen kann. Aus diesem Grund richtet sich das Hauptaugenmerk vieler linker Grüner auf die Bewußtseinsbildung der Menschen innerhalb oder außerhalb der GA und weniger auf das Erreichen von Machtpositionen.

Es gibt verschiedenste Ansätze bei den Grünen und es läßt sich nicht mit Sicherheit sagen, welcher sich letzten Endes durchsetzen wird, oder ob sie auf Dauer nebeneinander existieren können. Bisher deutete allerdings alles in die Richtung, daß die VerfechterInnen eines grünen Kapitalismus stärker und stärker werden und die Stärke der Linken im selben Ausmaß schrumpft.

Wohin soll ich mich wenden?

Angesichts des Rechtsruckes und der Verwässerung von wichtigen umweltpolitischen Forderungen, Angesichts des Verlustes an Utopien und Kreativität bei den Grünen, stellen sich viele linke Grüne diese Frage. Sie ist auch für mich, da ich nicht gerade ein glänzender Taktiker und Stratege bin, alles andere als einfach zu beantworten.

Viele Linke und Alternative haben die grüne Partei schon mehr oder weniger frustriert verlassen, allerdings haben sich nur wenige von ihnen danach auch außerhalb der Grünen engagiert. Nur allzuviele haben sich enttäuscht zurückgezogen und sind in die innere Emigration gegangen. Andere, wie ich, kämpfen immer noch innerhalb der Grünen weiter für eine radikale ökologische und soziale Gesellschaftsveränderung und versuchen der grünen Bewegung wieder Utopien und Inhalte zu vermitteln.

In Deutschland, wo der Anpassungsprozeß der Grünen an das HERRschende System schon viel weiter gediehen ist als in Österreich, haben sich die ÖkosozialistInnen und ökologischen Linken von der Partei verabschiedet und versuchen neue Parteien aufzubauen. Allerdings blieb auch der relativ erfolgversprechendste Versuch der prominenten Ex-Grünen Jutta Ditfurth, eine „Ökologische Linke" (ÖKOLI) aufzubauen, in den Kinderschuhen stecken. Die ÖKOLI ist nie über einen kleinen, intellektuellen und sehr elitären Kreis hinausgekommen und hat es nie geschafft, eine breitere Schicht der Bevölkerung anzusprechen.

Auch Gruppierungen, die von Anfang an weiter links als die Grünen standen, können den Alternativen nur in wenigen europäischen Ländern eine neue Heimat bieten. In vielen Staaten – so auch in Österreich – sind alle anderen linken, kommunistischen, alternativen Parteien nur von äußerst geringer Stärke und haben so für die meisten Menschen eher marginale Bedeutung und außerdem ist es bei vielen traditionellen linken Gruppierungen nicht immer bestens um ökologische Inhalte bestellt.

Es bleibt die Alternative, sich doch noch in Grünparteien zu engagieren, zu versuchen eine Kursänderung herbeizuführen und, wenn es sein muß, zum gegebenen Zeitpunkt eine neue linke und alternative Gruppierung mit ausreichender Basis zu schaffen, oder aber einen guten Teil seines Engagements auf die außerparlamentarische Ebene zu verlegen. Die Mitarbeit bei Bürgerinitiativen, Zeitungsprojekten, freien Radios, der Kampf für oder gegen bestimmte Projekte, kann auch ohne offizielle Parteien geführt werden und ist heute wichtiger denn je; damit können wir unter Umständen mehr Leute erreichen als wir zu glauben meinen. Und schließlich und endlich: „Ewig kann's nicht Winter sein!" ■

Thomas SCHMIDINGER ist Mitglied der Grünen Alternative. Er lebt in Vorarlberg.

Alles Öko?

Positionen der ökologischen Linken*

Peter BIERL

Bis in die siebziger Jahre war Ökologie ein beschauliches Teilgebiet der Biologie. Dann entstand eine Bewegung mit hunderttausenden von AktivistInnen und SympathisantInnen.

1972 wurde der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) gegründet, im Kampf gegen das Atomkraftwerk im badischen Whyl begann 1973 die überregionale Vernetzung der Anti-AKW-Bewegung. Der Club of Rome veröffentlichte seinen aufsehenerregenden Bericht über „Die Grenzen des Wachstums". Die neue Umweltbewegung war bunt gemischt, reichte politisch von links bis rechts, umfaßte neben der politischen Aktion auch die Suche nach alternativen Lebensformen, den Rückzug in Kommune-Projekte und Esoterik. Aus der Wissenschaft Ökologie wurde ein politisches Bekenntnis, eine Weltanschauung.

Ökologie als Weltanschauung

In der Vorstellungswelt vieler Umweltbewegter und in einigen theoretischen Beiträgen übernahm der Begriff Ökologie den Platz des älteren philosophischen Begriffs Natur. Dieser umfaßte in der Ideengeschichte immer auch die Frage nach dem Sinn und dem Wesen des Daseins, nach Entstehung und Entwicklung der Welt. Banaler ausgedrückt: War von Ökologie die Rede, bekamen manche einen verklärten Blick. Assoziiert wurden Harmonie mit sich und der Welt, die Lösung für aller Widersprüche und Zerrissenheiten, einfache, überschaubare vor allem „natürliche" Verhältnisse. Ähnliches Verzücken erweckten Begriffungetüme wie „ökologisches Bewußtsein", „Kreislaufwirtschaft" etc. Im Verbund mit den realen ökologischen Zerstörungen und einer starken Umweltbewegung trug diese schwammige inhaltliche Bestimmung zur Popularität von „Öko" bei.

Kein Supermarkt ohne Müsliecke, keine Werbung ohne das Prädikat „umweltfreundlich". Für das Marketing von Waren und PolitikerInnen sind „Öko" und „Bio" heutzutage unverzichtbar. Umweltschutz ist in der Bundesrepublik quasi Staatsziel, in einigen Länderverfassungen ausdrücklich deklariert. Die Entwicklung und den Ausbau von Atomenergie, Raumfahrt und Gentechnologie im Interesse der Kapitalverwertung treiben die bürgerlichen Parteien unter dem Stichwort „ökologische Modernisierung" voran. Wenn es um die Sicherung des „Standorts Deutschland" vor der Weltmarktkonkurrenz geht, stehen auch die Grünen nicht abseits: Sie wollen Japaner und Amerikaner mit modernster Umwelttechnologie schlagen. Deutschland müsse zur *„führenden Solarenergienation"* werden, fordert etwa Joschka Fischer.

Abgesehen von diesem Brimborium, welches die real fortschreitende Zerstörung verschleiern soll, sind die handfesten Erfolge der Ökologiebewegung eher bescheiden: Emsiges Sammeln und Trennen von Müll läßt sich mit deutschen Sekundärtugenden wie Sauberkeit und Ordnung prima vereinbaren. Im Anschluß an dieses alternative Winterhilfswerk wird der Dreck verbrannt oder nach Osteuropa bzw. in den Trikont (sogenannte Dritte-Welt-Länder) gebracht. Deutschland ist Müllexportweltmeister. Radwege, Verkehrsberuhigung und Autokatalysatoren können die mörderischen Folgen des Autoverkehrs keineswegs bremsen. Durch Autounfälle starben 1993 rund 9.900 Menschen auf bundesdeutschen Straßen, über 500.000 Menschen wurden verletzt, dazu kommen weitere Opfer durch Lärm und Luftvergiftung. Räder müssen rollen für den Profit: Anstatt das Eisenbahnnetz der DDR, das dichteste Europas, zu sanieren, werden weitere Autobahnen planiert. Autofreie Städte, Straßenbahnnetze statt U-Bahnen gegen eine Mafia aus Kommunalpolitik, Grundstückspekulanten, Bau- und Autoindustrie durchzusetzen, käme einer Revolution gleich. Wird in den Schienenverkehr investiert, dann in superschnelle und superteuere Züge wie den ICE (Intercity-Expreß). Es gibt Planungen, die großen europäischen Städte mit Zügen zu verbinden, die mit 500 Stundenkilometern dahinrasen. Die dafür notwendigen Trassen zerstören die Landschaft ebenso wie Autobahnen. Und diese Business-Class-Züge sind einerseits für die meisten Menschen unbezahlbar und überflüssig, andererseits werden die regionalen und Nahverkehrsverbindungen weiter ausgedünnt weil High-Tech-Züge ebenso kapitalintensiv sind wie Autobahnen. Abgehängt werden durch eine solche Verkehrspolitik auf der Ebene der Europäischen Union (EU) die Gebiete zwischen den Boom-Zentren, was wiederum der sozialen Verelendung ganzer Landstriche entspricht.

Die Bilanz nach fast 25 Jahren Ökologiebewegung in der Bundesrepublik ist ernüchternd. Lediglich der Anti-AKW-Bewegung gelang es mit Phantasie und Militanz in den siebziger Jahren zwei Drittel des geplanten Atomprogramms (rund 90 Atomkraftwerke) zu verhindern. Mit dem neuen Atomforschungsreaktor in München-Garching und dem anvisierten Prototyp eines europäischen Druckwasser-Reaktors in der Nähe des nordbayerischen Bamberg versucht die Atomindustrie, allen voran der Siemens-Konzern, eine zweite Offensive. Vorbereitet wird auch der Einstieg in eine neue Form der Atomenergie, die Atomfusion. Diese ist keineswegs eine „saubere Alternative", im Gegenteil: Experten gehen davon aus, daß bei einem Fusions-Reaktor doppelt soviel radioaktiver Müll entsteht wie bei heutigen Atomspaltungs-Reaktoren, außerdem würde ein Fusions-Reaktor permanent radioaktives Tritium abgeben. Mit Milliarden-Beträgen finanzieren die EU und ihre Mitglieds-

---

* Linke Öko-Partei um Jutta Ditfurth in der BRD

staaten nicht nur die Atomenergie, sondern subventionieren auch die Entwicklung der Gentechnologie. Die Konzerne, vor allem der Chemieriese Hoechst AG, haben mit einer ganzen Reihe von Freisetzungen genmanipulierter Pflanzen und der Patentierung der „Krebsmaus" weitere juristische und „Akzeptanz"-Fortschritte erzielt.

„Ökologische Modernisierung" forciert durch die EU

Die sogenannte „ökologische Modernisierung" bedeutet für die Zentren des Kapitalismus neue Zerstörungs- und Vergiftungsformen entsprechend dem Stand der technologischen Entwicklung: Vermutlich weniger die sinnlich wahrnehmbaren schmutzigen Gifte wie Metallstäube, Ruß oder Schwefelgas, es bleiben unsichtbare Dioxine, chlorierte Kohlenwasserstoffe, radioaktive Niedrigstrahlung aus Atomanlagen und zunehmend durch Mobil-Telefonnetze und Computer der Elektrosmog.

Wie die Nationalstaaten im 19. Jahrhundert ist die EU die staatlich-politische Instanz, die dem gegenwärtigen Entwicklungsstand des Kapitalismus entspricht, bei ungeheuerer Konzentration, hohem Aufwand für Forschung, Entwicklung und Herstellung von Produkten sowie verschärfter Konkurrenz auf dem Weltmarkt. Die EU organisiert als bürokratische Diktatur die Deregulierung von Arbeitsverhältnissen, soziale Verelendung, ökologische Zerstörung und eine eurochauvinistisch begründete Abschottung gegenüber Flüchtlingen aus dem Trikont und Osteuropa. Sie steht gegen emanzipatorische Bewegungen, soziale Befreiung und ein selbstbestimmtes Leben. Die Kritik der Ökologischen Linken an der EU ist deshalb antikapitalistisch und antistaatlich begründet, während die Grünen und die PDS ihre Pro-EU-Haltung hinter einem „Nein zu Maastricht" verstecken.

Flankiert wird dieser Prozeß durch die staats- und kapitalkonforme Haltung der Umweltverbände und der Grünen. Deren Regierungsbeteiligungen fördern Projekte, die einst heftig abgelehnt wurden: Müllverbrennungsanlagen in Hessen, in München oder Nürnberg. Die Teststrecke von Daimler-Benz konnte im CDU-geführten Baden-Württemberg nicht gebaut werden, kaum war Rosa-Grün in Niedersachsen installiert, disponierte der Konzern um nach Papenburg. In Frankfurt bemühen sich Grüne um neue Hochhaustürme in der City, verwalten den Flughafen mit und wollen *„den Haushalt unternehmerisch gestalten"*, sprich sparen auf Kosten jener, die immer mehr verarmen. Korrumpiert sind nicht nur die Grünen, die etablierten Umweltverbände lassen sich von Konzernen „ökosponsern" und halten dafür mit Kritik zurück. So wurde etwa der „Deutsche Umwelttag" 1992 vom Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI), vom Verband der Chemischen Industrie (VCI), der Flughafen-Frankfurt/M.-AG, der Autolobby vom ADAC sowie dem Pharmakonzern Merck finanziert. Im Gegenzug lobten die Vertreter von Bund Umwelt- und Naturschutz (BUND), Deutschem Naturschutzring (DNR) und Naturschutzbund im vorbereitenden Nationalen Komitee für die Umweltkonferenz in Rio im Februar 1992 die BRD für ihre umweltpolitischen Anstrengungen, statt die Rolle deutscher Banken und Konzerne bei ökologischen Zerstörungen weltweit zu kritisieren.

Ökologische Marktwirtschaft und Ökofaschismus

Existierte in den siebziger und achtziger Jahren eine wenngleich oft vage Vorstellung über den Zusammenhang von Ausbeutung, ökologischer Zerstörung und kapitalistischer Produktionsweise, so bemühen sich heute große Teile der Ökologiebewegung um eine „ökologische Marktwirtschaft". Marx ist out, der Kapitalismus hat sich – vorerst – weltweit durchgesetzt. Vor allem ideologisch, in den Köpfen der Menschen, scheint es keine Alternative zu geben. So phantasieren etwa BUND und der Bund Junger Unternehmer (BJU) in einem gemeinsamen Papier, daß *„genauso wie einst die Soziale Marktwirtschaft die Überwindung der Ausbeutung des Menschen brachte, die ökologisch orientierte soziale Marktwirtschaft die Überwindung der Ausbeutung der Natur bewirken kann"*. Die Vision heißt *„Streben nach der Verwirklichung individueller Freiheit für den verantwortungsbewußt handelnden Bürger und einer fairen Verteilung des knappen Gutes Umwelt"*. Konkret vorgeschlagen werden Zertifikate, die zur Ausbeutung einer bestimmten Menge von Rohstoffen sowie zur Schadstoffemission berechtigen. Ein Beispiel aus dem Verkehrsbereich: *„Elektronische Fahrtenschreiber in allen Fahrzeugen und ein anonymisiertes Abrechnungsverfahren würden es ermöglichen, durch unterschiedliche Preishöhen zu festgelegten Zeiten und auf ausgewählten Straßen..."* – den Individualverkehr und den Profit von Daimler-Benz, BMW & Co. zu retten und die Staus zu regulieren[1]. Mitgearbeitet an dem Papier haben Mitglieder der rechtsgerichteten Ökologisch-Demokratischen Partei (ÖDP). Diese Partei will, wie ihre offen ökofaschistische Abspaltung, die „Unabhängigen Ökologen Deutschlands", den *„Vater der sozialen Marktwirtschaft"*, Ludwig Erhard (CDU), aus den Fängen der etablierten Parteien befreien. In dem Papier von BUND und BJU wird das Bevölkerungswachstum als erste und entscheidende Ursache ökologischer Zerstörungen genannt. Diese grüne Variante rassistischer Überflutungsphantasien und „Das-Boot-ist-voll"-Metaphorik gehört zum Stan-dardrepertoire des Ökofaschismus.

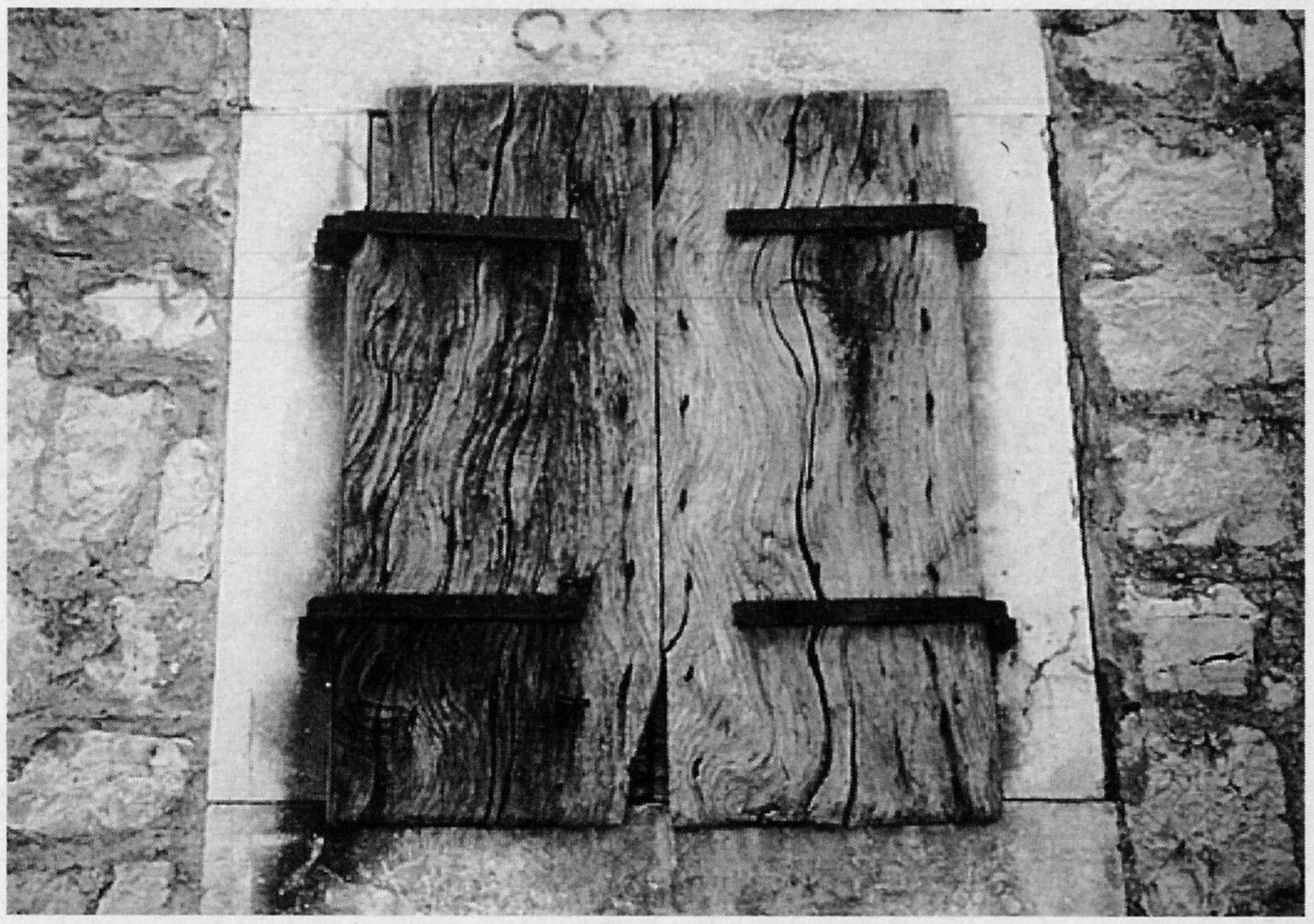
Das Einschwenken auf die Logik des Kapitals und der wachsende Einfluß rechter Gruppen in der Ökologiebewegung hat eine Reihe von Ursachen: Politische Niederlagen und massive staatliche Repression, die manche entmutigt, aber auch das schleichende Arrangement mit den herrschenden Verhältnissen. Jede Menge ideologische Anknüpfungspunkte für ökofaschistische Gruppen bzw. die sogenannte „Neue Rechte" liefert das diffuse Verständnis von Ökologie sowie esoterische Strömungen.

Ökofaschismus und rassistischer Konsens in der Bundesrepublik – Grenzen dicht für ImmigrantInnen und Flüchtlinge – verstärken sich wechselseitig. Dank allgemeiner Rechtsverschiebung werden bestimmte Argumentationslinien und Begriffe heute nicht mehr als rassistisch wahrgenommen und bekämpft. Innerhalb der Ökologiebewegung wächst der Einfluß rechter Gruppen, etwa aus der New-Age-Szene oder der AnhängerInnen der sozialdarwinistischen Zinsknechtschafts-Theorie Silvio Gesells, wieder. Der Vorsitzende des BUND, Hubert Weinzierl, meint: *„Nur wenn die Eindämmung des Überbevölkerungsstromes gewährleistet ist, wird (...) eine Aussicht bestehen, (...) unsere Zivilisationslandschaft so zu gestalten, daß sie wert bleibt, Heimat genannt zu werden"*. Und weiter: *„Jeder Naturschutz*

endet dort, wo die Menschenlawine alles überrollt.“[2] Weinzierl befindet sich damit in Übereinklang mit der von ihm hofierten Braungans Konrad Lorenz. In einem Interview mit Weinzierl in der Zeitschrift »Natur« hatte Lorenz *„eine gewisse Sympathie für Aids“* bekundet, als Mittel gegen *„Überbevölkerung“*.[3] Lorenz' Position war seit 1940 gleich, nur die Wortwahl änderte sich: Durch das Bevölkerungswachstum komme es zu einer *„Verhaustierung“* (1940), die Menschheit degeneriere, weil *„sozial Ausfallbehaftete“* (1972) nicht mehr ausselektiert würden. Gegen angebliche Überbevölkerung setzte Lorenz 1940 den *„rassischen Gedanken“* und 1988 AIDS.

Weinzierl hat es bisher verstanden, eine Unvereinbarkeit der Mitgliedschaft im Bund Naturschutz einerseits und bei faschistischen Parteien wie NPD oder Republikanern andererseits zu verhindern, mit dem Argument, das sei undemokratisch.[4] Ausländerstopp fordern mit pseudoökologischen Begründungen auch manche Basisgruppen des BUND: *„Jede Bevölkerungspolitik wird daher primär auf eine Einschränkung von Zuwanderung nach Deutschland zielen müssen“*, meint die Ortsgruppe Esslingen, außerdem sollen Asylverfahren noch weiter beschleunigt und eine *„Aufenthaltsverfestigung mit der Möglichkeit der späteren Einbürgerung“* ausgeschlossen werden.[5] In Starnberg, einem der reichsten Landkreise der BRD fordert der stellvertretende BUND-Ortschef, AsylbewerberInnen beim „Ramadama“ einzusetzen. Gemeint sind damit regelmäßige Aktionen der Kommunen, bei denen Müll aus Wäldern und öffentlichen Anlagen eingesammelt wird. *„Nach unserer Meinung ist der Bevölkerung schwer zu vermitteln, daß arbeitende Bürger dieser Stadt als Freiwillige am Ramadama teilnehmen, während von Sozialhilfe bzw. Arbeitslosenhilfe lebende Asylbewerber spazierengehend zuschauen, wie andere ohne Honorar den Wohlstandsmüll wegräumen“*, heißt es in einem Schreiben.[6] In der Zeitschrift »Masse«, herausgegeben von der Jugendorganisation des BUND-Landesverbandes Baden-Württemberg, wird im Herbst 1993 eine *„Eindämmung“* von Einwanderung als *„dringend geboten“* bezeichnet. In dem nicht namentlich gekennzeichneten Beitrag eines Redaktionsmitgliedes wird diese rassistische Forderung nicht nur ökologisch, sondern im Stil der sogenannten „Neuen Rechten“ auch anthropologisch begründet: *„Die Angst um die eigene Zukunft und vor dem Fremdartigen bildet dabei eine zur Natur des Menschen gehörende Ausgangsbasis“*.[7]

Dankbar greifen PolitikerInnen von Republikanern bis SPD auf pseudoökologische Begründungen der „Ausländer-raus“-Parole zurück. Der ehemalige bayerische Umweltminister Peter Gauweiler (CSU) will Europa vor *„Vermassung und kultureller Einebnung“* schützen: *„Was hilft uns der Schutz von 18 Fledermausarten in Oberbayern, wenn die Altbayern selber bald auf die Rote Liste der aussterbenden Arten kommen.“*[8] Der nordrhein-westfälische Landtagsabgeordnete Friedhelm Farthmann (SPD) bedauert, *„daß die Ausländerproblematik mit der Umweltproblematik überhaupt nicht in Verbindung gebracht worden ist“*. Seiner Ansicht nach ist die *„größte Belastung für die Umwelt in der ganzen Welt und auch in Deutschland die große Zahl von Menschen“*.[9]



Humanistischer oder gar antifaschistischer Anwandlungen unverdächtig sind auch führende Repräsentanten der Grünen. Der Frankfurter Multi-Kulti Dezernent Daniel Cohn-Bendit schlug vor, den Asylparagraphen des Grundgesetzes einzuschränken und dafür ein Einwanderungsgesetz zu verabschieden. Ziel: Eine Selektion von Menschen an den Grenzen der BRD nach den Kriterien des Arbeitskräftebedarfs: *„Allein in Frankfurt suchen wir Hunderte als Pflegepersonal für Krankenhäuser, Kindergärten und Krippen. (...) Dabei ließen sich Ausländer in sechs Monaten als Hilfspfleger ausbilden“*, argumentierte Cohn-Bendit im »Spiegel«-Interview: *„Eine Einwanderungsbehörde bestimmt dann, welchen Bedarf es in der Bundesrepublik – oder in Europa – gibt.“*[10] Wer nicht gebraucht wird, hat draußen zu bleiben. Wer nach dem Cohn-Bendit-Interview noch zweifelte, was grüne Einwanderungspolitik meint, für den stellte Konrad Weiß vom ostdeutschen Bündnis 90 wenige Wochen später klar: *„Natürlich ist es für den einzelnen, der vor der Tür stehenbleibt oder noch ein Jahr länger warten muß, eine bittere Sache, auch ungerecht. Aber um des sozialen Friedens willen, auch um der Akzeptanz der Einwanderinnen und Einwanderer willen, müssen wir uns zu dieser Quotenregelung bekennen.“*[11]

Multikulti wird von den Grünen explizit als Strategie gegen linke antirassistische Politik gehandelt, Rassismus uminterpretiert zu einem kulturellen Konflikt, ohne politische und ökonomische Motive, und damit entpolitisiert. In einer grünen Broschüre heißt es: *„Angst und Abwehr gegenüber den Fremden gibt es überall auf der Welt.“* Eine Mitarbeiterin des Frankfurter Multikulti-Dezernats schreibt darin über die *„berechtigten Ängste vor Überfremdung“*. Rassismus wird so zu einer anthropologischen – biologischen oder kulturellen – Konstante wie bei Konrad Lorenz und der sogenannten „Neuen Rechten“. Der grüne Multikulti-Begriff und das faschistische Konzept des

Ethnopluralismus* basieren auf der gleichen willkürlichen Konstruktion homogener Kulturnationen und nationaler Identitäten. Menschen werden aufgrund ihrer geographischen und kulturellen Herkunft auf bestimmte Verhaltensklischees festgelegt. Thomas Schmid, ebenfalls Mitglied der Grünen und Mitarbeiter in Cohn-Bendits Dezernat geht soweit, die EinwanderInnen, sowie jene Linken, die für offene Grenzen eintreten, für den Rassismus verantwortlich zu erklären.[12] 1992 verfassen Schmid und der „rote Dany" ein Buch unter dem Titel „Heimat Babylon": In dem Pamphlet werden Sinti und Roma karikiert im Stil antisemitischer Hetztiraden gegen Ostjuden, wie sie nach dem Ende des Ersten Weltkrieges kursierten.

Rücksicht auf das gesunde deutsche Volksempfinden fordert Antje Vollmer. Dem *„Mißtrauen breiter Teile der Bevölkerung gegen das multikulturelle Konzept (liegt) die vage Völkererinnerung zugrunde, daß – historisch gesehen – die einheimischen Kulturen den Einwanderern in der Regel unterlagen"*. Um die Einwanderung aus Osteuropa zu stoppen, müsse vor Ort der *„Stolz auf eine nationale und politisch kulturelle Identität"* gefördert werden.[13] Weil die regierenden kommunistischen Parteien mit ihrem Folklore-Kitsch dieses Gefühl von nationaler Identität ebenso förderten wie die von der BRD aus operierenden rechten Emigrantengruppen, finden heute unter der Parole „Selbstbestimmungsrecht" von Jugoslawien bis zum Kaukasus ethnische Säuberungen statt. Aus Sicht des deutschen grünen Herrenmenschen ist es natürlich besser, die slawischen Untermenschen schlachten sich dort ab, als daß sie bei uns in der sozialen Hängematte liegen. Geht es nach der Pastorin Vollmer, wird es damit auch für deutsche Volksgenossen ein Ende haben. Auf einem Symposium zu Ehren des 75. Geburtstages von Helmut Schmidt Ende letzten Jahres erklärte die ehemalige maoistische Avantgarde-Politikerin, *„daß es auf die Dauer nicht ohne eine Elite geht"*. Bezogen auf die Vergangenheit meinte Vollmer, *„in der Bundesrepublik haben wir das Experiment mit der Egalität bis zum Äußersten getrieben"*. Damit soll es nun ein Ende haben: *„Jetzt muß, jedenfalls für eine begrenzte Phase, Vorrang auf die Existenzmöglichkeiten und die Entfaltungsmöglichkeiten von Eliten gelegt werden."*[14]

Diese wenigen Beispiele illustrieren, daß verharmlost, wer ökofaschistische Positionen nur bei Gruppen diagnostiziert, die schon im Verfassungsschutzbericht erwähnt werden, wie Thomas Jahn und Peter Wehling in ihrem Buch „Ökologie von rechts". Es macht allerdings Sinn, wenn von anderen, politisch einflußreicheren und damit gefährlicheren Kräften abgelenkt werden soll. Der Vorwurf an die Adresse der Ökologischen Linken, einen Popanz aufzubauen, weil wir eben nicht nur offen faschistische Gruppen damit attackieren, sondern auch Teile der Grünen und vor allem die New-Age-Szene, zeugt schlicht von Unkenntnis.[15] Nachvollziehbar wird die beschränkte Sichtweise der beiden Wissenschaftler, wenn wir berücksichtigen, daß das oben erwähnte Werk der beiden von der grün-nahen Heinrich-Böll-Stiftung gefödert wurde. Jahn und Wehling bemängeln, das Thema werde bisher rein ideologiekritisch und historisch angegangen, was *„die Wirksamkeit fragmentierter und flexibler alltagsrassistischer Wahrnehmungsformen und Sprachmuster ‚unterhalb' geschlossener Weltbilder"* anbelangt.[16] Die beiden Sozialwissenschaftler wollen vermutlich sagen, daß Rassisten auch zuschlagen, wenn sie weder „Mein Kampf" gelesen, noch das Programm der Republikaner buchstabieren können. Hundertprozentige Übereinstimmung. Nur fällt „Alltagsrassismus" eben nicht vom Himmel. Es gibt Gruppen und Projekte, die sich ganz gezielt seit Jahrzehnten mit dem Face-lifting faschistischer Ideologie beschäftigen um diese salonfähig zu machen. Besonders gefährlich, weil für viele nicht gleich erkennbar, ist dabei die ökologische und esoterische Modernisierung. Gerade hier ist die ideologiekritische und historische Analyse notwendig, um einen Maßstab für die Einschätzung solcher Strömungen zu gewinnen.

Im engeren Sinn verwende ich den Begriff Ökofaschismus, wenn rassistische, sozialdarwinistische, eugenische und/oder antidemokratische Positionen (pseudo-)ökologisch begründet werden. Etwa, wenn der langjährige Vorsitzende des „Weltbundes zum Schutz des Lebens" (WSL), Georg Haverbeck, davon spricht, daß die *„Unterarten des Menschen ebenso wie die Pflanzen und Tiere einem jeweiligen Ökosystem zugeordnet"* sind und Umweltschutz deshalb als *„Völkerschutz"*, Schutz der *„biologischen Substanz vor Überfremdung"* definiert;[17] oder die Republikaner von der *„Erhaltung des deutschen Volkes und seines ökologischen Lebensraumes"* sprechen.[18]

Pseudoökologische und esoterische Modernisierung faschistischer Ideologie

Im weiteren Sinne geht es mir um die pseudoökologische und esoterische Modernisierung faschistischer Ideologie. Der Faschismus als terroristische Herrschaftsform und Krisenstrategie des Kapitals ist charakterisiert durch eine Massenbasis, für die wiederum eine bestimmte Ideologie das verbindende Element ist. Die Vorstellungen, die für faschistische Parteien und Herrschaftspraxis leitend waren, wurden im 19. Jahrhundert von unzähligen Akademikern und Journalisten aus dem Bürgertum entwickelt und propagiert.

Die ökofaschistische und New-Age-Szene operiert innerhalb der Ökologie- und Frauenbewegung sowie im anarchistischen Spektrum. Durch massive Auftritte wie etwa beim Jugend-Umweltfestival AUFTAKT im Sommer 1993 in Magdeburg versuchen sie AnhängerInnen zu rekrutieren. Trotz aller persönlichen und ideologischen Differenzen gibt es netzwerkartige Verflechtungen. Sie erklären sich aus den gemeinsamen ideologischen Grundlagen, deren Wurzeln auf die Romantik zu Beginn des 19. Jahrhunderts zurückgehen und über die Lebensreformbewegung der Jahrhundertwende mit ihrer überwiegend völkisch-eugenischen Ausrichtung sowie die Lebensphilosophie Oswald Spenglers, Martin Heideggers, Ernst Jüngers und andere bis zum modernen New Age reichen.

Begriffe wie Ganzheitlichkeit und Organismus, die heute Fritjof Capra oder Rudolf Bahro verwenden, stammen aus der Romantik als entschieden antiaufklärerischer, konterrevolutionärer Bewegung. Aus der selben völkischen Quelle stammt der „Volksgeist", der durch die Werke Rudolf Steiners und der Gurus der schottischen Findhorn-Kommune spukt. Herder, Grimm und Savigny entwickelten den „Volksgeist" als Gegenkonzept zum Begriff „Volkssouveränität". Er hat seinen Sitz *„in der höheren Natur des Volkes als eines*

---

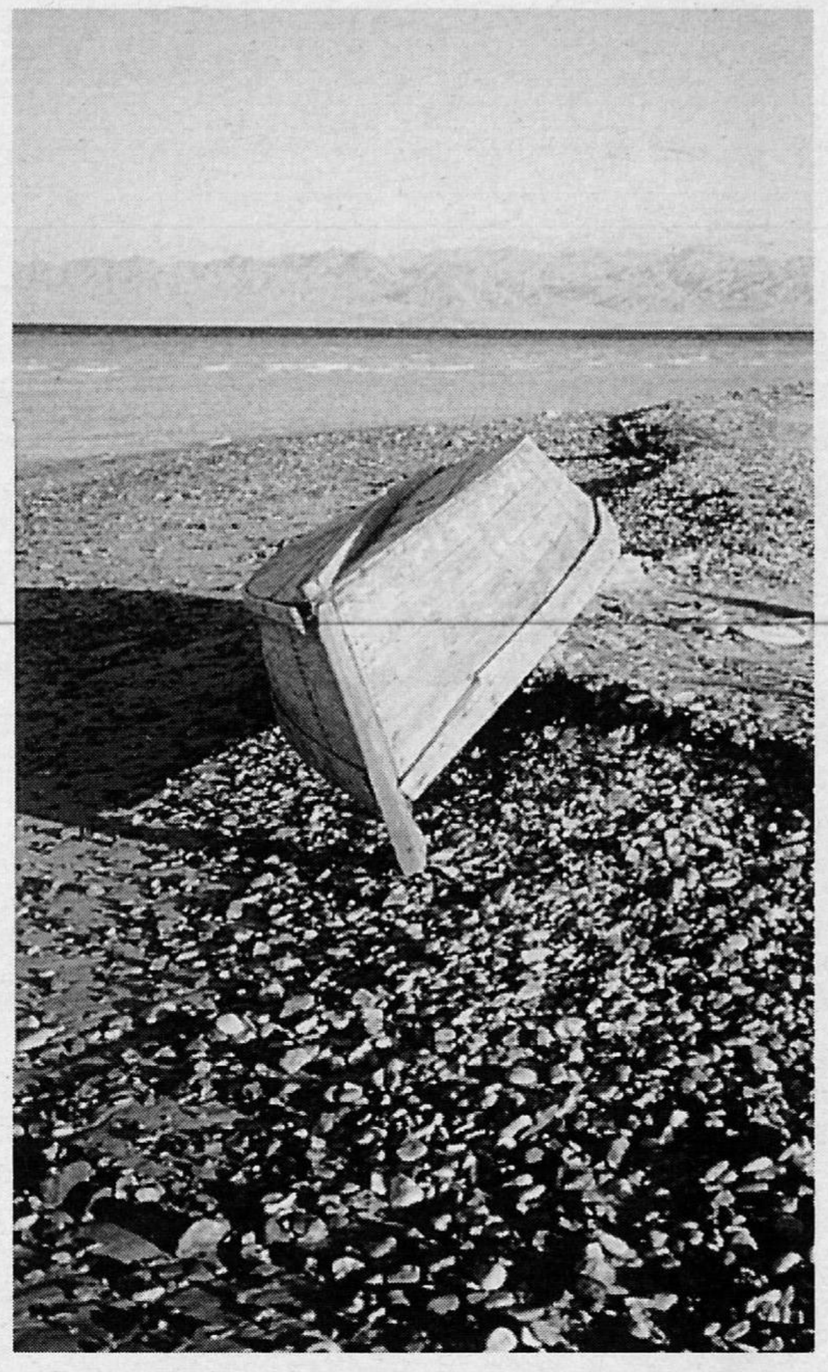
* Vgl. dazu den Artikel von Sonja EDLER in diesem Heft S. 2ff.

stets werdenden, sich entwickelnden Ganzen", er erzeugt das Bewußtsein des einzelnen, ebenso wie Recht, Sprache, Sitte und den Staat als *„die organische Erscheinung des Volkes"*.[19] Die Welt, die gesellschaftlichen Verhältnisse sind also nicht menschengemacht und damit veränderbar, sondern bloßer Ausdruck, materielle Erscheinung einer ewigen und unveränderlichen Wirklichkeit, eines jenseitigen transzendentalen Prinzips. Die politische Botschaft: Rebellion ist nicht gerechtfertigt, sie ist eine widernatürliche, letztlich sinnlose Auflehnung gegen die „ganzheitliche" und „organische", das heißt ausbeuterische und unterdrückende Ordnung. Das „deutsche Volk", eine Konstruktion, um die Massen gegen das revolutionäre Frankreich zu mobilisieren, wurde von den Romantikern völkisch und rassisch definiert. Adam Müller leitete aus der Ganzheit Natur die Völker als Unter-Ganzheiten ab, jedes in sich homogen, nach außen heterogen. Abgrenzung und Krieg sind für Müller und Ernst Moritz Arndt notwendig, damit ein Volk sich selbst als Ganzheit spürt. Friedrich Julius Stahl begründete die Einheit des Volkes schließlich blutsmäßig.

Rudolf Bahro, Professor für Sozialökologie an der Berliner Humboldtuniversität und aufgrund seines Dissidentenimages aus DDR-Zeiten einflußreich, leitet den „Volkscharakter" aus angeblich biologischen Ganzheiten wie Horde, Stamm, Volk, Nation ab. Antje Vollmers Idee von der „kollektiven Völkererinnerung" scheint ebenso dem Mythos von Volk und Volksgeist zu entspringen, eine reale Grundlage gibt es nicht, ausgenommen Vollmer bezieht sich auf die nationalistische Legendenbildung mit ihren Überflutungsphantasien und dem heldenhaften Widerstand der Germanen seit der Schlacht im Teutoburger Wald. Am deutlichsten ist der Rückgriff auf den Faschismus bei Rudolf Bahro: Seit Jahren ist er auf der Suche *„nach dem Positiven, das vielleicht in der Nazibewegung verlarvt war"*.[20] Und weiter: *„Kein Gedanke verwerflicher als der an ein neues 1933?! Gerade der aber kann uns retten. Die Ökopax-Bewegung ist die erste deutsche Volksbewegung seit der Nazibewegung. Sie muß Hitler miterlösen – die seelische Tendenz, die wenn auch schwächer, immer noch in uns ist..."*[21] Immer wieder empfiehlt Bahro die Lektüre faschistischer Ideologen, weil sich *„Werke wie die Heideggers, C. G. Jungs, Ernst Jüngers, Carl Schmitts heute, in der ökologischen Krise, als im Theoretischen aufschlußreich (erweisen), während so manche antifaschistische Analyse ihren Impuls erschöpft hat?"*[22] Zum Hauptgegner wird die antifaschistische Linke, weil sie *„dieses nationale... völkische Moment nicht bedient. Eigentlich ruft es in der Volkstiefe nach einem grünen Adolf"*.[23] Inzwischen gibt es auch Hinweise auf praktische Zusammenarbeit mit Neofaschisten: Immer wieder bezieht sich Bahro positiv auf Chefideologen der neonazistischen Tarnorganisation „Deutsche Unitarier Religionsgemeinschaft" (DUR), auf Wolfgang Deppert und Sigrid Hunke, die auch zum faschistischen „Thule Seminar" gehört.

Rechtsextreme Neuheiden, ökofaschistische und New-Age-Gruppen bzw. Vordenker eint das gleiche Weltbild, ein mystisch-religiöser Naturbegriff. Ausgangspunkt ist immer ein transzendentales Prinzip, kosmische Intelligenz oder kosmische Wesen. Das Universum, die Natur, der Mensch, die gesamte Evolution und die menschliche Geschichte sind lediglich eine Manifestation, materieller Ausdruck dieses jenseitigen Prinzips. Letztlich handelt es sich um eine Art pantheistische Religion: Gott ist in allem. Jede Entwicklung ist vorherbestimmt, sie ist die Entfaltung des Transzendentalen, beim Menschen ein Prozeß wachsender Erkenntnis, die schließlich zur Einheit im Göttlichen zurückführt. Evolution und Geschichte sind deshalb eine Art Kreislauf, zunächst – etwa bei Steiner verknüpft mit der Wurzelrassentheorie – ein Abstieg in die Sphäre des Materiellen und dann der Wiederaufstieg durch Erleuchtung.[24] Aus diesem deterministischen Weltbild abgeleitet sind „ewige", „unveränderliche" Gesetzmäßigkeiten und Ganzheiten, zum Beispiel Rassen, Nationen, „wesenhafte" (statt durch geschlechtsspezifische Arbeitsteilung und Sozialisation erworbene) Unterschiedlichkeit von Mann und Frau. Capra beispielsweise argumentiert mit Yin und Yang, der Ausbeuterphilosophie des chinesischen Feudalismus. Yin und Yang bedeutet Hierarchien und Ausbeutung hinnehmen, denn das Individuum steht an einem vorherbestimmten Platz im gesellschaftlichen Organismus und hat dort eine Funktion zu erfüllen. Capra und Thorwald Dethlefsen (Bestseller „Schicksal als Chance") wählen als Beispiel Krebs: Er entsteht, wenn Zellen nicht ihre Funktion erfüllen, ebenso müsse sich auch das Individuum höheren Zwecken unterordnen.

Alle Übel dieser Welt, gerade auch die ökologischen Zerstörungen, werden von Autoren wie Capra oder Bahro als Ausdruck fehlender Verbindung zum kosmischen Ganzen diagnostiziert. Die Lösung lautet denn auch „Wertewandel" (Capra) bzw. sich wieder in die „Große Ordnung" (Bahro) eingliedern.[25] Dazu bedarf es der inneren Erleuchtung, daß sich hinter den materiellen Erscheinungen das Göttliche verbirgt. Der Weg dorthin wird von allen New Agern ausdrücklich als intuitiv beschrieben, die menschliche Vernunft als hinderlich diskreditiert. Dieses Konzept der Erleuchtung ist antidemokratisch, hierarchisch und elitär. Für die Findhorn-Gurus sind Atomkatastrophen deshalb positiv, weil die Nicht-Erleuchteten ausgelöscht werden. Bahro ruft nach einem charismatischen Propheten, einem „Fürsten der ökologischen Wende" oder eben nach dem „grünen Adolf", der die Lösung bringen soll.



Gestrandet ...

Auffällig ist, daß eine ganze Reihe von New Agern neue ökologisch mörderische Technologien wie Atomenergie, Raumfahrt oder Gentechnik befürworten. Auch eignen sich Ego-Kult und die Predigt vom „natürlichen Leben“ hervorragend um soziale Deregulierung zu rechtfertigen. So wird Capra nicht müde, beim Thema Gesundheit auf der Verantwortung des einzelnen herumzureiten, statt krankmachende und keineswegs selbstbestimmte Arbeits- und Lebensbedingungen anzugreifen. Bei Ökofaschisten wie Lorenz und Gruhl werden auch die sozialdarwinistischen Prinzipien „Kampf ums Dasein“ und Auslese offen ausgesprochen, verbunden mit der rassistischen „Überbevölkerungs“-Propaganda.
Bahro bewegt sich bereits auf dem selben Terrain: In einem seiner Seminare wurde überlegt, wieviele spirituelle Landkommunen mit maximal 3.000 BewohnerInnen wohl in der BRD Platz haben. Daraus ergibt sich logisch die Frage: Was passiert mit den Überzähligen? Abgesehen von der grundsätzlich patriarchalen Orientierung des New Age entsprechend der Ganzheits- und Organismuslehre verteidigen Gruppen wie ZEGG[26] sexistische Gewalt: Frauen sind ihrer abstrusen Lehre zufolge nur zu verklemmt, richtig genießen zu können.

In seinem neuen Buch „Die Götter des New Age“ entwickelt der Bonner Autor Peter Kratz die These, daß sich das NewAge als Legitimationsideologie für die Herrschenden hervorragend eignet. Kratz weist auf Parallelen zwischen moderner Esoterik und den Schriften Paul de Lagardes, Houston Stewart Chamberlain und andere hin. Auch diese Vordenker der Nazis vertraten das von mir oben skizzierte Weltbild. Den Nutzen aus Sicht der Kapitalverwertung beschreibt Kratz folgendermaßen: *„Nach der Idee des ‚kosmischen Ganzen‘ steht jedes Individuum an seinem naturgöttlich vorgegebenen Platz, da haben ‚die ganz unten‘ schicksalsmäßig eben Pech gehabt. Andererseits gibt diese Ideologie den Herrschenden alle Macht: Wer oben steht und glaubt, das Göttliche wirke auch in ihm und durch ihn selbst, kennt keine ethischen Schranken.“*[27]

Die ökofaschistische und New-Age-Ideologie ist in ihrem Kern also keineswegs neu, sie hat nach der Niederlage des Faschismus 1945 überwintert in Gruppen wie der DUR oder der Ludendorffer-Bewegung. In den

... oder was wächst hinter der Mauer?

späten sechziger Jahren boten die Protestbewegungen der weißen Mittelschicht (Vietnamprotest, Ökologie- und Frauenbewegung, Hippies) zunächst in den USA, dann auch in der BRD Anknüpfungspunkte, besonders geeignet sind dabei Menschen und Strömungen, die die politische Auseinandersetzung aufgeben und das Heil in einer „anderen“, „natürlichen“ Lebensweise im Hier und Jetzt suchen. In der Ökologiebewegung der siebziger Jahre und beim Gründungsprozeß der Grünen mischten neofaschistische Gruppen wie der WSL oder die sozialdarwinistischen Gesellianer kräftig mit.

Autoren wie Herbert Gruhl oder Carl Amery wärmten damals ein ganzheitlich-biologistisches Naturverständnis wieder auf, das breit rezipiert wurde. In seinem Bestseller „Ein Planet wird geplündert“ (1975) identifizierte Gruhl, Mitbegründer der Grünen, später der Ökologisch-Demokratischen Partei (ÖDP), Natur mit sozialdarwinistischen Auslese prinzipien. Ökologische Politik beinhaltete für ihn eine Ökodiktatur, die Konsumverzicht erzwingt, die Grenzen rigoros abschließt und sich für einen globalen Verteilungskampf um knappe Ressourcen rüstet. Carl Amery, insbesondere in Bayern als Vordenker der Umweltbewegung geschätzt, forderte in einem Werk mit dem bezeichnenden Titel „Natur als Politik“ (1978), die Ökologie zur neuen Leitwissenschaft zu erheben, die *„dem Anthropozentrismus widerspricht, die ihn abbaut und vernichtet“*.[28] Überwunden werden sollte die Sicht des Menschen als Krone der Schöpfung, nach Amerys Meinung eine Idee christlich-jüdischen Ursprungs, die geradewegs zum ökologischen Holocaust führt. Vom Standpunkt eines „ökologischen Notstands“ forderte Amery 1985 die Grünen auf, den Kampf um demokratische Rechte, gegen die Diskriminierung von Schwulen und Lesben, gegen patriarchale Verhältnisse hintanzustellen.

Grundlagen einer linken ökologischen Politik

Die große Mehrheit der Linken hat mit dem Thema Ökologie größte Schwierigkeiten. Die Warnung von Marx, wonach der Kapitalismus den gesellschaftlichen Reichtum produziert und dabei dessen Voraussetzungen, den Menschen und die Natur zerstört, blieb unbeachtet. Das soziale Elend stand über Jahrzehnte und zurecht im Mittelpunkt, ausgeblendet wurde dabei, daß die Entwicklung von Wissenschaft und Technik nie-

mals neutral ist.[29] Die schrankenlose Entwicklung der Produktivkräfte unter kapitalistischem Regime galt als Voraussetzung des Sozialismus, daß dabei die Naturzerstörung zunahm und Destruktivkräfte wie die Atomenergie entstanden, wurde negiert. Jener kleine Teil der undogmatischen Linken in der BRD, die sich in den siebziger Jahren mit ökologischen Problemen beschäftigte und sich vor allem in der Anti-AKW-Bewegung engagierte, mußte sich von den diversen kommunistischen Gruppen Maschinenstürmerei und Naturromantik vorhalten lassen. Die Kritik dieser Betonlinken an ökofaschistischen Gruppen zielte darauf ab, die Auseinandersetzung mit dem Themenkomplex überhaupt zu diffamieren.

Die Behauptung, „Ökologie" ist immer rechts, belegt nur die Unwissenheit derer, die sie aufstellen. Ökologie zur neuen Leitwissenschaft aufzublasen, als Verkleidung für alte sozialdarwinistische und biologistische Positionen, wurde frühzeitig bekämpft, nicht nur von Linken. Autoren wie Ludwig Trepl (1983) oder Jürgen Dahl (1982) warnten davor, die Wissenschaft Ökologie zur neuen „Heilslehre" (Trepl) zu machen. Gegen Amerys Angriff auf den Anthropozentrismus wandte Dahl ein, daß nur vom Standpunkt eines bestimmten Lebewesens eine Aussage darüber getroffen werden könne, was ökologisch intakt ist und was nicht: *„Gesetzt den Fall, eine Stubenfliege vermöchte sich eine Meinung über ihre Umwelt zu bilden (...), so würde die Stubenfliege das Fehlen faulenden Fleisches in der Stube als existentielle Zumutung empfinden und von ordentlichen ökologischen Verhältnissen erst wieder reden mögen, wenn sich die Katze unter dem Sofa erbricht und damit eine Fülle von Nahrungsressourcen verfügbar macht."*[30]

Ökologie als Wissenschaft kann also im Idealfall die Beziehungen der Lebewesen untereinander sowie von Faktoren wie Temperatur, Wasser, Licht, Sauerstoff, Boden usw. analysieren. Nicht intuitiv wie Capra nahelegt, sondern mit naturwissenschaftlichen, rationalen Methoden. Eine ökologische Politik, die auf solchem Wissen basiert und nicht wie bei Amery vom theoretischen Antihumanismus zur Öko-Notstandsdiktatur führt, muß gerade den Menschen zum Maß aller Dinge machen: Wir müssen unseren Stoffwechselprozeß mit der uns umgebenden Natur (Marx) so organisieren, daß weder Mangel herrscht, noch die ökologischen Voraussetzungen menschlichen Lebens auf diesem Planeten zerstört werden.

Der Begriff Radikalökologie, wie ihn die Ökologische Linke verwendet, beinhaltet die Erkenntnis, daß die Ausbeutung und Vernichtung von Mensch und Natur hier und im Trikont ihre Wurzel in der kapitalistischen Produktionsweise hat. Der Kampf um den Weltmarkt zwischen den drei imperialistischen Blöcken USA, Japan und Europäischer Union wird ökonomisch geführt werden mit neuen Technologien und Produkten, die die ökologische Zerstörung weiter vorantreiben oder etwa mit der Gentechnik als sich selbst vermehrendes, nicht beherrschbares und nicht rückholbares Risiko eine neue Qualität erreichen. Der ökoimperialistische Zugriff auf den Trikont wird die Form hemmungsloser Ausbeutung von Naturressourcen (Uran, Öl, Kupfer, fruchtbare Böden etc.) sowie Export von Giftmüll und lebensgefährlichen Produktionsanlagen beibehalten.[31] Eine Lösung ökologischer Probleme getrennt von derjenigen sozialer Probleme kann es also nicht geben. Umgekehrt muß linke Politik ökologisch sein, weil es keine emanzipatorische Entwicklung, keine Gesellschaft jenseits des Kapitalismus geben kann, wenn die ökologischen Lebensgrundlagen vergiftet und ausgeplündert sind. Die Hauptaufgabe besteht deshalb darin, hier in den Zentren des Kapitalismus, wo die weltweiten ökoimperialistischen Raubzüge vorbereitet werden, Opposition und Widerstand aufzubauen. Das ist zugleich die wirkungsvollste Form der Solidarität mit emanzipatorischen und revolutionären Bewegungen in aller Welt. ■

Mag. Peter BIERL hat Politologie studiert. Er ist Mitglied im BundessprecherInnenrat der Ökologischen Linken (BRD) und lebt in Wörthsee bei München.

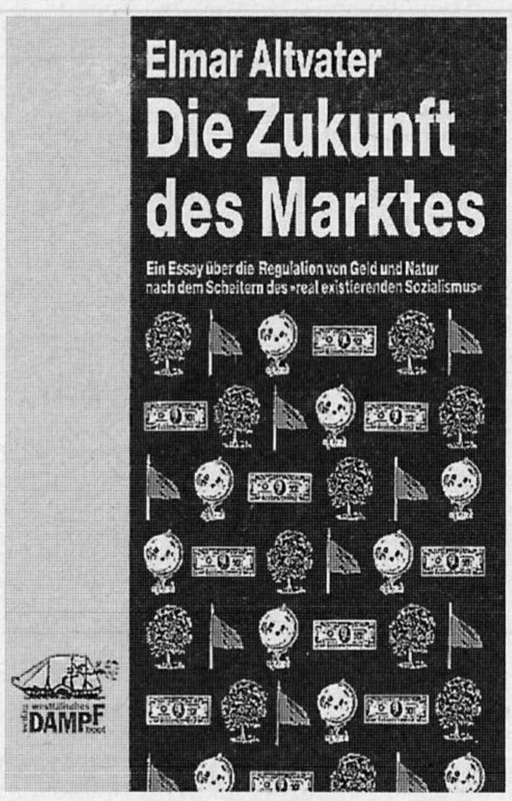
Anmerkungen

1 Alle Zitate aus: Plädoyer für eine ökologisch orientierte Soziale Marktwirtschaft, Gemeinsames Statement von BJU und BUND, August 1993
2 »Süddeutsche Zeitung« 29. 10. 1991
3 Vgl. »Natur« Nr. 11/1988
4 Vgl. »Süddeutsche Zeitung« 19./20. 6. 1993
5 Entwurf für ein „Stadtentwicklungskonzept. Leitlinien zukunftorientierter Kommunalpolitik" 1993, BUND-Ortsgruppe, Landkreis Esslingen
6 Vgl. »Süddeutsche Zeitung« 6. 9. 1992
7 »Masse« Nr. 11/1993
8 »Süddeutsche Zeitung« 19. 4. 1993
9 »taz«-Interview 7. 5. 1993
10 Vgl. »Der Spiegel« 26. 8. 1991
11 Vgl. »Der Spiegel« 16. 10. 1991
12 Vgl. »Süddeutsche Zeitung« 8. 7. 1991
13 Vgl. »taz« 11. 3. 1992
14 »ZEIT-Punkte« Nr. 1/1994, Demokratie in der Krise – ein »ZEIT«-Symposium zum 75. Geburtstag von Helmut Schmidt
15 Vgl. Thomas Jahn, Peter Wehling, Ausweg Öko-Diktatur, in: »Politische Ökologie – Special«, Nov./Dez. 1993, S. 6
16 Ebd., S. 5
17 Zit. bei Volkmar Wölk, Roger Niedenführ, Neue Trends im ökofaschistischen Netzwerk, in: Hethey/Kratz, In bester Gesellschaft – Antifa Recherche zwischen Konservatismus und Neofaschismus, Göttingen 1991
18 Vgl. Die Republikaner, Programm 1987, S. 4
19 Vgl. dazu Lutz Hoffmann, Das deutsche Volk und seine Feinde. Die völkische Droge, Köln 1994, S. 108 ff., daraus auch die Zitate
20 Rudolf Bahro, Die Logik der Rettung, Stuttgart/Wien 1987, S. 461
21 Ebd., S. 346 f.
22 Rudolf Bahro, Vorwort zu Jochen Kirchhoff, Nietzsche, Hitler und die Deutschen, 1990, S. 12
23 Rudolf Bahro, Die deutschen Linken und die nationale Frage oder unsere Ölinteressen am Golf, »Streitschrift« Nr. 3/November 1990
24 Bahro beschreibt den gleichen Kreislauf in seinem Buch Logik der Rettung, S. 92 f.
25 Vgl. ebd., S. 20, S. 86, S. 95, S. 208
26 Zentrum für Experimentelle Gesellschaftsgestaltung in Berlin/Belzig. ZEGG arbeitet eng mit Bahro zusammen und steht in der Tradition der Aktions Analytischen Organisation (AAO) von Otto Muehl, der 1991 in Österreich wegen sexuellen Mißbrauchs von Kindern verurteilt wurde
27 Interview mit Peter Kratz, in: »Junge Welt« 13. 5. 1994
28 Carl Amery, Natur als Politik, Reinek 1978, S. 36
29 Rosa Luxemburgs Kritik an der tayloristischen Arbeitsorganisation als neuer Stufe der Disziplinierung von Menschen war die große Ausnahme, Lenin vertrat die Gegenposition
30 Jürgen Dahl, Ökologie pur, S. 74, in: »Natur« Nr.12/1982
31 Vgl. zum Thema ökoimperialistische Raubzüge: Jutta Ditfurth, Lebe wild und gefährlich, Köln 1991

Geld und Natur

Elmar Altvater, Die Zukunft des Marktes. Ein Essay über die Regulation von Geld und Natur nach dem Scheitern des „real exisitierenden Sozialismus", Verlag Westfälisches Dampfboot, Münster 1992, 2. Auflage, 390 Seiten, 297 Schilling.

Gegen den Strom schwimmend benützt Elmar Altvater in dieser im Jahr 1990 entstandenen Arbeit den Zusammenbruch des realen Sozialismus nicht als Anlaß für eine Kritik planwirtschaftlicher Regulation, um gleichzeitig eine Hymne auf die Überlegenheit der Marktwirtschaft anzustimmen.
Die Defizienzen des planwirtschaftlichen Modells nachholender Entwicklung werden zwar in einem kurzen Abschnitt behandelt, stehen aber offensichtlich nicht im Mittelpunkt der Interesses des Autors. Altvaters Hauptinteresse gilt den Rationalitätsschranken des Marktes, die sich gegen Ende des 20. Jahrhunderts in Phänomenen wie Schuldenkrise, aufgrund derer die Entwicklung ganzer Kontinente blockiert ist, drohender Klimakatastrophe, Massenarbeitslosigkeit und zunehmender sozialer Desintegration in den westlichen Zentren manifestieren. Es besteht – so Altvater – kein Anlaß für die grassierende Markteuphorie, der Beweis für die Problemlösungskompetenz, die der Marktwirtschaft heute in allen Teilen der Welt beinahe unwidersprochen zugeschrieben wird, steht noch aus.
Dem Projekt des realen Sozialismus schreibt der Autor kaum tatsächlich alternative Substanz zu. Es galt, „den Kapitalismus" mit einer anderen, nicht-marktwirtschaftlichen prozeduralen Rationalität zu schlagen. Die Vorgaben von Produktions- und Lebensweise einschließlich der materialen Rationalitätsstandards als Erfolgsmaßstab wurden übernommen, wobei sich die „Kommandostrukturen" gegenüber den marktwirtschaftlichen letztlich als unterlegen erwiesen. Der Aspekt, daß die marktwirtschaftlich/parlamentarische demokratische Regulationsweise ein Privileg der Regionen ist, die sich auf dem Rücken der restlichen Welt „entwickelt" haben, das wie andere „Vorteile" des Kapitalismus den Peripherien und Semiperipherien des Weltsystems nicht zur Verfügung stehen, bleibt bei der auf die Modellkonkurrenz zugespitzten Darstellung allerdings zuwenig berücksichtigt.
Eigentliches Thema des Buches ist aber das marktwirtschaftliche Ordnungsprinzip, seine dynamisierende Kraft, seine Widersprüche, Krisen- und Zerstörungstendenzen. Der marktförmige Regulation bezeichnet Altvater als „eine historische Fundsache" (S. 69): Vor gut fünfhundert Jahren hat sich die Ökonomie aus den tradierten Sozialbeziehungen vormoderner Gesellschaften herausgelöst und verselbstständigt („disembedding") und herrscht den anderen gesellschaftlichen Sphären seit damals die ihr eigene Rationalität der Überschußproduktion, der quantitativen Steigerung in der Zeit und der Expansion im Raum auf. Marktwirtschaft wurde zur Weltmarktwirtschaft mit zwei dominierenden Prinzipien – der Ungleichzeitigkeit und der Ungleichmäßigkeit der Entwicklung, der unaufhebbaren Dichotomie von Reichtum und Armut, von Entwicklung und Unterentwicklung, von Fortschritt und Rückschritt im globalen Maßstab.
In Anerkennung der Tatsache, daß es heute vor allem die monetäre Steuerung der internationalen Arbeitsteilung ist, mit der der Gegensatz zwischen armen und reichen Teilen der Welt in Spannung gehalten wird, widmet sich ein großer Teil des Buches dem „Geld des Marktes". Ausführlich beschäftigt sich Altvater mit den globalen Geldfunktionen und den monetären Institutionen. Er weist die von orthodoxen Geldtheoretikern vertretene Auffassung einer Dichotomie von realer und monetärer Sphäre in der Ökonomie als für kapitalistische Verhältnisse unzutreffend zurück. „Denn Kapital exisitert nacheinander und nebeneinander in der realen Form des produktiven und des Warenkapitals und in der monetären Form des Geldkapitals. Es vollzieht einen Kreislauf durch die beiden Sphären und es befindet sich zugleich in beiden Sphären." (S. 105) Mit der Entstehung eines monetären Weltmarktes in den sechziger Jahren hat sich die monetäre von der realen Akkumulation allerdings schrittweise abgekoppelt. Das Finanzsystem dient nicht mehr in erster Linie der Vermittlung produktiver Kredite, sondern der Abwicklung spekulativer Kapitalbewegungen. Die gegenwärtige Schuldenkrise ist – anders als bisherige, wie Altvater in einem längeren historisch vergleichenden Abschnitt zeigt –



nicht lediglich ein Liquiditätsproblem einzelner Länder, sondern Symptom der Krise des Entwicklungsmodelles und der damit verbundenen globalen Regulationsweise von Geld. Neben dem Schwerpunkt Geld ist die „Natur des Marktes" ein zentrales Thema des Buches, wobei es um die von Wirtschafts- und Sozialwissenschaftern in der Regel vernachlässigte bzw. ignorierte materiale und energetische Seite der Ökonomie geht. „Eine ökonomische Theorie, die nicht in der Lage ist, die Schnittstellen zum ökologischen Diskurs zu bezeichnen, ist ungeeignet zur Lösung der Probleme, die durch den Stoffwechsel des Menschen mit der Natur, mit der biotischen ebenso wie mit den abiotische Sphären aufgeworfen werden", schreibt Altvater und versteht seine Arbeit als Beitrag zur notwendigen „Kompatibilisierung" der Kategorien von Sozialwissenschaft und ökologischer Wissenschaft. Die Notwendigkeit dieses Tuns begründet sich durch den Zustand, in den die Natur des Planeten Erde durch Produktion und Konsumtion, also durch ökonomisches Handeln versetzt worden ist. „Die Dynamisierungs- und Modernisierungsleistung des Ordnungsprinzpes Markt hat einen Preis: Die ökologische Degradation und zwar nicht mehr regional vereinzelt, sondern im globalen Raum." (S. 26) Altvater versucht sich an einer – dem diesbezüglich unbedarften Rezensenten nicht unplausibel erscheinenden – Adaption der aus der Physik stammenden Begriffe der Thermodynamik (Entropie und Syntropie) und einer Integration derselben in die ökonomische Theorie. In Anlehnung an die beiden Hauptsätze der Thermodynamik versteht Altvater den Prozeß der ökologischen Abwertung im Zuge kapitalistischer Entwicklung als Entropiesteigerung. „Anders ausgedrückt: Im Verlauf der Entwicklung bleibt zwar die Energiebilanz immer ausgeglichen, aber der Anteil der freien, ungebundenen und daher nutzbaren Energie geht im Vergleich zur gebundenen, dissipierten und daher nicht mehr in Arbeit umzusetzenden Energie zurück." (S. 255)
Eine marktmäßige Lösung des Problems der lebensbedrohenden Degradation der natürlichen Umwelt, das ja aus den Wirkungen des Marktes resultiert, ist demzufolge nicht zu erwarten. Altvater tritt – wenig konkret – für ein „embedding" der ökonomischen Rationalität, die sich als Marktwirtschaft aus gesellschaftlichen Bindungen „disembedded" hat, in ein komplexes System der gesellschaftlichen Regulation des Umgangs mit der Natur ein.

Franz Delapina

Scarlett O'Hara

Ein Versuch (Zweiter Teil*)

Friedhelm KRÖLL

Siegfried Kracauers berühmte „Kleine Ladenmädchen", die immer schon träumehalber gerne ins Kino gegangen sind, mögen im Grunde nie so recht verstanden haben, warum Scarlett O'Hara gegen Ende des Filmepos „Vom Winde verweht" diesen Tagtraum-Typ Rhett Butler, ikonen-haft einprägsam dargestellt von Clark Gable, von dannen ziehen läßt, indes sie alleine zurückbleibt.

Bemerkenswert, daß sich das Hollywood-Filmskript an diesem heiklen Punkt an die Mitchellsche Romanvorlage gehalten und nicht noch nachträglich ein melodramatisches Happyend geläuterter Zweisamkeit hinzumontiert hat. Ob dieser Schlußführung läßt Scarlett, diese eigenartige Chiffre für Selbstbehauptung, beim durchschnittlich auflösungs- und erlösungsbedürftigen, gemeinhin kathartisch disponierten Publikum die sprichwörtlich gemischten Gefühle zurück. Im Ungefähren der Gefühle erscheint sie am Schluß wie eine, die irgendwie unglücklich sein muß, da sie dem Normalitätsentwurf in ehegegossener Zweisamkeit mitsamt dem „Traummann" fahren läßt. Eine Ehefrau ohne Mann und Ehe. Und irgendwie raunen die ungefähren Gefühle, sie habe daran selbst schuld. So müsse sie also für ihre Freiheit den teuren Preis der Einsamkeit zahlen. Sie hätte ihn ja haben können, diese Idealmischung aus reich und schön, männlich und zärtlich, intelligent und kinderlieb. Die Rechnung des mithin von der US-amerikanischen Verfassung geheiligten pursuit of happiness, irgendwie ist sie bei Scarlett nicht aufgegangen. Kurz, es fehlt, was nicht nur Kracauers „Kleine Ladenmädchen" ersehnen: das *happy end*.

Während Margaret Mitchell an der Grenze zum Kitsch haltmacht, indem sie die Möglichkeit renovierter Zweisamkeit einzig als Vorstellung aufscheinen läßt; beginnt Alexandra Ripleys „Scarlett", [mithin auch in den kassennahen Regalen bei BILLA greifbar], inmitten des Kitsch-Geländes. „Morgen auf Tara", sinniert Scarlett zum Ende des Romans „Vom Winde verweht", „will ich darüber nachdenken. Dann werde ich es ertragen. Morgen wird mir schon einfallen, wie ich ihn (Rhett Butler) wieder erobere. ('To get him back'). Schließlich morgen ist auch ein Tag." Just mit dieser Schlußsequenz setzt der Werbetrommel-Waschzettel für den „Welterfolg, der alle Rekorde bricht!", für Ripleys „Scarlett" (1991) aus der kultindustriellen Retorte ein, um fortzufahren: „Mit diesen Worten der wilden Scarlett O'Hara endete Margaret Mitchells Klassiker ‚Vom Winde verweht'. Millionen verzauberter Leser fragen sich seit 55 Jahren, wie die bewegende Love-Story weitergeht. Erobert die heißblütige, aber kalt kalkulierende (sic!) Scarlett O'Hara den draufgängerischen Freibeuter und Kriegsgewinnler Rhett Butler zurück? Oder erfüllt sich ihre Liebe zu dem edel-wehmütigen Ashley Wilkes? Freuen Sie sich auf ‚Scarlett' – denn jetzt endlich wird das Geheimnis um die unbezähmbare Südstaatenschönheit gelüftet."

Kriegen sich Scarlett und Rhett Butler oder kriegen sie sich nicht?

Aus dem auslegungsoffenen Ende bei Mitchell wird unter der Hand der versierten Love-Story-Schreiberin Alexandra Ripley (inzwischen hat sie, versehen mit dem Signet „Scarlett-Autorin" weitere Seller auf dem Markt) ein „Geheimnis", das es zu lüften gilt. Mit diesem Kniff soll für die „autorisierte Fortsetzung von ‚Vom Winde verweht'" Spannung vorerzeugt und über 784 Seiten in Gang gehalten werden. Das Substrat des Geheimnisses, wer ahnt es nicht, atmet doch der Roman den restaurativen Geist der Reagan-Ära, es ist nichts anderes als das *happy end*, wovon die Finger zu lassen eine der Stärken der epischen Konstruktion Margaret Mitchells gewesen ist.

„Kriegen sich Scarlett und Rhett Butler oder kriegen sie sich nicht?" Schon nach wenigen Seiten weiß die Leserschaft von „Scarlett", daß der „edel-wehmütige Ashley Wilkes", ihre einstige Jugendliebe, aus dem Rennen ist. Er, der von Scarlett betreute Witwer (mit der Beerdigung seiner Frau Melanie hebt der Fortsetzungsroman an), wird von Seite zu Seite grauer, bis der Leser ihn schließlich ganz vergißt. Der Alte Süden ist endgültig dahin; inzwischen sieht ja auch Georgia, von wo aus Jimmy Carter bis ins Weiße Haus gelangte, sieht Atlanta, die Geburtsstadt von Coca-Cola, ganz anders aus: ein High-Tech-Milieu.

Die Lebenssituation, in die die revivalisierte Scarlett von Alexandra Ripley hineingestellt wird, ist unzweideutig charakterisiert. Das erste Kapitel trägt den Titel „Im Dunkeln allein"! Mit dieser Lagebeschreibung ist das Urteil über das Emanzipationsunternehmen der Mitchellschen Scarlett im Auftakt bereits gesprochen. Ihre weiland gegen die scheelen Blicke und den Widerstand ihrer Mitwelt eroberte und hartnäckig verteidigte Unabhängigkeit erscheint sogleich als nichts anderes denn Selbsttrug. Ihr energischer Selbstbehauptungsversuch nichts als ein eitler Wahn, der sie ins Dunkel geführt hat, wo sie nun – ziellos – umhertappt. Ohne Rhett Butler, der Leerstelle ihrer Alpträume, mit denen Ripley ihre Scarlett-Figur aus zweiter Hand gleichsam bestraft, ein Leben ohne Sinn, weil ohne traute Liebe in ehelicher Zweisamkeit. Die Ripleysche Scarlett, sie blickt zurück auf ein im Grunde verfehltes Leben. So eine muß eine unglückliche Frau sein, konventionalistisch betrachtet. Und die Leserschaft der frühen neunziger Jahre wird Zeile um Zeile mit der Nase daraufhingestoßen, worin das Verfehlte ihres kurzen und turbulenten Lebens in Selbständigkeit be-

* Der erste Teil war in Heft 1/1994 abgedruckt.

steht. Es ist das Verfehlen ihres „weiblichen Charakters", das zugleich als eine ins Schuldhafte gerückte Verfehlung am „weiblichen Ethos" bewertet wird. Nach wenigen Seiten schon, kaum zurück von der Beerdigung Melanies, bei Mitchell in ihrer häuslichen Weiblichkeit bzw. weiblichen Häuslichkeit die kontrapunktische Figur zum welthaltigen, eingreifenden Egoismus Scarletts, bekennt die Ripleysche Kunstfigur, von Anfang an aufgeladen mit Zeitgeist-Botschaften, gegenüber ihrer alten, schwarzen Amme resigniert das Mißlingen ihres biographischen Versuchs gelebter Unabhängigkeit ein: „Ich habe alles falsch gemacht, Mammy. Ich weiß nicht, wie ich so viele Fehler machen konnte." Und sie sinniert weiter: „Mein Leben ist ruiniert, und ich weiß nicht, was ich tun soll. Ich brauche Rhett, und er ist weg."

Zunächst, die metaphorische Rede vom Ruin, Leitmotiv des Romanbeginns, sie wird ausdrücklich nicht bezogen auf das, für was sie in der Yankee-Gesellschaft steht: den Verlust der ökonomisch-sozialen Selbständigkeit. Scarletts Geschäfte gehen durchaus gut, und bis zum Schluß des Romans wird sie der Leserschaft als eine geschäftstüchtige, unternehmungslustige Frau vorgestellt, die sich ihren Sinn fürs Geld als Spender von Individualität, Kraft und Lebensmöglichkeiten, Eigenschaften des Geldes, die spätestens seit Shakespeares „Timon von Athen" gewußt sind, durchaus bewahrt; (so viel Konzession an die Reagonomics will bei aller familialistischen Ideologie dieser Ära schon sein). Und ebensowenig kann sich Ripleys Ruinen-Metapher auf den Untergang des Alten Südens beziehen, denn Scarlett ist ja, dies die Pointe bei Mitchell, aus dessen Ruinen als Yankee auferstanden. Das weiß Ripley wohl, wiewohl sie, und darin manifestieren sich – nicht zum letzten Mal im Roman – Kompositons- und Motivierungsschwächen, versucht, den Zusammenbruch des Südens in die Beschreibung der „Lebenssinnruine Scarlett" hineinzuassoziieren. Nach der Beerdigung Melanies läßt Ripley noch eine weitere Repräsentantin des Südens und Figur aus der einstigen Nahwelt Scarletts sterben, eben jene Amme, der sie ihre traurige Lage („Im Dunkeln allein") einbekennt. Mit diesem Kunstgriff soll der Vorstellung vom biographischen *Schiffbruch* noch zusätzlich Glaubwürdigkeit verliehen werden.

Offenkundig ist, für Scarlett kann es keinen Weg mehr zurück zur Southern Belle geben. Hinter den Sieg des Yankeetums gibt es kein Zurück. Eine Epoche ist zu Ende, *dieser* Weg zurück ist historisch-gesellschaftlich für immer versperrt. Was aber kann die Schiffbrüchige aus ihrem durch ihr Selbständigkeitsstreben selbst verschuldetes Elend erlösen? „Es mußte doch eine Möglichkeit geben, ihr Leben aus den Ruinen zu bergen", läßt Ripley ihre Scarlett räsonieren. Um dieser Möglichkeit auf die Spur zu kommen, muß Scarlett erst einmal durchs Fegefeuer der Einsicht in das, was ihr die Ruinen beschert hat. Schritt für Schritt wird sie auf den Pfad der Erkenntnis geführt, bis sie später endlich so weit ist: „Ich habe ihm (Rhett) nie ein Zuhause gegeben, erkannte sie." Jetzt ist sie nahe daran, den Bann, unter dem ihr anscheinend verfehltes Leben gestanden hat, seit sie den Versuch gewagt hat, ihr Recht auf Selbständigkeit zu leben, zu lösen.

Der Mann verschwindet im Nebel

Jetzt gibt der stets wiederkehrende Alptraum „das *Geheimnis*" preis, mit dem der Verlagswaschzettel den Roman auf die kulturindustrielle Reise geschickt hatte: „Und doch war es diesmal anders. Denn früher war sie gerannt und hat die Hand nach etwas Namenlosen und Unbekannten ausgestreckt, aber diesmal konnte sie durch die lichten Stellen des Nebels Rhetts breiten Rücken erkennen, der sich immerfort von ihr entfernte." Zur Erinnerung, Roman wie Film „Vom Winde verweht" klingen bekanntlich mit der Szene des im Nebel verschwindenden Rhett Butler aus. Just hieraus hat Ripley jenen Alptraum gezimmert, der ihre Scarlett quält und zur Läuterung drängt. Und nun endlich nennt der Alptraum das Ziel der Erlösung beim Namen, verwandelt er sich in Sehnsucht, die ihren point of happiness geortet hat. Mit dem Sesamwort „Rhett", Name ihres Ehemannes, den sie hat entschwinden lassen, kommen Kracauers „Kleine Ladenmädchen", Personifikation der stets aufs neue betrogenen Sehnsucht nach *happy end*, doch noch zur Einlösung des Versprechens, das Margaret Mitchell, die den Weg ihrer Heldin offen gelassen hatte, partout nicht geben wollte. Und nun wird endgültig offenbar, was wir schon geahnt haben: Ripleys metaphorische Rede vom Ruin, von Scarlett als einer Schiffbrüchigen, bezieht sich einzig und allein auf das Verfehlen ihres „weiblichen Charakters" und die Verfehlung am „weiblichen Ideal", wonach jener gebildet ist. „Sie wollte besonders hübsch und *weiblich* für Rhett aussehen." Das ist gleichsam die Seite des outfits, aber Erotik allein genügt bekanntlich nicht. Was noch fehlt auf dem Wege zur Heilung und zum Glück, und auch diese Einsicht wächst ihr zu, das ist die Aktivierung ihrer verschütteten häuslichen Tiefenschichten. Die Entfremdung zwischen ihr und Rhett Butler, so wird ihr alsbald schmerzlich bewußt, rühre ganz wesentlich von ihrer mangelnden Bereitschaft her, diesem Mittvierziger, unter dessen Abenteurerschale ein guter, treusorgender und kinderlieber Familienvater wohnt, überzeugend die Aussicht auf ein „Zuhause" zu vermitteln.

Um das Ufer des Glücks zu erreichen, bedarf es für Scarlett freilich einer Kurskorrektur ihres bisherigen, auf Unabhängigkeit gegründeten pursuit of happiness um gleichsam 180 Grad, jedenfalls in Bezug auf die Definition des Sinns ihres Lebens. Nur bei einer Neubestimmung darf sie gewiß sein, nicht länger „im Dunkeln einsam" leben zu müssen, „nie wieder ausgeschlossen und einsam zu sein". Folgerichtig tritt der Prozeß der Läuterung der Mitchellschen Scarlett zur Ripleyschen als Rückverwandlung ihrer Autonomie in Heteronomie an den Tag. Der Weg dieser „Frau von dreißig Jahren" aus ihrer selbst verschuldeten Lebenskrise manifestiert sich denn in einer neuen, der Sache nach eher alten Definition des Sinns ihres Daseins. Und der lautet ganz einfach: Rhett Butler bzw. Ehemann. „Und sie wußte, daß er es war, nach dem sie suchte, wußte, wenn sie ihn erreichte, würde der Traum (jener Nebel-Alptraum – F. K.) seine Macht verlieren und verblassen, um niemals zurückzukehren." Die Erlösung hat ihren Heiland, das heißt Scarlett ihre Bestimmung in einem anderen. Rhett Butler wieder zu erobern, (im Amerikanischen heißt es präziser: „to get him back", aber im Deutschen vermittelt das Wort Erobern im erotischen Kontext etwas von Prickel und Abenteuer), wird zum endlich gefundenen Lebensinhalt. Mehr noch, die Rückkehr zu Butler ist zugleich eine Art Wiedergutmachung an begangenem Unrecht, Tilgung von

Schuld, die sie mit der Wahrnehmung ihres Rechts auf Selbständigkeit, das Einklagen des Egalitarismus, auf sich geladen hatte. Um diesen Vorgang noch mit der rechten Weihe zu versehen, gibt Ripley den Fingerzeig auf den angestammten Katholizismus im Hause O'Hara, zumal mütterlicherseits praktiziert. Der Kitsch galoppiert, zugleich die politische Wahrheit der Ideologie dieses Romans aus der Reagan-Ära freigebend: „Jetzt wand Scarlett sich vor Schuldgefühlen, weil sie so viele Jahre hindurch sämtlichen religiösen Gehorsam hatte vermissen lassen ... Selbstverständlich ging Scarlett zur Messe ... legte sie die Beichte ab ... und besuchte (dieses Mal ohne ökonomischen Hintersinn, wie noch bei Mitchell) ihre Schwester im Kloster." Besser geht's nimmer. Noch weiter zurück, hinter Nathaniel Hawthornes Roman „The Scarlett Letter" (1850), einer eindrucksvollen Kritik der Hölle bürgerlicher Ordnungs- und Ehemoralen, kann's kaum mehr gehen. Und doch, es geht noch weiter zurück.

Fahrt ins Archaische

Die Revitalisierung des katholischen Herkunftsmilieus ist erst die Vorbereitung für Scarletts Fahrt ins Archaische. Ripley läßt sie nämlich ins Land der Väter reisen, das sich freilich als das der Urmutter herausstellen wird: ins vorchristianisierte Irland. Anders, alle Wege und *Umwege*, die Scarlett geht, um zu ihrer Schicksalsbestimmung zu gelangen, an das Ziel ihrer „wahren Träume" (ohne die Umwege wäre der Roman nach spätestens 100 Seiten ausgeschrieben gewesen), haben wesentlich die Funktion, sie nach Rom, zum Ehemann, zurückzubringen.

Nachdem „ihr Entschluß einmal gefaßt war", ihren verlorenen Ehemann zurückzugewinnen, „änderte sich ihr Leben von Grund auf". In ihrer Entschlossenheit, „wieder Frau zu werden", das heißt Rhett Butler zurückzugewinnen, tritt die Ripleysche Scarlett als ein *Schrumpfwesen* in Erscheinung. „Jetzt, da sie ihr Leben in die Hand genommen hatte (sic!) und auf dem besten Wege war, sich zu holen, was sie wollte, konnte sie schlafen wie ein Säugling." Nicht nur kehrt der „Schlaf der Gerechten" zu ihr zurück, sie vergewissert sich zugleich auch ihres neuen Selbst, indem sie sich erst einmal in Shopping übt und als „traumlose Konsumentin" agiert; einen Typus, den Anita Loos, hier allerdings in beizender Ironie, in ihrem Roman „Gentlemen prefer blondes" (Blondinen bevorzugt) so glänzend porträtiert hat. Und wer Loreley Lee, die platinblonde und diamantensüchtige Heldin dieses Romans je lesend genossen hat, weiß, warum die zur „traumlosen Konsumentin" erwachte Scarlett bei Ripley auf einen Kostümball „lieber als Diamantenkönigin gegangen wäre, mit glitzernder Pappkrone, Diamanthalsband und Broschen".

Kurz, das biographische Skript und der Selbstbehauptungswille der Scarlett O'Hara schrumpfen zusammen auf die „Jagd nach dem verlorenen Ehemann". (Ein bißchen Erinnerung an den Mythos des US-Amazonentums will schon sein, so vollends kann Ripley ihre Scarlett denn doch nicht auf die Vorbereitung zur ehefräulichen Häuslichkeit zurückstutzen.) Im Gegenteil, ihr Läuterungsprozeß bedingt geradezu die Selbstbesinnung auf ihr „inneres weibliches Empfinden" und die „Waffen einer Frau", zumal immer dann, wenn Rhett Butler in Sehweite ist. Dieser wird an derartigen Romanstellen porträtiert, als sei er soeben aus einem Werbespot entstiegen: „Rhett! Scarlett verschlug es die Stimme. Wie gut er aussah. Er mußt irgendwo in der Sonne gewesen sein, er war braun wie ein Indianer." (Die Kataloge der Tourismus-Branche lassen grüßen.) So tut denn Scarlett alles, um Rhetts Erscheinungsbild angemessen respondieren zu können. Fortan wird man nicht mehr von ihr sagen können, was im Mitchellschen Roman ihrem zweiten Ehemann so übel aufgestoßen ist. Dort hatten die Leute dem armen, gebeutelten Frank Kennedy merken lassen, wie unverständlich es für sie ist, daß er Scarlett erlaube, „to unsex herself" – Codewort für deren in den Augen der Umwelt schmähliche „Vermännlichung zur Yankee".

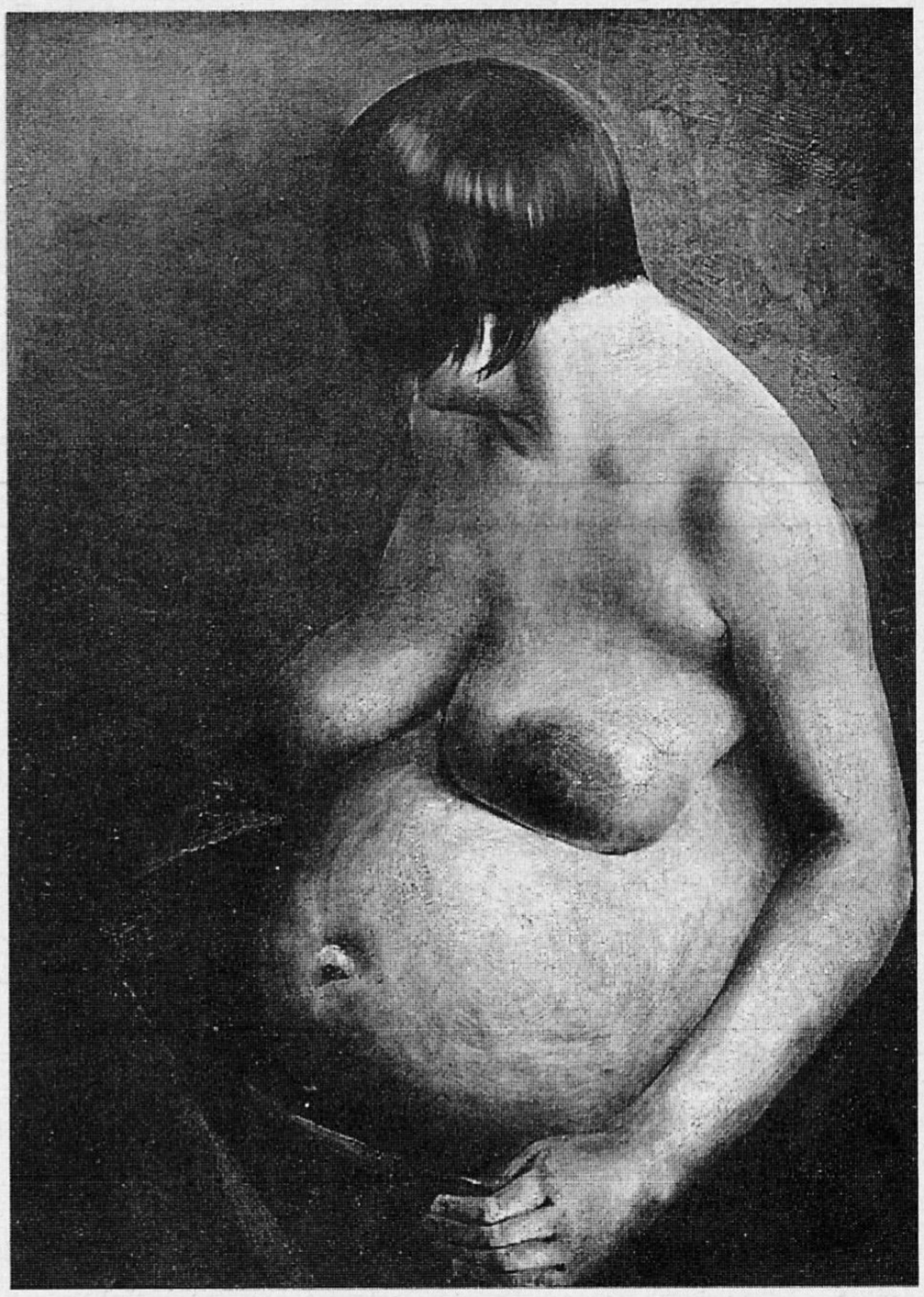
Zwar wird das Motiv ihres Selbstbehauptungswillens und ihres unbändigen Selbstvertrauens aus dem Mitchellschen Roman in die Fortsetzungsstory herübergenommen („Sie war kein Mensch, der aufgab"), aber in zugericheteter Form, verkürzt auf das Begehren und die Sehnsucht nach dem einstweilen noch verlorenen Rhett Butler. Dementsprechend wird auch das Bewährungsfeld der Selbstbehauptung, bei Mitchell die (männlich dominierte) Konkurrenzgesellschaft im Zeichen des Yankeetums, zurückgenommen und eingeengt auf die erotische Konkurrenz zwischen Frauen, die stereotype Buhlerei um die Gunst des Favoriten. „Wettbewerb", heißt es in Ripleyscher Verdünnung und geschlechtsideologischer Psychologisierung, „hatte sie (Scarlett) schon immer in Erregung versetzt". Um die Fabel romankompositorisch plausibel erscheinen zu lassen, behilft sich die Autorin deshalb eines üblichen Kniffs. Sie läßt Rhett Butler eine andere heiraten. So hat denn Scarlett das delikate Vergnügen einer verehelichten Konkurrentin. Die Selbst- als Eroberungssucht nimmt die schnöde Form der Eifersucht an. Damit aber Scarlett nicht dazu getrieben wird, neuerlich Schuld auf sich zu laden, indem sie Rhett Butler zum Ehebruch verführt, läßt die schlaue Alexandra Ripley die Ehefrau fristgerecht sterben. So wird auch von dieser Komplikationsseite her der Weg frei fürs *happy end*. (Bekanntlich gehörten Ehebruch und Scheidungsraten zu den beliebten Themen der moralisch-politischen Kampagnen der Reagan-Ära nicht nur zu Wahlkampfzeiten.)

Re-Erotisierung des Habitus

Unterm Strich, auf dem Wege zu ihrem verlorenen „weiblichen Selbst" verordnet sich Scarlett erst einmal eine systematische Re-Erotisierung ihres Habitus, der natürlich beim Outfit anfängt. „Herrjeh, sie sah aus wie ein Gespenst. Sie legte Rouge auf, wählte schweres Parfüm und rüstete sich mit ihrer Unschuldsmiene für die Jagd." Es zeigt sich aber, daß dieser erste Schritt zur Revision ihrer Befangenheit in der „Naturwidrigkeit" einer „vermännlichten Yankee" zwar eine notwendige, nicht aber hinreichende Bedingung ist, um ihren Erfolg auf dem nunmehr eingehegten weiblichen Leistungsterrain zu garantieren. Der zweite Schritt zur Revision der „Naturwidrigkeit", und bei diesem dürfte es jenem alteuropäischen Graf Keyserling wieder etwas wärmer ums Herz geworden sein, hätte der Ripleys „Scarlett" noch lesen dürfen, greift über die erotische Hülle hinaus, bzw. geht ins Zentrum des „weiblichen Charakters", dessen leitendes Ideal bei Margaret Mitchell brüchig und das von ihrer Heldin, Kälte verbreitend, außer Geltung gesetzt worden ist: die Mütterlichkeit.

Um nicht länger mehr „im Dunkeln einsam" zu sein, ist Ripleys Scar-

lett nun disponiert, „mit hohem Einsatz“ zu spielen. (Man erinnert sich Brechts Notiz aus seiner Exil-Zeit in den USA, wonach in Hollywood und Hollywood-Skripts „spielen acting und gambling“ meint.) Wieder „ganz Frau“ geht ihr alsbald ein Licht auf, nachdem es ihr auf dem bisherigen Weg noch nicht gelungen ist, Rhett Butler („eher ein Mythos als ein Mann“, wie es Ripley unversehens in die Zeilen rutscht) zurückzucircen. Zunächst hatte sie, und Ripley ist eine versierte Kennerin der US-amerikanischen Mythen, den Umweg über die „Mutter - Sohn - Beziehung“ („Momism“) gewählt; sie sucht Butlers Mama auf, um in seine Nähe zu kommen. Gestärkt durch dieses Vertrauen, das Rhetts Mama ihr entgegenbringt, spielt sie erst einmal ihr erotisches Repertoire aus. Butler aber, auf der Hut, ihr zu er- und unterliegen, weicht gezielt aus. Aber wie der männliche Mythos überhaupt, hat auch dieser amerikanische Trivialmythos des hingebungsvoll-zärtlichen nicht weniger als starken und deshalb umwerfend bezaubernden Mannes seine Ferse des Achill. Und aus Mitchells Roman ist bekannt, wo die Ferse ihren seelischen Ort hat. Butler ist nicht nur hochgradig mutterfixiert (zudem muß er noch an seiner Familie in Gestalt der „Alten Dame Mutter“ Wiedergutmachung für seine Jugendsünden als Vagabund leisten), sondern auch kindversessen. (Von der Mutterfixierung Butlers weiß die Leserschaft erst durch Ripley, die wiederum weiß, daß Psychoanalyse seit den Tagen der Margaret Mitchell inzwischen längst als eine kulturelle Massenware in den USA sich rechnet.) Höchst folgerichtig setzt deshalb Scarlett, nach der Mutterbindung, ihren Hebel bei Butlers Kinderversessenheit an. Wie sich schließlich zeigt, ist dies gegenüber dem erotischen Repertoire die entschieden schärfere „Waffe einer Frau“. Aber der erfahrungsgesäuerte Rhett ist auch an diesem seinem Schwachpunkt äußerst vorsichtig. Scarlett tritt deshalb erst einmal auf der Stelle: „Nun gut, dann mußte sie eben noch schlauer sein, das war alles. Sie mußte die Idee aufgeben, *sofort* ein Kind zu bekommen.“ Allerdings, der Autorin ist keine plausible List, genauer: kein Trick eingefallen, mit dem Scarlett Butler aufs Kreuz legen könnte, nachdem das erotische Styling nichts gefruchtet hatte. Wie alle zur Trivialität tendierende Literatur behilft sie sich mit dem Zufall.



Otto Dix, Schwangere, Halbakt

Dieser ist es dann, der sie ihrem Märchen wiedergewonnener Zweisamkeit ein Stück näherbringt. Und es hat schon den Charakter des unfreiwillig Parodistischen, wenn es dem zufälligen Kentern eines Bootes auf dem Mississippi sich verdankt, daß Scarletts „biographischer Schiffbruch“ behoben, ihr Leben schließlich wieder ins „weibliche Lot“ gebracht wird. Butler rettet Scarlett vorm Ertrinken, eine Grenzerfahrung so recht nach dem Kulturwarengeschmack, um mit ihr am Strand (wer hat nicht schon die entsprechende Kameraeinstellung und das Werbetourismus-Ambiente vor Augen) in schöner Wildheit sich zu vereinigen. Klar, daß Scarlett, die bei Mitchell angelegentlich von Butler vergewaltigt worden ist, dieses Mal das einverständig-verlangende Sesam-Wort „Ja“ auf den Lippen hat: „‚Ja!‘ rief sie wieder und wieder und erwiderte Rhetts Leidenschaft, erwiderte sein Verlangen.“

Nun hätte der Roman endgültig enden können. Aber Butler verläßt sie noch einmal, dieses Mal jedoch geht er nicht in den Nebel, sondern in den Regen hinaus. (Wer denkt da nicht an das Bonmot von der Farce des zweiten Mal). Unter der Tür sozusagen läßt er Scarlett noch wissen, daß er gleichwohl immer noch als Beute in Frage kommt: „Ja, bei Gott! Ich will dich, und ich verzehre mich nach dir. Du bist das Gift in meinem Blut, Scarlett, die Krankheit meines Gemüts. Ich habe Männer mit einem Hunger nach Opium gekannt, der war so wie mein Hunger nach dir. Ich weiß, was aus einem Süchtigen wird. Er wird zum Sklaven, dann geht er zugrunde. Fast wäre es auch mir so ergangen, doch ich bin dem entronnen. Und ich werde es nicht noch einmal riskieren. Ich werde mich nicht um deinetwillen zerstören.“

Butler sollte sich täuschen. Mehr noch, er hat die Rechnung ohne die Wirtin gemacht.

Versäumte Mutterpflicht

Scarlett ist nun dank des zufälligen Kenterns schwanger. Mit dem Faustpfand im Bauch und der Gewißheit im Hirn: „Ich weiß, ich gehe dir doch nicht aus dem Kopf, so sehr du dich auch abmühst. Du kannst ohne mich nicht leben“, unternimmt sie erst einmal jene Reise über den großen Teich nach Irland, hinab in ihre mythische Vergangenheit. Sie kann die Jagd getrost vertagen bzw. darauf bauen, daß ihr die Beute nachschwimmen wird, ohne mehr mit der Angel auf sie zusteuern zu müssen.

Den einmal eingeschlagenen Weg weg von ihrem vormaligen „naturwidrigen“ Leben als Yankee hin zu Neuer Natürlichkeit geht sie nicht weiter, ohne noch einmal Schuld abzutragen. Zunächst „verspürte“ sie nur einen „Augenblick ... Schuldgefühle, nicht mehr Weihnachtsgeschenke an Wade und Ella (zwei ihrer Kinder aus Mitchells Zeiten) geschickt zu haben“. Später schickt sie sich dann an, bislang versäumten Mutterpflichten endlich nachzukommen. Wenn auch die inzwischen in die Jahre gekommenen Kinder abwinken,

der gute Wille schon erleichtert Scarletts Gewissen.

Mehr oder weniger entschuldet von den Verfehlungen während ihrer Yankee-Biographie, nunmher ausgestattet mit einem leidlich funktionierenden Gewissen, aber immerhin, ihr ist nun eines zugewachsen, kann sie sich auf die Abenteuerreise nach Irland begeben, dem Land ihrer Väter, das sich jedoch als *Mutter-Boden* zu erkennen gibt. Noch bevor ihr Schiff in See sticht, entledigt sie sich endgültig auch noch des Habitus einer Southern Belle. Diesen hatte sie sich, aus berechnenden Gründen, Rhett sollte mit dem Erotic-cover umgarnt werden (Aber: „Niemand konnte eine Frau dafür tadeln, daß sie versuchte, ihre Ehe zusammenzuhalten."), für eine kurze Weile noch einmal angelegt. Inmitten der irischen Einwandererkolonie, dem Startplatz ihrer Reise ins Mythische, lernt sie hier ihren irischen Herkunftsclan kennen, befällt sie, überwältigt von der „Ursprünglichkeit" des „irischen Wesens", die Einsicht, daß nicht nur die Lebensform einer Yankee, sondern auch die einer Southern Belle schal und eitler Wahn ist. Der Folklorismus greift Platz. „Im Kreis der Familie teilten die O'Haras Liebe und Glück ebenso freigebig und bedenkenlos, wie sie die Luft zum Atmen teilten. Scarlett spürte, wie sich etwas in ihr zu regen begann, das ihrem Gedächtnis seit allzulanger Zeit entfallen war. Sie wurde eine wirkliche O'Hara, unverstellt und spontan und imstande, sich unbeschwert ihres Lebens zu freuen. Sie vermochte das Raffinierte und Berechnende abzustreifen, das sie als Waffe zu gebrauchen gelernt hatte – vor allem in den Eroberungskämpfen, wie sie zum Leben einer Belle, einer Schönen in der Gesellschaft der Südstaaten, nun einmal gehörten.

Sie hatte es nicht nötig, zu bezaubern oder zu erobern, sie war willkommen, wie sie war, jemand, der zur Familie gehörte. Zum ersten Mal im Leben war sie bereit, das Zentrum ihrer Aufmerksamkeit anderen zu überlassen."

Der Triumph der Natürlichkeit und des Familiensinns über ihre feudale Selbstsucht sowohl wie ihren späteren Yankee-Egoismus, er geht jedoch nicht so weit, daß sie nun an der Hausarbeit Freude fände. Auf das Ansinnen „Du machst das. Die Küche ist Frauensache." reagiert sie unwirsch und widerspenstig, Restgestalt der Mitchellschen Scarlett. Diese war es als Belle sowohl wie als Yankee gewohnt, Hausarbeit als Sklavendienst bzw. lohnarbeitsförmigen Service verrichten zu lassen, woran sich auch später nichts ändern wird. So weit konnte auch in der Reagan-Ära das Rad nicht zurückgedreht werden, daß es glaubwürdig erschiene, eine Frau vom Typ Scarlett gewönne nun der familialen Hausarbeit Geschmack ab. Familiale Häuslichkeit ja, aber mit Reproduktionsservice.

Für die Reise ins Land der irischen Väter ist Scarlett gut eingestimmt. Noch in Amerika hatte sie sich auf Familien-Friedhöfen umgetan. Die Annäherung an die französischen Vorfahren der Mutter läßt das retrospektive Gefühl für die Welt der Ahnen aufkeimen. Zukunft und Vergangenheit nehmen in ihr Platz, untrügliches Zeichen dafür, daß der „Ungeist des Yankeetums", dessen Zeitform die Gegenwart ist, aus ihr weicht: „Als Kind eines irischen Einwanderers war Scarlett von der Dauerhaftigkeit deses Grabmals (dieses Mal ist es das der Familie Butler – F. K.) schwer beeindruckt. So viele Generationen schon und all die künftigen Generationen ... Amen."

Triumph der Natürlichkeit

Natur und Ahnen, die Weichen für Scarletts irische Erfahrungen sind gestellt. Der Kompaß zeigt auf *Tara*, nicht das Mitchellsche Tara, das Südstaaten-Herrenhaus, sondern das irische Ur-Tara, von dem aus einst ihr Vater aufgebrochen war, um sein Glück in Amerika zu machen. „Tara", so erfährt sie von ihrem Vetter, einem Priester, der sich an der irischen Freiheitsbewegung gegen die englische Okkupation beteiligt, „ist für uns Iren ein Zauberwort. Es war der Mittelpunkt ganz Irlands, der Sitz der Hochkönige... Es war ein edler Traum deines Vaters, ein neues Tara in dieser neuen Welt Amerika errichten zu wollen." (Ripley erborgt sich hier so nebenbei noch das religiöse Fundierungsmotiv der Pilgrim Fathers, die gedachten, in Amerika ein New Jerusalem zu bauen.)

Der Weg zurück ins Ursprungstara ist begleitet von einer Reihe von Wandlungen, die, in *folkloristischer* Verpuppung, an Scarlett vor sich gehen. Da ist zunächst einmal die Befreiung vom Korsett, die Wiedergewinnung „unverstellter, natürlicher Körperlichkeit". Erst einmal hatte sie, noch ganz die gewitzte Scarlett, das Korsett zum Behälter für ihr Reisegeld umfunktioniert: „Das Geld hielt ihren Rücken gerade, und die Taille schmal, denn sie hatte die Stahlstreifen aus ihrem Korsett durch Goldmünzen ersetzt." Später wird sie das Gehäuse des Korsetts, Symbol zivilisatorischer Einschnürung, vollends abwerfen: „Befreit von den Zwängen des der Mode entsprechend geschnürten Mieders und ohne den Metallkäfig des Korsetts und seiner Verstrebungen, war sie erheblich beweglicher und konnte zum ersten Mal seit vielen Jahren den ganzen Tag über frei atmen." Freiheit als Atemfreiheit. Auch noch den modischen ostasiatischen Religionsfolklorismus läßt Ripley ein wenig hereinwehen.

Sodann verwandelt sie ihr Outfit, umgestellt auf Folkloristisch-Luftiges, dem irischen Grün an, bis hin zu „grünen Slippers". Überhaupt figuriert das Grün als symbolistische Anti-Farbe zu allem, was zivilisatorisch-kulturell erscheint („Die Grüne Insel enttäuscht ihre Erwartungen nicht."). Grün, es ist das Dementi aller bisherigen Scarletts, des Scharlachroten, des Sündigen, Lasziven, Widerspenstigen. Ripley, wissend um den postmodernen Zeitgeist, nimmt bei Scarletts Fahrt ins Grüne der Neuen Natürlichkeit auf deren „grüne Augen", einst bei Mitchell als Lebenswille und Angriffslust betont, gleichsam eine Hypothek auf, um hierüber den Zugang zum Ambiente von Magie und Zauber, allen Naturmythologisierungen seit alters her liiert, literarisch zu finanzieren („Deine Augen sind so grün wie die einer Katze.").

Schließlich, und dies bezeichnet den Kulminationspunkt der Metamorphose Scarletts zur Frau neuen Typs, der Auslöschung ihrer Southern Belle und Yankee-Vergangenheit, macht sie die jähe Entdeckung des alles in den Schatten stellenden Eigenwertes der Mutterschaft. Ist ihre Schwangerschaft bis dato noch primär Faustpfand gegenüber dem Vater, Rhett Butler, gewesen, so wird ihr, gleichsam in der Stunde ihrer Niederkunft, auf dem irischen Mutter-Boden die Frucht der wahren Erkenntnis ihrer Bestimmung zuteil: „Scarlett O'Hara", und nun wird Ripley zeitgeistkonform sentenziös, mithin drastisch tendenziös, „deren bisheriges Leben von einer großen inneren Leere erfüllt gewesen war und die nie gewußt hatte, was ihr eigentlich fehlte, war auf einmal voll von reiner, verzehrender Liebe." Mit der vierten

Niederkunft also ereignet sich die vollständige Revision aller bisherigen Individualitätsformen der Scarlett O'Hara. Folgerichtig faßt sie den Entschluß: „Nie wieder werde ich, nur um feine Dame zu sein und meine Figur zu bewahren, meine Brüste einschnüren und den Milchfluß unter Schmerzen versiegen lassen. Dieses Kind werde ich bei mir behalten und selber stillen. Ich werde es ernähren, ihm Kraft geben und miterleben, wie es wächst und gedeiht." Die Taufe folgt auf dem Fuß, Kitty Cat, Cathleen wird sie heißen. Nun fehlt nur noch Rhett Butler zum *happy end*, der allerdings von seinem Vaterglück noch nichts ahnt.

Erst einmal, das Purgatorium der Scharlachroten, der Scarlett zur grünen O'Hara ist vollbracht: „Scarlett O'Hara, die die Kunst, den Männern den Kopf zu verdrehen, aus reiner Lust und Tollerei zu einem regelrechten Sport geworden war" (Ripley kennt nur noch die Kümmerform der selbstbewußten Yankee), erkannte, daß sie nur mehr als Nahrungsquelle diente – für eine kleine Person, die sie so sehr liebte, wie sie noch nie in ihrem Leben ein menschliches Wesen geliebt hatte. Nachdem sie erfahren hat, „was wahre Mutterliebe und wahre Mutterschaft bedeuten", hat sie nur noch eine Gefahr zu überwinden, die aber nicht mehr von ihr ausgeht. Sie lauert im Naturmythos, dem sie sich angeglichen hat, indem sie ihre Daseinsformen als Southern Belle, Chiffre für Kultur, und als Yankee, Chiffre für Zivilisation, hinter sich gelassen hat, das heißt nachdem sie ihre „Naturwidrigkeit" aufgehoben hat, zur „Natur" zurückgekehrt ist. Zwei „Ur-Erlebnisse" sind es, „Existential-Situationen", worin die im Naturmythos nistenden Gefahren aufkeimen. Da ist einmal die irische Begegnung mit der Mutter ihres Vaters, die, das paßt romandramaturgisch bestens, gerade ihren 100. Geburtstag feiert. Diese Repräsentantin des matriarchalen Mythos, Ripley tut alles ihn herbeizurufen, diese Inkarnation der Ahnen-Identität eröffnet den Weg zur Schlußdramatik des Romans. „Deine Augen sind so grün wie die einer Katze!" läßt die Ur-Großmutter sich vernehmen. (In Yankee-Zeiten waren sie so grünschimmernd wie „Diamanten"!) Danach „bekreuzigt" sie sich hastig, um fortzufahren: „Sag mal, Katie Scarlett, war deine liebe Mutter eine Hexe?" Die Melodie, ganz postmoderner Zaubergarten-Zeitgeist, ist angeschlagen („In Irland wimmelte es nur so von Feen und Kobolden"). Und wie es der romankompositorische „Zufall" zum Zwecke der Steigerung der Spannung so will, stirbt die Großmutter just in der Zeit, als die Urenkelin, Scarletts Tochter, geboren wird. Prompt stellt sich die dumpfe Atmosphäre des Aberglaubens ein.

Otto Dix, Frau mit Kind

Mythisches Raunen

Da ist zum anderen Scarletts Erlebnis mit dem mythischen Raunen der Natur. Nahe bei dem Ursprungs-Tara, dem alten Turm, inmitten dem „Grün über Grün ... voller Leben ... regte sich tief in ihr ein uraltes Gefühl aus heidnischer(!) Zeit, die kaum zu bezähmende Wildheit, die in ihr geruht hatte und nun mit einem Mal ihr Blut in Wallung brachte. Ja, da war es, was es bedeutete, ein König zu sein – die Höhe über der Welt, die Nähe zu Sonne und Himmel. Sie breitete die Arme aus, um hier auf dem Hügel das Leben zu empfangen, während die Welt ihr zu Füßen lag." Nach einem derartigen Mystizismus der Lebensempfängnis, herbeiassoziiert mit aufgewärmter Lebensphilospohie („Blut", „Leben"), fällt dann prompt das magische Wort „Mysterien", Kern aller gegenaufklärerischen Naturmythologien und von Naturmystagogen aller Couleurs, voran zu Anfang des 20. Jahrhunderts Knut Hamsun (Roman „Mysterien") und seither stets aufs neue exploitiert. Wo Natur als Mysterium erfahren wird, ist der Alp der Sage nicht weit. So läßt denn Ripley auf dem irischen Ur-Tara einen „alten Fluch" lasten, ein Blutschuld-Verhängnis. Damit hat die Autorin die Elemente für eine Szenerie der Unheimlichkeit beieinander. Es handelt sich um Mysteriöses aus kulturindustrieller Hand. Alsbald schlagen Naturmythos und Mysterium zurück, aus den Graswurzeln der irischen Idylle sprießt ein Horrorszenario hervor. Katastrophisches bildet die Kulisse, vor der die Reise der Scarlett O'Hara in die „Natürlichkeit" endet. Während Ballyhara, die taranahe Siedlung, welche sie wiederaufgebaut und zum Florieren gebracht hat, in Flammen aufgeht (Ripleys billige Reprise der Szenerie des brennenden Atlanta in Margaret Mitchells Bürgerkriegepos), macht sich die irritierte und losgelassene Dorfmeute auf die Suche bzw. Jagd nach Scarletts Tochter Cat, die als Quelle allen Übels, aller Naturkatastrophen, die über Ballyhara hereinbrechen, gilt. Das Wort vom „Hexenbalg" macht die düstere Runde. („Der Wechselbalg muß verbrannt werden, das dunkle Ding, das alles Elend über uns gebracht

hat.“) Während es bei Mitchell eine Scarlett gewesen ist, die sich und die ihr Anvertrauten beherzt und auf eigene Faust aus der Katastrophe des brennenden Atlanta rettet, nachdem sie von Rhett Butler im Stich gelassen worden war, taucht dieser nun bei Ripley als der ersehnte Retter und Beschützer auf. Klar, daß Butler dem Objekt seiner Begierde längst schon nach Irland gefolgt ist, was Scarlett durchaus auf ihrer Rechnung hatte. „Rhett wir brauchen dich so sehr“, mit diesem Seufzer bedürftiger Schwäche wird der Leserschaft die Gestimmtheit Scarletts schon vor den dramatischen Schlußereignissen im Roman sinnfällig gemacht. Und um nun das Glück vollkommen zu machen, erkennt Butler in der Stunde der höchsten Not, die Dorfmeute ist schrittnah, Cat als seine Tochter. „Hatte es je einen Mann gegeben, der so kindervernarrt war wie Rhett Butler?“ Scarlett ist's zufrieden, auch darin hatte sie sich nicht getäuscht.

Getäuscht freilich, und dies ist die Botschaft Ripleys, hat sie sich in der ihr zugedachten Bestimmung. Die Autorin hat durchdemonstriert, daß der Mitchellsche biographische Entwurf yankeeförmiger Selbständigkeit in die Irre, zu Schmerzen und Unglücklichsein führt. „Jemanden glücklich machen“ und sich anlehnen (dies wird noch angelegentlich mit Gesten unterstrichen), das sind dagegen für die geläuterte Scarlett aus Ripleys Feder die Garantien dafür, daß der pursuit of happiness zum vollendeten Glück führt. So kann denn Rhett Bulter erleichtert konstatieren: „Du hast dich verändert, Scarlett.“ Als sie dann noch ihr Wort gibt: „Diesmal mache ich es besser, das verspreche ich dir“, ist der Reagansche Zeitgeist nicht mehr zu überbieten. Die einstige Ehescheidung, die Butler rückblickend eine „Amputation“ nennt, ist aufgehoben in die Harmonie der Kleinfamilie, die sich nach langen Irrfahrten wieder gefunden hat.

Hatte nicht Reagans Hausphilosoph, der Soziologie George Gilder, der die Bibel der Angebotswirtschaft „Wealth and Poverty“ geschrieben hat, eindringlich für die Rückkehr der Frau in die hierarchisch geordnete Familie geworben?! Seit sich die Frauen, so Gilder, vom Konsumterror hätten blenden und sich – wider ihre „weibliche Natur“ – zur Jagd nach beruflicher Selbständigkeit hätten verführen lassen, sei Amerikas Sozialkultur durcheinander geraten, ablesbar an der „Entmannung des Mannes“, will sagen: an den „stark ansteigenden Scheidungs- und Trennungsraten“.

Vor diesem Horizont ist die „Heilung“ der Mitchellschen Scarlett O'Hara zur Ripleyschen zu begreifen. Aber da bleibt noch ein Rest. „Ich weiß nicht, wo ich hingehöre“, läßt die „geheilte“ Scarlett Rhett Butler wissen. Die Southern Belle, das ist vorbei. Die Yankee, das war ein Fehlschlag. Die irische Fahrt in die Natürlichkeit, die „Flucht aufs Land“ geriet zur mythischen Geisterbahn. Ripley ist klug genug, zumal dem weiblichen amerikanischen Lesepublikum die Nacht der irisch-europäischen Mysterien nicht als letztes Wort zu offerieren. George Bushs Wiederwahl ist nicht zuletzt an der weiblichen Wählerschaft gescheitert, die in Hillary Clinton eher sich wiederzuerkennen vermag denn in der Gestalt einer Scarlett O'Hara, die im irisch-grünen Mythos verschwindet.

Mobilitätsfroher Egalitarismus

Dem Geist des Amerikanismus, dem expansiven, mobilitätsfrohen Egalitarismus muß auch Alexandra Ripley ihren Tribut zollen. Gewiß, ihr Roman klingt mit „diesem ersten Morgen unseres gemeinsamen Lebens“ aus. Aber zuvor läßt Butler Scarlett auf deren Frage nach ihrer Zugehörigkeit wissen, daß sie zwar *zu* ihm gehöre, aber er sie nicht zurückplaziert sich wünscht in die familiale Häuslichkeit: „Du gehörst zu mir, Scarlett, hast du das denn immer noch nicht gemerkt? Und uns gehört die Welt, die ganze Welt. Wir sind an kein Stück Land gebunden, sind keine Heimchen am Herd. Wir sind Abenteurer, Freibeuter, Blockadebrecher. Ohne Herausforderung ist unser Leben nur die Hälfte wert.“ Aus dem Munde des Mannes erklingt die Versöhnung zwischen dem zwar von der Mitchellschen „Anomalie“ geheilten, gleichwohl aber nicht ins Vormoderne regredierten „weiblichen Ideal“ mit den alten Leitsternen der Yankee- und Pionierkultur.

Nirgends deutlicher tritt die Nuance des Unterschieds, worin die fundamentale Differenz zwischen dem Mitchellschen und Ripleyschen Entwurf aufscheint, an den Tag, als in der kontrapunktischen Führung der weiblichen Schlüsselfiguren. Bei Mitchell ist Melanie der Kontrapunkt zum biographischen Selbstbehauptungsunternehmen Scarlett O'Hara gewesen. Melanie, das war bei Mitchell die Verkörperung des bürgerlichen „weiblichen Ethos“ in Gestalt exemplarischer Geschlechterdifferenz, worin der Egalitarismus nicht den bestimmenden Bezugsrahmen bildet. Bei Ripley gibt es ebenfalls eine kontrapunktische weibliche Figur. Das Gegenbild zu ihrer Scarlett, gleichsam eine Restauration „unverstellter Weiblichkeit“, stellt die junge, selbständige Rosemary dar. Dieser Henry James lesende „Blaustrumpf“ mit ihrem „kratzbürstigen Drang zur Unabhängigkeit“, wird eindeutig negativ porträtiert. Sie wird denunziert als eine, die „nicht halb so modern ist, wie sie sich gerne hinstellt“. Und Ripley setzt bei dieser Frau, mit ihrer Unfähigkeit, nach einem Mann sich zu sehnen, noch eins drauf. „Vielleicht“ hätte „Rosemary geliebt und geheiratet und Kinder gehabt“, wenn sich ihr Bruder, Rhett Butler, mehr um ihre Sozialisation gekümmert hätte. So macht Butler recht eigentlich an Scarlett gut, was er an seiner Schwester Rosemary verbrochen hat. So gesehen liest sich Ripleys „Scarlett“ auch als Vademekum für „moderne Männer“, die das „Glück der Frauen“ im Auge haben. New Hollywood? Kaum.

Nachschrift. „Mittelklasse“, so bezeichnet Lion Feuchtwanger in seinem literartheoretischen Fragment über „Größe und Grenzen der historischen Dichtung“ („Das Haus der Desdemona“) den soziologischen Ort der Autorin von „Gone with the wind“ und den ihrer epischen Schlüsselfiguren. Mitchell beziehe unkritisch deren Weltauffassung und Perspektive. Gewiß, aber, so ist hinzuzufügen, sie nimmt sie ernst, indem sie Grenzen und Größe bürgerlicher Selbstbehauptung, indem sie das Möglichkeitsfeld einer Frau innerhalb bürgerlich-kapitalistischer Vergesellschaftung egalitaristisch ausmißt. Allemal epischer Spirit. Ripley demgegenüber ist wohlfeile Kulturware, die als ebendiese sich weiß. Zeitgeist, der dennoch nicht die „Widerspenstige“ vollends zu zähmen vermochte. ■

Univ.-Doz. Dr. Friedhelm KRÖLL ist Soziologe in Nürnberg, er lehrt auch an der Universität Wien.

Kunst und Diktatur

Fragen an eine hoffentlich antwortbereite Ausstellung*

Arthur WEST

Betrachtungen über eine Ausstellung noch ehe die überhaupt betrachtet werden könnte? Da gelten sie, und das ist gut so, nicht erst dem Gelingen oder Mißlingen eines Vorhabens, sondern dem Vorhaben selbst: seiner Richtigkeit und Wichtigkeit, seinen Voraussetzungen, den Möglichkeiten wie den Grenzen und – Tücken.

Tücken? Es scheint doch alles so einfach und klar: Kunst und Diktatur bilden eben ein Gegensatzpaar, die Diktatur ist, wie wir wissen, das Böse, Garstige und Niedrige, die Kunst demgegenüber das Gute, Schöne und Edle; und da fällt die Wahl gewiß nicht schwer, schon weil wir, ganz allgemein, anständige Menschen und zudem, im besonderen, ein Kulturvolk sind. Die nunmehrige Ausstellung soll und wird uns das neuerlich bestätigen, einschließlich unserer Entschlossenheit nach grausiger Eigenerfahrung jeglicher Wiederkehr einer Diktatur, die ja eben auch die Kunst verunstaltet, entgegenzutreten, ganz wie es dem vielbeschworenen Geist unserer Zeit entspricht.

Nur: Hätte eine Wiener Ausstellung über Kunst und faschistische Diktatur nicht schon vor etlichen Jahrzehnten stattfinden können? Vielleicht sogar: Stattfinden müssen? Die Diktaturen Hitlers und Mussolinis wurden vor fast einem halben Jahrhundert zerschlagen, und das, was sie auch in der Kunst (und leider auch durch die Kunst) angerichtet hatten, wäre schon früh dokumentierbar gewesen. Selbst wenn man, um nicht „zu schmalspurig" zu fahren, sondern auch „gewisse Unterschiede" aufzuzeigen, so wie jetzt einen „Dritten im Bunde" gewünscht hätte, wäre ein solcher unschwer aufzutreiben gewesen: Francos Spanien, etwa, oder Salazars Portugal; oder auch Horthys Ungarn oder Pilsudskis Polen. Einmal ganz abgesehen von Batistas Kuba, Somozas Nicaragua, Pinochets Chile und Duvalliers Haiti, die ja alle etwas abseits „unseres europäischen Denkens" liegen ...

Warum also hat sich, was sich da „Zeitgeist" nennt, mit seinem Geist so beachtlich viel Zeit gelassen?

Weil doch jemand gefehlt hätte, den „man" unbedingt mit dabei haben wollte? Nämlich Stalins UdSSR? Auch die gab es zwar längst; und hierzulande auch den ausgeprägten Willen, sie anzuprangern; doch fand sich, solange St. Petersburg noch Leningrad heißen durfte, wohl kein „Leihgeber" just und ausschließlich für die hierorts (und hieramts) brauchbaren Kunstbelege.

Nun aber wurde diese Hürde genommen (ob „sanft" und „samten" oder nicht, und wie immer man das Ereignis bewerten mag). Allerdings sind damit – weltweit wie auch in Österreich – für Frieden, Freiheit und Demokratie, auch für Kunst und Künstler (reichlich anders als für Ausstellungen!) nicht eben goldene Zeiten angebrochen, und da drängt nach wie vor, ja in zusätzlicher Dimensionierung eine Grundsatzfrage auf Antwort:

Kann man, ja darf man in Österreich eine dringend benötigte großangelegte und reichgeförderte antifaschistische Ausstellung nur dann und erst dann zuwege bringen, wenn sie mit dem Faschismus gleich auch die einzige Kraft dem öffentlichen Mißfallen zuweist, die ihn besiegen könnte und der Österreich sein Wiederbestehen zu danken hat: die Sowjetunion und das internationale Bündnis mit ihr?

Warum läßt sich so schwer begreiflich machen, daß diese Frage eine ebenso reichlich bange wie wichtige Frage ist – nicht nur, wiewohl gewiß nicht zuletzt, für jene Menschen, die im Kampf gegen die Hitler-Diktatur (und damit auch gegen die Unterjochung von Kunst und Künstlern) ihr Leben eingesetzt haben?

Mit dem Betonen eines historischen Sachverhalts und dem Anspruch, ihn durch kein noch so suggestives Gleichheits- oder Ähnlichkeitszeichen „verwischen" zu lassen, soll und darf in keiner Weise übergangen oder auch nur beschönigt werden, daß in Stalins UdSSR auch Entsetzliches geschah, auch im künstlerischen Bereich. Im Gegenteil: Nicht weniger, sondern noch weit mehr als „andere" – und meist wohl auch ungleich aufrichtiger! – müssen Kommunisten und andere aufrechte Sozialisten, schon im Überlebensinteresse ihres Anliegens, am ursächlichen Erfassen und Überwinden jener Entwicklungen arbeiten, die dieses Anliegen so tief entstellt, seine Errungenschaften letztlich hinweggerafft haben. Nur: Welche Ausstellung könnte dies mit vermitteln?

Etwa die Wiener Schau Anno 1994?

Es gibt, das sei ausdrücklich betont, keinerlei Grund, am aufrichtigen antifaschistischen Bemühen ihrer Initiatoren und Ausrichter zu zweifeln. Es ehrt sie, daß sie schon im Vorprospekt richtigerweise vermerken, es gebe zwischen der faschistischen und der sowjetischen Kunst größere Unterschiede als Entsprechungen. Können sie aber, in Denken wie Empfinden zwangsläufig vor allem aus ihrem gesellschaftlichen Umfeld schöpfend, die bemerkten Unterschiede nicht bloß in eben unterscheidbaren künstlerischen Ausprägungen, sondern in den einander entgegengesetzten Wesenszügen und Funktionen einander entgegengesetzter Gesellschaftsformationen erkennen und – noch schwerer – einer nicht eben vorurteilsfreien Öffentlichkeit erkennbar machen? Und wenn nicht, oder nicht ausreichend – was alles hätte dies zur Folge? Stärkung antifaschistischer Potenzen – oder deren weitere Schwächung?

Klärt da eine Verfahrensweise, der die Voraussetzung, es gebe „große Ähnlichkeiten", jedenfalls zu einer gemeinsamen Ausstellung reicht, während die gewissen „noch größeren

---

* Aus dem Katalog zur Ausstellung „Kunst und Diktatur", Wien 1994, die derzeit in Wien gezeigt wird.

Unterschiede“ dem recht ungewissen Bewertungswillen der Besucher überantwortet bleiben?

Dabei böte das Ausstellungskonzept seinerseits einen großartigen, für österreichische Begriffe sogar bahnbrechenden Ansatz zu ungleich mehr: Mißt es ja schon von der Titelgebung her der Kunst eine Dimension zu, die ihr in unseren Breiten sonst gar nicht so gern zugestanden, oft sogar eifrigst abgesprochen wird; daß die nämlich, in ebenbürtigem Maße wie Diktatur, eine gesellschaftliche und also auch gesellschaftspolitische Funktion ist – und folglich auch hat. Daß sie mithin einen Wesensbestandteil der Politik bildet und sich dessen bewußt sein (werden) sollte, anstatt sich, wie oftmals und mehr oder minder schöngeistig aufgefordert, gefälligst (und das heißt eben auch: tunlichst gefällig) aus ihr „herauszuhalten“.

Ein Politikum ist freilich selbst solche „Abstinenz“; und mancher Politik allenfalls sogar dienlicher, als aktives künstlerisches Mitwirken dies wäre. Über die jeweilige Politik sagt Einbeziehen oder Fernhalten von Kunst und Künstlern (und welcher!) gewiß sehr vieles aus – nichts, wahrlich nichts jedoch darüber, ob dies diktatorisch oder vermittels ganz anderer Lenkungsmechanismen bewirkt wird.

Bedürfte Österreich, zum Beispiel, ab etwa 1947 eigens irgendwelcher staatlicher Zwangsmaßnahmen, seine bildende Kunst, jedenfalls deren öffentliches Wirksamwerden, vom antifaschistischen Aufarbeiten wegzulotsen und – über kleinere „abstrakte“ Umwege – in den Phantastischen Realismus „hinübergleiten“ zu lassen? Bedarf es, bis heute, eines höchstamtlichen Willkür-Edikts, einer es erzwingenden allmächtigen Exekutive und einer proklamierten „Staatskunst“, damit Österreichs Postdirektion zwar seit nunmehr schon 19 Jahren alljährlich eine Sondermarke „Zeitgenössische Kunst in Österreich“ herausbringt, darunter aber bislang keine einzige von Sussmann, Verlon, Hrdlicka, Eisler, Frohner, Escher, Leskoschek, Kurz-Goldenstein, Martinz...?

Ist das bloß ein Curiosum vorerst noch ungelenker Pluralismus-Handhabung in der „Post-Moderne“? Schon 1931, also noch vor der Dollfuß-Herrschaft (die in der nunmehrigen Ausstellung dankenswerterweise eindeutig als eine Diktatur gekennzeichnet wird), fehlte in einer ganzen Briefmarkenserie mit Porträts bedeutender österreichischer Dichter just der vielleicht bedeutendste: Nikolaus Lenau. Wohl weil er uns nicht nur das Postillion-Idyll, sondern „leider“ auch die gewaltigen, den Zweifel an den Mächtigen fordernden „Albigenser“ hinterlassen hat? Er fehlte jedenfalls. Ebenso wie ein Jahr später, in einer Malerserie, ausgerechnet Egon Schiele. Es herrschte, wie gesagt, noch keinerlei Diktatur; doch längst schon, seit Jahrhunderten schon, gar manches Diktat.

Fußt selbiges nun „eben auf künstlerischen Kriterien und der Bedeutung des Werks“? Dann müßte es hierzulande doch unvergleichbar mehr Robert-Musil-Straßen als etwa Ottokar-Kernstock-Plätze geben? Es gibt sie nicht. Der Staat bewirkte dies nicht durch seine Verfügungen, sondern durch sein gesellschaftliches Gesamtklima.

Woraus aber schöpft „man“ überhaupt die Berechtigung, abwertend von „Staatskunst“ zu sprechen, aber damit nicht etwa die „Kunst“ der Staatslenker zu meinen, sondern die Kunst der Künstler? Und diese Kunst als stumpfen Dienst an „der Diktatur“, wenn nicht gar als Liebedienerei abzutun?

War das Florenz der Medici eine „freie Demokratie“, andernfalls Michelangelo eine Dienerseele, da er den Herrschern „Monumentales“ schuf? War, andernorts, Velázquez gar ein Speichellecker, weil er beim Porträtieren der Erlauchten ja noch an die kleinsten Juwelchen und die feinsten Fältelungen der Gewänder eine Aufmerksamkeit wandte, wie sie kein russischer Schmeichler an einer stalinschen Ordensbrust überbieten könnte?

Zweifellos üben die jeweiligen gesellschaftlichen Strukturen vielfältigen Einfluß auf „ihr“ Kunstschaffen aus, und das ist allemal gründlicher Untersuchung wert. Freilich: gründlicher. Also ohne Vorwegnahme etwa erwünschter Resultate, ohne unzulässige Verallgemeinerungen. Und alle Widersprüchlichkeit einbeziehend. Also (auch wenn „man“ das Wort nicht leiden mag): dialektisch.

Wie zulässig ist da aber die Annahme, künstlerische Blütezeiten seien stets und geradlinig Ausdruck gesellschaftlicher Liberalität, künstlerisch unergiebige Zeitläufe hingegen Resultat gesellschaftlicher Zwänge, wie sie sich „eben“ auch gegen schöpferische Aufbrüche richten, so daß nur die alleraufrechtesten „Dissidenten“ sich selbst und „der“ Kunst treu bleiben können?

Wie wäre es da, um nur das für Österreich wohl wesentlichste und folgenreichste Beispiel zu nennen, just im Zeichen des ebenso totalen wie totalitären (und keineswegs „samtenen“!) Siegs der Gegenreformation und des Absolutismus zum üppigen Blütensegen des Barock gekommen? Und wie könnte es, demgegenüber, geschehen, daß im heutigen, gar demokratisch-pluralistischen Österreich, das „der Kunst die Freiheit in der Verfassung verankert“ hat, diese Freiheit nicht etwa zum Erblühen des Schaffens, sondern zum schmerzhaften „Beschneiden des Wildwuchses“ führte und für die Künstler – in einer offiziellen Formulierung der Interessengemeinschaft österreichischer Autoren – allzu oft beschränkt bleibt auf „die Freiheit zu sehen, wo man bleibt“, nämlich zumeist auf der Strecke?

Auf der Strecke blieb allerdings so manches (und wohl auch so mancher!) schon seit langem. Nicht zuletzt, ja vornehmlich durch das Barock und dessen absolutistischen Regentschaft. Die Opfer fallen ins Gewicht. Zu ihnen zählen wertvollste, doch dem Verfall preisgegebene gotische Fresken der Zünfte (etwa in Salzburgs Franziskanerkirche), die gesamte bäuerliche Literatur und Malerei der Reformationszeit wie letztlich wohl auch der Wiener Stephansdom in seiner endgültigen Verurteilung zum Turmstumpf-Krüppeldasein. Und wer weiß wie viele nonbarocke künstlerische Aufbrüche noch; wie etwa jene des bis heute so gut wie unbekannt gehaltenen Dichters Benedikt Joseph Koller.

Kann eine Ausstellung über „die“ Kunst und „die“ Diktatur auch diese Diktatur beleuchten? Und würde sie das Barock als „Staatskunst“ kennzeichnen, wie sie sich ja durch „Konformität“, offenkundige „Monumentalität“ und schon damit praktizierte „Parteilichkeit“ manifestiere? Wie dann aber das Biedermeier „einordnen“, das betont „staatskonform“ war, in dem aber einzig seine Sprenger (von Beethoven über Lenau, Nestroy und Kürnberger bis...) „Monumentales“ schufen?

Um es „klassischer“ einzukleiden: War das antike Athen „die“ Diktatur, Sparta hingegen Ort und Hort freier Kunstentfaltung, da es doch kein ebenso staatskonformes wie monumentales Parthenon errichten ließ? Wurde New Yorks Freiheitsstatue,

dieses monumentale und zu Recht pathetische Politikum, etwa im Zeichen „der" Diktatur und zu deren Verherrlichung installiert?

Und ein sowjetisches Befreiungsdenkmal?

Solche Fragestellung mag „bloß rhetorisch" anmuten. Doch sie zielt auf Wesentliches. Sie bezweckt nicht etwa die Beschönigung gesellschaftlicher Zwänge, sondern das genaue Gegenteil: deren qualitativ zureichende Überwindung. Auch und gar nicht zuletzt im Interesse von Kunst und Künstlern. Die nämlich bleiben unbegriffen, ja entwürdigt, solange sie an äußerlichen, formalen und stilistischen oder gar nur modischen Entsprechungen oder auch Unterscheidungen gemessen werden und nicht an dem für sie – und für uns alle! – doch Entscheidenden: an Wesen und Gültigkeit ihres kommunikativen und damit also gesellschaftlichen Anliegens.

Haben denn schon unsere fernsten Vorfahren die Wände ihrer Steinzeithöhlen etwa darum „bekunstet", weil die ringsum bedrängende Welt ein Zuwenig an Formen und „Stilen" bot und man das Manko, quasi in Freizeitgestaltung, „musisch ausgleichen" wollte? Oder nicht doch in dem elementaren Bedürfnis, durch Festhalten – durch „Bannen" – den Gefahren das Zuschlagen, der Beute das Entfliehen zu entwinden?

Kunst ist eben kein (allenfalls verzichtbarer) „höherer Wert", sondern die historische, also reichlich widersprüchlich gefügte Summe aller menschlichen Bestrebungen, vermittels eigenpersönlicher Gestaltung von „Stoff", von Lebenserscheinungen, über Gestaltbarkeit und Bewältigbarkeit allen Stoffs, eben von Welt und Leben, und zwar durch den Menschen, mit anderen Menschen zu kommunizieren.

Zu bannen, durch Formung zu bewältigen, gibt es auch für uns Heutige reichlich viel. Kunst ist und bleibt darin gemäß ihrer Grundfunktion auf jeden Fall – Parteinahme.

Sogar aktive: tätig für die Bewältigbarkeit. Der Kunst diese Parteinahme abzuerkennen, hieße letztlich, sie zu morden. Und zwar samt allen, die eine unveränderbare Welt nicht überleben würden.

Entscheidendes Kriterium ist also nicht die – jedenfalls gegebene – Parteinahme „an sich", sondern deren jeweilige Grundhaltung, spezifische Zielrichtung und auslösbare, wenngleich kaum gewährleistbare gesellschaftliche Folgewirkung: Erstrebt und vermittelt sie, ob bewußt gewollt oder nicht, Lebensbewältigung und -veränderung hin zu objektiv Humanerem – oder aber tiefer hinein in Unmenschlichkeit. Mißbrauchbar, gewiß, sind beide Haltungen. Verzichtbar, jedoch, ist nur die eine.

Fällt da die Unterscheidung wirklich so schwer, wie allzu oft getan wird? Wäre Goya die tiefe Parteilichkeit der „Desastros" anzulasten, die Schlachtenglorifizierung diverser heimischer Kriegerdenkmale hingegen zu begrüßen? Liegt der Unterschied primär wirklich bloß im künstlerisch-handwerklichen „Niveau"? Wer da die Nase rümpfen mag über das „Pathos" in der Kunst der frühen Sozialdemokratie (von Freiligrath bis Anton Hanak), der müßte Beethoven und Tschaikowskij verachten, weil sie doch jeweils eine „Pathétique" nötig zu haben glaubten, wo doch in allen Salons bewiesen wurde, zu welch unprätentiöser Schlichtheit „die" Kunst „vorstoßen" kann.

Doch um auf den Anlaß der Fragen zurückzukommen: Wo liegt die künstlerische und damit die menscheitsgeschichtliche Potenz in den unvergleichbar besseren Händen: im Lebensüberschwang eines Maxim Gorkij oder in der Menschenverachtung eines Gabriele d'Annunzio?

Maxim Gorkij war es ja, der Ende der zwanziger Jahre den seither ebenso oft wie verfehlt strapazierten Begriff „Sozialistischer Realismus" prägte (der übrigens außer von der KPdSU nur von wenigen Parteien der Kommunistischen Weltbewegung übernommen oder gar „abverlangt" wurde; auch von der KPÖ praktisch nicht). Gorkij forderte nichts anderes als eben das der Kunst innewohnende Durchdringen der Wirklichkeit, jeglicher Wirklichkeit; die Parteinahme zugunsten aktiven menschlichen wie gesamtgesellschaftlichen Erkennens und Bewältigens; nun aber, erstmalig und in Weiterentwicklung des von ihm hochgeschätzten bürgerlichen Realismus, zusätzlich qualifiziert durch Sichtweise und Sichtweite einer wissenschaftlichen Weltanschauung.

Was und wer da in der Folge anderes zu verstehen beliebte, und warum, lag gewißt nicht in Gorkijs Sinn. Daß es dennoch geschah, geschehen konnte, gehört mit zu dem vielen Entsetzlichen unleugbarer Wirklichkeit. Allein: Auch sie will – und möge – als bewältigbar kommuniziert werden!

Eben darum sollten auch noch so gut gemeinte Vergleiche von Unvergleichbarem vermieden werden. Gibt es denn zwischen der Kunst unter Hitler und Mussolini und jener unter Stalin über „große Ähnlichkeiten" und „noch größere Unterschiede" weit, weit hinaus nicht vor allem die große, die wesentliche (weil eben im Grundwesen wurzelnde) Gesamtunterscheidung? Und zwar sowohl in „der" Kunst wie auch in „der" Diktatur?

Zu Recht wird die Wiener Ausstellung Werkbeispiele auch für jene großartigen künstlerischen Aufbrüche in der UdSSR zeigen, die später durch Stalins Strukturen (letztlich auch zu deren eigenem Verderben) abgewürgt wurden. Kann aber mit gezeigt werden, daß zu einer Zeit, als es Stalins Würgemacht noch gar nicht gab, Interventionsarmeen aus 14 Staaten, darunter auch österreichische Kontingente, in den jungen Sowjetstaat einfielen, um, nein, nicht die stalinsche Abwürgung, sondern schon die nun hochgepriesenen Aufbrüche (nicht bloß die künstlerischen, doch auch sie) niederzuwalzen? Und welche späteren Entartungserscheinungen etwa schon aus dieser Wurzelung sprießen mochten?

Von Aufbrüchen faschistischer Kunst hingegen kann erst gar nichts gezeigt werden. Denn – es gab sie nicht. Der Faschismus war schon vom Ansatz her wohl ein Mißbraucher von Kunst, doch niemals wirklich Inspirator. Auch international nicht. Im (nur „größeren" oder doch grundsätzlich trennenden?) Unterschied zur kommunistischen Bewegung, die nicht nur Gorkij, Majakowskij, Alexej Tolstoj, Eisenstein, Pudowkin usw. erfaßte, sondern auch Anatole France, Romain Rolland, Barbusse, Eluard, Dreiser, Picasso, Léger, Guttuso, Brecht, Seghers, Nezval, Neruda, Amado und ... und ... und ...?

Bleibt es nicht, und trotz Zeiten grausiger Entartung, eine über „Unterschiede" weit hinausreichende Entgegensetzung, ob man Heine verbrennt oder Heine sogar in Sprachen verbreitet, die es in Schriftform zuvor gar nicht gegeben hat? Ob man die bildende (und jegliche) Kunst „rassenrein" fegt oder, über alle „völkischen" Grenzen der Vielvölker-Republiken hinweg, Millionen Wände errichtet, an denen erstmals auch Bilder Platz finden können?

Ob diese Bilder aber auch „gute" und „zukunftsweisende" Bilder waren? Gewiß reicht kaum eines auch nur annähernd etwa an Kandinskij und Chagall heran, doch auch die Re-

produktionen, die Österreich gastliche Bauernstuben schmücken, werden ja nicht eben an Kubin und Kokoschka gemessen. Vergeblich aber wird man in der sowjetischen Kunst, selbst in ihrem tristesten Tief, nach Arbeiten suchen, die zwischen Heldenehrung und Kriegeslust nicht scharf zu trennen wüßten; oder die rassistisch oder sonstwie menschenverachtend wären.

Warum wohl – so weltenweit anders als im Faschismus?

Keine Antwort – und nichts und niemand – darf verschleiern, daß die nämliche UdSSR, die Kunst und Künstlern bislang ungeahnten Wandreichtum bot, ihnen und nicht nur ihnen zur nämlichen Zeit auch Trennmauern errichtete und grausigerweise auch Mauern für Lagerbaracken. Das bezeichnet, weil allem Sozialismus-Anspruch entgegen, ihre nicht allein für sie, sondern welthistorisch tragische Entartung. Der Sozialismus muß lernen, sie zu vermeiden. Die Konzentrations- und Vernichtungslager des Faschismus hingegen kennzeichnen nicht etwa dessen Entartung, sondern die schauerliche Verwirklichung seines von ihm nicht trennbaren, ja programmatisch verkündeten – und auch heute noch hochaktiven! – Wesens.

Die Schuld Stalins und der Seinen gipfelt gerade darin, daß sie an der Spitze einer zum Schaffen gesellschaftlicher Alternativen bestimmten Bewegung dem, was sie bekämpften, in so vielem (und im Kunstbereich: jeglicher inquisitorischen Macht, ob nun durch bücherverbannenden klerikalen „Index“, ob durch Künstlerhexenjagd in den USA McCarthys oder ob durch sich demokratisch gebende Medienmonopole) allenfalls Entsprechungen, aber eben nicht Alternativen entgegenzusetzen verstanden.

Gehört das Erkennen und Ermessen dieser Sachverhalte nicht entscheidend mit zu dem, was Kunst und Künstler, diese lebenswichtigen Lebensbewältigungshelfer unserer Welt, nun ihrerseits zu bewältigen haben? Hilft ihnen die Wiener Ausstellung darin?

Sie fand sich, und das ist nicht zu unterschätzen, immerhin bereit, sich diese Fragen stellen zu lassen. Es kommt freilich darauf an, sich nun – ihnen zu stellen. ■

Arthur WEST ist Schriftsteller, ehemaliger Kulturredakteur der »Volksstimme« und Mitglied der Grazer Autorenvereinigung.

Zum Tod von E. Rabofsky

Widerstandskämpfer, Jurist im Dienste der Arbeiterbewegung

Die Minister und die Toten*

Hunderte Gegner des Hitler-Regimes verbrachten im Herbst 1944 die grauenvollen Tage und Nächte zwischen Todesurteil und Hinrichtung im Gerichtsgefängnis München-Stadlheim. Ein furchtbarer Bombenangriff der amerikanischen Luftstreitkräfte im November 1944 bot drei Todeskandidaten aus Steyr Gelegenheit, einen verwegenen Fluchtplan in die Tat umzusetzen. Karl Punzer verfügte nach jahrelanger Haft nicht mehr über die Kräfte, um an den Erfolg des so gut wie aussichtslosen Ausbruchsversuchs zu glauben. Aber er lenkte bewußt die ersten Verfolger auf sich, um seine Landsleute vor dem Henker zu retten, dem er selbst unverzüglich ausgeliefert wurde. Trotz einer Hetzjagd sondergleichen erreichten Josef Bloderer und Franz Draber in der für zum Tode Verurteilte besonders gekennzeichneten Sträflingskleidung ihre oberösterreichische Heimat. Nach einer körperlichen und seelischen Leistung, die einer Heldensage entnommen sein könnte, aber wie so viele Taten österreichischer Freiheitskämpfer unerwähnt blieb, fanden sie bei österreichischen Patrioten Unterschlupf und überlebten das Todesurteil der deutschen Blutjustiz.

Auch vor dem Nazivolksgerichtshof hatten die Steyrer Arbeiter alles versucht, um die von schamlos-willfährigen Juristen erhobene Hochverratsanklage zu durchkreuzen. Es gelang ihnen, was nur wenigen gelungen war: eine Wiederholung der Hauptverhandlung zu erreichen. Doch am 23. Mai 1944 zerschlug der Nazistaatsanwalt Heinrich von Zeschau die letzte Hoffnung von sechs österreichischen Widerstandskämpfern. Bei dieser Art von Richtern war kein Funke von Anständigkeit und Menschlichkeit zu finden.

„Besonders eindrucksvoll“ und „mit selbständigem Einsatz“ verstand es der in seinen Personalakten als „sehr guter Kamerad“ bezeichnete Blutjurist, die Steyrer Arbeiter „der Gründung und Beteiligung an einer marxistischen Unterstützungsaktion“ zu beschuldigen. „Hierdurch haben sie den Hochverrat vorbereitet, und dadurch zugleich den Feind begünstigt“, so begründete das Naziblutgericht sein Urteil. Der Einsteller Johann Palme, der Dreher Johann Riepel, der Hilfsarbeiter Anton Ulram, der Kontrollarbeiter Josef Bloderer, der Werkzeugschlosser Franz Draber und der Monteur Karl Punzer, sämtliche aus Steyr, wurden zum Tode und zu Ehrenrechtsverlust auf Lebenszeit verurteilt. Nach einem irregulären Verfahren, in dem praktisch keine Verteidigungsmöglichkeit bestand und lediglich die erfolterten „Geständnisse“ der Gestapo sowie die Denunziationen der Werksabwehr der Steyr-Werke berücksichtigt wurden, unter Zugrundelegung der juristisch völlig unhaltbaren Annahme, jede Sammeltätigkeit für verhaftete Arbeitskollegen begünstige den Feind, kam Landesgerichtsrat von Zeschau zu einem selbst in der NS-Justiz nicht alltäglichen Erfolg: sechs Todesurteile gegen Österreicher in einer Verhandlung!

Die an der Blutgerichtsbarkeit des „Dritten Reiches“ beteiligten Richter und Staatsanwälte verschwanden mit dem Zusammenbruch des nationalsozialistischen Regimes vom unmittelbaren Schauplatz ihrer Untaten. Sie versuchten vorher, die Urteile und Akte der Nazi-Geheimgerichtshöfe ebenso gründlich zu vernichten, wie sie vorher mit ihren Opfern verfahren waren. Die den Überlebenden der Hitler-Justiz versprochene Untersuchung der von der NS-Justiz verübten Verbrechen und die Bestrafung der schuldigen Richter und Staatsanwälte wurde mit der Begründung immer wieder hinausgeschoben, daß die Erhebungen dieser Untaten weit mehr Zeit in Anspruch nehmen wie die Bestrafung der Taten kleiner Ortsgruppenleiter der NSDAP. Und die der Hitler-Blutjustiz Entronnenen zeigten viel Geduld, weil sie korrekte Gerichtsurteile über jene Richter verhängt wissen wollten, die sich selbst zu der blutigsten Verhöhnung des Rechts hergaben.

---

* Aus: Eduard Rabofsky, Wider die Restauration im Recht, Wien 1991

Biographie

Wie Recht nicht ohne Rechtsbruch zu verstehen ist, so Rechtsentwicklung nicht ohne Widerstandshandlungen gegen geltendes Recht. Rabofsky stellte sein Wissen als Jurist in den Dienst der Arbeiterbewegung; das Besondere aber ist, daß er als Angehöriger der Arbeiterklasse Jurist wurde
Eduard Rabofsky wurde 1911 in Wien geboren. Er besuchte die Volksschule, die Bürgerschule und erlernte den Beruf des Autoschlossers. Er war im Verband der sozialistischen Arbeiterjugend und als Funktionär für Lehrlingsschutz aktiv.
In Abendkursen erweiterte er sein Wissen; in Veranstaltungen der Arbeiterbewegung wurde er mit dem Marxismus vertraut. Die kapitalistische Wirtschaftskrise warf ihn in die Arbeitslosigkeit. Gegen die Dollfuß-Liquidierung der bürgerlichen Demokratie mittels Waffengewalt leistete er bewaffneten Widerstand. Erstmals 1934 verhaftet, konnte er entkommen.
Nach dem Verbot aller Arbeiterorganisationen arbeitete er im illegalisierten Apparat des Kommunistischen Jugendverbandes. 1935 besuchte er die Internationale Lenin-Schule in Moskau. Seit 1937 war er Mitglied der KPÖ.
1941 von der Gestapo wegen Hochverrats verhaftet, bereitete er sich in Gefangenschaft streng geheim auf die Matura vor. 1943 wurde er mangels Beweisen freigesprochen. Von der Wehrmacht desertierte er zu den sowjetischen Truppen und nahm schließlich an der Befreiung Wiens teil.
Durch böse Erfahrungen und klare Einsichten geprägt, beteiligte er sich am Aufbau einer demokratischen Exekutive. Er legte die Matura ab und studierte Jus. Seit 1946 arbeitete er in der Rechtsabteilung der Arbeiterkammer und leitete diese später bis zu seiner Pensionierung 1976.
Er promovierte 1948 in Wien und habilitierte sich 1970 in Berlin und war dort seit 1976 Honorarprofessor.

Festschrift für Georg Knepler

Hanns-Werner Heister, Karin Heister-Grech, Gerhard Scheit (Hg.), Zwischen Aufklärung & Kulturindustrie. Festschrift für Georg Knepler zum 85. Geburtstag. Rolf-von-Bockel-Verlag Kultur und Wissenschaft, Hamburg 1993, Bd. I: MUSIK/GESCHICHTE, 246 Seiten; Bd. II: MUSIK/THEATER, 284 Seiten; Bd. III: MUSIK/GESELLSCHAFT, 316 Seiten; jeweils mit Abb. und Notenbeispielen, 1680 Schilling.

„Nur Lumpe sind bescheiden", meinten, mit Goethe, offensichtlich die drei HerausgeberInnen, und stellten zu Ehren Georg Kneplers eine Festschrift zusammen, die allein schon vom bloß äußeren Umfang her nicht unbeträchtlich erscheint. Knepler, der Herkunft nach jüdischer Österreicher, wegen Austrofaschismus und deutschem Faschismus ins englische Exil gegangen, nach dem Krieg zunächst nach Wien zurückgekehrt (das ihn nicht wollte), dann mit Begeisterung am Aufbau eines „einstweilen gescheiterten" Sozialismus in der damaligen DDR beteiligt, führender marxistischer Musikwissenschaftler (und nach dem Tod seines Freundes Harry Goldschmidt wohl der einzige von Rang und internationaler Ausstrahlung in der Ex-DDR), hat einen solchen Aufwand mehr als verdient.
Die drei jeweils thematisch zentrierten Bände sind allerdings nicht bloß quantitativ, sondern auch qualitativ von einigem Gewicht. AutorInnen aus verschiedenen Generationen, Wissenschaftsdisziplinen und Ländern (darunter viele aus Österreich) knüpfen hier an Kneplers Programm eines fachübergreifenden Ansatzes als ein Königsweg zur Musik an: mit Beiträgen aus Musikgeschichte und Musikethnologie, Theater- und Literaturwissenschaft, Ästhetik und Soziologie, Geschichte und Kunstgeschichte, Biologie und Ethologie, Rechtswissenschaft und Philosophie. Dabei werden neben Übereinstimmungen durchaus auch Widersprüche bis Gegensätze spürbar, etwa in der Rolle des Fortschritts: Kurt Blaukopf oder Christian Kaden etwa in seinen *Beobachtungen* zum Musikbegriff negieren ihn eher, Günther Tembrocks evolutionsbiologischer Ansatz entsozialisiert ihn, Joachim Noller etwa in seiner aufschlußreichen Quellenanalyse zu Nonos *Fabbrica illuminata* relativiert ihn.
Ein erster Schwerpunkt in Band I sind Untersuchungen zum Begriff wie zu den Anfängen von Musik und zur musikhistorischen Methode (Janos Marothy und Marta Batary, Jaroslav Jiranek, Sergio Miceli). Einen zweiten Schwerpunkt bildet die Aufklärung (dazu u.a. Maynard Solomon, Peter Rummenhöller, Jiri Fukac und mit einer besonders vielschichtigen Mozart-Analyse Peter Schleuning), eine Zeit, deren unabgegoltenes Erbe Knepler mit besonderer Hartnäckigkeit zu reaktivieren versucht. Im Kapitel zur Musikgeschichte des 19. Jahrhunderts findet sich Erhellendes zur Ausdrucksästhetik, über Realismus bei Berlioz und Wagner, über Mahlers 4. (Hartmut Fladt), über kubanische Kinderlieder mit internationalen und archaischen Verflechtungen von Axel Hesse. Bei neuer Musik schließlich ragen neben Untersuchungen zum Verhältnis von „Inner"- und „Außermusikalischem", zu Musik über Musik am Beispiel Gerhard Stäblers, zu Bartok (Jozsef Ujfalussy), und über Schönbergs antifaschistisches *Kol Nidre* (Hartmut Lück) die umfangreiche und musterhafte Analyse von Thomas Phleps (*„An Anna Blume" – ein vollchromatisiertes Liebesgedicht von Kurt Schwitters und Stefan Wolpe*) sowie Claudia Maurer Zencks umfassende Studie *Ernst Krenek, der Zeitgenosse.*
Band II versammelt Beiträge zum Zusammenhang von Musik und Theater, und zwar in historischer wie in logischer Blickrichtung. Einen ersten Schwerpunkt bildet wieder das Zeitalter der Aufklärung (mit dem nicht nur für Georg Knepler zentralen Komponisten Mozart im Brennpunkt): ein großer Überblick von Mario Vieira de Carvalho über *Belcanto-Kultur und Aufklärung*, dann über *Mozart als Sänger*, über *Musik und Verstellung* am Beispiel von zwei Musikstücken aus der *Hochzeit des Figaro* (Elisabeth Höllerer), und ebenso gescheit und grundlegend wie witzig Gerhard Scheit über *Mozart und Hans Wurst. Bemerkungen zur Dramaturgie der Aufklärung.*
Mit dem 19. Jahrhundert befassen sich Beiträge *Zum Problem des Realismus in Verdis „La Traviata"*, über Jules Massenets *„Werther"*, über *Sexismus in der Musik des 19. Jahrhunderts am Beispiel von Puccinis „La Bohème", Zur Ästhetik des Wort-Ton-Verhältnisses: Die „Ariadne auf Naxos" von Hofmannsthal und Strauss* und, besonders sozialkritisch und scharf, über *Bühnen-Barbiere* zwischen Beaumarchais Figaro und Bergs Wozzeck von Volker Klotz.
Auch die Neue Musik kommt nicht zu kurz mit Beiträgen über *Walter Braunfels' Oper „Die Vögel"*, von Peter Becker, von und über Thomas Jahn u.a. zu *„Tender Buttons – ein poetisches Musiktheater"* nach Gertrude Stein, von Gerhard Müller (*Michail Bulgakow als Librettist am Bolschoi-Theater*), von Frank Schneider über Karl Mickel als Librettisten, sowie Peter Petersens gesellschaftlich wie musikalisch genauem *vergleichenden Blick auf Bartoks Bühnenwerke.* – Schließlich dann grundsätzliche Überlegungen über *kognitive Widersprüche* der Theater-Musik von Gerd Rienäcker, *Zum Verhältnis von Vertikale und Horizontale in der Filmmusik* von Hansjörg Pauli sowie, originell und facettenreich, von Heisters Kritik der heute ausufernden Musikberieselung (*Soundtrack im Sprechtheater und anderswo*).
Band III ist thematisch besonders weit aufgefächert von allgemeinen ästheti-

schen und musikästhetischen Überlegungen bis zu biographischen Spurensicherungen. So wendet sich etwa Martin Wehnert grundsätzlich gegen eine Verabsolutierung musikalischer Syntax; Hermann Sabbe versucht eine *Extrapolation von Adornos „Philosophie der neuen Musik"*, John Paynter umreißt die Bildungsaufgabe des Komponisten, Thomas Metscher entwirft unter dem Begriff der *Ästhetischen Episteme ein kunstphilosophisches Konzept*, dessen marxistischer Tenor etwas umstandslos zum Beispiel Heidegger als Contratenor vereinnahmt. Solchen Tendenzen zum Gutgemeinten setzt Kilian Stein eine aus intensivster Aneignung und produktiver Umsetzung des marxschen Kapitals gewonnene strikte Grundlagenforschung entgegen (*Ästhetische Tätigkeit und bürgerliches Grundverhältnis*). Fritz Tomberg schließlich überdenkt kritisch und zukunftsbezogen Hegels *Diktum vom Ende der Kunst*.
Historisches kommt herein mit Renate Reschkes *Skizze musikästhetischer Auffassungen Friedrich Nietzsches*, Nike Wagners *Karl Kraus mit Leo Popper gegen Georg Simmel. Zweierlei Ästhetik der Moderne* und Reinhard Ermens *Ferruccio Busonis Ästhetik*. Auf aktuelle Fragen zielt Helmut Rösings *Mündlichkeit in populärer Musik afro-amerikanischer Herkunft* und Günter Mayers *Da Pacem – Musiken und die Konflikte in der Welt*.
Zwei ausführliche Studien sind historisch-politisch akzentuiert. Zum einen Hans G. Helms detailfreudige Schilderung der Vorgänge um *Diego Riveras sozialistische Wandmalereien in Detroit und New York 1932 bis 1933* und, differenzierter und genauer, Anabella Weismanns facettenreiche Moritaten-Untersuchung *Die merk-würdige Geschichte vom Schuster und seiner Sabine: Revolutionssatire, Dienstmädchenmoral, „Lustiges Lied"*. Schließlich kommt österreichisches einmal mehr nicht zu kurz: mit Manfred Wagner (*Mozart – ein Revolutionär von eigener Gestalt?*), Peter Roessler (*Zu den Dramen Ferdinand Bruckners*), Wilhelm Svoboda (*Rudolf Serkin*) und Renate Göllner über *Die dritte Vertreibung Hanns Eislers* (nämlich die aus Wien).
Daß nicht alle Beiträge gleichermaßen gelungen sind, versteht sich schon angesichts der Zahl der an diesem Großprojekt Beteiligten. Trotzdem ist durch Fülle und Vielfalt, Inhaltsreichtum und Multiperspektivik diese Festschrift nicht nur des Geehrten, sondern auch der „Dritten Sache" im Sinne Brecht/Eislers würdig.

Florian Felix

Staatlicher Monopolkapitalismus

Leserbrief zu »Weg und Ziel« 2/1994: „Konjuktur für wen?" von Jürgen Kuczynski

1. Lenin hat in seinen Schriften über den Imperialismus den Monopolkapitalismus nie auf den „Monopolen" Ford oder IG-Farben bestanden, das heißt auf dem Monopolbegriff, wie er bei uns etwa im Tabak-Monopol verstanden wird, sondern als Bemühungen der größten kapitalistischen Unternehmungen Absprachen über Preise, Absatzgebiete etc. zu erzielen. Und in diesem Sinn haben wir auch heute noch den staatlichen Monopolkapitalismus. Ein Beispiel: In Österreich gab es bis vor kurzem das Milchprodukt-Monopol. Jede einzelne Molkerei hatte für ihre Hauptprodukte ein bestimmtes Gebiet, in das sie und nur sie ihre Produkte vertreiben konnte. Das hatte zur Folge, daß sie relativ hohe Preise erzielten – um 50 Prozent höher als in der BRD. Nun wurde den Molkereien zugestanden, daß sie ihre Produkte österreichweit verkaufen können, und sehr viele Molkereien halten den Konkurrenzdruck nicht aus und müssen schließen. Das ist staatlicher Monopolkapitalismus. Natürlich ändern sich verschiedene Bedingungen.
2. Das „Oligopol" an Stelle des Monopols haben schon die Keynesianer und Neokeynesianer, die ja alle Antimarxisten und Antileninisten waren, propagiert, so daß diese „Änderung" nichts neues ist. Es ändert jedoch nichts daran, daß wir im Zeitalter des staatlichen Monopolkapitalismus leben.

3. Zur Krisentheorie: Zur Zeit von Marx entwickelten sich die Krisen wie folgt: Die Produktion ging um eine zweistellige Prozentzahl zurück (in der Krise 1929 bis 1932 fiel die Industrieproduktion in Deutschland um 42,8 Prozent), die Märkte waren überfüllt, das bare Geld wurde unsichtbar, der Kredit verschwand, usw. Heute gibt es nur ein geringfügiges Schwanken, ohne Einfluß auf Kredit, ohne „Unsichtbarwerden" des Geldes, ohne Überfüllung des Marktes. Das heißt, das sich das Wesen der wirtschaftlichen Entwicklung im Kapitalismus geändert hat. Die Ursache dafür ist der Computer. Ab den fünfziger Jahren hat der Computer in den entwickelten kapitalistischen Ländern die „Führung" des wirtschaftlichen Geschehens übernommen. Das erste Gebiet, auf dem der Computer die Herrschaft übernommen hat, sind die Buchhaltungen. Jeder Betrieb weiß jeden Tag, wie sich seine Verkäufe entwickeln, daher gibt es keine „Überproduktion" im althergebrachten Sinn. Daher kann man auch nicht mehr vom Zyklus in dem Sinne sprechen, wie ihn Marx verstanden hat. Daher gehört eine neue Theorie der Entwicklung der kapitalistischen Wirtschaft her. Aufgebaut auf Tatsachen, und nicht auf Wunschtheorien.

4. Die Arbeit von John Maynard Keynes, auf die sich Kuczynski beruft, heißt nicht „Demand Theory", sondern „The General Theory of Employment, Interest and Money" (Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes). Keynes baut auf dem französischen Politökonomen Jean Baptist Say auf, der in seinem 1802 in Paris erschienenen „Traité d'économie politique" (Traktat über die politische Ökonomie) zeigt, daß die Warenwirtschaft eine Wirtschaft der Vollbeschäftigung ist, da jeder Kauf gleichzeitig Verkauf ist, und daß daher die Gesamtkaufkraft immer gleich ist der Gesamtproduktion. Marx zeigt im zweiten Band des „Kapitals" in der Analyse der erweiterten Reproduktion des gesellschaftlichen Gesamtkapitals, daß jeder Entzug von Mitteln aus der Zirkulation zwecks Schatzbildung eine Störung der Zirkulation herbeiführt (die Gesamtkaufkraft wird geringer, als die Gesamtproduktion) und Keynes zeigt – dasselbe auf andere Art und Weise –, daß Gleichgewicht zwischen Sparvolumen (Akkumulation von Kapital) und Investitionsvolumen Voraussetzung für Vollbeschäftigung ist, das heißt, das es auch einen Kapitalismus ohne Arbeitslosigkeit geben kann. Die Tendenz zur Dienstleistungsgesellschaft wird immer stärker, es muß nur genügend Kaufkraft vorhanden sein, um die Dienstleistungen auch zu genießen. Kaufkraft wird durch hohe Zinsen der Zirkulation entzogen. 90 Prozent der Spareinlagen sind große Beträge, bei denen die Zinsen nur zur größeren Akkumulation beitragen. Daher verlangt Keynes „den sanften Tod des Rentners", also Zinsfuß gleich Null!
Und in dem Moment, da erste Bankrotts auf den Beginn einer Krise hinweisen, verlangte er Eingriffe des Staates. Und wenn diese zur Verschuldung führen sollten, dann soll die Regierung ein Zehnjahresbudget erstellen, in welchem in den guten Jahren die Schulden, die in den schlechten Jahren gemacht wurden, getilgt werden.
Natürlich haben wir es mit einer Konjunktur für das Kapital zu tun. Nur betrachteten sowohl die Marxisten als auch Keynes als entscheidend für „Krise" – die Anzahl der Arbeitslosen.

Leo Maché-Suniza

Jens Dörschel

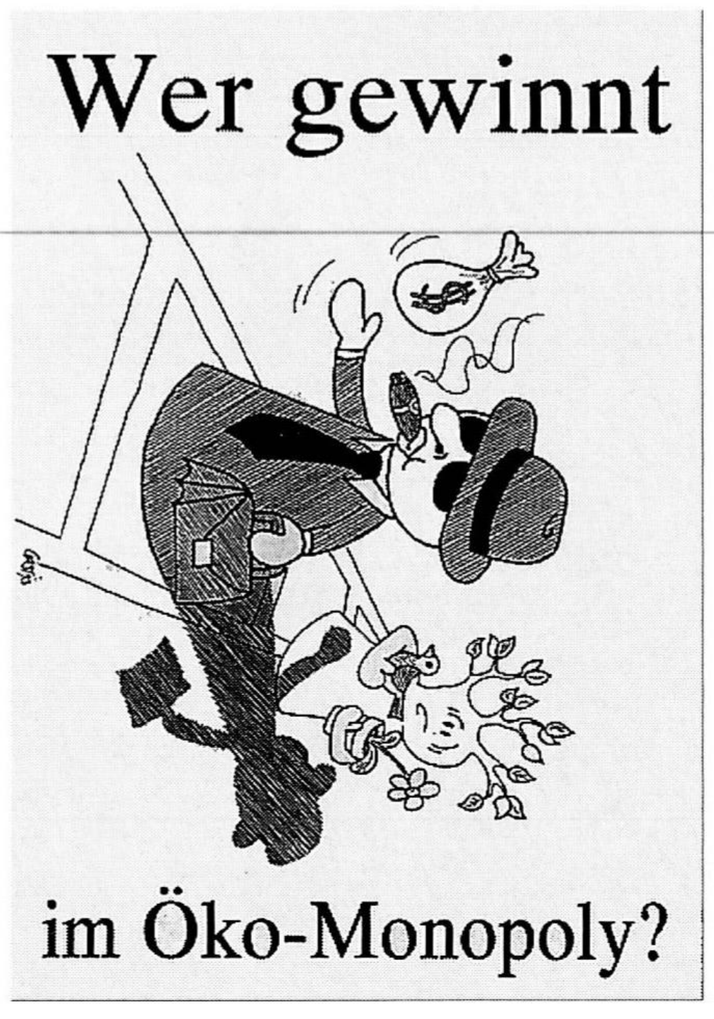
Ökologie, Marktwirtschaft und die neue Weltordnung

Herausgegeben vom AK Wirtschaft der BUNDjugend
Broschüre, 86 Seiten, 7 DM plus Porto
Erhältlich bei Jens Dörschel, Steinweg 17/18, D-38100 Braunschweig
Tel. und Fax 06/0531/16187
Diese umfangreiche Broschüre ist aus der jahrelangen Erfahrung des Autors in der Öko-Bewegung entstanden: Über wirtschaftliche Ursachen der Umweltzerstörung wird vor allem seit 1989 kaum mehr gesprochen. Wenn seither von Ökologie und Ökonomie die Rede ist, dann von ökologischer Marktwirtschaft. Systemimmanente Schwächen der kapitalistischen Wirtschaftsform werden nicht mehr wahrgenommen. Die Broschüre richtet sich vor allem an jene, die mit Problemen der ökologischen Krise und den Forderungen der Ökologie-Bewegung halbwegs vertraut sind, sich jedoch mit den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Fragen bisher wenig befaßt haben.

Wer gewinnt im Öko-Monopoly?

Reader zum Jugendumweltkongreß 1993/94 in Göttingen,
37 Seiten, 2 DM plus Porto, erhältlich bei Jens Dörschel, siehe oben

Einleitung der Broschüre
„Und wer soll das alles bezahlen? Das kann keiner machen, dann sind wir nicht konkurrenzfähig! Keiner verdient mehr etwas, die Arbeitsplätze sind futsch, die Sonne geht für immer unter, und wir sterben!" Da bin ich wieder: vollkommen am Ende. Wann immer ich inmitten einer Runde unserer Eltern-Generation sitze und mich nach langem Frotzeln doch auf eine Unterhaltung einlasse, passiert es mir. Wie ein dummes Schaf habe ich mich erst herumführen lassen, bis ich endlich auf der üblichen Schlachtbank liege: den sogenannten Sachzwängen der Wirtschaft. Totschlag- um Totschlagargument rast auf mich hernieder — meine Ideen gescheitert, ich habe verloren. Die Rund schweigt zufrieden: wieder ein Maul gestopft.
Der Herr da vor mir ist erfolgreich und alt genug, um nur noch an Geld denken zu können. Er hat alles erreicht und argumentiert souverän: Er hat sein Leben lang gearbeitet, er weiß Bescheid, ist sozusagen eine Autorität auf dem Gebiet der Wirtschaft. Er weiß es eben einfach besser. Und was weiß er? Nun ja, wenn alle Arbeit haben, ist das gut, dann steigt das Bruttosozialprodukt. Alles klar? Ja, er weiß noch mehr. Der Markt regelt das alles, und ich bin Kommunist, Sozialist oder noch was Schlimmeres — aber der Sozialismus ist ja endlich tot. Alle gleich, das geht gar nicht. Der Beste setzt sich durch, freier Markt, Angebot und Nachfrage, die „unsichtbare Hand", ja und und und ... aber das verstehe ich ja sowieso nicht!



Obgleich der Herr gewiß von Wirtschaft soviel Ahnung hat wie ein Kernkraftwerksbetreiber von dem, was er anrichten kann, hat er dennoch gewonnen. Das Hemd ist schließlich näher als der Rock — das monatliche Gehalt, das Auto, die schmucke Wohnung und der jährliche Urlaub in Bangkok sind näher als der würgende, japsende Atemtod im Treibhaus oder der bunte, krebsgeschwürige Atomtod.
Letztlich wird jede Diskussion über Natur- und Umweltschutz auf die sogenannten Sachzwänge, also Geld und Wirtschaft, zurückgeführt. Dieses angeblich so undurchdringliche Thema wollen wir hier verständlich „aufpfriemeln". Und damit Ihr in Auseinandersetzungen wißt, mit welchen naiven Halbwahrheiten oder geschickt ausgekochten Umdeutungen von Wahrheiten Ihr es zu tun habt, gibt es diesen Reader. Hier sind einmal viele wichtige Schlagwörter der aktuellen Diskussion zusammengefaßt und im Lexikon am Ende erklärt. Außerdem findet Ihr einige Hintergrundartikel, die Euch einfach zeigen wollen, wie welche Dinge womit zusammenhängen, damit Ihr nicht bei einer Diskussion totgeschlagen werdet.
In diesem Sinne: Nicht schlucken — aufmucken!

2 Termine zum Vormerken

Symposium zum Thema

Biologismus, Rassismus, „Ganzheitlichkeit"

am Fr./Sa., 18./19. November 1994
im WUK, Währingerstr. 59, 1090 Wien.

Die Teilnahme bereits zugesagt haben:
Jutta Ditfurth, Ökologische Linke/Frankfurt
Ralf Sichler, Psychologe und Philosoph, Arbeitsschwerpunkt u.a.: Naturerleben und Naturverständnis im technischen Zeitalter aus historisch-psychologischer u. klinisch-psychologischer Sicht.
Michael Weingarten, Arbeitsgruppe kritische Evolutionstheorie/Frankfurt.
Susanna Heim, Hamburger Stiftung für Sozialgeschichte
Ulrich Kattmann, Anthropologe/Oldenburg
Elke Ostbomk-Fischer, Soziologin/Köln
Martin Potschka, Biophysiker/Wien
Lisbeth Trallori, Soziologin/Wien
Marianne Friese, Pädagogin/Bremen

angefragt:
Thomas Metscher/Ottenberg
Thomas Jahn/Frankfurt
Thomas Kluge/Frankfurt
Egon Becker/Frankfurt
Cornelia Klinger/Wien
Horst Seidler/Wien
Christian Ehalt/Wien
Rudolf Burger/Wien
Anton Staudinger/Wien

»Weg und Ziel« LeserInnen Forum

Diskussion der Artikel dieses Heftes

„Alles Öko?"

Donnerstag, 20. Oktober 1994, 19.30 Uhr
Ort: voraussichtlich Uni Wien

Eingeladen werden die AutorInnen dieses Schwerpunktes sowie VertreterInnen der Öko-Bewegung.

Ein Ersuchen des Verlags an den Briefträger:
Falls Sie diese Zeitschrift nicht zustellen können, teilen Sie uns bitte hier den Grund und gegebenenfalls die neue oder richtige Adresse mit.

_____

_____
Straße/Gasse Hausnummer/Stiege/Stock/Tür

_____
Postleitzahl Ort

Besten Dank

P.b.b. Erscheinungsort Wien, Verlagspostamt 1020 Wien